H.
25.
a

<36620493070013

<36620493070013

Bayer. Staatsbibliothek

~~Bav. jur. 154. c.~~

Bavar. 2321-5

R.

Vollſtändige
Sammlung
von
Staatsſchriften,
zum Behuf
der Bayeriſchen Geſchichte
nach Abſterben
Churfürſt Maximilian III.
und
dadurch erloſchener
Wilhelminiſcher Linie
des Hauſes Bayern.

Fünften Theils 1tes und 2tes Stück.

Frankfurth und Leipzig,
1779.

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS.

Bayerische
Staatsbibliothek
München

Vorrede
zum fünften Theile.

Wir glauben, man werde mit uns einverſtanden ſeyn, daß es gar nicht ſchwer halten könne, aus denen, in den vier erſten Theilen dieſer Sammlung enthaltenen Staatsſchriften und den wenigen welche wir gleich zu Anfange dieſes fünften Theiles liefern werden, ſich von den Anſprüchen und Forderungen aller der teutſchen Fürſten, welche bey der gegenwärtigen Bayeriſchen Succeßionsangelegenheit auf eine oder die andere Art, intereßirt ſind, hinlängliche und richtige Begriffe zu machen. Man wird gleichfalls, ohne viele Mühe, ſich durch dieſelben nicht nur von dem bisherigen Gange dieſer Händel belehren, ſondern auch, wenn man mit einiger Sorgfalt die Gründe erwägt, wodurch der eine Theil die Gerechtigkeit ſeiner Forderungen darzuthun, ein zweyter und dritter aber dieſelben zu entkräften bemüht iſt, mit aller Praeciſion jedem das zutheilen können, was ihm theoretiſch von Gottes und Rechtes wegen gebühret.

Nach

Nach dieſer Vorausſezzung, könnte mancher alle die Staatsſchriften die noch ferner der Bayeriſche Succeßionsſtreit veranlaſſen möchte, für Supernumerarſchriften, und die ganze Streitſache zu einem Endurtheil für reif anſehen.

Indeſſen iſt die Richtung, welche bisher dieſe Staatsangelegenheit genommen, von der Art geweſen, daß die Unthätigkeit der Kriegsheere, die eben jenes Endurtheil, auf deſſen Eröfnung einige hundert tauſend teutſche Ohren lauſchen, verfertigen ſollen, den Staatsſchriftſtellern der Höfe zu einer ganz vorzüglichen Thätigkeit die Veranlaſſung geweſen, und ſie wird es, allem Anſehen nach, noch länger ſeyn, wenn jene fordauern ſollte.

Damit müſſen uns unſere Leſer entſchuldigen, wenn wir ſie auch künftig früher mit einem neuen Bande dieſer Sammlung überraſchen, als ſie etwa vermuthen.

Eben dieſen unſern lieben Leſern zeigen wir auch noch an, daß wir das ganze Werk, durch ein ſehr genaues vollſtändiges Sachverzeichniß, welches demſelben am Schluſſe hinzugefügt werden ſoll, brauchbarer zu machen bemüht ſeyn werden.

Geſchrieben am 24 Januar, 1779.

LXXIII.

Abgenöthigte Anzeige einiger neuen und wichtigen Umſtände, welche die Angelegenheit der Bayeriſchen Erbfolge, beſonders den Urſprung der Convention vom 3. Jänner 1778. und die Verhandlungen Sr. Königl. Majeſt. von Preuſſen mit des Herrn Herz. zu Pfalz-Zweybrück Durchl. erläutern. Mit Beylagen. Berlin im December 1778 *).

Se. Königl. Majeſtät von Preuſſen haben durch die erſte im Monat Julio dieſes Jahres den Hohen Mitſtänden des Teutſchen Reichs vorgelegte **Erklärung** **) über die Bayeriſche Erbſchafts-Angelegenheit und durch den **Nachtrag** ***) derſelben mit unumſtößlichen Gründen gezeiget, und des Herrn Herzogs von Pfalz-Zweybrück Durchl. haben auch Ihres Orts durch eine vorläufige **Ausführung** ****) dargethan, daß die ganz unerwartete Anſprüche, welche der Wiener Hof nach dem Tode des Churfürſten

*) Man ſehe die Anmerkung auf der 451ſten S. des IVten Theiles.

**) (S. Th. I, S. 421 u. ff.)

***) (Eb. daſ. S. 558 u. ff.)

****) (Th. II, S. 29 u. ff.)

fürſten von Bayern auf Niederbayern gemacht, auf zweyen ſich einander ſelbſt widerſprechenden, ſeit 350 Jahren verborgen gebliebenen alten Urkunden und Lehnsverleihungen K. Sigismunds an ſeine Tochter und deren Ehegemal, H. Albrecht von Oeſterreich, beruhen, die theils mit dem älteren und unſtreitigen Succeßions-Rechte aller Linien des Geſammthauſes Pfalz-Bayern nicht beſtehen können, und alſo an ſich ſchon null und nichts ſind, theils auch durch einen ſolennen Urtheilsſpruch eben deſſelben K. Sigismunds vom J. 1429. und ſogar auch durch eine alle Grade der hiſtoriſchen Wahrſcheinlichkeit für ſich habende ausdrückliche Renunciation H. Albrechts gänzlich aufgehoben und vernichtet ſind. Man wird auch die ſchwachen Behelfe und Ausflüchte, mit welchen der Wiener Hof dieſe ſeine alte Prätenſion in ſeinen ſogenannten **Gerechtſamen** und **Maaßregeln** *) zu retten geſucht, in der meiſt fertigen Beantwortung dieſer unnöthig weitläufſtigen Gegenſchrift völlig widerlegen und zeigen, daß dem Wiener Hofe nicht der geringſte Schein von ſolcher ſeiner alten Prätenſion übrig bleibe. Es kommt alſo darauf an, ob er auſſer derſelben durch die mit dem Herrn Churfürſten zu Pfalz den 3 Jänner d. J. getroffene Convention, einen rechtmäßigen Beſitzſtand von Niederbayern erhalten habe. Nun ſollte zwar dieſer Beſitzſtand mit ſeinem Grunde, worauf er gebauet iſt, ſobald deſſen Nichtigkeit, wie geſchehen, erwieſen iſt

*) (Th. II, S. 297 u. ff.)

iſt, von ſelbſt wegfallen, da obgedachte ganze Convention lediglich auf der Anerkenntniß, folglich auf der Richtigkeit und Wahrheit gedachter alter Anſprüche ausdrücklich durch die Paciſcenten ſelbſt gegründet iſt, und man rechtlich nicht annehmen kann, daß Ihre Kayſerl. Königl. Majeſtäten und des Churfürſten zu Pfalz Durchl. bey einer anfänglich ohne Zweifel geglaubten, nachhero aber bey näherer Unterſuchung unrichtig befundenen Prätenſien, und darauf gebaueten Convention werden beharren, und unter dem Schutz derſelben den Häuſern Pfalz-Zweybrück und Sachſen eine ſo wichtige Erbſchaft ſchmälern und entziehen wollen. Noch mehr aber muß ſolcher Beſitzſtand und die ganze Convention mit allen ihren Würkungen wegfallen, und die in deren Gemäßheit eingenommenen Lande müſten geräumet und den rechtmäßigen Erben reſtituiret werden, wenn nun noch dargethan werden kann, daß des Herrn Churfürſten zu Pfalz Durchl. nicht mit **freyem Willen** zu dieſer Convention geſchritten, ſondern durch **Ueberraſchung, Drohungen** und **Gewalt** dazu gebracht worden ſind.

Der K. Preußiſche Hof hat dieſen Beweis zwar ſchon in der **erſten Erklärung** (S. 27. *) durch die ſehr dringende Vermuthungen geführet, daß ſowohl die Convention vom 3 Januar, als deren Ratification um eben die Zeit unterzeichnet und geſchloſſen worden, da die K. K. Truppen nach und nach in Bayern marſchiret, daß ſelbſt

*) S. Th. I. dieſ. Samml. S. 465. u. ff.

zufolge der bekannten Circular-Note des Fürſten v. Kaunitz vom 20. Jänner kurz nach dieſem **Marſch das ſogenannte freundliche Abkommen mit Sr. Churfürſtl. Durchl. zu Pfalz getroffen worden**, und daß, wenn ein ſolcher Zwang nicht ſupponiret würde, nicht zu begreifen ſtünde, warum des Herrn Churfürſten zu Pfalz Durchl. bloß auf Andeuten einer ganz unwahrſcheinlichen alten Prätenſion, das halbe Herzogthum Bayern und ſoviel, wo nicht mehr, als Sie nicht durch Urtheil und Recht hätten verlieren können, freywillig hätten abtreten ſollen. Se. Königl. Maj. haben ſchon längſt nähere und bündigere Beweißmittel darüber durch einen Ihrer Geſandten während ſeines Aufenthalts im Reich zu Händen bekommen, die man in obgedachter Erklärung bloß angedeutet, bishero aber Glimpfs halber noch zurückgehalten, theils um den Wiener Hof zu ſchonen, und damit er ſich bedenken könne, theils auch auf Verlangen des Herrn Herzogs von Zweybrück Durchl., welche aus Rückſicht und Ehrerbietung für den Kayſerl. Hof und des H. Churfürſten zu Pfalz Durchl. durch Ihren Geſandten die Kundmachung immer verbitten laſſen. Da aber der Kayſerl. Hof nicht allein fortfähret, die gebrauchte Gewalt abzuleugnen, ſondern auch den K. Preußiſchen Hof zum Beweiſe auf eine dreiſte Art auffordert; da er auf allen Seiten ſich auf ſein gutes Recht und auf eine freywillige Convention, als den Hauptgrund ſeines Beſitzes von Bayern berufet, eine zu deren Beſchönigung erdichtete Entſtehungs-

Art

Art aufſtellet, um ſeine unzurechtfertigende Abſichten und Handlungen der Aufmerkſamkeit zu entziehen, das rühmliche und uneigennützige Verfahren des Königs aber mit den gehäßigſten Farben ſchildert, Höchſtderoſelben Vergrößerungs Abſichten beyzumeßen ſich bemühet, den Hrn. Herzog v. Zweybrück aber als einen wankelmüthigen Fürſten, der ſich ſein gegebenes Wort zurückzuziehen verleiten laſſen, darſtellet; ſo erlauben alle dieſe Umſtände, und beſonders die Ehre des Königs und des Herzogs nicht, länger damit zurückzuhalten, ſondern der Königl. Preuſſiſche Hof ſiehet ſich genöthiget, den Hohen Reichsſtänden, den Hohen Garants des Weſtphäliſchen Friedens, auch übrigen Hohen Mächten hiebey die nicht abzuleugnende Abſchrift eines Schreibens vom 22. Januar, durch welches des H. Churfürſten zu Pfalz Durchl. des H. Herzogs zu Zweybrück Durchl. die Schließung der Convention vom 3. Jän. bekannt gemacht, in ſeinem ganzen Umfange vorzulegen. Se. Churfürſtl. Durchl. ſagen darin ausdrücklich: „Ich „war von dem Kayſerl. Hofe dergeſtalt „preßirt und in die Enge gebracht, daß „mich mit Euer Ldd. und andern gutgeſinnten „Höfen darüber zu vernehmen keine Zeit mehr „übrig blieb, ſondern ich mußte mich ohne längern Verſchub zu einem von beyden, nemlich „der Ratification, oder gänzlichen Abrumpirung „des Conventions-Geſchäftes entſchließen, wobey ich letztern Falls nichts anders zu erwarten „gehabt hätte, als daß die in meine Lande

„bereits eingerückte Truppen nicht
„nur den Conventionsmäßigen Antheil,
„ſondern auch, wie man ſich zu Wien ge-
„gen meinen Miniſter verlauten ließ,
„ſämtliche Bayeriſche Lande, und ſo-
„gar die hieſige Reſidenzſtadt ſelbſt, in
„den Beſitz genommen, fort mich von
„hier wegzugehen bemüßiget haben würde.“

Nach dieſem eigenhändigen Geſtändniß und Zeugniß des Herrn Churfürſten zu Pfalz als Haupt-Contrahenten, kann wohl kein Zweifel mehr übrig bleiben, daß Se. Durchl. von dem Kayſerl. Hofe durch Drohungen und offenbare Gewalt und durch die nach Ihrer deutlichen Angabe, und ſelbſt nach den oben angeführten Worten der Circularnote des Fürſten Kaunitz vom 20. Jan. vorher bereits in Ihre Lande eingerückte Truppen zu Abſchließung der Convention vom 3. Januarii induciret und gezwungen worden. Nun wird man auch wohl nicht mehr Urſache haben, daran zu zweifeln, daß nach der zweyten Anlage, des Hrn. Churfürſten zu Pfalz Durchl. gegen den Grafen von Görz anführen laſſen, daß Sie die Oeſterreichiſchen Trouppen im Lande gehabt, welches Sie genöthiget hätte, eine Convention zu ſchließen, die Ihnen nicht erlaubte, von Sr. K. M. von Preuſſen freundſchaftlichen Anerbiethen zu profitiren. Nunmehro werden auch folgende Umſtände, von welchen man ihrer Natur nach, und

da

da ſie äuſſerſt geheim gehalten worden, nicht durchgehends einen ſchriftlichen Beweis führen kann, die aber auf ſehr ſicheren Nachrichten gegründet ſind, deſto mehreren Glauben verdienen. Es hat nemlich der Kayſerl Königl. Hof, da er ſeit vielen Jahrhunderten ſein beſtändiges Augenmerk darauf gerichtet, von dem ihm zu Vergröſſerung und Arrondirung ſeiner Erblande gar zu wohl gelegenen Herzogthum Bayern bey allen Gelegenheiten ſo viel wie möglich zu erwerben und an ſich zu reiſſen, ſeine Bemühung dahin verdoppelt, nachdem man den Abgang des Bayeriſchen Mannsſtammes vorher ſehen können und daher ſchon bey dem Vermählungscontract zwiſchen des jetzigen Kayſers Majeſt. und der Bayeriſchen Prinzeßin Joſepha, über die künftige Succeßion und Acquiſition gewiſſer Stücke von Bayern, beſonders des Inn-Diſtrikts, hinter und ohne Zuziehung der Pfälziſchen Linie gewiſſe Separat-Artikel und geheime Projecte verabredet. Da ſolche durch den Todesfall gedachter Prinzeßin vernichtet worden, und die beyden Herren Churfürſten zu Pfalz und Bayern die Erbfolge unter ſich durch die Verträge von 1766. und 1771. reguliret; ſo hat der Kayſerl. Hof nachhero bey dem Hofe zu München vornemlich durch Drohungen, bey dem Churpfälziſchen Hofe aber durch Gewinnung gewiſſer genugſam bekannter Miniſters, durch Ausſchlieſſung aller übrigen treuen und der Hausverfaſſung kundigen Diener, ja ſelbſt des künftigen Erbfolgers, und durch viele hinterliſtige Inſinuationes gegen den hieſigen und

dere wohlgeſinnte Höfe, denen man Geſinnungen und Abſichten beygeleget, die ſie gewiß niemals gehabt, ſich einen ſolchen Einfluß zu verſchaffen gewußt, daß freylich des Herrn Churfürſten zu Pfalz Durchl. wohl ſchon zu Lebzeiten des Churfürſten zu Bayern über deſſen Erbfolge mit dem Wiener Hofe, wie ſolcher vorgiebt, eine geheime Unterhandlung angefangen haben mögen. Da bey dem unvermutheten Todesfall des Churfürſten zu Bayern die projectirte Abſicht noch nicht völlig zur Reife gediehen war; ſo hat man den Churpfälziſchen Miniſter v. Ritter dahin zu bringen gewußt, daß er den 3. Januar, alſo vier Tage nach dem Abſterben des Churfürſten von Bayern, die dem Hauſe Pfalz ſo nachtheilige Convention abgeſchloſſen, und des Herrn Churfürſten zu Pfalz Durchl. hat man durch heftige Drohungen und würkliche Einrückung der Truppen in Bayern, welche Sie in obgedachtem Schreiben ſelbſt anführen und eingeſtehen, dergeſtalt zugeſetzet, daß Sie mehrgedachte blos zwiſchen den Kayſerl. Miniſtris und dem von Ritter in der Eile errichteten Convention den 14. Jan. ratificiret. Nach verſchiedenen glaubwürdigen Nachrichten, von welchen man nöthigen Falls auch, ſo wie von dem Zwange ſelbſt, gute Beſcheinigung beybringen könnte, iſt des Hrn. Churfürſten Durchl. ſogar erlaubet worden, zu geſtehen und ſich darauf zu berufen, daß Sie gezwungen worden wären. Dem H. Herzog zu Zweybrück und ſeinen Miniſters hat man auf dem Fall, daß ſie der Convention nicht beytretten würden,

mehr

mehr denn einmal zu verſtehen gegeben, daß man nicht allein die zweyte zu errichtende Convention, mit ihrer Uebergehung, mit dem H. Churfürſten allein errichten, ſondern auch alle darin mittelſt Anerkenntniſſes der Erbfolgen, Zuwendung der Reichs- und Böhmiſchen Lehne und anderer zu beſtimmenden Vortheile, der Sulzbachiſchen Linie allein, mit Ausſchließung der Birkenfeldſchen, zuwenden, und bey dem künftigen Succeßions-Fall, ſeine Anſprüche auf ganz Bayern gegen den Herrn Herzog beſtens geltend zu machen wiſſen werde.

Dieſes ſind einige der außerordentlichen Umſtände, welche man unter vielen andern, die man der Kürze halber übergehet, in Verbindung mit obgedachtem Schreiben des Herrn Churfürſten zu Pfalz der Welt vorlegen wollen, um zu zeigen, was für unerlaubte Mittel der Wiener Hof angewendet, um ſeine Abſichten auf Bayern zu erreichen. Es geſchiehet ſolches ungern und mit Widerwillen, indem es die Gewohnheit und das Syſtem des K. Preuß. Hofes nicht iſt, ſeine Nachbaren verdächtig und ſchwarz zu machen; allein der Wiener Hof zwinget ihn dazu, indem er die weltkündigſte Thatſachen, von denen er glaubt nicht überführt werden zu können, dreiſte ableugnet, indem er wider die kundbare Wahrheit, alle Wahrſcheinlichkeit, und wider ſein beſſer Wiſſen, die Vergrößerungs-Abſichten, deren er überführet iſt, Sr. K. Majeſt. von Preuſſen ohne Beweiß aufzubürden, die Streitfrage

ganz umzudrehen, und überdem der Welt glauben zu machen ſucht, daß der K. Preuß. Hof den H. Herzog zu Zweybrück durch ſogenannte **geheime Bearbeitungen, Drohungen und Verſprechungen**, und andere dergleichen zweydeutige Mittel, die dem Wiener Hofe nur allein eigen, dem K. Preußiſchen aber ungewöhnlich ſind, verführet und ihn abgehalten habe, der ihm ſo ſehr am Herzen liegenden Convention vom 3. Jänner beyzutreten. Um die Welt von dem Gegentheil noch mehr zu überzeugen; ſo füget man hier in der zweyten Anlage eine kurze **hiſtoriſche Erzählung von der Unterhandlung des Grafen von Görtz** bey, aus welcher genugſam erhellen wird, daß wie Se. K. Majeſtät von Preuſſen geſehen, daß der Wiener Hof nach dem Abſterben des Churfürſten von Bayern ſich einen großen Theil von deſſen Ländern, zum unwiderbringlichen Nachtheil der wahren Lehn- und Allodial-Erben, der Häuſer Pfalz und Sachſen, und zum offenbaren Umſturz des Reichsſyſtems und des Gleichgewichts von Teutſchland zueignen wolte, Höchſtdieſelbe nichts anders gethan, als daß Sie öffentlich einen Geſandten an den H. Churfürſten zu Pfalz, und da derſelbe von dem Wiener Hofe bereits gewonnen geweſen, an deſſen nächſten Erbfolger, den H. Herzog zu Pfalz-Zweybrück geſchickt, dieſem Fürſten angerathen, ſich nicht zu übereilen, und in Anſehung der Bayeriſchen Succeßion, nichts ohne Rath und Beywirkung Ihrer Teutſchen Mitſtände, und der dem Hauſe Pfalz mit Freundſchaft zugethanen

thanen Crone Frankreich zu thun; wobey Se. K. Majeſtät allerdings Ihren Rath, freundſchaftliche Verwendung und Beyſtand gegen alle ungerechte Gewalt, jedoch ohne einiges eigenes Intereſſe und ohne alle andere Abſicht als die von dem allgemeinen Beſten, angeboten. Durch dieſes alles glauben Se. K. Maj. nichts gethan zu haben, was Sie nicht öffentlich bekennen, ſich nicht zur Pflicht und Ruhm rechnen, und nicht vor der ganzen ehrliebenden Welt verantworten könnten. Daß dieſes auch nicht einſeitige, oder einigen Zweifel unterworfene Angaben ſind, ſolches bewähret ſich nicht nur durch die dieſer hiſtoriſchen Nachricht beygefügte Correſpondenz, ſondern des H. Herzogs zu Pfalz-Zweybrück Durchl., verſchiedene Pfälziſche Miniſtri und ſelbſt die Königl. Franzöſiſche, denen dieſe Negociation nicht unbekannt geweſen, werden es nicht anders bezeugen.

Wie nun Se. Königl. Majeſtät von Preuſſen ſowohl hierdurch, als durch die den Hohen Reichsſtänden und ſelbſt dem Wiener Hofe gethane Erklärungen und Vorſtellungen, Ihr reines, uneigennütziges, untadelhaftes und bloß den allgemeinen Ruheſtand zum Endzweck habendes Betragen in der ganzen Bayeriſchen Erbſchafts-Angelegenheit, hoffentlich zur Ueberzeugung eines jeden unpartheyiſchen, dargethan haben; da Sie andern Theils glauben können, durch das unverwerfliche ſelbſteigene Zeugniß des Herrn Churfürſten zu Pfalz, und ſo viele andere damit ſo vollkommen übereinſtimmende Zeitumſtände

zur gleichmäßigen Ueberzeugung der unpartheyiſchen Welt erwieſen zu haben, daß das Wiener Miniſterium ſeinem Hofe die **Convention vom 3. Jänn. und den Beſitzſtand** von Niederbayern durch Drohungen, würklichen Einmarſch von Truppen und andere unerlaubte Mittel verſchafft; ſo erachten Se. Königl. Majeſtät der gerechten und erhabenen Gedenkungsart Ihrer beyderſeits K. K. Majeſtäten nicht zu nahe zu treten, ſondern derſelben vielmehr Gerechtigkeit widerfahren zu laſſen, wenn Sie Höchſtdieſelbe hiermit nochmals vor dem Angeſicht von Europa und des ganzen Reichs inſtändig erſuchen, daß Sie ohne auf dem Irrthum Ihres Miniſterii zu beſtehen, entweder völlig von den Ihnen vielleicht Anfangs ſcheinbar geweſenen, aber bey näherer Unterſuchung ganz ungegründet befundenen Prätenſionen auf die Bayeriſche Erbfolge abſtehen, oder, wenn Sie ſich dazu noch nicht entſchließen können, wenigſtens den auf eine nicht rechtmäßige Art erworbenen **Beſitzſtand** von den in Beſitz genommenen Theilen von Bayern und der Oberpfalz aufgeben, und ſelbige dem Hauſe Pfalz reſtituiren. Sollten Ihre Kayſerl. Majeſtäten hiernächſt Ihre Anſprüche auf einige Theile von Bayern noch fortſetzen wollen; ſo werden Sie hoffentlich ſelbſt der Gerechtigkeit gemäß finden, daß ſolches durch den Weg Rechtens geſchehen müße, wie Sie das Haus Pfalz-Zweybrück ſelbſt bishero ſo vielfältig aufgefodert, daß aber nicht dieſes Haus, ſondern das Haus Oeſterreich die Klägers-Stelle zu vertreten habe; daß vorhero

auch

auch durch eine gütliche Abkunft mit allen hohen Intereſſenten, oder durch eine Deciſion des geſammten Reichs feſtgeſetzet werden müſte, von welchen Richtern, und auf welche Art und Weiſe, dieſe ſo wichtige, das Wohl und den Ruheſtand des ganzen Reichs ſo nahe angehende wichtige Rechtsſache unterſuchet und abgeurtheilet werden ſoll, indem Ihro Kayſerl. Majeſtät zu billig und zu großmüthig denken, als daß Sie verlangen ſollten, daß eine Sache, in welcher Höchſtdieſelbe und Ihr Haus Parthey ſind, von den gemeinen Gerichtsſtellen, die unter Ihrem Vorſitz und Influenz ſtehen, abgemacht und entſchieden werde.

Se. Königl. Majeſt. von Preuſſen glauben mit Grunde hoffen zu können, daß nicht allein Ihre Hohe Reichsmitſtände, ſondern auch andere Hohe Mächte, welche an der ſo allgemein intereßirenden Bayeriſchen Erbſchaftsangelegenheit Antheil nehmen, die in dieſer abgenöthigten Anzeige entdeckte beſondere Umſtände ihrer Aufmerkſamkeit würdig finden, und ſowohl den daraus gezogenen Schlußfolgen ihren Beyfall ertheilen, als auch den von Sr. Königl. Majeſt. erneuerten Vorſtellungen und Anträgen gegen den Kayſerl. Königl. Hof in voller Maaße beytreten werden.

Beylagen.

No. I. Schreiben des Herrn Churfürſten zu Pfalz Durchl. an des Herrn Herzog zu Pfalz-Zweybrücken Durchl. d. d. 22. Jan. 1778.

Durchlauchtigſter Fürſt, freundlich lieber Vetter und Neve! Euer Liebden kann Ich mittels der abſchriftlichen Beylag länger nicht bergen, was Ich in der Bayeriſchen Succeßions-Sache mit der verwittibten Kayſerin Königin Majeſt. für eine Convention getroffen habe, welche zu Wien von beyderſeitigen Miniſtris bereits den 3ten huj. gezeichnet, von Mir aber den 14ten hierauf ratificirt worden iſt.

Ich hätte das leztere gern ſo lang verſchoben, bis Mich mit Ew. Liebden und andern gut geſinnten Höfen vertraulich hieraus zu vernehmen, ſo fort auch mittlerweile beſſere und vortheilhaftere Conditiones zu bewürken Zeit und Gelegenheit gefunden hätte: Allein ich war von dem Kayſerl. Hofe dergeſtalt preſſirt und in die Enge gebracht, daß Mir hierzu keine Zeit mehr übrig bliebe, ſondern Ich muſte mich ohne längern Verſchub zu einem von beyden, nemlich zu der Ratification oder gänzlichen Abrumpirung des Conventions-Geſchäffts entſchlieſen, wobey Ich leztern Falls nichts anders zu erwarten gehabt hätte, als daß die in meine Lande bereits eingerückte Truppen nicht nur den Conventions-mäßigen Antheil, ſondern

dern auch wie man ſich zu Wien gegen meinen Miniſtre verlauten lieſſe, ſämtliche Bäyriſche Lande und ſogar die hieſige Reſidenz-Stadt ſelbſt in den Beſiz genommen, fort mich von hier wegzugehen bemüßigt haben würden.

Was für ungemein und höchſtgefährliche Weiterungen hieraus entſtanden wären, welche am Ende keinen andern, als ſehr nachtheiligen Ausgang für Mich und alle Meine ſowohl Bäyriſch als Pfälzziſch denn Jülich und Bergiſche Lande genommen haben würde, iſt um ſo leichter zu ermeſſen, als Sich unfehlbar auch andere Höfe in die Sache gelegt, das Beſte für Sich herausgenommen, Mir aber wenig oder gar nichts davon zu überlaſſen geſucht hätten. In dieſer kritlichen Lage und mißlichſten Ausſicht hatte Ich keine andere Wahl mehr, als von zweyen Uebeln das kleinere und vor dem unſichern das ſichere zu erwählen, wobey Ich wie in allen andern Vorfallenheiten nicht ſo viel auf mein Particular- als das Intereſſe commune geſehen, mithin jene Partie vorzüglich ergriffen habe, wodurch der Ruheſtand und die gemeine Wohlfahrt des Vaterlands noch erhalten werden mag.

Derowegen mich auch von Ew. Liebden Dero vollkommenen Beyfalls hierin getröſte und Dieſelbe annebens verſichere, daß bey dem Art. 6to Conventionis vorbehaltenen Austauſch, und der darüber abzuſchlieſſenden weitern Convention gewiß

wiß nichts auſſer laſſen, ſondern all Menſchenmögliches anwenden werde, was ſowohl zum Beſten und Aufnahm meines Churhauſes, als zu Conſervation meiner Land und Leute immer dienlich und thunlich ſeyn mag; womit Ew. Liebden zu Erweiſung all angenehmer freundvetterlicher Dienſtgefälligkeiten bereitwillig verbleibe. München, den 22. Jenner An. 1778.

Ew. Liebden

dienſtwillig treuer Vetter und Oheim,
Carl Theodor, Churfürſt.

In fidem. Carl Bachmann, Herzogl. Pfalz-Zweybrückiſcher Archivarius.

No. II. Hiſtoriſche Nachricht von der Negociation des Berliner Hofes mit Sr. Durchl. dem Herzoge von Zweybrück über die Bayerſche Erbfolge.

Man hat dieſer Negociation ſeit der Zeit, da Se. Durchl. der Herzog von Pfalz-Zweybrück Ihre bekannte Erklärung unterm 16ten März dieſes Jahres bey dem Reichstage zu Regensburg thun laſſen, den gehäßigſten Anſtrich zu geben geſuchet. Sie ſoll nach der davon gemachten Schilderung die Stöhrung der Ruhe von Deutſchland zum Zweck gehabt haben, ſie ſoll heimlich durch Emiſſarien eingeleitet, durch widrige Zudringlichkeiten fortgeſetzet worden, und die Maaßregeln des Herzogs ſollen abgedrungen ſeyn. Obgleich die Großmuth, mit welcher Sr. Majeſtät der König von Preuſſen ſich bey dem gan-

ganzen Hergang dieſer Erbſchafts-Angelegenheit vor den Augen von Europa betragen haben, und noch betragen, ſchon den völligen Ungrund dieſer Beſchuldigungen darlegen muß; ſo wird man doch durch gegenwärtiges Memoire zeigen, daß der Endzweck Sr. Königl. Majeſtät bey dieſer Negotiation nur geweſen, die Erhaltung des Friedens dadurch zu bewirken; ein Endzweck, welchen Höchſtdieſelbe aus landesväterlicher Liebe für Ihre Unterthanen und für die Wohlfahrt der Menſchheit mit dem größten Verlangen zu erreichen wünſchten; daß dieſe Negociation ſo öffentlich, als es bey irgend einer geſchehen kann, geführet worden, und daß man die erhabenen Geſinnungen des Herzogs von Zweybrück verkennen müſte, wenn man glauben wollte, daß man ſo verhaßter Mittel nöthig gehabt hätte, um dieſen Prinzen zu einem Schritt zu bewegen, welchen ihm das Intereſſe ſeines Hauſes und ſeine Ehre ſchon vorſchrieben.

Nachdem Se. Königl. Majeſtät mit der Nachricht von dem Abſterben des Churfürſten von Bayern zugleich von den Bewegungen der Oeſterreichiſchen Truppen gegen die Grenzen von Bayern, und bald darauf von ihrem Einmarſch in dieſes Churfürſtenthum benachrichtiget wurden; ſo konnten Höchſtdieſelben an den Vergrößerungs-Abſichten des Wiener Hofes bey dieſer wichtigen Erbſchaft nicht zweifeln. Höchſtdenenſelben waren die Familien-Verträge des Pfälziſchen Hauſes nicht unbekannt; Sie ſahen daher durch die-

ſen Schritt ein Recht verletzen, welches allen Ständen des Reichs höchſt ſchätzbar ſeyn muß, das Recht der Erbfolge einer Linie auf die andere, in denen Beſitzungen ihrer Anherrn. Dieſen Schritt konnten Sie nicht anders, als ſelbſt dem öffentlichen Frieden entgegen laufend anſehen. Die feyerliche Beſitzergreifung Sr. Churfürſtl. Durchl. von der Pfaltz mit dem Einmarſch der Oeſterreichiſchen Truppen in Bayern ſchien Ihnen ein offenbarer Widerſpruch. Von dieſem Augenblick an muſten Se. Königl. Majeſtät beſorgen, daß die öffentliche Ruhe geſtöhret werden würde, wenn dieſem Unglück nicht noch durch den Weg der Unterhandlung vorgebeuget werden könnte. Höchſtdieſelbe hielten Sich von der Großmuth Ihro Kayſerl. Königl. Majeſtäten verſichert, daß wenn Ihnen auch durch Ihre Miniſters dieſe Sache in einem falſchen Lichte vorgeſtellet, und Ihnen Ihre ungegründete und der Reichs-Verfaſſung zuwiderlaufende Anſprüche, als gegründet, abgebildet worden, Höchſtgedachte Ihro Kayſerl. Königl. Majeſtäten doch, ſobald Höchſtdenenſelben von dem Reiche, den fremden Mächten, Ihren Freunden, auf Verlangen der dabey intereſſirten Theile, freundſchaftliche Vorſtellungen darüber geſchehen, Sie auf deren Behauptung nicht beſtehen würden. In dieſer Hofnung ſchickten Se. Königl. Majeſtät eine vertraute Perſon an den Churfürſten von der Pfalz ab, um ſolchen Höchſtderoſelben wahre Geſinnungen, Ihre Bereitwilligkeit das Ihrige zur Erhaltung der Ruhe beyzutragen, und zugleich

Dero aufrichtiges Verlangen die Erhaltung der Reichsverfaſſung mit bewürken zu helfen, zu erkennen zu geben. Um bey dem Wiener Hofe keinen Argwohn zu erregen, und um die Miniſters, welche ſo ſchädliche Rathſchläge gegeben haben könnten, zu verhindern, Ihre Kayſerl. Königl. Majeſtäten zu erbittern, fanden Se. Königl. Majeſtät für gut, dieſes Geſchäfte jemanden aufzutragen, der damahls nicht in Dero Dienſten ſtand; Höchſtdieſelbe beehrten den Grafen von Goerz damit. Dieſer begab ſich garadesweges nach München. Da er aber ſchon bey ſeiner Durchreiſe durch Regensburg vernahm, daß die Oeſterreichiſche Truppen einen großen Theil von Bayern beſetzt hatten, da er zu München eine allgemeine Beſtürzung gewahr wurde, und voraus ſetzen muſte, daß die Unterhandlung zwiſchen dem Wiener und Churfürſtl. Hofe ſchon weit gediehen ſey; ſo glaubte er vor Uebergebung ſeines für den Churfürſten erhaltenen Beglaubigungs-Schreibens Sr. Königl. Majeſtät anderweitige Befehle erwarten zu müſſen. Höchſtdieſelbe trugen ihm auf, Se. Churfürſtl. Durchl. ſelbſt zu erkennen zu geben, wie Sie wünſchten, neben der Erhaltung der Ruhe auch zur Aufrechthaltung des Syſtems und der Verfaſſung des Reichs das Ihrige beyzutragen, den Churfürſten dabey zu verſichern, daß wenn, wie es zu vermuthen wäre, er den Anſprüchen des Wiener Hofes nur durch Gewalt nachzugeben ſich genöthiget ſehen ſollte, Ihm alsdann das Mittel, die Sache zu einer gütlichen Unterhandlung einzuleiten, noch übrig

wäre, daß er ſich in dem Fall an die Stände des Reichs wenden mögte, wo Se. Königl. Majeſtät ſich auf das beſte verwenden wollten; und daß außerdem, um Ihnen einen Beweis von Höchſtderoſelben perſönlichen Uneigennützigkeit zu geben, Se. Königl. Majeſtät Ihn vornemlich bitten lieſſen keine entſcheidende Schritte ohne Zuziehung des franzöſiſchen Hofes zu thun, eines Hofes der der Bundes-Verwandte des Oeſterreichiſchen, der Freund des Pfälziſchen Hauſes, und der Garant des Weſtphäliſchen Friedens wäre: daß wenn auch der Churfürſt, in Rückſicht des Einmarſches der Oeſterreichiſchen Truppen in ſeinen Staaten, ſchon Verbindlichkeiten eingegangen hätte, die Erhaltung der öffentlichen Ruhe doch, wenn dieſe wichtige Sache noch an den Reichstag und an erwehnte Mächte gebracht würde, durch deren vereinigte Verwendung vielleicht zu bewirken ſtehen würde. Der Graf von Goerz, welcher dieſe Befehle zu Regensburg erhielt, glaubte vor allen Dingen erſt ſich von den Geſinnungen des Churfürſten verſichern zu müſſen, wie dieſer Fürſt ſo freundſchaftliche und ſo großmüthige Eröfnungen aufnehmen würde. Er wandte ſich zu dem Ende an den bey dem Reichstage befindlichen Pfälziſchen Geſandten, theilte ſolchem die Befehle Sr. Königl. Majeſtät mit, und erhielt von dieſem Geſanden die Verſicherung, daß er unmittelbar an Sr. Churfürſtlichen Durchlaucht von der Pfalz ſchreiben, Hochdenenſelben von den Abſichten Sr. Königl. Majeſtät Bericht abſtatten, und die Befehle ſeines Herrn ſich erbitten wollte, ob

es

es Denenſelben angenehm ſeyn werde, daß derjenige, welcher dieſen Auftrag hätte, ſich perſönlich bey Ihnen einfände, oder ob es Ihnen gefallen möchte, einen vertrauten Miniſter zu ernennen, mit welchem ſolcher in eine Unterhandlung treten könnte. Die Antwort, welche der Pfälziſche Geſandte erhielt, beſtund darinn: **daß der Churfürſt, da er die Oeſterreichiſche Truppen in ſeinem Lande gehabt, ſich für das Beſte ſeiner Unterthanen, und aus Liebe zum Frieden genöthiget geſehen hätte, eine Convention zu ſchlieſſen, welche ihm die Hände bände, und ihn verhinderte, ſich die freundſchaftliche Anerbietungen des Königs zu Nutze zu machen.** Dieſe Antwort, und die Note, weche unterm 20. Jan. durch den Fürſten von Kaunitz den auswärtigen Geſandten war zugeſtellet worden, gaben deutlich zu erkennen, **daß die Oeſterreichiſche Truppen im Lande Theil an der Schließung dieſer Convention gehabt hatten.** Da der Churfürſt alſo nicht nur alle Unterhandlung, wodurch die Sache zu einer gütlichen Erörterung eingeleitet werden können, abgelehnet, ſondern auch keinen Zweifel übrig ließ, daß dieſe ſo freundſchaftliche Eröfnung des Königs, ſeines Nachbars und Mit-Churfürſten, des geäußerten Verlangens ohngeachtet ſolche verſchwiegen zu halten, durch die Churfürſtl. Miniſters denen Kayſerlichen war mitgetheilet worden; ſo erhielt der Graf von Goerz Befehl, ſein Beglaubigungs-Schreiben dem Chur-

fürſten nicht abzugeben, und nunmehro zu ſehen, ob der Herzog von Pfalz-Zweybrücken, als nächſter Erbe des Churfürſten, nicht geneigt wäre, Sich an ſeine Mit-Stände und an Frankreich zu wenden, dieſe wichtige Angelegenheit zu einer gütlichen Unterhandlung einzuleiten, und dadurch noch das Unheil des Krieges zu entfernen. Er hatte den ausdrücklichen Befehl, darauf zu beſtehen, daß der Herzog über alle ſeine Maaßregeln den Franzöſiſchen Hof zu Rathe zöge, um dadurch den überzeugendſten Beweis zu geben, daß Sr. Königl. Majeſtät Abſichten nicht nur uneigennützig wären, ſondern auch einzig und allein auf die Erhaltung des Friedens abzielten. Die Miniſters letztgedachten Hofes zu München, zu Mannheim, und zu Zweybrück, und ſelbſt das Miniſterium zu Verſailles werden das Zeugniß nicht verſagen, daß dieſe Befehle durch den Grafen von Goerz befolget worden. Er begab ſich von Regensburg gerade nach Zweybrück, und brauchte unterwegens die Vorſicht, von ſeiner Abſendung und deren Gegenſtand den Geſandten des Herzogs zu München durch ein Schreiben zu benachrichtigen, wovon ein getreuer Auszug unter No. 1. hier beygefüget iſt. Vor ſeiner Ankunft zu Zweybrück erfuhr er unterwegens, daß Sr. Durchl. der Herzog nach München gereiſet wäre. Er begab ſich alſo nach Augsburg, und von dort, nachdem er die Erlaubniß des Herzogs dazu erhalten hatte, verfügte er ſich den 6. Febr. zu deſſen Perſon. Aber zum Beweiſe, daß weder Ueberredungen noch Drohungen haben ange-

wandt

wandt werden können, um dieſen Prinzen ſein wahres Intereſſe in ſeiner Klarheit vor Augen zu ſtellen; erhielt er von dem Herzoge das unter No. 2. hierbey geſchloſſene eigenhändige Schreiben vom 5ten Februar. Der Graf von Görz ſtellte bey ſeiner erſten Audienz dem Herzoge das Memoire unter No. 3. zu, wovon auch den Franzöſiſchen Miniſtern eine Abſchrift gegeben wurde, und welches den ganzen Endzweck ſeiner Negociation enthält. Se. Durchl. der Herzog bezeigten ſchon untern 8ten Februar, in einem Schreiben, wovon ein Auszug No. 4. angeſchloſſen iſt, dem Könige ſolche Geſinnungen, welche Dero hohen Geburt würdig ſind. Während des ganzen Auffenthalts des Königl. Miniſters bey dem Herzoge hat dieſer Prinz bey allen ſeinen Maasregeln ſich von der Ehrerbietigkeit, welche Er für Ihro Kayſerl. Königl. Majeſtäten heget, und von der zärtlichen Ergebenheit für den Churfürſten ſeinen Oheim nicht entfernet, ohne ſich durch die Reichsgeſetzwidrige Art irre machen zu laſſen, mit welcher man ſeine Erklärung vom 16. März bey dem Reichstage zu hintertreiben geſucht, und nach welcher ſeine ehrerbietigſte Schreiben an Ihro Kayſerl. Königl. Majeſtäten und dem Freyherrn von Lehrbach, ob er gleich ein bey dieſem Prinzen accreditirter Miniſter war, nicht angenommen worden.

Durch dieſe getreue, durch Beweis-Urkunden bewährte Erzählung, in welcher man dem klugen Betragen des Herrn Herzogs, und der

Treue und den Einſichten Seiner Miniſter Gerechtigkeit wiederfahren läſt, glaubt man erwieſen zu haben, daß weit entfernt durch dieſe Negociation das Kriegesfeuer anzufachen, deren Endzweck nur geweſen ſey, ſolchem zuvorzukommen, daß dieſe Negociation nicht verſteckt ſondern ſo offenbar als möglich betrieben worden, daß weit entfernt Drohungen und verhaßte Zudringlichkeiten angewandt zu haben, der Herzog von Zweybrück vielmehr nach Dero eigenen Ueberzeugung gehandelt hat, und daß dadurch der Ungrund der Beſchuldigungen der Oeſterreichiſchen Miniſter in ſeinem ganzen Lichte gezeiget ſey. Man wird davon noch einen neuen ſtarken Beweis in dem Memoire No. 5. finden. Es bleibet Sr. Königl. Majeſtät die beruhigende Ueberzeugung übrig, alle Mittel erſchöpft zu haben, welche Ihnen Dero Klugheit hat an die Hand geben können, um einem Unglücke vorzubeugen, wodurch das menſchliche Geſchlecht von neuen gekränket wird.

No. 1. Extrait de la lettre ecrite par le Comte de Gœrtz au Sr. de Hofenfels, Envoyé du Duc des Deux-Ponts à la Cour de Munic. d. d. Neuſtadt, le 2. de Fevrier 1778.

Etant chargé de S. M. le Roi de Pruſſe de me rendre près de S. A. S. Mſgr. le Duc de Deux-Ponts, j'ai crû pouvoir être de l'intérét de Mſgr. le Duc & conforme aux intentions de S. M. en Vous faiſant part de l'objet de ma commiſſion. S. M. inſtruite des anciens pactes de Succeſſion établis entre les branches Wilhelmi-

ne

ne & Rodolphine de la Maiſon Palatine, auroit deſiré de voir jouir paiſiblement la Maiſon Palatine de la Succeſſion des Etats de Bavière. Elle deſire ſurtout, que S. A. S. Mſgr. le Duc des Deux-Ponts ne faſſe point une démarche déciſive dans une affaire intéreſſante & qui regarde en même tems la conſervation des loix fondamentales de la Conſtitution de l'Empire, ſans la participation du College Electoral & de ſes Co-Etats & ſans s'être concerté avec la Cour de France depuis ſi longtemps l'Alliée de Sa Séréniſſime Maiſon.

Ueberſetzung.

No. 1. Auszug einer Schreibens des Grafen von Görz an den Herrn von Hofenfels, Geſandten des Herzogs von Pfalz-Zweybrück an dem Hofe zu München, d. d. Neuſtadt den 2. Februar 1778.

Da ich von Sr. Majeſt. dem Könige von Preuſſen den Auftrag habe, mich zu Sr. Durchl. dem Herrn Herzog zu Pfalz-Zweybrück zu verfügen; ſo habe ich geglaubt, daß es dem Intereſſe des Herrn Herzogs zuträglich und den Abſichten Sr. Königl. Majeſt. gemäß ſeyn dürfte, daß ich Ew. rc. von dem Gegenſtande meines Auftrages benachrichtige. Se. Königl. Maj. welche die zwiſchen der Wilhelminiſchen und Rudolphiniſchen Linien des Pfälziſchen Hauſes errichtete alte Erb-Verträge kennen, hätten gewünſchet, das Pfälziſche Haus in den ruhigen Beſitz der Bayeriſchen Staaten geſetzet zu ſehen. Höchſtdieſelbe wün-

ſchen vornemlich, daß Se. Durchl. der Herr Herzog von Zweybrück in einer ſo intereſſanten Sache, die zugleich die Aufrechthaltung der Grundgeſetze der Reichs-Verfaſſung angehet, keinen entſcheidenden Schritt thun möchten, ohne die Theilnehmung des Churfürſtlichen Collegii, und Dero Mit-Stände, und ohne vorher dieſerhalb mit dem Franzöſiſchen Hofe, welcher ſeit ſo langer Zeit der Bundesverwandter Dero Durchlauchtigen Hauſes iſt, ein Einverſtändniß getroffen zu haben.

No. 2. Copie de la lettre ecrite par S. A. S. Mſgr. le Duc des Deux-Ponts au Comte de Gœrtz en date d'Augsbourg le 5. de Fevrier 1778.

Dans ce moment le Sr. de Hofenfels vient de me rendre compte du contenû de la lettre, que Vous lui avez fait l'honneur de lui écrire, Monſieur le Comte. On ne ſauroit être plus ſenſible que je le ſuis aux bontés, que le Roi Vôtre Maitre veut bien me témoigner en s'intéreſſant pour le bien être de ma maiſon, & au ſort malheureux de la Bavière. Que dis-je? Son Malheur ceſſe, dès que Sa Majeſté veut bien y prendre part. Je vais à Munic, où je ne reſterai que quelques jours, *non pour ſigner choſe à laquelle je ne penſe pas & que je donne ma parole d'honneur, que je ne le ferai pas, mais pour faire ma Cour à l'Electeur qui m'a demandé:* Je ſais trop ce que je dois à ma maiſon, au Roi de France, qui a été de tout tems le Protecteur de ma maiſon & à S. M. Pruſſienne,

dès

dès qu'Elle veut bien m'accorder ſes bontés, pour faire une pareille démarche ſans leur agrèment. C'eſt de quoi je Vous prie de vouloir bien aſſurer le Roi Votre Maitre en l'aſſurant de ma ſincere reconnoiſſance & de mon profond reſpect.

Je finis par Vous prier, d'être perſuadé de l'eſtime la plus diſtinguée, avec laquelle j'ai l'honneur d'être.

Ueberſetzung.

No. 2. Abſchrift eines Schreibens Sr. Durchl. des Herrn Herzogs zu Pfalz-Zweybrück an den Grafen Görz, d. d. Augsburg den 3. Februar 1778.

In dieſem Augenblick hat der von Hofenfels mir von dem Inhalte des Schreibens Bericht erſtattet, womit Sie, Herr Graf, ihn beehret haben. Man kann die Gewogenheit, welche der König Ihr Herr mir dadurch zu erweiſen geruhen, daß Höchſtdieſelbe an dem Wohl meines Hauſes und an dem unglücklichen Schickſaal von Bäyern Antheil nehmen, nicht lebhafter als ich, empfinden. Was ſage ich? deſſen Unglück hört auf, ſobald Se. Maj. einigen Antheil daran zu nehmen geruhen. Ich gehe nach München, wo ich nur etliche Tage bleiben werde, nicht um eine Sache zu unterzeichnen, woran ich gar nicht denke, und weshalb ich mein Ehrenwort gebe, daß ich es nicht thun werde, ſondern um daſelbſt dem Chur-

für-

fürſten, der mich eingeladen hat, einen Beſuch abzuſtatten. Ich weiß zu gut, was ich meinem Hauſe, dem Könige von Frankreich, der von jeher der Beſchützer meines Hauſes geweſen, und Sr. Preußiſchen Majeſt., ſobald Höchſtdieſelbe mir Dero Gewogenheit zuwenden, ſchuldig bin, als daß ich ohne deren Genehmigung einen dergleichen Schritt thun könnte. Hiervon bitte ich Sie, den König, Ihren Herrn, zu benachrichtigen und Sr. Königl. Majeſt. zugleich von meiner aufrichtigen Erkenntlichkeit und tiefen Ehrerbietigkeit zu verſichern. Das übrige wird Ihnen, mein Herr, der von Hofenfels ſagen, ich ſchlieſſe alſo mit der Bitte von der vorzüglichen Hochachtung überzeugt zu ſeyn, mit welcher ich die Ehre habe zu ſeyn ꝛc.

No. 3. Mémoire remis à S. A. S. Mſgr. le Duc des Deux-Ponts par le Comte de Gœrtz.

Sa M. le Roi de Pruſſe accoutumée à veiller à ce qui peut intereſſer la conſervation de la Conſtitution de l'Empire & les droits des Princes ſouverains ſes Co-Etats, n'a pû voir avec indifférence, qu'à la mort de l'Electeur de Bavière, dernier de la branche Wilhelmine, a été enfreint ce qui doit être le plus ſacré pour la conſervation de la liberté Germanique & de ſa conſtitution, le droit de Succeſſion indubitablement établi dans la maiſon Palatine; & elle ſe perſuade, que S. A. S. Mſgr. le Duc des Deux-Ponts, comme héritier preſomptif a encore plus de titres pour y être le plus ſenſible.

Les

Les ſentimens patriotiques reconnus de S. M. & ſon équité lui font deſirer, de pouvoir coopérer dans ces circonſtances ſi delicates & ſi intéreſſantes à tout ce qui peut tendre à la conſervation des droits de la maiſon Palatine & particulièrement à ceux de S. A. S., auſſitôt que Mſgr. le Duc voudra bien lui en fournir les moyens.

S. M. jouiſſant, depuis la dernière guerre ſi glorieuſement terminée, de la félicité la plus douce d'un Souverain, celle de répandre autant que poſſible le bonheur ſur toutes ſes provinces, ne peut rien deſirer avec plus d'ardeur que de conſerver cette paix & Elle ſe flatte ne pouvoir mieux obtenir ce but, qui fais l'objet de tous ſes vœux, que quand, au defaut de S. A. S. E. Mſgr. l'Electeur Palatin, S. A. S. Mſgr. le Duc voudra porter à la Diette de l'Empire les plaintes de ſa maiſon contre cet accommodement ſigné entre la Cour de Vienne & Mſgr. l'Electeur Palatin, après la mort de l'Electeur de Bavière. Etant par la autoriſée avec ſes Co-Etats & des Puiſſances telles que la France à pouvoir épouſer les interêts de la maiſon Palatine: Elle doit eſpérer qu'on ſe prétera à des moyens, qui termineront à l'amiable ce qui peut avoir rapport à cette importante ſucceſſion.

Tout autre moyen, même l'entier abandon de toutes les pretentions les moins fondées, ne lui fait entrevoir qu'avec certitude des

des troubles qu'Elle deſireroit d'eviter & qui pourront faire le malheur de bien des Provinces de l'Allemagne. Sa gloire, ſa juſtice & ſes devoirs, comme membre de l'Empire, tout y eſt trop fortement intéreſſé pour pouvoir eſpérer la conſervation de la paix, en voyant le droit le plus pretieux à toutes les maiſons ſouveraines de l'Empire, celui de la ſucceſſion d'une branche à l'autre auſſi manifeſtement violé. Mſgr. le Duc entrant dans les vuës ſi équitables & ſi généreuſes de S. M., le ſouſigné a ordre de S. M. d'aſſurer S. A. S. que dès ce moment, Elle mettra tous ſes ſoins à lui prouver dans cette importante occaſion, & dans toutes celles qui pourront ſe préſenter toute ſon amitié & ſon affection & qu'Elle ne ſe départira point de ſes interêts.

Ueberſetzung.

No. 3. Memoire, welches Sr. Durchl. dem Herrn Herzoge von Pfalz-Zweybrück durch den Grafen von Görz zugeſtellet worden.

Se. Majeſt. der König von Preuſſen, welche gewohnt ſind Ihr Augenmerk auf alles dasjenige zu richten, was die Aufrechthaltung der Reichs-Verfaſſung und die Rechte der ſouverainen Fürſten, Ihrer Mit-Stände angehet, haben bey dem Abſterben des Churfürſten von Bayern, des letzten von der Wilhelminiſchen Linie, nicht mit Gleichgültigkeit anſehen können, daß dasjenige, was für die Aufrechthaltung der deutſchen Frey-

heit

heit und deren Verfaſſung das Heiligſte ſeyn ſolte, das in dem Pfälziſchen Hauſe ungezweifelt feſtſtehende Erbfolgs-Recht, verletzet wird, und Sie halten Sich verſichert, daß Se. Durchl. der Herr Herzog von Pfalz-Zweybrück, als nächſter Erbe, noch weit mehr Urſach haben werden darüber empfindlich zu ſeyn.

Die bekannte patriotiſche Geſinnungen Sr. Königl. Majeſt. und Dero Gerechtigkeits-Liebe haben den Wunſch bey Höchſtdenenſelben erreget, bey dieſen bedenklichen und intereſſanten Umſtänden zu allem demjenigen, ſo zu Erhaltung der Gerechtſame des Pfälziſchen Hauſes und derer von Sr. Durchl. insbeſondere gereichen kann, etwas mit beytragen zu können, ſobald Höchſtdenenſelben der Herr Herzog von Zweybrück die Mittel dazu an die Hand zugeben für gut finden werden.

Da Se. Königl. Majeſt. ſeit dem letztern ſo glorreich geendigten Kriege das ſüſſeſte Vergnügen eines Beherrſchers, Glückſeligkeit ſo viel wie möglich über alle Ihre Provinzien zu verbreiten, genieſſen, ſo können Höchſtdieſelbe nichts mit einem gröſzeren Verlangen wünſchen, als dieſen Frieden zu erhalten, und Höchſtdieſelbe ſchmeicheln Sich, dieſen Endzweck, der den Gegenſtand aller Ihrer Wünſche ausmachet, nicht beſſer erreichen zu können, als wann in Ermangelung Sr. Churfürſtl. Durchl. des Herrn Churfürſten von der Pfalz, S. Durchl. der Hr. Herzog die Beſchwerden Dero Hauſes über jenen, zwiſchen dem Wiener Hofe und dem Herrn Chur-

für-

fürſten von der Pfalz, nach Abſterben des Churfürſten von Bayern, unterzeichneten Vergleich, bey dem Reichstage anbringen wolten. Da Höchſtdieſelbe, nebſt Ihren Mit-Ständen und andern Mächten, ſo als Frankreich dadurch berechtiget würden, ſich das Intereſſe des Pfälziſchen Hauſes annehmen zu können; ſo dürfen Sie hoffen, daß man Mitteln und Wegen die Hand bieten werde, durch welche dasjenige, was auf dieſe wichtige Erbſchafts-Angelegenheit Bezug haben kann, in Güte beygelegt werden könnte.

Jedes andere Mittel, ſelbſt die Entſagung auf alle auch nicht gegründete Anſprüche, laſſen Se. Königl. Majeſt. mehr denn zu gewiß Unruhen vorausſehen, die Höchſtdieſelben zu vermeiden wünſchen, und die ein Unglück für viele deutſche Staaten ſeyn könnten. Höchſtderoſelben Ehre, Dero Gerechtigkeitsliebe und Dero Pflichten als Mitglied des Reichs, alles iſt darin zu ſtark verwickelt, als daß man die Erhaltung des Friedens hoffen könnte, wann das allen ſouverainen Häuſern des Reichs Höchſtſchäzbare Recht, das Recht, daß eine Linie in das Erbe der andern folgen könne, ſo offenbar verletzet werden ſollte. In dem Fall daß Se. Durchl. der Herr Herzog dieſen ſo billigen und ſo großmüthigen Abſichten Sr. Königl. Majeſt. beytreten; ſo hat Endesunterzeichneter von Höchſtgedachter Sr. Majeſt. Befehl, Se. Durchl. zu verſichern, daß Höchſtdieſelbe von dieſem Augenblick alle Ihre Sorgfalt anwenden werden, um Sr. Durchl. bey dieſer

wich-

wichtigen, und bey allen andern ſich darbietenden Gelegenheiten Dero ganze Freundſchaft und Wohlwollen zu bezeigen, und daß Höchſtdieſelbe Sr. Durchl. Intereſſe nie aus den Augen laſſen werden.

No. 4. Extrait de la lettre écrite par S. A. S. Mſgr. le Duc des Deux-Ponts à S. M. le Roi de Pruſſe, d. d. Munic le 8. de Fevr. 1778.

Je ſuis on ne ſauroit être plus ſenſible à la part, que V. M. veut bien prendre au bien être de la maiſon Palatine, au repos de l'Allemagne & à la conſervation de ſa Conſtitution, de même qu'aux ſentimens généreux de ſa bonté, qu'Elle daigné me faire propoſer par ſon Miniſtre Mr. le Comte de Gœrtz & ſans les aſſurances de V. M. je ſuccomberois dans la ſituation critique où je me trouve.

Dès mon avénément à la régence, mes premiers ſoins étoient en me rapprochant des Chefs de ma maiſon, d'affermir la plus étroite liaiſon avec eux & d'éloigner ſoigneuſement tout ce qui pourroit être contraire à ce but & j'ai ſi bien reuſſi, que S. A. S. E. Palatine en m'honorant de ſon amitié & de ſa confiance, s'eſt engagée même ſolemnellement par un Traité d'Union, fait avant ſix mois de réunir nos ſoins pour régler par une ſanction pragmatique, l'ordre de ſucceſſion & tout ce qui regarde les interêts de la maiſon. Aux traités d'union de 1766. 1771. & 1774. faits dans cet

eſprit ne manquoit rien que l'approbation de V. M. & la garantie des autres puiſſances.

Je ne m'écarterai jamais des ſentimens de reconnoiſſance & du reſpect vis à vis de l'Electeur mon Oncle & il ſera aſſez malheureux & toujours trop tôt pour moi, ſi en refuſant de me conformer à ſes vuës, il prendra un ſujet de mecontentement. Le moment malheureux, à ce que je vois, n'eſt pas fort éloigné. On attend le Sr. de Ritter à tout moment & le myſtère ſe developpera inceſſament.

En ſuivant les ordres de V. M. je n'entreprendrai rien ſans l'aveu de la Cour de France, & étant fermement decidé de ne rien faire, qui ſoit contre mes vrais intérêts, mon honneur & ma reputation, principes, dont je ne me ſuis jamais écarté, je ne fais pas un myſtère à V. M. de ma ſituation. Je ſauverai alors mes droits par une proteſtation ſolemnelle à la Diette de l'Empire & j'oſe ſupplier V. M., qu'Elle voudra bien daigner les ſoutenir, en prenant ſur Elle la garantie des ſusdits Traités d'union de 1766. 1771. & 1774. & en s'intéreſſant, que la Cour de France & les Etats de l'Empire intereſſés y accédent également.

Je n'oublierai jamais que je lui devrai la conſervation de ma maiſon, & ſon Miniſtre Mr. le Comte de Gœrtz ſera l'interprête des ſentimens de reconnoiſſance & du profond reſpect qui m'attachent pour toûjours à V. M. & avec lesquels je ſuis &c.

Ueber-

Ueberſetzung.

No. 4. Auszug des Schreibens Sr. Durchl. des Herrn Herzogs zu Pfalz-Zweybrück an Se. Majeſt. den König von Preuſſen, d. d. München, den 8. Februar 1778.

Man kann den Antheil, welchen Ew. Königl. Majeſt. an dem Wohl des Pfälziſchen Hauſes, an der Ruhe von Deutſchland, und an deſſen verfaſſungsmäßigen Erhaltung zu nehmen geruhen, ſo wie die Geſinnungen Dero Gewogenheit, welche Höchſtdieſelbe mir durch Höchſtdero Miniſter den Herrn Grafen von Görz zu erkennen geben laſſen, nicht mit mehrerem Dank, als ich, erkennen; und ohne Ew. Königl. Majeſt. Verſicherungen würde ich bey der critiſchen Lage, worin ich mich befinde, unterliegen.

Gleich bey dem Antritt meiner Regierung ließ ich meine vornehmſte Bemühung dahin gerichtet ſeyn, mich mit den Chefs meines Hauſes zu vereinigen, die genaueſte Verbindung mit ihnen zu beveſtigen, und alles dasjenige ſorgfältig zu entfernen, was dieſem Zweck zuwider ſeyn könnte, und es iſt mir hierin ſo wohl gelungen, daß Se. Churfürſtl. Durchl. von der Pfalz, welche mich mit Ihrer Freundſchaft und Ihrem Vertrauen beehren, Sich ſogar durch einen vor ſechs Monaten geſchloſſenen Unions-Tractat, feyerlichſt verbindlich gemacht haben, unſere Sorgfalt zu vereinigen, und durch eine pragmatiſche Sanction die Erbfolgs-Ordnung und alles dasjenige, was das Intereſſe des Pfälziſchen Hauſes ange-

het, feſtzuſetzen. Denen in dieſer Abſicht in den Jahren 1766. 1771 und 1774. geſchloſſenen Unions-Tractaten fehlte nichts als der Beyfall Ew. Königl. Majeſt. und die Garantie der andern Mächte.

Nie werde ich mich von den Geſinnungen der Erkenntlichkeit und der Ehrerbietung gegen den Churfürſten meinen Oheim entfernen, und es wird unglücklich genug, und allemal noch zu früh für mich ſeyn, wenn Sie aus einer Verweigerung, mich nach ihren Abſichten zu richten, einen Anlaß zum Mißvergnügen nehmen ſollten. Der unglückliche Augenblick iſt, wie ich ſehe, nicht ſehr weit entfernt. Man erwartet den Herrn von Ritter alle Augenblick, und das Geheimniß wird ſich bald entwickeln. In Befolgung Ew. K.M. Befehle, werde ich nichts ohne die Einſtimmung des Franzöſiſchen Hofes unternehmen, und da ich feſt entſchloſſen bin, nichts zu thun, was meinem wahren Intereſſe, meiner Ehre, und meinem Ruhm zuwider ſeyn könnte, Grundſätze, von welchen ich nie abgewichen bin, ſo mache ich Ew. Königl. Maj. aus meiner Lage kein Geheimniß. Ich werde alsdann meine Rechte durch eine feyerliche Proteſtation bey dem Reichstage zu verwahren ſuchen, und ich unterſtehe mich Ew. Königl. Majeſtät zu bitten, Höchſtdieſelbe wollen ſolche zu unterſtützen geruhen, die Garantie obgedachter Unions-Tractate von 1766. 1771. und 1774. über ſich nehmen, und ſich verwenden, daß der Franzöſiſche Hof und die andern dabey intereſſirten Mächte und Stände des Reichs ſolchen gleichfalls beytreten.

Ich

Ich werde niemahls vergeſſen, daß ich Höchſtdenenſelben die Erhaltung meines Hauſes ſchuldig ſeyn werde, und Dero Miniſter, der Herr Graf von Görz wird der Zeuge von den Geſinnungen der Erkenntlichkeit und der tiefen Ehrerbiethigkeit ſeyn, die mich Ew. Königl. Majeſtät auf ewig verbinden, und mit welchen ich bin ꝛc.

No. 5. Mémoire du Miniſtre de Deux-Ponts le Baron de Hofenfels remis au Miniſtre de l'Electeur Palatin, le 12. Avril 1778.

S. E. Mr. le Baron de Vieregg m'ayant demandé de la part de S. A. S. E. des éclairciſſements touchant les relations, que les affaires de la Succeſſion de Baviere ont établies entre S. M. Pruſſienne & le Duc de Deuxponts mon maitre, il m'a fait egalement entendre, que c'étoit le vœu de la Cour Imperiale. J'ai rendu compte de cette demande à S. A. S. Elle a trouvé qu'une pareille communication étoit entièrement conforme aux ſentiments de reſpect & d'attachement qu'Elle a pour S. A. E., à la reſolution où Elle eſt, de ne jamais manquer à la confiance qu'Elle a dans ſes bontés & ſon amitié & à ſa déférence reſpectueuſe pour L. L. M. M. I. I. En conſéquence Elle m'a ordonné de déclarer ce qui ſuit:

S. A. S. s'étoit flattée, qu'avant de lui demander aucune communication, on lui feroit celle des titres ſur lesquels ſe fondent les pretentions de S. M. l'Impératrice Reine. On attend

tend toujours cette communication qu'on a bien voulu nous annoncer pluſieurs fois & mon S. Maitre m'ordonne de profiter de l'occaſion préſente pour aſſurer, qu'il la recevra avec la plus grande reconnoiſſance. Cependant jusqu'à ce qu'elle ait eu lieu, il auroit pu s'abſtenir de donner à la Cour Impériale les éclairciſſements demandés: Mais la regularité de ſa conduite & ſon empreſſement à complaire à S. A. E. & à marquer ſon reſpect à L. L. M. M. I. I. le determinent à les donner ſans delai. *S. M. Pruſſienne a fait connoitre à S. A. S. qu'il ſeroit de la prudence de ne prendre aucun parti deciſif dans cette circonſtance delicate que de l'aveu de la Cour de France & qu'après un examen reflechi des titres de ceux qui pourroient prétendre à cette ſucceſſion avec l'approbation des puiſſances capables d'influer efficacement, conformement aux conſtitutions Germaniques, du conſentement des Etats de l'Empire & qu'il devoit faire à cet égard les démarches les plus reſpectueuſes envers Leurs dites M M. I. I.* Mon Ser. Maitre a trouvé ces conſeils ſi parfaitement conformes à ſes devoirs comme membre de l'Empire & comme Prince de la maiſon Palatine & à ce qu'il ſe doit à ſoi même, qu'il n'a pas balancé à les ſuivre. C'eſt dans cet eſprit, qu'il a fait connoitre ſes ſentiments à la Diette de l'Empire par ſa Déclaration & à leurs M. M. I. I. par les lettres qu'il a eu l'honneur de leur ecrire. Les démarches genereuſes dont S. M. Pruſſienne a accompagné celle de mon Srſm. Maitre lui ont inſpiré

la

la confiance, dont elles étoient une ſuite néceſſaire.

Mſgr. le Duc ne doute pas, que les garants de la paix de Weſtphalie n'applaudiſſent à toutes les démarches qu'il a fait & qu'il fera, conformèment aux conſtitutions: & il ſe flatte particuliéremen q'ue la Cour de France alliée de L. L. M. M. I. I. voudra bien employer les moyens que lui fournit cette alliance pour ramener les affaires à une ſituation convenable aux intérêts de la maiſon Palatine.

Tel eſt l'état des affaires dont S. A. E. a deſiré d'être informée & mon Srſm. Maitre ſe fera un devoir & un plaiſir de continuer à lui donner ſucceſſivement toutes les communications qu'elle pourra deſirer. Munich, le 12. Avril 1778.

Signé de Hofenfels.

Ueberſetzung.

No. 5. Memoire des Pfalz-Zweybrückiſchen Miniſters Herrn von Hofenfels, welches unterm 12. April 1778. dem Chur-Pfälziſchen Miniſter zugeſtellet worden.

Da Se. Excellenz der Freyherr von Vieregg im Namen Sr. Churfürſtl. Durchlaucht über das Verhältniß, welches die Bayeriſchen Erbfolgs-Angelegenheit zwiſchen Sr. Königl. Preuß. Majeſtät und dem Herzoge von Zweybrück, meinem Herren, veranlaſſet hat, von mir Erläuterungen verlanget; ſo haben Sie mir zugleich zu verſtehen

gegeben, daß dieſes der Wunſch des Kayſerl. Hofes wäre. Ich habe von dieſem Verlangen Sr. Durchl. Bericht abgeſtattet. Höchſtdieſelbe finden eine dergleichen Mittheilung den Geſinnungen, der Ehrerbiethung und Ergebenheit, welche Sie für S. Churfürſtl. Durchl. hegen, und der gefaßten Entſchließung, es niemahls an dem in die hohe Gewogenheit und Freundſchaft Ihro Churfürſtl. Durchlaucht geſetzten Vertrauen, und an der Ehrfurchtsvollen Ergebenheit für Ihro Kayſerl. Königl. Majeſtäten, ermangeln zu laſſen, vollkommen gemäß.

Dieſem zufolge haben Hochdieſelbe mir befohlen, folgendes zu erklären:

Sr. Durchl. hätten Sich geſchmeichelt, daß, ehe man von Denenſelben einige Mittheilung verlangen werde, man Ihnen zuvor die Urkunden mittheilen würde, worauf ſich die Anſprüche Ihro Majeſtät der Kayſerinn Königinn gründen. Dieſe zu verſchiedenen mahlen angekündigte Mittheilung erwartet man noch immer, und mein Durchlauchtiger Herr haben mir befohlen, die Verſicherung zu geben, daß Hochdieſelbe ſolche mit der größten Erkenntlichkeit annehmen werden. Ob nun gleich Sie ſo lange bis dieſes geſchehen, die verlangte Erläuterung zu geben Sich wohl hätten entbrechen mögen; ſo bewegt Sie jedoch die Regelmäßigkeit Ihres Betragens und Ihr Eyfer Sr. Churfürſtl. Durchl. zu Gefallen zu leben, und Ihro Kayſerl. Königl. Majeſtät Dero tiefſte Ehrfurcht zu bezeigen, ſolche ſogleich mit-

zu-

zutheilen. Se. Preußiſche Majeſtät haben Sr. Durchl. zu erkennen gegeben, daß es der Klugheit gemäß ſeyn würde, ohne die Beyſtimmung des Franzöſiſchen Hofes, und ohne vorher die Rechte derjenigen, welche auf dieſe Erbſchaft Anſpruch machen könnten, mit dem Beyfall der Mächte, die nach den deutſchen Reichsverfaſſungen und mit Einwilligung der Reichs-Stände einen ſtarken Einfluß dabey haben können, reiflich erwogen zu haben, keinen entſcheidenden Schritt in dieſer delikaten Sache zu thun, und daß Sie dieſerhalb die ehrerbiethigſte Maasregeln gegen Ihro Kayſerl. Königl. Majeſtäten nehmen möchten. Mein Durchlauchtiger Herr haben dieſen Rath ihren Pflichten, als Mitglied des Reichs und als Prinz des Pfälziſchen Hauſes, und demjenigen, was Sie Sich Selbſt ſchuldig ſind, ſo vollkommen gemäß gefunden, daß Sie keinen Anſtand genommen haben, ſolchen zu befolgen. In dieſer Abſicht haben Sie Ihre Geſinnungen dem Reichstage durch Ihre Erklärung, und Ihre Kayſerl. Königl. Majeſtäten durch die dieſerhalb an Höchſtdieſelbe gerichtete Schreiben zu erkennen gegeben. Die großmüthigen Maaßregeln, womit Se. Preußiſche Majeſtät dieſen Schritt meines Durchlauchtigen Herrn unterſtützet, haben Hochdemſelben das Vertrauen eingeflößſet, welches von jenen Maaßregeln die nohwendige Folge war.

 Der

Der Herr Herzog zweifeln nicht, daß die Garants des Weſtphäliſchen Friedens allen dieſen der Reichsverfaſſung gemäß genommenen und noch zu nehmenden Maaßregeln ihren Beyfall geben, und Se. Durchl. ſchmeicheln Sich insbeſondere, daß der Franzöſiſche Hof, als Bundesverwandter Ihro Kayſerl. Königl. Majeſtäten, geruhen werde, die Mittel, welche ihm dieſe Allianz an die Hand giebt, anzuwenden, damit dieſe Sache in eine dem Intereſſe des Pfälziſchen Hauſes gemäße Lage wieder gebracht werden möge.

Dieſes iſt die Beſchaffenheit der Sache, wovon Sr. Churfürſtl. Durchl. unterrichtet zu ſeyn wünſchen, und mein Durchlauchtiger Herr werden ſich eine Pflicht und ein Vergnügen daraus machen, Hochdenenſelben ferner alles dasjenige nach und nach mitzutheilen, was Sie nur immer zu wiſſen verlangen können. München, den 12. Aprill 1778.

von Hofenfels.

LXXIV.

Reſcript des Churpfälziſchen Hofes an ſeinen Miniſter in Wien, den Freyherrn von Ritter, d. d. München den 17 Nov. 1778. die Comitialbehandelung der Baieriſchen Erbfolgsſache betreffend.

Carl Theodor Churfürſt ꝛc. ꝛc

Unſern ꝛc. ꝛc. Wir haben aus eurem Berichte vom 10ten dieſes vernommen, wasgeſtalt Se.

Se. Kaiſerl. Maj. in der Baieriſchen Erbfolgs-ſache zwar ein Commißionsdecret nach Regensburg zu erlaſſen gedächten, zuförderſt aber noch verſichert ſeyn wolten, daß die Stände bey der Propoſition und Umfrage nicht nur auf ein Dehortatorium an den König in Preußen, ſondern auch auf die Anrufung der Weſtphäliſchen Friedensgarants, wenigſt per majora, einſtimmig ſeyn würden.

Gleichwie Wir nun Unſers Orts ſoweit verſtanden ſind, daß von geſammten Reichs wegen nicht nur die Weſtphäliſchen Friedensgarants aufgerufen, ſondern auch an die Kriegführende Theile eine Vorſtellung in gemäßigt- und keinem Theile zur Beleidigung gereigenden terminis gemacht werden möchte: So werden Wir auch Unſere Comtialgeſandte hiernach inſtruiren laſſen; euch aber bleibet ſolches mit dem Anhang unverhalten, daß auch dem Kaiſ. Königlichen Bevollmächtigten Miniſter, Freyherrn von Lehrbach, hievon die Eröfnung geſchehen ſey. München, am 17 November, 1778.

An
Tit. Freyherrn von Ritter
also abgelaſſen.

LXXV.

Des Kayſ. Königl. Hofes Beantwortung der, von dem Fürſten Galliczin, am 20 Okt. 1778, ihm übergebenen Deklaration des Petersburger Hofes. *)

Sa Majeſté l' Imperatrice Reine a vu developper d' une façon qui

Ueberſezzung.

Ihro Majeſtät die Kaiſerinn Königinn haben die Geſinnungen, und

*) Dieſe Antwort des Wiener-Hofes auf die bekannte Galliczinſche Note vom 20. Okt. v. J., iſt im Novembermonath ertheilt worden; den eigentlichen Tag aber können wir anjezzo noch nicht mit Zuverläſſigkeit angeben. Die Rußiſche Deklaration ſelbſt findet man in dem dritten Theile dieſer Sammlung, S. 502. u. ff. in einer Ueberſezzung. Da es aber vielleicht manchen unſerer Leſer angenehm ſeyn möchte, dieſelbe in der Originalſprache zu leſen, ſo wollen wir ſie hier darinn mittheilen, zumal da der Ort ganz ſchicklich iſt. Hier iſt ſie alſo: „L'imperatrice de toutes les Ruſſies a montré dès le Commencement les plus vives inquietudes des ſuites que pouvoit entrainer la ſatale conteſtation ſur la ſucceſſion aux Etats de Baviere. Ses ſentiments d' humanité d' une part, de l'autre ſes connexions avec le plus grand nombre des princes de l'Empire, ſon alliance avec le Roi de Pruſſe, l'eſtime & l'amitié ſinceres qu' Elle profeſſe pour L. M. Imperiale et Royale lui ont fait une loi de ne rien omettre de ce qui a pû dépendre de ſes ſoins et de ſes bons offices pour prévenir un éclat dangereux, en amenant les deux parties à un arrangement amiable. C' eſt dans cette vue qu'en recevant auſſi affe-

ctueuſe-

qui lui a été bien agreable, les ſentiments & le fond des intentions, qui ont

und den Grund der Abſicht, welche Ihre Ruſſiſch-Kaiſ. Maj. zu der Vor-

ſtueuſement qu'il convient à une puiſſance zelée pour la juſtice & bien intentionée pour la paix, les plaintes & ſollicitations des differens Princes & Etats léſés par l'occupation ſoudaine d' une partie conſiderable des Etats de Baviere a la Mort du dernier Electeur, Sa Majeſté Imp. les a ſucceſſivement fait paſſer ſous les yeux de la Cour Imp. & Royale, les recommendant uniquement à Son équité; n'employant que la voix de l'interceſſion, & ne ſe permettant pas la moindre diſcuſſion, ni ſur la validité de reclamations, ni ſur la réalité des droits que la Cour Imperiale & Royale a exercés.

Avec combien de douleur S. M. I. ne doit-Elle pas voir aujourdhui que toutes les tentatives pour une conciliation ont été infructueuſes, que les negociations ouvertes à Berlin ſe ſont rompues ſans aucun effet; que la repriſe de ces negociations & la double miſſion du Sieur de Tugut n'ont également rien produit, quoique dans cette miſſion S. M. l'Imp. Reine ait déployé des ſentimens de generoſité & moderation dignes des plus grands éloges; les conditions qui y étoient jointes ne pouvant pas donner à cette nouvelle negociation un meilleur ſort que n' avoit eu la précédente; enfin que des hoſtilités ſe commettent de part & d' autre & que les armées en preſence ſont à la veille de vuider la querelle par le ſort des armes.

Une poſition ſi extréme influe neceſſairement ſur celle, que la Cour de Ruſſie auroit deſi-

ont determiné S. M. l' Imp. de Ruſſie à la Répréſentation, qu' Elle lui

Vorſtellung bewogen, die Sie zuletzt derſelben übergeben laſſen, auf eine ſehr

deſiré de conſerver; & c'eſt pour être fidele à la candeur qui regne dans toutes Ses demarches, que S. M. I. ne veut point cacher à L. M. I. & R. A. combien differe pour Elle le point de vue, ſous lequel Elle devra enviſager une guerre effective, de celui ſous lequel Elle a conſidéré jusqu' à preſent un ſimple different, qu' Elle avoit toujours l' espérance de voir terminer à l' amiable.

L' Allemagne, par ſa poſition comme par ſa puiſſance, eſt le centre de toutes les affaires & de tous les intérêts de l' Europe. L'intégrité de ſa forme de gouvernement ou les alterations qui y ſeroient faites, la tranquillité dont elle jouit, ou la guerre qui la dechire, intéreſſent au plus haut degré tous les autres Etats, ſurtout ceux, qui, comme l' Empire de Ruſſie, joignent aux intérêts & aux connexions naturelles d'etat, à Etat, & à des liaiſons d'amitie avec la plupart des Princes de l'Empire, les conſiderations d'une alliance étroite avec la Puiſſance qui s'eſt armée pour s'oppoſer à des voies de fait de la Cour Imp. & Royale.

Il n' eſt donc pas au pouvoir de l' Imperatrice de reſter dans les termes de l' extreme menagement qu' Elle a eu d'abord de ſe refuſer à tout examen des droits à la ſucceſſion de Baviere. S. M. ſe voit obligée au contraire d' y entrer malgré Elle; & puisqu' Elle eſt forcée a dire ſon ſentiment, Elle le fait avec la franchiſe propre à Son caractère.

Sans

lui a fait remettre en dernier lieu par la façon affectueuſe & la prom-	ſehr angenehme Art zu Tage legen ſehen, da Höchſtdieſelbe ſo freund-ſchaft-

Sans diſcuter les droits du Corps Germanique, & ne prenant d' autre regle, que l'equitè naturelle & les principes de toutes les ſociétés, tout ce qui s'offre à S. M. I. dans l' importante queſtion qui agite tout l'Empire, c'eſt que de la part de la Cour de Vienne, d' anciennes prétentions, negligées pendant pluſieurs Siecles, & oubliées dans le Traité de Weſtphalie, ſont aujourd'hui miſes en avant contre ce même Traité qui fait la baſe & le boulevard de la Conſtitution du Corps Germanique; c'eſt que la maniere dont elles ont été exercées, eſt plus oppoſée encore à cette paix ſacrée, la plus ſolemnelle qui ait jamais exiſté dans le monde chretien; c'eſt enfin que la guerre, qui va ſoutenir ſes premiers demarches, met en un danger imminent toute la Conſtitution de l' Empire, & de Son renverſement s' enſvivroit une ſecouſſe violente à tous les Etats qui l' avoiſinent, un dérangement d'ordre & d' equilibre pour toute l' Europe & de là, fut-ce dans les tems les plus éloignés, un danger poſſible pour l'Empire de Ruſſie, qu'il eſt de la ſageſſe d' un bon ſouverain de prévoir, & ſur lequel la Cour Imp. de Ruſſie ne peut qu' adopter les propres principes & les maximes de la Cour Imp. & Royale en pareil cas.

Sa Majeſté Imperiale n'a pu peſer des conſiderations auſſi graves, ſans ſe permettre de faire un nouvel effort auprès de L. M. I. & R. A. en invitant L. Maj. par tous les principes d' équité & les ſentimens d' humanité qui

Leur

promptitude obligeante, avec la quelle Elle a bien voulû ſe charger de la mediation, qu' Elle lui avoit offerte conjointement avec S. M. très-Chretienne.

Sa M. l' Imp. Reine a été très ſenſible à ce nou-

ſchaftlich als willfährig die Mediation übernehmen wollen, die derſelben nebſt Sr. Allerchriſtlichſten Majeſtät iſt angetragen worden.

Ihro Maj. die Kaiſerinn Königinn waren über

Leur ſont ſi naturels, à faire ceſſer les troubles préſens de l'Empire Germanique, en convenant definitivement avec S. Maj. le Roi de Pruſſe & les autres parties intereſſées d' un arrangement legal & amiable de toute la ſucceſſion de Baviere, conformement aux Loix & aux Conſtitutions.

C'eſt ainſi que S. M. I. ôſe encore exprimer ſes voeux pour le maintien de la paix; Elle flatte que Sa demande ne ſera reçue que comme une nouvelle preuve de la confiance ſans bornes, qu'Elle met en la moderation & l'humanité de la Cour Imp. & Royale, & dans les ſentimens perſonnels pour Elle de S. M. l' Imperatrice Reine; & Elle ſouhaite d' autant plus qu'elle produiſe un heureux effet, qu'il en coûte infiniment à ſon amitié pour L. M. I. & Royale, d'etre obligée de declarer, qu' Elle ne ſauroit voir indifferement la guerre allumée en Allemagne, tant pour ſon objet, que pour ſes circonſtances & ſes effets poſſibles, & qu'Elle devra prendre en une juſte & ſerieuſe conſideration ce qui convient aux interêts de Son Empire, à ceux de Princes ſes amis, qui ont reclamé Son appui & ſurtout à Ses obligations envers Son Allié.

nouveau temoignage de l'amitiè de Sa Majeſtè l'Imp. de Ruſſie, & comme Elle eſt bien aiſe de ne manquer aucune des occaſions, qui peuvent ſe préſenter, pour lui prouver la plus parfaite reciprocitè de ſes ſentimens à ſon égard, Elle ſaiſit avec empreſſement celle, que Lui offre l'état actuel des circonſtances pour les Lui faire connoitre dans toute leur étendue par le plus grand temoignage, qu' Elle puiſſe Lui donner de ſon eſtime, de Son amitiè de Sa confiance & de Sa deference.

über dieſen neuen Beweis der Freundſchaft Ihrer Rußiſch.-Kaiſ. Maj. ſehr gerührt, und da ſie ſich ein Vergnügen daraus machen, keine Gelegenheit vorbey zu laſſen, die ſich darbieten mag, die dießfalſigen Geſinnungen auf das vollkommenſte zu erwiedern; ſo ergreifen Sie diejenige begierig, ſo Ihnen die jezzige Lage der Sachen giebt, um Ihro Maj. ſolche in ihrem völligen Umfange zu erkennen zu geben, und zwar durch den größten Beweis, den Sie derſelben, von Ihrer Hochachtung Freundſchaft, Zutrauen und Bereitwilligkeit nur immer geben können.

Sa Majeſtè l'Imperatrice Reine n'a pu ſe diſpenſer de faire valoir les droits de Sa maiſon ſur une partie de

Ihro Maj. die Kaiſerinn Königinn haben nicht unterlaſſen können, die Rechte Ihres Hauſes auf einen Theil der baieri-

de la ſucceſſion de Baviere, mais Elle n'a pris pour cet effet que le parti, de s'entendre amicablement à cet egard avec Monſieur l' Electeur Palatin, lequel quoique très-regulier, ne lui en a pas moins attiré la guerre. Depuis qu'Elle a été attaquée, Elle a fait tout ce qu' Elle a pû s'imaginer de combinable avec Sa dignitè, pour ramener la paix, & Elle a donné une preuve bien forte & bien évidente de la ſincerité de ſes diſpoſitions à cet égard, en offrant pour cet effet aux dernieres conferences de Braunau, de reſtituer à la Maiſon Palatine toute la partie de la ſucceſſion de Baviere, qui Lui étoit devolue, & de renoncer même a tous des droits à cet égard, & ſi Elle y a ajouté pour condition

baieriſchen Verlaſſenſchaft geltend zu machen; Sie haben aber zu dem Ende nur den Weg eingeſchlagen ſich deßfalls gütlich mit dem Herrn Kurfürſten von der Pfalz einzuverſtehen, welches, obgleich ſehr regelmäßige Auskunftsmittel Ihnen dennoch den Krieg zugezogen. Seitdem Sie nun angegriffen worden, haben Sie alles gethan, was Sie nur immer als mit Ihrer Würde vereinbarlich erdenken können, um den Frieden wieder herzuſtellen; und Sie haben einen ſehr ſtarken und ſehr deutlichen Beweis von der Aufrichtigkeit Ihrer dießfalſigen Geſinnungen gegeben, da Sie zu ſolchem Ende bey den leztern Unterhandlungen zu Braunau ſich erboten, dem Hauſe Pfalz den ganzen Ihr angefallenen Antheil der Baieriſchen Verlaſſenſchaft

wie-

tion le maintien de l' ancien ordre de ſucceſſion établi dans la maiſon de Brandenbourg au ſujet de ſes Marggraviats de Franconie, ce n'a été, que parce qu' Elle a cru ſa demande fondée & parce qu' Elle Lui a paru étre le moyen le plus propre à ne point alterer l' état des poſſeſſions actuelles en Allemagne. Mais il eſt arrivé comme on ſait, que Sa Majeſtè Pruſſienne a jugé ne pas devoir ſe prêter à la paix au prix de cette condeſcendance, que l'on a même crû pouvoir ſe permettre de ſuppoſer une arriere-penſée & des intentions douteuſes à la propoſition de Sa Majeſtè. Elle penſe pouvoir ſe flatter à la veritè, que toute l'Europe impartiale n'a pu l'en ſoupçoner & Elle compte ſur-

wieder zurückzugeben und ſogar allen Ihren dießfalſigen Rechten darauf zu entſagen; und wenn Sie, als eine Bedingniß die Aufrechthaltung der alten in dem Hauſe Brandenburg, in Abſicht deſſen Fränkiſcher Marggrafthümer eingeführten Succeſſionsordnung hinzu gefügt; ſo geſchahe ſolches aus keiner andern Urſache, als weil ſie ihr Verlangen gegründet glaubten, und weil Ihnen dieſes das ſchicklichſte Mittel ſchien, den Stand der jetzigen Beſizungen in Teutſchland nicht zu verändern. Allein, der Erfolg war, wie man weiß, daß Se. Preußiſche Maj. nicht gut fanden, für den Preiß dieſer Nachgiebigkeit die Hände zum Frieden zu bieten; vielmehr hat man ſich erlaubt, dem Antrage Ihrer Kaiſerl. Königl. Maj. eine Zweideu-

ſurtout, que S. M. l' Imp. de Ruſſie, dont Elle connoit & honore l'equitè, n'a jamais été en doute à cet egard. Elle eſt bien aiſe cependant de pouvoir Lui donner une nouvelle preuve des ſentimens, qu' Elle merite de Sa part, & qu' Elle a pour Elle, & c'eſt pour cet effet, que ſans plus rien écouter que le plaiſir, qu' Elle prend a pouvoir deferer aux inſtances de S. M. Imp. Elle Lui abandonne le choix des moyens de conciliation que conjointement avec Sa Maj. tres Chretienne Elle jugera être les plus équitables & les plus propres au prompt retabliſſement de la paix, perſuadée qu' Elle ne ſauroit mettre en mellieures mains ſes interêts & Sa dignitè. C'eſt a ce point que S. M. l'Imp. Reine compte

deutigkeit und unlautere Abſichten beyzumeſſen. Ihro Kaiſerl. Königl. Maj. glauben, ſich in Wahrheit ſchmeicheln zu können, daß das ganze Europa Sie deßfals in keinem Verdacht haben können, und beſonders hoffen Sie, daß Ihro Rußiſch-Kaiſ. Maj., deren Billigkeit Sie kennen und verehren, nie deßhalb einigen Zweifel gehabt. Indeſſen iſt es Ihnen lieb, derſelben einen neuen Beweis der Geſinnungen, die Sie von Ihr verdient, und die Sie gegen Sie heget, geben zu können, und zu dem Ende geſchiehet es, daß Sie, ohne auf weiter etwas als das Vergnügen zu achten, das Sie haben, dem Verlangen Ihrer Kaiſerl. Maj. zu Willen seyn zu können, daß Sie derſelben die Wahl der Mittel zur Vereinigung überlaſſen, die Sie nebſt Sr.

compte ſur les ſentimens de S. M. Imp. & du Roi très-Chretien ſon fidele allié.

Elle deſireroit cependant, que l'on préferat à l'idée d'un Congrès ou de toute autre voye de negociation, qui pourroit cauſer des retardemens, celle, qui pourra le plus promptement ramener la paix, & Elle s'en rapporte d'ailleurs a S. M. Imp. du ſoin, de faire convenir dès à pre-

Sr. allerchriſtlichſten Majeſtät für die billigſten und thunlichſten zur ſchleunigen Wiederherſtellung des Friedens halten werden; in der Ueberzeugung, daß Sie Ihr Intereſſe und Ihre Würde keinen beſſern Händen anvertrauen können. So ſehr verlaſſen ſich der Kaiſerinn Königin Maj. auf die Geſinnungen Ihrer Ruſſiſch-Kaiſ. Maj. und des allerchriſtlichen Königs, Ihres treuen Allirten.

Sie wünſchten indeſſen, daß man dem Gedanken eines Congreſſes, oder jeder andern Art von Negociation, welche Verzögerungen verurſachen dürfte, diejenige vorzöge, ſo am ſchleunigſten den Frieden wieder bringen könnte, und überlaſſen Sie Sich auſſerdem Ihrer Kaiſ. Maj. auch in Abſicht der Sorg-

 ſalt,

preſent, & tout de ſvite d' une ſuſpenſion d' armes, ſi Elle la croit convenable.

Sa Maj. l' Imperatrice Reine ſe flatte, que S. M. I. retrouvera dans cette ouverture une nouvelle preuve de Ses ſentimens pour Sa perſonne, & Elle deſire ſurtout vivement, qu' Elle veuille bien Lui rendre la juſtice d' être perſuadée, qu' ils ſont des plus ſinceres.

falt, wegen eines Waffenſtillſtandes jezt und ſogleich, wenn Sie es für zuträglich halten, überein zu kommen.

Jhro Maj. die Kaiſ. König. ſchmeicheln ſich, Jhro Kaiſ. Maj. werde in dieſer Eröfnung einen neuen Beweis Jhrer Geſinnungen gegen Dero Perſon finden, und vorzüglich wünſchen Sie heftig, daß dieſelbe Jhr die Gerechtigkeit wiederfahren laſſen wollen, überzeugt zu ſeyn, daß es die aufrichtigſten Geſinnungen ſind.

LXXVI.

Note, welche von des Rußiſch-Kaiſerl. Miniſters, Fürſten von Repnin Durchl. am 19ten December 1778. zu Breslau übergeben worden.

L' Imperatrice de toutes les Ruſſies a temoigné prendre dès le commencement le plus vif interet aux troubles actuels de l' Alle-

Ueberſetzung.

Der Kaiſerinn von Rußland Maj. haben gleich im Anfang zu erkennen gegeben, daß Sie an den in Teutſchland wirklich ausgebroche-

Allemagne, ſoit comme une Puiſſance, à qui il importe, que l' etat legal & conſtitutif de cette partie de l' Europe ſoit maintenu en ſon integritè, ſoit comme deſirant de voir rendre juſtice aux maiſons leſées par l' occupation d' une partie conſiderable de la Baviere, qui ont reclamé ſes bons offices & Son aſſiſtence, ſoit enfin, comme amie intime & alliée de S. M. Roi de Pruſſe engagé dans une guerre onéreuſe pour le ſoutien des droits de l' Empire Germanique.

chenen Unruhen den lebhafteſten Antheil nähmen, theils als eine Macht, der daran gelegen, daß der geſez- und verfaſſungsmäßige Zuſtand dieſes Theils von Europa unverlezt erhalten werde; theils weil Sie wünſchen, daß denen durch die Beſiznehmung eines anſehnlichen Theils von Baiern benachtheiligten Häuſern, die Ihrer Rußiſch-Kaiſerl. Maj. Verwendung und Unterſtüzung nachgeſucht haben, Gerechtigkeit wiederfahren möge; theils endlich als eine gute Freundin und Bundsgenoßin Sr. M. des Königs von Preuſſen, welche zu Behauptung der Rechte des Teutſchen Reichs in einen koſtſpieligen Krieg verwickelt worden.

Il n'a point tenu à Ses ſoins & a Ses bons offices, qu'on ne ſoit point

Ihre Rußiſch-Kaiſerl. Maj. haben es durch Ihre Bemühungen und Ver-

point parvenu a prévenir une rupture, ou à l'aréter dans ſes ſuites. Elle n'a negligé aucune occaſion de porter la Cour de Vienne à des termes d'accommodement juſtes & ſatisfaiſans pour toutes les parties, & tout recemment la répreſentation amicale, qu' Elle a fait faire à la même Cour, & dont il a été fait communication dans ſon tems aux Miniſtres du Roi, demontre evidemment jusqu' à quel point S. M. Imp. a à coeur le retabliſſement de la paix & de la tranquillitè publique.

Verwendungen nicht dahin bringen können, daß ein Friedensbruch unterblieben, oder doch deſſen Folgen Einhalt geſchehen wäre. Sie haben keine Gelegenheit verabſäumet den Röm. Kayſ. Hof dahin zu bewegen, einen für alle intereßirte Theile billigen und befriedigenden Vergleich zu treffen; und ſo zeiget auch ganz neuerlich die freundſchaftliche Vorſtellung, welche Sie dem gedachten Hofe thun laſſen, und die zu ſeiner Zeit den Miniſtern des Königs mitgetheilt worden, ganz deutlich, wie ſehr Ihrer Rußiſch-Kaiſerliche Majeſtät die Herſtellung des Friedens und der öffentlichen Ruhe am Herzen liege.

Une demarche de la Cour de Vienne vient de mettre l' Imperatrice en etat de déployer

Ein von dem Wiener Hofe gemachter Schritt ſetzet Ihro Rußiſch-Kaiſerl. Maj. in den Stand, die-

yer Ses ſentimens & Ses diſpoſitions dans toute leur étendue; même avant que cette Cour eût pu recevoir la répreſentation ci-deſſus mentionée de S. M. Imp. Elle l'a fait inviter formellement par Son Miniſtre pres d' Elle le Comte Kaunitz à emploier ſa mediation ou ſes bons offices conjointement avec la France, pour procurer un accommodement entre Elle & S. M. Pruſſienne.

Une telle propoſition ne pouvoit qu' être reçue avec empreſſement de l' Imperatrice de toutes les Ruſſies, tant par ſon deſir perſonel, de voir la paix & la tranquillitè retablie pour le bien de

dieſes Hofes Geſinnungen und Neigungen in dem ganzen Umfange an den Tag zu legen. Sogar noch ehe, als derſelbe einmal die obgedachte Rußiſche Vorſtellung konnte erhalten haben, ließ er durch ſeinen Miniſter bey Ihro Rußiſch-Kaiſ. Maj. den Herrn Grafen von Kauniz dieſelbe einladen, Ihre Vermittelung oder Verwendung zugleich mit der Krone Frankreich dahin zu verſuchen, daß zwiſchen dem Wiener und Berliner Hofe, eine Uebereinkunft geſtiftet werden möge.

Ein ſolcher Antrag konnte von Ihro Rußiſch-Kaiſerl. Maj. nicht anders, als mit Eifer angenommen werden, ſowohl wegen Ihres perſönlichen Verlangens, Friede und Ruhe zum beſten der Menſchheit bald

de l' humanitè, que par la perſvaſion, où Elle eſt, que S. M. le Roi de Pruſſe ne s'eſt point écarté de ſes vues pacifiques, pourvu ſeulement que la fin de la guerre renferme en ſoi la ſuretè de la Conſtitution germanique & la ſatisfaction due aux Maiſons leſées, & plus que toute autre conſideration encore par la certitude qu'a Sa Majeſtè Imperiale que ſon acceptation ſera agreable à S M. Pruſſienne, ſon Miniſtre s'etant deja expliqué envers le Chargè d' affaires de la Cour de Verſailles ſur l' intervention de Sa Cour à la paix, que le Roi ſouhaitoit auſſi d' y joindre les bons offices de l' Imperatrice de Ruſſie.

bald hergeſtellt zu ſehen, als aus Ueberzeugung, daß des Königs von Preuſſen Majeſtät, Ihre friedlichen Geſinnungen nicht werden abgelegt haben, wenn nur mit der Beendigung des Kriegs zugleich die Sicherheit der teutſchen Verfaſſung, und die den beſchädigten Häuſern gebührende Befriedigung erreichet wird; vor allen andern Betrachtungen aber, weil Ihro Ruſſiſch-Kayſerl. Maj. verſichert ſind, daß die Annahme dieſes Antrags Sr. Maj. dem Könige von Preuſſen angenehm ſeyn werde, indem Dero Miniſter gegen den Königl. Franzöſiſchen Geſchäftsträger ſchon erkläret hat, wie ſein König wünſchte, daß auch die Vermittelung Ihrer Rußiſch-Kaiſerl. Maj. mit hinzukommen möchte.

C'eſt ainſi pour ſervir à l'ouvrage deſiré & ſalutaire de la pacification, que l' Imperatrice de toutes les Ruſſies a ordonné au ſouſſigné de ſe rendre pres du Roi, pour recevoir de S. Majeſtè toutes & telles propoſitions qu'il Lui plaira de faire, & enſvite proceder à l'emploi effectif de la mediation & bons offices de S. M. Imperiale, en tel tems & lieu & de la maniére qu'il ſera convenu tant avec les deux parties principales intereſſées, qu' avec la Cour de Verſailles, à qui la Cour Imperiale de Ruſſie a déja donné part de l'acceptation de la mediation conjointement avec Elle auſ-

ſi

Um demnach dieſes erwünſchte und heilſame Friedenswerk zu befördern, haben Ihro Ruſſiſch-Kaiſerl. Maj. dem Unterzeichneten aufgetragen, ſich zu des Königs von Preuſſen Majeſtät zu begeben, um von Höchſtdenenſelben alle und jede nach höchſten Belieben zu ertheilende Friedensvorſchläge anzunehmen, und hernach das Amt eines wirklichen Rußiſch-Kaiſerlichen Vermittlers in ſolcher Zeit, Ort, und auf ſolche Art anzutreten, wie man ſowohl mit den Zween intereßirten Hauptheilen, als dem Königl. Franzöſiſchen Hofe übereinkommen wird, dem der Rußiſch-Kaiſerl. Hof ſowohl von der zugleich mit Frank-

reich

ſi bien que de là miſſion du ſouſſigné.

Fait à Breslau, ce $\frac{8}{19}$ten Decembre, 1778.

Signé
du Prince Repnin.

reich übernommenen Vermittelung, als von der Abſendung des Unterzeichneten ſchon Nachricht ertheilet hat.

Breslau, den $\frac{8}{19}$ten December, 1778.

Unterzeichnet:
N. P. Repnin.

LXXVII.

Beantwortung des weſentlichen Inhalts der fernerweitigen Vorſtellung und Erklärung Sr. Königl. Majeſtät von Preußen an Ihre hohe Mitſtände des deutſchen Reichs. Wien, 1778. *)

Seine Königl. Majeſtät von Preußen haben für gut gefunden, eine **fernerweitige Vorſtellung und Erklärung an Ihre hohe Mitſtände des deutſchen Reichs** (S. Th. III, S. 353.) im verfloſſenen October Monate zu Berlin kund machen zu laſſen.

Der Verfaſſer dieſer Erklärung erlaubt ſich die größten Anzüglichkeiten, und wiederholt ſchon oft beantwortete Einwürfe.

Weit entfernt, ſein Beyſpiel nachzuahmen, beſchränkt man ſich bloß auf eine kurze Erläuterung

*) Dieſe, wie auch die folgende Staatsſchriſt, (No. LXXVIII.) wurde am 18ten December d. J. denen übrigen Reichstagsgeſandtſchaften von dem Churböhmiſchen Geſandten Herrn Grafen von Neipperg ad aedes zugeſandt.

rung desjenigen, was in erwehnter Vorſtellung von der durch den Freyherrn von Thugut wieder-eröfneten Friedensunterhandlung umſtändlich angeführet, und daraus gefolgert wird. *)

Der wahre Hergang und eigentliche Zuſammenhang dieſer erneuerten Vergleichshandlung beſteht darinn:

Die ſehnlichſte Friedensliebe vereiniget mit der zärtlichſten mütterlichen Sorgfalt veranlaßte Ihre K. K. A. Majeſtät, ohne Vorwiſſen des Kaiſers Majeſtät, auf dienſame Mittel und Wege zu denken, wie die zu Berlin gepflogene, und zu ihrem größten Bedauern abgebrochene Unterhandlung wieder in Gang und zum erwünſchten Ende zu bringen ſeyn dürfte.

Die weſentlichſten Anſtände, welche bey dieſer Unterhandlung Königl. Preußiſcher Seits haupt-

*) Man wirft dem K. K. Hof unter andern vor, daß Er die gemachten Friedensanträge den Höfen von Frankreich und Rußland zu eben der Zeit mitgetheilet hat, da des Königs in Preußen Majeſtät ſind erſuchet worden, ſolche vor jedermann geheim zu halten. Allein gleichwie man unter dem Ausdrucke jedermann ganz natürlich ſeine eigenen Alliirten nicht verſtanden hat, ſo mußte man ein gleiches von dem Berliner Hofe in Anſehung Rußlands um ſo mehr vermuthen, da man ſich Preuſſiſcher Seits nicht lange vorher ein eigenes gefliſſentliches Geſchäft daraus gemacht hat, ſogar die ganze unmittelbare eigenhändige Correſpondenz des Kaiſers Majeſtät mit dem Könige nicht nur dem Franzöſiſchen und Rußiſchen Hofe mitzutheilen, ſondern auch den Inhalt derſelben zu verbreiten.

hauptſächlich ſind erhoben worden, waren folgende:

Daß der in Beſitz genommene Straubingiſche Antheil zu nahe an Regensburg gränzet, und dadurch für die Freyheit des Reichstages bedenklich wird.

Daß durch eben dieſen Antheil das Herzogthum Bayern gleichſam in zwey Theile geſchnitten wird.

Daß der Herr Kuhrfürſt von Pfalz müſſe in Stand geſetzet werden, die Allodialforderungen des Herrn Kuhrfürſten zu Sachſen zu befriedigen, welches aber nach der von dem Freyherrn von Riedeſel gemachten förmlichen Erklärung alsdann geſchehen würde, **wann Se. Kuhrfürſtliche Durchlaucht durch die Abtretung des dieſſeitigen Antheils nicht mehr als 1,300,000 fl. verlieren.** *)

Ihre

*) Dieſe Erklärung, welche Freyh. von Riedeſel auf eigenen Befehl Sr. Königl. Preußiſchen Majeſtät dem K. K. Hof- und Staatskanzler Fürſten von Kaunitz Rietberg ausdrücklich und deutlich gemacht hat, fällt dem Berliner Miniſterium ganz ſichtbar unbequem. In den dem Freyherrn von Thugut ertheilten ſchriftlichen Antworten wird ſie ſchlechterdings geläugnet, auf der 8ten Seite (S. III, S. 365.) der Vorſtellung ſelbſt aber halb eingeſtanden, jedoch durch eine ſolche Auslegung verſtellet, der jedermann Gewalt und Zwang anſehen muß.

Ihre Kaiſ. Königl. Apoſtol. Majeſtät ließen daher durch den Freyherrn von Thugut Seiner Königl. Majeſtät von Preußen folgende Vergleichsanträge vorlegen.

1.

Ihre Majeſtät wollen von Ihrer dermaligen Beſitzung in Bayern alles, was die Einkünfte einer Million Gulden überſteiget, dem Herrn Kuhrfürſten von der Pfalz zurückſtellen, und

2.

Dieſe Beſitzung mit einem anderen Bayeriſchen Landesbezirke vertauſchen, der nicht mehr als eine Million eintragen, nicht an Regensburg gränzen, und Bayern nicht mitten durchſchneiden ſoll.

3.

Ihre Mageſtät wollen Ihre freundſchaftliche Verwendung mit jener des Königs in Preußen Majeſtät vereinigen, um zwiſchen dem Herrn Kuhrfürſten von der Pfalz, und dem Herrn Kuhrfürſten von Sachſen wegen der Allodialbefriedigung einen billigen Vergleich zu Stande zu bringen. *)

Ihre

*) 1.) L'Impératrice Reine gardera de ſes poſſeſſions actuelles en Bavière une étendue de païs d'un million de revenu, & rendra le reſte à l'Electeur Palatin.

2.) Elle conviendra inceſſament avec l'Electeur Palatin d'un échange à faire de gré à gré de ces poſſeſ-

Ihre Majeſtät überlaſſen dem Urtheile der unpartheyiſchen Welt, die erwehnten Anſtände mit den gemachten Vereinigungsvorſchlägen in billige Vergleichung zu bringen, und ſodann den Ausſpruch zu thun, ob, um jeden Stein des Anſtoſſes wegzuräumen, nicht alles iſt erſchöpft worden, was man nur immer von einer aufrichtigen Friedensliebe und von einem ſehnlichen Verlangen nach der Wiederherſtellung des Ruheſtandes erwarten konnte?

Seine Königl. Majeſtät von Preußen nahmen auch dieſes werkthätige Merkmal der friedfertigen Geſinnung Ihrer K. K. Apoſtl. Majeſtät mit aller freundſchaftlichen Rückſicht auf, und fügten in dem nämlichen Papiere, welches die dieſſeitigen Propoſitionen enthielt, folgende Anfragen eigenhändig bey:

Würde es der Kaiſerinn Majeſtät nicht gefällig ſeyn, ihren Gerechtſamen auf einige Lehen in Sachſen, auf welche Sie als Königinn von Böhmen die Oberherrlichkeit behauptet, zu entſagen?

Wür-

poſſeſſions contre quelque autre partie de la Bavière, don le revenu n'ira pas au delà d'un million, & qui n'avoiſinera point Ratisbonne, ni n'aura l'inconvenient de couper la Baviere en deux, comme les poſſeſſions actuelles.

3.) Elle reunira ſes bons offices à ceux de ſa Majeſté le Roi de Pruſſe, pour menager ſans delai un arrangement juſte & équitable entre l'Electeur Palatin & l' Electeur de Saxe rélativement aux prétenſions de ce dernier ſur l'Aleu de Bavière.

Würde man nicht den Herzog von Meklenburg mit einem kleinen Reichslehn befriedigen können?

Wird man noch die Erbfolge von Bayreuth und Anſpach, wie man in den vorigen Unterhandlungen bereits übereingekommen war, berichtigen, mit dem Zuſatze, daß die vorläufige Huldigung in den beyden Marggrafſchaften dem Kuhrfürſten von Sachſen, und in den beyden Laußitzen dem Könige in Preußen geleiſtet werde?

Wird man die Sperrung der Stadt Regensburg, wo der Reichstag verſammelt iſt, nicht wieder aufheben? *)

Mit dieſen Anfragen und einem eigenhändigen Antwortſchreiben Sr. Königl. Preußiſchen Ma-

*) L'Impératrice ne voudra-t-Elle pas ſe rélacher de ſes droits ſur quelques fiefs de la Saxe, dont Elle prétend la Suzeraineté en qualité de Reine de Bohême?

Ne pourra-t-on pas accommoder le Duc de Meklenburg par quelque petit fief de l'Empire?

Eſt-ce que l'un conviendra encore de régler la ſucceſſion de Bareuth & d'Anſpach ſelon qu'on l'avoit ſtipulé dans le traité, en y ajoutant que l'Electeur de Saxe ſe fera rendre l'hommage éventuel des deux Margraviats, & le Roi de Pruſſe recevra également l'hommage de la Luſace?

Levera-t-on le blocus de la ville de Ratisbonne, où la diète de l'Empire eſt raſſemblée?

Majeſtät verſehen, kehrte Freyhr. von Thugut nach Wien zurück. Bald darauf kamen die von Berlin berufenen Königlichen Staatsminiſter zu Frankenſtein an, und ſogleich bemerkte man — was weder Seine Majeſtät ſelbſt vorhin wahrnahmen, noch mit Höchſt Denenſelben die ganze übrige unpartheyiſche Welt ſchwerlich jemals wahrgenommen haben würde — daß die von der Kaiſerinn Königinn Majeſtät gethane Anträge eben ſo unbeſtimmt und verfänglich waren, als diejenigen, worüber die Unterhandlung zu Berlin ſich zerſchlagen.

Dieſe Anträge wurden demnach ſchlechterdings verworfen, und Ihrer K. K. Apoſtol. Majeſtät andere folgenden Inhalts überſendet:

Antrag.

Zu einem neuen allgemeinen Vergleichsplan. *)

1.) Sollen Ihre K. K. A. Majeſtät den von Bayern und der obern Pfalz in Be-

*) Königl. Preußiſcher Seits hat man dieſen Plan zu publiciren unterlaſſen, aber, wie man vorgiebt, aus keiner andern Urſache, als um Weitläuftigkeit zu vermeiden, und weil es auf dieſe Plane, da ſie Oeſterreichiſcher Seits nicht angenommen worden, nicht ankommt. Es kann alſo auf die von dem Freyherrn von Thugut zu Braunau den 13. und 15. Auguſt vorgelegte ſchriftliche Plane eben ſo wenig ankommen, weil ſie Preußiſcher Seits nicht ſind angenommen worden. Und gleichwohl hat man ſolche ohne Beſorgung einer Weitläuftigkeit publicirt.

Beſitz genommenen Antheil dem Kuhrfürſten von der Pfalz ganz zurückſtellen; dagegen ſollen gedacht Se. Kuhrfürſtl. Durchlaucht jenen Theil des Amts Burghauſen, der vom paſſauiſchen Gebiete an, längſt dem Inn bis an den Zuſammenfluß der Salza, dann längſt der Salza bis an die Gränzen von Salzburg bey Wildshut ſich ſchließt, Ihrer K. K. A. Majeſtät abtreten. Der übrige Theil dieſes Amts, ſo wie der Innfluß ſoll dem pfälziſchen Hauſe eigen verbleiben. Durch dieſen Vergleich würde dem Oeſterreichiſchen Hauſe ohne Widerſpruch eine groſſe, fruchtbare und wohlgelegene Provinz zuwachſen, die mit einem ſchiffbaren Fluſſe begränzet iſt, und die Feſtung Schärding und mehrere wichtige Städte in ſich faſſet: das Herzogthum Bayern würde ebenfalls durch die Mitte nicht zertheilet werden, ſo wie die Stadt Regensburg und der Sitz des Reichstages nicht geſperret ſeyn würden.

2.) Sollte der Wienerhof ſich nicht entſchlieſſen wollen, das Kuhrpfälziſche Haus durch einige Länder-Abtretung zu entſchädigen; ſo könnte dieſe Entſchädigung einigermaſſen, obſchon in einem der vorausgeſetzten Abtretung bey weiten nicht gleichkommenden Werthe geſchehen, wenn derſelbe dafür ſeinen

Lehn = und Oberherrlichkeitsrechten in der Obern Pfalz und in Sachſen entſagen, und dem Kuhrfürſten von Sachſen eine Million Thaler auszahlen wollte. Durch die Erfüllung dieſer zween Artikel würde der Wienerhof, zum Vortheile des Kuhrfürſten von der Pfalz, die Allodial-Anſprüche des Sächſiſchen Hofes befriedigen; jenen von dieſer Laſt befreyen, und das Pfälziſche Haus für den abgetretenen Antheil von Burghauſen auf eine gewiſſe Art entſchädigen. Zur vollkommenern Befriedigung des Kuhrfürſten von Sachſen könnte ihm noch das Fürſtenthum Mindelheim als eine freye Herrſchaft, und die kleine zu der obern Pfalz gehörige in dem Nürnbergiſchen Gebiete eingeſchloſſene Herrſchaft Rothenberg überlaſſen werden. Alle Betrachtungen der Billigkeit, der Ehre und des Intereſſe erfordern, daß der Umtauſch der in Beſitz genommenen Diſtrikte in Bayern, die Entſchädigung des Pfälziſchen und des Sächſiſchen Hauſes, mit einem Worte, daß die Berichtigung der ganzen Bayeriſchen Succeſſion nicht in eine beſondere Negociation und Behandlung gezogen, ſondern daß alles auf einmal, gegenwärtig und mit Einverſtändniß des Königs in Preußen als Freund und Alliirten der gedachten Häuſer, geſchlichtet und abgeſchloſſen wer-

werde. Sobald als Ihre Kaiſ. Majeſtäten gemeinſchaftlich mit dem Könige in Preußen in dieſen Plan eingeſtimmet haben würden, könnte man dieſen Antrag den gedachten intereſſirten Höfen vorlegen, und ſie zur Beytretung einladen. Die Beſchaffenheit des Plans und der Umſtände laſſen zuverſichtlich erwarten, daß ſie demſelben Ihren Beytritt nicht verſagen werden.

3.) Nach ſo beſchaffener Berichtigung der ganzen Bayeriſchen Succeßion würden Ihre K. K. Majeſtäten, wie auch der Kuhrfürſt von Sachſen allen weitern Anſprüchen auf Bayern und die obere Pfalz entſagen; und das Erbfolgsrecht auf dieſe zwey Länder ohne Ausnahm würde den Herzogen von Zweybrücken nach Erlöſchung der jetztregierenden Sulzbachiſchen Linie ausdrücklich zuerkannt und verſichert werden.

4.) Die durch den Abgang des letztern Kuhrfürſten von Bayern dem Reiche eröfneten Lehen ſollen dem Kuhrfürſten von der Pfalz, und nach deſſen Tode der Zweybrückiſchen Linie ertheilet werden.

5.) Se. Majeſtät der Kaiſer wird ſich geneigt finden laſſen, eines der gedachten kleinen Lehen den Herzogen von

Mecklenburg zu verleihen, oder auch ſtatt deſſen das Privilegium *de non appellando*, in ihrem ganzen Herzogthume zu ertheilen, und ſie dadurch für ihre Anſprüche auf einen Theil der Landgrafſchaft Leuchtenberg zu entſchädigen.

6.) Des Kaiſers ſowohl als der Kaiſerinn Königinn Majeſtäten werden den Lehn- und anderen Rechten, die der Krone Böhmen auf die Bayreuth- und Anſpachiſche Länder zuſtehen, entſagen, und ſich verbindlich machen, zu keiner Zeit ſich der Vereinigung der Bayreuth- und Anſpachiſchen Länder mit der Kuhrbrandenburgiſchen Primogenitur zu widerſetzen. Sollten des Königs in Preuſſen Majeſtät und der Kuhrfürſt von Sachſen ſich über einen Austauſch der Anſpach- und Bayreutiſchen Länder gegen die beyden Laußitzen und einige andere anſtändige Diſtrikte mit einander vergleichen, ſo würden auch beyde K. K. Majeſtäten ſich demſelben nicht im geringſten entgegenſetzen; Sie würden vielmehr in dieſem Falle, allen Lehn, Rückfalls- und Vorkaufsrechten, die Sie auf die ganze Lauſitz oder auf einige Theile derſelben haben mögen, gänzlich entſagen; alſo zwar, daß des Königs in Preußen Majeſtät, ſeine Erben und Nachfolger, dieſes Land von allen

Anſprüchen des Oeſterreichiſchen Hauſes entlediget und frey beſitzen können. *)

*) PROPOSITION

pour un nouveau plan général de Conciliation.

1.) Sa Majeſté l'Impératrice Reine reſtituera à l'Electeur Palatin tout ce qu'elle a occupé en Bavière & dans le haut Palatinat. Ce Prince lui cedera en retour le diſtrict de Bourghauſen, depuis Paſſau le long de l'Inn, jusqu'au confluent de la Salza, & le long de la Salza, juſqu'aux frontieres de Salzbourg près de Wildshut, le reſte du diſtrict de Bourghauſen, ainſi que la rivière de l'Inn, devant reſter à la Maiſon Palatine.

Par ce moyen la cour de Vienne obtiendroit ſans conteſtation une Province grande & fertile, qui arrondiroit ſi bien l'Autriche, qui eſt bordée d'une belle rivière, & qui contient la fortereſſe de Scharding avec d'autres villes conſidérables. La Bavière ne ſeroit pas coupée en deux, & la ville de Ratisbonne ainſi que la Diète reſteroit libre.

2.) Si la Cour de Vienne auroit de la repugnance à indemniſer la Maiſon Palatine par quelque ceſſion en Païs, Elle pourroit le faire en quelque façon, quoique d'une maniere nullement proportionnée à cette ceſſion, en renonçant à ſes féodalités ou droits de Suzeraineté dans le haut Palatinat & en Saxe, & en payant un million d'Ecus à l'Electeur de Saxe. Sur ces deux derniers articles la Cour de Vienne ſatisferoit l'Electeur de Saxe, ſur ſes pretentions allodiales, à la place de l'Electeur Palatin, libereroit celui-ci de cette obligation, & indemniſeroit en quelque façon la Maiſon Pala-

Ihre Kaiſerl. Königl. Apoſtoliſche Majeſtät ſehen für ganz überflüßig an, in eine nähere Zer-
glie-

tine de la perte du diſtrict de Bourghauſen. On pourroit ajouter pour la ſatisfaction de l' Electeur de Saxe, petite Principauté de Mindelheim comme un franc-alleu, & le petit diſtrict de Rothenberg appartenant au haut Palatinat, mais enclavé dans le territoire de Nurenberg. Toutes les conſidérations d'équité, d'honneur & d'intérêt exigent, que l'échange des diſtricts occupés en Bavière, la ſatisfaction de la Maiſon Palatine & de celle de Saxe, en général l'arrangement de la ſucceſſion de Bavière ne ſoit pas renvoyé à une negociation & diſcuſſion particulière; mais qu'on regle le tout dès à préſent avec la concurrence de ſa Majeſté le Roi de Pruſſe, comme ami & allié de ces Maiſons. On pourroit leur propoſer ce Plan & les inviter à y acceder dès que Leurs Majeſtés Impériales en ſeroient d'accord avec ſa Majeſté le Roi de Pruſſe, & on a tout lieu d'eſperer qu'Elles ne s'y refuſeroient pas vû la nature du plan & des circonſtances.

3.) Dèsque la ſucceſſion de Bavière ſeroit ainſi arrangée, Leurs Majeſtés Impériales, ainſi que l'Electeur de Saxe renonceroient à toutes prétentions ultérieures ſur la Bavière & le haut Palatinat, & on aſſureroit expreſſement la ſucceſſion de ces deux Païs ſans exception aux Princes Palatins de Deux-Ponts après l'extinction de la ligne préſente de Soulzbach.

4.) Les fiefs devenus vacans à l'Empire par la mort du dernier Electeur de Bavière ſeroit conférés à l'Electeur Palatin & après lui à la Ligne de Deux-Ponts.

5.) Sa

gliederung dieſes Plans einzugehen. Man darf nur das angebothne Stück des Amts Burghauſen, mit allem, was dafür gefodert wird, in billige Vergleichung bringen, ſo wird man ſich leicht überzeugen, daß Ihre Kaiſerl. Königl. Apoſtoliſche Majeſtät durch die baare Abgabe ei-

 ner

5.) Sa Majeſté l'Empereur voudra bién conférer un de ces petits fiefs aux Ducs de Meklenbourg, ou bien leur donner le Privilege *de non appellando* dans tout leur Duché, pour les indemniſer de leurs prétentions ſur une partie du Landgraviat de Leuchtenberg.

6.) Leurs Majeſtés l'Empereur & l'Impératrice Reine voudront bien renoncer aux droits de féodalité ou autres que la Couronne de Bohême pourroit avoir dans les Païs de Bareuth & d'Anſpach, & s'engager à ne jamais mettre aucune oppoſition à ce que les Païs d'Anſpach & de Bareuth püiſſent être incorporés à la Primogeniture de l'Electorat de Brandenbourg. Si ſa Majeſté le Roi de Pruſſe & l'Electeur de Saxe pouvoïent convenir de faire un échange des Païs d'Anſpach & de Bareuth contre les Margraviats de la haute & baſſe Luſace & de quelques autres diſtricts ſelon leur convenance, Leurs Majeſtés Impériales & Royales n'y ſeroient aucunement contraires & Elles renonceroient plutôt dans le cas exiſtant à tout droit de féodalité, de reverſion, d'achat ou autres droits qu'Elles pourroient avoir ſur la Luſace entiere, ou ſur quelques parties de ce Païs; deſorte que ſa Majeſté le Roi de Pruſſe & ſes héritiers & ſucceſſeurs puiſſent poſſeder ce païs libre de toutes prétentions de la part de la Maiſon d'Autriche.

ner Million Gulden, durch die Entſagung ihrer Anwartſchaft auf die Herrſchaft Mindelheim, ihrer ſämmtlichen Gerechtſamen auf die Böhmiſchen Lehen in der obern Pfalz, in Sachſen, in Anſpach, in Bareuth und auf die ganze Laußitz weit mehr verloren als gewonnen haben würden; daß folglich der erwehnte Plan eben ſo unbillig und unannehmlich als jener iſt, welchen man bereits in der Beantwortung der erſten Königl. Preußiſchen Erklärung kund gemacht, und in ſeiner wahren Geſtalt vorgeleget hat. Der einzige weſentliche Unterſchied zwiſchen beyden beſteht darinn, daß in dem letztern die Kuhrſächſiſchen Allodialfoderungen nicht mehr ſo übermäßig begünſtiget, die von dieſem Kuhrhauſe über ſieben und vierzig Millionen Gulden angeſchlagenen alleinigen Ludovicianiſchen Neoacquiſita auf die Entſchädigung von einer Million herabgeſetzet, und alle übrige zu berichtigende Allodialrubriken auf die Abtretung der Herrſchaft Mindelheim und des Rothenbergiſchen Bezirkes beſchränket werden.

Dieſen Plan erhielten Ihre Kaiſerl. Königl. Apoſtol. Majeſtät eben in dem Zeitpunkte, als Freyherr von Thugut im Begriffe war, das zweytemal ſich in das Hauptquartier Seiner Königl. Preußiſchen Majeſtät zu verfügen, und Höchſt Denenſelben auf die gemachten Anfragen, die bereits weiter oben von Wort zu Wort ſind dargeſtellet worden, beſtimmte Erläuterungen vorzulegen.

Ihre

Ihre Majeſtät ſahen ſich daher in die Nothwendigkeit geſezet, anſtatt den Freyherrn von Thugut ſogleich abgehen zu laſſen, vielmehr ofterwehnten Plan in einem eigenhändigen Schreiben an des Königs in Preußen Majeſtät als unannehmlich zu erklären, und da Ihnen ſolcher die Hofnung benehmen mußte, auf den bisher eingeleiteten Fuß zu irgend einer erwünſchten Ausgleichung zu gelangen, ſo faßten Sie den Entſchluß, ein ſolches Mittel zu verſuchen, wodurch alle entſtandene Mißhelligkeiten auf einmal und gleichſam augenblicklich gehoben werden konnten.

Die Erreichung dieſes Endzwecks glaubten Ihre Majeſtät von folgender Propoſition ſich verſprechen zu können:

*) **Da die Kaiſerinn Königinn keine Vergrößerungsabſichten heget, und vornem-**

*) L'Impératrice Reine n'étant pas animée de vuës d'aggrandiſſement & ne déſirant principalement que le maintien de ſa dignité, de ſa conſidération politique & de l'Equilibre en Allemangne, ſa ſusdite Majeſté déclare: qu'Elle eſt diſpoſée & determinée à reſtituer tout ce qu'Elle à fait occuper par ſe trouppes en Bavière & dans le haut Palatinat, & à déliet l'Electeur Palatin des engagemens qu'il a pris avec Elle par la convention du 3 Janvier, ſous la condition *ſine qua non*, qu'il plaiſe à ſa Majeſté Pruſſienne, de s'engager en due forme pour Elle & ſes ſucceſſeurs, de ne pas réunit les deux Margraviats de Bareuth & d'Anſpach à la Primogeniture de ſa Maiſon auſſi longtems qu'il y exiſtera des Princes puisnés, ainſi qu'il eſt

nemlich nur die Erhaltung Ihrer Würde, Ihres politiſchen Anſehens und des Gleichgewichts in Deutſchland verlanget; ſo erklären Sich Ihre Majeſtät, daß Sie bereit und entſchloſſen ſind, alles dasjenige, was Sie durch Dero Truppen in Bayern und in der Oberpfalz haben in Beſitz nehmen laſſen, wieder zurückzugeben, und den Ruhrfürſten von der Pfalz von den Verbindlichkeiten, welche Er durch die Convention vom 3ten Jäner eingegangen, loß zu laſſen, unter der ausdrücklichen Bedingung, daß es Sr. Preußiſchen Majeſtät gefalle, Sich in gehöriger Form für Sich und dero Nachfolger verbindlich zu machen, die beyden Marggrafthümer Bayreut und Anſpach mit der Primogenitur Dero Hauſes ſo lange nicht zu vereinigen, als darinn noch nachgebohrne Prinzen

eſt ſtatué dans la ſanction pragmatique établie dans la Maiſon de Brandebourg, & qui étant confirmée par lEmpereur & l'Empire, a obtenu force de loi publique.

Comme au moyen d'un tel arrangement toute la ſucceſſion de Bavière ſeroit remise dans ſon état primitif, la diſcuſſion & le jugement des prétentions DES AUTRES PARTIES INTERESSEES à la dite ſucceſſion ſeroient renvoyés aux voyes ordinaires de Juſtice préſcrites par les Loix & la conſtitution de l'Empire, conformément à ce que ſa Majeſté Pruſſienne dès le commencement avoit propoſé Elle-même.

zen vorhanden ſeyn würden; ſo wie ſolches in der bey dem Hauſe Brandenburg eingeführten pragmatiſchen Sanction feſtgeſetzet iſt, und welche, da ſie von den Kaiſern und dem Reiche beſtätiget wurde, die Kraft eines öffentlichen Geſetzes erhalten hat.

Da vermittelſt eines ſolchen Abkommens, die ganze Bayeriſche Erbfolge in ihren urſprünglichen Stand wieder hergeſtellet werden würde, ſo würde die Erörterung und Entſcheidung der Anſprüche der andern bey dieſer Erbſache intereſſirten Theile an die ordentlichen in den Geſetzen und der Verfaſſung des Reichs vorgeſchriebenen Wege Rechtens verwieſen ſeyn, ſo wie Se. Preußiſche Majeſtät vom Anfange ſolches ſelbſt vorgeſchlagen haben.

Dieſe Propoſition wurde nun Seiner Königl. Preußiſchen Majeſtät durch den Freyherrn von Thugut zuerſt mündlich vorgetragen, ſodann auf Höchſt Dero Verlangen zu Papier gebracht und übergeben. Da jedoch Se. Majeſtät ſolche ausdrücklich verwarfen, und als unannehmlich erklärten; zu gleicher Zeit aber die Verſicherung beyfügten, daß Sie allenfalls auf andere Bedingniſſe zu Wiederherſtellung des Friedens noch jederzeit geneigt wären, ſo glaubte Freyherr von Thugut mit jenen Vorſchlägen einen Verſuch machen zu ſollen, die in ſeinen vorhinnigen Anweiſun-

ſungen enthalten waren. Es wurde alſo von ihm die in der fernerweitigen Königl. Preußiſchen Vorſtellung N. 2 (Th. III, S. 388) kundgemachte Propoſition erſtlich zwar Seiner Königl. Majeſtät ſelbſt vorgetragen, nachher bey den Konferenzen zu Braunan dem Königl. Miniſterium als ein vorläuſiger Stoff zur weitern Unterhandlung überreicht, letzlich aber zur folgenden Erklärung geſchritten:

*) Daß der Hauptendzweck Ihrer Kaiſerl. Königl. Majeſtät bey den für die Abtretung und reſpektive Austauſchung

*) Que le but principal de ſa Majeſté l'Impératrice Reine dans les limites, qui ont été propoſées pour la ceſſion & reſpectivement échange en Bavière, n'a point été une vue d'aggrandiſſement, mais plutôt celle d'une communication & d'une liaiſon convenable entre ſes differents états, laquelle d'ailleurs paroiſſoit pouvoir être obtenue ſans préjudice de la maiſon Palatine au moyen de la compenſation exacte & fidèle, qui a été offerte de tout ce qui ſurpaſſeroit un revenu d'un million de florins; qu'en conſéquence de cela, ſi pour la ceſſion & reſpectivement l'échange en Bavière, un projet de limites comme celui, qui ſe trouve marqué ſur la carte ci-jointe, eſt jugé acceptable; il poursuivra avec plaiſir la négociation ſur le pied de l'évaluation propoſée, & ſi une telle évaluation malgré la facilité & l'exactitude, qui ſemble devoir en reſulter pour les compenſations, eſt abſolument jugée inadmiſſible, il écrira à Vienne pour demander des ordres & pour être autoriſé ſur des équivalents

ſchung in Bayern vorgeſchlagenen Gränzen keineswegs eine Vergrößerung, ſondern vielmehr die Kommunikation und eine bequemere Verbindung zwiſchen ihren verſchiedenen Staaten zur Abſicht habe, welche übrigens ohne Nachtheil des Pfälziſchen Hauſes vermittelſt der angebothenen genauen und getreuen Kompenſation, alles des, was über eine Revenue von einer Million Gulden gehen würde, ſcheint erreichet werden zu können, und daß dem zufolge, wenn zur Abtretung und reſpektiver Austauſchung in Bayern ein ſolches Gränzprojekt, wie in der hiebeykommenden Karte *) bemerket worden, annehmlich befunden wird, er mit Vergnügen die Unterhandlung auf den Fuß der vorgeſchlagenen Ausgleichung fortſetzen, und wenn eine ſolche Ausgleichung ohnerachtet der Leichtigkeit und Genauigkeit, welche daraus

lents qu'on pourra offrir d'après le principe dont la Cour de Berlin jusqu'à préſent eſt convenue Elle-même, qu'il eſt juſte qu'il révienne à S. M. l'Impératrice Reine un avantage raiſonnable de ſes droits ſur la ſucceſſion de Bavière & de ſa convention avec l'Electeur Palatin.

*) Dieſer Gränzenentwurf gieng von Kufſtein längſt dem Inn auf Waſſerburg, Mulldorf, Markt, über Pfarrkirchen, Oſterhoven, Deckendorf, Vichtach, Waldmünchen bis an die Böhmiſche Gränze.

aus in Anſehung der Kompenſation ſcheint entſpringen zu müſſen, ſchlechterdings für unzuläßig gehalten werden ſollte; ſo wird er nach Wien ſchreiben, um Befehle einzuholen, und über Aequivalente bevollmächtiget zu werden, die man nach den von dem Berliner Hofe bis jetzt ſelbſt zugeſtandenen Grundſätzen, daß es billig ſey, daß Ihrer Majeſtät der Kaiſerinn Königinn ein anſtändiger Vortheil aus ihren Rechten an der Bayeriſchen Erbſchaft und aus der Konvention mit dem Kuhrfürſten von der Pfalz zuwachſe, anbieten könnte.

Aber auch dieſer Plan wurde verworfen, und ſogar das von dem Freyherrn von Thugut gemachte Anerbieten neue Verhaltungs-Befehle einzuholen, ſchlechthin abgewieſen.

Dieſen wahrhaften Hergang und Zuſammenhang der zu Welsdorf und Braunau gepflogenen Unterhandlung hat der Berliner Hof in einer ſo viel möglich verdächtigen Geſtalt darzuſtellen, und hieraus äuſſerſt gehäßige Folgen zu ziehen ſich bemühet, die nun kürzlich erläutert werden ſollen.

Zuerſt wird das Kaiſerl. Königl. Miniſterium beſchuldiget, daß es bey der Negociation des Freyherrn v. Thugut, und beſonders bey dem zweyten Theile ſeiner Anträge keine andere Abſicht gehabt habe, als durch künſtliche und billig ſcheinen-

nende, im Grunde aber höchſt unbillige Vorſchläge, ſeinem Hofe ganz übertriebene Vortheile zu verſchaffen, und dem Hauſe Pfalz den beſten Theil von Bayern ohne eine wahre Entſchädigung zu entziehen.

Gewiß iſt, das Berliner Miniſterium mag es nun in Abrede ſtellen, oder auslegen, wie es will, daß Freyhr. von Riedeſel auf eigenen Königl. Befehl erkläret hat, Seine Majeſtät glaubten bemerket zu haben, daß man hierorts Dero bisher gemachte Vergleichs-Vorſchläge in dem Verſtande aufgenommen hätte, als wenn darauf angetragen würde, daß der K. K. Hof entweder alles zurückſtellen, oder dasjenige, was man ihm in Bayern laſſen wollte, durch Abtretung anderer Aequivalente dergeſtalt vergüten ſollte, daß ihm gar kein weſentlicher Vortheil übrig bliebe. Die Meinung des Königs ſey nie dahin gegangen; ſie beſtünde vielmehr darinn: daß der Kaiſerinn Königinn Majeſtät von ihrem in Beſitz genommenen Antheile, welcher in einer Erträgniß von zwey Millionen ſtünde, etwa den Werth von 700,000 fl. an Pfalz wieder zurückzuſtellen hätten, wodurch der Hr. Kuhrfürſt zu Befriedigung der Sächſiſchen Allodialfoderungen in Stand geſezet, und dem K. K. Hofe

dennoch zugleich ein weſentlicher Vortheil zukommen würde.

Da nun in der von dem Freyherr von Thugut vorgelegten Ausgleichungs-Propoſition dasjenige, was Ihrer K. K. A. Majeſtät zukommen ſoll, auf die Acquiſition einer Revenue von einer Million, folglich auf weniger iſt beſchränket worden, als ſelbſt Se. Königl. Preußiſche Majeſtät durch den Freyherrn von Riedeſel haben antragen laſſen, mit welchem Scheingrunde kann man denn in der fernerweitigen Berliner Vorſtellung behaupten, daß das K. K. Miniſterium ſeinem Hofe ganz übertriebene Vortheile zuzuwenden geſuchet habe?

Was der namhaft gemachte Landesbezirk über eine Million eintragen dürfte, haben Ihre K. K. A. Majeſtät genau und getreulich erſetzen zu laſſen verſprochen. Und gleichwohl ſoll nach dem Vorgeben des Berliner Hofes die dieſſeitige Abſicht dahin gegangen ſeyn, dieſen Landesbezirk dem Kuhrhauſe Pfalz ohne eine wahre Entſchädigung zu entziehen?

Die von Ihrer K. K. A. Majeſtät vorgeſchlagene Art, dieſe wahre Entſchädigung zu beſtimmen, war entweder billig und hinreichend, oder nicht.

War ſie billig und hinreichend, warum hat man ſie verworfen?

War ſie nicht billig und hinreichend, warum hat man das Anerbiethen des Freyhr. von Thugut

gut schlechthin abgewieſen: daß er nach Wien ſchreiben wolle, um Befehle einzuholen, und über Aequivalente bevollmächtiget zu werden, die man nach den von dem Berliner Hofe bis jetzt ſelbſt zugeſtandenen Grundſätzen, daß es billig ſey, daß Ihrer Majeſtät der Kaiſerinn Königinn ein anſtändiger Vortheil aus ihren Rechten an der Bayeriſchen Erbſchaft und aus der Convention mit dem Kuhrfürſten von der Pfalz zuwachſe, anbiethen könnte.

Allein warum ſollte denn die angetragene Art, die wahre Entſchädigung zu beſtimmen, nicht billig und hinlänglich ſeyn? Commiſſarien von Seite Ihrer K. K. A. Majeſtät, des Hrn. Kuhrfürſten von der Pfalz, und des Herrn Herzogs von Zweybrücken hätten die wahre Erträgniß dieſer Strecke Landes aus den Original-Rechnungen erheben ſollen, wo alsdann alles, was dieſes Land über eine Million Gulden eintragen möchte, durch die an den Kuhrfürſten von der Pfalz abzutretende Beſitzungen von gleichem Ertrage oder auf eine andere und ſolche Art, wie die bevollmächtigten Commiſſarien ſich hierüber vereinigen würden, genau und getreulich erſetzet worden wäre.

Iſt jemals ein Austauſch auf eine andere Art bewerkſtelliget worden? Würden Se. Königl. Preußiſche Majeſt. den Austauſch der zwey Marggrafthümer Anſpach- und Bayreuth mit Recht und

F 2 Billig-

Billigkeit nach andern Grundſätzen bewerkſtelligen können, und wenn man ihnen dagegen die Einwendung machte, daß die Finanzen des **Landes, welches Sie eintauſchen wollten, nicht ſehr vortheilhaft verwaldet worden, der Ertrag** der Anſpach- und Bayreuthiſchen Lande **aber aufs höchſte getrieben iſt**, würden Sie ſolche nicht als ungegründet anſehen? Und würde eine ſolche Einwendung nicht beynahe alle Tauſchhandlungen unmöglich machen?

Geſetzt aber auch, dieſe Einwendung wäre in dem gegenwärtigen Falle gegründet! Was würde denn, da die Erträgniß der Salzwerke ſich auf das genaueſte berechnen läßt, der Unterſcheid zwiſchen den dermaligen und den künftighin anzuhoffenden Einkünften aus einem ſo mittelmäßigen Landesbezirke ausmachen? Und haben Ihre K. K. A. Majeſtät nicht ſchon zum voraus das **von des Königs in Preußen Majeſtät ſelbſt für billig erkannte Präciput um 300,000 fl. verringert?**

Die zweyte Haupt-Beſchuldigung lautet folgendergeſtalt:

Der von dem von Thugut zu Braunau den 13ten Auguſt gethane Antrag gieng blos dahin: daß der Kaiſerinn Königinn Majeſtät alles, was Sie durch ihre Truppen in Bayern und der Ober-Pfalz beſetzen laſſen, zurückgeben, und den Kuhrfürſten zu Pfalz von den Verbindungen der Convention vom 3ten

Jä-

Jäner loszählen wollten. Es wurde aber keineswegs geſagt, daß Ihre K. K. Majeſtät allen Ihren Anſprüchen auf Bayern entſagen wollten. Da man nun wußte, daß der Wiener Hof ſeine Anſprüche auf Bayern Theils aus der Convention mit Kuhr-Pfalz vom 3ten Jäner, Theils aber auch aus dem alten Lehnbriefe K. Siegmunds herleitete, und hier nur auf die erſtbeſagte Convention Verzicht geſchah; ſo konnte der Königl. Preußiſche Hof nach der Erfahrung und Kenntniß, die er ſonſt ſchon von dem wenig zuverläßigen Verfahren des Wiener Hofes hatte, nicht anders urtheilen, als daß derſelbe hierunter einen geheimen Vorbehalt, oder *Reſervationem mentalem* hegte, und daß, wenn er Sr. Königl. Majeſtät in Anſehung der Fränkiſchen Fürſtenthümer die Hände gebunden hätte, er hiernächſt mit ſeinen alten und nicht verziehenen Anſprüchen auf Bayern vor den Gerichten wieder zum Vorſchein kommen, und ſich als einen Mitintereßirten angeben würde, wozu er ſich auch den Weg gebahnet zu haben ſchien, durch die am Ende der erſten Propoſition beygefügte Klauſel: daß durch dieſes Abkommen die ganze Succeßion von Bayern wieder in ihren erſten Stand gerathen, und die

 Unter-

Unterſuchung und Beurtheilung der Anſprüche der übrigen bey dieſer Succeßion intereßirten Theile an die ordentlichen Gerichtsſtellen kommen würde. Man muß es dahin ſtellen, und dem unpartheyiſchen Urtheile andrer überlaſſen, ob der Wiener Hof durch die dieſem Antrage gegebene ſonderbare Wendung, allen Anſprüchen auf Bayern wirklich und ohne Ausnahme entſaget, oder ſich nicht vielmehr einen künſtlichen Rückgang zu ſeinen alten Anſprüchen auf den nicht wahrſcheinlichen Fall, daß ſein Antrag angenommen würde, vorbehalten habe. Wenigſtens wird er nach dem Inhalte des zu Braunau gethanen Antrages, und da er nach ſeiner Schuldigkeit ſich nicht gleich deutlicher erkläret, Niemand verdenken können, ſolches von ihm zu glauben, wenn er auch jezo, da ſein mehrgedachter Vorſchlag nicht angenommen worden, vorgeben wollte, daß ſeine Meinung wirklich geweſen ſey, keine weitere Anſprüche auf Bayern zu machen.

Man hat dieſe Beſchuldigung von Wort zu Wort anführen zu ſollen erachtet, weil ſie ſowohl nach ihrer Weſenheit, als nach den dabey gebrauchten Ausdrücken allen Rückſichten zuwiderſtreitet, die Souveraine einander ſchuldig ſind.

In

In der Vorſtellung und dem Erſuchen an die hohen Mitſtände des deutſchen Reichs erklären Ihre Kaiſerl. Königl. Apoſtol. Majeſtät, daß Sie bereit ſind, alles in Gemäßheit der Convention vom 3ten Jäner in Beſitz genommene zurückzuſtellen, und Se. Kuhrfürſtliche Durchlaucht zu Pfalz von allen diesfälligen Verbindlichkeiten für ſich, Dero Erben und Nachfolger loszuzählen.

Eben dieſe Vorſtellung Ihrer Kaiſerl. Königl. Apoſtol. Majeſtät hat man in der fernerweitigen Erklärung Seiner Königl. Majeſtät von Preußen vor Augen, und zum Gegenſtande der Widerlegung gehabt. Gleichwohl trägt man kein Bedenken in derſelben zu behaupten, daß der Wiener Hof allen Anſprüchen auf Bayern keinesweges wirklich und ohne Ausnahme entſaget, ſondern ſich vielmehr einen künſtlichen Rückgang zu ſeinen alten Anſprüchen vorbehalten habe. Der Kaiſerl. Königl. Hof will den Herrn Kuhrfürſten zu Pfalz von allen Verbindlichkeiten, nicht nur für ſich, ſondern auch für ſeine Erben und Nachfolger loszählen, und dennoch ſoll er zugleich die Abſicht haben, ſich den Rückgang zu ſeinen alten Anſprüchen vorzubehalten. Welcher Widerſpruch, und welche unerhörte gewaltſame Verdrehung der deutlichſten Worte!

Die Sr. Königl. Preußiſchen Majeſtät durch den Freyherrn von Thugut vorgelegte Propoſition

 laute-

lautete zwar nur dahin, daß ſich Ihre Kaiſerl. Königl Apoſtol. Majeſtät bereit erklärten, alles dasjenige, was ſie durch Dero Truppen in Bayern und in der Oberpfalz haben in Beſitz nehmen laſſen, wieder zurück zu geben, und den Kuhrfürſten von der Pfalz von den Verbindlichkeiten, welche er durch die Konvention vom 3ten Jäner eingegangen, loszuzählen.

Dem ungeachtet konnte doch unmöglich ein Zweifel ſeyn, daß Ihre Majeſtät hierunter die gänzliche Entſagung Ihrer Gerechtſamen verſtanden hatten, wie ſolches eben jener Beyſatz beſtätiget, aus welchem das Berliner Miniſterium nun das gerade Gegentheil erzwingen will. Denn wenn Ihre Kaiſerl. Königl. Apoſtol. Majeſtät dieſe Ihnen in der fernerweitigen Preußiſchen Vorſtellung angedichtete Abſicht wirklich gehabt hätten, ſo würden Sie nothwendig haben ſagen müſſen: Da vermittelſt eines ſolchen Abkommens die ganze Bayeriſche Erbfolge in ihren urſprünglichen Stand wieder hergeſtellt werden würde, ſo wäre die Erörterung und Entſcheidung der Anſprüche der bey dieſer Erbſchaft intereßirten Theile an die ordentlichen Wege Rechtens zu verweiſen. Nachdem Sie aber ausdrücklich von der Erörterung und Entſcheidung der andern bey dieſer Erbſache intereßirten Theile geredet haben, ſo iſt ſonnenklar, daß Sie ſich ſelbſt unter dieſen andern intereßirten Partheyen nicht verſtehen konnten und wollten.

Mehr

Mehr ſcheinbar, aber eben ſo ungegründet iſt die dritte Beſchuldigung folgenden Inhalts:

Wenn der Kaiſerinn Königinn Majeſtät geglaubt, die Gültigkeit der Vereinigung der Brandenburgiſchen Fürſtenthümer in Franken mit der Kuhr-Brandenburgiſchen Primogenitur zum voraus anerkennen zu können, ſo muß entweder ſolche Vereinigung an ſich nichts widerrechtliches enthalten, oder der Wiener Hof hat dem Preußiſchen ſeine Einwilligung zu einer ungerechten Handlung angebothen, damit dieſer ſeiner gegen das Haus Pfalz-Bayern vorhabenden Ungerechtigkeit nicht zuwider ſey.

So viel das Berliner Miniſterium auf dieſen Einwurf ſich zu gute zu thun ſcheint, ſo iſt doch, um ſeinen Beſtand zu zeigen, weiter nichts nöthig, als ſolchen gegen den Königl. Preußiſchen Hof ſelbſt gerade umzukehren.

Erwehnter Hof hat immerhin behauptet, daß eine Zergliederung des angeblich untheilbaren Kuhrfürſtenthums Bayern gegen die goldene Bulle, gegen den weſtphäliſchen Frieden, gegen die allgemeinen Geſetze, gegen die Grundverfaſſung des Reichs, gegen die Rechte der Fideikommiſſariſchen Erben, gegen die Sächſiſchen Allodialanſprüche, unmittelbar ſtreite.

Dieſem ungeachtet hat derſelbe dem Kaiſerl. Königl. Hofe zwey große Bezirke von Bayern eingeſtanden, welche nach dem Erachten aller jener, denen das Lokal bekannt iſt, unter die beſten Theile dieſes Landes gerechnet werden, und zwar gegen ſolche Aequivalente, die mit der Erwerbung in Bayern in ſo geringem Verhältniſſe ſtehen, daß die Einkünfte dieſer leztern jene der erſten vielleicht ſechsmal überwiegen. *)

Dasjenige alſo, was der Berliner Hof von der Untheilbarkeit des Herzogthums Bayern, und von der Ungerechtigkeit der Zergliederung deſſelben behauptet hat, muß entweder ganz ungegründet ſeyn, und dieſe Zergliederung an ſich nichts widerrechtliches enthalten, oder

*) Qu'il ſeroit cédé à S. M. l'Impératrice Reine deux grands diſtricts de la Bavière, qui du jugement de tous ceux, qui connoiſſent le local, paſſent pour faire une des meilleures parties de ce païs.

Les équivalents très-médiocres, qu'on a demandé à ſa Majeſté l'Imperatrice Reine, ſont ſi peu proportionnés avec l'acquiſition qu'on lui a propoſée en Bavière, que celle-ci auroit emporté la balance peut-être ſix fois en revenu ſans compter l'avantage conſidérable de l'arrondiſſement du corps de l'Etat.

Sieh. Réponſe du Miniſtère Pruſſien de 3 Juillet à la réponſe verbale de M. le Prince de Kaunitz Rietberg du 24 Juin 1778. (Th. I, S. 376.)

oder der erwehnte Hof hat dem Kaiſerl. Königl. ſeine Einwilligung zu einer ungerechten, und Geſetz- auch Reichsverfaſſungswidrigen Handlung gegeben....

Was man zu Berlin auf dieſe Einwendung, wenn ſie wirklich gemacht werden ſollte, für eine Antwort ertheilen würde, iſt leicht verzuſehen. Sie würde ganz gewiß darinn beſtehen, daß man für die dem Kaiſerl. Königl. Hofe zugeſtandene Beſitzung in Bayern die Einwilligung des Reichs und der intereßirten Theile habe erwirken, eben dadurch aber die angebliche Uſurpation in eine rechtmäßige Erwerbung verwandeln wollen. Die nämliche Erläuterung wende man auf den gegenſeitigen Fall an, ſo wird aller vernünftiger Zweifel, wie die von dem Kaiſerl. Königl. dem Königl. Preußiſchen Hofe eingeſtandene Befugniß zur Vereinigung der zwey Fürſtenthümer in Franken mit der Brandenburgiſchen Primogenitur zu verſtehen ſey, gänzlich hinwegfallen, und der Preußiſche Einwurf von ſelbſt verſchwinden.

Die letzte Hauptbeſchuldigung beſteht endlich darinn: daß der K. K. Hof geglaubt hat, den Vorſchlag der Reſtitution von Bayern gegen die Entſagung der Fränkiſchen Succeßion ſicher thun zu können, ohne Gefahr zu laufen, und in die für ihn ſonſt gewiß große Verlegenheit zu kommen, daß er angenommen würde, und, daß, wenn ſolches Königl. Preußiſcher Seits nicht geſchehe, ſo vermeinte er

als-

alsdenn dieſem Hofe ſchwere Vorwürfe von Unbilligkeit und Friedensabneigung machen, ſich aber mit einer angenommenen, obwohl gar nicht ernſtlichen Mäßigung brüſten zu können.

Daß der Sr. Königl. Preußiſchen Majeſtät gemachte Vorſchlag der Reſtitution von Bayern ernſtlich gemeinet war, wird auſer dem Berliner Miniſterium wohl niemand bezweifeln, oder gar in Abrede ſtellen. Dieſer Antrag wurde nicht nur Sr. Königl. Preußiſchen Majeſtät vorgeleget, ſondern auch im Angeſichte des ganzen deutſchen Reichs öffentlich, förmlich und feyerlich wiederholet. Wie wahrer Ernſt auf eine andere als die erwehnte Art kräftiger, nachdruckſamer und überzeugender beſtätiget werden kann, iſt unbegreiflich.

Ob erwehnte Propoſition in der geheimen Hoffnung geſchehen ſey, daß der K. K. Hof keine Gefahr laufen, und in die für ihn ſonſt gewiß große Verlegenheit, bey ſeinem Worte genommen zu werden, nicht kommen würde, dieſe Frage wird ſonder Zweifel dadurch hinlänglich beantwortet ſeyn, wenn Ihre K. K. A. Majeſtät den Berliner Hof, wie hiemit geſchiehet, nochmal öffentlich aufrufen, und angelegentlichſt erſuchen, Sie doch ohne Verzug in dieſe große Verlegenheit ſetzen, und den gemachten Vergleichsvorſchlag annehmen zu wollen.

Allein die Verwerfung der dem Reſtitutionsvorſchlage beygefügten Bedingniß, wegen Entſagung

ſagung der Fränkiſchen Succeßion, konnte man leicht vorſehen, folglich den Vorſchlag ſelbſt ohne alle Gefahr wagen!

Iſt denn aber die einſeitige Befugniß des Berliner Hofes, die Anſpach- und Bayreuthiſchen Lande ſeiner Secundogenitur zu entziehen, ſo gegründet und ungezweifelt, als man es in der ſogenannten wahren Vorſtellung der Erbfolgeordnung in dem Burggrafthume Nürnberg behaupten will? Die ausführliche Beantwortung dieſer Vorſtellung zeiget der unpartheyiſchen Welt das gerade Widerſpiel. Hat man nicht aus den eigenen Worten Sr. Königl. Preußiſchen Majeſtät ſonnenklar erwieſen, daß Höchſtdieſelben ſelbſt erwehnte Vereinigung eben nicht immer für ſo ausgemacht und unſtreitig angeſehen haben, als ſie gegenwärtig dargeſtellet wird? Sollte man von einem Reichsſtande, der ſeinem Vorgeben nach, auf ſein eigenes ihm ſo deutlich angebothenes Intereſſe nicht geſehen, der ſich vielmehr für das gemeine Beſte für den Riß geſtellet, der jederzeit die reinſte Abſicht gehabt hat, ſollte man von ſo einem Reichsſtande nicht haben erwarten können, daß er dieſe ſeine ſo hoch erhobene patriotiſche Geſinnung nicht bloß in jenen Fällen, wo es auf Unkoſten anderer geſchehen kann, ſondern auch in einem Falle, der ihn ſelbſt betrift, und bey einer Angelegenheit zeige, wo nach den von den Brandenburgiſchen Marggrafen im Jahre 1724. gebrauchten Ausdruck, die allgemeine Ruhe und

und Wohlfart des Fränkiſchen Kreiſes und des ganzen Reichs mitverſiret, wo es ferner nicht auf einen wirklichen Verluſt, nicht auf die ewige Entſagung einer ſchon gegenwärtigen Beſitzung, ſondern einzig und allein darauf ankömmt, daß eine Hausordnung, die jeder Kuhrfürſt von Brandenburg, ehe er zur Regierung gelaſſen wird, feſt, ſtet, und unverbrüchlich zu halten, an Eidesſtatt geloben muß, nicht einſeitig, und ohne Miteinwilligung aller derjenigen über den Haufen geworfen werde, welche derſelben als einem allgemeinen Geſetze ihre verbindliche Kraft gegeben haben. *)

Konn=

*) Umſonſt ſucht man königl. preußiſcher Seits die Frage, worauf es hier einzig und allein ankömmt, mit einer ganz andern zu vermiſchen, nämlich mit jener: ob den deutſchen fürſtlichen Häuſern das unſtreitige Recht gebühret, von ihren Erblanden unter ſich durch Verträge zu diſponiren, ſie zu theilen, und nicht zu theilen, und damit nach Gutfinden zu verfahren, in ſo weit den Lehn= und Reichsgeſetzen nicht zu nahe getreten wird.

Es iſt gegenwärtig keineswegs um dieſe, ſondern um eine himmelweitverſchiedene andere Frage zu thun, nämlich ob ein Reichsſtand ſeine Hausſucceßionsordnung, wenn ſolche in dem erwieſenen beſondern Falle als ein Lex publica Imperii iſt erkläret, und in dem betreffenden Hauſe ſelbſt dafür jederzeit anerkennet worden, einſeitig und ohne Bewilligung des Kaiſers und des geſammten Reichs aufzuheben befugt iſt?

Konnten Ihre K. K. A. Majeſtät dieſes von dem Berliner Hofe zuverſichtlich erwarten, ſo können Sie ihm auch, da ihre Hoffnung leider fehlgeſchlagen hat, mit allem Grunde Vorwürfe von Unbilligkeit und Friedensabneigung machen, und anſtatt ſich mit einer angenommenen, obwohl gar nicht ernſtlichen Mäßigung zu brüſten, vielmehr der ganzen unpartheyiſchen Welt den Ausſpruch nochmals überlaſſen, auf welcher Seite Billigkeit, wahre Mäßigung, Nachgiebigkeit, Friedensliebe, Vorſorge für das Beſte des Reichs und offenbares Recht vorhanden ſind.

Was auſſer dieſer angeführten und nun erläuterten vierfachen Anklage in der fernerweitigen Erklärung des Berliner Hofes vorkömmt, beſteht entweder in Folgen, die aus erwehnten Hauptbeſchuldigungspunkten gezogen werden, oder in bloſſen Wiederholungen, oder in gehäßigen Anzüglichkeiten. Allein die erſten zu widerlegen würde überflüßig, mit den zweyten ſich neuerding abzugeben, eckelhaft, und die dritte zu erwiedern gegen die Würde Ihrer K. K. A. Majeſtät, ſo wie gegen jene Achtung ſeyn, die Sie auch ihren Feinden zu bezeigen gewohnet ſind.

LXXVIII.

Beantwortung der zu Berlin kundgemachten wahren Vorſtellung der Erbfolgsordnung in dem Burggrafthum Nürnberg oder in den Brandenburgiſchen Fürſtenthümern in Franken. Wien 1778. *)

Wenn der Kaiſerl. Königl. Hof bey den Unterhandlungen des Friedens zu Hubertsburg auf Beybehaltung der für die Brandenburgiſchen Fürſtenthümer in Franken durch ein pragmatiſches Reichs- und Hausgeſetz eingeführten Secundogenitur zu dringen keinen Anſtand genommen hat, ſo geſchah dieſes nicht, wie in dieſer Preußiſchen Druckſchrift angegeben wird, **um Mißgunſt und Unruhe ſpühren zu laſſen**, ſondern die wahre Abſicht war vielmehr gerade dahin gerichtet, um die Ruhe des geſammten deutſchen Reichs, welche bereits in dem damaligen ſiebenjährigen Krieg ſo empfindſam iſt verletzet worden, gegen eine künftige noch größere Preußiſche Uebermacht ſicher zu ſtellen. Denn wie kann man dem Kaiſerl. Königl. Hofe eine Mißgunſt zur Laſt legen, da derſelbe dazumal zugleich die Errichtung der wirklich beſtehenden Toſkaniſchen Secundogenitur ſeiner Seits als ein Aequivalent angebothen hatte? Und wie kann derſelbe derowegen neuer Unruhen beſchuldiget werden, da dieſer Antrag eben zu der Zeit geſchehen iſt, als ſich ganz Deutſchland nach einer dauerhaften Ruhe ſehnte?

Wenn

*) Dieſe Berliner Schrift iſt in dem dritten Theile der Sammlung S. 420 u. ff. befindlich.

Wenn alſo des Königs in Preußen Majeſtät dieſen Antrag bey dem Hubertsburger-Frieden **mit einem Unwillen verworfen haben,** ſo wird wohl jedermann von ſelbſt ermeſſen, welchem Theile Mißgunſt, Vergrößerungs-Begierde, und Hang zu Unruhen beygemeſſen werden könne, folglich auf welcher Seite, wann es doch um ein Gleichgewicht zu thun wäre, die Reichsſtände auf ihrer Huth zu ſeyn Urſache hätten.

Eben dieſe gerechten Abſichten des Kaiſerl. Königl. Hofes gaben auch den natürlichſten Anlaß, dieſe Angelegenheit bey den Unterhandlungen mit dem Berliner Hofe wegen der Bayeriſchen Erbſchaftsſache wieder einzuflechten. Denn da des Königs von Preußen Majeſtät den zwiſchen der Kaiſerinn Königinn Majeſtät und des Herrn Kuhrfürſten von Pfalz Durchlaucht geſchloſſenen Vergleich, ohne daß dieſer letztere bis dieſe Stunde die geringſte Beſchwerde geführet, und noch bevor, als der Kuhr Sachſen und dem Herrn Herzoge von Zweybrücken der Königl. Schutz angebothen, und auch noch bevor auf dem Reichstage eine Sprache über dieſe Succeßionsſache geführet worden, aus eigener Macht für unkräftig, und den Oeſterreichiſchen Anſpruch für ungültig erkläret haben, mithin die wahre Abſicht des Königl. Preußiſchen Widerſpruchs offenbar am Tage lag, nämlich auch alle noch ſo gerechte Vergrößerung der Oeſterreichiſchen Macht zu hindern, auch wenn es möglich, die dermalen wirklich beſtehende zur Vergrößerung der eigenen Macht

Bayerische Staatsbibliothek München

herabzuſetzen, und dieſen Plan, wenn man ſich dieſſeits nicht zu einer ganz erniedrigenden Nachgiebigkeit fügen würde, mit Gewalt der Waffen auszuführen, ſo mußte der Kaiſerl. Königl. Hof nothwendig auf ſolche Mittel denken, wodurch einer Seits die drohende Gefahr des Krieges dermalen abgewendet, anderer Seits aber durch die dem Königl. Preußiſchen Hofe einzuräumende Vortheile das Verhältniß im Reiche nicht zu ſehr erſchüttert würde.

Der Berliner Hof äußert dawider in der gegenwärtigen Schrift, daß ſelber ſich über dieſe Angelegenheit ſeines Hauſes mit dem Kaiſerl. Königl. Hofe einzulaſſen nicht ſchuldig ſey; daß es nicht aus Gerechtigkeitsliebe, ſondern bloß aus Rachbegierde, um die Preußiſche Einwilligung zu der dieſſeitigen ſogenañten Uſurpation in Bayern zu erzwingen, geſchehe; daß der Wienerhof einen Streit über die Erbfolge eines Fürſten, der noch in der Blüthe ſeiner Jahre lebt, und über eine Erbfolge, zu der ſich noch kein wahrer Intereſſent meldet, zu erregen ſuche.

Ihre Kaiſerl. Königl. Majeſtät haben noch niemals verlanget, für ſich allein bey dieſer Succeßionsordnung des Brandenburgiſchen Hauſes ſich einzulaſſen und zu entſcheiden; ſondern da dieſe Succeßionsordnung ein von dem Kaiſer und Reich beſtätigtes Geſetz iſt, ſo halten ſich Allerhöchſt Dieſelbe bey Aufhebung oder Abänderung dieſes

dieſes Geſezes mit eben jener Kraft und Wirkung zu ſprechen berechtiget, als das Erzhaus zur Errichtung deſſelben beygeſtimmet hat. Ihre Kaiſerl. Königl. Majeſtät ſind übrigens weit entfernet, durch ihre Einwilligung die Meinung der übrigen in gleichem Maße concurrirenden Reichsſtände auszuſchlieſzen, und nach dem Beyſpiele des Berliner Hofes ſich einer eigenmächtigen Entſcheidung anzumaßen, in welcher Abſicht auch dieſe ganze Sache in der leztten Kaiſerl. Königl. Erklärung an das geſammte Reich iſt gebracht worden.

Eben ſo ungegründet ſind auch die übrigen Vorwürfe. Hanget denn die Rechtmäßigkeit des Oeſterreichiſchen Beſitzes allein **von der Einwilligung der Königl. Majeſtät von Preuſſen ab?** Und wenn ſich Oeſterreich um dieſe Einwilligung allein hätte bewerben ſollen, iſt dieſes nicht ein deutlicher Beweis der Preuſziſchen Macht und deren Misgunſt, hingegen aber ein gleich ſtarker Beweis der Friedensliebe des Kaiſerl. Königl. Hofes? Haben nicht des Königs von Preußen Majeſtät bereits ihre Sorge wegen des Bayeriſchen und Anſpachiſchen Succeßionsfalles ſchon im Jahre 1772. geäußert, wie in der Oeſterreichiſchen Deduction **Ihrer Kaiſerl. Königl. Apoſt. Majeſtät Gerechſamen** S. 26. (ſ. Th. II. der Samml. S. 394 u. f.) angeführet worden, ohne daß dazumal das blühende Alter des einen und des andern im Wege geſtanden iſt? Haben nicht des Königs Maje-

ſtät dermalen dem Kaiſerl. Königl. Hofe einen Streit über eine Erbfolge zu jener Zeit erreget, wo der Hauptintereſſent ſich ſchon feyerlich verglichen, kein anderer entfernter Intereſſent aber noch widerſprochen hatte? Es liegt alſo überzeugend vor Augen, warum jener Grundſatz, welchen der Fürſt von Kauniß Rietberg in dem Schreiben an den Grafen von Cobenzl vom 31ten May 1778. (in den Beylagen der Preußiſchen Erklärung Nro. 9.) (ſ. Th. I, S. 360) zur Richtſchnur genommen hat, daß ein jeder Theil für und gegen ſich das nämliche Recht erkennen und gelten mache, was er fordert, daß es der andere für und gegen ſich ſelbſt erkenne, und gelten laſſen ſolle: bey dem Berliner Hofe nicht nur keinen Eindruck gemacht hat, ſondern ſogar, da die Wahrheit nicht verkennet werden konnte, mit der Ausflucht: daß der obige Grundſatz hier nicht anwendbar ſey, iſt abgewieſen worden.

Nach Vorausſetzung dieſer beleidigenden Vorwürfe wird in der Preußiſchen Druckſchrift zur Widerlegung der anonymiſchen Schrift: **Betrachtungen über die Succeßionsordnung in den Brandenburgiſchen Fürſtenthümern im Fränkiſchen Kreiſe** geſchritten, und folgende fünf Grundſätze vorgeleget, nach welchen der Geiſt und Zweck aller bey den Theilungen in der deutſchen Kuhr und Fürſtenhäuſern getroffenen Verfügungen beurtheilet werden ſollen, und zwar

1mo Daß nicht mehrere Theilungen der Länder vorgenommen, ſondern dieſe unterſagt ſeyn ſollen. Dieſer Grundſatz iſt nicht allgemein, ſondern nur für jene Fälle anwendbar, wo in einer derley Hausordnung, wie in jener des Brandenburgiſchen Hauſes, die weitere Theilung ausdrücklich verboten worden.

2do. Daß die getheilten Linien und Zweige des Hauſes die wechſelſeitige Erb- und Lehensfolge in den getheilten Ländern haben, und behalten ſollen. Dieſe Regel feſt zu ſetzen, ſteht nicht in der Macht der ſich theilenden Kuhr- und Fürſtenhäuſer. Das deutſche Lehensgeſetz: Theilung bricht Erbe, und die ſchon in mehreren Schriften erwieſene Obſervanz dieſes Geſetzes ſtreitet dagegen, und eine Ausnahme davon kann nur von der geſetzgebenden Gewalt abhangen. Die Richtigkeit dieſes Satzes erhellet aus der Geſchichte des Hauſes Brandenburg ſelbſt, indem, wenn eine wechſelſeitige Erbfolge gemeinen Rechtens geweſen wäre, Kaiſer Maximilian der I. keine Urſache gehabt hätte, dieſem Kuhrhauſe in dem Lehenbriefe von 1496. die beſondere Gnad zu thun, daß Ihnen die Theilung ihrer Land und Leut an ſolchen geſammten Lehen zu keinen Schaden kommen ſolle, wie in den Brandenburgiſchen Fürſtenthümern §. 8. näher iſt ausgeführet worden.

3tio. Daß die Trennung der Länder nur ſo lange dauern ſolle, als die jetzo

theilende Glieder des Geſchlechts und Hauſes, und deren Nachkommenſchaften vorhanden ſeyn würden. Dieſer Satz iſt in der That ſo ſeltſam als widerſprechend; denn wenn eine Theilung und Hausordnung wie jene des Brandenburgiſchen Hauſes nach dem eigenen Geſtändniſſe deſſelben pro pacto, pro ſtatuto familae, quod tranſit in formam contractus, **und weil ſelbe dergeſtalt vom Kaiſer und Reich** confirmiret **worden,** pro pragmatica Sanctione et lege publica **zu achten iſt,** wie §. 12. der obgemeldten Betrachtungen weitläuftiger aus den Worten der Documente ſelbſt dargethan worden, ſo erſtreckt ſich die Verbindlichkeit auf das ganze Haus, und wenn die Nachkommen der theilenden Glieder des Hauſes an ſolche Trennungen gebunden ſind, wie in dieſem jenſeitigen Grundſatze ſelbſt nicht verkennet werden kann, wie ſoll ein Zweifel übrig ſeyn, ob auch die von dieſen Gliedern abſtammende Königl. Linie an eben dieſe Hausordnung und Trennung gebunden ſey? Und zudem erhalten durch eine ſolche pragmatiſche Sanktion alle künftige Abkömmlinge bereits zum voraus ein vollkommenes Recht in der Primogenitur, Majorate oder Minorate dazumal einzutreten, wenn die Ordnung vermöge einer ſolchen Sanktion an ſie kömmt; indem ſie auch nicht ex beneficio ultimi defuncti, oder ex voluntate Primogeniti, ſondern wie bey den Lehen ex pacto et providentia Majorum ſuccediren, wie dieſes von dem verſtorbenen C. Gerichts-Beyſitzer von Kramer

mer Opuſc. T. I. opuſc. de valida et invalida juris primogeniturae abolitione ſtattlich erwieſen wird.

4to. **Daß nach Ausgang und Erlöſchung der abgetheilten Linien und Aeſte die Länder wiederum in der Hand des erſtgebohrnen zuſammen gebracht und vereiniget werden.** Dieſer Satz iſt gar keinem Zweifel unterworfen, und eben ſo wenig hat auch Jemand in Abrede geſtellet, daß bey dem **K. Preußiſchen und Kuhrfürſtlichen** Hauſe Brandenburg dazumal alle getheilte Beſitzungen vereiniget werden, wenn nur ein einziger Stammhalter des ganzen Hauſes mehr übrig iſt.

5to. **Daß von den Ländern des Hauſes von den abgetheilten Linien nichts veräußeret und entfremdet, ſondern daß das Aufnehmen, das Anſehen, die Macht, der Flor des Hauſes und Geſchlechts möglichſt erhalten und befördert werde.** Eine ſolche Verordnung iſt ebenfalls erſt aus dem Inhalte des Hausgeſetzes ſelbſt zu beſtimmen, und wenn gleich ſelbige in dieſem feſt geſetzet worden, ſo kann doch die zugleich beſtimmte Theilung unter mehreren Linien dabey ganz wohl beſtehen; ohne dem Aufnehmen und der Macht des Hauſes etwas mehreres zu entziehen, als man in der erſten von der geſetzgebenden Gewalt beſtätigten, und garantirten Einrichtung für nothwendig erachtet hat.

Wenn daher in dieſer Gegenſchrift aus den vorgedachten angeblichen Grundſätzen der Schluß gezogen wird, daß niemals eine Theilung in der ungereimten, ſeltſamen, unwei- ſen — — Abſicht geſchehen ſey, dadurch eine ewige immerwährende Abſonde- rung, Zerreiſſung und Trennung der Länder feſt zu ſetzen; die Zerſplitterung der Beſitzungen des Hauſes zu verewi- gen; das Haus in einer ewigen Mittel- mäßigkeit, Entkräftung und Unmacht zu erhalten; die Wiedervereinigung der getheilten Länder auch nach Erlöſchung einer und mehrerer Linien zu unterſa- gen; oder auf ſolchem Falle eine aber- malige Theilung unter den Prinzen der übriggebliebenen Linie vorzuſchreiben; der Linie des erſtgebohrnen niemals zu vergönnen, die Länder der ausgegange- nen oder erloſchenen Linien mit ihren Staaten wieder zu verknüpfen: ſo iſt es eben ſo leicht begreiflich, daß es zu keiner Zeit möglich geweſen wäre, eine auch für die ganze Zukunft beſtehen ſollende Hausordnung zu errich- ten, und in ſolcher für alle Fälle, wenn mehrere Linien vorhanden ſind, eine Abtheilung der Lan- de zu beſtimmen. Gleichwie aber einem ſolchen irrigen Satze Niemand wird beyſtimmen wollen, alſo kann auch der obige jenſeitige Schluß um ſo weniger beſtehen, noch weniger aber von dem Burggräflich Nürnbergiſchen, und hernach Kuhr- brandenburgiſchen Hauſe zugelaſſen werden, als

daſſel-

daſſelbe das Kuhrfürſtenthum Brandenburg niemals mit rechtlichem Beſtande an ſich gebracht haben würde, wenn nach den jenſeitigen Schlüſſen die Theilungen des Askaniſchen Hauſes für ungereimt, ſeltſam, und unweis wären betrachtet, und die Einziehung dieſes Kuhrfürſtenthums vom Kaiſer Ludwig dem IV. für rechtswidrig angeſehen worden.

Gleichwie nun dieſe Betrachtungen ſowohl in dem, was die Gerechtigkeit, als auch was die Billigkeit ſodert, ihren vollkommenen Grund haben, alſo können auch die weiteren in der jenſeitigen Schrift enthaltenen Schlüſſe keine Rückſicht verdienen, **daß nämlich die nachgebohrne Prinzen keine Befugniß zu verlangen hätten, daß Ihnen die Länder eingeraumet werden ſollten: daß der erſtgebohrne allein Meiſter ſey, ſie zu behalten, und mit ſeinem Hauptſtaate zu verknüpfen, und daß Ihn die veränderten Zeitumſtände, und die aufgeklärtere Staatskunſt unſerer Tage verbinden, die Maſſe der Staaten des Haupts zuſammen zu halten.** Denn ſo wenig als das Succeßionsrecht der Nachgebohrnen von dem Willen und der Gnade des Erſtgebohrnen abhängt, eben ſo wenig ſteht dem letztern auch ein Recht zu, jene Hausordnungen umzuändern, welche pro ſanctione pragmatica und lege publica zu achten ſind. In dem Geraiſchen Vertrage wird die vom Kaiſer und Reich beſtätigte Hausordnung des Kuhr-

fürſten Alberti Achillis nicht nur für die damaligen Marggrafen, ſondern überhaupt **für alle ihre Nachkommen von nun an zu ewigen Zeiten als ein** *pactum & ſtatutum, quod tranſit in formam contractus*, neuerdings feſtgeſetzet, und in der Kaiſerlichen Beſtätigung wird **alles, was darwider gegeben wäre, oder würde, jezo alsdann, und dann als jezo für kraftlos und unbündig erkläret.** Wie kann alſo den nachgebohrnen Prinzen die Befugniß: die in dieſer Hausordnung für ewige Zeiten ausgemeſſene Theilung zu verlangen, abgeſprochen werden? und mit welchem Grunde kann man die Beobachtung dieſer Hausordnung lediglich dem Willen des Erſtgebohrnen überlaſſen? Veränderte Zeitumſtände, und eine aufgeklärtere Staatskunſt geben noch lange kein Recht, ſich über die Geſetze hinaus zu ſetzen, und die Befugniſſe eines dritten zu unterdrücken. Kein Patriot wird in dieſen Zügen eine aufgeklärtere Staatskunſt, wohl aber die höchſt gefährlichen Staatsmaximen des Berliner Hofes antreffen.

Nur aus eben dieſer **aufgeklärteren** Staatskunſt des Berliner Hofes konnten auch die in der jenſeitigen Schrift enthaltenen weiteren Sätze flieſſen, daß nämlich die vom Kaiſer und Reich angeſuchte Beſtätigung über derley Hausordnungen überflüßig, daß dieſe dadurch weder die Geſtalt eines Reichsgeſetzes annehmen, noch auch eine Garantie des Kaiſers und Reichs nach ſich ziehen, und daß alſo bey künftigen willkühr-

lichen

lichen Aenderungen der beſtätigende Landes- und Lehensherr und Richter ſich nicht einmiſchen, und entgegen ſetzen könne.

Man hat gar nicht Urſache hier in die Frage einzugehen, ob den Reichsſtänden das Recht zuſtehe, in ihrem Hauſe nach Gutbefinden Succeſſionsverträge, und Ordnungen zu ſchlieſſen, und ob zu derer Kraft und Gültigkeit die Einwilligung des Kaiſers als Reichsoberhaupts, und oberſten Lehenherrns erforderlich ſey? Es werden dieſe Fragen hier nur gefliſſentlich, und um die Hauptſache in eine mehrere Verwirrung zu ſetzen, mit eingeflochten. Alles kömmt nur auf folgenden Satz an: ob nämlich eine vom Kaiſer und Reich öffentlich für alle künftige Zeiten beſtätigte, und von dem ganzen Hauſe ſelbſt bisher als eine Sanctio pragmatica und lex publica betrachtete Succeßionsordnung von den Agnaten willkührlich, und ohne Vorwiſſen und Beytritt des Kaiſers und Reichs aufgehoben, oder abgeändert werden könne. Das letztere glaubet man in ſo lange verneinen zu können, als der unwiderſprechliche Satz beſteht, daß eine ſolche vom Kaiſer und Reich, mithin von der oberſtlehenherrlichen und geſetzgebenden Macht bewilligte und beſtätigte Succeßionsordnung die Natur eines ordentlichen Reichsgeſetzes annehme, zu deren Aufhebung, oder weſentlichen Abänderung alles dasjenige, wie ſonſt bey einem Reichsgeſetze erfodert werde, und alſo auch diejenigen, welchen in ihrer Ordnung für alle künftige Zeiten vorgeſehen worden, ſich der

Garan-

Garantie und Schutzes der oberſtlehenherrlichen und geſetzgebenden Macht zu erfreuen haben müſſen.

Wenn man nun alles dieſes kurz zuſammen faßt, und in unpartheyiſche Erwegung zieht, ſo wird ein jeder von ſelbſt einſehen, daß ſo ungegründet auf einer Seite die ganze Verbindlichkeit der Brandenburgiſchen Hausordnung dem Willen des Erſtgebohrnen untergeben, und ſogar alle Einmiſchung des Kaiſers und Reichs als Landes und Lehenherrns und Richters ausgeſchloſſen, eben ſo gehäßig auf der andern Seite der Oeſterreichiſche Anſpruch, und die daraus erfolgende geringe Vergrößerung der Macht des Erzhauſes für ungerecht angegeben, und allen Reichsſtänden dagegen ein Recht, ſich zu widerſetzen eingeräumet werde. Bey der Brandenburgiſchen Succeßionsordnung ſoll die vom Kaiſer und Reich erfolgte Beſtätigung und Verordnung für alle künftige Zeiten keine Wirkung haben. Bey dem Bayeriſchen Succeßionsfalle aber ſollen dem zwiſchen dem Lehensfolger und einem Anſprecher geſchloſſenen Vertrage ſogar auch jene Hausverträge im Wege ſtehen, welche vom Kaiſer und Reich keine Beſtätigung erhalten haben. Bey der Brandenburgiſchen Succeßion will die Theilung der Lande nur für die bey Errichtung der Succeſſionsordnung im Leben geweſenen Prinzen, nicht aber auch für alle folgende Zeiten als verbindlich betrachtet werden, bey der Bayeriſchen Succeßion aber ſolle die erſt im ſechzehnden Jahrhunderte eingeführte Primogenitur und Untrennbarkeit der

Bayeriſchen Lande ſogar auf jene Anſprüche des Erzhauſes zurückwirken, welche vom Anfange des funfzehnden Jahrhunderts ihren Urſprung haben; bey der Brandenburgiſchen Succeßion ſoll die Aufhebung einer vom Kaiſer und Reich garantirten Hausordnung, und die dadurch einem Reichsſtändiſchen Hauſe in den Herzen Deutſchlands zuwachſende Uebermacht in der Reichsverfaſſung keine Aenderung hervorbringen; wann aber Oeſterreich bey der Bayeriſchen Succeßion durch gerechte, von dem Lehenserben ſelbſt anerkannte Anſprüche einen weit geringern Theil dieſer Lande an ſich bringt, dann ſoll ein gefährliches Uebergewicht, und ein Umſturz des ganzen deutſchen Staates zu beſorgen ſeyn; bey der Brandenburgiſchen Succeßion ſollen **der Landes- und Lehenherr, und Richter ſich nicht einmiſchen oder entgegen ſetzen;** bey der Bayeriſchen Succeßion aber wollen nicht nur die Kaiſerl. Majeſtät zur Ausübung Ihres Landes- Lehen- und richterlichen Gewalts, ſondern auch die Reichsſtände zur allgemeinen Widerſetzlichkeit aufgefodert werden.

Neben dieſen ſich ganz widerſprechenden Sätzen beruft man ſich jenſeits mit einem gleichen Widerſpruche auf jenen Satz der Kaiſerl. Wahlkapitulation Art. 1. §. 2. in welchem die Hemmung und Einſchränkung der Kuhrfürſtlichen Primogenitur abgehalten wird, mit der willkührlichen Angabe, daß ſich dieſe Primogenitur auf ſämmtliche Länder, Staaten und Beſitzungen

der-

derſelben erſtrecke. Allein ſo wenig jemand die Kraft dieſes Reichsgeſetzes für jene Beſitzungen widerſprechen wird, welche einen Theil dieſer Primogenitur ausmachen, eben ſo ſehr würde es dem Sinne deſſelben, und dem allgemeinen Herkommen widerſtreben, wenn auch alle übrige von einem Kuhrfürſten beſeſſene Fürſtenthümer und Lande eben derowegen, weil ſie von einem Kuhrfürſten beſeſſen werden, in der Kuhrfürſtlichen Primogenitur und in der, in der goldenen Bulle für die Kuhrfürſtenthümer feſtgeſtellten Untrennbarkeit begriffen werden wollten.

Man beruft ſich jenſeits auch auf jene Stelle der goldenen Bulle cap. 10. in welcher den Kuhrfürſten die unumſchränkte Freyheit: Reichsländer und Lehen zu erwerben zugeſtanden wird; mit dem darausgezogenen Schluſſe, daß dieſe neu erworbenen Beſitzungen der Primogenitur, ſo wie die alten Kuhrländer unterworfen ſeyn; vielmehr alſo auch den Kuhrfürſten freyſtehen müſſe, die abgetheilt geweſenen Länder mit der Primogenitur wieder zu vereinigen.

Wenn man aber die Stelle der goldenen Bulle ſelbſt einſieht, ſo wird darinnen zwar der Krone Böheim, und ſonach auch allen Kuhrfürſten die Befugniß zugelaſſen (Regno Bohemiæ *duxerint* adplicanda) dieſe neuerworbenen Länder der Primogenitur einzuverleiben, nicht aber daß dieſe Einverleibung ipſo jure Statt haben ſolle: zudem kömmt alles zugleich darauf an, ob nicht eine legale, und vom Kaiſer und Reich beſtätigte

Haus-

Hausordnung vorhanden iſt, worinn entweder eine ſolche Einverleibung oder eine Theilung für nachgebohrne Prinzen feſtgeſetzet worden. In einem, wie in dem andern Falle muß ein ſolches Hausgeſetz den Ausſchlag geben. Bey dem Hauſe Brandenburg iſt gleich nach erhaltenem Kuhrfürſtenthum Brandenburg eine ſolche Theilung beliebet, ſodann durch ein ordentliches Haus- und Reichsgeſetz feſtgeſtellet, und darinn auch vorgeſehen worden, daß, was ein ieder abgeſonderter Theil an ſich bringen wird, nicht überhaupt der Primogenitur unterworfen, ſondern des erwerbenden Theils eigenen Willkühr überlaſſen ſeyn ſoll.

Uebrigens kann auch die Bemerkung nicht außer Acht gelaſſen werden, daß der Berliner Hof dieſer Stelle der goldenen Bulle zwar hier, wo es um die Beweiſe ſeiner Sätze zu thun iſt, alle Wirkung beyleget; hingegen aber ſoll eben dieſe Stelle dort, wo es auf die Gültigkeit des zwiſchen der Kaiſerinn Königinn Majeſtät und Sr. Kuhrfürſtl. Durchlaucht von Pfalz geſchloſſenen Vertrags, und um eine der Kaiſerinn Königinn mit gleichem Rechte zuſtehende **unumſchränkte Freyheit zur Vergrößerung ihrer Kuhr- und Erzherzoglichen Staaten Reichsländer und Lehen zu erwerben** ankömmt, keine Statt haben.

Man beruft ſich jenſeits noch weiters auf verſchiedene bey andern Häuſern und in dem Erzhauſe Oeſterreich ſelbſt vorkommende Theilungen, ohne daß, wie man ſich in der jenſeitigen Druckſchrift

ſchrift äuſſert, aus ſolchen Verfügungen und Verabredungen eine unerhörte Secundogenitur erzwungen, oder wegen der Kaiſerlichen Beſtätigung in unveränderliche Reichsgeſetze verwandelt werden könne. Allein dieſer Satz ſteht dem Berliner Hofe ſelbſt gerade entgegen; jene Theilungen, welche nur aus Verfügungen und Verabredung der Familien entſprungen, ſind allerdings einer willkührlichen von der Familie allein wieder zu treffenden Abänderung unterworfen, in ſoweit die allgemeinen Lehensgeſetze ſolches zulaſſen, und der oberſte Lehensherr an ſeinen Rechten dadurch nicht verkürzet wird. Von dieſer Art waren zum Beyſpiele einige Theilungen bey dem Hauſe Bayern. Die Auszeichnungen der Länder bey dem Erzhauſe Oeſterreich waren ohne dieß niemals wirkliche Theilungen. Theilungen hingegen, welche vom Kaiſer und Reich ordentlich beſtätiget werden, und alſo pro Sanctione pragmatica angeſehen werden müſſen, wie jene beym Hauſe Brandenburg, und dann auch die vom Kaiſer und Reich anerkannte und garantirte pragmatiſche Sanction des Erzhauſes iſt, erfodern zu ihrer Aufhebung oder Abänderung eben ſo gewiß auch die Einwilligung des Kaiſers und Reichs, als nach der allgemeinen Rechtsregel ein jedes verbindliches Geſchäfft nur auf die Art wieder aufgehoben werden kann, als ſelbes errichtet worden iſt.

Wenn man nun dieſe Grundſätze vorausſtellt, ſo wird jederman von ſelbſt leicht einſehen, warum

Kai-

Kaiſer und Reich weder bey dem Anfalle der Weiſſenfelſiſchen, Merſeburgiſchen und Zeitziſchen Diſtrikte an die Sächſiſche Kuhrlinie, weder bey der Einverleibung der vorhin nicht ſelten abgetheilt geweſenen Bayeriſchen Lande in eine Primogenitur, noch weniger aber bey dem vormals in dem Erzhauſe Oeſterreich gewöhnlich geweſenen Auszeichnungen ihrer Länder ſich zu widerſetzen, und neue Theilungen für die Nachgebohrne zu fodern eine Urſache haben konnten. Bey allen dieſen getheilten und appanagirten Linien kann weder eine derley beſtimmt redende, und für alle Zukunft errichtete Hausordnung, noch auch eine vom Kaiſer und Reich darüber erfolgte ausdrückliche Beſtätigung aufgezeiget werden, mithin fällt der Unterſchied klar in die Augen, welcher zwiſchen den obgedachten Succeßionsfällen, und der Brandenburgiſchen Succeßionsordnung obwaltet.

So wenig kann auch die in der jenſeitigen Schrift beygefügte allgemeine Bemerkung beſtehen, daß nämlich bey allen Theilungsverträgen niemals auf eine immerwährende Secundogenitur gedacht worden, und folglich auch das Haus Brandenburg nicht das alleinige geweſen ſeyn wird, welches ſeine wahren Vortheile ſo ſehr verkannt, und ſeiner Macht einen ſolchen Abbruch gethan haben ſollte. Allein, ſo lang in der Rechtsgelehrſamkeit dasjenige unverrückt bleibt, was von einem Minorat, welches eben ſoviel, als eine Secundogenitur ſagen will, Rechtens iſt, und

der ſelige Kammergerichts-Beyſitzer Freyherr v. **Kramer** in ſeinen Opuſc. T. I. Nro. IX. ausführlich erläutert hat, ſo wird wohl Niemand die Möglichkeit, und das Daſeyn ſolcher Secundogeniturs-Verordnungen in Zweifel ziehen wollen. Und wenn man weiters die wahre Bewegurſache, warum derley immer beſtehende Secundogenituren und Minorate eingeführet worden, unterſuchet, ſo beſteht dieſe nicht bloß allein in der zeitlichen Verſorgung eines nachgebohrnen Prinzen und ſeiner Erben, wohl aber darinn, um einem Hauſe nicht nur einen größern Glanz durch die Einführung zweyer regierender Branchen zu verſchaffen, ſondern auch um die Fortpflanzung deſſelben auf ſolche Art deſto mehr zu verſichern. Es kann alſo eine ſolche Succeßionsverfügung keineswegs für widerſinnig, oder dem Anſehen und Flor eines Hauſes entgegengeſetzt betrachtet werden, und eben derowegen kann auch weder der Beobachtung derſelben dort, wo ſie geſetzmäßig eingeführet worden, etwas im Wege ſtehen, noch ſelbe wegen neu angenommener Staatsmaximen eines Regierer des Hauſes für unverbindlich erkläret werden.

Mit dieſen vorausgeſetzten allgemeinen Grundſätzen hat man demnach die Geſchichte und den Inhalt der Brandenburgiſchen Succeßionsordnungen und Fälle ſelbſt zuſammen zu halten. Der erſte Erwerber des Kuhrfürſtenthums Brandenburg aus dem Burggräflich Nürnbergiſchen Hauſe, Friedrich der I. theilte ſeine Länder im Jahre

1437.

1437. dergeſtalt, daß der ältere Sohn **Johann**, der ſich der Kuhrwürde begeben, das Burggrafthum Nürnberg oberhalb des Gebirges, der zweyte Sohn **Friedrich** die Kuhr und Mark Brandenburg, der dritte **Albrecht** das Burggrafthum Nürnberg unterhalb des Gebirges, und der vierte Sohn **Friedrich der Dicke** die alte Mark und Pregnitz erhielten. Es war dieſe Theilung zwar eine väterliche Diſpoſition für die Söhne und ihre Erben, aber keineswegs ein vom Kaiſer und Reich beſtätigtes pragmatiſches Hausgeſetz. Die Veränderungen, welche dieſe Söhne Friedrichs des I. nach deſſen Tode durch einen Vertrag von 1447. in der obgedachten väterlichen Diſpoſition gemacht haben ſollen, ſind in dieſer Preußiſchen Druckſchrift nicht angegeben worden; es können aber ſelbe nicht das weſentliche der vorgemeldten Theilung betroffen haben, indem aus der **in den Betrachtungen über die Succeßionsordnung in den Brandenburgiſchen Fürſtenthümern** angeführten Succeßionsgeſchichte die Beobachtung derſelben klar vor Augen liegt.

Marggraf Albrecht erwirkte zwar vom Kaiſer Friedrich dem III. im Jahre 1453. die in der Preußiſchen Druckſchrift Beylage I. enthaltene Kaiſerl. Beſtätigungsurkunden, nicht aber, wie in dieſer Druckſchrift angegeben wird, um das Recht, und freye Hände beyzubehalten, künftig andere Anordnungen, Theilungen und Einrichtungen vornehmen zu können.

Denn wie hätte dieſer drittgebohrne Sohn damals ſchon, wo noch alle ſeine Brüder im Leben waren, auf künftige Abänderungen, oder Errichtungen neuer Hausordnungen denken können. Es war auch weder die Hauptabſicht, bey Einholung dieſer Käiſerl. Beſtätigung auf die vorgehende oder künftige Theilungen gerichtet; ſondern wie der Inhalt der Urkunde ſelbſt ausweiſet, verlangte Albrecht nur in ſeinen und ſeiner Brüder Namen, daß Ihnen und ihren Erben Marggrafen zu Brandenburg und Burggrafen zu Nürnberg ſämmtlichen all Recht und Würdigkeit, Freyheit, Gnad Gewohnheit Landgericht und Herkommen; die zu Ihn und Ihren Fürſtenthümern, Herrſchaften und Herrlichkeiten gehören, und alle Handveſten und Briefe, die ſie über ihre Gerechtigkeit, Würdigkeit, Gnad, Freyheit, Gewohnheit, Landgericht und Herkommen, und über alle Pfandſchaft und Ambte, die Sie von Römiſchen Kayſern und Königen, Uns und dem Reiche haben, und auch über alle andere Sachen als Ihr Vater, altfordern, und Sie, die von ſel. Gedächtniß Römiſchen Kayſern und Königen, Unſern Vorfahren und dem Reiche ſembtlich und ſonderlich erworben und hergebracht haben, beſtärtiget, erneuert und konfirmiret werden möchte. Alles dieſes beſtätigte auch Kaiſer Friedrich, und ſetzte nur noch, ohne daß

in

in dem Begehren Albrechts davon eine Meldung wäre gemacht worden, aus eigener Bewegniß die Klauſel hinzu, daß er auch die Theilung und Einwilligung, die ihr Vater ſeeliger bey ſeinen Leben, oder ſie ſich ſelber mit ihren Landen und Leuten verſchrieben, und auch ſolche Theilung, die ſie noch thun werden, hiemit beſtättige.

Jedermann wird alſo daraus erkennen, daß dieſe hier ſo hoch angezogene Beſtätigungs-Urkunde keineswegs diejenigen Sätze erweiſe, welche in der Preußiſchen Druckſchrift daraus gezogen werden wollen; ſondern daß ſelbige lediglich für eine allgemeine Beſtätigung der Rechte, Freyheiten und Handveſten zu betrachten ſey, und nur dieſes beſondere in ſich faſſe, daß der Kaiſer dieſem Hauſe zugleich die beſondere Gnade gethan, daß die in demſelben errichtet werdende Theilungen die Mitbelehnſchaft und geſammte Hand nicht aufheben, folglich der allgemeine Rechtsſatz: Theilung bricht Erbe, hier nicht eintreten ſolle.

Warum übrigens dieſe Kaiſerl. Urkunde eine goldene Bulle genennet werde, iſt nicht wohl zu errathen, und widerſpricht dem Abdrucke dieſer Urkunde in der Beylage No. I. da hierinn die Worte vorkommen: Verſiegelt mit unſer Kaiſerl. Majeſtät Inſigel: cum Sigillo Majeſtatis Imperatoris Friderici appenſo *cera flava.*

Der Drittgeborne Sohn Friedrichs des II. Albrecht mit dem Beynamen Achilles pflanzte

den Stammen allein fort, und vereinigte in ſeiner Perſon alle Beſitzungen des Brandenburgiſchen Hauſes. Derſelbe errichtete im Jahre 1473. jene berufene Hausordnung, welche in der gegenwärtigen Frage von der Succeßion in die Brandenburgiſchen Fürſtenthümer den Ausſchlag zu geben hat. In dieſer Hausordnung wird alſo entſchieden 1mo. daß die Brandenburgiſchen Lande in drey Theile abgeſondert werden ſollen, und zwar in das Kuhrfürſtenthum, in das Fränkiſche Fürſtenthum oberhalb des Gebirges, und jenes unterhalb des Gebirges.

2do. Daß keine mehrere Theilungen Platz greifen, ſondern allemal nicht mehr dann drey der älteſten Söhne der obgenannten dreyen Landen weltlich regirende Herren ſeyn ſollen.

3tio. Auf dem Falle aber, daß nur zwey Söhne vorhanden wären, ſolle das Kuhrfürſtenthum einen Theil, die Fürſtenthümer in Franken aber den andern Theil ausmachen.

4to. Wäre aber nur ein einziger männlicher Erbe des ganzen Hauſes im Leben, ſo hätte dieſem die Regierung aller Lande anzufallen.

Wenn man dieſen Inhalt der Albrechtiſchen Hausordnung mit unpartheyiſchen Augen anſieht, ſo ergeben ſich daraus ganz andere Abſichten, als man in der Preußiſchen Druckſchrift vorgiebt.

Die Hauptabſicht des Kuhrfürſten Albrechts war: die Beſitzungen des Brandenburgiſchen Hau-

Hauſes nicht in einer Primogenitur allein vereinigt zu laſſen, ſondern drey, nicht mehrere regierende Branchen in ſeinem Hauſe feſt zu ſetzen. Er ſagt zu dem Ende in der Hausordnung ausdrücklich, daß wenn einer oder der andere ſeiner benannten Söhne vor Ihm ſterben ſollte, er aber anders dannoch drey Söhne habe, ſo wolle er doch, daß die drey Theil gehalten werden. Zufolge dieſer Abſicht wird auch für jenen Fall, daß nur zwey Prinzen in dem Hauſe vorhanden wären, die noch mögliche Abtheilung in zwey Branchen, und nur für jenen Fall, wenn ein einziger Prinz übrig iſt, die Vereinigung in einer Primogenitur beliebet. Wenn man nun aus dieſen kennbaren Abſichten des Kuhrfürſten Albrechts den Schluß zieht, daß in allen Fällen, wenn drey oder zwey regierende Branchen in dem Hauſe Brandenburg wegen der Anzahl der Prinzen möglich ſind, die von dem beſagten Kuhrfürſten feſtgeſtellte Abtheilung Platz greifen müſſe, ſo iſt es in der That eine noch wenig erhörte Zumuthung, wenn dieſe Abſicht Albrechts für ſinnlos, und dieſe Auslegung der beſagten Hausordnung für eine ärgerliche der geſunden Vernunft hohnſprechende Sophiſterey erkläret wird.

Kuhrfürſt Albrecht hat ſodann, um dieſe Hausordnung zu einem immerwährenden und pragmatiſchen Geſetz ſeines Hauſes zu erheben, bey der Kaiſerl. Majeſtät eine förmliche Beſtätigung noch in eben dem Jahr 1473. angeſuchet,

und ſelbige auch erlanget. Das Anſuchen des Kuhrfürſten gieng nicht überhaupt auf eine Beſtätigung aller Rechte, Beſitzungen und Freyheiten des geſammten Hauſes wie jene vom Jahre 1453. ſondern ins beſondere, und nur allein auf die Bekräftigung dieſer Hausordnung. Der Kaiſer ertheilte dieſe Beſtätigung mit wohlbedachtem Muth und gutem Rath unſer und des heil. Reichs Kuhrfürſten, Fürſten, Grafen, Edlen, und Getreüen als Römiſcher Kaiſer, und widerruffet aus rechten Vorwiſſen alles das, was dawider von Uns, unſern Vorfahren und Nachkommen am Reich gegeben wäre oder würde, dann daſſelbe alles und jedes, ob es gegeben wäre, oder würde, erkläret der Kaiſer jezo alsdann, und dann als jezo mit zeitigen Rath der vorangeregten, und Vollkommenheit Kaiſerl. Gewalt kraftlos und unbündig.

Es kommt in der Kaiſerl. Beſtätigungsurkunde der Ausdruck vor: daß Marggraf Albrecht fürbracht hat einen verſiegelten Brief, woraus man in der Preußiſchen Druckſchrift den Schluß ziehen will, daß die Diſpoſition des beſagten Marggrafen dem Kaiſer verſchloſſener zugeſendet, mithin deſſen Beſtätigung eine bloße Formalität geweſen ſey. Allein nach dem allgemeinen hiſtoriſchen und diplomatiſchen Verſtande, und ſelbſt vermöge der in damaligen Zeiten gewöhnlich geweſenen Forme ſolcher Inſtrumente

drük-

drücken die Worte: verſiegelter Brief nichts anders aus, als daß der Brief mit den gewöhnlichen Marggräflichen Siegeln verſehen geweſen ſey. In dieſer Albertiniſchen Ordnung wird von dem Theilbriefe Kuhrfürſtens Friedrich des I. ebenfalls mit den Worten: nach Anweiſung des verſiegelten Theilbrief von unſern Vater ſelig darüber ausgegangen, Meldung gemacht. Und zudem, wie hätte K. Friedrich den Anfang und das End dieſer Succeßionsordnung in ſeiner Beſtätigung anführen können, wenn Ihm das Inſtrument verſchloſſen wäre vorgeleget worden.

In dieſer Kaiſerlichen Beſtätigungsurkunde kömmt aber auch die Klauſel vor, daß der Kaiſer nicht nur die Ihm vom Kuhrfürſten Albrecht vorgelegte Hausordnung beſtätigte, ſondern auch ſolcher Einung, Ordnung und Satzung, die der genannte Kuhrfürſt hinfür bey ſeinem Leben, oder nach ſeinem Tode ſeine Söhne, oder ihre männliche Erben des Geſchlechts für und für thun würden, oder etliche Lehengüter, Schloß, Stadt oder Lande einer dem andern eingeben oder huldigen werden laſſen — — — gleicher Weiſe als ſie in dem Brief gänzlich geſetzet wären, oder ob ſie durch Recht und Gewohnheit darinnen begriffen ſeyn ſollten.

Da nun in der Preußiſchen Druckſchrift die Klauſel als die Hauptſchutzwehre angeſehen, und

daraus dieſe Folge gezogen wird, daß den Nachkommen des Kuhrfürſten Albrechts dadurch die Freyheit eingeſtanden worden, die obgedachte Hausordnung nach Gefallen umzuändern, und neue Ordnung zu machen; ſo will es vornämlich darauf ankommen, den wahren Sinn dieſer Klauſel theils zu dem Zuſammenhange der Urkunde ſelbſt, theils aber aus den von den nachfolgenden Kuhrfürſten und Marggrafen nach Vorſchrift dieſer Hausordnungen unternommenen Handlungen vor Augen zu legen.

Erſtens iſt in Erwegung zu ziehen, daß der Kuhrfürſt Albrecht die in ſeiner Hausordnung feſtgeſetzten Theilungen und Errichtung mehrerer Majorate als ein unabänderliches Hausgeſetz feſtgeſtellet, und ſowohl er, als ſeine Söhne geredet, gelobet, und verſprochen haben, für ſich ſelbſt, und ihre Erben bey ihren fürſtlichen Würden, Ehren und Trauen an eines rechten geſchwornen Eidesſtatt ſolche Theilung, Ordnung, Satzung, Vertrag und Einigung, wie hie vorgeſchrieben ſteht, in allen ihren Stücken, Artikeln und Inhaltungen ſtett, veſt und unverbrüchlich zu halten, zu vollziehen, und mit keinen Sachen Handlungen und Thaten, wie die Jemand erdacht, oder erfunden hätte, oder hernach immer erdenken könnt und mögt, dawider zu ſeyn oder zu thun, noch das Jemands von unſertwegen zu thun befoh-

fohlen, verhängen oder verſtatten ꝛc. Wie kann man ſich alſo vorſtellen, daß eben dieſer Kuhrfürſt Albrecht, nachdem er dieſe Succeſſions- und Theilungsſatzung ſo hoch beſchworen und verpönnt hat, in eben dem Jahre vom Kaiſer verlanget haben ſolle, zum voraus ſchon alle künftige von Ihm oder ſeinen Erben zu errichtende Abänderungen und neue Ordnungen zu beſtätigen.

Ferners widerruft der Kaiſer in der Beſtätigung ausdrücklich aus rechtem Wiſſen alles das, das darwider von Uns unſern Vorfahren und Nachkommen am Reich gegeben wäre oder würde, und erklärt daſſelbe alles und jedes, ob es gegeben wäre oder würde, jetzo alsdann, und dann als jetzo mit zeitigen Rath der Reichsſtände und Vollkommenheit Kaiſ. Gewalt kraftlos und unbündig. Es müßte einen ſehr ſeltſamen Anſchein gewinnen, wenn der Kaiſer und das Reich in dem nämlichen Inſtrument eine Succeßionsordnung mit den vorgemeldten nachdrücklichen Klauſeln hätte beſtätigen, und zugleich der dieſe Beſtätigung anſuchenden Familie von nun an ſchon die Gewalt einräumen ſollen, dieſe Succeßionsordnung nach Wohlgefallen wieder aufzuheben, oder abzuändern.

Noch deutlicher aber werden dieſe Widerſprüche gehoben, wenn man die Aeußerungen, und Handlungen der nachfolgenden Kuhrfürſten und

Marg-

grafen entgegen hält, und daraus den Schluß zieht, was für einen Sinn, Verſtand und Verbindlichkeit dieſes Haus ſelbſt der obgemeldten Hausordnung beygeleget habe.

Nach dem im Jahre 1486. erfolgten Tode des Kuhrfürſten Albrechts gieng dieſe Hausordnung in wirkliche Erfüllung, indem deſſen erſtgebohrner Sohn Johann von der Kuhr, der zweytgebohrne Friedrich von dem Burggrafthum unterhalb des Gebirges, und der drittgebohrne Siegmund von dem Burggrafthume oberhalb des Gebirges Beſitz nahmen. Als Siegmund im Jahre 1495. ohne Erben ſtarb, fielen deſſen Lande nicht an die Kuhrfürſtliche Primogenitur, ſondern ſie wurden Kraft der Albertiniſchen Hausordnung mit der zweyten, nämlich mit der Burggräflich Nürnbergiſchen Primogenitur vereiniget, folglich gelangte der vorgedachte Marggraf Friedrich zum Beſitz. Dieſer Friedrich ließ mehrere Söhne zurück, worunter alſo die zwey älteren, nämlich Caſimir und Georg vermöge der von dieſem Friedrich im Jahre 1495, mithin gleich nach dem Tode des obgedachten in dieſem Jahre verſtorbenen Marggrafen Siegmunds errichteten, und auf die Albertiniſche Hausordnung gebauten Diſpoſition die beyden Theile des Burggrafthums Nürnberg wieder abgeſondert erhielten, und auf ihre Söhne vererbten. *)

Man

*) Was in der Preußiſchen Druckſchrift von einer zwiſchen den Söhnen Friedrichs nach deſſen Ableben Ao. 1515. gemachten Vereinigung angezogen

Man will zwar in der jenſeitigen Druckſchrift einwenden, daß dieſer Friedrich der ältere von 1495. bis zu ſeinen im Jahre 1536. erfolgten Tod dieſe beyden Fürſtenthümer zuſammen beſeſſen habe, mithin wenn vermöge der Albertiniſchen Hausordnung drey regierende Herren ſeyn ſollten, Friedrich eines der Fürſtenthümer einem Prinzen von der Kuhrfürſtlichen Primogenitur ſogleich hätte übergeben müſſen. Allein niemand wird einen ſolchen ganz verkehrten Sinn der Albertiniſchen Satzung zumuthen können, und um ſo weniger in dem gegenwärtigen Falle, da Friedrich zu jener Zeit, als Ihm der Siegmundiſche Theil anfiel, bereits zwey Söhne im Leben hatte. Und geſetzt auch es wäre der Fall, ob die zwey in den Fränkiſchen Fürſtenthümern abgetheilten Majorate einander erben ſollen, nicht ſo klar ausgedrückt, ſo giebt doch die Obſervanz allemal die ſicherſte Auslegung des Geſetzes an die Hand, und wird ſelbige nicht nur durch den erſtgemeldten Succeſſionsfall, ſondern auch durch die gleichen Ereigniſſe von 1557. und 1767. vollkommen bekräftiget, und in das Klare geſetzet.

Als ſodann ſich der Stamm des obgedachten Marggrafen Friedrichs des ältern in ſeinen Enkeln zu Ende neigte, und alſo der Anfall dieſer Fürſtenthümer an die Kuhrfürſtl. Linie bevorſtund, kam der berufene zu Jena im Jahre 1598. unterhandelte, zu Magdeburg im Jahr 1599. zur Voll-

gen wird, iſt mit der Geſchichte nicht zu vereinbaren, indem dieſer Friedrich der ältere erſt Ao. 1536. geſtorben iſt.

Vollkommenheit gediehene, und dann im Jahre 1603. von allen lebenden Marggrafen unterzeichnete Vertrag zu Stande. In dieſem Vertrage wird demnach die Albertiniſche Hausordnung zum voraus geſetzet, und ausdrücklich bekennet, daß ſelbige von dem beſagten Kuhrfürſten Albrecht als einzigen Regenten und Herrſcher aller des Kuhr- und Fürſtlichen Hauſes Brandenburg Land und Leute ſolche *pacta*, Satzung und Vereinigung vok Alters zu dem Ende hochvernünftig aufgericht, damit die Geſchlecht und Häuſer in beſten Wohlſtand erhalten und allen Anfall und Verringerung vorgebaut werden möchte, wie ſich dann bey ſolchem Löbl. Vornehmen ſowohl unſer Haus als andere Genoſſen und gedeihlich empfinden, auch Land und Leuten zum Beſten kommen iſt.

Ferners erkannten auch die damals lebenden Marggrafen, daß die Verordnung des Kuhrfürſten Albrechts, welche auch Kaiſer Friedrich der Dritte auf dem Reichstage in aller Stände Verſammlung mit deſſelben Vorwiſſen, Bewilligung und Vollwort confirmiret hat, wie im gleichen mit Vorbewuſt, Conſens und Vollwort ihrer Gnaden Söhne gemacht iſt, von uns und unſern Nachkommen von nun an zu ewigen Zeiten zu halten, wie denn dieſelbe *pro*

pac-

pacto, pro ſtatuto Familiæ quod tranſit in formam contractus, jeweil dieſelbe dergeſtalt, wie angezogen confirmiret, *pro pragmatica Sanctione & lege publica* zu achten ſey. Hierauf wird zwar in dieſem Vertrage zu erkennen gegeben, daß die Kuhrfürſten Joachim der I. und der II. von dieſer Albertiniſchen Verordnung in etwas abgeſchritten ſeyen; jedoch wird ſogleich beygeſetzet, daß Kuhrfürſt Joachim der II. ſelbſt geſtanden habe, daß ſolch berührte, an recht geſchwornen Eides ſtatt angelobte väterliche Verträg allweg in ihrem Werth und Beſtand feſtiglich und unverrückt bleiben, und denenſelben hiedurch (durch die mit ihren Söhnen willkührlich getroffene Vergleichung) nichts benommen ſeyn ſolle :::: und dieſe willkührliche Verwilligung habe zwar ILLIS CONSENTIENTIBUS, SED NON POSTERITATI PRÆJUDICIren können.

Es wird ſodann in dieſem Vertrage die Verordnung des Kuhrfürſten Joachims wegen der neuen Mark als illegal betrachtet, und die Wiedervereinigung der neuen Mark mit der Kuhr als eine Sache angeſehen, welche *diſpoſitione Alberti lege publica confirmata*, wie die Worte des Vertrages lauten, feſtgeſtellet iſt.

Gleichwie nun vermöge dieſer aus der Albertiniſchen Diſpoſition gezogenen Rechtsgründe der damalige Kuhrfürſt Joachim Friedrich in eine Zertrümmerung der Kuhrbrandenburgiſchen Lande

de nicht gewilliget hat; ſo hat derſelbe ſich doch verbunden erachtet, es dahin zu richten, daß es bey Kuhrfürſt *Alberti Achillis* Verordnung ſowohl in der Kuhr Brandenburg, als Franken von nun an bis zu ewigen Zeiten verbleiben ſoll. Und zu Folge deſſen alſo wird in dem Vertrage weiters beſtimmet; daß in den Fürſtenthümern des Burggrafthums zu Nürnberg den alt väterlichen Verträgen; und ſonderlich Kuhrfürſt *Alberti diſpoſition* nach, jedesmals mehr nicht als zween regierende Herren ſeyn; welche daſſelbe Fürſtenthum ſamt allen inhabenden geiſtlichen Gütern, Stiften und Klöſtern durchs Looß auf zween gleiche Theile unter ſich Theilen, und welches Theil ihr jeden durch das Loos zufällt, er ſolches vor ſeinen Theil unweigerlich annehmen, innhaben und behalten ſolle.

Schlüßlich wird in dieſem Geraiſchen Vertrage auch ausdrücklich verordnet, daß ein jeder künftiger Kuhrfürſt und Marggraf, und nachgebohrne Prinzen, ehe einer oder der andere zur Regierung oder dem geordneten Deputat gelaſſen wird, ſchuldig ſeyn ſolle, ſich folgender Geſtalt zu reverſiren:

Wir von Gottes Gnaden N. N. Marggraf zu Brandenburg im Preuſſen, Herzog ꝛc. hiemit für Uns, Unſere Erben und Nachkommen, nachdem wayl.

wayl. unſer älter uhranherr, Churfürſt *Albertus Achilles Germanicus* Löbl. Chriſtmildeſter Gedechtnus *ſub dato* Cöllen an der Spreu am Mittwoch *S. Matthiæ Ao.* 1473. eine Verordnung gemacht, welche auch vom Kayſer Friederichen den dritten in offenen Reichs Tag *confirmiret* und beſtättiget iſt, wie es in Unſerm Chur und fürſtl. Hauß, mit der *Succeſſion* und ſonſten, von nun an zu ewigen Zeiten gehalten werden ſoll, und drauff die durchleuchtige hochgeborne Fürſten, Hrn. Joachim Friederich, des heyl. R. Reichs Erz-Cämmerer und Churfürſt ꝛc. und Herr Georg Friederich, Beede Marggräfen zu Brandenburg, ſolche ihre gnädige und hochvernünftige Verordnung *ſub dato N. N.* erkläret, erneuert, wiederholet und beſtättiget, deren inhalt wir dann nicht allein genugſam berichtet, ſondern denſelben auch wohl eingenommen und verſtanden, ſo gereden, Geloben und verſprechen wir, aus rechter guter Wiſſenſchaft und eigenen Bewegnus, in Betrachtung, daß ſolches alles Unſern ganzen Hauß und zu deßen Erhaltung, Vernünftig, Treulich, und wohlgemeynt iſt, für Uns Unſere Erben, Stammen und Nachkommen, bey unſern Fürſtl. Würden, Ehren und Trauen, an eines rechten Geſchwornen Aydſtatt, unſer frl. gnäd. Herr Vatter, die-

dieſelbe erklåret, in allen ihren Stůck-
hen *Puncten Articuln* und in Haltungen,
ſtet, Veſt und unverbrůchlich zu halten,
und mit denen Sachen, Handlungen
oder Rathen, wie die Jemand erdicht,
oder erfunden = oder hernach einer er-
denckhen oder erfinden kõnnte oder mõg-
te, dawider nimmermehr zu ſeyn, oder
zu thun, oder geſchehen gethan zu wer-
den, noch daß Jemand von Unſertwe-
gen, zu thun befehlen, verhången, oder
verſtatten, weder mit noch ohne Recht,
Geiſt, oder Welt. Richter oder Gerich-
te, in Keinerley weiße, und ob Jemands
darwider ſein oder Thun wollte, ſo wol-
len wir dagegen, bey Unſern frdl. lieben
Brůdern und Vettern, die Churfürſten
und Marggrafen zu Brandenburg, ſo
Churfůrſt *Alberti* Verordnung und un-
ſers Herrn Vattern, Bruder und Vet-
tern, erklårungen nach Leben, Getreu-
lich vertretten, und mit Landen Leu-
then, und allen Unſern Vermõgen ernſt-
lich bey einander ſtehen und halten, oh-
ne eine *Exception* wie die nahmen haben
mõgen, alles Getreu, und ungefåhrli-
chen: Zu Uhrkunt ꝛc.

Zu Folge dieſer Geraiſchen Hausverordnung
alſo, in welcher jene des Kuhrfürſten Albrechts
Achilles nicht nur erneuert, ſondern auch als ein
wahres pragmatiſches Haus- und allgemeines Ge-
ſetz

ſetz anerkennet worden iſt, ſind die Brandenburgiſchen Fürſtenthümer in Franken, nachdem der Marggraf Georg Friedrich ohne Erben verſtorben iſt, mithin die einzige Kuhrlinie noch übrig war, keineswegs der Primogenitur der letzteren einverleibet werden, ſondern ſogleich die zwey nachgebohrnen Prinzen der Kuhrlinie, Chriſtian nämlich und Johann Ernſt zum Beſitz dieſer beyden Fürſtenthümer für ſich und ihre Erben gelanget.

So wenig alſo jemand wird in Abrede ſtellen können, daß der wahre Sinn eines Hausgeſezzes aus den nachfolgenden Beſtätigungen, Verträgen, und Handlungen der Familie am verläßlichſten erörtert werden kann, eben ſo gewiß wird auch jedermann erkennen müſſen, daß die bisher angeführten Fälle, und beſonders der Geraiſche Vertrag den ächten Stoff zur Auslegung der Albertiniſchen Hausordnung ausmache. Man gehe aber auch in der Succeßionsgeſchichte des Brandenburgiſchen Hauſes noch weiter, um den wahren Sinn dieſes Hausgeſetzes in das erfoderliche Licht zu ſetzen.

Als der Prinz Chriſtian Heinrich in dem Bayreuthiſchen Hauſe für ſich und ſeine zahlreiche Deſcendenz mit dem Könige und Kuhrfürſten Friedrich im Jahre 1703. einen Vertrag ſchloß, worinn jener dieſem das Succeßionsrecht in den Fränkiſchen Fürſtenthümern gegen eine gewiſſe Summe Geldes, und jährliche Penſion abtrat, folglich in die künftige Vereinigung dieſer Lande

mit der Königl. Primogenitur willigte, erkannten nach dem Tode dieſes Prinzen Chriſtian Heinrichs deſſen Söhne nicht nur den Nachtheil, welcher Ihnen durch den Vertrag des Vaters zugezogen worden, ſondern begriffen auch gar wohl, daß eine ſolche einſeitige Abänderung eines Statuti gentilitii, und einer vom Kaiſer und Reich beſtätigten und garantirten pragmatiſchen Sanction nicht Platz greifen könne. Sie wandten ſich zu dem Ende an den Kaiſer als Reichsoberhaupt, und überreichten bey dem Reichshofrathe im Jahre 1716. eine ſogenannte Implorationsſchrift mit Beylegung der vorgehenden Brandenburgiſchen Hausordnungen. Man erachtet für nothwendig den Inhalt dieſer Schrift aus den ſogenannten Betrachtungen über die Succeßionsordnung in den Brandenburgiſchen Fürſtenthümern pag. 11. hier nochmals zu wiederholen, wie folget: daß die vom Kuhrfürſten Alberto Achille eingeführte Succeſſionsordnung von dem Kaiſer und Reich ordentlicher Weiſe konfirmiret, und mithin zu einem allgemeinen Geſetz authentiſiret, ſolenniſiret, und angenommen, darinnen aber unter andern auch dieſes deutlich geordnet, und verſehen worden, daß wann drey Söhne vorhanden, auch drey Theil, als zwey auf denen fränkiſchen und einer den Märkiſchen Landen gemacht, und es damit für und für von einem Sohn auf den andern alſo gehalten werden, folglich

in den fränkiſchen Landen zwey regierende Herren ſeyn ſollen. — — Eine Alteration und Immutation dieſes *Statuti* aber auch um deswegen keinen Platz greifen könne, weil die albertiniſche Verordnung in der Onolzbachiſchen (oder Geraiſchen) *diſpoſition de anno* 1599. ausdrücklich ein *Lex pragmatica et Statutum, quod tranſit in formam contractus*, genennet wird.

Sie führen ſodann in dieſer Vorſtellungsſchrift noch weiters an, daß ein dergleichen *lex pragmatica* nicht anders aufgehoben werden könne, als mit Einwilligung aller derjenigen, welche einem ſolchen Geſetz ihre verbindliche Kraft gegeben haben. Sie beruften ſich zugleich darauf, daß ihre Einwilligung abgenöthiget geweſen ſey, wogegen Ihnen alſo die *Reſtitution* allemal zuſtehe, abſonderlich da Ihnen vorher die unangenehme Bedeutung gethan worden, daß wann ſie die Königl. Propoſition nicht annehmen würden; Se. Königl. Majeſt. die Hände von Ihnen ab- und die bis dahin gereichte Penſion wiederum einziehen wollten; auch übrigens noch darzu komme, daß dieſe Prinzen unter väterlicher Gewalt und in Königl. Preußiſcher Verpflegung geſtanden, folglich ſowohl vor Ihro Königl. Preußiſche Majeſtät als auch Dero Herrn Vater eine beſondere

reverential Furcht getragen, und mithin keinen ſolchen Muth und Herz faſſen können, daß ſie ſich dem angeſonnenen Eyd widerſezet, und ſolchen abgeleinet hätten.

Worauf denn die Bitte dahin gieng, weil die Fürſtenthümer, worauf die Marggrafen *renunciret* haben, uralte mit einem ewigen und vom geſammten Reich *in vim legis pragmaticae confirmir*ten *fidei commiſſ afficir*te Reichslehn, folglich *extra poteſtatem et commercium* derſelben und ihres Vaters geweſen, und noch ſind, und um deswegen von denenſelben wider ſolche alt-väterliche Reichslehen das geringſte nicht einſeitig *et privato auſu* verhänget werden können, ſondern *in Conformi*tät der Churfürſt Albrechtiſchen Verordnung in den Fränkiſchen Landen künftig zwey regierende Herren ſeyn, und von einem Sohn auf den andern alſo gehalten werden ſollte — — und weil Theils aus Dürftigkeit Theils aus beſonderer reverential Forcht gegen Se. Königl. Preußiſche Majeſtät *conſentir*et, und alſo alle ihre Nachkommen *enormiſſime laedir*et haben — Ihro Kaiſerl. Majeſtät allergnädigſt geruhen möchten, das von den obgedachten Marggrafen mit dem König errichtete und von Ihnen eidlich beſtärkte *pactum ſucceſſionis, renunciati-*

vum

vum ex rationibus adductis pro invalido et non obligatorio allergnädigſt zu erklären, oder doch allenfalls zu *reſcindiren*, und aufzuheben, mithin denenſelben dasjenige Recht, Ordnung und Befugniß, welches ihnen *ante renunciationem et ceſſionem* gebühret, her- und alſo die ganze Sache wieder in ſolchen Stand zu ſtellen, als wann dieſe *Renunciation* und *Ceſſion* niemals geſchehen wäre, folglich die altväterliche *ſolemniſirte* und vom geſammten Reich *confirmirte pragmatiſche* Verordnung in ihrem *vigore* kräftigſt zu erhalten ꝛc.

Jn dem reichsgerichtlichen Wege nahm der Reichshofrath keinen Anſtand unter dem 13. May 1717. die klagenden Marggrafen von dem Eide, mit welchem ſie die vorgedachte Convention von 1703. beſchworen hatten, loszuzählen, und würde auch an dem Erfolge eines obſieglichen Urtheils kein Zweifel geweſen ſeyn, wenn nicht dieſe ganze Angelegenheit durch einen gütlichen — den 22ten Chriſtmonat 1722. geſchloſſenen Vergleich wäre beygeleget, und von dem Könige auf den obgedachten Vertrag gegen gewiſſe Bedingniſſe renunciret worden; wie alles dieſes weitläufig in den mehrgemeldten Betrachtungen über die Succeßion in den Brandenburgiſchen Fürſtenthümern pag. 12. et ſeqq. aus Originalakten ausgeführet und erwieſen worden iſt.

Man will zwar in der jenſeitigen Druckſchrift angeben, daß dieſer Rücktritt des Königs eine

bloße Gefälligkeit, der Vertrag in ſich allemal gültig, und von dem Fränkiſchen Kreiſe dabey gar keine Frage geweſen ſey. Allein erſtens erkennt der König in dem Vertrage ſelbſt, daß dieſes Succeßionsrecht durch die altväterliche Diſpoſitiones und Verträge des Hauſes auf beyde Fürſtenthümer den klagenden Marggrafen angebohren ſey. Ferner iſt die Gültigkeit der erſteren Konvention in dem gerichtlichen Wege ſchon dadurch hinlänglich abgeſprochen worden, daß man den von den contrahirenden Theilen abgelegten Eid, mithin die Verbindlichkeit der Convention ſelbſt relaxiret hat, und ſchlüßlichen, daß auf den Fränkiſchen Kreis ein weſentlicher Bedacht genommen worden, beweiſet die in oftgedachten Betrachtungen pag. 14. vorkommende weitere Vorſtellung der Marggrafen an die Kaiſerl. Majeſt. vom 29 November 1724. in folgenden Worten: **damit dieſe Erbfolgsſache zu ſein und der Seinigen, auch des ſonſt noch immer *periclitirenden boni publici*, ſo viel nämlich die allgemeine Ruhe und Wohlfart des fränkiſchen Kreiſes, wo nicht des ganzen Reiches darunter mit *verſire*.**

Man will endlich in der Preußiſchen Druckſchrift annoch einen vorzüglichen Gegengrund aus dem ziehen, daß das Haus Brandenburg nicht einmal nothwendig gefunden habe, den obgemeldten Geraiſchen Vertrag dem Kaiſer zur Beſtätigung vorzulegen, und ungeachtet Kaiſer Rudolph der II. im Jahre 1605. auf dieſe Vorlegung gedrun-

drungen habe, ſo ſey ſolche dennoch nicht erfolget, ſondern der Kaiſer habe dem ungeachtet den Marggrafen die Belehnung nach der alten Form ertheilet.

Um dieſem Einwurfe auf den Grund zu ſehen, iſt die erſtgemeldte Ereigniß aus ihren ſächten Quellen zu erläutern.

Als die Marggrafen Chriſtian und Joachim Ernſt im Jahre 1604. die Belehnung anſuchten, wurde Ihnen in dem unterm 14ten März 1605. ertheilten Beſcheid aufgetragen, die *pacta familiæ*, darauf ſie ſich berufen, und *in ſpecie* die mit dem Hrn. Kuhrfürſten zu Brandenburg *dato* Onolzbach den 11. *Junii Ao.* ſechzehn hundert drey getroffene Vergleichung vollkommlich, und alſo die Privilegien und Bullen, die Ihre Maj. von neuen zu beſtättigen erſucht werden, alle und jede *in Originali*, wie von andern des heil. Reichs Chur- und fürſtl. Häuſern in dergleichen Fällen geſchiehet, ediren und fürlegen ſollen. Und obwohl etliche vorige, den Herrn Marggrafen zu Brandenburg *Compactata*, Theilungs- und andere Brief auch darüber ausgebrachte *Confirmationes* dahin gehen, daß nit allein die ſchon aufgerichte und verglichene Marggräfl. Brandenb. *Pacta* und *diſpoſitiones*, ſondern auch weſſen ſie ſich künftig vereinigen, oder vergleichen würden, *confirmirt* ſeyn ſollen. So ſe-

hen Ihro Majeſt. doch nicht, wie dergleichen *quoad futura* insgemain beſtättiget werden möge, tragen auch deſſen von ihr und des heil. Reichs wegen erhebliche Bedenken, und thun demnach über erſtangeregten Punkt dieſe Erklärung, daß nehmlich diejenigen *pacta*, Theilungs-Brief, Einigung und Verträg, welche die Herren Marggrafen ſchon aufgerichtet, und von Ihrer Majeſt. oder vorigen Kaiſern *confirm*irt worden, nochmals kräftig bleiben, und wiederum *confirm*irt werden ſollen, da aber die Herren Marggrafen zu Brandenburg entweder ſeither verner unter ſich etwas *diſpon*irt hätten, oder noch *diſpon*iren wolten, welches von Ihrer Majeſtät für *confirm*irt geachtet werden ſolt, ſo ſollen ſie jederzeit ſchuldig ſeyn, daſſelb ihrer Kaiſerl. Majeſt. zu *produc*iren, und fürzulegen, auch darüber nach Befindung gebührenden Beſcheids zu erwarten.

Die Herren Marggrafen erſuchten noch weiters der Ihnen aufgetragenen ordnungsmäßigen Edirung auszuweichen, und ſich auf ein — mit der Kaiſerl. Beſtätigung nicht vereinbarliches Privilegium, Theilungen und Hausordnungen nach Willkühr errichten zu können, zu berufen, allein der unterm 29. Auguſt 1606. in dem Reichshofrathe beſchloſſene, und ihnen ſodann ertheilte weitere Beſcheid gieng abermals dahin:

Wann

Wann aber *in ſpecie* die brüderliche Theilungs-Vergleichung, welche den 11. *Junii* 1603. aufgerichtet worden, nothwendig als das *Fundament*, darauf man fürnehmlich dieſe Belehnung ſucht und begehrt, erſehen werden muß, ſolche *Edition* auch von Rechtswegen ſich gebühret, und kein *Exempel* zu finden, daß einiger Kur- oder Fürſt des Reichs dergleichen *Pacta* und Lehens-Theilungen bei Empfahung der Regalien und Lehen, Ihrer Kaiſerl. Majeſt. als *Domino Feudi* vorzulegen ſich verweigert habe, oder noch zu verweigern befugt ſein ſolle.

Hierinn ſo werden obbemelte Kur- und Fürſtl. Geſandte zu Beforderung der Sachen mehr angedeutete Brüderliche Vergleichung nochmals je eher, je beſſer, zu *produciren* wiſſen; wann das beſchiehet, ſo wollen Ihro Majeſt. alsdann nach Befindung ſich ferner *reſolviren*. Darnach wiſſen ſie die Hrn. Geſandte ſich (denen Ihre Majeſt. mit Kaiſerl. Gnaden wohlgeneigt) zu richten. *Signatum* zu Prag unter Ihrer Kaiſerl. Majeſt. aufgedruckten *Secret*-Inſiegel den 29. *Aug. Ao.* 1606.

Als aber darauf die Marggrafen der Kaiſerl. Verordnung Folge leiſteten, erfolgte aus dem Reichshofrathe den 24. September 1609. folgender

der ſchlüßliche Beſcheid: der Röm. Kaiſerl. Maj. unſerm allergnädigſten Herrn iſt nach Nothdurft fürgebracht worden, was wegen noch vorſtehenden Reichs-Belehnung weiter die Durchleuchtige Hochgebohrne Fürſten Herren Chriſtian, und Herr Joachim Ernſt Marggrafen zu Brandenburg neben Ueberſchickung wahrer Copeyen deſſen zwiſchen weyland Herrn Joachim Friedrichen Kuhrfürſten zu Brandenburg, und beyden Ihren Fürſtl. Fürſtl. Gnaden Gnaden den 11. *Junii Ao.* 1603. zu Onolzbach aufgerichten *Accords* geſucht und gebetten.

Erklären ſich darauf, und weil hochgedachten Fürſten das Original, daraus die Copeyen, ſowohlen als hiezuvorn überreichte *Extract* genommen, bey der Inveſtitur fürzulegen ſich erbotten, gnädigſt dahin, daß Sie der Belehnung halber ferner kein Bedenken, wie ſie dann zu wirklicher Empfahung derſelben beyden ihren Fürſtl. Fürſtl. Gnaden Gnaden hiemit den 11. *Januarii* zukünftigen 1610. Jahr beſtimmt, und angeſetzt wollen haben, darnach Sie ſich alſo zu richten, und ferner der Gebühr werden anzumelden wiſſen, den Ihro Kaiſerl. Majeſt. mit kaiſerl. Gnaden und allen Guten wohl beygethan verbleiben. *Signatum* zu Prag unter Ihro Kaiſerl.

Majeſt.

Majeſt. aufgedruckten Secret-Inſiegel den 24. *Septemb.* 1609.

Man wird alſo aus dieſem actenmäßigen Hergange von ſelbſt einſehen, daß der in der Preußiſchen Druckſchrift angezogene Vorfall von 1605. nichts weniger, als die jenſeitige Angabe unterſtütze, ſondern vielmehr offenbar erweiſe, daß man von Seite Kaiſerl. Majeſtät die in der Albertiniſchen Hausordnung, und dem Privilegio K. Friedrichs des III. enthaltene Worte wegen künftig willkührlich zu unternehmenden Theilungen keineswegs auf Veränderungen in der Succeßionsordnung ſelbſt, verſtanden, und alſo auch der Geraiſche Vertrag ſo wenig als ein nachfolgender in ſo lange für gültig und verbindlich angeſehen worden, bis nicht die Kaiſerliche Oberſtlehenherrliche Einſicht und Bewilligung darüber erfolget iſt.

Wenn man demnach alle dieſe bisher aus den reineſten Quellen vorgelegte Ereigniſſe, und die daraus ſich von ſelbſt ergebende Schlüſſe in Betrachtung zieht, ſo wird einem jeden die Unrichtigkeit der am Schluſſe der Preußiſchen Druckſchrift zuſammengefaßten Sätze ohne weitere Erinnerung einleuchten, und ſich vielmehr das gerade Widerſpiel dahin ergeben, daß

I. Kuhrfürſt Albrecht Achilles nicht nur für ſeine Söhne, ſondern überhaupt für alle deren Erben und das ganze künftige Haus Branden-

 burg

burg eine ewige und pragmatiſche Succeßions-Sanction errichtet, und daher

II. Nicht den bloſſen Unterhalt und die Verſorgung ſeiner Söhne, ſondern die Errichtung mehrerer Majorate und Primogenituren zur Abſicht gehabt habe; zu dieſem Ende

III. Iſt die beſagte Albertiniſche Hausordnung vom Kaiſer und Reich förmlich beſtätiget, und alle künſtige Ordnungen, welche dieſer Succeßion entgegen ſtehen würden, ſchon zum Voraus für unbündig und unkräftig erkläret worden.

IV. das Brandenburgiſche Haus ſelbſt hat in dem Geraiſchen Vertrage die Ordnung des Kuhrfürſten Albrechts Achilles, und die darauf erfolgte Kaiſerl. und des Reichs Beſtätigung von ſolcher Kraft und Wirkung zu ſeyn anerkennet, daß ſelbige zu ewigen Zeiten pro pacto, pro ſtatuto Familiæ, quod tranſit in formam contractus, je, weil ſelbige dergeſtalt confirmiret, pro pragmatica Sanctione & lege publica geachtet werden ſolle.

V. Die in der Kaiſerlichen Confirmation mit eingefloſſene Klauſel, daß ihnen künſtige Theilungen erlaubt ſeyn ſollen, iſt alſo nur auf Neben- oder lebenslängliche Zuwürfe und Abtretungen zu verſtehen, weil man ſonſt nicht nur gegen die Albertiniſche Hausordnung, worinn von einer ſolchen Klauſel nichts vorkömmt, ſondern auch gegen den wahren Sinn einer darüber erfolgten Beſtätigung dieſe auf einer Seite für alle

künſti-

künftige Zeiten feſtgeſtellet, auf der andern Seite aber in dem nämlichen Inſtrument die Freyheit eingeraumet haben würde, von ſelber wieder ſtündlich abzuweichen.

VI. Man wird auch davon in der That ſelbſt überzeuget, wenn dasjenige, was aus den oben angeführten Acten des Vorfalles von 1605. bis 1609. vorgeleget worden, in Erwegung gezogen wird, wo der Kaiſer die Belehnung in ſo lange verſaget hat, bis nicht der Geraiſche Vertrag, von welchem die Kaiſerl. Majeſtät noch keine legale Kenntniß hatte, und worauf ſich in dem Lehensgeſuche berufen worden, Allerhöchſt Deroſelben ordnungsmäßig ediret worden iſt.

VII. Vermöge dieſes pragmatiſchen Succeſſionsgeſetzes alſo ſollen die Brandenburgiſchen und Burggräflich-Nürnbergiſchen Reichslehen allemal in drey Theile abgeſondert bleiben, in ſolang, als eine ſolche Anzahl von Prinzen vorhanden iſt, und nur alsdann in eine Primogenitur zuſammenfallen, wenn ein einziger Prinz mehr übrig ſeyn ſollte.

VIII. Dieſes **hochvernünftige** Geſetz, wie ſolches in dem Geraiſchen Vertrage alſo benennet wird, iſt auch von Fall zu Fall vermöge der oben erläuterten Geſchichte alſo beobachtet worden, daß nämlich, wenn gleich die Brandenburgiſchen Linien in Franken ausgeſtorben, und nur die Kuhrbrandenburgiſche Linie vorhanden geweſen, dieſe Fürſtenthümer doch nicht der Kuhrprimogenitur einverleibet, ſondern an die nachge-

 bohr-

bohrnen Prinzen nach dem altväterlichen Betragen, und ſonderlich nach der *Diſpoſition* des Kuhrfürſten *Alberti* wieder übertragen worden ſind.

IX. Die Unveränderlichkeit dieſes Geſetzes erhellet aus dem ganz offenbar, daß in dem Geraiſchen Vertrage nicht nur ein jeweiliger Kuhrfürſt, wenn er zur Regierung kömmt, ſondern auch ein jeder nachgebohrner Prinz, wenn er ſein Deputat antritt, verbunden wird, einen Revers und Gelobniß auszuſtellen, die Albertiniſche Ordnung, welche vom Kaiſer Friedrichen dem dritten auf offenem Reichstag *confirmiret* und beſtätiget iſt, wie es in dem Kuhr- und Fürſtlichen Hauſe mit der Succeßion, und ſonſten von nun an zu ewigen Zeiten gehalten werden ſoll, in allen Stücken, Puncten, Artikuln und Inhaltungen ſtet, veſt und unverbrüchlich zu halten, und mit denen Sachen, Handlungen und Rathen, wie die Jemand erdicht, oder erfunden, oder hernach einer erdenken oder erfinden könnte oder möchte, darwider nimmermehr zu ſeyn.

X. Woraus ſich alſo der eigentliche Schluß ergiebt, daß eine ſolche von dem ganzen Hauſe als ein immerwährendes Familiengeſetz errichtete, von dem Kaiſer und Reich zu einer förmlichen pragmatiſchen Sanction erhobene und von einem jemaligen Kuhrfürſten und Prinzen anzugelobende

de Succeßionsordnung nicht nur den Lebenden ſowohl, als auch allen künftigen Prinzen und Erben ein vollkommenes Succeßionsrecht beylege, ſondern auch niemals anders, als mit Wiſſen und Macht der Oberſtlehenherrlichen Gewalt, ſo wie ſelbige aufgerichtet worden, wieder abgethan, oder ungeändert werden kann.

Wann alſo der Kaiſer ſich einer willkührlichen Abänderung dieſer pragmatiſchen Succeßionsſanction widerſetzet, ſo handelt derſelbe keinesweegs gegen die kaiſerliche Wahlkapitulation, indem der in der jenſeitigen Schrift angezogene Artikel I. §. 2. zwar alle Beſchränkung des Kuhrfürſtlichen Primogeniturrechts unterſaget, dieſe Verordnung aber, wie ſchon oben bemerket worden, auf die Burggräflich-Nürnbergiſchen, neben der Kuhrfürſtlich-Brandenburgiſchen Primogenitur in einem Hauſe beſtehende Beſitzungen eben ſo wenig ausgedehnet werden kann, als Niemand wird behaupten wollen, daß alle Lande, welche ein Kuhrhaus neben den Kuhrlanden nach und nach an ſich gebracht hat, unter der Kuhrfürſtlichen Primogenitur begriffen ſind.

Vielmehr folget aus der Kaiſerl. Wahlkapitulation der gerade Gegenſchluß, daß gleichwie des Kaiſers Majeſtät nicht zulaſſen können, daß die Kuhrfürſtliche Primogenitur beeinträchtiget werde, eben alſo auch die kapitulationsmäßige Verbindlichkeit dahin gehet, alle und jede pacta familiae, uniones, und andere vom Kaiſer und Reich anerkannte und beſtätigte Succeßionsord-

nungen in ihrer geſetzmäßigen Erfüllung zu erhalten. Bey dieſem allgemein bekannten Grundſatze hat man gar nicht nothwendig, in die Partikularbetrachtung einzugehen, ob dieſe Vereinigung der mehrgemeldten Brandenburgiſchen Fürſtenthümer mit der Primogenitur der Verfaßung des Fränkiſchen Kreiſes zu einem Nachtheil gereiche, und man glaubt daher die nähere Erwegung darüber dem intereßirten Theile ſelbſt überlaſſen zu ſollen. Denn wie man im Jahre 1724. über dieſen Punkt gedacht habe, iſt ſchon oben angemerket worden, wo nämlich die Brandenburgiſchen Marggrafen öffentlich erkennet haben, daß die Vereinigung der mehrgemeldten Fürſtenthümer mit der Primogenitur, und folglich die Abweichung von der pragmatiſchen Succeßionsſanction wegen des ſonſt noch immer *periclitirenden boni publici*, ſoviel nämlich die allgemeine Ruhe und Wohlfahrt des fränkiſchen Kreiſes, wo nicht des ganzen Reichs darüber verſire, mit der dereinſtigen völligen Securität nicht vereinbarlich ſeyn könne.

Wenn aber am Schluße der jenſeitigen Druckſchrift von dem Einfluße dieſer Vereinigung der Brandenburgiſchen Fürſtenthümer in die Verfaſſung des Fränkiſchen Kreiſes ein Gleichniß auf die dermalige Oeſterreichiſche Beſitznehmung in Bayern, und deren Einfluß in die Verfaſſung des Bayeriſchen Kreiſes gezogen werden will; ſo fällt der Unterſcheid, und der Ungrund von ſelbſt in die Augen, indem das Durchlauchtigſte Erzhaus

haus gleich vom Anfange erkläret hat, die Verfaſſung des Bayeriſchen Kreiſes nicht nur nicht ändern, ſondern die von dem Herzogthume Bayern und dem Bayeriſchen Kreiſe überhaupt abhangende Stimmen, Würden und Rechte dem Herrn Kuhrfürſten von der Pfalz in dem Maße überlaſſen zu wollen, wie ſelbige das ausgegangene Wilhelminiſche Haus beſeſſen hat. Alle übrige zu dieſem Gegenſtand wegen der Succeßion in die Brandenburgiſchen Fürſtenthümer in Franken nicht gehörige unfreundliche Einſtreuungen haben in der Oeſterreichiſchen Deduktion: **Gerechtſame und Maßnehmungen Ihrer K. K. Apoſtol. Majeſtät** bereits ihre volle Abfertigung gefunden.

LXXIX.

Des Königlich Preußiſchen Hofes Beantwortung der zu Wien im Druck herausgekommenen und hier gegenüber ſtehenden Hauptſchrift, welche den Titel führet: Ihrer Kayſerl. Königl. Apoſtol. Majeſtät Gerechtſame und Maaßregeln in Abſicht auf die Bayeriſche Erbfolge in der wahren Geſtalt vorgeleget und gegen die Widerſprüche des Berliner Hofes vertheidiget. Mit Beylagen. Berlin, 1778. *)

Gegenſchrift des Wiener Hofes. Die Erklärung — erſchöpfen. Th. II. d. Samml. S. 297

Die Welt mag nunmehro aus den beyderſeits vorgelegten Gründen urtheilen, welcher Hof den **Ruheſtand** geſtöret, der, welcher den wichtigſten Theil von Bay-

*) Dieſe vollſtändige und genaue Beantwortung, der am 23. Sept. 1778. zu Regensburg, diſtribuirten Kayſerl.

Bayern, unter dem Schein ganz unerfindlicher Prätenſionen, und durch eigenmächtige gewaltſame Beſitznehmung den natürlichen Erben entriſſen, oder der, welcher ſich zwar gegen ſolches Unrecht geſetzet, aber dennoch, blos Friedenshalber, dem Wiener Hofe einen anſehnlichen Theil des Lan-

Kayſerl. Königl. Deduktion, unter dem Titel: Ihrer Kaiſerl. Königl. Ap. Maj. Gerechtſamen und Maßregeln ꝛc. wurde nebſt zween andern Berliner Hofſchriften, die wir ſogleich unter No. LXXXI. und LXXXII. mittheilen, am 26 Januar d. J. von dem K. Preuß. Comitialgeſandten Herr von Schwarzenau, auf die gewöhnliche Art beym Reichsconvent ausgetheilet.

Wenige Tage nach Bekanntmachung dieſer Staatsſchriften, erſchien auch zu Berlin ein Nachtrag zu Seite 103. der erſtern, die wir unter No. LXXX. an ihren rechten Ort zu ſezzen glauben.

Uebrigens verdienet vielleicht dieſes einige Bemerkung, daß man die Bekanntmachung dieſer erſten, bisher zurükgehalten Staatsſchrift, als ein Zeichen, wo nicht von denen ſchon gänzlich abgebrochenen neuen Friedensunterhandlungen, doch von der geringen Hofnung, die man ſich von einem erwünſchten Ausgange derſelben machte, anſah.

Die Wiener Gerechtſame und Maßregeln ꝛc. haben bereits in dem II. Th. der Sammlung S. 297. u. ff. ihren Plaz gefunden, daher wir Bedenken tragen, dieſelben, ſo wie es in dem Berliner Originalabdruk geſchehen, mit der Preußiſchen Beantwortung ꝛc. nochmals abdrukken zu laſſen. Leztere folgt der Wiener Hofſchrift Schritt vor Schritt, und unſere Leſer werden nicht fehlen können, wenn ſie bey Durchleſung derſelben, nur jenen zweyten Theil ſich zur Hand legen wollen.

Landes, nach welchem er trachtet, durch gütliche Wege zu verſchaffen, angeboten. Die Folge dieſer Schrift wird ſolches näher entwickeln; ſie wird zugleich zeigen, welcher Theil ſich von **Mäſſigung** und **Nachgiebigkeit** mit Wahrheit rühmen kann. Der Wiener Hof würde freylich lieber Bayern und zugleich die Ruhe haben beybehalten wollen; ein anders aber iſt, ob ſolches mit dem angemaßten Ruhme der Gerechtigkeit und Mäßigung beſtehen könne.

Da aber — — beantwortet werden.

Dem Wiener Hofe muß ſein Gewiſſen ſagen, ob er an dem Könige von Preuſſen ſeit dem Hubertsburger Frieden einen **unverſöhnlichen Feind** erfahren? Ob derſelbe ihm nicht in den Nebenartikeln dieſes Friedens wichtige Gefälligkeiten 1) verſichert

1) Als in Anſehung der Römiſchen Königswahl und der Erbfolge von Modena. Art. ſeparé 1. L. Majeſtés Impériales ayant arrêté par une Convention avec le Duc de Modene le mariage de l'un des Archiducs puisnés avec la Princeſſe Sa petite fille & le propoſant de demander dans ſon tems à l'Empereur & à l'Empire l'expectative à la ſucceſſion des Etats de Modene en faveur de celui des Archiducs, qui epouſera cette Princeſſe; S. M. le Roi de Pruſſe, qui ſe fait un plaiſir de complaire à L. M. I. dans tout ce qui peut dépendre de Lui, Leur promet dès à préſent ſa voix pour le cas en queſtion, & Leurs dites Majeſtés aſſurent en échange S. M. Pr. de *Leur gratitude* & de l'envie ſincere, qu'elles ont de Lui donner reciproquement

chert und ſolche heilig erfüllet? Ob er nicht den Vergrößerungen dieſes Hofes an ſo vielen Orten, welche Staatskundigen nicht unbekannt ſind, beſonders in der **Bukowina**, der **Schwäbiſchen Grafſchaft Hohenems** und ſonſt, geruhig zugeſehen, bis man es mit dieſer letzten in Bayern zu weit getrieben, und er ſolcher ohne die gröſte Gefahr der Selbſterhaltung nicht länger zuſehen können.

Andere mögen beurtheilen, ob der K. Pr. Hof die Bayeriſche Angelegenheit in einer **verworrenen**, oder vielmehr in einer für den Wiener Hof nur gar zu **klaren Geſtalt**, dargeſtellet. Die **gehäſſige Geſtalt** muß blos in der Natur ſeiner eigenen Unternehmung liegen; ſonſt hat der Pr. Hof dieſelbe mit einer Mäßigung vorgetragen, die den Beyfall aller unpartheyiſchen gefunden, und welche der Wiener Schriftſteller nach dem Beyſpiel aller, die eine üble Sache zu vertheidigen haben, mehr mit Spitzfündigkeiten, als mit Gründen erwiedert. Höchſt unwahr und unredlich iſt es, wenn er hier ſaget, daß der K. Pr. Hof die Bayeriſche Angelegenheit als einen längſt gewünſchten Vorwand zu Erreichung ſeiner **Vergrößerungsabſichten** gemißbrauchet. Hat denn der König je das geringſte für ſich verlanget?

ciproquement des preuves de Leur amitié dans toutes les circonſtances qui pourront Lui en fournir l'occaſion. Die hier verſprochene Dankbarkeit zeiget ſich jetzo durch die Chicane über die Anſpachbareuthiſche Erbfolge.

langet? Hat er nicht blos für fremde Fürſten, und um Unrecht zu wehren, geſprochen, geſtritten, und ſeine eigene Perſon, Armee und Staat auf die Spitze geſetzet, ohne einige Vortheile für ſich auszubedingen, zu ſuchen, oder auch nur hoffen zu können? Hat er nicht ſelbſt dadurch die gröſste Probe von Uneigennützigkeit gegeben, da er die von dem Wiener Hofe ihm ſo klar angebothene Vortheile ausgeſchlagen, und ſich lieber der Gefahr eines Krieges ausgeſetzt, als deſſen Ungerechtigkeiten befördern und ſich dadurch, wie er gekonnt hätte, die ruhige Erbfolge in Franken verſichern wollen? Dieſes ſind unwiderſprechliche Beweiſe, gegen unerwieſene hämiſche Vorwürfe. Die Scheingründe, womit man ſolche Vorwürfe in der Folge dieſer Schrift zu unterſtützen ſucht, werden auch an jedem Orte ihre Widerlegung finden.

Bereits den 14ten — — Durchlaucht. Man kann auf ſeinem Werth oder Unwerth beruhen laſſen, was hier von dem Hergang der vor Errichtung der Convention gepflogen ſeyn ſollenden Negociation angeführet wird, da ſolche im gröſten geheim bloß zwiſchen dem Wiener Hofe und dem Hrn. Churfürſten zu Pfalz, ohne Zuziehung des Churfürſten von Bayern und der übrigen Herren Pfalzgrafen, die ſo ſehr dabey intereßiret waren, gepflogen worden. Es kann ſeyn, daß der Wiener Hof mit dem H. Churfürſten zu Pfalz vor dem Abſterben des Churfürſten von Bayern eine Unterhandlung über die Bayeriſche Erbſchaft gepflogen; ſolches aber

S. 298, — 300.

aber hindert und beweiſet nicht, daß er ſich nicht **Bedrohungen und unrichtiger Vorſtellungen** bedient haben könne, um den H. Churfürſten zu Pfalz zu einem ſo nachtheiligen Vergleich zu vermögen. Letzteres ergiebt ſich von ſelbſt aus der Natur einer ſo offenbar nichtigen Prätenſion, die der H. Churfürſt anerkennen müſſen. Die **Ueberraſchung** wird ſelbſt dadurch höchſt wahrſcheinlich, daß nach eigenem Anführen die Convention den 18. Dec. 1777. noch nicht entworfen geweſen und ſchon den 3. Januar 1778. geſchloſſen worden, und man folglich in dieſer kurzen Zeit, da man den Tod des Churfürſten von Bayern vor Augen geſehen, mit dem Schluſſe äußerſt geeilet, und dem H. Churfürſten zu Pfalz nicht viele Bedenkzeit gelaſſen. Der **Zwang** erhält dadurch den möglichſten Grad der Gewißheit, daß der Schluß der Convention am 3ten Jan. und die Ausſtellung der Ratification am 14ten genau in denjenigen Zeitpunkt fällt, in welchem nach der Note des K. K. Hofkanzlers vom 20ten Jan. das **zureichende** Corps K. K. Truppen nach Bayern marſchiret, und nach welchem Marſch das **Mißverſtändniß mit dem H. Churfürſten gehoben worden.** Wollte man nicht **dergleichen Bewegungsgründe** annehmen, ſo würde das Betragen des Hrn. Churfürſten zu Pfalz auf keine Weiſe zu erklären noch zu rechtfertigen ſeyn, und man würde viel bedenklichere Folgen annehmen müſſen. Denn wenn man bedenkt, daß die Herren Churfürſten zu Pfalz und zu Bayern in den mit ſo vieler Klug-

heit

heit und Sorgfalt erneuerten Hausverträgen von 1766. 1771. und 1774. den Vertrag von Pavia ſo feyerlich erneuert, und ihre ſämtliche Länder, mit dem verbindlichſten pacto mutuæ ſucceſſionis beleget, und beſonders in dem vom 26. Febr. 1771. ſich wechſelſeitig anheiſchig gemacht „le„benslänglich dabey zu bleiben und demſelben als „einem unwiederruflichen pragmatiſchen Hausge„ſetze nachzuleben, auch ſämtliche Erben und „Nachkommen auf das ſchärfſte ermahnt und ih„nen auferlegt, daß Sie nie davon abzugehen „Fug oder Macht haben, ſondern verbunden ſeyn „ſollen, daſſelbe in beſtändiger Wirkung zu erhal„ten;“ Wann ſie ferner Sich verbunden, „daß „ein Theil ohne des andern Vorwiſſen und Ein„willigung nichts vorzunehmen befugt, ſondern „dergleichen einſeitige Handlungen eo ipſo nich„tig und kraftlos ſeyn ſollen und all dieſes zu hal„ten mit Chur und Fürſtl. Ehren an Eides ſtatt „bekräftigt;“ Wann man erwägt, daß der Kayſerl. Hof einſeitig mit dem H. Churfürſten von der Pfalz noch bey Lebzeiten des H. Churfürſten von Bayern tractiret haben will, welcher gleichwohl bis auf die letzte Stunde ſeines Lebens unveränderlich bey denen Hausverträgen beharret und dieſe ſeine patriotiſche Geſinnung durch das mit ſterbender Hand an ſeinen Canzler geſchriebene bekannte Billet verſiegelt hat; Wann man endlich bedenkt, daß der H. Churfürſt zu Pfalz noch unterm 5. Aug. 1777. gegen den künftigen Erbfolger den H. Herzog von Zweybrück gleichmäßig bey **Chur- und Fürſtlichen Worten** und

Ehre,

Ehre, durch einen ſolennen Erbeinigungstractat zu ähnlichen Verbindlichkeiten und vorzüglich dazu, Sich anheiſchig gemacht (nicht ſeparatim) ſondern „mit allen zuſammengeſetzten Kräften dasjenige, ſo die Rechte und Vortheile des Hauſes „betrift und unter ihnen zu reguliren iſt, nach „Maßgab der vorhandenen obangezogenen Hausverträge, durch ein pactum ſucceſſorium ohnverlängt zu beſtimmen;“ ſo läßt ſich alles dieſes nicht mit der hier aufgeſtellten Erzehlung, noch weniger aber mit der Gewiſſenhaftigkeit dieſes Fürſten reimen, daß ſolcher demjenigen, wozu Er nach natürlichen und Seines eigenen Hauſes uralten Geſetzen ohnehin ſchon verbunden war, und wohin er Sich bey ſeinem fürſtlichen Worte an Eides ſtatt verbunden, ſchnurſtracks **freywillig** zuwider handeln und den beyden lebenden compaciſcirenden Hrn. Pfalzgrafen dergeſtalt zu nahe thun wollen. Ganz und gar aber läßt ſich mit der Vernunft nicht vereinigen, daß Ihro Churſ. Durchl. aus **freyem Willen** oder andern Abſichten, einen denen offenbaren Rechten Ihres Hauſes ſo nachtheiligen Vergleich, wodurch deſſen Vortheile auf unwiederbringliche Art verletzt werden, eingehen und eine Prätenſion ohngezwungen anerkennen ſollen, deren Ungültigkeit einem jeden, beym erſten Anblick ſo klar in die Augen fällt; daß Sie eine Transaction ſchließen ſollen, wodurch der Kayſ. Hof das ſtrittige Objectum ganz und noch mehr ſich zueignet und dem H. Churfürſten nichts dagegen giebt; worinnen erſterer ſeine ausbedungene Vortheile auf das feh-

erlich-

erlichſte verſichert und letzterem, was man ihm nicht weggenommen, aus Gnaden hoffen läßt. Es bleibt dahero dieſer gekünſtelten Geſchichtserzählung ohngeachtet gegründet, was der Pfalz-Zweybrückiſche Hof dem Kayſerl. Hofe §. 33. ſeiner **Vorlegung** ſo beſcheiden als nachdrücklich vorgerückt; daß zu dieſer hochwichtigen Angelegenheit, mit beſonderer Eilfertigkeit und außerordentlichen Geheimniß, mit Uebergehung Pfälziſch-Bayeriſchen und Zweybrückiſchen Vertrauten und der Hausverfaſſung kundigen Miniſters, ohne hinlängliche Information von beyden Seiten procedirt worden. Ja es bleibt dem Kaiſerl. Hof der gerechte Vorwurf und die Verantwortung bevor, durch nie zu rechtfertigende, ungewöhnliche und der Gültigkeit jeden Contracts entgegenſtehende Mittel **Ueberraſchung, Gewalt und Drohung,** Ihro Churfürſtl. Durchl. zu einem Schritt verleitet zu haben, der gegen Ihre ohnabänderliche Hausverbindlichkeiten, ſo offenbar ſtreitet. Wenn nach denen hier ausgeführten dringenden That- und Rechtsvermuthungen, hierüber noch der geringſte Zweifel übrig bleiben könnte; ſo müſte derſelbe nunmehro gänzlich wegfallen, nachdem der K. Preußiſche Hof durch die jüngſthin publicirte **abgenöthigte Anzeige neuer und wichtiger Umſtände**, das eigenhändig unterſchriebene Schreiben des H. Churfürſten zu Pfalz vom 22. Januar bekannt gemacht, wodurch Se. Durchl. ſelbſt angeben, daß **Sie von dem Kayſerl. Hofe zu Schließung und Ratification der Convention vom 3.**

Jän-

Jänner dergeſtalt preßiret und in die Enge getrieben worden, daß Ihnen keine Wahl und Zeit übrig geblieben, und man Ihrem Miniſter zu Wien angedeutet, daß die in die Bayeriſche Lande bereits eingerückte Truppen nicht nur den Conventionsmäßigen Antheil, ſondern auch ſämtlich Bayeriſche Lande, und ſogar die Reſidenzſtadt München in Beſitz nehmen, und Sie von dort wegzugehen nöthigen würden. Nach einem ſolchen Geſtändniß und Zeugniß des Haupt-Contrahenten der Convention vom 3. Januar wird wohl kein unpartheyiſcher einen andern, noch näheren Beweis fordern, daß Sie durch Gewalt und Drohungen erzwungen worden.

Was bey dieſem Hergange — — beſchützenden Theile zu machen.

Eben ſo verkehrt als vor S. 300. bis 304. hergehende Erzählung über die, der Errichtung der Convention vorhergegangene Verhandlungen iſt, eben ſo unrichtig iſt die, welche den Hergang mit des H. Herzogs zu Pfalz-Zweybrück D. erleutern ſoll. Nicht dasjenige, was ohne Beweiß hingeſchrieben wird, ſondern obangezogener, vier Monathe vor dem Tode des H. Churfürſten von Bayern, zwiſchen dem H. Churfürſten zu Pfalz und H. Herzoge errichtete Vertrag beſtimmt, was letztere unter Sich in der Bayeriſchen Succeßionsſache verabredet. Noch klärer aber erleutert ſolche, die dem Pfälziſch Zweybrükkiſchen Geſandten von Hofenfels, der, weil er zu

Er-

Errichtung vorbeſagten Tractats gebraucht worden, den Geiſt deſſelben und die in Bezug auf die zu regulirende Succeßionsſache beliebten Maasnehmungen, nothwendig wiſſen konnte und muſte, bey Seiner am 12. Jan. mithin zu einer Zeit, da man von der Convention vom 3. Jan. noch nichts wuſte, erfolgten Abſendung nach München in Gemäsheit gemeldten mit Ihro Churf. Durchl. getroffenen geheimen Verbindung ertheilte Inſtruction, worinnen Dieſelbe Ihre genommene Maasnehmungen ausdrücklich dahin darlegen: „Sie „hoften, es werde ihnen von allem in Zeiten Com„munication geſchehen und ohne Ihr Vorwiſſen „und Mitbewilligung nichts abgeſchloſſen werden.“ Sie erbieten Sich zwar und befehlen ihrem Geſandten de concert zu handeln, beſtimmen aber ſolches ausdrücklich auf dasjenige „was des Chur „und Fürſtl. Pfälziſchen Hauſes Würde und wah„res Intereſſe betrift.“ Hieraus folgt nun wohl zuverläßig, daß man Ihro Durchl. eine Bereitwilligkeit in Ertheilung einer unumſchränkten Einwilligung beymeſſe, an die Sie nie gedacht und die ausdrücklich gegen die obgedachte mit Ihro Churf. Durchl. getroffene Uebereinkunft und in deren Gemäsheit ihrem Miniſtre ertheilte Inſtruction, ja ſelbſt gegen alle Vernunft und Wahrſcheinlichkeit ſtreitet. Es iſt an dem Königl. Preußiſchen Hofe durch die Berichte der Geſandten bekannt, und der Erfolg hat es beſtätigt, daß des Herzogs zu Pfelz-Zweybrück Durchl. nicht mit dem Vorſatz die unglückliche Convention vom 3. Jan. zu unterzeichnen, ſondern auf

Bitten Ihres Geſandten, mit dem feſten Entſchluß und in der Abſicht mit Ihrem Miniſtre v. Eſebek nach München gereiſt, um den niedergeſchlagenen Geiſt der Bayriſchen Nation auflebend zu machen, den H. Churfürſten zum Rücktritt oder den Kayſ. Hof zu billigern Bedingniſſen zu bewegen. Da Ihr Bemühen ſolches nicht bewerkſtelligen können, ſind Sie nicht ohne Kummer zurück gereiſt, haben jedoch Ihrem Geſandten, welchem der Kayſerl. Miniſter von Lehrbach und der von Wien eingetroffene Churpfälziſche Geſandte von Ritter Hofnung gemacht, daß der Kayſerl. Hof bey Errichtung der zu treffenden 2ten Convention zu vortheilhaftern Bedingniſſen Sich entſchließen dürfte, ausdrücklich hiezu bevollmächtigt, und es iſt ſich leicht vorzuſtellen, daß wann man nur einigermaßen Geſinnungen der Billigkeit Platz finden laſſen, die Bayeriſche Succeßionsſache damahlen ohne Blutvergießen hätte gütlich beygeleget werden können, wozu der hieſige Hof ſowohl als andere freundſchaftliche Höfe durch ihre Vermittelung behülflich zu ſeyn ſo bereit als willig waren. Allein, da es zu wirklichen Verhandlungen kam, ſo beſtand der Kaiſerl. Miniſter ſchlechterdings auf Unterſchrift der Convention vom 3. Jan. und Anerkenntniß der Oeſterreichiſchen Anſpruchs-Titres, ohne nur die Abſchriſt derſelben mitzutheilen, oder auf irgend eine Art ſich äuſſern zu wollen, wie und unter welchen Bedingniſſen die zweyte Convention errichtet werden ſollte. Man erbot ſich zwar beym Fortgang der Negociation, die Einſicht der Titres zu Wien zu ver-

verwilligen, es wurde aber dieſes Erbieten allemahl mit einer unbedingten Unterſchrift der Convention vom 3. Jan. beſchränkt und dem ſo einfachen als billigen Begehren des Zweybrückiſchen Geſandten, daß vor allem, die Abſchriften gedachter Titres mitgetheilet werden möchten, damit diejenige Perſon, welche Sein Hof zur Einſicht dieſer Urkunden, deren Anerkenntniß für das pfalzgräfliche Haus von ſo wichtigen Folgen iſt, abzuſchicken gut finden würde, vorhero zu dieſer wichtigen Handlung hinlänglich inſtruirt werden könnte, wurde eben ſo wenig, als deſſelben wiederholtem Geſuch die Bedingniſſe der 2ten Convention, worauf der Churpfälziſche Hof noch ſein ganzes Heil geſetzt hatte, wiſſend zu machen, Platz gegeben; gegentheils, während dem, als man den H. Churfürſten mit der Verſprechung, die gegen den Geiſt der Convention ſelbſt, zu viel genommene Gerichte zurückzugeben*, hingehalten, hat man die Gränzen der occupirten Diſtricte, ſo wie es die Convenienz des Oeſterreichiſchen Hofes erforderte, noch immer weiter ausgedehnt. Da alle des Herzoglichen Geſandten mit denen Landſtänden vereinigte Bemühungen und Vorſtellung die reſolvirte Huldigung zu hintertreiben oder nur bis zu Einſicht der Titres zu verſchieben, vergeblich und alle Hofnung den H. Churfürſten zum Rücktritt oder den Kaiſerlichen Hof zu billigern Bedingniſſen zu bewegen, verſchwunden war; ſo war des H. Herzogs zu Zweybrück Rückreiſe unnöthig und bliebe Denenſelben freylich nichts übrig, als durch förmliche Proteſtation, die Gerechtſa-

 me

me Ihres Hauſes auf dem Reichstage und bey denen Landſtänden zu wahren. Auf Anrathen des Königl. Preußiſchen Hofes haben jedennoch Dieſelbe, zu Anfang Martii, Sich aufs neue directe an Ihro Kayſerl. Königl. Maj. Maj. gewendet, um abſchriftliche Communication der Anſpruchs-Titres, Reſtitution der occupirten Diſtrikte, um Gerecht- und Billigkeit ſubmiſſeſt gebeten, aber weiter keinen Troſt als die Verweiſung Ihre demnächſt eintretende Rechte vor den Reichs-Gerichten urtheilen zu laſſen, gefunden. Dieſes iſt der wahrhafte, actenmäßige Hergang der Negociation, aus welchem zu Tage liegt, daß der H. Herzog zu Zweybrück mit Ihrem Miniſterio einen ſoliden Plan gefaſt, daß Sie in deſſen Fortſetzung, alles was die Ehrfurcht und Mäßigung vorſchreibt, angewendet und erſchöpft, ehe Sie zum Widerſpruch geſchritten, den Ihnen blos das unerhörte harte Kayſerl. Betragen abgenöthigt. Wenn Se. Durchl. die freundſchaftliche und großmüthige Rathſchläge und Anerbietungen Sr. K. Maj. von Preuſſen angenommen; ſo habe Sie darunter blos Ihrer eigenen Ueberzeugung gefolget, und den Empfindungen, welche ein Fürſt aus dem edlen Bayeriſchen Hauſe unter den Umſtänden, worunter ſich Ihr Haus damals befunden, nothwendig haben müſſen. Höchſt falſch und erdichtet iſt, was der Kayſerl. Hof hier von **geheimen Abſchickungen und Bearbeitungen, Bewegungen von Himmel und Erde, Verſprechungen und Drohungen** des K. Pr. Hofes, um den Herzog von dem Beytritt

der

der Convention vom 3. Jenner abzuhalten, anführt. Noch unverantwortlicher iſt es, wenn man zu Wien Pasquill-Schriften drucken läßt, dergleichen die **Briefe über den jetzigen Zuſtand von Europa** ſind, und darin die unverſchämteſten Erdichtungen in die Welt hinein ſchreibt, um ihr glaubend zu machen, daß Se. K. Maj. von Preuſſen den Herzog von Zweybrück durch Emiſſarien verführet und nur eine Gelegenheit zum Kriege geſucht. Der K. Pr. Hof ſiehet dieſes alles mit Verachtung an; er hat es jederzeit unter ſeiner Würde gehalten, ſich dergleichen verwerflicher Mittel, Geſchäfte zu behandeln, zu bedienen; er überläßt ſie dem Kayſerl. Hofe und ſeinen Miniſtris, denen ſie vorzüglich eigen ſind. **Drohungen** und **Verſprechungen** werden ohne Zweifel hier nur darum vermuthet, weil ſolche den gewöhnlichen Ton der Oeſterreichiſchen Miniſters an den Höfen der geiſt- und weltlichen Reichsfürſten ausmachen. Sie wurden Wieneriſcher Seits bey des Hrn. Herzogs Durchl. und Ihren Miniſtris nur gar zu viel, aber zu derſelben unſterblichen Nachruhm vergeblich angewendet. Bey der Negociation, welche Se. Königl. Maj. durch den Grafen von Görz an dem Pfälziſchen Höfen pflegen laßen, waren Drohungen weder nöthig noch ſchicklich. Des Königs Maj. haben nie etwas anders von dem H. Herzog von Zweybrück begehrt, als daß derſelbe Sich mit der Krone Frankreich und mit den angeſehenſten Chur- und Fürſten des Reichs benehme, ehe Sie in einer, die Wohlfahrt Ihres Hau-

 ſes

ſes und die Erhaltung des Syſtems im Teutſchen Reich ſo nahe angehenden Sache einen Schluß faſſen, folglich ſich nicht ohne Beyrath, durch die ſo gewöhnliche mit dem Kayſerlichen Namen bekleideten Oeſterreichiſchen Drohungen, zu Unterſchreibung der an ſich ohne Dero Concurrenz doppelt ungültigen ſo nachtheiligen Convention vom 3. Jan. bewegen laſſe. Uebrigens haben Se. K. M. beſtändig des Herzogs D. angerathen, nichts als ehrerbietige Schritte gegen Ihre Kayſ. Majeſtäten zu thun. Daß der Graf von Görtz ſolche und keine andere Anträge, als die der erhabenen Denkungsart Sr. K. Maj. würdig ſind und man jederzeit öffentlich darlegen kann, gethan, ſolches erhellet aus der in der jüngſthin publicirten **abgenöthigten Anzeige** befindlichen wahrhaften Relation von der Negociation dieſes Geſandten und der derſelben beygefügten Correſpondenz, beſonders der Antwort vom 12. April, welche der von **Hofenfels** dem Churpfälziſchen Miniſter von **Viereg**, auf deſſen Befragen über die Verbindung des Herzogs mit des Königs M. ertheilet. Die jeztgedachte Schrift enthält eine zureichende Beantwortung dieſer ganzen Stelle der Oeſterreichſchen Schrift, den Herzog von Zweybrück betreffend, daher man, um Weitläuftigkeit zu vermeiden, ſich darauf bezieht. Die von dem H. Herzog während der Anweſenheit des Königl. Geſandtens gethanen Schritte können nach dieſer Richtſchnur geprüft werden. Die ſo beſcheidene Anzeige an den Reichstag und die mit ſo vieler Ehrerbietigkeit und Achtung ſowohl an den

Herrn

Herrn Churfürſten als auch an beyde Kayſerliche Majeſtäten erlaſſene Schreiben des H. Herzogs bezeugen dieſes. Was geſchah aber auf der andern Seite? Der H. von Schneid, Stimmvertreter des H. Herzogs, gegen die ausdrücklichen herzoglichen Befehle, ſeine Erklärung ſogleich denen Geſandtſchaften mitzutheilen, belehrte ſich erſt bey den Kaiſ. Miniſtris auf dem Reichstage, er verlangt Verhaltungsbefehle von dem Churfürſten, erhielt ſolche unterm 6ten Martii, die Befehle des H. Herzogs zu befolgen, unterließ es aber doch auf Zureden des Oeſterreichiſchen Geſandten v. **Borie**, und legte endlich ſeine Stelle nieder wegen des elenden Kunſtgriffs, um den H. Herzog ohne Geſandten auf dem Reichstag zu ſehen und dadurch ſeine ſo nothgedrungene Erklärung aufzuhalten. Von welcher Seite da Drohungen ſind angebracht worden, und ob das Reichsſyſtem und Freyheit beſtehen kann, wann ſolche auf öffentlichem Reichstage gebraucht werden, das wird die unpartheyiſche Welt beurtheilen. Die ſo ehrerbietige Schreiben des H. Herzogs an beyderſeits Kayſ. M. M. wurden von dem v. Lehrbach, welcher doch an des H. Herzogs D. eigends accreditirt iſt, nicht angenommen, ſondern dem v. Hofenfels ſchlechterdings, mit dem Beyfügen zurückgegeben, daß, ſo lange der Herzog auf Ihrem Widerſpruch beharrten und an Ihrem Hof einen Preußiſchen Geſandten hielten, man abſeiten des Kayſ. Hofes alle Communication ein für allemal gänzlich abbrechen müſſe, welches denn auch in der Folge nicht allein in München, ſon-

 dern

dern auch noch kürzlich gegen den Herzogl. Miniſtre auf dem Reichstage, den v. Magis, gelegenheitlich da die Herzogliche Vorlegung abgeben laßen wollte, geſchehen iſt. So behandeln Kaiſ. Geſandten, regierende Reichsfürſten der älteſten Häuſer. Der H. Herzog ſandten die Schreiben an den Reichs-Vice-Canzler Fürſten Colloredo und an den K. K. Hof-Kanzler Fürſt Kaunitz, und da fanden Sie doch mehr Achtung. Dieſes mag genug ſeyn, von den Verhandlungen des H. Herzogs von Zweybrück und Sr. Königl. Majeſt., wobey des Königs Maj. Sich es zur Pflicht und zum Ruhm rechnen, auf die uneigennützigſte Art einen Reichsfürſten zu beſchützen, der in dieſer Eigenſchaft Ihr Mitſtand iſt und dem die Vergrößerungsſucht des Hauſes Oeſterreich und deſſen Miniſtres um einen beträchtlichen Theil ſeiner zukünftigen Erbfolge bringen will.

Die Widerſprüche — — Stande kommen ſollte.

Der geſunde Menſchenverſtand giebt es, daß jeder **Mit-Contrahent** der an Errichtung eines Traktats oder eines Geſetzes Theil hat, auch das Recht haben muß über deſſen Erfüllung zu halten, d. i. deſſen **Garant** zu ſeyn. Die Garantie des Weſtphäliſchen Friedens iſt in dem ganzen Frieden nicht anders, als auf dieſe Art beſtimmt und ausgedruckt, wenn es im Art. 17. §. 5. 6. des Oßnabrückiſchen Friedens heißt: Teneantur omnes hujus transactionis conſortes ſingulas hujus pacis leges contra quemcunque tueri & protegere - junctis S. 304

cum

cum parte læſa conſiliis viribusque arma ſumere ad repellendam injuriam. Der Churfürſt von Brandenburg iſt ſowohl Conſors Transactionis Weſtphalicæ als der Kayſer, die Königin von Böhmen und die Erzherzogin von Oeſterreich. Wenn dieſe den Frieden und die Reichsverfaſſung, wie offenbar in gegenwärtigem Fall, höchſt widerrechtlich und mit Gebrauch der Waffen verlezzen, ſo muß er auch berechtiget ſeyn, ſich durch eine rechtmäßige Gegenwehr dagegen zu ſetzen. Den beyden hohen Höſen, welchen unter den auswärtigen Mächten allein das Recht der Garantie des Weſtphäliſchen Friedens zukommt, geſchiehet dadurch an ihrem Vorzuge kein Abbruch, daß die Reichsſtände, die den Weſtphäl. Frieden mitcontrahirt haben, auch die Garantie deſſelben mitausüben. Se. K. Maj. haben auch als König von Preuſſen durch den 19ten Artikel des Hubertsburger Friedens ein beſonderes Recht zu der Garantie des Weſtphäliſchen Friedens und der Reichs-Conſtitutionen erlanget, die Sie ſich von dem Wiener Hofe nicht werden abſtreiten laßen.

Er widerſpricht — — angeſuchet haben

Der König von Preuſſen S. 304.
widerſpricht und führt Krieg,
weil die Kayſerin-Königin ſeinen Freunden ihr Erbeigenthum nimmt, weil alle ſeine freundſchaftliche Vorſtellungen nichts gefruchtet, und kein ander Mittel übrig iſt, um den Kayſerl. Hof zur Abſtehung von ſeiner Uſurpation zu bringen.

Ob die ganze — — überlaſſen.

Man überläßt es allenfalls dem **geſunden Menſchenverſtande** zu entſcheiden, ob die Reichsverfaſſung dabey beſtehen könne, wenn das Erzhaus dem Hauſe Pfalz einen Strich Landes von einer Million Einkünfte umſonſt und ohne einiges Recht, und noch einen Strich von einer Million Einkünfte tauſchweiſe, beydes aber nach ſolchen Ausrechnungen und Grundſäzen wegnimmt, daß das Erzhaus in wenig Jahren 4. Millionen Einkünfte mehr, und das Haus Pfalz ſo viel weniger hätte. Die Braunauer Unterhandlung und die daraus zu erſehende und verlangte Gränzlinien werden ſolches näher nachweiſen.

So viel bleibt — — Befugniß haben.

Der Wiener Hof ſpricht S. 305. hier ſelbſt ſein Urtheil. Iſt — 369. es nicht eine **Sache von hohem Präjudiz**, wenn der Kayſerin Königin Maj. die beſte Helfte des wichtigen Herzogthums Bayern, unter dem Schein einer ganz erdichteten Prätenſion, ohne Urtheil und Recht, durch eine bloß einem Intereſſenten mit Widerſpruch der übrigen Mit-Intereſſenten abgezwungene Convention, den nächſten Lehn- und Allodial-Erben entziehen, und wenn des Kayſers Maj. anſehnliche Stücke der Bayeriſchen Erbſchaft als erledigte Reichslehn durch ihre Haustruppen in Beſitz nehmen? Sind Ihro beyderſeits Kayſerl. Maj. nicht die erſten geweſen, die dieſe **Sachen**, welche wohl ohnſtreitig von **hohem Präjudiz ſind, ohne Wiſſen, Rath und Willen von Chur-**

für-

fürſten, Fürſten und Ständen vorgenommen? Halten ſie nicht noch die Reichsverſammlung ab darüber zu rathſchlagen? und handeln ſie alſo nicht gerade gegen den Art. 11. §. 21. der Wahlcapitulation?

Wenn alſo — — bewerkſtelligen war.

So bald ein patriotiſcher Reichsſtand ſich gegen ein ſolches widerrechtliches und deſpotiſches Verfahren des Kayſerl. Hofes ſetzet, ſoll er die einmüthige Beyſtimmung des ganzen Reichs beybringen. Wenn ſolches erforderlich wäre, würde der Kayſerliche Hof durch ſeinen bekannten Einfluß bald Meiſter vom ganzen Reiche ſeyn. Die Geſetze erfordern es aber ſo wenig, daß der Oßnabrückſche Friede vielmehr Art. 17. §. 6. ausdrücklich ſaget: Teneantur omnes & *ſinguli* hujus Transactionis conſortes, junctis cum parte læſa conſiliis viribusque, arma ſumere ad repellendam injuriam. Alſo ſind auch einzelne Contrahenten dieſes Friedens ſo berechtiget als verbunden, die Waffen zu Abwendung des Unrechts zu ergreifen. Se. Königl. Majeſt. haben auch nicht ermangelt, nach dem 5ten §. obgedachten Friedens, dem Wiener Hofe bekanntermaßen fünf Monate lang gütliche Abmahnungen und Anträge zu thun. Alſo fallen alle Vorwürfe, die der Wiener Hof hier zu machen ſucht, lediglich auf ihn ſelbſt zurück, und man darf nur ſeine Handlungen mit den Verordnungen des Land- und Weſtphäliſchen Friedens vergleichen, um zu beurtheilen, wer ſich des Bruchs dieſer Friedens-Schlüſſe ſchuldig gemacht.

Der

Nicht minder — — ſeyn? Der H. Herzog v. Zwey- S. 370. brück, der H. Churfürſt v. Sachſen und der König von Preuſſen als ihr Bundesgenoß, haben doch wohl mehr Befugniß ſich durch die Waffen bey ihrem Rechte und beſonders der Compoſſeſſione civili, die der H. Herzog aus dem pacto conſtituti poſſeſſorii von 1774. hat, zu ſchützen, als der Wiener Hof gehabt, ſie darin zu ſtören.

Der H. Herzog — — angebothen. Wenn die Bayeriſche Erbſchafts-Angelegenheit auf reichsverfaſſungsmäſige Art beygeleget und entſchieden werden ſoll, ſo iſt es nicht genug, daß der Kayſerin Königin Maj. ſich dazu bereitwillig erklären, ſondern Sie müſſen es auch in der That beweiſen, die Erbſchaft wieder erſt in den Stand ſetzen, wie ſie bey dem Abſterben des Churfürſten von Bayern geweſen, und den davon eigenmächtig ergriffenen Beſitz erledigen, wie des Herzogs Durchl. in ihrem Schreiben vom 28. Febr. und in der Vorlegung p. 30. verlangen; Sie müſſen ſich ferner über einen unpartheyiſchen Richter mit den Intereſſenten vergleichen, da des Kayſers Maj. durch ihr kundbares Betragen ſich bereits ſo partheyiſch bezeiget, daß Sie in Ihrer eigenen Sache nicht Richter ſeyn können.

Churſachſen — — Gegenſtand. Churſachſen kann ſich wegen ſeiner Allodial-Forderung nicht mit dem gewaltſamen Detentore des Straubingiſchen Antheils einlaßen, ſondern hält ſich an

die

die Erbſchaft ſelbſt und an die wahren Lehn-Erben, denen der Straubingiſche Antheil vom Wiener Hofe vorenthalten wird, und die dadurch verhindert werden, die Allodial-Erben zu befriedigen. So lange alſo der Kayſerl. Hof die von ihm ſpoliirte Erbſchaftsmaſſe nicht hergeſtellet, iſt Chur-Sachſen berechtiget und verbunden, die Waffen gegen ihn zu führen.

Das Haus Meklenburg — — Reiche ab.

Das Haus **Meklenburg** S. 371. verlanget zwar nichts von der Kayſ. Königin Maj. wohl aber fordert es von ihrem Mitregenten des Kaiſers M. Gehör und Gerechtigkeit, wegen der in Beſitz genommenen Grafſchaft **Leuchtenberg**, auf die es eine Anwartſchaft hat, aber bishero weder das eine noch das andere erhalten können.

Wie ſollte den — — können?

Alle dieſe Fürſten haben die gegründeteſte Befugniß, die ihnen von dem Erzhauſe durch ungerechte Gewalt mit den Waffen abgedrungene Theile der Bayeriſchen Erbſchaft, mit Gewalt und durch die Waffen wiederzufordern; folglich muß auch ihr **Freund und Bundesgenoße** das Recht haben, die Waffen gegen das Erzhaus zu gebrauchen, und die angemaßeten Vorwürfe eines offenbar ungerechten Friedenbruchs fallen lediglich auf den Wiener Hof, der Urheber und Anfänger davon iſt, zurück.

Eben ſo — — Unterhandl.

So dreiſte hier, nach dem bey böſen Sachen gewöhnlichen Kunſtgriffe, die gehäßigſten Beſchuldigungen gegen den Berliner Hof angebracht ſind; ſo wird doch der

ganze

ganze Hergang einen jeden unpartheyiſchen überzeugen, daß ſie lediglich den Wiener Hof treffen; dahingegen Se. Königl. Maj. von Preuſſen bey der ganzen Bayeriſchen Erbſchafts-Angelegenheit, mit einer Uneigennützigkeit, Offenherzigkeit und Großmuth zu Werke gegangen, wobey mehr Ihr Ruhm, als Ihr Intereſſe einen Zuwachs gewonnen.

Schon ſeit langer — — zu bringen.

Der Wiener Hof treibet ein wahres Geſpötte mit dem Reiche, wenn er demſelben einbilden will, daß bey ſeiner notoriſchen faſt dreyfachen Uebermacht gegen die Macht des Hauſes Brandenburg, das **Gleichgewicht** im Reichsſyſtem und das **Verhältniß** im Fränkiſchen und andern Kraiſen, durch die Vereinigung der Anſpach-Bayreuthiſchen Lande mit der Brandenburgiſchen Primogenitur Gefahr lauſe. Ein jeder unpartheyiſcher wird erkennen, daß dieſe Vereinigung vielmehr nöthig iſt, um der Uebermacht und der unbegränzten Vergrößerungsſucht des Hauſes Oeſterreich einigermaßen das Gleichgewichte zu halten. Die Kraiſe von Weſtphalen und Nieder-Sachſen und das Reichs-Cammergericht werden bezeugen, ob das Verhältniß dieſer Kraiſe darunter leidet, daß Se. Preußiſche Maj. ihre Länder und das Directorium in dieſen Kraiſen haben, und ob die Cammergerichts-Urtheile in denſelben nicht genauer und geſchwinder, als in andern Kraiſen, zur Vollſtreckung gebracht werden.

Es

Schon wäh- renden — — beruhen zu laſ- ſen.

Es iſt wahr, daß der Wie- ner Hof ſchon bey den Hu- bertsburger Friedensunterhandlun- gen, die beſtändige Beybehaltung der Secundogenitur in den Brandenburgiſchen Fürſtenthümern, zu einem Friedens-Artikel ma- chen, und die Toskaniſche Secondogenitur dage- gen anrechnen wollte; Se. K. M. konnten aber bey der ohnedem einleuchtenden Ungleichheit der beyden Fälle, ſich damals ſo wenig, als jetzo, verbunden erachten, ſich über eine ſo entfernte, ihr Haus allein angehende, an ſich gerechte und unſtreitige Succeßion, gegen einen fremden Hof heraus zu laßen und ſich die Hände zu binden. Sie hatten alſo gute Gründe, dieſen Gegenſtand von der damaligen Friedenshandlung auszuſchlieſ- ſen.

S. 372. u. 373.

Inzwiſchen zeigte — — unterliegt.

Eine ganz neue und beſondere Art der Vorſorge für das Gleichgewicht, den Wohl- und Ruheſtand des Teut- ſchen Reichs iſt es, wenn der Wiener Hof glau- bet, daß ſo oft das mindermächtige Haus Bran- denburg irgendwo eine Erbſchaft mit Recht thut, das viel mächtigere Haus Oeſterreich eine gleiche Erbſchaft, ſie mag gerecht ſeyn oder nicht, ſich dagegen machen müſſe. Wenn das Haus Oeſter- reich nach dieſem Grundſatze mit allen großen Häu- ſern Deutſchlands beſtändig **miterbet**, wird das Gleichgewicht, das allezeit auf die Gerechtigkeit gegründet seyn ſollte, bald völlig auf ſeiner Seite hangen. Der Wiener Hof kann nicht im Ernſte von einem **Gleichgewichte** zwiſchen ſich und

dem

dem Hauſe Brandenburg ſprechen, da er kundbarermaßen wenigſtens dreymal ſo viel an Ländern und Macht, als dieſes Haus, beſitzet, oder er müſte eine beſondere Unfähigkeit bey ſich empfinden, mit einer ſolchen ſchon wirklich habenden Uebermacht einem viel ſchwächerem Hauſe das Gleichgewicht zu halten. Der Vorſchlag vom **Austauſch der beyden Fränkiſchen Marggrafthümer** gegen die **Laußnitz**, ſoll gleichfalls blos aus Vorſorge für die Sicherheit des Fränkiſchen Kraiſes mit Hintenanſetzung des eigenen Intereſſe geſchehen ſeyn. Wenn man aber den 2ten Artikel des Wiener Vergleichplans vom Monat April (ſ. S.   ) dagegen hält, ſo wird ſich zeigen, daß die Begierde, das ſchöne Herzogthum **Bayern ganz**, oder den gröſten Theil davon, theils umſonſt zu erwerben, theils auch gegen die viel ſchlechtere und zerſtreuete Oeſterreichiſche Beſitzungen in Schwaben auszutauſchen, wohl etwas mehr Antheil an dieſem Vorſchlage gehabt, als die Vorſorge für das Teutſche Reich und den Fränkiſchen Krais. Der Fränkiſche Krais wird gewiß ſeine Sicherheit mehr dabey finden, wenn er den Churfürſten von Brandenburg zum Mitſtande hat, als wenn ſolches nicht wäre und das Haus Oeſterreich durch ſeine Vergröſſerung in Bayern den Fränkiſchen Krais immer mehr einſchlöße, und dabey das Monopolium des Salzes in Oberteutſchland ſich verſicherte. Ueberhaupt muß der Wiener Hof der Einſicht der hohen Reichsſtände wenig zutrauen; wenn er glaubt, ihnen einbilden zu können, daß er Bayern

ern erben oder das Haus Brandenburg von allem Zuwachs von Macht abhalten müſſe, um ihren Ruheſtand aufrecht zu halten. Vielmehr wird ein jeder unpartheyiſcher einſehen, daß, da der Kayſerl. Hof das ihm gar zu wohlgelegene Bayern ohnfehlbar haben wollte, er geglaubt, den König von Preuſſen, den er allein im Wege fand, von allem Widerſtande, durch die ihm angebothene Einwilligung zu Vereinigung der Marggrafthümer abzuhalten und zur Gegeneinwilligung zu bringen. Da aber S. K. M. zu großmüthig geweſen, die Erbrechte der Häuſer Pfalz und Sachſen den eigennützigen Abſichten des Wiener Hofes aufzuopfern, ſo will er ſich dadurch rächen, daß er nunmehro behauptet, daß die Vereinigung der Marggrafthümer mit der Chur, mit den Rechten und mit der Sicherheit des Reichs und mit dem Gleichgewichte nicht beſtehen könne. Hieraus folget doch wohl ein unſtreitiger Widerſpruch und Mangel von Aufrichtigkeit.

Die Antwort — — compenſiren.

S. 373. u. 374.

Die Welt mag aus der folgenden Vergleichung urtheilen, ob dieſe Antwort des Berliner Hofes nicht gegründet, hergegen die ihm angetragene Compenſation nicht ganz unbillig geweſen, und ob man mit Grunde fordern könne, daß das Churhaus Brandenburg eine rechtmäßige Succeßion eines ihm fremden Succeßions-Streits halber, und dem Wiener Hofe zu gefallen, fahren laßen oder jenem eine unbefugte zugeſtehen ſolle.

Ob nun dieſe — — Werthe an.

Der Wiener Hof verlangt von Bayern nur einen Bezirk von einer Million freyer Einkünfte zum voraus, und tauſchweiſe einen andern Bezirk, der ihm durch den Tauſch ſeiner auf das höchſte getriebenen Schwäbiſchen Beſitzungen, gegen die bisher nicht ſonderlich verwalteten Bayeriſchen Lande, und durch die Erwerbung der unſchätzbaren Reichenhaller Salzwerke, den Alleinhandel des Salzes in ganz Oberteutſchland, und alſo viele Millionen Einkünfte gewähret, wovon man ſich aus den Braunauer Verhandlungen No. 2. 3. 4. 5. überzeugen kann. Eben dieſer Hof kennt den wahren Ertrag der Fränkiſchen Marggrafthümer ſo wohl als der Laußnitz zu gut, als daß er nicht wiſſen ſollte, daß derſelbe nicht ſo als ſein verlangter Antheil von Bayern, in die Millionen geht.

Daß die Erwerbung — — zählen können.

Die Billigkeit bringet doch wohl mit ſich, daß wenn der Wiener Hof ein Land gegenwärtig erwerben will, blos um gegen eine neue Erwerbung des Hauſes Brandenburg das Gleichgewicht zu halten, er dieſem Hauſe nicht eine Erwerbung anrechnen kann, die entfernt und gewiß iſt, und bloß von der unerforſchlichen Fügung abhängt.

Die Oeſterreichiſche — — keinesweges iſt.

Das unpartheyiſche Publicum wird von der hier angeſtellten Vergleichung ganz anders urtheilen. Man darf die Landcharte nur anſehen, um ſich zu überzeugen, daß der Wiener Hof durch den

ver-

verlangten Theil von Bayern, ſeine Böhmiſche und Oeſterreichiſche Lande, folglich auch ſeine Macht und ſeinen Einfluß in den benachbarten Kraiſen ungemein vermehren, und auch ohne das Krais-Directorium zu haben, von drey ſchönen Flüſſen, und nicht allein von dem Bayeriſchen, ſondern auch von dem Fränkiſchen und Schwäbiſchen Kraiſe Meiſter ſein würde. Hergegen würde der König von Preuſſen durch die beyden Marggrafthümer, auch mit dem Kreys-Direktorio nichts als ein entferntes, weder mit ſeinen Hauptſtaat, noch in ſich zuſammenhängendes Land, deſſen ruhigen Beſitz aber lediglich von dem guten Willen des Wiener Hofes abhängen würde, und und alſo auf das Verhältniß des Reichs und der Kreyſe nur wenigen Einfluß haben könnte, erwerben. Die beyden Sächſiſchen und der Weſtphäliſche Kreyß werden von dem Einfluße Sr. Königl. Maj. ein beßer Zeugniß ablegen. Was hier von Höchſtderoſelben eigenem Geſtändniß angeführet wird, beruhet auf einer unrichtigen Auslegung, wie unten bey den Worten ſelbſt näher wird gezeiget werden.

Es erhellet daraus — — abgeleinet hätten.

Das Königliche Churhaus S. 375. bis 389. Brandenburg hat ſich noch niemals öffentlich und förmlich herausgelaßen, wie ſelbiges es mit den Fürſtenthümern des Burggrafthums Nürnberg auf den Succeßionsfall, zu halten geſonnen ſey; ſolches iſt auch zu frühzeitig und unnöthig, da der Succeßionsfall bey den Mitteljahren des jetzt

regierenden Herrn Marggrafen entfernt und höchſt ungewiß iſt. Der Wiener Hof kann nicht zuverläßig noch anders als aus Muthmaßungen, und nicht durch redliche Wege wiſſen, ob ein neuer Hausvertrag vom J. 1752. vorhanden ſey, oder nicht. Kein Brandenburgiſcher Prinz hat bisher über eine widerrechtliche Veränderung der alten Hausverträge geklaget; Kayſer und Reich können doch nicht ex officio als Kläger oder Richter erſcheinen, ſo lange kein Hauptintereſſente ſich meldet; da der Kaiſerin K. M. ſo oft ihre Einwilligung zu der Vereinigung der Marggrafſchaften mit der Chur angebothen, ſo muß ſie ſo widerrechtlich nicht ſeyn, als wie hier behauptet wird, oder es folget vielmehr ein offenbarer Widerſpruch und die Schlußfolge daraus, daß der Wiener Hof, entweder ſeine Einwilligung zu einer an ſich widerrechtlichen Unternehmung, zum Nachtheil vom Kayſer und Reich, blos ſeines Vortheils halber angebothen, oder daß er vielmehr über eine an ſich rechtmäßige Succeßion allein deshalb einen Streit erregt, um ſeine Vergrößerungsabſichten in Bayern dadurch zu verbergen und zu befördern. Nach allen dieſen offenbaren Umſtänden, hätten Se. K. M. gar keine Verbindlichkeit noch Urſache, ſich mit dem Wiener Hofe, über die ihn gar nicht angehende künftige Beſtimmung der Brandenburgiſchen Lande in Franken, zumal ſo lange noch kein Kläger, noch Succeßionsfall vorhanden iſt, in einige Erörterung oder Unterhandlung einzulaßen. Da aber Se. K. M. niemals das Licht ſcheuen; ſo tragen Sie kein Beden-

denken hiermit öffentlich zu behaupten, daß das Königl. Churhaus Brandenburg vollkommen berechtigt ſey, nach einmüthigem Schluß aller ſeiner lebenden Mitglieder, die alten Hausverträge zu ändern, und ſeine Länder in Franken, nach Erlöſchung der jetzt regierenden Linie, mit der Primogenitur zu vereinigen. Folgende kurze Anmerkungen *) werden den unumſtößlichſten Beweiß davon, und eine zureichende Widerlegung der von dem Wiener Hofe dagegen auf eine verwirrte Art gemachten ſchwachen Einwürfe darlegen:

1.) Stehet keinesweges, wie vorgegeben wird, weder in der Albertiniſchen, noch in der Geraiſchen Hausordnung, auf eine beſtimmte Weiſe, **daß die Brandenburgiſchen Lande in Franken ſo lange von den Churlanden abgeſondert bleiben ſollen, als mehrere Marggrafen am Leben ſind;** ſie theilen blos die Brandenburgiſchen Lande in drey Theile für die damals lebenden Churfürſten und Marg-

 gra-

*) Dieſe Beweiſe ſind ſchon in der von Sr. K. M. jüngſthin an die hohe Reichsſtände erlaſſenen fernerweiten Vorſtellung dargeleget, und eine nähere Ausführung davon kann man finden in zwey, durch eine anonymiſche Schrift des Wiener Hofes, veranlaßten Wiederlegungs-Schriften, die den Titel führen; Wahre Vorſtellung der Erbfolgordnung im Burggrafthume Nürnberg, und Anmerkungen zu den ſogenannten Betrachtungen über die Succeßionsordnung in den Brandenburgiſchen Fürſtenthümern in Franken.

grafen und derſelben männliche Deſcendenten; ſie beſtimmen aber gar nichts auf den Fall, daß die damals entſtandene Linien ausgehen ſollten, ſondern beſagen vielmehr, daß alsdenn die ſämtliche Lande an **den Churfürſten und** ſeine **Erben** zurückfallen ſollen, ohne einer weitern Abtheilung zu erwehnen; ſie ſetzen ſehr feyerlich und ausdrücklich feſt, **daß jedesmal nicht mehr denn drey regierende Herren in dem Hauſe Brandenburg, und nicht mehr denn zwey in Franken ſeyn ſollen;** ſie verbieten aber keinesweges, **daß deren nicht weniger ſeyn könnten;** das Herkommen im Hauſe Brandenburg hat auch dieſe Auslegung der Verträge beſtätiget, indem verſchiedentlich nur zwey Fürſten in denſelben regieret haben, wenn ſchon mehrere gelebet. Der ganze **Sinn** ſowohl als der **Wortverſtand** und **Inhalt** der beyden Hausverträge, beſonders die **Veranlaſſung** des letztern, gehet lediglich dahin, die damals ſehr eingeriſſene Theilung der Länder ſo viel möglich einzuſchränken, nicht aber zu vermehren.

2.) Man führet zwar mit großem Aufheben einige Stellen aus beyden Hausverträgen an, um zu beweiſen, daß die Albertiniſche Hausordnung ein *Pactum*, *Sanctio pragmatica* und *Lex publica* ſey; daß ein jeder **Churfürſt** ſich **reverſiren müſſe, ſelbige unverbrüchlich zu halten;** daß die **Kaiſerliche Beſtätigung** alles dasjenige, ſo dagegen geſchehen, **zum voraus vernichte.** Allein alle dieſe Stellen beweiſen weiter nichts,

nichts, als daß die einzelnen Chyrfürſten und Marggrafen die beyden Hausordnungen nicht einſeitig aufheben können, ſondern dieſelbe als Pacta beobachten müſſen, ſo lange ſolches von den übrigen Mitgliedern des Hauſes verlanget wird, und nicht von dem geſammten Hauſe durch einmüthige Schlüſſe andere Verträge gemacht worden. Das Haus Brandenburg hat aber durch die beyden alten Hausverträge, die allen fürſtlichen Häuſern in Teutſchland und ſelbſt jedem privato zukommende natürliche Freyheit, von ſeinen Beſitzungen nach Gutfinden, und in ſo weit den Lehn- und Reichsgeſetzen nicht zu nahe getreten wird, zu diſponiren, ſie zu theilen und nicht zu theilen, und die alten Hausverträge zu ändern und neue zu machen, ſich ſo wenig benommen und eingeſchränkt, daß vielmehr Kayſer Friedrich III. in einer dem Churhauſe Brandenburg im Jahr 1453. ertheilten guldenen Bulle und ſelbſt in der Beſtätigung des Albertiniſchen Hausvertrags von 1473. zum **voraus** und **ewig** auf alle künftige Fälle beſtätiget: **alle ſolche Einungen, Theilungen, Ordnungen und Sazzungen, die der Churfürſt, oder nach ihm ſeine Söhne, oder ihre männliche Erben des Geſchlechts für und für thun würden, und fürter unter ihnen begriffen und geſchrieben werden mögen, und wird auf die Contravention die Nichtigkeit und eine Strafe von 1000. Pfund löthigen Goldes geſetzet.** Dieſes

Privilegium iſt dem Hauſe Brandenburg faſt von allen Kayſern ausdrücklich beſtätiget; mehr gedachtes Haus hat auch öftere Veränderungen der Hausverträge vorgenommen. Der Wiener Hof hat kein Recht die Befugniß des Hauſes Brandenburg: für und für andere **Theilungen und Einungen** zu machen, auf kleine Gegenſtände und Nebentheilungen zu deuten, da die Beſtätigung ausdrücklich beſaget, daß die Brandenburgiſchen Fürſten durch Theilungen und Einungen ſich **Schloß, Städte und Land eingeben könnten:** vielmehr macht gedachter Hof ſich der von ſeinem Annherrn Friedrich III. darauf geſetzten Strafe von 1000. Mark löthigen Goldes dadurch ſchuldig, daß er dem Hauſe Brandenburg dieſes Recht ſtreitig machen will. Die Beweiſe, welche von den Behauptungen der Marggrafen Friedrich Carl und Albrecht Wolfgang dieſes Jahrhunderts genommen werden, gehen blos darauf, daß dieſe Herren die Gültigkeit und Verbindlichkeit der Vergleiche, wodurch ſie die künftige Succeßion der Marggrafthümer dem Churhauſe abgetreten, beſtritten; dieſe Gründe treffen aber gar nicht auf den Fall, von dem jetzo die Rede iſt, daß die Linien, welche den Albertiniſchen und Geraiſchen Vergleich geſchloſſen, ausgegangen, und daß alle Prinzen der ſuccedirenden Churlinie ſich verglichen, zu Vermehrung der Macht ihres Hauſes, die beyden Marggrafſchaften in Franken mit der Primogenitur zu vereinigen. Das in dieſer Sache fremde Haus Oeſterreich hat kein Recht, noch einigen Beruf, gegen das geſammte

Haus

Haus Brandenburg aus bloßen Vermuthungen zu behaupten, daß des leztern Mitglieder zu einem dergleichen Vergleich nicht durch Ueberzeugung, noch mit ganz freyem Willen, ſondern durch Ueberraſchung und Drohungen bewogen worden. Dergleichen ſonderbare Vermuthung kann doch den Brandenburgiſchen Prinzen nicht wider ihren Willen und lange Zeit vor dem Fall aufgedrungen werden, ſondern das fremde Haus Oeſterreich, und ſelbſt Kaiſer und Reich müſſen billig warten, bis der Fall vorhanden, und bis Brandenburgiſche Prinzen ſich beſchweren.

3.) Noch wunderbarer und ſeltſamer iſt es, wenn der Wiener Hof die beyden alten Brandenburgiſche Hausverträge blos deshalb, weil der erſtere, nicht aber der leztere, vom Kayſer und Reich beſtätiget iſt, zu **Reichsgeſetzen** machen und behaupten will, daß das Churhaus Brandenburg ſelbige ohne Einwilligung vom Kaiſer und Reich nicht aufheben und ändern könne. Nach allen rechtlichen Begriffen und Gewohnheiten macht die Beſtätigung des Reichs und ſeines Oberhaupts, die nach einer alten Formalität über ein Teſtament oder Vertrag ertheilet wird, dieſelbe zu keinem Reichsgeſetze, ſonſt viel hundert dergleichen Geſetze im Reiche vorhanden ſeyn müſten; ſie giebt dem Kaiſ. und dem Reich kein Recht, das ganze Haus, welches die Beſtätigung nachgeſuchet, zu deſſen ewiger Beobachtung zu zwingen, ſondern giebt blos den Mitgliedern dieſes Hauſes das Recht, von dem Kayſer und Reich Beyſtand zu

ſordern, wenn der Hausvertrag wider den Willen der Mitglieder des Hauſes nicht beobachtet wird. Kayſer und Reich haben zu Errichtung der Brandenburgiſchen Hausverträge nicht concurriret; falſch iſt es, daß ſie demſelben ihre Einwilligung und die verbindliche Kraft gegeben; die Beſtätigung wirket ſolches gar nicht; ſie haben nicht einmal den Inhalt derſelben gewußt, indem das Albertiniſche Teſtament dem Kayſer Friedrich verſiegelt und verſchloſſen übergeben und bloß deſſen Anfang und Ende vorgeleget worden. Die Compaciſcenten des Geraiſchen Vergleichs haben ſolchen vom Kayſer ſo wenig beſtätigen laſſen, daß ſie ihm beſtändig abgeſchlagen, ſolchen vorzulegen und ſolches auch durchgeſetzet. Wenn alſo Kayſer und Reich im rechtlichen Verſtande den Inhalt der Brandenburgiſchen Hausverträge nicht wiſſen; ſo können ſie auch von derſelben Veränderung keine Kenntniß nehmen, noch eine Concurrenz dazu verlangen, ſo lange ein oder anderer Brandenburgiſcher Fürſt nicht ihren Beyſtand, oder die Wirkung ihrer Beſtätigung verlanget. Wenn Kayſer und Reich und der Fränkiſche Kreis kein Recht, dergleichen Veränderungen der Hausverträge zu widerſprechen, haben; ſo haben ſie auch weder ein rechtliches noch politiſches Intereſſe gegen die Vereinigung der ſämmtlichen Brandenburgiſchen Lande; patriotiſche Stände des Reichs und des Fränkiſchen Kreyſes werden vielmehr bey dieſer Vereinigung ein ſehr gegründetes Intereſſe für die Erhaltung der deutſchen Freyheit, bey der gegenwärti-

wärtigen Macht und Geſinnung des Hauſes Oeſterreich finden. Wenn der Kayſerliche Hof dem Hauſe Brandenburg, das Recht neue Hausverträge und beſonders Primogenitur-Pacta zu machen, einſchränken und beſtreiten will; ſo handelt er offenbar wider den Art. 1. §. 2. und §. 9. der Wahlcapitulation, in welchen er verſprochen, den **Churfürſten ihr Primogenitur-Recht nicht zu reſtringiren und die von den Churfürſten und Fürſten unter ihnen den Reichsſatzungen gemäß gemachte Uniones ohne Weigerung und Anſtand zu beſtätigen, ſie auch dabey zu handhaben.** Da nun das gegenwärtige Beyſpiel zeiget, was für deſpotiſche Abſichten der Kayſerl. Hof ſchon jetzo heget und ſelbſt gegen das Haus Brandenburg ausführen will; ſo hoffen Se. Königl. Majeſt. von Preuſſen, daß die hohe Reichsſtände ſolches gravamen commune imperii bey Zeiten beherzigen und ſich mit Ihro vereinigen werden, um ſich ſolchem offenbaren Bruche der Wahlcapitulation und einer ſo gefährlichen Unternehmung, welche mit der Zeit vornehmlich die mindermächtige Reichsſtände treffen wird, zu widerſetzen und den Kayſerl. Hof in die Schranken ſeiner Capitulation zurück zu bringen.

4.) Der Schluß, welchen der Wiener Hof zuletzt machen will, daß der Königl. Preuß. Hof eben die Gründe, die er in der Bayeriſchen Erbfolgsſache gegen ihn anwendet, auch in Anſehung ſeiner Fränkiſchen Succeßion gegen ſich habe, iſt

ganz

ganz falſch und unrichtig, indem beyde Fälle himmelweit unterſchieden ſind. Bey der Succeßion der Churbrandenburgiſchen Linie in ihren Fränkiſchen Ländern widerſpricht noch kein Brandenburgiſcher Prinz als der wahre einige Intereſſente; das Reich hat noch nicht widerſprochen und hat auch kein Recht noch Intereſſe dazu, ſo lange es von einem Brandenburgiſchen Fürſten nicht aufgefodert wird, und am Ende würde durch die Wiedervereinigung niemanden ein Unrecht geſchehen, ſondern die Länder blieben bey dem Hauſe Brandenburg, dem ſie gehören; hergegen bey der Bayeriſchen Erbfolge, will das Haus Oeſterreich dem Hauſe Pfalz die ihm ſeit ſechs Jahrhunderten gebührende Succeßion in dem beſten Theile ſeiner altväterlichen Stammgüter, unter dem Schein einer ganz nichtigen Prätenſion entreißen; es hat den Churfürſten zu Pfalz blos durch Gewalt zur Einwilligung gezwungen; wenn aber auch dieſe Einwilligung auf Lebenszeit als gültig angenommen würde; ſo widerſprechen doch die ſämtlichen übrigen Herren Pfalzgrafen, als ungezweifelte Erben und Lehnfolger des H. Churfürſten zu Pfalz, wie nicht weniger die Allodialerben. Ferner widerſpricht ein großer Theil der Reichsſtände der willkührlichen und widerredlichen Succeßion, welche das Haus Oeſterreich ſich in Bayern anmaßt. Dieſe Succeßion iſt alſo von allen Seiten den ſtärkſten rechtlichen Widerſprüchen unterworfen; der Succeßion der Brandenburgiſchen Churlinie in ihren Fränkiſchen Landen aber widerſpricht niemand als das Haus Oe-

ſter-

ſterreich, welches nicht das geringſte Recht dazu hat, und es widerſpricht ohne zu wiſſen, ob, oder wenn der Fall jemals entſtehen wird.

Durch alle bisherige — —. Anerbiethen.

Se. Königl. Majeſt. von S. 380. bis 382. Preuſſen können mit mehre- rem Grunde hoffen, daß die hohen Reichsſtände und auswärtigen Mächte, durch alle **bisherige Betrachtungen und Vergleichungen** und durch die **diſſeitige Beantwortungen** gerade im Gegentheil von demjenigen, deſſen ſich der Wiener Hof hier ſchmeichelt, werden überzeuget werden, daß Se. Königl. Maj. an keine würkliche und widerrechtliche Vergrößerung gedenken, ſondern blos Ihrem Churhauſe die natürliche und rechtliche Freyheit, von ſeinen Erblanden in Franken, wenn ſolche nach einer langen Reihe von Jahren einmal erlediget werden ſollten, nach Gutdünken zu diſponiren, erhalten, und ſich durch ein fremdes Haus darunter nicht die Hände binden laßen wollen; daß hergegen der Wiener Hof eine ganz ungerechte Vergrößerung in Bayern nicht blos im **Schilde führet**, ſondern ſie ſchon würklich uſurpiret; daß er geglaubt, Sr. Königl. Maj. Einwilligung dazu, zum Nachtheil der Bayeriſchen Erben, durch die Lockſpeiſe der ſo oft angetragenen Wiedervereinigung der Fränkiſchen Marggrafſchaften und des Austauſches derſelben mit der Laußitz, zu erſchleichen; daß, da ihm ſolches nicht gelungen, er Sr. Königl. Maj. einen vom Zaun gebrochenen Streit über die entfernte, un-

gewiſſe, aber rechtmäßige Erbfolge in den Fränkiſchen Landen Ihres Hauſes, erreget, theils um ſich wegen der diſſeitigen Widerſetzung gegen ſeine Vergrößerungs-Abſicht in Bayern zu rächen, theils um Sr. Königl. Maj. eine an ſich ganz ungereimte Vergrößerungs-Begierde anzudichten, und dadurch ſowohl ſeine eigene Vergrößerungsſucht, als auch die in Anſehung der Bayeriſchen Erbfolge begangene grobe Staatsfehler und Uebereilungen zu verbergen, und ſie, wo möglich, der Aufmerkſamkeit der Welt zu entziehen, indem man derſelben wider alle Vernunft glauben machen will, daß der Kayſerin-Königin Maj. ſich nur deshalb in Bayern hätten vergrößern wollen und müſſen, um dem Könige von Preuſſen das Gleichgewicht zu halten; und daß ſie in gleicher Abſicht, und um eine Vergrößerung des Königs von Preußen zu verhindern, diejenige, welche Sie ſonſt gern in Bayern machen möchten, fahren laßen wollten. Die Abſchickung des v. **Thugut** und deſſen Negeciation zu Braunau, gehöret mit zu dieſem argliſtigen Plan, und giebt den beſten Aufſchluß davon. Das Publicum wird davon aus den Memoiren und ſchriftlichen Verhandlungen der Braunauer Negociation urtheilen können, nachdem man ſie der Reichsverſammlung durch die **fernerweite K. Preußiſche Vorſtellung** vollſtändig vorgeleget, weil der Wiener Hof ſowohl in ſeiner **kurzen Vorſtellung**, als in dieſer weitläuftigen **Gegenſchrift** aus leicht errathenden Urſachen, nur im Vorbeygehen etwas weniges davon, und dasjeni-

ge,

ge, was in ſeinen Kram gehören mag, angefüh-ret. Da der Wiener Hof durch den Erfolg der Berliner Unterhandlung, und durch die Kenntniß von Sr. K. Maj. erhabenen und ſtandhaften Denkungsart vergewißert war, daß Sie weder die Rechte und das Intereſſe der hohen Bayeriſchen Erben denen Ihro vorgeſpiegelten Privatvortheilen aufopfern, noch auch die unſtreitige Rechte Ihres Hauſes, einem neidiſchen Nachbar zu Gefallen, aufgeben würden; ſo glaubte das Wiener Miniſterium einen ſehr feinen Staatsſtreich zu ſpielen, indem es unter dem Namen des Kayſerin Königin Maj. an deren aufrichtigen Meynung man gar nicht zweifelt, erſt einen kurzen und ziemlich einfachen Antrag *) durch eigenhändige Schreiben Sr. Königl. Maj. thun ließ; hernach aber, als es zur würklichen Negociation zu Braunau kam, durch den v. Thugut die doppelte und alternative Proposition thun ließ: **daß entweder der Wiener Hof den Churfürſten zu Pfalz von der Convention vom 3. Jenner entbinden, und ihm die in Bayern occupirten Lande zurückgeben,** als-

*) Man darf nur in der Königl. Preuß. fernerweiten Vorſtellung S. 7. den eigenen Antrag der K. Königin Maj. und in den Beylagen No. 1. 2. die Vorſchläge des v. Thugut gegen einander halten; ſo wird man einen merklichen Unterſchied darinn, und beſonders dieſes finden, daß der Kayſerin-Königin Maj. des Königs Maj. die Entſagung Ihres Fränkiſchen Erbfolgsrechts zuerſt nicht angemuthet, auch blos eine Million Einkünfte aus Bayern, aber nicht noch ein mehreres durch Austauſchungen, wie nachhero zu Braunau, verlanget.

alsdenn aber auch der König von Preuſſen für ſich und alle ſeine Nachfolger verſprechen ſollte, beyde Fränkiſche Marggrafſchaften niemals mit der Primogenitur zu vereinigen, ſo lange nachgeborne Brandenburgiſche Prinzen vorhanden wären; oder wenn Se. Königl. Maj. dieſes nicht eingehen, ſondern lieber die Marggrafſchaften einziehen wollten, Sie alsdenn einwilligen ſolten, daß der Wiener Hof einen groſzen Theil von Bayern, den er nach den von ihm angegebenen doppelten Gränzlinien *) und Grundſätzen, theils umſonſt, theils durch Tauſch ſeiner ſchlechten, zerſtreueten und in den Einkünften übertriebenen Schwäbiſchen Lande gegen die beſte und bisher wenig genutzte Diſtricte von Bayern zu haben verlangte, durch eine einſeitige Zuſammenſetzung mit dem ſeinem eigenem Schickſale zu überlaſſenden Hauſe Pfalz, erhalte. Die Fortſetzung folgt.

*) Einem jeden aufmerkſamen Beobachter wird auffallen, daß der Herr v. Thugut in ſeine Propoſition vom 13. Auguſt eine Gränzlinie verlangte, welche mehr als die Hälfte von Bayern enthält; in der vom 15ten Auguſt aber zwey Tage nachher, ſich mit einer andern Gränzlinie begnügte, die ohngefähr zwey fünftheil von Bayern begreift, aber dennoch durch das Reichenhaller Salzwerk und das durch deſſelben Beſitz dem Hauſe Oeſterreich zugeſicherte Monopolium des Salzes in Oberteutſchland die beſten und leicht zu vermehrenden Einkünfte verſicherte.

Vollſtändige

Sammlung

von

Staatsſchriften,

zum Behuf

der Bayeriſchen Geſchichte

nach Abſterben

Churfürſt Maximilian III.

und

dadurch erloſchener

Wilhelminiſcher Linie

des Hauſes Bayern.

Fünften Theils 3tes und 4tes Stück.

Frankfurth und Leipzig,

1779.

Fortſezzung von No. LXXIX.

Der Wiener Hof war wohl gewiß, daß Se. K. Maj. ihn nicht beym Worte nehmen, und die wechſelſeitige Entſagung der Bayeriſchen und der Anſpach-Bayreuthiſchen Erbfolgen, womit ihm ſelbſt nicht gedienet war, annehmen würden. Auf allen Fall aber hatte er ſich dadurch vorgeſehen, daß er in der erſten Propoſition vom 13. Auguſt ſeine Verzicht bloß auf den Beſitzſtand von Bayern und auf die Convention vom 3. Jenner richtete, von einer gänzlichen Entſagung aller Prätenſionen auf Bayern aber gar nichts erwähnte, ſondern vielmehr am Ende die heilſame Clauſul beyfügte: **daß auf die Art die Bayeriſche Succeßion in ihren erſten Stand käme, und die Erörterung der Anſprüche der übrigen intereßirenden Theile zu dem gemeinen Wege Rechtens kommen würde**, wodurch dem Wiener Hofe, der bloß dem Beſitzſtande und der Convention vom 3. Jenner, aber nicht ſeinen alten

ten Prätenſionen entſagt, die Freyheit verblieben wäre, mit dieſen nicht verziehenen alten Anſprüchen, als ein bey der Bayeriſchen Erbfolge mitintereßirter Theil, vor den von ihm abhängenden Gerichtshöfen wieder zu erſcheinen. Jetzo giebt zwar der Wiener Hof hin und wieder auf eine verlohrne Art zu verſtehen, daß er gegen die von Sr. Königl. Maj. verlangte Renunciation gleichfalls ganz auf Bayern renunciiren wolle; allein ſolches thut er jetzo nur, nachdem er gewiß iſt, daß Se. Königl. Maj. den ganzen Antrag, der Fränkiſchen Erbfolge zu entſagen, verworfen, und ſolchen ohne dem größten Abbruch Ihrer Ehre und der Gerechtſame Ihres Hauſes niemals annehmen können, wodurch er glaubt, daß er einen ſcheinbaren Vorwand erhalten, Sr. Königl. M. den Vorwurf von Vergrößerungs-Begierde und Abneigung vom Frieden aufbürden zu können. Se Königl. Majeſt. ſtellen es aber, ſo wie es der Kayſerin Königin Maj. der Beurtheilung aller auswärtigen Höfe, der hohen Reichs-Mitſtände und der ganzen Welt anheim, ob dieſer Vorwurf gegründet ſey? ob Se. K. Majeſt. mit Ehren einen Antrag hätten annehmen können, durch welchen Sie den von Ihro ſelbſt gemachten Hausvertrag, wenn er exiſtiret, hätten widerrufen und Ihrem Succeßions-Rechte auf die Fränkiſche Lande, das Sie nach Ihrer Ueberzeugung nicht anders, als höchſt gegründet halten können, auf ewig entſagen müſſen? ob man verlangen könne, daß das Churhaus Brandenburg ſein eigenes Succeßionsrecht zur Rettung der ihm fremden Bayeriſchen

riſchen Succeßion dem Wiener Hofe zu gefallen, aufopfern ſolle, welches zu fordern das Haus Pfalz viel zu billig iſt? ob alſo nicht dieſer Antrag höchſt unbillig und unanſtändig und mit der größten Gefährde verknüpft geweſen? ob derſelbe wohl von **Mäßigung, Friedensliebe, großmüthiger Hintanſetzung eigenen Intereſſe, und eifriger Vorſorge für die Erhaltung des Gleichgewichts und des Verhältnißes im Reich, zeuge?** oder ob nicht vielmehr der vorhin dem Wiener Hofe beygelegte Plan in dem ganzen Zuſammenhange der Berliner und Braunauer Unterhandlungen völlig gegründet, und ein Probeſtück von einem politiſchen Kunſtgewebe iſt, welches ſich beſſer in vorige Jahrhunderte, als für das gegenwärtige, ſchickt, hergegen aber Se. Königl. Maj. bey der ganzen Bayeriſchen Succeßionsſache mit einer Großmuth und Uneigennützigkeit zu Werke gegangen ſind, wovon das Haus Oeſterreich noch niemals ähnliche Proben gegeben hat.

Des Königs in Preuſſen M. — — geſchehen iſt.

Der Wiener Hof kann S. 382. nicht leugnen, daß er durch das Kaiſerl. Schreiben vom 13. April Sr. Königl. Maj. ſeine Einwilligung zur Vereinigung der Länder Anſpach und Bareuth mit der Chur Brandenburg und der Vertauſchung derſelben mit der Laußitz **zuerſt** und aus eigener Bewegung angeboten. Se. Königl. Maj. haben ſolches niemals verlangt, ſondern blos geſchehen laſſen, daß darüber in der Berliner Unter-

handlung negociiret würde, in ſo weit das Intereſſe Ihrer Bundesgenoſſen damit vereiniget werden könnte. Sie ſind von der Austauſchung der Lauſitz gleich abgeſtanden, ſobald der Churfürſt zu Sachſen ſich nicht dazu geneigt bezeigte. Sie haben alſo die hier von dem Wiener Schriftſteller auf eine anzügliche Art angeführte Erklärung durch die That beſtätiget, daß Sie blos geſchehen laßen, daß gedachte beyde Puncte bey dieſer Unterhandlung eingeflochten worden, und ſolches blos auf jenſeitigen Antrag und ohne einige Abſichten von Vergrößerung und eigenem Intereſſe geſchehen ſey. Kein billig denkender wird auch eine Abſicht und Vergrößerung darinn finden, wenn Se. Königl. Maj. den Jhro gethanen Antrag, ſich die Succeßion von Ihren Erblanden zu verſichern, und allenfalls gegen ein Ihnen beſſer gelegenes, obgleich ſonſt weniger eintragendes Land mit gutem Willen des Beſitzers zu vertauſchen, angenommen, aber ihn auch gleich wieder fahren laßen, ſobald der Wiener Hof ihn mit nachtheiligen Bedingungen für Ihre Bundesgenoſſen verbinden wollen.

Sie widerholen im Schluſſe — — ausgeſezzet.

Auch den Schluß dieſer Erklärung wird ein jeder durch die That gerechtfertiget finden, der ſich die Mühe giebt, alle Vorgänge von dem gegenwärtigen Jahre und den Zuſammenhang der Unterhandlungen unpartheyiſch zu überſehen. Der Wiener Hof bemächtigte ſich S. 382. u. 383.

nach

nach dem Abſterben des Churfürſten von Bayern ohne Recht der beſten Hälfte ſeiner hinterlaſſenen Lande zum Nachtheil der natürlichen Erben. Se. Königl. Maj. thaten drey Monathe lang die glimpflichſten und freundſchaftlichſten Vorſtellungen dagegen; der Wiener Hof veranlaßte eine Vergleichungsunterhandlung zu Berlin, und both Sr. Königl. Majeſt. an, in die Vereinigung der Anſpach-Bayreuthiſchen Lande mit der Chur und derſelben Austauſchung gegen die Lauſitz zu willigen, wenn Se. Königl. Maj. ſeiner Acquiſition in Bayern nicht zuwider ſeyn wollten. Höchſt-Deroſelben iſt dadurch doch wohl **ein eigenes Intereſſe deutlich angeboten**, indem Sie ſich den ruhigen Beſitz der Fränkiſchen Marggrafſchaften, oder der Lauſitz, durch Annehmung dieſes Antrages hätten verſichern können. Sie haben aber ſolchen Antrag nicht angenommen; Sie haben ſich lieber darüber mit einem übermächtigen Hauſe in Krieg eingelaſſen und es muß alſo wahr ſeyn, daß Sie ſich für das gemeine Beſte und für ein Ihnen fremdes Intereſſe für den Riß geſtellet, daß Sie jederzeit die reinſte Abſicht dabey gehabt und kein anderes Intereſſe dabey haben können, als die ſo ſehr verletzte Verfaſſung und Freyheit des teutſchen Reichs zu vertheidigen und den Reichsfürſten Ihren Freunden wider ungerechte Gewalt beyzuſtehen.

Alles dieſes — — zu können.

Der Berliner Hof hat verlanget, und mit Recht, daß wenigſtens die Bayeriſche Erbfolge in jene Lage zurückgeſtellet werde, in welcher ſie vor der S. 383.

Convention vom 3ten Jenner geweſen. Der Wiener Hof hat ſich erboten, ſolches zu thun, aber unter der Bedingung, daß der König von Preuſſen aller künftigen Vereinigung der Brandenburgiſchen Fürſtenthümer in Franken mit der Primogenitur entſage, Bedingung, wozu nicht der geringſte Grund vorhanden iſt. Wie kann alſo denn der Wiener Hof ohne Erröthen hier ſagen, **daß er durch ſeinen Antrag buchſtäblich erfüllet alles und noch mehr, als der Berliner Hof verlanget habe?** Warum übergeht er hier wider, daß er allen Anſprüchen auf Bayern entſagen wolle? Warum erwehnet er nichts von Erben?

Dieſe ſollen und müſſen — — ankommen. Hat denn der K. Preußiſche Hof jemals geäußert dawider zu ſeyn, daß die Chur-Sächſiſchen Allodial-Forderungen **rechtlich erwieſen und berichtiget werden?** Wodurch hat er die Sächſiſchen Forderungen gegen das Haus Pfalz unterſtützet, und für erſteres Haus **partheyiſche und eigennützige Abſichten** gezeiget? Hat er nicht vielmehr eine völlige Unpartheylichkeit zwiſchen ſelbigen bewieſen und ihnen überlaßen, ſich rechtlich, oder gütlich aus einander zu ſetzen, und ſind dieſes alſo nicht niederträchtige und unerwieſene Beſchuldigungen, die auf nichts anders abzielen, als zwiſchen Sr. Königl. Maj. und den Häuſern Pfalz und Sachſen ein Mißtrauen zu erwecken? welches abermalige kleine Kunſtſtück aber zu merklich iſt, als daß es nicht den Endzweck verfehlen ſollte. S. 384.

Dieſe

Wo iſt nun — — Riß ſtellt.

Dieſe drey Fragen beantworten ſich von ſelbſt. Die Verfaſſung und Freyheit des Teutſchen Reichs iſt wohl auf das äuſſerſte verletzt, wenn der Kayſerl. Hof ſeine Uebermacht und ſeine gar zu feine Staatskunſt anwendet, um den natürlichen Erben von Bayern den gröſten Theil ihrer wichtigen Erbſchaft zu entwenden, und zugleich dem Churhauſe Brandenburg die freye Diſpoſition von ſeinen Erbländern abzuſtreiten, und dieſes alles nicht durch den Weg Rechtens, ſondern theils durch Gewalt, theils durch Staatsränke. Die Churfürſten von Pfalz, von Sachſen, von Brandenburg, und ſämtliche Pfalzgrafen ſind es, welchen offenbare Gewalt und Unrecht geſchiehet. Wenn dieſe groſſe Häuſer, ein jedes in ſeiner Art, ihr rechtmäſſiges Erbeigenthum den weitläuftigen Abſichten des Wiener Hofes aufopfern ſollen, ſo iſt das gemeine **Beſte** von Teutſchland wohl unſtreitig in Gefahr, und iſt es alſo allerdings zu deren Abwendung, daß der Königl. Preußiſche Hof ſich für den Riß ſtellen muß.

Alles iſt hierunter — — verwandle.

Der Wiener Hof hat zur Befriedigung der von ihm beleidigten Reichsſtände noch nichts gethan, als daß er einen an ſich unbilligen und auf Schrauben geſetzten Antrag hingeworfen, durch deſſen Annehmung er nichts verlieret, das Churhaus Brandenburg aber einer rechtmäßigen und wichtigen Succeßion verluſtig gehen würde. Dagegen haben Se. K. Maj. v. Preuſſen Ihre reine S. 384

 und

und uneigennützige Geſinnungen durch die That genugſam gezeiget, da Sie für ſich nichts verlanget; da Sie die Ihnen zum Nachtheil Ihrer Freunde von dem Wiener Hofe ſo deutlich angetragene Vortheile von der Hand gewieſen, und ſich deſſen gefährlichen Unternehmungen lieber mit den Waffen widerſetzet. Dieſes alles beſtehet in Thaten und nicht in bloßen Worten.

Da ſolches bishero — — zu werfen. Eine mehr als übertriebene Dreiſtigkeit iſt es, um die Ausdrücke zu mäßigen, wenn der Wiener Schriftſteller hier aus Vorderſätzen, deren er keinen einzigen erwieſen, und deren Gegentheil ihm vielmehr erwieſen worden, eine Menge von nachtheiligen Schlußfolgen ziehet. Man würde nur die Geduld der Leſer mißbrauchen, wenn man ſo viele unnütze Worte und Wiederholungen wiederlegen wollte. Ein ehrliebendes, einſehendes und unpartheyiſches Publicum wird ſich dadurch nicht abhalten laſſen, den untadelhaften und rühmlichen Abſichten und Handlungen Sr. Königl. Maj. in der Bayeriſchen Erbſchafts-Angelegenheit Gerechtigkeit wiederfahren zu laßen, und zu urtheilen, daß Sie durch Ihre Behauptungen und durch die Verwerfung des Wieneriſcher Seits gethanen Antrages, weder den Gerechtſamen, noch der Ehre Ihrer K. K. Majeſtät, vielleicht aber wohl der Eigenliebe des Wiener Miniſterii zu nahe getreten, dagegen aber mehrgedachte Propoſition des Wiener Hofes, weder mit Sr. Königl. Majeſtät Gerechtſamen, noch mit Ihrer Ehre hätte beſtehen können. S. 385.

Der

Wenn nun gedachter — — beſchönigen zu können.

Der Wiener Hof, welcher S. 386. den beſten Theil der Bayeriſchen Erbſchaft den rechtmäßigen Erben mit Liſt und Gewalt entriſſen, iſt derjenige, der ſich des ungerechten Angrifs und der Störung des Land- und Weſtphäliſchen Friedens ſchuldig gemacht, nicht der Königl. Preußiſche Hof, der die Waffen ergreift, um ſich einer ſolchen unrechtmäßigen Trennung und Vergrößerung zu widerſetzen, und wie vielmehr muß die ganze friedliebende Welt nicht den erſten als friedbrüchig verurtheilen, da er, um von einem allgemein gemißbilligten Schritte, ſeiner Meynung nach, mit Ehren zurück zu kommen, ſich, obwohl auf eine zweydeutige Art, erbietet, eine ihm ganz fremde Erbſchaft zurück zu geben, wenn der K. Preußiſche Hof ſeiner Seits einer ihm rechtmäßig zugehörenden, obgleich entfernten und ungewiſſen Erbſchaft auf 30. Jahr vorher entſagen wollte.

Eben dieſe Propoſition — — abgefertiget werden.

Man glaubt überzeugend dargethan zu haben, daß mehrgedachte ungereimte Propoſitions des Wiener Hofes, ſo wenig eine Widerlegung desjenigen, was der Königl. Preußiſche in der Bayeriſchen Erbſchaftsangelegenheit behauptet, enthalten, daß ſie vielmehr die Ungerechtigkeit des Wiener Hofes und die ihm zur Laſt fallenden Vorwürfe aufs höchſte vermehren. Eben ſo wird man der jenſeitigen Beantwortung der Urſachen, welche Se. Königl. Maj. bewogen, ſich der Trennung von Bayern zu widerſetzen, von Punct zu Punct

Punct folgen, und ohne große Mühe zeigen, das dieſe Beantwortung aus nichts als Trugſchlüſſen, Zirkeln und falſchen Behauptungen beſtehet.

Königl. Preuß. Erklärung. S. K. Maj. von Preuſſen — — beyfügen wird. Th. II. der Samml. S. 386, 387.

Beantwortung des Wiener Hofes. Die friedfertige Geſinnung — — gewärtiget? S. 388 — 392.

Beantwortung des Königl. Preußiſchen Hofes.

Se. Königl. Majeſt. von Preußen zweifeln nicht an der perſönlichen friedfertigen Geſinnung Ihrer K. K. Majeſtät. Sie glauben auch, daß Höchſtdieſelbe mit Ihro eine gleiche Neigung zur Aufrechthaltung des allgemeinen Ruheſtandes und des guten Einverſtändniſſes beyder Höfe empfinden, wovon Se. Königl. Majeſtät Ihres Orts genugſame Proben anführen könnten. Ob aber der Kayſerin-Königin Maj. in der Bayeriſchen Succeßions-Angelegenheit nicht durch unrichtige Vorſtellungen von ihrer ſonſt friedfertigen und gerechten Geſinnung abgeleitet worden, ſolches iſt eine andere Frage.

Es iſt zu bedauern, daß, da durch das Abſterben des letzten Churfürſten von Bayern, deſſen wichtige Erbſchaft erlediget worden, der Wiener Hof ſich des beſten Theils davon bloß wegen eintretender Convenienz ohne einiges Recht angemaßt, und anſtatt, allenfalls den rechtlichen Weg zu ergreifen, ſich offenbarer Gewalt bedienet, um ſich in den Beſitz, und die natürliche Erben auſſer denſelben zu ſetzen, folglich dadurch zuerſt die

Ruhe

Ruhe gewaltſam geſtöret und den Grund zu allgemeinen Unruhen geleget.

Se. Königl. Majeſtät von Preuſſen glauben dieſe Ihre Meinung mit ſo unumſtößlichen Gründen erwieſen, und die vom Wiener Miniſterio dagegen ertheilte Erläuterungen ſo bündig widerlegt zu haben, daß Sie es auf das Urtheil des ganzen Publici, beſonders des teutſchen Reichs, und ſelbſt des partheyiſchſten Richters ankommen laſſen wollen, und Sie halten ſich verſichert, daß ſelbſt der Kayſerin-Königin Majeſtät nach ihren tugendhaften Geſinnungen, in Ihrem Herzen keine andere Ueberzeugung haben, ob Sie gleich anfänglich durch ſcheinbar erdichtete Prätenſiones von Leuten, die ſich angenehm machen wollen, eingenommen seyn mögen.

Indeſſen verlangen Se. Königl. Majeſtät nicht, **etwas zu entſcheiden**, noch Ihre Meinungen jemanden **für richterliche Ausſprüche und für ein allgemein verbindliches Geſetz aufzudringen.** Sie verlangen aber auch mit Recht, daß der Wiener Hof ſeine vermeintlichen **Anſprüche** an die Bayeriſche Erbſchaft nicht ſelbſt **entſcheide**, und mit Gewalt gegen die Häuſer Pfalz und Sachſen durchſetze, noch auch ohne Beruf, einen aus bloßer Rachbegierde erdachten Widerſpruch gegen die Churbrandenburgiſche Erbfolge in Franken, dem **Reiche** und dem **Hauſe Brandenburg** aufdringe.

Der

Der Wiener Hof hat ganz recht, daß die Bayeriſche Erbſchafts-Streitigkeit eine Streitſache zwiſchen zweyen und mehreren Mitſtänden iſt, die ohne Umſturz der Grundverfaſſung des teutſchen Reichs den geſetzmäſſigen Erkenntniß- und Entſcheidungs-Wegen nicht entzogen werden kann; allein dieſes eben hat der Wiener Hof gethan, indem er ſich durch eine mit Liſt und Gewalt erzwungene Convention in den Beſitz des beſten Theils der Bayeriſchen Erbſchaft geſetzt, und den natürlichen Erben den mißlichen und leidigen Weg Rechtens in petitorio übrig laßen. Se. Königl. Majeſtät haben als Conſors conſtitutionis imperii & pacis Weſtphalicæ, nach deſſen art. 17. §. 6. völliges Recht gegen jeden Reichsſtand, der mit Vorbeygehung des rechtlichen Weges Gewalt und Waffen gebraucht, eben ſo die Waffen zu gebrauchen, und ſie haben es noch mehr gegen den Wiener Hof, da, wenn deſſen Prätenſion auf Niederbayern gegründet ſeyn könnte, ſie nicht dem jetzigen Hauſe Oeſterreich, ſondern dem Churhauſe Brandenburg zugehörte, und alſo ſelbiges in dieſem Fall ein directes Widerſpruchs-Recht gegen das Haus Oeſterreich hat.

Se Königl. Majeſtät von Preuſſen laſſen gleichfalls die ganze unpartheyiſche Welt und die Hohen Reichsmitſtände urtheilen, ob die hier angeführte Stelle des Weſtphäliſchen Friedens nicht lediglich den Wiener Hof trifft, da er, ſtatt ſein Recht durch den geſetzmäßigen Weg zu ſuchen,

chen, Bayern mit Trouppen in Beſitz genommen, den Churfürſten von der Pfalz nach ſeinem eigenen Geſtändniſſe dadurch zu einem höchſtnachtheiligen Vergleiche gezwungen, und dem Herrn Herzoge von Zweybrück ſeine Civil-Poſſeßion genommen. Hier tritt alſo die an eben dem Orte des Friedens art. 17. §. 5. 6. folgende Stelle ein: Si pax a quocumque violari contigerit, læſus lædentem a via facti dehortetur, cauſa ipſa vel amicabili compoſitioni vel juris diſceptationi ſubmiſſa. Si vero neutro horum modorum intra ſpatium 3 annorum terminatur controverſia, teneantur *omnes & ſinguli hujus transactionis conſortes*, junctis cum parte læſa conſiliis *viribusque arma ſumere* ad repellendam injuriam. Se. K. Majeſt. wären alſo bloß als conſors pacis und als ein **einzelner Reichsſtand** berechtiget geweſen, ihren beleidigten Mitſtänden beyzuſtehen, und das den Häuſern Pfalz und Sachſen mit den Waffen angethane Unrecht mit den Waffen abzuwenden; Sie hatten aber auch ihr eigenes Recht dazu, weil das neue Haus Oeſterreich ſich eine Prätenſion anmaßen wollte, die, wenn ſie gegründet wäre, nicht ihm, ſondern dem Churhauſe Brandenburg zuſtünde. Se. Kön. Maj. haben noch eine rechtliche und politiſche Urſache, dieſe ungerechte Vergrößerung des Wiener Hofes zu verhindern, da derſelbe öffentlich erkläret, daß er ſich der künftigen Succeßion des Churhauſes Brandenburg in ſeinen Fränkiſchen Landen widerſetzen wolle. Es würde alſo wider alle Klugheit geweſen ſeyn, drey Jahre lang

lang mit Abmahnungen zuzubringen, und dem Wiener Hofe Zeit zu laſſen, daß er ſich in Bayern feſtſetze, und noch mehrere Kräfte ſammle, um das Haus Brandenburg zu unterdrücken, und ſeiner rechtmäßigen Succeßion zu berauben.

Dieſe ſo oft wiederholte an ſich ſeichte Ausflüchte ſind ſchon an mehreren Orten wiederleget. Durch das eigene Geſtändniß des Herrn Churfürſten zu Pfalz und alle damit übereinſtimmende Umſtände iſt erwieſen, daß S. D. die Convention vom 3ten Jenner nicht **freywillig** geſchloſſen, ſondern durch die gewaltſame Occupation von Bayern und die härteſten Drohungen gezwungen ſind, ſolche einzugehen. (S. 7. dieſer Beantwortung und **die abgenöthigte Anzeige.**) Es iſt **höchſt unwahr**, daß des Herz. von Zweybrüken Durchl. verlanget haben, in obgedachte Convention aufgenommen zu werden, und daß Sie durch Königl. Preußiſche **geheime Bearbeitung** zum Wiederſpruch verleitet worden wären; das Gegentheil iſt eben daſelbſt (S. 11. 13 in gedachter abgenöthigten Anzeige) bewieſen. Nach allen natürlichen und bürgerlichen Rechten können nicht der Kayſerin-Königin Maj. den Hrn. Herzog von Zweybrück auffordern, ſein Recht darzulegen, ſondern Sie müſſen es thun und Klägers Stelle vertreten, vorhero aber das Haus Pfalz in den ihm abgenommenen Beſitz von Bayern widerherſtellen.

Man frage den Herrn Churfürſten von Pfalz, ob er den Herrn Churfürſten von Sachſen über

ſeine Allodialanſprüche befriedigen wolle und könne, wenn er Niederbayern dem Hauſe Oeſterreich laſſen ſoll. Mit keinem Rechte kan man Sr. Churf. Durchl. von Sachſen anmuthen, daß Sie ſich über ihre Allodialanſprüche mit dem eigenmächtigen Detentore von Niederbayern abgebe. Das Churhaus Brandenburg kan auch ſolches niemals zugeben, als welches in allen Fällen mehr Recht zu Niederbayern hat, als das Haus Oeſterreich. Es würde ein jeder das Herzogthum Bayern erben wollen, wenn es damit abgethan wäre, zu ſagen, man wolle die Allodialerben ſchon abfinden.

Dieſe hier unnöthig wiederholte Frage iſt bereits oben S. 19. dahin beantwortet werden, daß das Herzogl. Haus Mecklenburg wegen der Landgrafſchaft Leuchtenberg, auf die es eine Anwartung hat, bey des Kaiſers Maj. bey dem Reichshofrath und auf dem Reichstage bisher Gehör und Gerechtigkeit geſucht, aber vergeblich.

K. Preußiſche Erklärung. Nachdem Max. Joſ. — — nöthig geweſen. S. 392-394.

Beantwortung des Wiener Hofes — — Daß niemand zweifeln konnte — — vereinbaret werden kann.

Beantwortung des Königl. Preuß. Hofes.

Se. K. M. v. Preuſſen konnten dieſes doch mit Grunde erwarten und behaupten, da die Hrn. Pfalzgrafen nach ihrer gemeinſchaftlichen Abſtammung mit der ausgeſtorbenen Linie von Bayern, nach ihren Hausverträgen und ſelbſt nach dem Weſtphäliſchen Frieden, das nächſte und unſtrei-

tige Recht zu der Bayeriſchen Lehnerbſchaft haben, und nach allen Reichs- und Lehnrechten eine Linie der andern ſuccediren ſoll.

Se. Königl. M. v. Preuſſen haben keine ſchriftliche Protocolla über ihre mit den K. K. Geſandten gehabte Unterredungen gehalten, und es iſt nicht wohl möglich, ſich dergleichen Umſtände von ſo langen Jahren her zu erinnern. Man muß alſo dahin geſtellet ſeyn laſſen, und kann nicht für ausgemachte Wahrheiten annehmen, was hier davon einſeitig angegeben wird. Es iſt aber dadurch auch noch lange nicht erwieſen, daß Se. Königl. M. von den K. K. Geſandten eine ausführliche und überzeugende Nachricht von ihres Hofes Prätenſionen auf Bayern vorgeleget worden, und Hochdieſelben haben in ihren Aeußerungen allezeit ſupponiren müſſen und können, daß die Ihnen angezeigte Prätenſionen gegründet wären, und nur auf einige kleine Stücke von Bayern, beſonders die Böhmiſche Lehen in der Oberpfalz, giengen, welches alles ſich aber nun ganz anders zeiget. Niemand in der Welt, vielweniger Se. Königl. Majeſtät hätten ſich damals vorſtellen können, daß die Abſicht des Wiener Hofes dahin gehe, das halbe Herzogthum Bayern erben zu wollen. Höchſtdieſelbe haben auch ſelbſt nach der hier angeführten Angabe des Frh. v. Swieten ſich zu nichts verbunden, nichts anerkannt, und nichts weiter geäuſſert, als daß zu wünſchen wäre, daß beyde Höfe ſich zum voraus über die Schwierigkeiten der Bayeriſchen und Anſpachiſchen Succeßion verſtehen möchten. Nichts

konnte

konnte natürlicher noch billiger geſaget werden, und ſelbſt die hier angeführte Worte Sr. K. Majeſt. geben einen deutlichen Beweis von Ihrer edlen, aufrichtigen und zugleich freundſchaftlichen Denkungsart gegen den Kayſerl. Königl. Hof. Dieſer hat aber nicht gut gefunden ſich mit dem K. Preußiſchen Hofe weiter darüber zu verſtehen, und ſeine Geſandten haben von der Bayeriſchen Erbfolge niemals das geringſte gegen das Königl. Pr. Miniſterium erwehnet, vielweniger etwas ſchriftliches mitgetheilet, welches doch wohl billig geweſen wäre, wenn man bey obigen Inſinuationen reine Abſichten gehabt, und ein aufrichtiges Einverſtändniß zwiſchen beyden Höfen hätte treffen wollen. Daß Se. Königl. Majeſtät den Herrn von Swieten jemals aus eigner Bewegung nach Potsdam hätten rufen laſſen, ſolches iſt hier gänzlich unbekannt, ſondern die K. K. Geſandten haben jederzeit ihre Audienzen verlanget.

Die unpartheyiſche Welt wird hoffentlich eher den diſſeitigen Schlußfolgen beypflichten, und ſich verwundern, daß der Wiener Hof aus ſolchen einſeitigen unſichern Angaben von mündlichen Unterredungen, ſo wichtige Verbindlichkeiten herleiten will.

Kön. Preuß. Erklärung. S. K. Maj. von Preuſſen nahmen — — nachgeſuchet haben. S. 396 - 398. Beantwortung des Wiener Hofes. Nach vorerwähnten — — ſpielen zu können. S. 398 - 401. Beantwortung des Kön. Preuß. Hofes.

Es iſt offenbar zu viel gefordert und erwartet, daß Se. Königl. Maj. aus mündlichen Aeußerun-

rungen, die Ihnen vor 8 und 5 Jahren geſchehen, eine **vollſtändige Kenntniß** von den **Oeſterreichiſchen Anſprüchen auf Bayern** haben ſollten. Die Kayſerl. Geſandten haben ſie gewiß nicht in dem Umfange als jezo vorgeſtellet, ſonſt Se. Königl. Maj. ſie niemals approbiret haben würden, wie hier vorgegeben wird. Man kann alſo hieraus mit Grunde keinen wahren Widerſpruch gegen die Note des Freyherrn von Riedeſel ziehen.

Man überläßt es allenfalls der unpartheyiſchen Welt, die beyden Noten vom 16. Febr. und 9. Mart. zu vergleichen und zu beurtheilen, ob die in den erſten Kayſerl. K. Seits gegebenen Erläuterungen in der zweyten Note K. Pr. Seits nicht dergeſtalt widerleget ſind, daß darnach **keiner von den Oeſterreichiſchen Anſprüchen nur im geringſten Theil beſtehen kann. Ein der Wahrheit gemäßes Urtheil**, und eine mit Mäßigung geäußerte Meinung iſt kein dictatoriſcher Ausſpruch.

S. K. Maj. haben doch durch die hier mit großen Buchſtaben bemerkte Worte nicht den Tag beſtimmet, an welchem die Fürſtl. Häuſer, Pfalz Sachſen und Mecklenburg Ihre Verwendung nachgeſuchet. Der an ſich nichts bedeutende Grund, welchen man daraus herleiten will, und der hier nur hergeſetzet worden, um Papier zu füllen und gehäßige Vorwürfe zu häufen, fällt von ſelbſt weg, wenn man verſichert und allezeit beſcheinigen kann, daß der Churſächſiſche Hof Sr.

K. Maj.

K. Maj. Verwendung im Monat Jenner und noch ehe die erſte Note vom 7. Febr. zu Wien übergeben worden, nachgeſuchet, und daß ein gleiches von den Häuſern Mecklenburg und Pfalz in der Mitte des Februarii geſchehen. Indeſſen haben S. K. Maj. viele Monate mit Vorſtellungen zugebracht, und nicht eher die Waffen ergriffen, als bis dieſelbe ganz erſchöpft geweſen, und Sie von ſo vielen Fürſtl. Häuſern um Hülfe angeſprochen worden. Höchſtdieſelbe ſind nicht ſchuldig, Sich zu erklären, was Sie in dem Fall gethan haben würden, wenn alle dieſe Fürſten Sich nicht an Sie gewendet hätten. Die Antwort wird ein jeder deutſcher Fürſt geben, der Vaterlandsliebe und Triebe der Ehre empfindet, und ſich einige Kräfte fühlet, wenn er ſiehet, daß ſein Nachbar auf eine offenbar ungerechte Art ſich in eine fremde Erbſchaft dringet, und ſeine Uebermacht und andere unerlaubte Mittel anwendet, um den wahren Erben die Erbſchaft zu entziehen, ſie zum Stillſchweigen zu bringen, und dadurch den Stand des Gleichgewichts, der Sicherheit und der Ruhe des teutſchen Reichs gänzlich zu untergraben.

Se. K. Maj. haben nicht nöthig gehabt, einen **ſcheinbaren Vorwand zu Bemäntelung Ihres Widerſpruchs** zu ſuchen. Der Wiener Hof hat Höchſtderoſelben durch ſeine **Gewaltthätigkeiten** und die offenbar ungerechte Uſurpation einer fremden Erbſchaft genugſame Bewegungsgründe und die Veranlaſſung gegeben.

 Es

Es wird jederzeit unwahr bleiben, daß S. K. Maj. alles mögliche angewendet, um des Hrn. Herzogs zu Zweybrück Durchl. von Genehmigung der ungerechten und ſeinem Hauſe ſo nachtheiligen Convention vom 3. Jänner abzuhalten. Das Gegentheil iſt oben (S. 11. 13. und im 4ten Memoire) und ſonſt oft genug gezeiget, und wenn Sie es gethan hätten, ſo hätten Sie nicht mehr gethan, als was ein jeder patriotiſcher Reichsfürſt, der die Freyheit ſeines Vaterlandes, und die Erhaltung ſeiner Mitſtände zu Herzen nimmt, zu thun ſchuldig iſt. So oft der Wiener Hof glaubt, den Uſurpateur ſpielen zu können; ſo oft haben S. K. Maj. auch Beruf, die Rolle eines Beſchützers zu ſpielen.

K. Preuß. Erklärung. Der Kayſ. Kön. Hof — — erhalten werden können. S. 401.
Beantwortung des Wiener Hofes. Ihre Kayſ. K. Ap. Maj. — — verwahren geſuchet. S. 401. u. 402.
Beantwortung des K. Pr. Hofes.

S. Königl. M. laſſen es eben ſo, wie der Wiener Hof, auf die Entſcheidung der unpartheyiſchen Welt nach dem bloßen Junhalt Ihres Memoire vom 19. März ankommen, ob dieſes Memoire **Urtheilsſprüche** und **Zudringlichkeiten** in ſich begreiffe, oder nicht vielmehr bloß ſtarke, die Sache ſelbſt treffende Gründe und Vorſtellungen, welche zwar nicht in dem kriechenden Ton, den der Wiener Hof den Teutſchen Fürſten gern angewöhnen möchte, ſondern mit anſtändiger Freymüthigkeit und in der Sprache der Wahrheit, jedoch

doch mit erſinnlicher Mäßigung, und ohne einigen beleidigenden Ausdruck vorgetragen worden, und ob alſo der Wiener Hof nöthig gehabt, auf die Art, wie er zu thun gut gefunden, zu antworten?

Alles, was hier geſagt wird, beſtehet in leeren Worten, Zirkeln und Wiederholungen, die keine andere Widerlegung verdienen, als dieſe, daß S. K. M. nichts anders als Vorſtellungen gegen die anmaßlichen Anſprüche des Wiener Hofes und die Convention vom 3. Jenner gethan, und das Unrecht derſelben gezeigt und gebeten, daß wenn der Wiener Hof es nicht ſelbſt einſehen wolle, er doch wenigſtens die Reichsverfaſſungsmäſſigen Wege der Güte oder des Rechtens gegen die Intereſſenten einſchlagen möchte. Durch ſolche Vorſtellungen haben S. K. M. Sich weder eines Richterſtuhls angemaſſet, noch jemands Unabhängigkeit und Rechten zu nahe gethan, wie der Kayſerl. Hof ſeines Orts durch willkührliche Behandlung der Bayeriſchen Erbſchaftsangelegenheit und durch Sein Betragen gegen die wahre Bayeriſchen Erben mehr denn zu viel gethan.

K. Preuß. Erklärung. So hart — — erwarten müßten. S. 402. u. 403.
Beantw. des Wien. Hofes. Aus erſterwehnten — — überlaſſen.
Beantwort. der Preuß. Hofes.

Es wäre ebenfalls ein überflüßiger Zeitverderb, dieſe Sätze hier weitläuftig zn beſtreiten; man darf nur das Wiener Memoire vom 1. Ap. und die Preußiſche Antwort vom 22. April leſen,

um ſich zu überzeugen, wie ungeſtüm und zugleich ungegründet, das erſtere iſt. Man antwortet darinn gar nicht mit Gegengründen, ſondern mit Vorwürfen; man erkläret ſich zu allen zuläßigen Vergleichsmitteln bereit zu ſeyn, ſchläget aber gar keine vor; man ſaget dabey, daß man ſich nicht allein vertheidigen, **ſondern auch einen jeden Mitſtand, der ſich ſeiner Acquiſition widerſetzen wollte, bekriegen würde.** Dieſe Antwort hat doch wohl die größte **Aehnlichkeit einer Kriegeserklärung.**

Se. Königl. Maj. von Preuſſen ſind überzeugt, und glauben überzeugend erwieſen zu haben, daß alle hier angeführte Beſchuldigungen, über die der Wiener Hof ſich beſchweret, in der genaueſten Wahrheit gegründet ſind. Wenn ein Reichsſtand ſeinem Mitſtande **Beſchwerden** und **unangenehme Wahrheiten** in gemäſſigten und nicht beleidigenden Ausdrücken vorlegt, und ihn zu Abſtellung der Beſchwerden anmahnet; ſo wirft er ſich dadurch nicht zum **Vormunde** und **Richter** ſeiner Mitſtände auf, ſondern er entlediget ſich dadurch von einer Pflicht. Wenn ihm ſolches zu thun nicht erlaubet ſeyn ſollte, ſo müßte ſich ein jeder dem Joch und der Unterdrükkung ſeines mächtigen Mitſtandes freywillig unterwerfen. Die Beſchuldigungen, welche der Wiener Hof gegen Se. Königl. Maj. in dieſer und anderen Schriften auszuſtoßen ſich erlaubet, ſind gewiß ungleich mehr beleidigend, obwohl weniger gegründet. Daß man des Kayſers Maj.

durch

durch die Benennung **vom erſten Mitgliede des Teutſchen Reichs** herabgewürdiget haben ſollte, ſolches kann man nicht einſehen, noch eingeſtehen, indem, wer das Haupt eines Staatskörpers iſt, auch ein Mitglied deſſelben iſt, und von ſolchem nicht getrennet werden kann. Es iſt vielmehr beleidigend für den erlauchten deutſchen Staatskörper und ſeine hohen Glieder, daß man es für eine Degradation erkläret, wenn man den Kayſer ſein erſtes Glied nennt.

K. Pr. Erklärung. Der Fürſt — — ſeyn können. S. 404. u. 405.

Beantw. d. Wien. Hofes. Ihre K. K. A. Maj. haben — — Richter ſeyn können. S. 405. ‑ 407.

Beantw. des Preuß. Hofes.

Der Wiener Hof hat dem Hrn. Churfürſten zu Pfalz, theils durch Vorſpiegelung einer erdichteten Prätenſion verleitet, theils durch Drohungen gezwungen, ihm Niederbayern durch die Convention vom 3. Jänner abzutreten. Ein aus ſo ungegründeten Urſachen entſtandener Vergleich kann niemals zum Nachtheil des Hauſes Pfalz beſtehen. Der Hr. Churfürſt hat auch ſelbſt auf ſeine **Lebenszeit** ein unveräußerliches Familien-Fideicommiß an kein fremdes Haus abtreten können; folglich bleibt dieſer Vergleich allezeit ein **ſtreitiger Gegenſtand**, wo nicht gegen den Herrn Churfürſten, doch gegen die übrigen Herren Pfalzgrafen und die Allodial-Erben.

Der Hr. Herzog zu Zweybrück iſt nach allen alten und neuen Pfalz-Bayeriſchen Hausverträ-

 gen

gen Condominus und Compoſſeſſor civilis von ganz Bayern. Es iſt alſo mit der angerühmten Gerechtigkeit und Mäßigung nicht zu vereinigen, wenn der Wiener Hof dieſen rechtmäßigen Erben und Mitbeſitzer durch einen dem Hauptbeſitzer abgezwungenen ungültigen Vergleich ſeines Erbeigenthums und Beſitzes beraubet, und ihn hernach zum Rechte auffordert, zugleich aber auch, wie hier geſchiehet, den Richter zum voraus anweiſet, wie er auf allen Fall ſprechen ſoll. Dieſes hier vorgeſchriebene Urtheil kann mit dem vom Kayſer und Reich beſtätigten, und ſelbſt von dem jetzigen Herrn Churfürſten erneuerten Paviſchen Hausvertrage von 1329. nicht beſtehen. In ſelbigem iſt nicht allein alle alienatio fideicommiſſi, ſondern auch **das Verwechſeln** und **das Verleihen** an Fremde allen Herren Pfalzgrafen auf ewig verboten, unter der nachdrücklichen Verordnung: „daß wenn eine der contrahirenden Linien, „oder für und für in Ewigkeit ihre Erben dagegen zu handeln ſich unterſtehen ſollten, alsdenn „deſſen Land und Leut von ihm ab- und dem beleidigten Theile ſo lange beyſtehen und gehorſam „ſeyn ſollen, bis aller durch die Uebertretung dem „Hauſe verurſachte Schaden, Nachtheil und Koſten wieder erſtattet, und das Fideicommiß wieder im vorigen Stand geſtellet ſeyn wird.“ Hierdurch iſt ſchon der Fall in terminis entſchieden, daß da der Hr. Churfürſt zu Pfalz Niederbayern wider die Vorſchrift des Paviiſchen Hausvertrages an ein fremdes Haus veräußert und verwechſelt, dieſes Land dem nächſten Hrn. Pfalzgra-

grafen, nemlich dem Hrn. Herzog zu Zweybrück, zufallen müſſe. (Siehe auch unten S. 115.) Dieſes muß alſo nach allen Rechten geſchehen, wenn der Wiener Hof und der Hr. Churfürſt zu Pfalz die Convention vom 3. Jänner nicht aufheben wollen. Und will der Wiener Hof von ſeinen Prätenſionen auf Bayern nicht abſtehen, ſo muß er ſie billig in petitorio ausführen, Kläger-Stelle vertreten, zuvor aber das Haus Pfalz wieder in den ruhigen Beſitz von ganz Bayern ſetzen. Dieſe Sätze heben die Verlegenheit, in welche der Wiener Hof zu ſeyn vorgiebt, welchem Fürſten er den Beſitz zurückſtellen ſoll. Sie ſind den natürlichen und bürgerlichen Rechten ſo gemäß, daß ſie von niemand in Zweifel gezogen werden können.

Wie kann man ſo dreiſte ſeyn, andern Widerſprüche vorzuwerfen, die man ſelbſt begeht und dem Publico anzumuthen, daß es an **dem Vorwurf eines nicht ernſtlichen Berufens des Wiener Hofes auf eine rechtliche Entſcheidung zweifeln ſolle?** Iſt dieſer Vorwurf nicht dadurch genug begründet, daß der Wiener Hof das Haus Pfalz erſt aus dem Beſitz von Bayern ſetzet, und hernach daſſelbe zu rechten auffordert, und ihm wider alle rechtliche Ordnung das Petitorium, den Beweis und die Klageſtelle aufbürden will? Was für Gerechtigkeit kann man ſich von einem ſo geſinnten Richter verſprechen?

Die-

Dieſes iſt doch wohl zu weit getrieben, daß Ihre Kayſ. M. nachdem Sie ſchon vor Erörterung Ihrer Anſprüche, ſich an die Spitze Ihrer Armee geſetzet, um ſie mit den Waffen zu behaupten, nunmehro Sich auf den oberſten Richterſtuhl ſetzen wollen, um in Ihren eigenen Sachen Recht zu ſprechen. Das Pfalzgräfl. Haus, ja die ganze Welt, kann ſich alſo das Urtheil zum voraus vorſtellen. K. Sigmund hat im J. 1429. nicht für ſich geſprochen, und 1426. fordert er ſelbſt die Churfürſten auf, um nicht in ſeiner eigenen Sache zu ſprechen. Die **Manngerichte** und **Compromiſſe** müſſen doch wohl mit Zuziehung und Einwilligung der Intereſſenten angeordnet werden. Was die Allodialſache zwiſchen den Churhäuſern Pfalz und Sachſen anlangt, ſo wird ſich hiernächſt zeigen, ob Se. Kayſ. M. darin Richter ſeyn können, wenn Sie ſich der Bayeriſchen Erbſchaft gänzlich begeben haben werden.

Königl. Preuß. Erklärung. S. K. Maj. haben — — intereßiret ſind. S. 407 ⸗ 409.
Beantw. d. Wien. Hofes. Ihre K. K. A. Maj. erachten — — aufgedekket werden. S. 409 u. 410.
Beantwortung des Königl. Preußiſchen Hofes.

Man kann ſich die Mühe ſparen, dieſe Stelle weitläuftig zu wiederlegen, da der Wiener Hof hier wieder ſo wie in der zu Regensburg am 10. April geſchehenen Aeußerung ſich auf den Grund der Sache nicht einläßt, ſondern wieder viele leere Worte macht über Fragen, die zur Hauptſache nichts thun, ob nemlich der König von Preuſſen

Ver⸗

Vergleiche ſeiner Reichsmitſtände beurtheilen und beſtreiten könne, ob man ſeine Ratification nöthig habe u. dergl. Dieſe Fragen entſcheiden ſich leicht von ſelbſt, wenn man wie K. Preußiſcher Seits geſchehen iſt, erwieſen; daß der Wiener Hof ſich in eine ihm ganz fremde Erbſchaft gedrungen; daß er den Churfürſten zu Pfalz zu einem Vergleiche gezwungen, der, wenn er auch freywillig geweſen, wie er nicht iſt, ungültig wäre; daß die Prätenſion auf Niederbayern, auf welche er gedachte Convention gebauet, wenn ſie gegründet wäre, nicht ihm, ſondern dem Churhauſe Brandenburg gehöre, folglich demſelben durch die Convention vom 3. Jenner auch directe zu nahe getreten wird, und alſo ſelbiges mehr wie einen zureichenden Grund hat, ſowohl die Oeſterreichiſche Prätenſion und deſſen Convention zu beſtreiten, als auch ſeinen von dieſem Hauſe unterdrückten Mitſtänden beyzuſtehen. Se. Königl. Maj. haben doch auch als ein **einzeler Reichsſtand** wohl das Recht, der unrechtmäßigen Gewalt, die die Kayſerin-Königin als **einzelner Reichsſtand** gegen ihre Mitſtände ausübet, zu wiederſtehen. Wenn der Wiener Hof ſeiner Sache etwas zutrauete, ſo ſollte er ſich mit den Nebenfragen über die Competenz, den Richterſtuhl und dergleichen nicht aufhalten, und nicht ſo lange und ſo ſorgfältig vermieden haben, die Gründe ſeiner Anſprüche dem Publico und dem Reiche vorzutragen, ſo wie S. K. M. v. Preußen, Ihrer guten Sache bewußt, Sich nicht lange bedacht haben, die Gründe der Ihnen ganz unbe-

fug-

ſugter Weiſe ſtreitig gemachten Fränkiſchen Succeßion dem Publico vorzulegen, ob Sie gleich dem Wiener Hofe einiges Erkenntniß darüber nicht zugeſtehen. Uebrigens iſt die Epoque des gegenwärtigen Jahres in ſeinen beſondern Vorgängen gar zu lehrreich, als daß S. K. M. von Preußen, nicht ſo wie der Wiener Hof der Entſcheidung der hohen Reichsſtände überlaſſen ſollten, ob ſie von den Grundſätzen, Behauptungen, und dem Verfahren des Königl. Preußiſchen oder des K. K. Hofes für Ihre Sicherheit, Unabhängigkeit, und für Ihre Gerechtſame etwas zu beſorgen haben.

Wenn der Wiener Hof nicht begreifen will, warum des Königs von Preuſſen Majeſt. Sich bey der Bayeriſchen Succeßions-Sache mehr intereßirt halten, als der K. K. Maj. ſo muß man ihm wiederholt bemerken, daß Se. Preuß. M. von der älteſten Tochter Herzog Albrechts von Oeſterreich und ſeiner Gemahlin Eliſabeth, K. Sigismunds Tochter, welchen und Ihren Erben dieſer Kayſer das Lehn von Niederbayern gegeben haben ſoll, der Kayſerin Königin Majeſt. aber nur von derſelben jüngſten Tochter abſtammen, und alſo, wenn die Prätenſionen aus dieſem Lehnbriefe jemals für gegründet erkannt werden könnte, die Würkung davon dem Churhauſe Brandenburg und nicht dem Hauſe Oeſterreich zukomme, wie man an ſeinem Orte gegen alle Einſtreuungen jederzeit näher darthun wird. Dieſes iſt die offenbare, nicht die geheime Triebfeder obgedachter Behauptung, die bloß dahin gehet, nicht

ſolche

ſolche ſelbſt zu nutzen, ſondern blos das ungereimte der Oeſterreichiſchen Prätenſion zu zeigen. Uebrigens kennen S. K. M. von Preuſſen keine geheime Triebfedern und Widerſprüche, welche nur dem Wiener Hofe eigen und natürlich ſind.

K. Pr. Erklärung. Man hat bisher — — ſchreiten. S. 411 — 418.
Beantw. des Wien. Hofes. Bevor Ihre K. K. A. Maj. — — erwieſen worden. S. 418 - 450.
Beantwort. des Kön. Preuß. Hofes.

Es iſt ſonderbar, daß der Wiener Hof den Anfang der Kriegesrüſtungen, den man von ihm gemacht zu ſeyn nöthigenfalls leicht erweiſen wird, hier Sr. K. M. v. Preuſſen aus einer auf lauter falſchen Vorausſetzungen gegründeten Vermuthung aufbürden will. Eine weit ſtärkere Vermuthung iſt, daß ein Hof, der ein ihm wohlgelegenes Land, auf das er aber nicht das geringſte Recht hat, bey einem unvermutheten Erledigungsfall ſich verſichern will, doch wohl eher ſich dazu rüſten muß, als der andere Hof, der ſolches aus rechtlichen Gründen zu verhindern ſuchen muß, aber auf den Fall nicht zubereitet ſeyn können. Ein jeder wird leicht erkennen, daß der Fall hier völlig auf den Wiener Hof trifft, und der Erfolg hat auch die Vermuthung genug beſtätiget, indem kundbarermaſſen eine Oeſterreichiſche Armee im Jenner 1778 nach Bayern marſchierte, und der Fürſt von Kauniz ſolches ſelbſt allen Höfen durch die bekannte Note vom 20ſten Jenner ankündigte, zu einer Zeit, da von den Preußiſchen Trouppen ſich noch nicht ein Mann gerühret.

Ueber-

Ueberhaupt läßt man es dahin geſtellet ſeyn, was die hohen Höfe Europens davon denken, und ob ſie es wohl einer reinen und auf Billigkeit gegründeten Staatskunſt gemäß finden werden, wenn ein großer Hof die perſönlichen Gedanken ſeines Nachbars über die wichtigſte Gegenſtände durch familiäre Unterredungen des Geſandten mit dem Monarchen auszuforſchen ſucht, ſie ohne deſſen Wiſſen und Zuziehung einſeitig niederſchreiben läßt, und ſie hiernächſt nach Verlauf von vielen Jahren dem Publico gleichſam als Tractaten vorlegt, und daraus Anerkenntniſſe und Verbindlichkeiten von der größten Wichtigkeit herzuleiten ſich bemühet. Hiernächſt hat man ſchon oben auf der 49ſten Seite dieſer Beantwortung bemerket, daß man die Wahrheit und den Werth der dort und hier Sr. Kön. M. v. Preußen beygelegten mündlichen Aeußerungen gegen die K. K. Geſandten, da keine Zeugen dabey geweſen, und hier ſich niemand derſelben erinnern kann, auf ſich beruhen laſſen, und ſie weder beſtreiten, noch auch für ganz richtig annehmen wolle; indeſſen aber, auch bey Annehmung des letztern Falles, daraus gar nicht folge, daß Se. K. M. weder die Anſprüche und Abſichten des Kayſerl. Hofes auf Bayern in dem jetzo verlangten Umfange gebilliget und anerkannt, noch ſich zu etwas verbunden haben. Eine gleiche Bewandniß hat es mit der Aeußerung, welche hier Sr. K. M. v. Preußen beygeleget wird. Im geſetzten, aber nicht zugegebenen Fall, daß ſie völlig ſo, und nicht anders gelautet, da bekanntermaſſen ein unrecht verſtandenes

nes

nes, oder auch ohne Vorſatz geändertes Wort den ganzen Sinn einer mündlichen Unterredung verändern kann; ſo folget daraus weiter nichts, als daß ein edeldenkender Monarch ſich gegen den Geſandten eines benachbarten Hofes freymüthig und ohne Zurückhaltung herausläßt, daß er ſich in die Stelle ſeiner Nachbaren ſetzet, und daß er erkennet, wie ihnen nicht gleichgültig ſeyn könne, durch eine Succeßion einen neuen mächtigen Nachbar zu bekommen; daß er alſo ſelbſt den Gedanken hinwirft, wie dieſer zwar in der Staatskunſt, aber nicht in der Gerechtigkeit gegründeten Beſorgniß durch einen Tauſch eines ſolchen Landes gegen ein anderes, bey welchem dieſe Beſorgniß wegfiele, abgeholfen werden könne. Daraus folget ferner, daß wenn Sr. K. M. ein Ihnen und andern unſchädlicher Tauſch der Fränkiſchen Lande gegen ein anderes vorgeſchlagen würde, Sie es ſelbſt billig erkennen, ſolchen zu Beruhigung des Kayſerl. Hofes und der Fränkiſchen Lande anzunehmen: aber keinesweges folget daraus, daß S. K. M. für billig erkannt und ſich anheiſchig gemacht, als ein Aequivalent für Ihre rechtsbeſtändige, jedoch mittelmäßige Succeßion in Franken dem Kayſerl. Hofe eine viel größere, oder auch nur gleiche, aber ſonſt auf einer gerechten Prätenſion gar nicht gerichtete Acquiſition in Bayern zuzugeſtehen. Es folget daraus auch gar kein Unterſchied der vorhergehenden und der gegenwärtigen K. Preuß. Sprache, noch weniger, daß der hiernebenſtehende Ausgleichungsplan der vorausgeſetzten Geſin-

nung Sr. K. M. gemäß erachtet werden könne, noch daß er auf Billigkeit und Gerechtigkeit gegründet ſey, noch auch daß er von der Rechts- und Friedensliebe Ihro K. K. Maj. einen Beweis abgebe. Daß ſolches alles nicht iſt, wird man durch eine kurze Zergliederung deſſelben hier näher zeigen.

Es iſt nicht zu läugnen, daß aus dieſem **Ausgleichungs-Plan** ein beſonderer Eſprit de conciliation, nach dem Ausdruck des Fürſten v. Kauniß an den Grafen v. Cobenzel hervorleuchtet; ob aber Gerechtigkeit, Billigkeit und Edelmuth dabey zum Grunde lieget, ſolches wird ein jeder Unpartheyiſcher nach folgenden wenigen Anmerkungen leicht beurtheilen können. Man proponirt einen wahren **Kauf- und Tauſchhandel** über eine dem Hauſe Oeſterreich **fremde** und eine dem Hauſe Brandenburg **eigenthümliche Erbſchaft.** Der Wiener Hof biethet Sr. K. M. an, ſeine gar nicht erforderliche Einwilligung zu einer künftig möglichen Vereinigung der Fränkiſchen Marggrafſchaften mit der Brandenburgiſchen Primogenitur zu ertheilen; er verlanget aber dagegen Sr. K. Maj. Anerkenntniß und Einwilligung zu der berüchtigten Convention vom 3. Jan. und zu der von ihm beabſichteten Acquiſition von **ganz** Bayern oder von einem Theil, nachdem er mit dem H. Churfürſten zu Pfalz darüber einig werden könne. Er rechnet Sr. K. Maj. an zum Aequivalent für beſagte Einwilligung ſeine **Nichtwiderſetzung** gegen eine ungewiſſe, entfernte, an ſich mäßige, jedoch ſonſt dem

dem Churhauſe Brandenburg unſtreitig zuſte-
hende Erbſchaft: dagegen ſollten S. K. M. ge-
ruhig zuſehen, daß das Haus Oeſterreich ſich
eine viel wichtigere Erbſchaft zu der es nicht
das geringſte Recht hat, zueigne, daß es Bay-
ern, das wichtigſte Herzogthum von ganz
Teutſchland ganz oder zum gröſten Theil und
dadurch in der That die Oberherrſchaft in ganz
Oberteutſchland diß- und jenſeits der Donau bis
an den Rhein, durch einen Federſtrich erwerbe,
daß dieſes alles ohne einige Theilnehmung Sr.
K. M. blos durch Tauſchhandlung des Wiener
Hofes mit des Hrn. Churfürſten zu Pfalz Dl.
welche eine Probe ihrer Sorgfalt für Ihr Haus
durch die Convention vom 3. Jan. gegeben, ab-
gemacht werde, daß alſo S. K. M. Ihre
Freunde und Bundsgenoſſen den H. Pfalzgra-
fen zu Zweybrück und den H. Churfürſten zu
Sachſen Ihrem Schickſal und der Diſcretion
der Höfe von Wien und Mannheim überlaſſen.
Unmöglich konnten S. K. M. eine ſolche Con-
vention eingehen, durch die Sie den Endzweck
Ihrer Intervention bey der Bayerſchen Erb-
ſchafts-Angelegenheit gänzlich verfehlet, und ſich
für dem Angeſicht von ganz Europa den gerech-
ten Vorwurf zugezogen haben würden, daß Sie
das Intereſſe und die Rechte der Häuſer Pfalz
und Sachſen ihrem Privatintereſſe, das den
Rechten nach nicht einmal würklich iſt, aufge-
opfert hätten; unmöglich konnte dieſes mit dem
Anſehen und der Ehre Sr. K. M. noch weniger
mit Ihrem wahren Staatsintereſſe, am wenig-

 ſten

ſten aber mit Recht und Billigkeit beſtehen, was auch der H. Fürſt von Kauniz darüber in ſeinem auf nächſtfolgender Seite angeführten Schreiben an den Grafen von Cobenzl darüber diſſertiren mag.

Der K. Preußiſche Hof glaubt in ſeiner erſten Erklärung (S. 10.) die von dem Grafen von Cobenzl bey dieſer Unterhandlung vorgebrachte Anträge und Grundſätze, obwohl nur auszugsweiſe, doch getreu, zweckdienlich und mit Auslaſſung desjenigen, ſo die zweydeutigen Grundſätze des Wiener Hofes noch mehr blos ſtellen konnte, vorgetragen zu haben. Da der Wiener Hof, ohne ſolche Schonung zu erkennen, hier zu verſtehen geben will, daß der Königl. Preußiſche von ſeinen Aeußerungen etwas zurückgehalten habe; ſo kann derſelbe ſich nicht länger entbrechen, **in den beyden Anlagen 1. u. 2.** die ächte und vollſtändige Denkſchriften der Unterhandlung, nemlich das Schreiben des Fürſten von Kauniz an den Gr. v. Cobenzl vom 24. April, welches der leztere anſtatt eines Memoire dem K. Preußiſchen Miniſterio vorgeleget, und die Antwort dieſes Miniſterii vom 7. May bekannt zu machen. Man darf beyde Schriften nur leſen und ohne weitere Auslegung gegen einander halten, um den darinn herrſchenden verſchiedenen Geiſt zu erkennen. Der Fürſt v. Kauniz ſagt: **Die Kayſerin-Königin glaube unſtreitige Rechte auf Bayern zu haben; ſie habe mit Churpfalz eine Con-**

ven-

vention geſchloſſen, und ſolcher zufolge von einigen Diſtricten Beſitz genommen, ihr Anſehen und Ehre erlaube nicht, ſo öffentliche Schritte ſo ſchlechterdings zurückzuziehen; ſie glaube die Haupttriebfeder des Widerſpruchs des Königs von Preußen lediglich in der politiſchen Convénienz zu finden. Er nimmt den gefährlichen und widerrechtlichen Grundſatz an: daß keiner der beyden Höfe ſich durch einen neuen Zuwachs vergrößern könne, ohne daß der andere gleichfalls einen Vortheil erhalte; er geſtehet offenherzig: daß dieſe politiſche Convenienz zum voraus der Urſprung und die Haupttriebfeder aller Widerſprüche und Gegenarbeitungen ſey, die ſein Hof, wenn man ſeine Acquiſition in Bayern nicht geſchehen laſſen wolle, gegen die Vereinigung der Anſpach-Barenthiſchen Lande mit der Königl. Preußiſchen Primogenitur anwenden werde, er verweiſt den Geſandten zugleich auf die ſogenannte Juridicalgründe; jedoch nur als Nebengründe, die gleich wegfallen ſollten, ſo bald der Preußiſche Hof dem Wieneriſchen ſeine Acquiſition in Bayern nicht weiter beſtreiten wollte; er fügt den politiſchen Wunſch hinzu: daß beyde Höfe freundſchaftlich vereiniget, die erſte Rolle ſpielen möchten, ohne ſich einander aufzureiben, und ſodenn von der

 Dicta-

Dictatur eines Dritten abzuhängen. Alſo iſt die politiſche Convenienz doch unſtreitig der einige oder doch vornehmſte Grundſatz dieſer K. Königl. Anträge; die Abſicht auf die Rechtmäßigkeit der Erwerbung, auf den Verluſt der Häuſer Pfalz und Sachſen wird ganz zurückgeſetzet, oder doch untergeordnet. Die Königl. Preußiſchen Miniſtri ſagen dagegen in ihrer Antwort: daß Se. Königl. Majeſtät die von dem Wiener Hofe angetragene Grundſätze im ganzen gelten laſſen könnten, ſolche aber auf den gegenwärtigen Fall nicht anwendbar finden; die rechtmäßige Regulirung der Bayeriſchen Succeßion ſey der Hauptgegenſtand ihrer Bemühungen, darüber verlangten Se. Königl. Maj. die Erklärung des K. K. Hofes und würden nach derſelben Befinden ſich zu allem bereitwillig finden laſſen, was die Beylegung der gegenwärtigen Irrungen und das gute Vernehmen der beyden Höfe erfordern könnte. Se. Königl. Majeſt. von Preußen unterwerfen es ſo wie der K. Königin Maj. dem Urtheil der Welt, ob ihre vom Wiener Hofe hier angeführte Antwort nicht mehr Beyfall als Tadel verdienen, und welcher von beyden Theilen nach dieſen unläugbaren Denkſchriften, die Unterhandlung auf gerechte, billige, mäßige, edle und uneigennützige Grundſätze, oder auf denſelben gerade entgegenſtehende Grundſätze, einer überfeinen und zweydeutigen, mehr die poli-

tiſche Convenienz als die Gerechtigkeit zum Grunde habenden Staatskunſt gebauet. Um ſich davon noch mehr zu überzeugen, darf man nur mit dieſem Schreiben des Fürſten Kauniß, dasjenige vom 31. May, ſo unter den Beylagen der **erſten K. Preußiſchen Erklärung** Nr. 9. befindlich iſt, vereinigen. Nach dieſen beyden Schreiben kann der Fürſt von Kauniß doch wohl nicht mehr leugnen, daß er die künftige Vereinigung der Fränkiſchen Fürſtenthümer mit der Chur Brandenburg, nicht weil er ſie für ungerecht hält, ſondern weil der König von Preußen ſeiner Bayeriſchen Uſurpation widerſpricht, beſtritten, und daß ſo bald der König von Preußen von dieſem Widerſpruch abſtehet, er obgedachte Vereinigung nicht mehr den Rechten des Kayſers, des Reichs, und den Hausverträgen zuwiderlaufend finden werde; daß folglich die Anträge, die er im Monat May **für die Vereinigung der Fränkiſchen Fürſtenthümer,** und die er im September und October deſſelben Jahres **wider dieſelbe** gethan, in einem ſolchen Widerſpruche ſtehen, welcher der ganzen Welt die Augen öfnen muß.

Der Kayſerin-Königin Maj. wollten alſo um **den allgemeinen Ruheſtand** zu beveſtigen, den größten und beſten Theil von Bayern und der Oberpfalz, den ſie dem Churfürſten von Pfalz abgedrungen, behalten und blos aus **Mäßigung,** zu Gunſten des Churhauſes Sachſen, **ihrem Rückgangsrechte** zu der

Bayeriſchen Allodial-Erbſchaft entſagen und dem Churhauſe Pfalz die **Königl. Böhmiſchen Lehen** in der Ober-Pfalz laſſen. Um von der **Mäßigung** dieſes Antrages richtig zu urtheilen, darf man nur bemerken: 1) daß nach dem unveränderten Herkommen in dem Hauſe Bayern, niemahls eine Regredienz-Erbſchaft darin ſtatt gehabt, daß ſolches Recht mit den eigenen Grundſätzen des jetzigen Hauſes Oeſterreich ſtreitet, und daß dieſes Haus allenfalls ſolches Recht mit den Häuſern Bourbon, Brandenburg, Würtemberg und andern gemein haben, und alſo nicht viel dadurch gewinnen würde, auch nicht **Lehen** und **Allodium** zugleich hätte erben können. 2) Die **Böhmiſchen Lehen** anlangend, ſo ſind ſolche von geringer Erheblichkeit; überdem gehörten ſie nach dem Paviſchen Vertrage von 1329. in welchem ſie größtentheils benennt ſind, und ſelbſt nach dem Weſtphäliſchen Frieden, ohnedem ſchon dem Hauſe Pfalz, und konnten nach Abgang der Bayern-Wilhelminiſchen Linie nicht eingezogen werden, wie unten noch näher wird erwieſen werden. Da alſo der Wiener Hof alles von ſeiner Bayerſchen Uſurpation behalten und ſo viel als nichts zurückgeben wollte, ſo konnten Se. Königl. Maj. dergleichen Anträge nicht anders als **unzulänglich** anſehen und verwerfen.

Da der hier angeführte Königl. Preußiſche allgemeine Antrag nur ein Aus- und Abzug des

des auf der folgenden Seite anfangenden umſtändlichen Vergleichs-Plans iſt, ſo kann man bis dahin ſparen, ſelbigen gegen die hier gemachte unerhebliche Einwürfe zu rechtfertigen und zu zeigen, daß er weder unbillig, noch der Ehre, dem Intereſſe und den Rechten der Kayſerin-Königin Maj. nachtheilig, ſondern nur gar zu vortheilhaft geweſen. Es fällt ſolches von ſelbſt in die Augen und man wird dahero nur die hier gemachte Ausſtellungen mit wenigem beleuchten und derſelben Ungrund zeigen.

Da Se. Königl. Maj. und mit Ihro die ganze unpartheyiſche Welt dafür halten muß, daß der Hof nicht zu einem Dorfe in Bayern einiges Recht hat, ſo haben Höchſtdieſelben glauben müſſen, und glauben noch, Friedens halber und in Anſehung der von dem Herrn Churfürſten zu Pfalz obwohl unverbindlich geſchloſſenen Convention, ein übriges gethan zu haben, indem Sie **nur einen Theil** des in Beſitz genommenen Landes zurückverlangt, und für den Ueberreſt nicht die Abtretung eines andern Landes **von gleichem Werthe**, wie hier wider die Wahrheit geſagt wird, ſondern nur ein ſolches Stück, was vielleicht nicht den vierten Theil des ihm beſtimmten Stückes von Bayern einträgt, und wobey der Wiener Hof den unſchätzbaren Vortheil eines an Böhmen und Oeſterreich gränzenden Landes erhalten und dagegen nur ein ander weit davon entlegenes unbeträchtliches Land hätte abtreten dürfen.

Würde dieſer Vortheil wohl in Vergleich kommen gegen die Entſagung der vielleicht nicht einen Thaler eintragenden Lehnrechte auf einige Bezirke in Sachſen, und gegen die Aufhebung ihrer an ſich unerheblichen Böhmiſchen Lehngerechtſamen und des noch weniger gegründeten und nur aus Rachbegierde erſonnenen Widerſpruchs gegen die Vereinigung der Anſpach-Bareuthiſchen Lande mit der Brandenburgiſchen Primogenitur. Kann ſolchemnach wohl mit Grunde der Wahrheit geſagt werden, daß S. K. Maj. von Preußen dem Wiener Hofe einen Antrag gethan hätten, wodurch er in der Weſenheit mit allen ſeinen rechtlichen und verglichenen Anſprüchen leer ausgehen und noch dazu verliehren würde? und erhellet aus dem vorherangeführten nicht das gerade Gegentheil und die Wahrheit desjenigen, was man zu Anfang dieſer Stelle behauptet?

Der Schriftſteller des Wiener Hofes irret ſich hier ſehr in der Zeit und den Umſtänden. Der von ihm auf der 66ten Seite angeführte Vorſchlag geſchahe auf Verlangen des Grafen von Cobenzl, von dem Königl. Preußiſchen Miniſterio mündlich in der Conferenz vom 7ten May. Derſelbe wurde weder von dem Grafen von Cobenzl, noch von ſeinem Hofe, der nicht einmahl die Zeit dazu gehabt, für unannehmlich erkläret; ſondern da der Graf von Cobenzl beſtändig darauf drang, daß da er ein ſchriftliches Vergleichs-Project übergeben, man ihm Königl.

Preußi-

Preußiſcher Seits ein ſchriftliches Gegenproject zuſtellen, ſolches auch auf die Vereinigung der Brandenburgiſchen Fürſtenthümer in Franken mit der Königl. Preußiſchen Primogenitur richten, und ſich über Ihro Königl. Maj. Intereſſe herauslaſſen möchte; ſo ließen Höchſtdieſelbe, ob Sie wohl lange nicht wollten, und ungerne daran giengen, Vorſchläge zu thun und wegen der Marggrafſchaften etwas, ſo ſie nicht nöthig hielten, zu verlangen, dennoch endlich geſchehen, daß ihr Miniſterium dem Grafen von Kobenzl in der Conferenz vom 20ten May, den hierneben ſtehenden Plan d'un arrangement général ſur la Succeſſion de Bavière zuſtellete. Nach dieſen Umſtänden, die der Graf von Kobenzl nicht läugnen wird, iſt es gewiß, daß der Wiener Hof Sr. Königl. Majeſt. dieſen Vergleichs-Plan und beſonders auch ihre Erklärung wegen der Vereinigung und Austauſchung der Fränkiſchen Marggrafſchaften abgefordert, augenſcheinlich, um Höchſtderoſelben Nachgebung und Begünſtigung in ſeinen Abſichten auf Bayern dadurch zu erhalten. Ein jeder unpartheyiſcher wird auch dieſen Vergleichs-Plan ſo beſchaffen finden, daß er einen jeden anderen, als den Wiener Hof, hätte zufriedenſtellen und von Sr. Königl. Majeſtät außerordentlichen Nachgiebigkeit und Gefälligkeit gegen ihn, und von der Friedensliebe und Uneigennützigkeit in Anſehung ihres eigenen Intereſſe überzeugen ſollen, wie man in der Folge bey jeder Stelle noch umſtändlicher zeigen wird.

Dieſer

Dieſer erſte Artikel iſt ſo wie folgende, bedächtlich ſo gefaßt, daß er ſeine Rechtfertigung in ſich ſelbſt enthält. Man darf hier nur wiederholen, was ſchon in der erſten Königlichen Erklärung (S. 11.) geſaget iſt. Da der Wiener Hof mit Recht nichts von Bayern zu fordern hat, und wenn er auch etwas zu fordern hätte, ſo konnte doch wohl mit Beobachtung einiger Mäßigung, nichts vortheilhafteres für ihn erdacht werden, als ihm den geruhigen und anerkannten Beſitz zu verſchaffen, von zwey großen und ſchönen Bezirken, die Millionen tragen können, wovon der eine nämlich der **Burghauſer Bezirk** der fruchtbarſte von ganz Bayern und der andere zum großen Theil nicht unfruchtbar iſt, durch welche Böhmen und Oeſterreich ſo anſehnlich erweitert, arrondiret, und mit vier großen Ströhmen begränzet worden wären, und dadurch natürliche, ſtarke, allen Nationen angenehme und gegen Landesgränzen vorzügliche Flußgränzen erhalten hätte. Das Haus Pfalz kann ſich glücklich ſchätzen, daß der Wiener Hof dieſen Antrag nicht angenommen. Daß man ſolchen gethan und ſo viel nachgegeben, ſolches rühret blos von wahrer Friedensneigung her, und weil die Sache einmahl durch die Convention vom 3. Jänner eine für das Haus Pfalz nachtheilige Wendung genommen, und außer Sr. Königl. Maj. und dem Hrn. Churfürſten zu Sachſen ſich derſelben niemand werkthätig annehmen wollte. Daß man die Gränzen nicht längſt dem Inn bis nach

Tirol

Tirol, ſondern nur bis Wildshuth an der Salza gehen laſſen, war deshalb, um dem Hauſe Pfalz-Bayern den Beſitz der für daſſelbe ganz unſchätzbaren Reichenhaller Salzwerke ohne die Bayern nicht beſtehen kann, zu erhalten.

Auch dieſer zweyte Artikel rechtfertiget ſich, ſo wie der vorhergehende, durch ſich ſelbſt. Da der Kayſerin-Königin M. nach dem erſten Artikel, den Staatskörper ihrer Monarchie, mit zwey unmittelbar daran gränzenden ſchönen und fruchtbaren Provinzen, ohne einiges daran habendes Recht vergrößern konnte, ſo hätte es Hochderoſelben doch wohl nicht Mühe machen ſollen, dem Hauſe Pfalz für einen ſo unerſetzlichen Verluſt, zwey kleine von dem Oeſterreichiſchen Staatskörper weit entlegene, wenig fruchtbare und nach der mündlichen Aeußerung des v. Thugut, nicht über 250000 Gulden jährlich eintragende Bezirke abzutreten. Durch ſolchen ungleichen Tauſch würde der Wiener Hof den Ueberſchuß von einer Million, den er verlangt und von Sr. Königl. Maj. eingeſtanden zu ſeyn vermeynt, erhalten haben. Der Königl. Preußiſche Hof hat dieſe beyde Diſtrikte **Limburg** und **Geldern** deshalb vorzüglich für den Oeſterreichiſchen Beſitzungen in Schwaben gewählet, weil dieſe zerſtreuet, und nicht zuſammenhängend ſind, und durch jene wenigſtens eine Beſitzung des Hauſes Pfalz nehmlich das Herzogthum Jülich, damit verknüpfet worden wäre und einigen Zuwachs erhalten hätte.

Da

Da nach dieſem Vergleichs-Entwurfe und der Abſicht des Wiener Hofes, der Churfürſt von Pfalz demſelben einen ſo großen Theil von Bayern abtreten ſollte; ſo hat man geglaubt, den Abſichten des K. K. Hofes nicht zuwider, ſondern vielmehr gemäß zu handeln, indem man die erledigte Reichs-Lehen vorſchlug, um dem H. Churfürſten zu Pfalz ſeinen großen Verluſt und zugleich die Entſchädigung des H. Churfürſten zu Sachſen zu erleichtern, und die Abtretung an Churſachſen der zu Bayern nicht eigentlich gehörigen Herrſchaften Mindelheim und Wieſenſteig ſchien gleichfalls ein Mittel dazu zu ſeyn. Niemand, wer nicht arge Gedanken zu hegen und auszuüben fähig iſt, wird hierin etwas anders als billige und convenable Vorſchläge, deren Modification aber von der Unterhandlung der Intereſſenten abhangen ſollte, finden.

Die vorhergehende Anmerkung gilt in ihrer Maaße und mit den erforderlichen Veränderungen auch auf dieſen vierten Artikel. So bald als durch Vergleich oder Recht ausgemacht wäre, wie man voraus ſetzte, daß der Herr Churfürſt von Pfalz, dem Herrn Churfürſten von Sachſen für ſeine Allodialforderungen an Bayern, an Land und Leuten etwas abtreten ſollte, ſo war nichts natürlicher, als dazu ein Stück der Ober-Pfaz zu wählen, die an Bäreuth gränzet, und dadurch den Chur-Sächſiſchen Landen am nächſten liegt.

Dieſes Ausgleichungs-Mittel hat der Wiener Hof bey der Berliner Unterhandlung geſtänd-

lich

lich ſelbſt und zuerſt vorgeſchlagen; es rechtfertigt ſich ſolches auch ſowohl durch ſich ſelbſt, als durch die dem 2ten Artikel beygefügte Anmerkung; denn da der Kayſerin Königin Maj. ein anſehnliches Stück von Bayern ohne einiges dazu habendes Recht erhalten ſollten; ſo hätte es Höchſtdenenſelben wohl nicht ſchwer fallen ſollen, die ſo wenig oder nichts eintragende und an ſich ſtreitige Lehnrechte, nebſt den Herzogthümern Limburg und Geldern, die, mit jenen Lehnrechten zuſammengenommen, noch ein ſehr unzureichend Aequivalent für die Acquiſition in Bayern ausgemacht haben würden, fahren zu laſſen.

Der ſechſte Artikel kann um ſo weniger einigem Tadel ausgeſetzet ſeyn, da der darin gethane Vorſchlag nicht **zuerſt** von Sr. Königl. Maj. von Preuſſen geſchehen, ſondern Hochderoſelben **zuerſt** von der Kayſerin-Königin Maj. ſelbſt in den Ausgleichungs-Plan vom 4. May und deſſen 3ten und 4ten Artikel, (ſ. die **Gerechtſame und Maaßregeln Ihro K. K. Maj.** (hieſelbſt) S. 62.) angetragen, und hier nur den Umſtänden nach deutlicher aus einander geſetzet worden.

Wenn man dieſen Ausgleichungs-Plan gegen den davon in der erſten K. Preußiſchen Erklärung (S. 11.) befindlichen Auszug hält, ſo werden unpartheyiſche ſelbigen nicht **verſtümmelt**, ſondern **getreu** finden. K. Preußiſcher Seits hat man keine Urſache, dieſen Plan zu verleugnen; man hat ihn blos deshalb nicht ganz

vor=

vorgeleget, weil er Kayſ. Kön. Seits nicht angenommen worden, und es alſo darauf nicht ankommen konnte. Man wird nichts weſentliches davon ausgelaſſen finden.

Man muß Königl. Preußiſcher Seits auf das feyerlichſte wiederholen, was man bereits in der fernerweitigen Vorſtellung (S. 13.) den Hohen Reichs-Mitſtänden conteſtiret: daß das Berliner Miniſterium dasjenige, was hier vorgegeben wird, niemals dem Grafen Cobenzl, hergegen vielmehr den geraden Gegenſatz, und dieſes zu erkennen gegeben: daß der Preußiſche Hof wünſche, mit dem Wiener Hofe über die zwiſchen ihm und den Bayeriſchen Erben ſtreitige Puncte durch Präliminar-Puncte ſich im voraus zu vereinigen, um ſie hiernächſt den Intereſſenten vorlegen zu können. Man iſt von der rechtſchaffenen Denkungsart wohlgedachten K. K. Geſandten verſichert, daß wenn er der Sache recht nachdenkt, er es nicht anders wird bezeugen können. Wie hätte der Berliner Hof auch verlangen können, eine Convention über ſein eigenes Intereſſe, vor der Bayeriſchen Sache abzuſchließen? Man war ja darüber einig! der Wiener Hof hatte durch den Plan vom 1. May (S. 62.) dem Berliner Hofe bereits ſeine Einwilligung zu der Succeßion und Austauſchung der Fränkiſchen Fürſtenthümer, und alſo faſt mehr als derſelbe verlangte, angeboten; alſo konnte dieſes ſein Intereſſe nicht mehr den Gegenſtand der künftigen Unter-

hand-

handlung ſeyn, ſondern blos allein der Streit zwiſchen dem Wiener Hofe und den verſchiedenen Bayeriſchen Erben, deren ſich Se. K. M. von Preuſſen angenommen. Es fällt alſo dieſer Vorwurf mit der daraus hergeleiteten Schlußfolge gänzlich weg, und er fällt vielmehr auf den Wiener Hof dahin zurück, daß derſelbe weder Wahrheit noch Wahrſcheinlichkeit ſchonet, um ſich an Sr. K. M. von Preuſſen zu rächen, und Höchſtderoſelben zweydeutige Handlungen und Abſichten, die mit Ihrer offenen Denkungsart ſo ſehr ſtreiten, anzudichten.

Eben dasjenige, was zu dem vorhergehenden Satze geſagt worden, gilt auch von dem ganzen neuen Plan, welchen der Wiener Schriftſteller Sr. Königl. Maj. hier angedichtet, um Dero Abſichten verdächtig zu machen, und der Welt eine Wolke vorzuſchieben, durch welche ſie die Ungerechtigkeiten ſeines Hofes nicht ſehen ſoll. Man müßte aber ſehr kurzſichtig ſeyn, um dieſes Kunſtſtück nicht zu merken. Dergleichen weit ausſehende Entwürfe mögen wohl zu der Staatskunſt des Wiener, aber nicht des Berliner Hofes gehören. Ein jeder, der die Verhandlungen Sr. Königl. Maj. in der Bayeriſchen Succeßionsſache mit unpartheyiſchen Augen anſiehet, wird finden, daß Höchſtdieſelbe mit größter Unpartheylichkeit in Anſehung der Häuſer Pfalz und Sachſen, welche ſie für die alleinige wahre Lehn- und Allodial-Erben von Bayern halten, ohne einige Vorliebe für das eine, oder andre Haus verfah-

ren, und daß Sie ſich blos gegen die offenbare Uſurpation des Wiener Hofes erkläret. Es fällt alſo dadurch der hier erdachte geheime Zuſammenhang von ſelbſt weg, wie es ſich auch in der Folge noch mehr zeigen wird.

Man muß bey dieſen hier Sr. Königl. Maj. beygelegten Aeußerungen das vorige wiederholen, daß man ſie auf ihren Werth oder Unwerth beruhen läßt, und ſie weder beſtreitet, noch anerkennet, weil keine Zeugen dabey geweſen, und man hieſiger Seits keine Protocolla über die Unterredungen des Königs hält. Sie beweiſen weiter nichts als die gefährliche, und wohl nicht allgemeinen Beyfall findende Methode des Wiener Hofes, die familiaire Unterredungen ſeiner Geſandten mit den Perſonen benachbarter Fürſten aufzufangen, und ſie nach vielen Jahren zu ſeinen Abſichten zu gebrauchen. An ſich enthält die hier angegebene Aeußerung, wenn ſie auch wirklich ſo gelautet, nichts widerrechtliches, nichts einem andern nachtheiliges, nichts eigennütziges, nichts friedwidriges, und überhaupt nichts, was Sr. K. Majeſtät nicht würdig wäre und nicht vielmehr Ihren hohen und offenherzigen Geſinnungen Ehre machte. Ueberhaupt kann man es nicht mit Grunde, eine Vergrößerungsabſicht nennen, und es iſt nichts unrechtmäßiges, wenn ein Fürſt ſeine Länder durch freywillige und unnachtheilige Austauſchungen, mit einem Nachbar zu arrondiren ſucht, auf eine Art, daß dieſer keinen Schaden, ſondern eher Vortheil dabey findet, wie der gegenwärtige Fall

iſt,

iſt, da die Lauſitz an die Mark Brandenburg, hergegen aber auch das Fürſtenthum Bayreuth-Anſpach an das Churfürſtenthum Sachſen gränzet; welches alles aber bey dem Tauſch, den der Wiener Hof mit dem Hauſe Pfalz treffen will, nicht eintrift, da derſelbe ein vortrefliches an Böhmen und Oeſterreich gränzendes Stück von Bayern erwerben, hergegen aber entfernte, an Bayern nicht gränzende, und im Werth gar nicht gleiche Stücke in Schwaben austauſchen will. Wenn endlich Se. K. Maj. das hier vom Wiener Hofe angeführte dem v. Swieten wirklich geſaget; ſo muß ſolches nicht ein zuſammenhängender und eifrig verfolgter Plan, ſondern blos ein fliegender Gedanke geweſen ſeyn, der von 1773. bis 1778. und ſo lange geruhet, bis der Wiener Hof ihn ſelbſt wieder in Erinnerung gebracht und zu nutzen geſucht, den Se. Königl. Maj. aber auch ſogleich wieder haben fahren laſſen, als er einige Schwierigkeit gefunden.

Es läßt ſich vor und wider ſtreiten, ob der Beſitz der Lauſitz, oder der Fürſtenthümer Bayreuth und Anſpach dem Königl. Churhauſe Brandenburg vortheilhafter ſey, ingleichen von welcher Seite, deſſen Nachbarſchaft der Krone Böhmen, oder dem Churfürſten zu Sachſen nachtheiliger ſeyn könne, und iſt alſo die Schlußfolge, welche hier daraus gezogen wird, weder richtig, noch entſcheidend.

Alles was hier und in der Folge von einer, Sr. K. Maj. beygelegten Abſicht, dem Wiener Hofe

zuwider zu ſeyn und den Sächſiſchen zu begünſtigen, um von demſelben die Austauſchung der Lauſitz zu erhalten, vorgegeben wird, beſteht in einer elenden, mit nichts erwieſenen und nicht einmahl wahrſcheinlichen Erdichtung, die ſich leicht dadurch ſelbſt widerlegt, daß ja der Wiener Hof, und nicht Se. K. Maj. davon den Antrag gethan, und daß, wie kurz vorher erwehnt, Se. K. M. gleich davon abgegangen ſind, und kein Wort weiter darüber verlohren, für ſich nichts verlanget, hergegen aber von Anfang her und noch jetzo ſich der Oeſterreichiſchen Acquiſition in Bayern aus keiner andern Urſach und Abſicht widerſetzet, als weil Dieſelbe alles Recht, alle Ordnung und Sicherheit im Teutſchen Reiche über den Hauſen werfen würde.

Se.

(Zur Note * S. 435.) *) Da man auch hier eine Staatsfeinheit, oder einen Widerſpruch ſuchen will, ſo dienet zu deſſelben richtiger Aufklärung, daß man K. P. Seits in dem hier angeführten Entwurf, deshalb einige Bezirke auſſer der Lauſitz fordern müſſen, weil man gewuſt und beweiſen kann, daß die beyden Fürſtenthümer Anſpach und Bayreuth mehr, als die ganze Lauſitz, einbringen.

(Zur Note * S. 436.) **) Hier zeigt ſich wieder die vorſetzliche Abſicht, aus kleinen nichts bedeutenden Umſtänden und aus einſeitig angegebenen, unerwieſenen Reden, Vortheile, und gegen den K. Preuß. Hof Vorwürfe zu ziehen. Was hier angeführet wird, iſt von dem Königl. Preußiſchen Miniſterio gewiß nicht dergeſtalt geäuſſert worden, und wenn von andern dergleichen Reden vorgefallen, ſo ſind ſie vielmehr dahin gegangen, daß zu verſuchen wäre, ob beyde Länder gleich würklich

zwi-

Se. K. Maj. von Preuſſen ſind niemals in die Beſtimmung und Würdigung der Allodialanſprüche Sr. Churfürſtl. Durchl. zu Sachſen an die Bayeriſche Succeßion hineingegangen. Höchſtdieſelbe haben ſie weder auf 47. noch auf 30 Millionen geſetzet; es war Ihre Sache nicht, ſie nach der unerwieſenen Angabe des Wiener Hofes auf 4 Millionen herunter zu ſetzen. Se. K. Maj. haben ſie alſo nicht vergrößert, noch vergrößern können, ſondern Ihre Vergleichsvorſchläge blos, ſo wie die Sache ohne genaue Unterſuchung zu überſehen geweſen, ex æquo & bono und auf eine Art eingerichtet, wie Sie geglaubet, daß weder dem Hauſe Pfalz, noch dem Hauſe Sachſen zu viel geſchehe; Sie haben aber beyden Hohen Häuſern dabey nicht vorgegriffen, ſondern die Endſchaft der Sache zu ihrer eigenen Entſchlieſſung und Unterhandlung ausgeſtellet.

Dieſe Stelle beſtehet wieder in nichts als in wiederholten Erdichtungen und unerwieſenen Angaben, die ſchon ſo oft widerlegt worden ſind. Se. K. M. von Preuſſen haben weder Pfalzzweybrück, noch Churſachſen begünſtiget; Sie hatten es nicht nöthig, Sie verlangten und verlangen noch nichts, weder von dem einen, noch von dem andern Hauſe; Sie beſtreiten blos allein die ganz offenbare und über alle Maaße gehende Ungerechtigkeit des Wiener Hofes, bey der, wenn ſie ſtatt haben ſollte,

 we-

zwiſchen des Herrn Churfürſten zu Sachſen und des Herrn Marggrafen zu Anſpach Durchl auszutauſchen ſeyn möchten.

weder die Sicherheit, noch die Freyheit der Teutſchen Reichsſtände weiter beſtehen könnte.

Dieſer ganze Abſatz kehret ſich nach der Wahrheit auf folgende Weiſe um: Der Wiener Hof, der weder nach ſeinen alten erdichteten Anſprüchen, noch vermöge des, dem Churfürſten zu Pfalz abgezwungenen, an ſich ungültigen Vertrages, zu einem Dorfe in Bayern ein Recht hat, ſollte blos Friedens und Ruhe halber, nur die Hälfte des mit Unrecht eingenommenen Landesbezirks zurück geben, zwey große, fruchtbare mit Böhmen und Oeſterreich zuſammenhängende Bezirke von Bayern behalten, dagegen zwey andere nicht halb ſo viel eintragende, über 60 Meilen von ſeinem Staatskörper entfernte Diſtricte abtreten und gewiſſen, zum Theil ſtreitigen, an ſich nichts eintragenden Lehnsrechten nach ſeinem eigenen Anerbieten entſagen. Nun urtheile ein jeder Unpartheyiſcher aus dieſer Vergleichung, ob die Unbilligkeit von Seiten des K. Preuß. Hofes iſt, der dieſen Antrag gethan, oder von Seiten des Wiener Hofes, der ihn verworfen.

Bey dieſer Stelle kann man ſich K. Preuß. Seits abermals alle Widerlegung und Beantwortung erſparen, da ſie aus nichts als ſo oft wiederholten und nicht den geringſten Schein habenden Erdichtungen beſtehet. Ihr ganzer Grund fällt weg, ſobald man in Erwegung ziehet, daß der Wiener Hof zuerſt den Antrag von dem Austauſch der Lauſitz gethan, daß Se. K. Maj. ſich ſolchen blos gefallen laſſen, aber bey der erſten

Schwie-

Schwierigkeit davon abgeſtanden, und nicht das geringſte weder von Pfalz, noch von Sachſen verlanget. Man ſollte dem Wiener Hofe faſt nicht zu viel thun, wenn man annimmt, daß er den Tauſch der Lauſitz gegen Bayreuth und Anſpach in der argliſtigen Abſicht auf die Bahn gebracht, um, entweder Sr. Königl. Maj. zu Begünſtigung ſeiner Abſichten auf Bayern zu gewinnen, oder wenn ſolches nicht gelingen ſollte, Höchſtdieſelbe durch Andichtung des hier ſo künſtlich ausgedachten Plans, der Welt verdächtig machen und eines Eigennutzes beſchuldigen zu können.

Der ſchlechte und **niedrige** Ausdruck von **Brandſchatzung** paſſet blos auf den Wiener Hof. Nach den Nachrichten, die man hat, ſoll er Sr. Churf. D. zu Pfalz, zu den erledigten Reichslehen in Bayern zu verhelfen ſchon Hofnung gemacht haben, und es folget einigermaßen aus dem 5. Art. der Convention vom 3. Jänner. An ſich wäre es nicht unſchicklich, für das große Opfer, welches das Haus Pfalz dem Hauſe Oeſterreich in Bayern thun ſoll; und dieſes letztere Haus hat alſo dadurch in der That das Reich in **Brandſchatzung** geſetzet, nicht der König in Preuſſen, der nichts verlanget.

Dieſe Anmerkung, ſo ſpitzig und hämiſch ſie iſt, ſo wenig trift ſie, wenn man betrachtet, daß Se. Königl. Maj. auf keinem Tauſche beſtehen, und daß Chur-Sachſen durch Bayreuth zunächſt an die Ober-Pfalz gränzet.

Ob dies billig ſey oder nicht, ſolches haben die Häuſer Pfalz und Sachſen unter ſich auszu-

machen; Se. Königl. Preußiſche Maj. haben blos den Vorſchlag gethan.

Ihro K. K. Maj. haben keine Rechte, die Sie zum Opfer bringen könnten. Man ſchlägt vor, daß Kayſer und Reich die hier benannte Lehen in Schwaben an Churſachſen verleihen ſolten, um Friede und Ruhe zu erhalten, um dem Wiener Hofe, und nicht dem Könige von Preuſſen, ein Opfer zu bringen und Vergrößerung zu verſchaffen.

Man hat K. Preußiſcher Seits den hier angeführten Gerechtſamen keinen andern Namen beygeleget, als den ſie der Wahrheit nach verdienen, und den man nöthigen Falls jederzeit bewähren kann.

Dieſer ganze Abſatz iſt wieder nur, um das Papier zu füllen, hieher geſetzt worden, indem der daraus folgende Schluß wenig oder nichts auf ſich hat. Man hat K. Preußiſcher Seits, von den Böhmiſchen Lehen in der Ober-Pfalz niemals eine Hauptbeſchwerde gemacht, ſondern dieſe allezeit mit der Beſchwerde wegen Niederbayern verbunden, und wegen beyder Gegenſtände die Verletzung des Weſtphäliſche Friedens gerüget. Wenn man der Ober-Pfalz und der Böhmiſchen Lehen beſonders erwehnt, ſo iſt es geſchehen, weil der Weſtphäliſche Frieden bekanntermaßen die Ober-Pfalz, worin die Böhmiſche Lehen liegen, dem Hauſe Pfalz namentlich verſichert. Uebrigens war das eigene Memoire dem Wiener Hofe nicht gewidmet, und

hätte

hätte derſelbe darüber kein Aufheben machen dürfen, wiewohl es nichts unrichtiges enthält.

Man bleibt dabey, ſich auf das Urtheil eines jeden unpartheiiſchen zu berufen, und glaubet noch, daß nicht leicht ein Plan zu erdenken ſey, der der Kayſerin-Königin Majeſtät vortheilhaftere Bedingungen hätte verſchaffen können als eben dieſer, wodurch Höchſtderoſelben ohne einige gegründete Prätenſion, blos Friedens halber, die Abtretung von zwey wichtigen, mit ihren Erblanden zuſammenhängenden Provinzen gegen ein wenig proportionirtes Aequivalent, das kaum den Namen davon verdienet, verſichert wurde. Der K. Preußiſche Hof erhielte keinen andern Vortheil dadurch, als die von dem Wiener Hofe ſelbſt angetragene Aufhebung ſeines an ſich widerrechtlichen Widerſpruchs gegen die dem Churhauſe Brandenburg ohnedem gebührende Succeßion in ſeine Fränkiſche Fürſtenthümer; die Austauſchung derſelben gegen die Lauſitz kann ihm nicht angerechnet werden, weil ſie von der Willkühr des Churhauſes Sachſen abhängt, und nicht Eingang gefunden. Daß übrigens nach den eigenen Grundſätzen des Wiener Hofes, das Churhaus Brandenburg mehr als das Erzhaus Oeſterreich zu den, bey der Bayeriſchen Erbfolge intereßirten Partheyen gehöre, iſt ſchon genug erwieſen worden.

Es iſt ein Glück für das Haus Pfalz, daß dieſer Vergleichs-Plan, der blos um einen Krieg zu verhüten, vorgeſchlagen worden, nicht

iſt angenommen werden. Daß die Vorſchläge des Wiener Hofes nicht deutlich, beſtimmt, noch ſonſt annehmlich geweſen, ſolches werden die folgenden Betrachtungen zeigen.

Der Kayſerin Königin Maj. haben kein Rückfallsrecht auf die Bayeriſche Allodial-Erbſchaft, und können alſo auch demſelben nicht entſagen. Wenn Sie dergleichen verlangen wollten, ſo hatte das Churhaus Brandenburg mit andern Hohen Häuſern eben dergleichen, wo nicht ältere und ſtärkere Rechte. Wenn ferner der Wiener Hof dem Churſächſiſchen, wegen deſſen Allodial-Forderungen von dem in Beſitz genommenen Antheil von Bayern beſonders befriedigen ſollte; ſo würde dieſes zum Grunde ſetzen, daß man dem Wiener Hofe ein SucceßionsRecht zu dieſem Antheil zugeſtehe. Dieſes kann aber weder das Churhaus Sachſen, noch das Haus Pfalz Zweybrück, noch das Churhaus Brandenburg thun. Das Churhaus Sachſen wird ſich wegen ſeiner Allodial-Forderung vermuthlich an die ganze Bayeriſche Erbſchaftsmaſſe halten, und ſich nicht mit einem unbefugten Particulier-Prädententen, ſondern mit den wahren Lehn-Erben von Bayern vergleichen wollen, und nichts anders kann ihm mit Recht angemuthet werden.

Man hat auch nichts mehreres verlanget, noch eine andere Abſicht gehabt, als daß der Kayſerin-Königin Maj. zu ſeiner Zeit, durch Ihre Stimmen und durch ihre Verwendung bey Kayſer und

Reich,

Reich, zu Befriedigung der Herren Herzoge von Mecklenburg beytragen möchten.

Die hier angedeutete Antwort würde paſſend geweſen ſeyn, wenn die Anſprüche des Wiener Hofes gegründet, und der mit Chur-Pfalz geſchloſſene Vergleich freywillig und ohne Beytritt von Pfalz-Zweybrück gültig geweſen wäre; da aber von allem dieſem das Gegentheil erwieſen iſt, ſo hätten die Häuſer Zweybrück, Churſachſen und Chur-Brandenburg ſich bey einer ſolchen Antwort nicht beruhigen können, zumahl da der Haupterbe durch die Convention vom 3. Jänner ſo viel von Bayern verliehren ſollte, daß er dadurch auſſer Stande geſetzt war, die Allodial-Anſprecher zu befriedigen.

Zuförderſt müſſen Se. Königl. Maj. von Preußen mit des Herrn Herzogs zu Pfalz-Zweybrück Durchl. nach Ihrer Ueberzeugung dafür halten, daß die Krone Böhmen ohnedem ſchuldig ſey, ihre, in der Ober-Pfalz belegene Lehen als alte Pfalz-Bayeriſche Stammgüter, die in dem Fideicommiß des Paviiſchen Vergleichs begriffen ſind, nach Abgang der Ludwigiſchen Linie, der von dem erſten Erwerber ebenfalls abſtammenden Rudolphiniſchen zu verleihen. Geſetzt aber, daß auch ſolches nicht wäre; ſo können dieſe notoriſch wenig erhebliche Lehne unmöglich nur für ein mittelmäßiges Aequivalent, gegen den Verluſt des wichtigen Herzogthums Niederbayern, zu dem man dem Wiener Hofe niemals ein gegründetes Recht zugeſtehen kann, angeſehen werden. Die Ent-

Entſagung der Böhmiſchen Lehnrechte auf einige Bezirke von Sachſen, kann bey ihrer bekannten Unerheblichkeit eben ſo wenig ein Gewichte dazu legen, und was die Begünſtigungen, die man bey dem Austauſch mit Chur-Pfalz verſpricht, anlanget; ſo folget die Antwort und Erläuterung darauf bey dem folgenden Satze.

Man geſtehet, daß dieſe Aeußernngen des Wiener Hofes deutlich und beſtimmt genug ſind, um einen unerſetzlichen Nachtheil für die Häuſer Pfalz und Sachſen zu entſcheiden, nicht aber um den Weg zu einem billigen und erträglichen Vergleiche zu bahnen. Anlangend den Austauſch und die Begünſtigungen, welche der Wiener Hof dem Hauſe Pfalz dabey zugedacht hat; ſo ſind die Grundſätze, welche dieſer Hof dabey annehmen will, in der Unterhandlung von Braunau gar zu bekannt geworden, als daß das Haus Pfalz nicht lieber denſelben gänzlich entſagen möchte. Der Wiener Hof will dadurch immer mehr gewinnen, und beſonders die für Bayern unſchätzbare Reichenhaller Salzwerke, und die fruchtbarſte Bezirke von Ober- nnd Nieder-Bayern nach den Rechnungen der bisherigen ſchlechten Verwaltung, gegen ſeine übertriebene und zerſtreuete Beſitzungen in Schwaben austauſchen. Es mag ihm alſo freylich nicht anſtehen, daß der König von Preuſſen bey dieſem vorgehabten Austauſche eine Verwirrung angerichtet; für die Erhaltung von Recht und Billigkeit aber und das Intereſſe der Häuſer Pfalz nnd Sachſen, war ſolches nöthig nnd rechtlich.

Dieſe

Dieſe Anfragen konnten dem Wiener Hofe weder dictatoriſch und inquiſitoriſch, noch befremdlich und unerwartet vorkommen, wenn er die geringſte Neigung gehabt hätte, ſo wie der Königl. Preußiſche Hof, die Bayeriſche Succeßions-Streitigkeit auf eine billige und für die Häuſer Pfalz und Sachſen erträgliche Art abzuthun, und ſeine Abſicht nicht vielmehr geweſen, darin ganz freye Hände mit Churpfalz zu behalten, und den Königl. Preußiſchen Hof durch die Einmiſchung der Anſpachiſchen Succeßions-Sache von der Bayeriſchen abzulenken. Wie kann der Wiener Hof ſich über Erbitterung beſchweren, da der Königl. Preußiſche ihm ohne einiges Recht noch anſehnliche Convenienzen in Bayern anbot? Unpartheyiſche mögen urtheilen, ob dieſes Memoire vom 13. Junii nicht viel mehr blos offenherzige, anſtändige und zweckdienliche Aeuſſerungen und Fragen enthielt. Daß es nicht in dem demüthigen und ängſtlichen Ton, den der Kayſerl. Hof von den Reichsfürſten erwartet, abgefaſſet war, dazu hatte der Königl. Preußiſche Hof keine Urſache.

Da Se. Königl. Maj. von Preuſſen die von dem Wiener Hofe mit Churpfalz geſchloſſene Convention nicht anerkennen können, noch werden, da Sie erwieſen haben, ſelbſt nach den Grundſätzen des Wiener Hofes an der Bayeriſchen Succeßion mehr Antheil, als derſelbe, zu haben; ſo konnten Sie das hier angeführte Verſprechen für keine zureichende Antwort gelten

laſſen,

laſſen, noch zugeben, daß die Acquiſition des Wiener Hofes in Bayern, nach gedachter Convention, oder nach dem von dem Hauſe Pfalz erſt zu beweiſenden Antheile des Herzogs Johann, beurtheilet und modificiret werde.

Des Herzogs von Zweybrück Durchl. und Se. Königl. Majeſt. von Preuſſen, als Dero Beyſtand, wollen und können den Rechten nach nicht zugeben, daß der, von dem Wiener Hofe intendirte Austauſch zwiſchen dieſem Hofe und Churpfalz allein abgemachet werde. Um Unrecht und Krieg zu verhüten, ſuchten Se. Königl. Maj. einen Vergleich in Pauſch und Bogen durch Abtretung und Austauſchung beſtimmter Bezirke zu bewirken. Dieſes war der Billigkeit gemäß, und wenn es dem Wiener Hofe Ernſt geweſen wäre, dazu die Hände zu bieten, und er nicht vielmehr von der Schwäche des Hauſes Pfalz hätte profitiren wollen; ſo hätte er kein Bedenken tragen dürfen, ſich über dieſe Frage zu erklären, und die ſtreitige Succeßion mit den Häuſern Pfalz und Sachſen, und ihren Freunden im ganzen zu vergleichen.

Die Antworten, welche der Wiener Hof dem Herrn Churfürſten zu Pfalz ertheilet, konnten den Herrn Herzog zu Zweybrück nicht zufrieden ſtellen. Wenn das Haus Pfalz im Stande bleiben ſollte, das Churhaus Sachſen zu befriedigen; ſo mußte man wiſſen, was demſelben für die an den Wiener Hofe abzutretenden Diſtricte für Aequivalente und Vortheile gelaſ-

ſen

ſen werden ſollten. Uebrigens haben Se. Königl. Maj. von der Kayſerin-Königin Maj. für den Herrn Churfürſten zu Sachſen keine Vortheile, ſondern nur Gerechtigkeit, und daß die Bayeriſche Succeßion in ihrer Weſenheit gelaſſen würde, verlangt.

Dieſe Frage und Forderung war nicht auſſerordentlicher, als diejenige, nach welcher der Kayſerin-Königin Maj. ſich angemaßet, die Sie nicht mehr als jeden andern Reichsſtand angehende Succeßion von Bayern, durch Zwang mit dem Herrn Churfürſten zu Pfalz, zum Nachtheil der Häuſer Pfalz und Sachſen zu reguliren. Da nun ſolches einmal geſchehen, ſo waren Se. Königl. Maj. als Reichsſtand und Bundesgenoſſe des Herrn Pfalzgrafen von Zweybrück und des Hrn. Churfürſten zu Sachſen, wohl berechtiget zu verlangen, daß mit Jhro und mit dieſen Fürſten die Succeßion von Bayern reguliret, und das bishero geſchehene Unrecht abgeſtellet, was aber für Se. Kayſerl. Maj. und das Reich gehöret, an daſſelbe gebracht werde, wozu bishero von dem Kayſerl. Hofe nach ſeiner Obliegenheit, noch nicht der geringſte Schritt geſchehen iſt.

Se. Königl. Maj. von Preuſſen haben ja nicht verlangt, die Verleihung der durch den Tod des Churfürſten von Bayern dem Reiche eröfneten Lehen mit der Kayſerin-Königin Maj. allein und definitive zu reguliren. Nichts dergleichen ſteht weder in Jhrem Vergleichsplan,

noch

noch in dem Memoire vom 13. Junii. Vielmehr haben Sie im 3. Art. des Vergleich-Plans vorgeſchlagen, daß des Kayſers Maj. dieſe Lehen verleihen möchten. Ueberhaupt iſt die Meynung geweſen, und verſtehet ſich von ſelbſt, daß des Kayſers Maj. die beyden Höfe und die intereßirende Theile einen billigen Vergleich über die ganze Bayeriſche Succeßion entwerfen, und hiernächſt diejenige Artikel, welche den Beytritt des Reichs erfordern, demſelben zur Regulirung, nach der Reichsverfaſſung vorlegen, und ſolches durch ihre Stimmen befördern möchten. Dieſes iſt den Rechten gemäß, und ein anders wird ſich aus allen Königl. Preußiſchen Anträgen nicht erzwingen laſſen.

Wenn des Königs Maj. ſich mit der Kayſerin-Königin Maj. über ihre Anſprüche an Bayern auf eine erträgliche Art hätten vereinigen können; ſo würden auch hernach beyde Höfe gar füglich ihre Vermittelung zu einem billigen Vergleich zwiſchen den Häuſern Pfalz und Sachſen, wegen der letztern Allodial-Forderungen, haben anwenden können, welches ja der Wiener Hof ſelbſt mehr denn einmal während der Berliniſchen Unterhandlungen angetragen, und er auch zugeſagt zu haben hier ſelbſt angiebt. Ein mehreres haben Se. Königl. Maj. von Preuſſen nicht verlangt. Dieſe Vermittelung konnte aber nicht eher von einiger Wirkung ſeyn, bis, wie vorhero erwähnt, abgemacht war, was der Wiener Hof von Bayern erhalten

ſollte, oder nicht, als wovon abhing, von wem und wie die Sächſiſchen Allodial-Forderungen ſollten befriediget werden.

Da der Frh. v. Riedeſel einberichtet, daß er ein Memoire übergeben habe, ſo hatte man Urſache zu glauben, daß es das Memoire vom 13. Junii ſey. Wenn darunter ein Irrthum vorgegangen; ſo iſt es ungebührlich, ſolches einen **falſchen Umſtand** zu nennen. Uebrigens mag die unpartheyiſche Welt aus der Gegeneinanderhaltung der beyderſeitigen Memoires Urtheilen, in welchen eine **unanſtändige** und **deſpotiſche** Sprache, oder in welcher die Sprache der **Wahrheit** und der **Falſchheit** herrſche? und ob das K. Pr. Miniſterium nicht mehr zu Erhaltung des **Ruheſtandes** durch ſeine nachgiebige Friedensvorſchläge gearbeitet, als das Wiener Miniſterium zu deſſen Unterbrechung, durch das ihm allein zur Laſt fallende, ganz ungerechte, und in der Teutſchen Geſchichte kein Beyſpiel habende Unternehmen auf die Bayeriſche Erbfolge, gethan. Da das Berliner Miniſterium ſolches nicht mit der vermuthlich erwarteten Gleichgültigkeit anſehen mögen, ſondern nach den Befehlen und mit dem Beyfall ſeines Souverains, die ungerechte und falſche Staatskunſt des Wiener Miniſterii in ſeiner Größe, doch mit aller Ehrerbietung gegen den Hof, und mit aller Mäßigung gegen die Perſonen, dargeſtellet; ſo nennet man ſolches eine **Erbitterung**; ſo ſetzet man ſelbſt in dieſer Schrift, und beſonders in dieſer Stelle allen

Wohlſtand und alle Mäßigung bey Seite, und ſo treibt man Privat-Scribenten auf, und vertraut ihnen vermeintliche Staatsgeheimniße an, um ſowohl die Hohe Perſon Sr. K. Maj. v. Pr. als auch ihr Miniſterium mit Schmäh- und Stachelſchriften, die aber auf nichts als die gröbſten Unwahrheiten und Erdichtungen gegründet ſind, anzugreifen. Das ſind Würkungen einer niedrigen Rachbegierde, die ihre Wiederlegung und ihre Strafe in ſich ſelbſt führen, und die ihren Urhebern wenig Ehre machen.

Da der Wiener Hof die **mündliche Aeuſſerungen** des Frh. v. Riedeſel, welche man hier geltend zu machen ſucht, nicht angenommen, ſo verbinden ſie zu nichts, und können keine Folgen haben; ſie ſtehen auch in keinem wahren Widerſpruch mit dem Memoire des Königl. Preußiſchen Hofes. Nachdem der Herr Churfürſt zu Pfalz durch die unglückliche Convention v. 3. Jänner und die Einräumung des Beſitzſtandes von Niederbayern an den Wiener Hof, die Sache ſeines Hauſes ſo ſehr verwundet; ſo haben Se. Königl. Maj. um einen Krieg zu vermeiden, freylich nachgeben wollen, daß der Wiener Hof etwas mäßiges von Bayern zu ſeiner Convenienz behalten möchte; Ihre Meynung aber iſt jederzeit geweſen, daß dieſe Abtretung zuförderſt mit Sr. Königl. Maj. und des H. Herzogs zu Zweybrück Durchl. beſtimmt und verglichen werden ſollte, daß ferner der Wiener Hof den gröſten und wichtigſten Theil von dem, ſo er in Bayern in Beſitz genommen, dem Hauſe Pfalz zurückgebe, und dasjenige, ſo er behielte, durch ein in dem Vergleich

gleich zu beſtimmendes Aequivalent in Schwaben, oder den Niederlanden, vergütigen ſollte, da denn der Wiener Hof blos durch die Lage und durch die Austauſchung eines unmittelbar an ſeinen Staatskörper gränzenden und der Natur nach einer gröſſen Verbeſſerung fähigen Diſtricte gegen die Abtretung ſeiner entfernten und ihrer Natur und Verfaßung nach allezeit einer viel geringeren Verbeſſerung fähigen Diſtricte, ſchon anſehnliche, und vielleicht eine Million Einkünfte übertreffende Vortheile erhalten haben würde; niemals iſt aber die Abſicht dahin gegangen, dem Wiener Hofe ein von ihm ſogenanntes **Präcipuum** von einer Million oder 1,300,000. Guld. Einkünfte, als ein aus ſeinem vermeintlichen Succeßions-Recht herrührendes **Voraus** zuzugeſtehen; wie man ſolches dem Frh. v. Thugut zu Braunau in der Antwort v. 15. Aug., welche in den Beylagen der **fernerweitigen Erklärung** (S. 6.) bekannt gemacht worden, bedeutet. Hierdurch fällt alſo die hier gemachte mathematiſche Ausrechnung in den Brunnen. Man weiß auch gewiß, das der, vom Wiener Hofe in Beſitz genommene Theil von Bayern als der fruchtbarſte, ſchon würklich vielmehr als dieſe Summe an Einkünften trägt, und bey einer mittelmäßigen Verwaltung vielmehr tragen könnte, zumahl wenn die Ständiſche Einkünfte dermaleins mit dazu gerechnet würden.

Da eine ſo wichtige Sache nicht durch mündliche Aeußerungen abgemacht werden konnte, da beyde Theile auch darzu nicht einig waren, ſon-

 dern

dern der Fürſt von Kauniß hartnäckig auf ſeinen Forderungen beſtand, und alle andere Auskunftsmittel verwarf, ſo muſte der K. Preußiſche Hof wohl eine ſchriftliche Antwort auf das Memoire von 13. Junii verlangen, welche auch den 24. Junii, ſo wie ſie unter den Beylagen beyder Schriften ſtehet, erfolget. Da nun der Fürſt v. Kauniß darin alle Königl. Preußiſche Vorſchläge gänzlich verwarf und am Ende trocken erklärte; daß, wenn Se. Königl. Maj. die Vorſchläge Ihrer K. K. Majeſt. nicht annehmen wollten, alle gütliche Auskunft zwiſchen beyden Höfen unmöglich und alle weitere Aufklärung überflüßig wäre; ſo konnten Se. Königl. Maj. ſolches doch wohl für nichts anders, als für eine gänzliche Abbrechung der Negociation, die ſchon auf fünf Monathe vergeblich gedauert und für eine beſchloſſene Fortſetzung der in Bayern angefangenen geſetzwidrigen Gewaltthätigkeit anſehen. Höchſtdieſelbe konnten ſich alſo nicht entbrechen, dem Wiener Hofe durch das Memoire vom 3. Jul. ſein Unrecht und den Ungrund des Memoire vom 24. Junii zu zeigen, und da deſſen Unwürkſamkeit genug vorherzuſehen war, ſo blieb Sr. K. Maj. nichts übrig als der Gewalt, welche der Wiener Hof in Bayern ausgeübet, durch gleichmäßige Mittel in Böhmen zu begegnen. Sie durften Sich durch die hier angeführte Erklärung, daß der Wiener Hof allen bey der Bayeriſchen Erbfolge intereßirten Theilen Gerechtigkeit wiederfahren laßen wollte, davon nicht abhalten, noch ſich der-

ge-

geſtalt abweiſen laſſen. Der K. K. M. ſind in der Bayeriſchen Succeßionsſache nicht mehr als Parthey und Reichsſtand; Sie können niemand Gerechtigkeit wiederfahren laßen; Sie müſſen Recht nehmen und ſuchen; Sie müſſen Bayern in dem Stande, wie es zur Zeit des Erbfalls geweſen, laſſen, oder es wieder darinn ſetzen, und wenn ſie ſolchen Beſitzſtand durch eigenmächtig gebrauchte Gewalt geſtöret, ſo muß Sie es nicht befremden, wenn ein anderer Reichsſtand, der anders denkt, und der nach Ihren eigenen Grundſätzen noch mehr Recht zu der Bayeriſchen Succeßion hätte, ſich mit dem natürlichen Lehn- und Allodial-Erben von Bayern verbindet, und alle Mittel, die ihm die Vorſicht in die Hände giebt, anwendet, um die Bayeriſche Succeßion wieder in ihren geſetzmäßigen Stand zu ſetzen.

Kön. Preuß. Erklärung. Wenn Man — — überzeugen. S. 450.

Beantwortung des Wiener Hofes. Alles bisherige — — aufzudecken. Eben daſ.

Beantwortung des Kön. Preuß. Hofes.

Der K. Preußiſche Hof iſt ganz ruhig darüber, daß die Treue ſeiner Erzählung und die Wahrheit der daraus gefolgerten Punkte, ſich durch die Gegeneinanderhaltung der Schrift des Wiener Hofes und dieſe ſeine Beantwortung völlig beſtätigen wird.

K. Pr. Erklärung. 1) daß — — werfen würden. S. 451.

Beantw. des Wien. Hofes. Da durch die — — überzeuget ſind. S. 451, u. 52.

Beantwort. des Kön. Preuß. Hofes.

Da durch dieſe Beantwortung die Unwahrheit aller Sr. K. Maj. von Preuſſen beygelegten Triebfedern dargethan iſt, da Höchſtdieſelbe dabey verbleiben, für ſich nichts zu fordern und nichts verlangen, als daß die Bayeriſche Succeßion in den vorigen geſetzmäßigen Stand wieder hergeſtellet und an die Erben, denen der Civilbeſitz gebühret, zurückgegeben werde, mit Vorbehalt der Rechte eines jeden; da Se. K. Maj. die Jhro von dem Wiener Hofe angebothenen Vortheile ausgeſchlagen, und lieber die Gefahr des Krieges gelaufen, ſo folget daraus ja wohl unwiderſprechlich, daß **Sie aus keiner andern Urſache** an der Bayeriſchen Succeßionsangelegenheit Theil genommen, **als weil Sie von der Ungerechtigkeit der Kayſerl. Königl. Beſitznehmung überzeugt ſind.**

Die **Ueberzeugung** Sr. Königl. Maj. von Preuſſen iſt freylich kein Geſetz für der Kayſerin-Königin Maj. aber die **Ueberzeugung** der K. Königin iſt auch kein Geſetz für andere Reichsſtände, daß ſie ſolche gleich erkennen ſollten. Welche Ausſicht für die Sicherheit und Freyheit aller Reichsſtände, wenn der Kayſerin-Königin Maj. ſich bemächtiget halten, ſo oft als ein Reichsfürſt ſtirbt, deſſen Lande Jhro gelegen ſind, ſelbige unter ganz nichtigen Vorwänden, durch Jhre Truppen in Beſitz zu nehmen, die natürliche Beſitzer und Erben durch Drohungen und Gewalt zu Anerkennung Jhrer Anſprüche zu zwingen, ſich an den Widerſpruch der nächſten Erben nicht zu kehren,

ren, denſelben den Weg der Klage zu überlaßen, Ihres Orts aber den Weg Rechtens ganz bey Seite zu ſetzen. Haben alsdenn des Königs von Preuſſen Maj. nicht eben ſo viel Recht als der K. Königin Maj. ſich in ein ſolch fremdes Geſchäfte zu dringen, und Ihnen gleiche Mittel entgegen zu ſetzen?

K. Preuß. Erklärung. 2) Daß — — vereinigen. S. 452.

Beantw. des Wien. Hofes. Da einem — — geltend machen. Eb. daſ.

Beantwort. des Preuß. Hofes.

Dieſe Stelle bedarf keiner weitläuftigen Widerlegung. Sie enthält blos unrichtige Schlußfolgen aus unerwieſenen und widerlegten Sätzen. Der K. K. Hof hatte kein Recht, und nicht einmahl einen Anſpruch zu dem geringſten Theil der Bayeriſchen Succeßion, oder der Anſpruch kommt Sr. Königl. Maj. zu. Der K. K. Hof hat zu Erlangung ſeines Endzwecks unrechtmäßige Gewalt gebraucht. Nichts deſto weniger haben Se. Königl. Maj. ihm fünf Monat lang freundſchaftliche Vorſtellungen gethan, und ihm ſogar zu einer Convenienz verhelfen wollen. Es ſind keine dictatoriſche Machtſprüche, wenn Sie den Wiener Hof aufgefordert, die Bayeriſche Succeßion in den geſetzmäßigen Stand zu ſetzen, und ſeine Anſprüche hiernächſt im Reichsverfaßungsmäßigen Wege Rechtens geltend zu machen.

K. Preuß. Erklärung. 3) Daß Se. — — Wendung bekommen. S. 453.

Beantwortung des Wiener Hofes. Wie die — — erwieſen worden. Eb. daſ.

Beantwortung des K. Pr. Hofes.

Die in dieſer Stelle enthaltenen Vorwürfe ſind theils **unwahr**, theils **unerwieſen**, und **unerlaubt**, um ſie nicht mit dem wahren ſtärkeren Namen zu belegen. Der K. K. Hof hat nicht die geringſten Rechte, noch Anſprüche auf Bayern; Se. Königl. Majeſtät haben ihm aber dennoch wegen der Convention vom 3. Jänner durch vortheilhafte Eintauſchungen, zu einer anſehnlichen Arrondirung ſeiner Erblande verhelfen wollen. Wie kann mit Wahrheit geſagt werden, daß Ihre Vorſchläge zu Bedrückung des Churpfälziſchen Hauſes abzielten? ſolches konnte ja blos durch die von Pfalz an den Wiener Hof zu thuende Abtretungen geſchehen; Se. Königl. Maj. haben ja niemahls das geringſte für ſich von dem Hauſe Pfalz gefordert. Wenn Sie die rechtmäſſige Erbſchaft Ihrer Fränkiſchen Fürſtenthümer zu erhalten geſucht, ſo iſt ſolches keine Vergrößerung; und wenn ſie es wäre, ſo wäre ſie es nicht auf Koſten des Hauſes Pfalz, noch des Hauſes Oeſterreich, noch ſonſt jemandes. Die Vertauſchung derſelben gegen die Lauſitz wäre es gleichfalls nicht, und Se. Königl. Maj. haben ja auch darauf niemals beſtanden.

K. Preußiſche Erklärung. 4) Daß wenn — — geſchehen iſt. S. 453.

Beantwortung des Wiener Hofes. Da man ſchon — — Intereſſe. S. 454.

Beantwortung des Königl. Preuß. Hofes.

Was

Was man hiervon in dem 4ten Saße der erſten Königl. Erklärung geſagt, wird allezeit wahr, und was hier dagegen geſaget wird, unwahr bleiben, wie vorhin weitläuftig erwieſen iſt. Das Churhaus Brandenburg iſt vollkommen berechtiget, die Fränkiſchen Fürſtenthümer bey deren Eröfnung mit der Primogenitur zu vereinigen. Se. Königl. Maj. haben die Einwilligung des K. K. Hofes niemals vor gegenwärtigem Jahr durch eine förmliche Unterhandlung verlangt; was aus vorigen Jahren angeführet wird, beſtehet aus einſeitigen unerwieſenen Angaben von vorbeygehenden Unterredungen; hergegen iſt erwieſen und anerkannt, daß der Kayſerl. Hof Sr. Königl. Maj. während der Berliner und Braunauer Unterhandlung öfters zuerſt und ohne disſeitiges Verlangen, ſeine Einwilligung zu gedachter Vereinigung angetragen, um dagen Sr. Kön. Maj. Einwilligung zur Trennung von Bayern zu erhandeln. Daß bey der Vereinigung ſolcher Länder mit der Chur Brandenburg, wie auch bey derſelben Austauſch mit der Lauſiß, kein Vorwurf von Vergrößerung und eigenem Intereſſe ſtatt haben könne, iſt bey dem vorigen Saß und öfters vorhin nicht blos erwähnet, ſondern auch erwieſen worden.

Kön. Preuß. Erklärung. 5) Daß der —— nahe zu treten. S. 454.
Beantw. d. Wien. Hofes. Abermal eine —— bedungen worden? S. 455.
Beantw. des Preuſſ. Hofes.

Man würde in eben ſo unnütze Wiederholungen verfallen, wenn man dieſe Stelle weitläuftig widerlegen wollte. Daß die Vorſchläge des Kayſerl. Königl. Hofes in dunkelen und unbeſtimmten Präliminarien beſtanden, ſolches zeiget der Augenſchein, und weil alles auf eine künſtige Behandlung zwiſchen dem übermächtigen Wiener Hofe und dem ſich allein zu überlaſſenden mindermächtigen Hauſe Pfalz mit Ausſchlieſſung Sr. Königl. Maj. ausgeſetzet war. Wenn das Anſehen und das Intereſſe der Kayſerin-Königin Maj. in der gänzlichen Trennung von Bayern und in der Erhaltung der Convention vom 3. Jänner geſetzet wird, ſo waren freylich die Königl. Preußiſchen Ausgleichungsanträge nicht vortheilhaft genug für die Abſichten des Kayſerl. Königl. Hofes. Sie waren es aber mehr wie zu viel, in Anſehung der ganz nichtigen und wenigſtens nicht auf rechtliche Art erwieſenen und geltend gemachten Kayſerl. Königl. Anſprüche.

Da der Wiener Hof im 6ten Artikel der Convention vom 3. Jänner ſich den Austauſch des ganzen Complexus von Bayern vorbehalten; ſo entſtand daraus doch wohl die Gefährlichkeit, daß das Haus Pfalz ganz Bayern hätte verlieren können, wenn es mit dieſem Austauſch eben ſo wie mit der Convention vom 3. Jänner zugegangen, und ſolcher mit dem gar zu nachgiebigen Herrn Churfürſten zu Pfalz allein, ohne Zuziehung des eventuellen

Nach-

Nachfolgers geſchloſſen, oder auch das Haus Pfalz-Zweybrück ohne Beyſtand gelaſſen worden wäre. Denn daß der Wiener Hof die Abſicht gehabt, ſich hierdurch den Weg zur Eintauſchung und Erwerbung von ganz Bayern zu bahnen, wird derſelbe wohl niemanden ausreden. Daß die Methode, nach welcher er in Bayern mit dem Hauſe Pfalz tauſchen wollen, und für das Haus Pfalz **verlieren**, einerley ſey, ſolches hat man ihm in den Memoiren der Braunauer Negociation überzeugend dargethan, da er ein bishero ſehr ſchlecht verwaltetes Land nach den bisherigen Verwaltungs-Rechnungen gegen ſeine aufs höchſte getriebene Beſitzungen eintauſchen will; da er das Salzwerk von Reichenhall erwerben will, deſſen Einkünfte, da er dadurch zugleich das Salzmonopolium in Oberteutſchland erhielte, ſo hoch, wie er wollte, getrieben werden könnten. Der **Badenſche Friede** hat zwar dem Hauſe Bayern die Erlaubniß ertheilt, ſeine Staaten zu vertauſchen, aber nicht dergeſtalt, daß einzelne Mitglieder dieſes Hauſes ſolches ohne Zuziehung der übrigen thun könnten, und der Paviſche Vergleich hat dem Hauſe Pfalz-Bayern **alles verwechſeln**, oder **vertauſchen** gänzlich verboten, welches wenigſtens ohne Einwilligung des ganzen Hauſes nicht wieder aufgehoben werden kann.

Kön. Preuß. Erklärung. 6) Daß alſo — — zuzuſchreiben ſind. S. 456.

Beantw. des Wiener Hofes. Was hiervon — — ge-
machet hat Eben daſ.
Beantw. des Kön. Preuß. Hofes.

Es geſchiehet hier keine **Mißdeutung** der Erklärung des K. K. Hofes. Er geſtehet, die **Berichtigung der Bayeriſchen Angelegenheit durch eine gütliche Auskunft mit Sr. Königl. Preußiſchen Maj. für unmöglich erklärt zu haben.** Nun will er ſie **dem geſezmäßigen Erkenntniß- und Entſcheidungswege überlaſſen haben.** Warum hat er aber dieſen Weg nicht eingeſchlagen und abgewartet? Warum hat er ſich vorhero und wärend der Widerſprüche der Pfälziſchen Miterben, wie ihm nicht allein durch ſo viele Umſtände, ſondern auch ſelbſt durch das Zeugniß des Herrn Churfürſten zu Pfalz erwieſen worden, mit Gewalt in den Beſitz des ſtreitenden Objects geſetzt? Iſt das die Bayeriſche Angelegenheit dem geſetzmäßigen Entſcheidungswege überlaſſen, und iſt ſolches nicht alſo proteſtatio Facto contraria? Alſo iſt nicht dieſe **Ueberlaſſung,** ſondern die dagegen **eigenmächtig** unternommene **Uſurpation** von Bayern, die natürliche Folge des Bruchs der Unterhandlung; alſo fallen alle hier gemachte harte Vorwürfe von **friedbrüchigen, Reichsverfaſſungswidrigen, ungerechten Gewalthaten** lediglich auf den Wiener Hof zurück, und dasjenige, was Se. Königl. Maj. von Preuſſen gethan, und wozu Sie durch die Ungerechtigkeiten und durch die Argliſt des Wie-

ner

ner Hofes zum viertenmahl gezwungen werden, ſind nichts als natürliche Folgen von ſeinen Vorgängen.

Kön. Preuß. Erklärung. Um von dem — — beypflichten wird. S. 457.

Beantw. des Wiener Hofes. Se. K. Preuß. Maj. — — Hofes. S. 458.

Beantw. des Kön. Preuß. Hofes.

Hat denn nicht der Wiener Hof durch die eigenmächtige und gewaltſame Beſitznehmung von Niederbayern dem Richteramt zuerſt vorgegriffen? Wenn der Kayſerin-Königin Maj. ganz Bayern den natürlichen Erben und Civil-Poſſeſſoren reſtituiren; wenn Sie die Bayeriſche Succeßion in den geſetzmäßigen Stand wieder herſtellen; wenn Sie dem Gebrauch der Waffen entſagen, und dem Richteramt nicht vorgreifen werden, alsdenn werden Se. Königl. Maj. von Preuſſen ſich dergleichen auch nicht anmaßen, und die hier angezogene Erklärung pünktlich erfüllen. Sie ſind aber nicht daran gebunden, ſo lange der Wiener Hof willkührlich und eigenmächtig verfährt, und es iſt alſo kein Widerſpruch zwiſchen ihren Worten und Handlungen, wohl aber hat man ſolches ſo eben dem Wiener Hofe erwieſen.

Kön. Pr. Erklärung. Die ganze Angelegenheit — — gegründet iſt. S. 458-463.

Beantw. des Wiener Hofes. Alles was hier — — mißkennet hat. S. 463-466.

Beantw. des Kön. Preuß. Hofes.

Da der Kayſerl. Königl. Hof hier geſtehet, das Erbrecht des Pfälziſchen Hauſes und das

Lehen

Lehen von Bayern überhaupt durch die Convention vom 3. Jänner **anerkannt zu haben**; da er die Gründe, auf die man Königl. Preußiſcher Seits dieſes Erbrecht geſtützet, nicht beſtreiten will; ſo müſte er doch den Beweis führen, warum er Niederbayern von dieſer, dem Hauſe Pfalz zugeſtandenen Erbfolge, ausſchlieſſen will. Ob er nun dieſen Beweis hinlänglich geführt, ſolches wird ſich in der Folge zeigen.

Man ſollte in dieſer Stelle, welche den Grund des Streits betrift, Beweiſe erwarten; an deren Statt findet man nichts als dreiſte und unerwieſene Behauptungen. Man könnte alſo Kön. Preußiſcher Seits ſich einen Gegenbeweiß erſparen, zumal da derſelbe ſchon ſummariſch in der **erſten Königl. Erklärung** S. 15-18. (Th. 1. der Samml. S. 444-450) und in der **Herzogl. Pfalz-Zweybrückiſchen Vorlegung der fideicommiſſariſchen Rechte des Hauſes Pfalz auf Bayern**, geführet worden iſt. Indeſſen will man, um den Leſern dieſer Schrift keinen Zweifel zu laſſen, den hier gewagten kurzen und unerwieſenen Säßen, mit kurzen uud erwieſenen Gegenſätzen begegnen.

*) Es wird hier ohne Anführung einiger Urſache oder Beweiſes, willkührlich angenommen, **daß auf Niederbayern nach ſeinem Urſprunge kein Fideicommiß haften könne, und daß die Theilung von 1255. eine wahre**

*) Man verbinde hiermit den, unter der folgenden Nummer befindlichen und hierher gehörigen Nachtrag.

wahre Todtheilung geweſen. Eine Todtheilung wird nicht vermuthet; ſie muß von dem, der ſie anführet, erwieſen werden, und ſo lange ſolches nicht geſchiehet, bleibt die natürliche und überwiegende Vermuthung: daß zwey Linien, die von einem gemeinſchaftlichen Stammvater herſtammen, ſich auch gemeinſchaftlich und wechſelſeitig ſuccediren und ſich nicht gänzlich abgetheilet haben. Der Wiener Hof kann unmöglich den Beweis des Gegentheils, oder der Todtheilung führen, da nach dem Zeugniß der Bayeriſchen Archivarien, die Theilungsurkunde von 1255. aus dem Bayeriſchen Archiv entwendet iſt. Hergegen kann man für die gemeinſchaftliche Erbfolge der Häuſer Ober-Bayern und Pfalz in Niederbayern; obwohl es nicht nöthig wäre, kürzlich folgende bündige Beweiſe führen. K. Otto IV. hat im J. 1208. Herzog Ludwig I. in Bayern (tam ipſi quam ſucceſſuris heredibus Ducatum Bavariæ cum univerſis terris et poſſeſſionibus, quas idem Dux in manu ſua tenuit) und nicht allein ihm, ſondern auch allen ſeinen Erben, folglich auch den Herzogen von Ober- und Niederbayern und den Pfalz-Grafen, die von ihm alle in gerader Linie abſtammen, das ganze Herzogthum Bayern, folglich auch Niederbayern, welches er gewiß beſeſſen, auf ewige Zeiten und zwar eydlich verliehen. Dieſer niemals aufgehobene Lehnbrief ſollte allein dem Hauſe Pfalz die Succeßion in ganz Bayern auf alle ewige Zeiten verſichern. Ueberdem aber hat

nach

nach der Theilung von 1255. die Linie von Oberbayern mit der von Niederbayern den Gebrauch von Namen und Wappen und ſelbſt von der Churſtimme, durch das Urtheil von K. Rudolph I. von 1275. gemeinſchaftlich geführet, und über die minderjährigen Herzoge von Niederbayern das lehnsvetterliche Vormundſchaftsrecht ausgeübet, welches alle Beweiſe wider die Todtheilung und für die gemeinſchaftliche Erbfolge ſind. Nachdem die Niederbayeriſche Linie im J. 1340 ausgegangen, ſo ſuccedirte ihr K. Ludwig IV. Herzog von Oberbayern blos als nächſtgeſippter, und wurde von den geſammten Landſtänden von Niederbayern, laut der ihnen ertheilten und noch vorhandenen Handveſte von 1341, als ihre rechte Herrſchaft von rechter Erbſchaft wegen angenommen. Wie kann man nun ſo verwegen ſeyn, gegen dieſen klaren und unwiderſprechlichen Beweis, ohne Anführung des geringſten Gegenbeweiſes zu ſagen: daß K. Ludwig IV. Niederbayern vorzüglich aus Kayſerl. Macht und Gewalt eingezogen, und die Pfalzgrafen mit ihren Anſprüchen gänzlich abgewieſen habe. Sie wurden nach dem Zeugniß aller Schriftſteller blos deshalb für dieſesmal abgewieſen, weil ſie einen Grad weiter als Kayſer und Herzog Ludwig mit dem letztverſtorbenen Herzoge von Niederbayern verwandt waren. Da ſie ſich aber nicht beruhigen wollten, ſo gaben die Herzoge von Oberbayern den Pfalzgrafen laut dem beyliegenden Ingolſtädtiſchen Vergleich von 1348. für ihre An-

ſprüche auf Niederbayern eine Abfindung von 60,000. Gold-Floren und von 6000. Mark Silbers, und verſchrieben ihnen dabey: daß, wenn ſie, die Herzoge von Bayern, nicht mehr wären, ihnen, den Pfalzgrafen, das Land Niederbayern von Todes wegen zufallen ſollte. Kann wohl nach dieſen ſo klaren und ſo paſſenden Umſtänden, die in der erſten Königl. Preußiſchen Erklärung und in der Herzoglich Pfalz-Zweybrückiſchen ausführlichen Vorlegung mit Urkunden erwieſen ſind, wohl der geringſte Zweifel übrig bleiben, daß die verſchiedenen Linien des Geſammthauſes Pfalz-Bayern an keine Todtheilung jemals gedacht, ſondern ſich die gemeinſchaftliche Succeſſion jederzeit vorbehalten; folglich muß auch der Vertrag von Pavia vom J. 1329. und das darin auf die ſämmtliche Beſitzungen und Rechte der Linien von Bayern und Pfalz gelegte und vom Kayſer und Reich beſtätigte Fideicommiß, obſchon die Herzoge von Niederbayern ſolchen nicht mitgeſchloſſen, auf Niederbayern, auf welches die Pfalzgrafen vorhin erwieſenermaßen ein Erbfolgsrecht hatten, mitgehen. Die hier gegen ſolche Beweiſe auf eine verwirrte Art eingeſtreute Einwendungen ſind ſo ſchwach, daß man ſich über derſelben Gebrauch billig verwundern muß, daher man ſie nur mit wenigen Worten widerlegen will. Die Abſtammung gründet allerdings das Erbſchaftsrecht, ſobald nicht eine vorgegangene Todtheilung erwieſen iſt, folglich kommt ſie hier dem Hauſe Pfalz zu ſtatten,

ten, zumahl, da ſo viele erwieſene Vergleiche ihm daraus die Wirkungen der Erbfolge verſichern. Selbſt der Kayſerin-Königin Maj. erkennen ausdrücklich in dem 5ten Artikel der Convention vom 3. Jänner, das Erb- und Lehnfolgrecht Sr. Churf. D. zu Pfalz und des geſammten Rudolphiniſchen Hauſes in ganz Ober und Niederbayern aus dem Grunde der Abſtammung von dem erſten Erwerber, mit Ausſchluß der Oeſterreich zufallenden Diſtrikte; folglich muß die Abſtammung allein dem Hauſe Pfalz das Erbrecht geben; die Ausnahme oder das Gegentheil aber muß von dem, der ſolches behauptet, erwieſen werden. Der Vertrag von Pavia wurde von den Häuſern Oberbayern und Pfalz nicht allein auf ihre würkliche Beſitzungen, ſondern auch auf ihre Herrſchaften, und alſo auf ihre Rechte, folglich auch auf Niederbayern geſchloſſen, und es iſt nachhero in den neuern Hausverträgen, namentlich auf Niederbayern erſtrecket worden. Es iſt grundfalſch und ganz unerwieſen, daß K. Ludwig IV. Niederbayern aus Kayſ. Macht eingezogen; es iſt falſch, daß ſeine Söhne durch den Vergleich von 1348. ſolche ihm beygelegte ſo genannte gerechte Maaßregeln entkräftet, und durch den, den Pfalzgrafen zugeſtandenen Vorbehalt den allgemeinen Reichsgeſetzen einen Abbruch gethan hätten. Dieſer ganze Einwurf fällt weg, nachdem man erwieſen, daß Kayſer und H. Ludwig von Bayern nicht aus Kayſerl. Macht, ſondern von

rechter Erbſchaft wegen als Herzog von Bayern in Niederbayern ſuccediret hat. Wo iſt das allgemeine unſtreitige Reichsgeſetz vorhanden, welches denen von einem Stamm herkommenden Reichsſtänden verbiethet, ſich die Sammtfolge zu ſichern? welches Reichsgeſetz erfordert die ausdrückliche Einwilligung des Kayſers zu dergleichen Hausverträgen? Iſt ſie nicht auch zu dem Traktat von Pavia ausdrücklich ertheilt? Hat ſie nicht K. Sigismund ſelbſt durch das Schreiben vom Sixtitag 1425. (S. Beyl. Nr. 4.) und durch den Urtheilsſpruch von 1429. ertheilt? Haben die Kayſer nicht ſeit 1181. bis jetzo zu allen ihnen nicht unbekannt geweſenen Theilungen des Hauſes Bayern ſtillſchweigend conſentiret, und kann man ſagen, daß ſie nicht ausdrücklich conſentiret haben, wenn ſeit 600. Jahren alle ihre Conſensbriefe nicht aufbehalten worden? Wie viele Häuſer in Teutſchland würden auf dieſe Art bey ihren Succeßionen und Beſitzungen ſicher ſeyn? Nach allen dieſen Umſtänden hat K. Sigismund das Lehn von Niederbayern nicht für eröfnet halten können; er hat es auch nach ſeinem Reſcript Nr. 4. und nach ſeinen den Herzogen von Oberbayern ertheilten Beleihungen nicht dafür gehalten, ſondern vielmehr ſeinen eingebildeten Anſpruch durch das Urtheil von 1429. gänzlich niedergeſchlagen. Die neuere Verträge des Geſammthauſes Pfalz-Bayern erſtrecken ſich auch auf Niederbayern, und die hier aus dem Vertrage von 1766. angeführte Clauſul: in ſo weit

man ſolches zu gewähren im Stande ſey, gehet nicht auf Niederbayern allein, ſondern auf alle Bayeriſche Beſitzungen, und iſt eine gewöhnliche Clauſula ſalvatoria, die niemanden was giebt, noch was nimmt. Im Grunde iſt die Abſicht dieſer Clauſul geweſen, daß das Haus Bayern, welches verſchiedenes ſelbſt an Oeſterreich ohne Conſens von Pfalz abgetreten, ſich dadurch gegen die etwanige Pfälziſche Anſprüche wahren, und nicht mehr verſichern wollen, als es würklich beſitze. Die Privilegien der Landesſtände, die man nur als Nebenbeweiſe angeführet, verlieren durch ihr jüngeres Alter nichts an ihrem Gewichte. Es hat aber auch K. und H. Ludwig bereits 1341. gleich nach dem Anfall von Nieder-Bäyern, in der damaligen Handveſte verordnet: **daß Ober- und Niederbayern fürbaß ein Land heißen und ewiglich ungetheilt bleiben ſoll.** Dieſes Privilegium eines Kayſers und Herzogs von Bayern iſt doch nicht neu, ſondern alt und bündig genug, und ſtehet auch der jetzo vorhabenden Trennung weſentlich entgegen. Dieſes mag vorjetzo genug ſeyn, um den Ungrund dieſer Hauptſtelle der Wiener Gegenſchrift zu zeigen. Man müſte Bücher ſchreiben, wenn man bey jeder Reihe zeigen wollte, wie alles darin ohne Beweis und wider die vorhin weltkündige Wahrheit dictatoriſch hingeſchrieben iſt.

Kön. Preuſſ. Erklär. 3) So wie nach — — Regredienz-Rechtes beweiſet. S. 466-468.

Beantw.

Beantw. des Wien. Hofes. Man hat kurz — — nicht aufheben. S. 468 ⸗ 474.
Beantw. des K. Preuſſ. Hofes.

So kurz und ſeicht der Wiener Schriftſteller über die vornehmſte Gründe der Hauptſtreitfrage in der vorhergehenden Stelle weggehet; ſo weitläuftig iſt er hier über einen zur Hauptſache wenig thuenden Nebenpunkt, den er überdem künſtlich zu verdrehen weiß. Der Königl. Preußiſche Hof hat den Pfalz-Bayeriſchen Hausvertrag von 1766. nur in ſo weit als einen Beweis gegen die Kayſerl. Königl. Anſprüche angeführet, daß derſelbe dem Herrn Churfürſten zu Pfalz die Macht genommen, dem Wiener Hofe Anſprüche und Rechte auf Niederbayern zuzugeſtehen. Wenn der Wiener Hof vor Schließung des Vertrages von 1766. gegründete Rechte auf Niederbayern gehabt hätte, ſo würde dieſer Vertrag ſie ihm freylich nicht genommen haben. Weiter nimmt der K. Preuſſiſche Hof die Antwort, welche der Kayſerl. Königl. Hof ihm hier in den Mund leget, keinesweges an. Er überläßt den Häuſern Pfalz und Sachſen, die Allodialanſprüche des letztern durch beliebige Wege unter ſich abzumachen; er will nur nicht zugeben, daß der Wiener Hof den beſten Theil der Bayeriſchen Erbſchaft vorhero weg- und dem Hauſe Pfalz die Mittel benehme, das Haus Sachſen zu befriedigen. Der Widerſpruch, welchen der Wiener Hof aus der Anführung des Hausvertrages von 1766. dem Königl. Preußiſchen Hofe ziehen und vorwerffen

 will,

will, fällt alſo hierdurch gänzlich weg. Ueberdem iſt Widerſprüche ſuchen und widerlegen nicht immer einerley.

Der K. Preußiſche Hof geſtehet, erſt jetzo durch dieſe Stelle der Gegenſchrift zu erfahren und deutlich zu begreifen, daß der Wiener Hof den Straubingſchen Theil von Bayern an ſich nehmen und das Churhaus Sachſen wegen ſeiner daran habenden Allodial-Anſprüche pro rata, daraus befriedigen will. Er erinnert ſich nicht, darüber jemals eine feyerliche Verſicherung von dem Wiener Hofe geſehen zu haben. Das hier angeführte Promemoria vom 14. Hornung enthält ja dergleichen Verſicherung gar nicht, wenigſtens nicht durch eine deutliche Folge, daß der Wiener Hof ſelbſt den Sächſiſchen wegen ſeiner Allodialforderungen befriedigen wolle, ſondern es ſcheint vielmehr das Gegentheil daraus zu folgen, daß die Allodialſtücke nach Maaßgabe des Zeitpuncts der Erwerbung der einen oder der andern Regredienz-Erbſchaft zugetheilet werden ſolle. Es mag aber damit ſeyn, wie es wolle; ſo wird das Churhaus Sachſen vermuthlich wohl nicht damit zufrieden ſeyn, und ſelbiges iſt den Rechten nach nicht ſchuldig, ſich wegen ſeiner Allodialanſprüche mit andern als den wahren Lehnerben, den Herren Pfalzgrafen, einzulaſſen, und am wenigſten mit einem Dritten, dem Erzhauſe Oeſterreich, das ſich auf eine offenbar ungerechte Weiſe in eine fremde Erbſchaft dringt, das nicht den Weg

der

der Rechte, ſondern der Gewalt gehet, blos nach ſeiner Convenienz verfähret, und zu Erreichung ſeines Endzwecks ſeine Uebermacht mißbrauchet. Es iſt leicht vorherzuſehen, daß die ſeparatio feudi ab allodio ganz anders mit dem Wiener Hofe, als mit dem Hauſe Pfalz ausfallen würde. Da des K. von Pr. Maj. der K. K. M. nicht für die wahre Lehnerbin des Straubingſchen Antheils erkennen können, ſondern glauben, nach des Wiener Hofes eigenen Grundſätzen ein näheres Recht dazu zu haben, ſo können Sie auch nicht zugeben, daß Höchſtdieſelbe die Allodialanſprüche mit jemanden abmachen. Das Haus Pfalz-Zweybrück kann und wird am wenigſten zugeben, daß unter ſolchem Vorwande ihm der wichtigſte Theil von Bayern entzogen werde. Ueberhaupt kommt es allezeit auf die Hauptfrage an: Ob der Kayſerin-Königin Maj. ein Lehnrecht zu Niederbayern haben, und ob Sie dieſes Land mit Recht in Beſitz nehmen können? So lange dieſes nicht erwieſen und ausgemacht iſt; ſo lange haben Sie auch kein Recht, ſich mit der Abfindung der Allodial-Erben abzugeben, und die Allodial-Erben ſind nicht ſchuldig, ſich mit Ihnen einzulaſſen.

Der Königl. Preußiſche Hof hat dem Churhauſe Sachſen überlaſſen, gegen das Rückgangs-Recht der Kayſerin-Königin Maj. zu der Bayeriſchen Allodial-Erbſchaft das weitere auszuführen, weil ihm die Umſtände davon nicht ſo völlig, wie von der Pfälziſchen Lehnfolge, bekannt

kannt geweſen, und weil auch der Kayſerin Königin Maj. dieſem Rückgangsrecht bald entſaget. Nicht Se. Königl. Maj. von Preuſſen, ſondern der Kayſerin Königin Maj. haben dem reichsverfaſſungsmäßigen Richteramt durch die eigenmächtige und gewaltſame Beſitznehmung von Niederbayern vorgegriffen, und ſolches mit dem Schwerdt in der Hand ausgeübet. Da aber der Kayſerin-Königin Maj. ſolches zuerſt gethan; ſo haben Se. K. M. von Preuſſen eben das Recht gehabt, zu dem Schwerdte zu greifen.

Man läßt es dahin geſtellet ſeyn, ob der Wiener Hof dem Regredienz-Recht aus bloßer Mäßigung entſaget, und ob es nicht vielmehr geſchehen, weil die Unſtatthaftigkeit deſſelben, und der Widerſpruch mit ſeinen eigenen ehemaligen Grundſätzen ſowohl als die Colliſion mit andern Häuſern, die ein gleiches Recht gehabt haben würden, zu ſehr in die Augen fiel. Daß er übrigens dieſe Entſagung als ein Aequivalent für die Abreiſſung von Bayern hatte anrechnen wollen, ſolches hat man wärend der Negociation nicht anders verſtanden, und es folget ja ſolches auch ſelbſt aus der hier vorkommenden Aeußerung, daß der Kayſerin-Königin Maj. dadurch eine billige und baldige Ausgleichung der Allodial-Forderungen zwiſchen den beyden Churhäuſern erleichtern wollen; alſo haben ſie ja beyden Churhäuſern mehrgedachte Entſagung als eine Ihnen beyderſeits von Ihro Kayſerl. Königl. Maj. zu ſtatten kommende Erleichterung anrechnen wollen, und die-

ſes

ſes ſollte doch wohl für die Trennung von Bayern ſeyn.

Man hat in der erſten Königl. Preuß. Erklärung nur geſagt, daß das Rückgangsrecht dem faſt **allgemeinen** Herkommen des Reichs zuwiderlaufe; es werden auch nur wenige Beyſpiele davon angeführet werden können, und die berühmten Staatsrechtsgelehrten v. Senkenberg und Pütter haben in ihren bekannten Schriften gezeiget, daß das ſogenannte Regredienz-Recht ungereimt, unmöglich, und den Teutſchen Rechten ganz zuwider ſey. Wenn alſo der K. K. Maj. dieſes Recht bey der gegenwärtigen Bayeriſchen Erbfolge ausüben wollten; ſo müſten ſie beweiſen, daß das Regredienz-Recht im Hauſe Bayern Herkommens ſey. Dieſes haben Sie bis jetzt nicht gethan, können es auch nicht thun. Denn da in den Jahren 1340. 1425. und 1503. beſondere Bayeriſche Linien ausgeſtorben ſind; ſo hätte das Regredienz-Recht damals ausgeübet werden können; es hat aber niemand daran gedacht, folglich iſt das Herkommen dagegen. Wenn gegen dieſen Grund der Einwurf hier gemacht wird, daß das Regredienz-Recht eine Verzicht, und dieſe den Beſtand der damals noch nicht eingeführten Primogenitur vorausſetze; ſo beſtehet ſolches in einer ungegründeten und weit hergeholten Spitzfindigkeit. Die Bayeriſche Prinzeßinnen haben ſchon ſeit vielen Jahrhunderten die Verzichte geleiſtet, und lange vorher, ehe die Primogenitur eingeführet worden, als z. B. die 1460. nach

Sachſen verheyratete Prinzeßin Eliſabeth. In dem Vertrage von 1766. findet man kein Wort von **Regreß-Sprüchen**, und wenn etwa auf den Art. 4. gezielet wird, ſo wird derſelbe denn gegenwärtigen Anſpruch der Kayſerin-Königin Maj. wohl nicht zu ſtatten kommen.

Wenn, wie hier angenommen wird, das Regredienz-Erbrecht in ſo lange nicht ſtatt findet, als ein, zur ganzen Lehnsfolge fähiger Erbe vorhanden iſt, ſo können der Kayſerin-Königin Maj. auch kein Regredienz-Recht bey der gegenwärtigen Bayeriſchen Succeßion ausüben, da Sie in der Convention vom 3. Jänner den H. Churfürſten zu Pfalz, als den zur Bayeriſchen Lehnfolge fähigen Erben, anerkannt, und er es auch ohne ſolche Erkenntniß iſt. Alſo zeiget ſich hier ein offenbarer Widerſpruch, und der Grund, deſſen der Wiener Schriftſteller ſich hier bedienet, um das Rückgangsrecht von der Oeſterreichiſchen Erbfolge zu entfernen, möchte auch wohl nach der Analogie der verwittweten Frau Churfürſtin zu Sachſen zu ſtatten kommen; denn wenn in dem Erzhauſe Oeſterreich die weibliche Succeßion hergebracht iſt, ſo iſt in dem Hauſe Bayern auch hergebracht, daß bey dem Abgange einer männlichen Linie, die weibliche Erben zur Allodial-Succeßion gelangen, und ſollte alſo gleichfalls die Tochter oder Schweſter des letzt verſtorbenen Regenten die andere verziehene Töchter ausſchließen.

Dieſe

Dieſe Antwort des Wiener Hofes zeiget, daß er nicht im Stande iſt, dieſe ihm gegen das Regredienz-Recht gemachte Schwierigkeit zu heben; denn da, wenn es ſtatt haben ſollte, er den Genuß deſſelben doch mit allen Fürſtl. Häuſern, in die ſeit ſo vielen Jahrhunderten Bayeriſche Prinzeßinnen verheyratet ſind, theilen müßte; ſo würde ſein Theil nicht allein ſehr unerheblich werden, ſondern es würde auch unmöglich fallen, ausfindig zu machen, welche Allodialſtücke dieſem oder jenem Hauſe nach den verſchiedenen Zeiten der Erwerbung zufallen müſten, und es würde daraus eine ſolche allgemeine Verwirrung entſtehen, welche die Ausübung des Rückgangsrechts unmöglich machte, und beſtätigt ſich alſo daraus der ganze Ungrund dieſer Prätenſion.

K. Pr. Erklärung. Da nun die — — Erbſchaft haben, S. 474.

Beantw. d. Wien. Hofes. Ihre K. K. A. Maj. — — nöthig hat S. 474.

Beantw. des Preuß. Hofes.

In dieſer Stelle iſt von neuen alle Wahrheit mit einer unerhörten Dreiſtigkeit bey Seite geſetzt. Der Königl. Preuß. Hof hat in der **abgenöthigten Anzeige** den Wiener Hof durch Brief und Siegel und durch ſein eigenes ſowohl als des Hrn. Churfürſten zu Pfalz Geſtändniß überführet, daß er denſelben durch Drohungen zu dem Vergleich vom 3. Jänner gezwungen, und daß er Niederbayern **vor** ratificirter Convention, durch ſeine Truppen, und alſo mit Gewalt in Beſitz genommen habe. Man hat ferner erwieſen, daß

des Herrn Pfalzgrafen zu Zweybrück Durchl. niemals Willens geweſen dieſer Convention beyzutreten; daß Se. Königl. Maj. keine tadelhafte Mittel angewendet, um dieſen Fürſten davon abzuhalten; daß Sie auch weder den Weg Rechtens, noch des Vergleichs gehindert haben, ſondern ſolches vielmehr lediglich von dem Wiener Hofe geſchehen iſt. Dieſer Hof durfte ja nur die Bayeriſche Succeßion in dem Stande, worin ſie bey dem Abſterben des letzten Churfürſten war, laſſen; er darf ſie auch nur noch wieder in dieſen Stand herſtellen, und den Lehnerben den ihnen gebürenden Beſitz wiedergeben, ſo hört alsdenn alle Urſach zum Gebrauch der Waffen auf, und alsdenn tritt der Weg des Rechtes oder des Vergleichs ein, welchen Se. K. Maj. von Preuſſen niemals hindern werden.

Wie kann man eine ſo **außerordentliche Frage** thun? Bey Lehen und Fideicommiſſen, wie das Herzogthum Bayern unſtreitig iſt, hat der Regierer des Hauſes blos den **Nießbrauch** oder ein **Zeiteigenthum**. Die Pfalzgräflichen Herren Agnaten haben aus dem erſten Lehnbriefe vom K. Otto IV. von 1208. die **Mitbelehnung**. Aus den Hausverträgen von 1329. 1348. und 1774. und anderen, haben ſie das **Miteigenthum** und die **Civilcompoſſeßion**. Aus den bürgerlichen Geſetzen *), aus dem Paviſchen; in

*) L. 77. §. 27. D. de legat. 2. *Struvius* in ſyntagm. jur. Exerc. 36. §. 40. *Peregrinus* art. 14. n. 8.

(in den Worten: **Vnd ob Wür das yberfaren, ſo ſullen vnſer Land vnd Leut vnſern Vettern gehorſam vnd beholffen ſeyn**) und ſelbſt aus dem Sinn des I. P. W. art. 4. §. 9. 10. (ad *Palatinos ſuperſtites* redeat &c. et *totius* lineae Rudolphinae, jura ſalva rataque maneant) kommt ihnen ſogar actio revocatoria zu. Wie kann alſo der Regierer, ohne Einwilligung der Agnaten den Beſitz eines Landes, an dem ſie das Miteigenthum und den Mitbeſitz haben, einem Fremden abtreten, und zumahl einem ſolchen Fremden, der nicht das geringſte Recht dazu, auch nicht Luſt hat, es jemals den Agnaten, wenn der Erbfall an ſie kommt, wiederzugeben.

Königl. Preuß. Erklärung. Der alte Anſpruch — — gefunden. S. 475, 76.
Beantw. d. Wien. Hofes. Die beyden — — geweſen iſt. S. 476.
Beantwortung des Königl. Preußiſchen Hofes.

Man muß beyde Urkunden hier in den Beylagen wieder beyfügen, damit der unpartheyiſche Leſer ſie in ihrer ſonderbaren Geſtalt vor Augen habe. Nicht allein der H. Churfürſt zu Pfalz, ſondern auch ſämmtliche Herren Pfalzgrafen und ſelbſt die Reichsſtände haben ein Recht, ſolche alte unverſtändliche 350jährige Urkunden einzuſehen, durch welche man ein wichtiges Herzogthum von dem Hauſe, welches es bishero beſeſſen, auf ein anderes, auf eine nie erhörte Art, herüber bringen will. Das lange und ängſtliche Zurückhalten dieſer Urkunde mußte ſchon einen Verdacht

gegen

gegen die Aechtheit derſelben verurſachen. Der Verdacht iſt auf einen großen Grad geſtiegen, nachdem jüngſthin in dem Nachtrage zu der Abfertigung der gegen die Verzichts-Urkunde H. Alberts gemachten Zweifel, gezeiget worden, daß ſie ausgefertiget und unterſchrieben ſind von Michel Prieſt, Probſten zu Bunzlau, der von K. Sigismund in eben dem Jahr 1426. öffentlich für einen Urkunden-Verfälſcher erkläret worden, weil er dem H. Erich von Sachſen-Lauenburg einen falſchen Lehnbrief ausgefertigt; wozu noch kommt, daß weder in den Jahrbüchern, noch in allen Actis publicis der Verhandlungen über die Straubingiſche Lehnfolge von 1425. bis 1429. und ſelbſt in dem Preßburger Urthel nicht die geringſte Spur von dieſen beyden Lehn- und Theidigungsbriefen vorkommt, ſo, daß es ſehr wahrſcheinlich wird, daß es nicht ganz richtig damit iſt, ob ſchon bey dem entfernten Zeitalter es ſchwer hält, die wahren Umſtände zu entdecken.

Kön. Pr. Erklärung. Man darf — — Lehen verleihet. S. 477.
Beantw. des Wiener Hofes. Nichts iſt leichter — — Albrecht verordnet. S. 477, -480.
Beantw. des Preuß. Hofes.

Man darf nichts verdrehen, welches man zu Wien beſſer, als zu Berlin, verſteht, um in den Handlungen K. Sigmunds bey der Straubingiſchen Succeßionsſache Widerſprüche zu finden. Die hier angezeigten werden wohl beſtehen bleiben, und ſich noch mehrere dazu finden. Gleich nach

H. Joh-

H. Johannis Tode, ſchrieb K. Sigmund am Sixtitag 1425. laut der Anlage, an die ſämmtliche Herzoge von Bayern: Da H. Johanns mit Tode abgegangen, habe er verſtanden, wie ſein Land mit rechter Erbſchaft, an ſie, die Herzoge Ludwig, Wilh., Heinrich und Ernſt gefallen ſey, und ſie ſich nicht in der Güte über die Theilung vereinigen könnten, er gebiete ihnen als Römiſcher König, ſich in der Güte zu ſetzen, wo nicht, ſo werde er ſie für ſich und des Reichs Fürſten fordern, eines jeglichen Recht vernehmen, und hernach in der Güte oder zu Recht entſcheiden. Hierdurch erkannte alſo K. Sigmund, daß das Lehn- und Erbrecht zu H. Johanns Landen niemand anders, als den Herzogen von Bayern, zuſtunde, und nur unter ihnen wegen des nähern Rechts Streit ſeyn konnte. Wenn er im Jahr 1426. den 10. Marz dem H. Albrecht von Oeſterr. ſein Recht auf Bayern, und 11. Tage darauf am 21. Mart. Bayern wieder als ein offen Reichslehn, erſt ſich ſelbſt, hernach ſeiner Tochter vergab, ſo fällt doch wohl in die Sinne, daß eine jede dieſer Verhandlungen die andere aufhob. Die Vermuthung, daß er nicht widerſprechend werde habe handeln wollen, kann die That ſelbſt nicht heben, zumahl ihm dieſes bekanntermaßen oft genug begegnet. Vielmehr wird dadurch die Vermuthung beſtärkt, daß der zum Verfälſchen ſchon gewohnte Schreiber Michel Prieſt, bald die eine, bald die

die andere Urkunde ausgefertiget, nachdem er geglaubet, dem K. Sigmund und ſeinem Hauſe einen Dienſt leiſten zu können, ſie aber bis zu bequemen Zeiten hingeleget.

In dieſer Stelle zeiget ſich wieder, wie weit man die Kunſt zu verdrehen zu Wien treiben könne. K. Sigismund verlieh ſowohl dem H. Albrecht von Oeſterreich, als jedem der H. von Bayern **ſin Recht, das er zu dem Niederland zu Bayern hat oder haben ſoll.** Dadurch drückt er doch wohl deutlich genug aus, daß er jedem **ſein eigenes** Recht, das er zu dem Lehn von Bayern habe, verleihe, und nicht des **Reichs** oder ein anderes **fremdes Recht.** Das Wort, **ſin Recht**, kann doch nicht anders als den Grund ſeines Anſpruchs ausdrücken. Jeder Herzog von Bayern hatte **ſein eigenes** Recht zu dieſem Lehen aus ſeiner gemeinſchaftlichen männlichen Abkunft mit dem H. Johann, oder es war ſein **Mannlehn.** H. Albrecht von Oeſterreich konnte es aus dieſem Grunde nicht haben, und muſte alſo **ſein Recht** von **wegen ſeiner** Mutter, die aus dem Hauſe Bayern war, haben, oder welches einerley iſt, den Grund ſeines Anſpruchs, aus ſeiner mütterlichen Herkunft ſuchen. Ein jedes anderes ihm verliehenes Recht war nicht **ſein.** Der erſte Schluß von dieſer Stelle fällt alſo weg, ſo wie auch der andere, daß Niederbayern in beyden **Lehnbriefen**, oder in **keinem** zum Weiber-Lehn gemacht ſey. Nach dem Worte. **ſin**, konnte,

konnte es in Anſehung der Herzoge von Bayern zum Mannlehn, in Anſehung der Herzoge Oeſterreich zum Weiber-Lehn gemacht ſeyn, obwohl man ein Mann, wie Probſt Prieſt ſeyn muſte, um bey dem notoriſchen und vom Kayſer ſchon anerkannten Erbrechte der Herzoge von Bayern, annoch einen dergleichen Lehnbrief für den Herzog von Oeſterreich auszufertigen. So unrichtig, wie die beyden erſten Schlußfolgen ſind, ſo ſind es auch die, ſo am Ende gegen das ewige Fideicommiß und die Unzertrennlichkeit von Bayern ſtehen. Alle dieſe Belehnungen waren blos Belehnungen zum Rechte, nicht zum Beſitze, und geſchahen ohne Unterſuchung und ohne richterlichem Erkenntniß, konnten alſo auch die alten Rechte des Hauſes Bayern nicht aufheben. Nachher aber in eben dieſem Jahr 1426. ertheilte K. Siegmund laut anliegenden Lehnbriefes, H. Ludwigen von Bayern vom Throne eine ſolenne Beleihung über das Fürſtenthum und Land Niederbayern ſelbſt, ſo ihm von Todes wegen zugefallen, alſo mit Anführung des Anſpruchsgrundes, alſo nicht bloß zum Rechte, alſo gültiger, kräftiger und ſolenner als dem Herzoge von Oeſterreich.

Durch dieſe gleichlautende Lehnbriefe erhielten ſämmtliche Theile, wie ſchon geſagt, nur die gewöhnliche Beleihung zum Rechte, ad

effectum agendi (*), nicht das **Lehnrecht** ſelbſt, noch weniger eine Sammt-Beleihung, welcher Gedanke ja an ſich ganz ungereimt iſt. Eben ſo falſch iſt, was hier geſagt wird, daß K. Sigismund durch die Theidigung vom 21. März Niederbayern für hinfällig erklärt und für ſich, für ſeine Tochter und ihren Gemahl eingezogen, die Herzoge von Bayern aber von allem Rechte auf dieſes Land ausgeſchloſſen und den Streit zwiſchen den zugleich beliehenen Theilen entſchieden. Dieſes alles konnte doch wohl nicht durch eine Privattheidigung in ſeiner Familie, ohne richterlichen Spruch und Formalität geſchehen. Der Kayſer dachte auch ſo wenig daran, daß er nachher auf Franziſcitag den H. Ludwig von Bayern mit Niederbayern feyerlich vom Throne belehnte laut Beylage No. 7. und vier Monath nachher im Julio 1426. dem Erzbiſchof von Maynz auftrug, die Churfürſten zu berufen, um über die Anſprüche des Reichs, wie auch der Herzoge von Bayern und Oeſterreich an Niederbayern, zu erkennen, und daß er im Jahr 1429 endlich ſelbſt erkannte. Dieſes alles wäre ja nicht nöthig noch möglich geweſen, wenn der Streit ſchon durch die Theidigung vom 21. Martii entſchieden wär, und es folgt daraus vom neuem, daß dieſe Theidigung ſowohl, als der Lehnbrief Her-

(*) S. die S. 131. und die Beleuchtung der Oeſterreichiſchen Anſprüche auf Niederbayern §. 27. 32. 48.

Herzog Albrechts, mit nichts als Widerſprüchen verbunden ſind, und daß ſie entweder ganz erdichtet, oder heimliche nichtsbedeutende Urkunden gewesen, die der Probſt von Bunzlau auf allerhand Fälle im Vorrath gemacht, und beſonders die Theidigung auf den Fall, daß Niederbayern für ein eröfnetes Reichslehn durch Urtheil und Recht erkläret würde, welcher Fall aber nicht würklich geworden; niemals aber werden dieſe Urkunden mit allen Umſtänden auf eine vernünftige Weiſe vereiniget werden können.

Königl. Preuß. Erklärung. Wie nun gedachte — — beſtehen konnte. S. 480.

Beantw. des Wiener Hofes. Alles, was hier — — geweſen iſt? Eb. daſ.

Beantw. des Königl. Preuß. Hofes.

Wenn hier behauptet wird, daß die Kayſerliche Macht in Vertheilung der eröfneten Lehne zu den damahligen Zeiten ſo wenig beſchränket geweſen wäre, daß der Kayſer auch ein Mannlehn an ſeine Tochter hätte vergeben, oder bey deſſen Vergebung auf die weibliche Abkunft ſeines Schwiegerſohnes Rückſicht nehmen können, ſo ſtreitet ſolches ſo ſehr mit der Geſchichtkunde als mit dem Lehnrechte. Selbſt das Beyſpiel und der Ausgang dieſer Straubingiſchen Succeßion zeiget, daß der Kayſer Sigismund dergleichen wohl mag verſucht haben, aber davon abſtehen müſſen. Das Beyſpiel, was vom K. Ludwig von Bayern angeführt wird, beweiſet den Satz gar nicht, indem es bekannt iſt, daß

die Provinzen Holland, Seeland und Friesland, ſo wie die meiſten Niederländiſchen Provinzen nicht Mannlehn, ſondern feuda promiſcuæ ſucceſſionis, **vermiſchte Lehne** waren, in welche auch das weibliche Geſchlecht zur Lehnfolge **kommen** konnte. Bayern aber war ein unſtreitiges Mannlehn, und der Mannſtamm war nicht ausgegangen; folglich wäre es die gröſte Irregularität und Widerrechtlichkeit geweſen, den Bayeriſchen Mannſtamm zurückzuſetzen und ein ſolches Mannlehn an weibliche Verwandte oder gar eine fremde Prinzeßin als K. Sigismunds Tochter war, zu vergeben.

Königl. Preuß. Erklärung. Eben dieſes ſtehet — machen wollte. S. 481.
Beantw. des Wiener Hofes. Kayſer Sigmund — — eingeräumet worden. Eb. daſ.
Beantw. des Königl. Preuß. Hofes.

K. Sigismund war, nach dem vorhergehenden Satze keinesweges berechtiget, weder ſeine Tochter, noch ihre weibliche Nachkommenſchaft zur Erbfolge von Niederbayern zu berufen; er hat es aber nach dem klaren Inhalte der Urkunde doch gethan, ohngeachtet man ſolches hier durch die gewöhnliche, aber ganz fehlſchlagende Verdrehung leugnen will. Man führt zu ſolchem Ende die dahin einſchlagende Stelle der Theidigung verſtümmelt an. Sie lautet vollſtändig alſo: „**Daſſelbe land ſol beleiben „bey vnſern Erben Manſgeſlecht; „gewünnen wir aber nicht Erben manſgeſlecht,**

„geſlecht, ſo ſollen dieſelben Lande Ni-
„derpayern anſterben und erben auf Eli-
„ſabeth vnſerr liebe Tochter vnd dieſelbe
„ſol alsdenn dieſes land als ir veterlich
„erbe vnd als eine rechte Erbfraw mit
„ſampt iren erben beſitzen. Wenn ſy
„(Eliſabeth) abging, ſo ſollen dieſelbe
„Lande in allem dem Rechte als ſy
„die gehabt hett, an Ire Erben ge-
„fallen. Were auch daz Herczog Al-
„brecht andere erben mit einem andern
„Weib gewůnne, die ſollen mit vnſerr
„vorgenannten lieben Tochter erben
„vnd erbeſerben an den egenanten Lan-
„den Niderpayern nicht miterben, ſun-
„der dieweil dieſelben erben vnd er-
„beſerben die Sone weren ſein vnd
„leben dieweil ſollen ſy Herren des
„egenannt Landes ſein. Es were denn
„daz ſy alle abgingen, ſo ſollen
„vnd mögen erſt des egenanten Herczog
„Albrechtes erben, die er mit einem
„andern Weib gewůnne, das egenannt
„Land erben haben vnd beſiczen.“ So
dunkel und orakelhaft die ganze Theidigung vermuthlich nach den Abſichten des Verfälſchers Probſts Michel Prieſt iſt; ſo unverſtändlich ſind auch beſonders in dieſer Stelle die Worte: ſunder dieweil dieſelbe erben vnd erbeſerben die Sone weren ſein vnd leben die

weil ſollen ſy Herren des egenant Landes ſein. Indeſſen, wenn man die obenſtehende ganze Stelle mit einigem Bedacht lieſet, wenn man beobachtet, daß K. Sigismund ſeine Erben **männlichen Geſchlechts**, hernach ſeine **Tochter**, nach der beſtändig ihre **Erben und Erbes Erben** zur Erbfolge von Niederbayern rufet; ſo folget hieraus und aus dieſer Contradiſtinction ſeiner **männlichen Erben** gegen die Erben ſeiner Tochter **ohne Unterſcheid**, daß die Erbfolge von Niederbayern erſt der Eliſabeth, hernach ihren Erben **ohne Beſchränkung** des Geſchlechts und alſo auch den **weiblichen** darin verſichert wird, und ſolches beſtätiget ſelbſt die, zwar willkührliche Auslegung des Wiener Schriftſtellers: **daß zwar den männlichen Erben Eliſabeths, nicht aber auch den weiblichen gegen die Erben, und das Haus des H. Albrechts ein Vorzug hier eingeräumet werde.** Denn wenn nur den **männlichen Erben** Eliſabeths ein Vorzug verſichert iſt, ſo müſſen doch nach ſeiner eigenen Auslegung, nach Abgang der männlichen Erben, die weiblichen Erben Eliſabeths mit den weiblichen Erben H. Albrechts von einer andern Gemahlin wenigſtens zuſammen erben. Hierdurch iſt alſo erwieſen, was der Königl. Preußiſche Hof vorhin erweiſen wollen, daß K. Sigismund nach der Theidigung Niederbayern zu einem **Weiberlehn** machen wollen, und darin wider die Reichs- und Lehns-Geſetze gehandelt. Uebrigens muß man hier bemerken, daß der Wiener

Wiener Schriftſteller hier die obgedachte Stelle der Theidigung durch einen argliſtigen Trugſchluß, um ſolchen hiernächſt gegen die Succeßion des Churhauſes Brandenburg in Niederbayern zu gebrauchen, verunſtaltet, indem er dieſen ſeinen Satz damit ſchlieſſet: „daß nach „der von ihm angeführten Stelle der Theidi„gung, zwar den männlichen Erben Eliſabeths, „nicht aber auch den weiblichen gegen die **Er„ben und das Haus** H. Albrechts ein Vor„zug eingeräumet ſey.“ Die ganze Stelle der Theidigung beſtimmt die Erbfolge von Niederbayern bloß auf die zwey Fälle, daß H. Albrecht Erben hätte mit K. Sigismund Tochter Eliſabeth, oder nach ihr mit einer andern Gemahlin. Sie redet alſo blos von den **Leibeserben** H. Albrechts, aber gar nicht von ſeinem **Hauſe**, worunter der Wiener Schriftſteller niemand anders als ſeine **Oeſterreichiſche Collateral-Erben** verſtehen kann. Er vermengt alſo dieſe hinterliſtig mit den **Erben, die H. Albrecht von einer andern Gemahlin hätte**, und will dadurch ſein **Haus** oder die **Collateral-Erben** mit zu der Erbſchaft von Niederbayern berufen, welches aber die Theidigung auf keine Weiſe beſaget. Er hat blos mit K. Siegmunds Tochter einen Sohn und zwey Töchter gehabt. Da nun der Sohn König Ladislas ohne Leibeserben geſtorben, ſo hätte nach dem ächten Sinn der Theidigung, wenn dieſelbe ſonſt gültig wäre, der Eliſabeth älteſte **Tochter Anna**, die Stammmutter des Chur-

hauſes Brandenburg, von ihrem Bruder, König Ladislas, Niederbayern erben müſſen.

Königl. Preuß. Erklärung. Und dieſes aus — — bemächtiget geweſen. S. 482.

Beantw. des Wiener Hofes. Daß dieſe — — gegeben worden ſeyn? S. Eb. daſ.

Beantw. des Königl. Preuß. Hofes.

In der erſten Königl. Preuß. Erklärung war behauptet: „daß K. Sigmund daß Lehn „von Niderbayern nicht einziehen können, aus „der grundloſen Vorausſetzung, daß die Herzoge „von Bayern ſolches durch eigenmächtige Thei„lungen verwürket hätten.“ Man hatte dieſen Satz durch die richtige Anmerkungen erwieſen: „daß kein ächtes Reichsgeſetz vorhanden ſey, „welches ihnen verbiete, die ihnen durch den „Erbgang zugefallenen Länder ohne des Lehn„herrn beſondere Genehmigung zu theilen, und „daß die Herzoge von Bayern auch viele der„gleichen Theilungen öffentlich ohne Widerſpruch „der Kayſer vorgenommen hätten.“ Anſtatt dieſe Gründe zu widerlegen, ſo fertigt der Wiener Schriftſteller ſie mit der kurzen und dictatoriſchen Behauptung ab: daß obgedachte Vorausſetzung ſeines Hofes ſich auf die Reichsgeſetze, das Herkommen, und den Rechtsſatz: Theilung bricht Erbe, gründe. Allein er führet zum Beweiſe kein Reichsgeſetz an; die Beyſpiele, die er hernach für das Herkommen anbringet, ſind nicht paſſend, und der angeführte Rechtsſatz iſt es nicht, ſondern blos ein auf die-

ſen

ſen Fallſieben ſo wenig ſtimmendes und aus bloßen Privat-Gewohnheiten hergenommenes Sprichwort, das man vielmehr ſehr leicht widerlegen kann durch die klaren Worte des Kayſerrechts B. III. c. 12, quilibet ſcire debet, quod ſi quis habeat feoda communia -- *etiam ſine Imperatoris conſenſu*, quocunque modo diviſionem *quod ad fructus* celebrare poſſit, quod ſi factum, nihilominus *in condominio manent.* Schwäbiſch Lehnrecht c. 37. §. 1. 2. Alle Theilungen der Fürſten von Bayern ſind bloſſe Nutzungs-Theilungen, nicht Todttheilungen, geweſen, wie in der ausführlichen Vorlegung der fideicommiſſariſchen Rechte des Hauſes Pfalz umſtändlich, und auch in dieſer Beantwortung S. 103. in Anſehung der Theilung von 1255. erwieſen iſt. Hierzu kommt, daß K. Rudolph I. den Herzogen von Bayern durch die bekannte Urkunde von 1281. ausdrücklich die Erlaubniß zu theilen gegeben: daß die durch den Paviſchen Vergleich von 1329. geſchehene Theilung vom Kayſer und den Churfürſten beſtätiget iſt, daß die im 14. und 15ten Jahrhundert von den Fürſten von Bayern und den Pfalzgrafen öfters geſchehenen Theilungen entweder ſelbſt durch die

T 5 Ver-

(*) Dieſer ganze Satz und Einwurf von den Todtheilungen iſt ſehr gründlich und umſtändlich widerlegt und erläutert in der Beleuchtung und Erörterung der öſterreichiſchen Anſprüche auf Nieder-Bayern 1778. 4.

Vermittelung der Kayſer, oder doch ohne ihren Widerſpruch, und öffentlich mit ihrer ſtillſchweigenden Einwilligung getroffen worden, und endlich hat ja K. Sigmund ſelbſt durch das vorhin angeführte und in der 4ten Beylage beygefügte Schreiben an ſämmtliche Herzoge von Bayern vom Sixtitag 1425. dieſelbe ermahnet, **Niederbayern unter ſich in der Güte zu theilen;** dadurch hat er alſo unſtreitig ſeine Einwilligung zu ihrer Theilung gegeben, und allen Widerſpruch gegen die vorhergehende Theilungen, ohne welche dieſe Theilung nicht hätte beſtehen können, aufgehoben, und es war alſo ſo ganz widerrechtlich, wenn er ihnen nachhero bis zum Spruch von 1429. eine Chicane darüber machte. Die Beyſpiele, durch welche der Wiener Schriftſteller hier ein Herkommen wider die Theilungen beweiſen will, beweiſen gerade das Gegentheil. Das Haus Aſcanien wurde von der Succeßion der Churfürſtenthümer Sachſen und Brandenburg nach Abgang der erſten Linie ausgeſchloſſen, weil ſelbiges ſich von den beyden Churfürſtlichen Linien durch Todttheilungen, und nicht durch bloſſe Nutzungs-Theilungen, abgeſondert hatte, vornehmlich aber, weil ſie die in den Landen Sächſiſchen Rechtes **hergebrachte geſammte Hand** verſäumet hatten, welche in Bayern niemals üblich geweſen. Man glaubt alſo hierdurch unwiderſprechlich dargethan zu haben, daß die bloſſe Nutzungstheilungen der Herzoge von Bayern den Geſetzen und Herkommen nicht zuwider, ſondern gemäß geweſen,

daß

daß ſie die Kayſerliche Einwilligung nicht weſentlich erfordert, daß ſie ſie aber doch in der That öfters gehabt, und alſo K. Sigismund mit Recht ihnen keinen Felonie-Proceß machen können. Das Herkommen, daß die Nutzungstheilungen der Fürſtlichen Häuſer, ohne beſondere Einwilligung des Kayſers beſtehen, iſt in allen Jahrhunderten ſo allgemein, daß wenige derſelben und ſelbſt nicht das Haus Oeſtèrreich, bey ihren Beſitzungen würden ſicher ſeyn können, wenn das Reich mit dem Mangel ſolcher Einwilligung einen Anſpruch an dieſelbe machen könnte und die gemeinen Vaſallen würden ſonſt vielmehr Freyheit haben als die Fürſten.

K. Preuß. Erklärung. Kayſ. Sigism. — — bedurft hätte. S. 483.
Beantw. des Wien. Hofes. Wenn die — — Manngericht. S. 483 u. 84.
Beantwort. des Preuß. Hofes.

In der erſten Königlichen Erklärung wird der Grund angeführet: daß K. Sigismund ſein Recht, das Lehn von Niederbayern einzuziehen, noch nicht für ausgemacht gehalten haben müſſe, weil er zu deſſen Entſcheidung noch einen Churfürſtentag berufen haben wollte. Warum widerlegt der Wiener Schriftſteller dieſen Grund nicht? weil er es nicht konnte. Daß der Kayſer es blos gethan hätte, um den Herzogen von Bayern alle Urſache zur Beſchwerde zu benehmen, iſt eine willkürliche und kahle Ausflucht. Selbſt dadurch hätte er erkannt, daß ſein Einziehen oder Anſpruch nicht ausgemacht war. Uebrigens kann man ihm

gar

gar wohl zugeben, daß die Verfügung eines Churfürſtentages mit gleicher Kraft beweiſe, daß das Erbrecht der Herzoge von Bayern eben ſo wenig als die Einziehung des Reichs anerkannt geweſen. Es wurde freilich von 1426. bis 1429. vom K. Sigismund nicht anerkannt, ſondern beſtritten, aber blos aus Chicane, um ſeinem Tochtermann einen Vortheil zuzuwenden; er war aber nicht befugt dazu; er hatte es am Sixtitag 1425. anerkannt, und hätte er es nicht gethan; ſo war er nach allen Reichs- und Lehn-Rechten dazu verbunden.

K. Preuß. Erklärung. Da aber dieſer —— theilen ſollten. S. 484.
Beantwortung des Wiener Hofes. Der Kayſer ſelbſt —— geſchehen habe. S. 485.
Beantwortung des K. Pr. Hofes.

Es iſt gar nicht erwieſen, daß der Kayſer nach dem **Willen der Churfürſten** die Entſcheidung über ſich genommen habe. Das Gericht wurde zu Preßburg in Ungarn auſſer Teutſchland, von Beſitzern, die theils Teutſche, theils aber auch Ungariſche, Böhmiſche, Mähriſche und Schleſiſche Fürſten, Prälaten, Edle und Gelehrte waren, nicht aber von **teutſchen Mannen**, Patribus curiae, gehalten; es war alſo nicht ein **teutſches Manngericht**, wie es ſeyn ſollte, ſondern vielmehr ein bloßes **Schiedsgericht**. Es wäre alſo gegen deſſen rechtliche Form und Gültigkeit vieles zu ſagen, und die Fürſten von Bayern und des Reichs würden vermuthlich ſich nicht dabey beruhiget haben, wenn K. Sigismund

nicht

nicht den Herzogen von Bayern ihre unſtreitige Lande zuerkannt, und dieſe alſo dadurch ihren Endzweck erhalten hätten. Das Urtheil ſelbſt wird von dem Wiener Schriftſteller auf eine ſehr ungetreue Art vorgetragen. Man darf ſolches nur mit Aufmerkſamkeit durchleſen, ſo wird man finden, daß blos die Herzoge von Bayern als Kläger **wider einander** erſcheinen, und daß lediglich über die Theilung des Erbtheils **unter ihnen**, nicht aber **ſelbſt über ihr Erbrecht zwiſchen ihnen und anderen** als dem Reiche und den Herzogen von Oeſterreich geſtritten und erkannt worden. Der Reichs-Marſchall von Pappenheim erſchien blos incidenter im Namen des Reichs und ſuchte deſſen Rechte zu wahren. K. Sigismund ſagte darauf: „er fünde „zwar, daß nicht allein das Niederland, ſondern **ganz Bayern** (welche Prätenſion auf ganz Bayern allein zureicht die Ungereimtheit und den Ungrund dieſer Prätenſion zu zeigen) „dem Reiche „verfallen ſey, weil die Herzoge öfters Bündniſ„ſe ohne Ausnahme des Reichs gemacht, und „vielfältige Theilungen unter ſich ohne Einwilli„gung des Kayſers als Lehnsherrn, unternommen „hätten (welche Urſache, wie vorhin S. 123. er„wieſen, ganz unrichtig war) er wolle aber die „Strenge des Gerichts mildern, und dem ganzen „Hauſe und Lande zu Bayern zu ſonderlichen Gna„den, ſein und des Reichs Zuſpruch und Rechte „zu den vorgenannten Landen, den Herzogen von „Bayern **geben, übergeben und wenden**, „und ihnen die Theilung vergönnen.“ Es wur-

de

de alſo zwar, obwohl aus einer offenbar falſchen Urſache, enunciative geſagt, daß der Kayſer ganz Bäyern hätte einziehen können; es wurde aber nicht diſpoſitive entſchieden, daß er es gethan habe; es wurden auch die Herzoge darüber gar nicht gehört, noch die Rechtsgründe pro und contra ventilirt, ſondern der Urthelsfaſſer hatte dieſes Präambulum vermuthlich mit einfließen laſſen, um der Gnade des Kayſers einen deſto größern Werth beyzulegen, und die Herzoge haben, da ſie ihr Erbland wieder erhielten, bey den damaligen rohen Zeiten ſich um die rechtliche Formalitäten des Spruchs nicht viel bekümmert. So viel iſt gewiß, daß in demſelben **das Lehn von Niederbavern nicht als dem Reich verfallen und eröfnet,** *poſitive* **und auf eine beſtimmte Art erkläret worden,** welches erforderlich geweſen wäre, wenn ſolches Einziehungsrecht einen fortwährenden Beſtand hätte haben und auf das Haus Oeſterreich übergehen ſollen. Es würde zu weitläuftig fallen, dieſes alles hier auszuführen. Um ſich davon zu überzeugen, darf man nur die **ausführliche Vorlegung der fideicommiſſariſchen Rechte des Hauſes Pfalz** §. 72. und 115. bis 120. wie auch den Urthelsbrief daſelbſt unter den Urkunden S. 73. (Th. IV. der Samml. S. 251.) nachleſen.

B. Preußiſche Erklärung. Das angebliche — — gereichen können. S. 485.

Beant=

Beantwortung des Wiener Hofes. Das Recht — — eingeleget hatte. S. 486.

Beantwortung des Königl. Preuß. Hofes.

K. Sigismund hat den Herzogen von Bayern die angebliche Verwürkung des Lehns allerdings **erlaſſen müſſen**, weil ſein Anſpruch auf ganz falſche Urſachen gegründet war, und ſonſt gewiß weder ſie, noch die anderen Reichsfürſten ſich dabey beruhigt haben würden. Das Recht des Kayſers, oder vielmehr des Reichs wird zwar in dem Spruchbriefe für richtig angegeben, aber es wird weder dem Kayſer, noch Reich, noch dem Herzoge von Oeſterreich **rechtskräftig zuerkannt**, ſondern es wird vielmehr den Herzogen von Bayern wieder **zugewendet** und **übergeben**. Der Königl. Preußiſche Hof hat alſo ganz richtig angegeben, daß dieſes Einziehungs-Recht des Reichs in dem Spruchbriefe aufgehoben ſey. Da nun dem Reiche kein Recht vorbehalten worden, ſo kann auch dem Herzog von Oeſterreich, deſſen Recht auf des Reichs ſeinem gegründet ſeyn ſoll, kein Recht vorbehalten ſeyn, und wenn der Kayſer dieſes hätte thun wollen oder können, ſo hätte er ſolches in dem Spruchbriefe allerdings ausdrücklich erwähnen müſſen. In der That hat K. Sigmund niemals dem H. Albrecht ein würkliches Lehnrecht auf Bayern gegeben. Den 11. Martii 1426. beliehe er ihn blos **mit ſeinem Recht**, das iſt: **zum Rechte, in ſoweit er es ausführen würde, ohne Beſitz.** Den 21. Martii 1426. ſetzte er aber feſt, daß das Lehn von Niederbayern, welches aber

aber dem Reich noch nicht als offen zuerkannt war, ſondern erſt zuerkannt werden ſollte, ihm K. Sigmund und ſeine männlichen Erben ſelbſt in deren Ermangelung aber ſeiner Tochter Eliſabeth und ihren Erben beyderley Geſchlechts, nach Abgang der männlichen aber, den Leibeserben, die H. Albrecht mit ihr oder einer andern Gemahlin haben würde, zufallen ſollte. Dieſes alles fiel weg, da das Lehn von Niederbayern, nicht dem Reiche, ſondern den Herzogen von Bayern zuerkannt wurde. Uebrigens bleibt der Grund allezeit beſtehen, daß die Theilungen der Herzoge von Bayern den Pfalzgrafen, die nicht Antheil daran genommen, nicht hätte präjudiciren können. Sie haben, wie ſchon oft erwieſen, an Niederbayern nicht allein ausdrücklich durch den Jngolſtädtiſchen Vergleich von 1348. ſondern auch implicite durch den Vertrag von Pavia, von welchem alle Herrſchaften und Rechte des Hauſes Bayern ein Gegenſtand waren, Antheil genommen. Der Umſtand, daß Johann Pfalzgraf bey Rhein und Herzog von Bayern, bey dem Spruch von 1429. als Zeuge gegenwärtig geweſen, und keinen Widerſpruch dagegen eingeleget, an ſtatt der Wieneriſchen Prätenſion zu ſtatten zu kommen, zeiget vielmehr, daß weder die Pfalzgrafen, noch die Herzoge von Bayern damals daran gedacht, daß dieſes Urtheil etwas enthalte, welches der Herzoge von Bayern damaligem Erbrechte, oder der Pfalzgrafen künftigem Succeßions-Rechte, ein rechtliches Nachtheil bringen, oder dem Hauſe Oeſterreich zu ihrem künftigen Nachtheil eine

An-

Anwartung verſichern könnte, ſonſt ſie vernünftiger weiſe gewiß nicht dazu ſtille geſchwiegen haben würden.

Kön. Preuß. Erklärung. Wenn K. Sigismund —
— verliehenen Lehns. S. 487.
Beantwortung des Wiener Hofes. So wenig —
— erhalten hatte. Eben daſ.
Beantwortung des Kön. Preuß. Hofes.

Dieſe ganze Stelle iſt durch das vorhergehende ſchon genugſam beantwortet; indeſſen, damit der Gegentheil nicht glaube, daß ihm etwas eingeräumet ſey, ſo muß man ihm mit der Beantwortung folgen. Der Vorbehalt des Rechts eines Dritten, iſt ſehr oft eine unbedeutende Gewohnheits-Formul. Sie hat nicht allemahl ihre Kraft, und es iſt gewiß falſch, daß ſie ſich in gegenwärtigem Falle auf das Recht H. Albrechts beziehe. Denn, da man erwieſen hat, daß der Grund des Kayſerl. Einziehungsrechts zwar als gültig angegeben, aber niemanden zuerkannt, ſondern vielmehr dadurch aufgehoben worden, daß der Kayſer den Herzogen von Bayern ſein Recht zugewendet; ſo iſt durch den am Ende des Spruchs befindlichen Vorbehalt keinesweges das Recht des Reichs, welches den Herzogen von Bayern ſchon wieder zugewendet war, gewähret worden. Hätte man dem Hauſe Oeſterreich damit was vorbehalten wollen, ſo hätte man ſolches wohl billig damahls und ausdrücklich thun, nicht aber nach 350 Jahren damit zum Vorſchein kommen ſollen. Glaubt dieſes Haus den Vorbehalt noch geltend machen zu können, ſo müßte es ſolches in

petitorio ausmachen; nicht, aber Bayern mit Gewalt in Beſitz nehmen, und das Haus Pfalz in das petitorium verweiſen. Denn würden aber ſeine Lehn- und Theidigungsbrieſe allezeit nicht ihm, ſondern dem Hauſe Brandenburg zu ſtatten kommen.

K. Pr. Erklärung. Hiernächſt iſt es — — ſuccediren können. S. 488. und: Sollte der — — wegfällt. 8) S. 491.

Beantw. des Wien. Hofes. Die Lehn und — — bemüßiget ſeyn würde. S. 488.-491. und: Unbegreiflich iſt es — — Widerrede. S. 492.-494.

Beantwort. des Kön. Preuß. Hofes.

Der Anfang dieſer Stelle zeiget, wie der Gegentheil ſich durch eingebildete Geſtändniſſe des Königl. Preußiſchen Hofes aus dem Gedränge zu helfen ſucht. Man hat ihm durch die Lehn- und Theidigungsbrieſe von 1426. nicht ein **würkliches Lehnrecht** zu Niederbayern, ſondern nur zum Gegenſatze einer Anwartung, eine **würkliche Beleihung zu ſeinem Rechte**, quantum de jure, zugeſtanden, und daraus den Schluß gezogen, daß wenn K. Sigmund ihn damals würklich mit Niederbayern beliehen, ſolches damals ſeine rechtliche Würkung hätte hervorbringen müſſen, ſeine Meynung aber nicht geweſen ſeyn könne, dem Hauſe Oeſterreich eine Anwartung nach Abgang des ganzen Bayeriſchen Stamms zu geben, wie es doch würklich ſeyn würde, wenn das ganze Syſtem der Oeſterreichiſchen Prätenſion gegründet ſeyn könnte. Es iſt falſch, daß dieſe Beleihung dem H. Albrecht ein

vollkommenes Recht auf Niederbayern gegeben habe, und daß ſolches gleich damals in Erfüllung gekommen ſeyn würde, wenn nicht durch die Gnade des Kayſers der Beſitz der Bayeriſchen Herzoge wieder hergeſtellet wäre. Er wurde 1426. ſo wie die Herzoge von Bayern, nur zu ſeinem Rechte, ſo viel er zu Niederbayern hat oder haben ſoll, mit der Clauſul ſo viel wir ihm dann von Rechtswegen daran leyhen ſollen, alſo bloß dahin, daß er ſein Recht erſt ausführen ſollte, ad agendum, nicht proprie oder zum Beſitz beliehen, wie damals gebräuchlich war. (S. die Vorlegung der Pfälz. Rechte S. 135. 137. in der Samml. Th. IV. S. 125. u. ff.) Das Lehn war nicht ihm, ſondern wurde 1429. den Herzogen von Bayern zuerkannt; alſo war ſeine Einwilligung zu der denſelben vermeintlich ertheilten Gnade gar nicht nothwendig. Der Wiener Schriftſteller ſupponirt die Einwilligung H. Albrechts, um die Kette ſeines Syſtems auszufüllen; das heiſt, erdichten. Hinter ſolcher Erdichtung verlanget er gar, daß man ihm die Renunciation H. Albrechts beybringen ſoll, nachden er demſelben noch gar kein Recht erwieſen, und man ihm das Gegentheil bewieſen. Alle dieſe Erdichtungen, willkürliche, unerwieſene Vorausſetzungen und künſtliche Raiſonnements ſind die Rechtsſätze, auf welche das Oeſterreichiſche Haus ſein Anwartſchafts-Recht nach 350. Jahren gründet, die aber gegen klare Brief und Siegel nicht ſtatt finden können.

Wenn K. Sigismund ohngeachtet der den 11. und 21. Martii 1426. ſich, ſeiner Tochter, H. Albrecht von Oeſterreich und deſſen Leibeserben auf Niederbayern ertheilten Lehen, ſeine Zweifel darüber gegen die Churfürſten verſchiedentlich geäuſſert, und endlich den Herzogen von Bayern im J. 1429. dieſes Land wieder zuerkannt, ſie auch damit ſowohl zu ihren Rechten als zum Beſitz beliehen, und vor das Haus Oeſterreich nichts ausdrücklich vorbehalten; ſo hat er dadurch die Nichtigkeit der an Oeſterreich geſchehenen Beleihung ohnſtreitig anerkannt, und H. Albrecht muß doch wohl bey dem Urtheil von 1429. ſich beruhigt haben, da der Wiener Hof nicht die geringſte Spur von einer von demſelben geſchehenen Reſervation beybringen kann. Daß er ſeinen Anſprüchen ausdrücklich entſaget habe, ſolches hat man allerdings erwieſen durch die hier angeführte Renunciations-Urkunde vom Andreas-Tage 1429. Die davon beygebrachte Copey, die man durch die jüngſthin herausgekommene **Abfertigung** der dagegen erregten Zweifel gerechtfertiget hat, die von dem großen Urkundenſammler, dem, dem Hauſe Oeſterreich ganz ergebenen Reichshofrath v. Senkenberg herrühret; die von einem 80jährigen Bayeriſchen Archivario endlich atteſtiret worden, wird bey der unpartheyiſchen Welt wohl ſo viel Glauben verdienen, als die von dem öffentlich überwieſenen Verfälſcher Probſt Michel Prieſt ausgefertigte, elende, ganz unverſtändliche und mit den Zeitumſtänden gar nicht zuſammenhängende beyde Oeſterreichiſche Lehn- und

Thei-

Theidigungsbriefe von 1426. die gewiß blos aus einem mißgelungenen und verlaſſenen Verſuche entſtanden.

Man hält dafür, daß wenn zwey männliche Linien von einem Hauſe ausgehen, man gar wohl ſagen könne, daß ein Haus zweymahl im Mannsſtamme ausgeſtorben ſey, ohne dem Begrif von einem Geſammthauſe Abbruch zu thun. Ein jeder nehme ſolches wie er will. Der Grund, welchen man Königl. Preußiſcher Seits aus dem Abgange des Oeſterreichiſchen Mannſtammes hergeleitet, bleibt einerley, wenn derſelbe auch nur einmahl in der Perſon K. Carl VI. ausgegangen ſeyn ſollte. Der bekannte Freyheitsbrief K. Friedrich I. von 1156. enthält weiter nichts als dieſe Worte: *Si Dux Auſtrie ſine herede filio deceſſerit, idem Ducatus ad ſeniorem filiam, quam reliquerit, devolvatur.* Oder auf teutſch: **Wenn der Herzog von Oeſterreich ohne Mannserben abgehet, ſoll das Herzogthum auf die älteſte Tochter, welche er hinterlaſſen wird, verfallen.** Dieſe Worte können ohne Zwang von nichts anders verſtanden werden, als blos von dem **Herzogthum Oeſterreich ſelbſt**, von dem ſie **allein** reden, nicht aber von anderen Reichs-Mannlehen, die nicht dazu gehören, und die wohl ein Herzog, aber nicht eine Herzogin von Oeſterreich nach ihrem Geſchlechte beſitzen kann. Die hohen Teutſchen Reichsſtände können und werden niemals den hier behaupteten Satz

zugeben, daß unter den von K. Carl VI. ſeiner Erbfolgerin hinterlaſſenen Landen und Rechten, nach den Oeſterreichiſchen Freyheitsbriefen, auch Anwartungen auf Mannlehen begriffen ſeyn, noch auch, daß eine Erzherzogin von Oeſterreich würkliche Mannlehn erwerben, und andere Lehen von ihren Vorfahren erben könne, als deren ſie nach ihrem Geſchlechte fähig iſt, welches nur Weiber- oder vermiſchte Lehen aber keine Mannlehen ſind. Wollte man andere Grundſätze und diejenigen, die der Wiener Schriftſteller hier blos willkürlich vorausſetzet, aber mit nichts beweiſet, annehmen, ſo würde der ungereimte Schluß daraus folgen, daß die Oeſterreichiſchen Kayſer allerhand Anwartungen, oder andere Verſchreibungen, die man hiernächſt willkürlich dafür ausgiebt, wie gegenwärtig der Fall mit dem Sigmundſchen Lehnbriefe iſt, ihrem Hauſe heimlich und ohne Vorwiſſen des Reichs, auf Reichsmannlehen ertheilen, ſolche hiernächſt nach Jahrhunderten bey günſtigen Gelegenheiten geltend machen, und auf ſolche Art unter dem Deckmantel der Oeſterreichiſchen Haus-Privilegien, nach und nach alle Reichsmannlehen in Weiberlehen verwandeln und ihrem Hauſe zuwenden könnten. Eben dieſe unzuläßige Folge widerſtehet auch der von dem Wiener Schriftſteller an dem Ende dieſer Stelle aus dem Oeſterreichiſchen Freyheitsbriefe angezogenen Clauſul: **daß alle Lande, ſo ſie künftig erwerben möchten, auch der Rechte des Herzogthums Oeſterreich theilhaftig werden ſollen.** Dieſes kann vernünftiger

Weiſe

Weiſe nur denn erſt Statt haben, wenn ein Reichsland zuvor mit Recht auf eine Erzherzogin von Oeſterreich gelanget iſt, welches von einem Reichsmannlehn nicht geſagt werden kann. Der Königl. Preußiſche Hof verlanget nicht, dieſe Freyheitsbriefe des Erz-Hauſes Oeſterreich zu beſtreiten, er will auch das Reich dazu nicht aufrufen; er beſtreitet nur die willkürliche Auslegung derſelben, welche der Wiener Schriftſteller hier angewendet, und deren Ungrund man zwar mit wenigen, aber hinreichend gezeiget zu haben glaubt. Da der Freyheitsbrief K. Friedrich I. von folgenden Kayſern beſtätiget iſt; ſo würde es überflüßig ſeyn und zur Sache nichts thun, wenn man deſſen Aechtheit unterſuchen wollte. Diejenigen, welche die alte Teutſche Geſchichtskunde und Diplomatik verſtehen, wiſſen von ſelbſt wohl zu beurtheilen, was man von Urkunden halten ſoll, in denen zu K. Friedrich I. Zeiten von Electoribus und Palatinis Archiducibus Erwähnung geſchiehet, welches alles im zwölften Jahrhundert unerhört war. Man will auch nicht unterſuchen, in wie weit die im Jahr 1664. von dem Churf. zu Maynz allein ohne alle Concurrenz des Reichs geſchehene Vidimation des mehrgedachten Freyheitsbriefes, deſſen Aechtheit bewähren und außer Zweifel ſetzen kann. Endlich verlieren auch alle Freyheitsbriefe des Hauſes Oeſterreich ihre Kraft gegen das Haus Bayern, da K. Friedrich III. im Jahr 1478. den Herzogen von Bayern eine Kayſerliche Erklärung ertheilet: **daß die von den vorhergehenden Kayſern er-**

theilte Privilegia und Freyheiten, vom wem ſie auch erworben ſeyn möchten, dem löblichen Hauſe Bayern an ſeinen Freyheiten, Privilegien und Gerechtigkeiten ganz keinen Abbruch, Schaden, noch Verletzung bringen ſollen. (S. die ausführliche Vorlegung der fideicommiſſariſchen Rechte des Hauſes Pfalz auf Bayern unter den Urkunden S. 179. in der Samml. Th. IV. S. 377.) Nach dieſer kurzen, doch gründlichen Ausführung und Erklärung wird dem Wiener Schriftſteller nunmehro dasjenige begreiflich ſeyn, was er in der erſten Königl. Preußiſchen Erklärung nicht begreifen können, oder wollen; wenigſtens werden es andere unpartheyiſche und billig denkende Leſer leicht begreifen und einſehen.

Königl. Preuß. Erklärung. Wollte oder könnte — — herſtammet. S. 494. und: daß K. Sigismund — — beſtehen können. S. 495. auch: 9) dieſe aus den — — auszulegen. S. 496. und 97.

Beantw. des Wiener Hofes. Wenn man auch — — werden mußte. Eb. daſ. auch: Es iſt bereits — — ausgedrücket werden müſſen. S. 495. und 496. und: die Theidigung — — Erbfolge ein. S. 498 = 500.

Beantw. des Königl. Preuß. Hofes.

Es iſt nicht leicht möglich, der geſunden Vernunft mehr anzuthun, als der Wiener Schriftſteller hier auf den beyden Seiten gethan hat, in welchen er den K. Preußiſcher Seits behaupteten Satz: „daß wenn K. Sigismund „durch ſeinen Theidigungsbrief von 1426. das

„Lehn

„Lehn von Niederbayern mit Ausſchlieſſung des „Oberbayeriſchen Mannsſtammes auf ſeine „Tochter Eliſabeth, H. Albrechts von Oeſter„reich Gemahlin, und deren Erben, gültig „hätte transferiren können, ſolches nicht der „ihr fremden Oeſterreichiſchen männlichen Col„laterallinie, ſondern nach ihres Sohnes Kö„nigs Ladislas erbenloſem Abgange ihrer älte„ſten Tochter Anna, Marggräfin von Meiſſen, „und dem von derſelben allein abſtammenden „Churhauſe Brandenburg, nach den deutlichen „Worten des Theidigungsbriefes zu ſtatten „kommen könne,“ zu widerlegen ſucht. Zu ſolchem Ende ſupponiret er aus K. Friederichs I. Freyheitsbriefe ein ewiges Fideicommiß des Hauſes Oeſterreich und ziehet daraus die erdichtete Folge, daß wenn ein Herzog von Oeſterreich ein neues Land erwirbt, ſolches ſogleich mit der Maſſa der übrigen Oeſterreichiſchen Beſitzungen vereiniget werde und ſolchemnach, da König Ladislas ohne männliche Erben geſtorben, ſeine ganze Verlaſſenſchaft und auch die darunter mitbegriffene Anwartung auf Niederbayern nicht auf ſeine Schweſtern, ſondern auf ſeine Oeſterreichiſche männliche Collateralerben vererbet ſey. Alles dieſes aber beſtehet in leeren Erdichtungen und willkührlichen Vorausſetzungen. In dem noch nicht von dem ganzen Reiche als richtig und gültig anerkannten Freyheitsbriefe K. Friederich I. iſt das hier angeführte Fideicommiß des Hauſes Oeſterreich nicht in ſolcher Ausdehnung, wie hier vorgegeben wird, feſtgeſetzet, (S. S.

 133.)

133.) und wenn es wirklich ſo weit gienge, wie nicht zugegeben wird, ſo könnte es nur von dem Herzogthum Oeſterreich und von denen Landen gelten, die dem Hauſe Oeſterreich allein verſchrieben wären, nicht aber von ſolchen, bey denen, wie im gegenwärtigen Fall, die Erbfolge der Tochter K. Sigismunds einer nicht bloß Oeſterreichiſchen Erblaſſerin und ihren Erben beyderley Geſchlechts ausdrücklich verſchrieben war. Es kommt hier gar nicht weder auf die Worte, noch auf den Sinn der Oeſterreichiſchen Freyheitsbriefe, ſondern lediglich auf K. Sigmunds Theidigungsbrief, welcher das Schickſal und die Erbfolge von Niederbayern beſtimmen ſollte, an. Man muß deſſen dahin einſchlagende Stelle hier ganz anführen, weil der Wiener Schriftſteller nur dasjenige, was er daraus für vortheilhaft hält, verſtümmelt angebracht, zu eben der Zeit, da er dem Königl. Preußiſchen Hofe eine verſtümmelte Anführung des Theidigungsbriefes, wozu derſelbe keine Urſach noch Abſicht hatte, vorwirft. Die Worte lauten alſo: „Were auch daz wir erben gewünnen „Mansgeſlecht, ſo ſoll daſſelbe Lande bey derſelben vnſern erben Mansgeſlecht beleiben, Gewünnen wir aber nicht erben Mansgeſlecht, ſo ſollen dieſelbe Lande Niederpayern „anſterben vnd erben, auf die vorgenannt Eliſabeth vnſer liebe Tochter Herczogynn zu Oeſterreich, des vorgenannten Herczog Albrechts „Gemahel vnd die ſol alſdann dieſelben Land, als „Jr veterlich erbe vnd als eine rechte „Erb-

„Erbfraw, mit ſampt Iren Erben, die Sy
„mit dem vorgenannten Herczog Albrechten ge-
„winnen wirt, die zu beſiczen, vnd ynnczu-
„haben — — doch ſo ſoll Sy das vorgenannt
„Land Ihr lebtag lediclich haben. Vnd der
„vorgenant Herczog Albrecht, ſol Sy in ganczer
„gewere, vnd an alle gedringnüß deſſelben Lan-
„des bewaiden vnd laſſen beleiben. Wenn ſy
„aber abging ſo ſollen dieſelben Lande in allem
„dem Rechte als ſy gehabt hatt an Ire
„erben gefallen. Were auch dacz Herczog
„Albrecht andere erben mit einem andern Weib
„gewünne, die ſollen mit vnſerr vorgenanten
„lieben Tochter erben vnd erbeſerben an den ege-
„nanten Landen Niderpayern nicht miterben;
„ſunder dieweil dieſelben erben vnd er-
„beſerben die Sone weren ſein vnd leben
„die weil ſollen ſy Herren des ege-
„nannt Landes ſein. Es were dann daz ſy
„alle abgingen, ſo ſollen vnd mögen erſt des
„egenannten Herczog Albrechtes erben, die er
„mit einem andern Weib gewünne, das ege-
„nant Land erben haben vnd beſiczen — —
„Wer auch daz wir on erben Manſgeſlecht ab-
„giengen. vnd vnſer vorgenant Tochter Fraw
„Eliſabeth auch on erben verſchied vnd ihr Ge-
„mael Herzog Albrecht vorgenannt im Leben be-
„lieb So ſol das vorgenant Land Niedern payern
„ledicglich vnd mit aller Herlichkeit, an den
„vorgenanten Herczog Albrechten, vnd ſeine
„erben geuallen.“ Dieſe Stelle und der ganze
Theidigunsbrief enthält nicht ein Wort, das be-
deute,

deute, daß K. Sigismund Niederbayern dem Hauſe Oeſterreich zugedacht habe; alles gehet vielmehr auf das Gegentheil und dahin: daß er dieſes Land ſeiner Tochter Eliſabeth und ihren Erben beyderley Geſchlechts, als ein väterliches Erbe, auf ewig beſtimmt. Dieſes erhellet unwiderſprechlich daraus, daß er nach Abgange ſeines Mannsſtammes, Niederbayern als ein väterliches Erbe ſeiner Tochter Eliſabeth, als einer rechten Erbfrau und ihren Erben und Erbeserben ohne einige Beſchränkung des Geſchlechts und in allem Rechte ſo ſie gehabt, verſchreibet; indem er verordnet, daß die Erben, die H. Albrecht mit einer andern Gemahlin gewinnen möchte, mit ſeiner Tochter Erben und Erbeserben an Niederbayern nicht miterben ſollen, ſo ſchließt er in dem Fall nicht allein H. Albrechts Leibeserben, ſondern noch vielmehr ſeine Collateralerben aus. Hätte K. Sigismund gewollt, daß nur die Erben ſeiner Tochter, welche Söne weren, Niederbayern erben ſollten, ſo würde er in dieſer Stelle ſich alſo ausgedruckt haben: „Were auch „daß wir und unſere Tochter ohne Erben „Mansgeſchlecht abgingen ꝛc.“ Da er aber bey ſeinen Erben, die vorzüglich vor ſeiner Tochter die Erbfolge haben ſollen, das Mannsgeſchlecht ausdrücklich erfordert, hingegen bey den Erben ſeiner Tochter, welche vorzüglich mit den Erben H. Albrechts, die er von einer zweyten Gemahlin haben würde, in dieſem Lande die Erbfolge haben ſollen, das Mannsge-

ſchlecht

ſchlecht nicht erfordert; ſo iſt aus dieſer Contradiſtinction offenbar, daß K. Sigismund ſeiner Tochter Leibeserben beyderley Geſchlechts, den Erben ſeines Tochtermanns, welche er von einer andern Gemahlin gewinnen würde, vorgezogen habe: das Gegentheil iſt ſo unglaublich, als unnatürlich es iſt, daß ein Vater ſeiner leiblichen Tochter Töchtern die Tochter, welche ſein Tochtermann mit einer andern Gemahlin erzeugen würde, oder gar ſeine Seiten-Erben, vorgezogen haben wolle. Da alſo K. Sigmund Niederbayern als ein **väterliches Erbe**, von ſeiner Tochter als einer **rechten Erbfrau**, beſeſſen haben wollte, ſo iſt ſeine Meynung ohne Zweifel geweſen, dieſes Mannlehen in ein **Weiberlehn zu verwandeln**, und ſeine Meynung konnte unmöglich dahin gehen, daß nur ihre Söhne, und nicht nach deren Abgang ohne Leibeserben, auch ihre Töchter die Erbfolge darin haben ſollte. Die Worte: „ſunder dieweil dieſelben erben und erbens„erben, **die Söne weren**, ſeyn und leben, „dieweil ſollen ſy **Herrn** des genannt Landes „ſeyn.“ ſind dem Zuſammenhange und dem daraus hervorleuchtenden Sinn des K. Sigmunds ſo ungemäß und ſo widerſtreitend, daß man Urſach hat, auf die Vorlegung und genaue Prüfung des Originals auf dem Reichstage zu dringen, bevorab da mit ſothaner Vorlegung Schwierigkeit gemacht, und ſelbige ſogar dem Bayeriſchen Miniſterio verſaget worden.

den. *) Wenn man aber auch die willkührliche Auslegung des Wiener Hofes über dieſe dunkele Stelle annehmen wollte: **daß nur die männlichen, nicht aber die weiblichen Erben Eliſabeths den übrigen Erben Herczog Albrechts vorgezogen worden;** ſo folget doch ſelbſt daraus unſtreitig: „daß die nirgends „ausgeſchloſſene und durch den ſo oft widerhol„ten Ausdruck von **Erben und Erbeserben** „in der Erbfolge mitbegriffene **weibliche Er„ben der Eliſabeth** mit den **weiblichen** „**Leibeserben H. Albrechts** von einer an„dern

*) Als im J. 1423. K. Sigismund als König von Böhmen, ſeinen Eydam H. Albrecht und ſeine Tochter Eliſabeth und ihre Leibeserben mit Mähren belehnete, ſo iſt auch dergleichen Theidigung zwiſchen ihm und ſeinem Tochtermann errichtet, auch in derſelben auf den Fall, wenn K. Sigmund annoch Leibeserben männlichen Geſchlechts gewinnen würde, denenſelben Mähren vorbehalten, auch in dem Fall, wenn H. Albrecht von des Kayſers Tochter Eliſabeth keine Leibeserben erzielen würde, auf die Leibeserben, welche ihm von einer andern Gemahlin geboren und NB. Söhne ſeyn würden, die Belehnung erſtrecket? hingegen in dem Fall, wenn er weder von der einen noch andern Gemahlin Leibeserben hinterlaſſen würde, nicht ſeinen Stammvettern des Hauſes Oeſterreich, ſondern den nächſten Erben des K. Sigmunds aus dem Hauſe Luxenburg den Anfall bedungen. Dieſes ganz ähnliche Beyſpiel läßt keinen Zweifel übrig, daß er Niederbayern, ſo wie Mähren, den Leibeserben ſeiner Tochter, nicht aber dem Hauſe Oeſterreich, verſichern wollen.

„dern Gemahlin zuſammen erben müſten, und „daß ferner K. Sigmund alle Erben ohne Be„ſchränkung des Geſchlechts, folglich männliche „und weibliche, die Herzog Albrecht mit ſeiner „Tochter, oder mit einer andern Gemahlin ge„zeuget haben würde, mithin blos ſeine Leibes„erben, keineswegs aber ſeine Oeſterreichiſche „Collateral-Erben, die nirgends genannt, noch „gedacht werden, zur Erbfolge von Nieder„bayern berufen habe.“ Da nun H. Albrecht von Sigmunds Tochter Eliſabeth ſelbſt, und nicht von einer andern Gemahlin, einen Sohn und zwey Töchter hinterlaſſen; da der Sohn K. Ladislas ohne Leibeserben geſtorben, ſo müſten ſeine älteſte Tochter **Anna** und derſelben einige Deſcendenten, die Brandenburgiſchen Prinzen, und nicht ſeine Oeſterreichiſche Collateral-Erben, nach dem Sinn und nach den Worten des Theidigungsbriefes K. Sigismunds Niederbayern erben, wo Vernunft und Recht noch einigermaßen ſtatt haben ſoll. Nachdem man alſo den ganzen Zuſammenhang der gegenſeitigen Gründe widerlegt, darf man nur noch mit wenigem einige gewagte, und ganz falſche Sätze bemerken. Die Succeßion von Niederbayern, die niemals würklich auf den K. Ladislas vererbet worden, kann alſo auch nicht nach dem Recht der Oeſterreichiſchen Erbfolge, ſondern nach der die K. Sigismund beſonders über Niederbayern feſtgeſetzet, beurtheilet werden. Die Abſicht dieſes Kayſers gieng gar nicht dahin, Niederbayern dem Hauſe Oeſterreich, ſondern ſeinen

Leibes-

Leibeserben und ſeinem eigenen Hauſe zuzuwenden. Da er Niederbayern ſeiner Tochter und ihren Erben und Erbeserben als ein väterliches Erbe ſo oft verſchreibet, nur nach deren Abgang die Leibeserben H. Albrechts zur Erbfolge beruft und an das Haus Oeſterreich gar nicht gedacht, ſo iſt die von den K. Preußiſchen Hofe behauptete Erbfolge der natürlichen Erbordnung viel gemäßer, als die weit hergeholte und unerhörte, welche der Wiener Hof auf die zu den Leibeserben K. Sigismunds ſeiner Tochter und ſeines Schwiegerſohns gar nicht gehörende Oeſterreichiſche Collateral-Erben ausdehnen will. Der Wiener Hof legt auch allerdings ſeine Freyheitsbriefe auf eine doppelte und widerſprechende Art aus, indem ſie bald die weibliche Erbfolge, nach Abgang des Mannsſtammes, beſtätigen ſollen; bald aber, wenn er die Succeßion eines Weiberlehns, wie Niederbayern nach K. Sigismunds Theidigungsbriefe ſeyn ſoll, gerne haben will, der entfernte Collateral-Mannsſtamm die nähere weibliche Leibeserben von ſolchem erwieſenen Weiberlehn ausſchlieſſen ſoll. Wenn das Publikum von dieſer weitläuftigen Ausführung ermüdet iſt, ſo muß es ſolches blos den Verwirrungen und Verdrehungen des Wiener Hofes zuſchreiben.

Kön. Preuß. Erklärung. Man hat — — vorangeſetzet ſind. S. 500.
Beantw. d. Wien. Hofes. Ein herrliches — — Rechts hat. S. 501.
Beantw. des Königl. Preuſſ. Hofes.

Durch

Durch die vorhergehende Stelle iſt zum Ueberfluß erwieſen, daß wenn der Theidigungsbrief K. Sigismunds jemanden einiges Recht auf Niederbayern geben können, ſolches nicht dem Hauſe Oeſterreich, ſondern dem Hauſe Brandenburg zukommen würde. Da nun S. Kön. Maj. ſich deſſen zu bedienen nicht verlangen, ſo wäre ſolches allerdings ein Beyſpiel, welchem der Kayſerl. Königl. Hof billig folgen ſollte, zumahl nachdem man ihm den Unbeſtand der an ſich nichtigen, überdem aber dem H. Churfürſten zu Pfalz abgezwungenen Convention erwieſen. Das Ausrufen macht keine Widerlegung!

Kön. Pr. Erklärung. 6) Die zweite — — Pfalz entziehen. S. 501. u. 502.

Beantw. des Wiener Hofes. Gegen den — — einzugeſtehen. S. 502 : 506.

Beantw. des Kön. Preuß. Hofes.

Der Königl. Preußiſche Hof muß dafür halten, daß die in ſeiner erſten Erklärung, gegen die von der Krone Böhmen jetzo vorhabende Einziehung ihrer Lehne in der Ober-Pfalz gemachte Einwürfe, hier nur zum Theil und dabey ſehr ſchwach beantwortet ſind, und in ihrer völligen Kraft beſtehen bleiben. Man könnte ſich auch auf die ausführliche Herzogl. Zweybrückiſche Vorlegung ſeiner fideicommiſſariſchen Rechte berufen, zumahl da der Wiener Schriftſteller nur immer Beweiſe verlanget, ſelbſt keine führet und auch nichts aus dem Grunde widerleget; indeſſen will man ihm auf das weſentliche keine Antwort ſchuldig

bleiben. Daß durch den Vertrag von Pavia ein förmliches Familien-Fideicommiß eingeführet worden ſey, iſt nicht blos geſagt, ſondern genug erwieſen worden, durch die in der erſten Erklärung angeführte klare und ein unveräußerliches Fideicommiß genugſam beſtätigende Worte des Vertrages: daß nicht allein ein Theil dem andern ſuccediren, ſondern auch kein Theil von ſeinen Landen etwas vergeben, verwechſeln, noch verkaufen, ſondern allenfalls dem andern zum Kauf anbieten ſollte. Ob dieſer Artikel niemals beobachtet worden, ſolches darf nicht das Haus Pfalz, ſondern derjenige, der es leugnet, beweiſen. Könnte auch ſolches, und das was hier ſonſt von den Pfälziſchen Behauptungen gegen den Paviſchen Vertrag, aus dem dreyßigjährigen Kriege angeführt wird, erwieſen werden; ſo hat doch ein ſolch feyerlicher Hausvertrag nicht durch die Nichtbeobachtung eines Theils aufgehoben werden können, ſondern dazu wird der vereinigte Schluß beyder Theile erfordert, welches ſo wenig geſchehen iſt, daß vielmehr Churf. Maximilian I. ſelbſt ſich im J. 1639. darauf berufen und beyde Häuſer Pfalz und Bayern den Paviſchen Vertrag faſt in jedem Hausvertrage erneuert, wiederholet, und dadurch gegen die bey gewiſſen Uneinigkeiten etwa geſchehene Contraventiones völlig wieder hergeſtellet haben.

Um

Um den hier gemachten Schluß zu berichtigen, müſte erſt ausgemacht werden, ob K. Carl IV. der bekanntermaßen mit dem Teutſchen Reich als ein Stiefvater, und nicht ſehr regelmäßig verfahren, das Paviſche Familienfideicommiß des Hauſes Pfalz aufheben und demſelben zuwider, dieſe Bezirke der Ober-Pfalz durch ſeinen angeblichen Kauf davon trennen können, und ob auch alle Pfalzgrafen und Herzoge von Bayern darin würklich gewilliget haben. Die nachfolgenden Pfalzgrafen haben erſteres beſtritten, ſie haben K. Carl IV. genöthiget, ihnen im J. 1378. heilig zu verſprechen, **daß er nicht nach ihren Landen ſtreben wolle**, (ſ. die Beylage No. 8. §. 21.) ſie haben obgedachte Bezirke der Ober-Pfalz als unrechtmäßig veräuſſerte Stammgüther zurückgenommen und es endlich auch dahin gebracht, daß K. George von Böhmen, ihnen das Eigenthum davon wider zugeſtehen müſſen und ſie blos von ihm zu Lehen genommen. Man kann alſo mit Grunde annehmen, daß vom J. 1353. bis 1465. dieſe Oberpfälziſche Bezirke zwiſchen der Krone Böhmen und den Pfalzgrafen ſtreitig geweſen, alſo auch aus den in der Zwiſchenzeit geſchehenen Verhandlungen, von beyden Theilen kein zu Recht beſtehender Schluß gezogen werden kann.

Der zu Beantwortung der vorigen Stelle und Nr. 1. gemachte Schluß würde auch auf dieſe 2te gelten, und alſo die Frage, ob dieſe Bezirke der in der goldenen Bulle den Churfürſten-

 thü-

thümern beygelegten Unzertrennlichkeit theilhaftig wären, unentſchieden machen. Da aber durch den Vergleich von 1465. der vorgeweſene Streit für die Pfalzgrafen entſchieden und mehrgedachte Bezirke mit der Oberpfalz wieder vereiniget worden, ſo haben ſie wenigſtens jure poſtliminii, mit ſtillſchweigender Einwilligung der Krone Böhmen, dadurch die Vorzüge der Ober-Pfalz und folglich die Unzertrennlichkeit wieder erhalten. Die Ober-Pfalz hat allerdings von Zeit der goldenen Bulle bis zum Weſtphäliſchen Frieden, als ſo lange ſie von den Churfürſten zu Pfalz beſeſſen worden, einen Theil des Churfürſtenthums Pfalz ausgemacht, oder es müſte das Gegentheil erwieſen werden. Indeſſen iſt der Grund, den man aus der Unzertrennlichkeit der Ober-Pfalz von dem Churfürſtenthum Pfalz hergeleitet, nur ein Nebengrund, deſſen Ausfall die Rechte des Hauſes Pfalz auf die Böhmiſchen Lehen nicht völlig aufheben würde.

Die Pfalzgrafen haben die Oberpfälziſche Bezirke nicht als **neuerworbene Lehen** angenommen, ſondern als alte Stamm-Lehen vindiciret, und auch dergeſtalt durch den Vertrag mit K. George von 1465. erhalten, welches theils dieſer König ſelbſt durch die Worte: **antreffend etliche Schloß und Städt, die eins Theils von uns und unſerer Krone Böhmen zu Lehen rühren**, folglich alte Pfälziſche Lehen der Krone Böhmen waren, noch mehr aber K. Ferdinand I. durch ſeinen Lehnbrief von 1559.

aner-

anerkannt, da er dieſe Lehen nicht den **Leibes-** ſondern den **Lehns-Erben** Pfalzgraf Otten, der den Vertrag von 1465. geſchloſſen, verliehen, wie dieſes in der **Pfalz-Zweybrückſchen Vorlegung** S. 179. bis 181. (ſ. Th. IV. S. 167. u. ff.) umſtändlicher ausgeführet iſt. Hat nun das Haus Pfalz die Lehen als **Stammlehen** erhalten; ſo mußte dieſe **Mitlehnſchaft** auch dem Hauſe Bayern, wenn ſolches ſchon in den Lehnbriefen nicht genennet war, in Anſehung ſolcher Bezirke, die ihrem Urſprunge nach den Häuſern Pfalz und Bayern gemeinſchaftlich zugehörten, zu ſtatten kommen. Es iſt aber überhaupt überflüßig, daß der Wiener Schriftſteller dieſe Frage rege macht, da es jetzo ja nicht darauf ankommt, ob die nun ausgegangene Ludewigſche Linie von Bayern eine Mitlehnſchaft an dieſen Lehnen gehabt, und er doch nicht wird ſtreiten können, daß alle Pfalzgrafen, folglich auch die heutigen, durch den Vertrag von 1465. das Lehnrecht zu den benannten Ober-Pfälziſchen Bezirken erhalten haben, ob es wohl durch den Weſtphäliſchen Frieden bis auf den Abgang der Bayeriſchen Linie ſuſpendiret worden.

Wenn man den hier angeführten Incorporations-Brief von 1355. in des **Lünigs** hier angezeigten Stelle S. 1144. durchließt, ſo wird man finden, daß nachdem K. Carl IV. alle die Oerter genennet, die er theils durch Kauf von Pfalzgraf Ruprecht, theils auch ſonſt zur Krone Böhmen gebracht, der Reihe nach hererzählt;

 ſo

ſo ſetzet er hinzu die ausdrücklichen Worte: **und ander Lande, die in teutſchen Landen gelegen ſind, die wir zu dem Kunigreich und der Kronen zu Beheim mit unſerm Fleiß gebracht haben.** In dem lateiniſchen Exemplar ſagt er nach eben dieſer Specification der Oberpfälziſchen Diſtricte, die noch jetzo zum Theil die Böhmiſche Lehen ausmachen; et alias terras quas *in Allemannia* noſtra ſollicitudine regnum Bohemiae tenet. K. Ferdinand II. ſaget in dem erſten Lehnbriefe, den er dem Churfürſten Maximilian von Bayern im J. 1631. über die Böhmiſche Lehen ertheilet; „dem„nach bey uns der Churfürſt zu Bayern gebeten, „ihme diejenigen in der **Obern-Pfalz gele„gene Städte, Schlöſſer und Flecken,** „ſo von uns als König in Böheim zu Lehen ru„hen, als nemlich Toneßberg, Hohenfels, Au„erbach, Eſchenbach, Rotenberg, Bernau, „Heimburg, Holſtein, Freyenſtadt und Wolf„ſtein ꝛc. zu leihen — ſo haben wir ihm ſolche „Schlöſſer und Städte, wie **ſolche Lehen „von altershero von Uns und Unſe„rer Erbkrone Böheim zu Lehen reco„gnoſciret und getragen worden,** gelie„hen.“ Iſt es möglich mit klärern und nachdrücklichern Worten zu erweiſen, daß dieſe Böhmiſche Lehen Pertinenzſtücke von Teutſchland und der Obern Pfalz, und dabey **alte Stammlehen** geblieben ſind? Stehet ſolches nicht mit dürren Worten in dem Incorporations-Briefe von K. Carl IV. von 1355. und dem Lehnbriefe von

K. Ferdi-

K. Ferdinand II. von 1631? und iſt es nicht offenbar, daß der Wiener Schriftſteller dieſe Urkunden verſtümmelt und das ihm nachtheilige verſchwiegen hat?

Dieſe Schlußfolge beruhet auf einem falſchen Vorderſatz. K. Ferdinand III. war als König von Böhmen, in welcher Eigenſchaft er vornemlich den langen teutſchen Krieg geführet, allerdings Mit-Contrahent des darauf erfolgten Weſtphäliſchen Friedens. Dieſen Satz, welchen der Königl. Preußiſche Hof in der Antwort auf die Wiener Analyſe S. 41. (Th. I, S. 335.) mit Gründen behauptet, müßte der Wiener Schriftſteller erſt aus dem Wege räumen, wie er hier nicht gethan, ehe er ſich darauf berufen kann, daß K. Ferdinand III. als König von Böhmen nicht Mitcontrahent dieſes Friedes geweſen ſey. Geſetzt aber auch, doch nicht zugegeben, daß er es nicht geweſen wäre, ſo hat er als Kayſer und als Oberlehnherr der Ober-Pfalz, der Pfälziſchen Linie durch den Art. 4. §. 9. des Weſtphäliſchen Friedens nach Abgang der Bayeriſchen Linie, den Rückfall der Ober-Pfalz und alſo auch der Böhmiſchen Lehen, die oben erwieſenermaßen in **Teutſchland und in der Ober-Pfalz gelegen ſind**, verſichert, und da er dieſelbe nicht ausgenommen, ſo müſten dieſe Lehen allerdings, ſo wie die Ober-Pfalz ſelbſt, an das Churhaus Pfalz, welches ſie vorhero als ihre alte Stammlehen beſeſſen und derſelben nur zu Gunſten der Bayeriſchen Linie entſetzet worden, zurückfallen.

Die Mitbelehnung iſt als eine willkürliche Formalität in dem Hauſe Pfalz Bayern nicht gewöhnlich, und alſo auch nicht nöthig geweſen. Da K. Ferdinand II. nach den Worten des Lehnbriefes von 1631. dem Churfürſt Maximilian von Bayern und ſeinen Lehnserben die in der Ober-Pfalz gelegenen Böhmiſchen Lehen, wie ſolche **Lehen von altersher von der Krone Böhem getragen worden, ewiglich zu rechten Lehen, alsdann ſolcher Lehen Recht und Gewohnheit iſt, verliehen**, ſo zeigen alle dieſe Worte, daß ſelbſt K. Ferdinand II. dieſe Lehen dem Hauſe Bayern als **alte Stammlehen ewig** ertheilet und daß ſeine Meynung nicht geweſen, ſie jemals vor dem Abgang des ganzen Hauſes einzuziehen, oder eine Veränderung damit zu machen. Was hier aus eines Privatgelehrten, des Oberconſiſtorial-Raths Büſching Erdbeſchreibung angeführet wird, kann keinen Beweis in dem teutſchen Staatsrechte machen.

Königl. Preuß. Erklärung. 7) Die dritte — — gelten machen. S. 507.

Beantw. d. Wien. Hofes. Der Grund — — beruft. S. 508-510.

Beantwortung des Königl. Preußiſchen Hofes.

Man wiederholet hier, daß der K. Preuß. Hof den Anſpruch Jhro Maj. der Kayſerinn-Königin auf Mindelheim, als einen geringeren Gegenſtand, umſtändlich unterſuchen noch beſtreiten will; man kann ſich auch deshalb theils auf **die Herzoglich Pfalz-Zweybrückſchen**

Vorlegung der fideicommiſſariſchen Rechte des Hauſes Pfalz (§. 126. bis 129. S. Th. IV. d. Samml. S. 156-159.) theils auch auf Jhro Churfürſtl. Durchlaucht zu Sachſen rechtsgegründete Anſprüche an die Bayeriſche Allodial-Erbſchaft (S. 22. und 36. ſ. Th. II. S. 120. u. 210.) berufen. Nur will man hier mit wenigem anführen, daß da Kayſer Mathias laut des Lehnbriefes von 1618. dem **Herzog Maximilian von Bayern und allen deſſen Erben und Nachkommen** die Herrſchaft Mindelheim als ein von dem Geſchlechte der Fugger gekauftes **Eigenthum** und ſelbſt auch die darin begriffene **Reichslehen**, die auf den **Blutbann, das Zoll- und das Forſtrecht** eingeſchränket werden, verliehen, ſolches dem Verkauf des Hauſes Oeſterreich und der Anwartſchaft, welche eben dieſer Kayſer demſelben im Jahr 1614. ertheilet haben ſoll, die aber noch nicht in forma probante bekannt geworden, entgegen zu ſtehen und nicht wohl damit zu vereinbaren ſcheinet. Wenn das Reichslehen nur obgedachte drey Gegenſtände hat, ſo hat Kayſer Mathias dem Hauſe Oeſterreich auch auf nichts mehr eine Anwartſchaft geben können, und dieſes Haus hätte nicht mit dem Herrn Churfürſten zu Pfalz allein, ſondern auch mit den übrigen Bayeriſchen Lehn- und Allodial-Erben abmachen ſollen, ob nicht die eine oder die andere zu dem ganzen Fürſtenthum Mindelheim oder zum Theil deſſelben ein Succeßionsrecht haben, und ob das Lehn von Mindelheim mit dem Baye-

riſchen Mannsſtamm abgeſtorben und dem Hauſe Oeſterreich ganz zugefallen ſey, welches nach obangeführten Umſtänden wohl nicht rechtlich zu ſeyn ſcheinet. Hieraus folget, daß der Kayſerl. Königl. Hof den Beſitz von Mindelheim nicht eigenmächtig und voreilig hätte ergreifen, ſondern ſolchen vielmehr bis zu ausgemachter Sache den natürlichen Erben des Hauſes Bayern laſſen ſollen, und ſollte alſo dasjenige nicht ſo unbegreiflich ſeyn, was man Königl. Preußiſcher Seits hievon in der erſten Erklärung geſagt hat. Der Beſitz, welchen das Erzhaus Oeſterreich von Mindelheim während des Spaniſchen Succeßions-Krieges ergriffen, giebt und nimmt der Sache nichts, weil ſolches ein Zwiſchenvorfall war, welchen der Raſtadt-Badner Frieden völlig aufgehoben, und alles wieder in den vorigen Stand geſetzet hat. Die Convention vom 3. Jänner giebt dem Wiener Hofe eben ſo wenig ein neues Recht, da ſie bewieſenermaßen erzwungen iſt, und überdem der H. Churfürſt zu Pfalz dadurch weder den Lehn- noch Allodialerben etwas vergeben können.

Kön. Pr. Erklärung. 8) Sobald es — — erſonnen haben. S. 510.
Beantw. des Wiener Hofes. Da nichts weniger — — abhange. Eb. daſ.
Beantw. des Preuß. Hofes.

Es iſt nicht allein in der erſten K. Preuß. Erklärung, ſondern auch in dieſer Beantwortung der Wiener Gegenſchrift erwieſen worden, daß der Kayſerin-Königin Maj. kein urſprüngliches Recht

Recht auf einige Theile der Bayeriſchen Erbſchaft haben; man hat alle dagegen gemachte Ausflüchte hier aus dem Wege geräumet; man hat durch das in der abgenöthigten Anzeige bekannt gemachte Schreiben des Hrn. Churfürſt zu Pfalz vom 22. Jänner gezeiget, daß Sie bey der Convention vom 3ten ſolches Monats, nicht nach Ueberzeugung gehandelt, ſondern blos durch die Drohungen des Wiener Hofes zu dem ſo nachtheiligen Vergleiche gezwungen worden. Der K. Preuß. Hof dringet alſo ſeine Ueberzeugung niemanden zur Glaubensregel auf; er hat ſie auf unwiderlegliche Beweiſe gegründet, folglich können auch die Anſprüche des Kayſerl. Königl. Hofes nicht einmal als zweifelhaft gelten, und der Rechtsſatz, daß über zweifelhafte und ſtreitige Gegenſtände tranſigiret werden könne, kann hier keine Anwendung finden, weil die Gegenſtände nicht zweifelhaft ſind, weil der Vergleich nicht mit ſämmtlichen dazu gehörigen Intereſſenten, ſondern nur mit einem derſelben, dem Herrn Churfürſten zu Pfalz geſchloſſen, und auch dieſer noch gezwungen worden iſt, und weil bey einer Transaction jeder Theil von ſeinen Anſprüchen wenigſtens etwas nachgeben muß, hier aber der Kayſerl. Königl. Hof das objectum litigioſum ganz und noch 21. Gerichte dazu nimmt. Nach dieſen ſo oft erwieſenen Vorderſätzen, wird die in der erſten Königl. Erklärung geäuſſerte Behauptung wohl beſtehen bleiben: daß da die von dem Hrn. Churfürſten zu Pfalz in der Convention von 3. Jänner geſchehene Anerkenntniß der K. K.

alten Anſprüche, blos auf Irrthum, unrichtigen Vorausſetzungen, und ſogar auf Zwang gegründet iſt, ſie mit dem Grunde, worauf ſie gebauet iſt, wegfällt, und der Kayſerin-Königin Maj. kein neues Recht geben kann.

K. Pr. Erklärung. 9) Daß die Convention — — Theilung. S. 511, u. 512.
Beantw. d. Wien. Hofes. Daß die Convention — — ungleicher Theilung. S. 513-519.
Beantw. des Preuß. Hofes.

Der Königl. Preußiſche Hof hat den Beweis, daß die Convention vom 3. Jänner durch Ueberraſchung und Drohungen bewürket worden, freylich zu Anfang nur durch eine Induction aus verſchiedenen Umſtänden geführet, theils weil dergleichen tadelhafte Handlungen ſo lange als möglich geheim gehalten werden, wie auch von dem Wiener Hofe geſchehen, theils auch weil man demſelben Bedenkzeit laßen und eine dem Hrn. Churfürſten zu Pfalz vermuthlich unangenehme Bekanntmachung gerne erſparen wollen. Da aber der Wiener Hof ſich darüber wundert, und auf Beybringung von Geſtändnißen und andern dergleichen Beweiſen pochet; ſo hat man ihm damit dienen müſſen, und in der jüngſthin an die Reichsverſammlung erlaſſenen abgenöthigten Anzeige ein Schreiben des Hrn. Churfürſten zu Pfalz vom 22. Jänner vorgeleget, darin Sie des Herrn Herzogs von Pfalz-Zweybrück D. frey geſtehen, daß Sie die Convention vom 3. Jänner hätten ratificiren müſſen, weil man Sie äußerſt preſ-

preßiret und Ihrem Miniſter zu Wien gedrohet, daß man die ganze Bayeriſche Lande, und ſogar die Reſidenzſtadt in Beſitz nehmen würde.

Es kann wohl ſeyn, und der Königl. Preuſſiſche Hof verlangt nicht in Zweifel zu ziehen, daß der Churpfälziſche gevollmächtigte Miniſter, Freyh. v. Ritter den Lehnbrief und den Vertrag K. Sigismunds in Urſchrift vor unterzeichneter Convention geſehen habe, und daß auch Sr. Churfürſtl. Durchl. zu Pfalz beglaubte Abſchriften davon mitgetheilet worden; allein eben dieſes hätte man auch gegen des Hrn. Herzogs von Pfalz-Zweybrück Durchl. und ihre dazu bevollmächtigte Räthe thun, und nicht die unbedingte **Anerkennung** der Convention vom 3. Jänner zur vorgängigen Bedingung machen ſollen, wie die Pfalz-Zweybrückſche Räthe verſichern. (oben S. 11.) Man hat ſie damit an den Kayſerl. Hof und dieſer vermöge Schreibens vom 3. April wieder an den Herrn Churfürſten zurück gewieſen, ſo daß des Herzogs Durchl. die Urkunden nicht eher, als zu Ende des May, zu einer Zeit erhalten, da ſie bereits in den anonymiſchen Schriften dem Publico kund gemacht waren. Wenn der Wiener Hof auch zu ſeinen alten Urkunden ein genugſames Vertrauen gehabt, und damit, wie billig und Rechtens, offenherzig hätte verfahren wollen, ſo hätte er keinen Anſtand nehmen ſollen, dieſe Urkunden auch dem Bayeriſchen Miniſterio vorzulegen, als wel-

welches von ſo alten und wichtigen Anſprüchen, die vornehmlich Bayern betreffen, und die am beſten aus den Bayeriſchen Archiven zu beurtheilen wären, beſſer und zuverläßiger, als der einzige Freyh. v. Ritter, und ſelbſt als das Churpfälziſche Miniſterium, urtheilen konnte.

Man kann diese einſeitige Erzählung auf ihrem Werthe beruhen laſſen. Es bleibt aber allezeit gewiß, daß der H. Churfürſt zu Pfalz ein Patent, um bey dem Abſterben des Churfürſten von Bayern, von ganz Bayern Beſitz zu nehmen, zu München hinterlaſſen hat, und daß bey dem erfolgten Todesfall, der Beſitz auch von ganz Bayern in Hochderoſelben Namen ergriffen worden, wozu Sie doch eine Urſache und eine Ueberzeugung von Ihrer Befugniß müſſen gehabt haben, die ſich blos durch die Unterhandlung des Freyh. v. Ritter und während der kurzen Krankheit des Churfürſten von Bayern in der Circular Note vom 20. Jänner erklärt: daß er auf die Churpfälziſche Beſitzergreifung, einige Truppen habe nach Bayern marſchiren laſſen, und daß kurz nachhero ein freundſchaftliches Abkommen mit Sr. Churfürſtl. Durchl. zu Pfalz erfolget ſey. Wenn man nun damit verbindet das Schreiben des H. Churfürſten zu Pfalz vom 22. Jänner, darin Sie die Drohungen des Kayſerl. Hofes als die einige Urſache der von Ihro ratificirten Convention angeben, ferner die Antwort des Churpfälziſchen

ſchen Reichstags-Geſandten an den Grafen von Görtz: daß der Churfürſt, da er Oeſterreichiſche Truppen in ſeinen Landen gehabt, die mehrbeſagte Convention hätte ſchließen müſſen; und endlich die damit übereinſtimmende Aeuſſerung aller Churpfälziſchen Miniſters an fremden Höfen, von denen man viele ſehr bedeutende anführen könnte, wenn man es nicht überflüßig und bey Ermangelung ſchriftlicher Beweiſe, und der Gewohnheit des Wiener Hofes, alles, bis man es ihm ſchriftlich beweiſet, zu leugnen, bedenklich hielte; ſo beruhet es nunmehro wohl auf unleugbare Beweiſe, und nicht auf eine bloſſe Sage, daß die Convention vom 3ten Jänner nicht durch die in dem Eingang derſelben angeführten Bewegungsgründe, vielweniger durch Ueberzeugung von dem Grunde der Oeſterreichiſchen Anſprüche, ſondern lediglich durch den Einmarſch der K. K. Truppen in Bayern und durch die gewaltſame Beſitznehmung dieſes Landes bewürket worden. Dieſe Beweiſe ſind ſo klar und ſo redend, daß der K. Preuß. Hof dazu keiner Verdrehung nöthig hat. Es iſt unredlich, wenn ein Hof, der nichts anders thut als verdrehen, einem andern, der deſſen nicht fähig iſt, und dem er es niemals hat erweiſen können, dergleichen vorwirft. Ungebührlich iſt es für falſch auszugeben, daß Se. Churfürſtl. Durchl. zu Pfalz die Belehnung- und Vertragsurkunden nicht geſehen haben, da man vorher ſelbſt geſtanden, daß bloß der Freyh. v. Ritter die Ur-

ſchrif-

ſchriften geſehen, daß man des H. Churfürſten Durchl. nur die Abſchriften davon mitgetheilet und dem Bayeriſchen Miniſterio derſelben Einſicht gänzlich verſaget habe. Wahr iſt es und nicht falſch, ohngeachtet alles keinen Beweis führenden Ausrufens, daß der Wiener Hof durch die Convention vom 3. Jänner ſich die Hälfte des eigentlichen Herzogthums Bayern, wo nicht völlig in der Oberfläche, doch in der innerlichen Güte, nemlich den fruchtbarſten und bevölkerteſten von 4 der ſchönſten Flüſſe durchſtrömten Theil, mit Hinterlaſſung des vielleicht einige Meilen größern, aber an innerlichen Werth viel geringern und mit der ganzen unermeßlichen Schuldenlaſt beladenen Antheils von Bayern, ſich habe abtreten laſſen. Man darf nur die Augen auf die Landcharte werfen, um ſich davon zu überzeugen. Es wird ewig wahr bleiben, daß der Straubingiſche Antheil von Niederbayern nach den Pfalzbayeriſchen Hausverträgen von 1334 und 1348. und allen nachgefolgten Hausunionen ein Erbeigenthum des Hauſes Pfalz ausmache und die Behauptung des Gegentheils wird jederzeit einen falſchen Satz ausmachen. Bey der erſten Bekanntmachung der Convention vom 3. Jänner hat der K. Preuß. Hof mit den meiſten andern, den erſten Artikel dieſer Convention nicht anders verſtanden, als daß der H. Churfürſt zu Pfalz den Beweiß von den ihm bleibenden Rechten und Gränzen von Bayern führen ſolle; der Wiener Hof leget ſolches jetzo anders aus. Man kann ſolches gelten

laſſen; es macht aber keine Veränderung in der Hauptſache; dieſelbe kommt allezeit darauf an, ob der H. Churfürſt zu Pfalz den Straubingiſchen Antheil, den H. Johann vermöge der Theilung von 1353. bekommen, dem Hauſe Oeſterreich abtreten können, und ob er ſolches freywillig gethan habe, welches beydes verneinet wird, und das Gegentheil davon dargethan iſt.

Daß Se. Churfürſtl. Durchl. zu Pfalz die Hofnung zu den Böhmiſchen Lehen wieder zu gelangen, als eine **Gnade** angenommen haben, ſolches beſagen doch wohl die klaren Worte des vierten Artikels der Convention vom 3. Jänner. Daß Hochderoſelben dadurch was widerrechtliches aufgebürdet worden, und daß Sie dieſe Lehen als alte **Stammlehen** verlangen können, ſolches iſt vorhin (S. 143.) erwieſen worden. Daß dadurch allerdings was **neues** geſchehen; daß der zwiſchen K. Joſeph I. und Churfürſt Wilhelm von einer andern Linie im J. 1708. geſchloſſene Receß hiezu kein **Beyſpiel** geben könne, und daß alles, was daraus zu ſolchem Ende angeführet, ganz überflüßig iſt und auf den gegenwärtigen Fall gar nicht paſſet, ſolches erhellet aus der einigen Anmerkung, daß im J. 1708. das Haus Bayern noch nicht ausgeſtorben war, daß die Böhmiſche Lehen wegen angeblicher Felonie eingezogen wurden, und daß alſo freylich damals das Haus Pfalz ſelbige nicht ſowohl ex capite juſtitiæ als gratiæ verlangen konnte, welches alles aber in gegenwärtigem Fall ganz an-

ders und verſchieden iſt, nachdem der Bayeriſche Mannsſtamm gänzlich ausgeſtorben und dadurch die Böhmiſche Lehen demſelben ex capite juſtitiæ zugefallen, und folglich nicht als feuda nova aus Gnaden nachgeſuchet und angenommen werden dürfen. Ueberdem kann auch dasjenige, was Churfürſt Wilhelm der von einer andern Linie war, und noch dazu unter anderen Umſtänden gethan, denen von ihm nicht herſtammenden jetzigen Herren Pfalzgrafen, nicht zur Nachfolge noch zum Nachtheil gereichen.

Es iſt kein hämiſcher Ausdruck, daß die Anerkennung des Bayeriſchen Erbrechts des Hrn. Churfürſten zu Pfalz Durchl. in der Convention vom 3. Jänner als eine Gnade angerechnet werde. Ein jeder Unpartheyiſcher wird ſolches in dieſer Convention, und beſonders in dem fünften Artikel deutlich finden, wenn es darin heißt: „daß gegen die Anerkennung der Kayſ. „Kön. Anſprüche auf den Straubingſchen Antheil von Bayern und auf Mindelheim, der „Kayſerin-Königin Maj. das Erb- und Lehnfolge-Recht des Hauſes Pfalz in Ober- und „Nieder-Bayern aus dem Grunde der Abſtammung von dem Erwerber anerkennen, ſich zu „deſſen Behuf bey Kayſer und Reich verwenden, „und die Beſitznehmung von dieſen Landen geſchehen laßen wolle.“ Es hätte ſich allerdings, wie hier behauptet wird, in dem Reichsverfaſſungsmäßigen richterlichen Unterſuchungs- und Entſcheidungswege zeigen müſſen, ob die Kayſ.

Kön.

Kön. Anerkennung des Pfälziſchen Erbrechts in die Wagſchale gegen die Anerkennung der Oeſterreichiſchen Gerechtſame geleget werden könne. Warum hat aber der Kayſerl. Hof ſolches nicht abgewartet und durch eigenmächtige Beſitznehmung des objecti litis, dem Richteramte vorgegriffen, wodurch es die Wagſchale ſchon ſehr auf ſeine Seite gelenkt, und dem Hauſe Pfalz das Nachſehen in dem leidigen petitorio laßen möchte?

Dieſe ganze Angabe von einer geheimen Unterhandlung iſt einſeitig und unerwieſen. Auch zugegeben erwieſe ſie wenig, und ſie wird durch das Geſtändniß des Hrn. Churfürſten zu Pfalz, daß er zu der Convention gezwungen worden, völlig widerlegt. Man könnte auch, wenn es nöthig wäre, dagegen anführen, daß der Wiener Hof ſelbſt im Anfange dieſer ſeiner Schrift (S. 6. ſ. Th. III, S. 300) geſtehet, daß die Convention erſt im December 1777. nach der Wiederkunft des v. Ritter zu Wien, und ſo wie man es verſtehet, nach dem 18. ſolches Monaths, folglich zu einer Zeit, da die Krankheit des Churfürſten von Bayern ſchon zu einer groſſen Gefahr geſtiegen war, entworfen worden.

Der Königl. Preußiſche Hof überläßt gleichfalls der unpartheyiſchen Welt, alle die von beyden Theilen angeführte Thatſachen und Umſtände, und beſonders die eigenen Geſtändniße des Herrn Churfürſten zu Pfalz in Ueberlegung zu ziehen und ſodann zu entſcheiden, ob die Con-

vention vom 3. Jänner die Würkung von Furcht, Drohung, Ueberraſchung und von ungleicher Theilung iſt oder nicht?

Königl. Preuß. Erklärung. 10) Wenn aber auch — — zurück zu geben. S. 519 u. 20.
Beantwortung des Wien. Hofes. Aeußerſt ermüdend — — Rechte zu gelangen. S. 521 — 523.
Beantwort. des Kön. Preuß. Hofes.

Unpartheyiſche müſſen entſcheiden, ob der Wiener Hof die Behauptungen des K. Preußiſchen dergeſtalt abgefertiget habe, wie er hier vorgiebt, und ob ſie nicht vielmehr, ſo wie ſie in der hier vorſtehenden Stelle der Königl. Preußiſchen Erklärung im Zuſammenhange vorgetragen ſind, mit der daraus gezogenen Schlußfolge, eine neue Kraft erhalten. Ihre Widerlegung mag alſo den Wiener Schriftſteller wohl ermüden; indeſſen da er es ſich ſo leicht macht, da er die Königl. Preußiſchen Behauptungen als abgefertiget und ſeine nur obenhin und im ganzen angeführte Widerlegungsgründe als völlig erwieſen annimmt, um nur noch einem Einwurfe zu begegnen; ſo muß man K. Preuſſiſcher Seits ſeinem Beyſpiele folgen, ſeine hier nur angezeigte Widerlegungsgründe eben ſo als abgefertiget erklären, und ſich auf die Beantwortung des Grundes beſchränken, durch welchen er den diſſeitigen Einwurf: daß Se. Churfürſtliche Durchl. zu Pfalz wegen der Hausverträge und der dadurch bedungenen Civil-Compoſſeſſion für ſich und Dero Agnaten ohne Einwilligung

der-

derſelben und ohne Beytritt der Allodial-Erben und des Reichs mit dem Kayſerl. Königl. Hofe nicht tranſigiren können, zu widerlegen vermeynet. Die einzige Betrachtung, durch welche dieſer von dem Gegentheil ſelbſt für ſcheinbar erkannte Einwurf zerfallen ſoll, zerfällt von ſelbſt durch die zwey folgende Gegenbetrachtungen. Erſtlich iſt es offenbar, einen Beweis durch einen Zirkel führen und auf einen falſchen Grundſatz bauen, wenn der Wiener Hof hier als ausgemacht annimmt, daß er ſeine Rechte auf den Straubingſchen Antheil durch die Belehnung und den Vertrag K. Sigismund erworben habe, da man ihm ſo vielfältig erwieſen, daß das Haus Oeſterreich in dem Vertrage gar nicht benennet und ihm kein Recht darin verſichert ſey, ſondern, wenn er beſtehen könnte, er dem Hauſe Brandenburg zu ſtatten kommen müſte; daß aber ſowohl der Lehnbrief als der Vertrag widerrechtlich und unkräftig, überdem auch, wo nicht durch die Verzichts-Urkunde H. Albrechts, doch durch das Preßburger Urtheil völlig aufgehoben ſey. Zweytens, iſt es falſch, daß die Pfalz-Bayeriſche Hausverträge, durch welche das Haus Pfalz die Civil-Compoſſeſſion von Bayern erhalten, alle neuer ſind, als das angebliche Recht des Hauſes Oeſterreich aus den angezogenen Verſchreibungen K. Sigismunds. Das Haus Pfalz hat ſolche Civil-Compoſſeſſion nicht allein aus den neuern Hausverträgen des gegenwärtigen Jahrhunderts, ſondern auch aus dem

oben (S. 103.) angezogenen allgemeinen Lehnbriefe K. Otto IV. von 1208. für H. Ludwig I. von Bayern und alle deſſen Nachkommen; aus dem Paviſchen Vertrage, der auf alle Herrſchaften des Hauſes Bayern, folglich auch auf Niederbayern gehet, und vornemlich aus dem Ingolſtädtſchen Vertrage von 1348. in welchem das Haus Pfalz ſich mit Einwilligung aller Herzoge von Bayern die Succeßion in Niederbayern auf das feyerlichſte vorbehalten (S. 105.) Dieſes im J. 1348. unſtreitig erworbene und beſtätigte Recht wird doch wohl älter ſeyn, als das, welches das Haus Oeſterreich im J. 1426. erhalten haben will, aber nicht erweiſen kann.

Die Allodialerben ſolten doch wohl an einem Vertrage Theil haben, durch welchen die Hälfte des Lehnscomplexus, in welchem ihr Allodium ſteckt, den wahren Lehnerben entriſſen und ihr Anſpruch der Willkühr eines übermächtigen fremden Hauſes, das zu der Bayeriſchen Erbſchaft gar nicht gehöret, überlaſſen wird. Man hat übrigens K. Preuß. Seits gar nichts dagegen, daß die Stände ſich auch ohne Beytritt des Reichs über gegenſeitige Anſprüche, ſtreitige Succeßiones und bloße Privatfälle vergleichen können. Allein denn muß der Gegenſtand wahre und würklich ſtreitige, nicht erdichtete Succeßionsfälle, wie der gegenwärtige, betreffen, und der Vergleich regelmäßig und ohne Zwang mit ſämmtlichen Intereſſenten getrof-

fen

ſen werden. Wenn aber ein groſzes Lehnherzogthum als Niederbayern von dem Hauſe, dem es nach dem Erbgange zugehöret, auf ein fremdes, das nicht das geringſte Recht dazu beweiſen kann, übertragen werden ſoll, ſo gehöret dazu wohl nach der Analogie der ganzen Reichsverfaſſung der Beytritt des Reichs. Dergleichen Fälle kommen nicht leicht in der neuern Geſchichte von Teutſchland vor; die alten Kayſer aber haben dergleichen Veränderungen mit den Herzogthümern gemeiniglich auf den Reichstagen mit Einwilligung der Reichsſtände vorgenommen. Das Erzhaus Oeſterreich wird ſich erinnern, daß auf ſolche Art das Land ob der Ens von dem Herzogthum Bayern abgeriſſen und die Marggrafſchaft Oeſterreich in ein Herzogthum verwandelt worden durch K. Friederich I. auf dem zu Regensburg im J. 1156. gehaltenen groſzen Reichstage, mit Einwilligung aller anweſenden Reichsſtände.

Der Wiener Hof iſt ſehr fertig, dem H. Herzoge zu Zweybrück den **Reichsverfaſſungsmäſzigen Unterſuchungs- und Entſcheidungsweg** anzutragen und ihn dazu aufzufordern. Er ſollte doch aber dieſen Weg ſelbſt zuerſt genommen und ſich nicht vorher mit Gewalt in den Beſitz des objecti litis geſetzet haben. Er ſolte nach allen Rechten dieſen Beſitz dem H. Churfürſten zu Pfalz, der ſolchen zuerſt ergriffen und gehabt, wieder einräumen; er ſolte die Klage als Kläger anſtellen, nicht aber ſolches

 dem

dem H. Herzog von Zweybrück aufdringen und hiernächſt das Urtheil abwarten. Das höchſte was er hätte verlangen können, wäre geweſen, daß der competente Richter eine Sequeſtration des ſtreitigen Landes erkannt hätte. Bey ſolchen Umſtänden, da der Wiener Hof in Anſehung der Bäyeriſchen Succeßion ganz willkührlich und widerrechtlich verfahren und ſeine Uebermacht gemißbrauchet, ſo hat der K. Preuß. Hof doch wohl mit Recht ſagen können, daß dem H. Herzog von Zweybrück ſchwer, wo nicht unmöglich ſeyn würde, bey dem Succeſſionsfall zu ſeinem Rechte zu gelangen, da der Wiener Hof ſich in den Beſitz von Niederbayern geſetzt, und da er den H. Herzog in das leidige und ungewiſſe Petitorium und zu Entſcheidungswegen, die ganz unbeſtimmt ſind, und die das Haus Pfalz nach dem Sinn des Wiener Hofes nicht annehmen kann, verweiſet.

Kön. Pr. Erklärung, 11) So vortheilhaft — — angeführet. S. 523.
Beantw. des Wiener Hofes. Was man hier — — anzuzeigen. Eb. daſ.
Beantw. des Kön. Preuß. Hofes.

Das Bayeriſche Miniſterium hat ja laut der Note vom 22. Martii 1778. welche man der erſten Königl. Preuß. Erklärung (S. 80. f. Th. 1, S. 128) beydrucken laſſen, dem K. K. Geſandten Freyh. v. Lehrbach den Straubingiſchen Theilbrief von 1353. im Original vorgeleget und daraus gezeiget, daß die in beſagter Note benannte 21. Gerichte in dieſem Theilbriefe, der

doch

doch nach dem Art. 3. der Convention vom 3. Jänner zur Richtſchnur des an Oeſterreich abzutretenden Theils von Niederbayern dienen ſoll, nicht enthalten ſind, und alſo über den Straubingiſchen Antheil in Beſitz genommen worden. Wenn dieſes blos geſagt und nicht mit einem documentirten Beweiſe dargethan heiſſen ſoll; ſo iſt nicht abzuſehen, was für Beweiſe der Wiener Hof haben will und kann man daraus urtheilen und vorherſehen, was man für Beweiſe in der Hauptſache und in ſeinem ſo oft angetragenen Entſcheidungswege von dem H. Herzog zu Zweybrück fordern würde und was für eine Gerechtigkeit dieſer Fürſt ſich von einem Richter, der es gern in ſeiner eigenen Sache ſeyn möchte, zu verſprechen hat.

Kön. Pr. Erklärung. 12) Aus allem, — — und gegen das Reich. S. 524.
Beantw. des Wiener Hofes. Dieſe Stelle — — verdringen ſucht. S. 525.
Beantwortung des Kön. Preuß. Hofes.

Dieſe Stelle der Königl. Erklärung enthält zwar wiederholte, aber durch ihre Verbindung ſo ſtarke Gründe, daß der Wiener Hof nichts erhebliches dagegen zu ſagen weiß. Daß der Einmarſch der Oeſterreichiſchen Truppen in Bayern, und folglich die Beſitznehmung von Niederbayern, vor der Ratification der Convention vom 3. Jänner geſchehen ſey, wird allezeit wahr bleiben, und erhellet aus folgendem unwiderſprechlich. Der Fürſt v. Kaunitz ſagt ſelbſt in ſeiner Circular Note vom 20. Jänner:

daß das freundliche Abkommen mit Sr. Churf. D. zu Pfalz kurz nach dem Marſch des zureichenden Corps Truppen nach Bayern geſchehen ſey; alſo muß doch der Marſch dieſer Truppen vorhero erfolget ſeyn. Der H. Churfürſt zu Pfalz ſagt es noch viel deutlicher in ſeinem Schreiben vom 22. Jänner an den H. Herzog zu Pfalzzweybrück: „daß er die Convention den 14. ratificiret habe; daß er ſich zu der „Ratification habe entſchließen müſſen, weil die „in ſeine Lande bereits eingerückte Truppen ſonſt nicht nur den conventionsmäßigen „Antheil, ſondern auch, wie man ſich zu Wien „gegen ſeinen Miniſter verlauten laſſen, ſämtliche Bayeriſche Lande in Beſitz genommen haben würden.“ Mehr Hochgedachter H. Churfürſt läßt auch dem K. Preuß. Geſandten Grafen v. Görtz ſagen: daß Sie die Oeſterreichiſchen Truppen im Lande gehabt, welches Sie genöthiget hätte, die Convention zu ſchlieſſen. Kann nach dieſen ſchriftlichen und ſo deutlichen Zeugniſſen und Beweiſen wohl noch mit einigem Schein der Einmarſch der Oeſterreichiſchen Truppen in Bayern vor der Ratification geleugnet werden? Kann man wohl mit Wahrheit ſagen, daß der H. Churfürſt zu Pfalz das Erzhaus in den Beſitz des Straubingiſchen Antheils ſelbſt eingeführet habe? Kann eine ſolche dem H. Churfürſten durch die fürchterlichſten Drohungen und durch den wirklichen Einmarſch eines ſtarken Corps Truppen in ein unbewehrtes Land abgezwungene Convention, wohl

den Namen und die Würkung einer Convention haben und dem Erzhauſe Oeſterreich einen rechtlichen Beſitz gewähren? Folget nicht vielmehr klar daraus, daß, wie der K. Preuß. Hof in der erſten Erklärung behauptet, durch dieſes dem Art. 21. §. 6. der Wahlcapitulation ſchnurſtracks zuwiderlaufendes Verfahren, **ein offenbarer Bruch des Landfriedens** gegen den Hrn. Churfürſten zu Pfalz als wirklichen Beſitzer, gegen die übrigen Herren Pfalzgrafen, die nach der Natur der Erblehne und nach den Hausverträgen eine würkliche Civilcompoſſeſſion haben, gegen die Allodialerben, denen die Convention vom 3. Jänner auf die ſo oft erwieſene Art, die Ausübung ihrer Anſprüche benimmt, oder doch ſehr erſchweret, und gegen das Reich, deſſen Ruheſtand und Grundverfaſſung offenbar durch eine ſolche willkürliche und widerrechtliche Zerreißung eines ſeiner erſten Herzogthümer geſtöret wird, ausgeübet worden ſey. Derjenige Reichsſtand aber, der ſich wider ſolche unleidliche Uſurpation ſetzet; der ſelbſt nach den Grundſätzen des Wiener Hofes mehr Recht dazu hätte als derſelbe, der aber nach wiederhergeſtelltem geſetzlichen Beſitzſtande einer Reichsverfaßungsmäßigen unpartheyiſchen Entſcheidung nicht zuwider iſt, von dem kann nicht geſaget werden, daß er die Ruhe und Grundverfaſſung des Reichs ſtöhre, daß er ſich in fremde Geſchäfte unbefugt einmiſche, daß er die Vergleiche ſeiner Mitſtände vernichte, und die ordentlichen Gerichte mit Gewalt zu verdringen ſuche, ſondern alle dieſe

Vor-

Vorwürfe fallen lediglich auf denjenigen, der zu allen dieſen Verwirrungen Anlaß gegeben, nemlich auf den Wiener Hof, zurück.

Kön. Preuſſ. Erklär. 13) Um dieſe — — gelaſſen. S. 526.
Beantw. des Wien. Hofes. Um den Haß — — beſtätiget worden. S. 527.
Beantw. des K. Preuſſ. Hofes.

Ein jeder, der ſeine Augen nur unpartheyiſch gebrauchen will, wird auf der Landcharte finden, daß der Wiener Hof wirklich den Theil von Bayern, welcher der fruchtbarſte und der bevölkerteſte iſt, und der die ſchiffbaren Ströhme der Donau, der Iſer und Inn enthält, folglich unſtreitig den beſten genommen; daß der andere Theil dieſem, an allen dieſen Vortheilen gar nicht gleich kommt, und ihn auch an der Größe nicht viel übertrift. Der vom Wiener Hofe in Beſitz genommene Straubingiſche Theil von Bayern verhält ſich zu dem Theile, der dem H. Churfürſten gelaſſen worden, ohngefähr wie 233 Quadratmeilen zu 390. Dieſes iſt doch wohl nicht eine Kleinigkeit? Es iſt alſo dasjenige, was der K. Preußiſche Hof hierüber geſaget, nicht eine Würkung des Haſſes, ſondern die Wahrheit.

Es iſt ein unter großen und ehrliebenden Mächten unzuläßiges Kunſtſtück, daß ein Hof öfters mündliche und in einem andern Sinn geſchehene Anträge, die überdem von ihm ſelbſt nicht angenommen worden (S. oben S. 93.), als Beweiſe anzuführen und daraus Folgen zu ziehen ſucht.

Es ſey aber mit dieſer Angabe wie es wolle, ſo bleibet gewiß, und der K. Preuß. Hof wird es allezeit gegen unpartheyiſche Mächte erweiſen können, daß der von dem Wiener Hofe verlangte Antheil, wo nicht den größten Theil von Bayern, worauf es gar nicht ankommt, jedoch den beſten Theil ausmachen, und daß er bey jeder mäßigen Verwaltung 1,300,000. Fl. bey der Oeſterreichiſchen aber gewiß vielmehr tragen werde. Wenn nun der Churfürſt von Pfalz ſo viel verlieren ſoll, ohne einmahl dafür eine zureichende Vergütigung zu erhalten; ſo würde es Demſelben gewiß ſchwer, wo nicht **unmöglich** fallen, den Sächſiſchen Allodialforderungen, wenn ſie auch noch ſo ſehr gemäßiget würden, ein Genüge zu leiſten. Ob nun der Herr Churfürſt zu Pfalz nach einem ſolchen Verluſt das Churhaus Sachſen annoch befriedigen wolle und könne, ſolches kann der Wiener Hof nicht beſtimmen, ſondern es kommt allein auf die Erklärung Se. Churfürſtl. Durchl. zu Pfalz an, und hiernächſt auf die Einwilligung der übrigen Herren Pfalzgrafen und des Hauſes Sachſen ſelbſt.

K.-Preuß. Erklärung. Man beruft ſich, — — genommen ſind. S. 528.
Beantw. des Wien. Hofes. Wenn Se. Churfürſtl. — — erinnert. Eb. daſ.
Beantwort. des Preuß. Hofes.

Daß Se. Churfürſtl. Durchl. zu Pfalz gegen den Kayſerl. Königl. Hof in **Furcht und Beyſorge geweſen**, auch die Wirkung davon auf eine ſehr unangenehme Art verſpüret, ſolches haben

ben Sie in dem bekanntgemachten Schreiben vom 22. Jänner deutlich genug eingeſtanden. Dergleichen haben Sie noch nicht wegen des Königl. Preußiſchen Hofes geäußert, hätten auch nicht die geringſte Urſach dazu, da derſelbe die Churſächſiſche und Mecklenburgiſche Anſprüche an die Bayeriſche Erbſchaft niemals gegen das Haus Pfalz gereget, ſondern blos den K. K. Hof angegangen, dieſe Erbſchaften in ihrer Weſenheit zu laßen, damit alle, die daran zu fordern haben, durch gütliche oder rechtliche Wege ihre Befriedigung daraus erhalten könnten. Es iſt alſo nichts als eine argliſtige Anhetzung, wenn man des Herrn Churfürſten zu Pfalz Durchl. hier eine Beyſorge gegen den Königl. Preußiſchen Hof beyzubringen ſucht. Der Wiener Hof muß übrigens hier ſelbſt geſtehen, daß der Herr Churfürſt 15. Aemter, als zu viel über den Straubingiſchen Antheil genommen zurückfordert, und alſo wegen Unterſchreibung der Convention klaget. Daß es nicht auf 15. ſondern auf 21. Aemter ankommt, ſolches kann man in dem Pro Memoria des Bayeriſchen Miniſterii vom 22. Martii durch bleßes Nachzählen herausbringen, und wie geneigt der Kayſerl. Hof ſey, dieſelbe ohnbeachtet des Bayeriſcher Seits durch den Theilbrief von 1353. geführten Beweiſes, zurückzugeben, ſolches iſt oben S. 161. erwieſen.

B. Preuß. Erklärung. Man behauptet — — finden könnte. S. 529.

Beantw.

Beantwortung des Wiener Hofes. Abermal nichts — — finden könnte. S. 530.
Beantwortung des K. Pr. Hofes.

Die hier angeführte Stelle der erſten Königl. Preußiſchen Erklärung wird wohl in ihrer Kraft beſtehen bleiben. Es iſt zwar eine Antwort, aber keine Widerlegung, wenn man ſaget, daß ſie bloß **eine Folge ungegründeter Sätze und Folgerungen** ſey. Unpartheyiſche Leſer werden davon anders urtheilen. Die bloße Verſicherung, daß der Kayſerl. Hof die Vollziehung des gegen ihn ausfallenden Urtheilsſpruchs vom Reich und andern Höfen garantiren laßen wolle, iſt gegen einen mindermächtigen Reichsſtand eine ſehr mißliche Verſicherung von einem ſo übermächtigen, der durch die Natur ſeiner unerhörten Prätenſion und durch die eigenmächtige Beſitznehmung von Bayern genugſam gezeiget, wie wenig man ſich auf ſeine gerechte und billige Geſinnungen von Bayern verlaßen kann. Will er die Welt davon überzeugen, ſo ſetze er das Haus Pfalz wieder in den würklich gehabten natürlichen und Civil-Beſitz von Niederbayern, und rechte oder vergleiche ſich alsdenn mit ſämtlichen wahren Intereſſenten. Sein **Interims-Beſitz** iſt und bleibet allezeit **willkürlich und unbefugt.** Er kann niemals durch eine Convention, die erwieſenermaßen mit Drohungen und Gewalt erzwungen iſt, gerechtfertiget und gegründet werden.

Was der Wiener Schriftſteller hier glaubt **abgefertiget** zu haben; ſolches iſt auch an ſeinen Orten (S. 99. u. 101.) mit überzeugenden Grün-

den beantwortet, und aus dem Verlauf der Berliner und Braunauer Negociation gezeigt worden, daß der Wiener Hof würklich den Austauſch des ganzen Herzogthums Bayern zur Abſicht gehabt, und wie gefährlich derſelbe nach ſeinen zu Braunau geäuſſerten Grundſätzen ausfallen würde, wenn er ſolchen Austauſch mit dem ſich allein überlaſſenen Hauſe Pfalz bewerkſtelligen könnte. Daß die **Gefahr** von einer ſolchen Unterhandlung zwiſchen dem Wiener Hofe und dem nur gedachtem Hauſe Pfalz in keiner **Chimäre** beſtehe, ſolches hat ſich durch den Erfolg der Convention vom 3. Jänner nur gar zu ſehr gezeiget und erprobet.

X. Preußiſche Erklärung. Wenn man endlich — — wollen noch können. S. 531.

Beantwortung des Wiener Hofes. Endlich wird doch — — gerichtet hat? Eb. daſ.

Beantwortung des Königl. Preuß. Hofes.

Die Art und Weiſe, mit welcher der Kayſerin-Königin Maj. den Hrn. Herzog von Zweybrück zum Rechten auffordern, iſt und bleibt nur ein **Schein Rechtens** und keine wahre Gerechtigkeit. Keine ſchwächere, keine unſchicklichere Antwort hätte erdacht werden können, als die an derſelben Statt aufgeworfene Frage, welche ſehr leicht zu beantworten iſt. Setzte der Wiener Hof nur den Hrn. Churfürſten von Pfalz wieder in den Beſitz von Niederbayern, worin ihn nicht dieſer Fürſt, ſondern er ſich ſelbſt durch ſeine Truppen eingeführet hat! Sollte der Herr Churfürſt unbegreiflicher weiſe auf ſeiner Convention beſtehen wollen, ſo iſt der Winer Hof ſchuldig, den Beſitz

ſitz von Niederbayern an den Herrn Herzog von Pfalz Zweybrück, der nach dem Vertrage von Pavia und oben (S. 115.) erwieſenermaßen an die Stelle desjenigen Pfalzgrafen, der dieſen Vertrag nicht erfüllen will, eintritt, zurückzugeben und denn mit ihm zu rechten. Der Wiener Hof iſt es, der durch die eigenmächtige Beſitznehmung von Bayern, den Proceß mit der Execution angefangen, und durch die Reſtitution des Landes würde ſolche erſt wieder in ſeine rechtliche und natürliche Lage hergeſtellet werden.

Hier wird der Beweis wieder nach Advocaten Art nicht durch Gründe, ſondern durch übel angebrachte Fragen, Ausrufungen und Ironien geführet. Das Verfahren des Wiener Hofes gegen das Haus Pfalz und ſeine Anſprüche auf Niederbayern, iſt zwar ſo unerhört und ſo offenbahr ungerecht, daß wohl kein Beyſitzer der beyden hohen Reichsgerichte es auf ſein Gewiſſen nehmen würde, ihn ſelbige zuzuſprechen, ſondern vielmehr ein Mandatum S. C. de reſtituendo ſogleich erkennen müſte, wie ein unpartheyiſcher Rechtsgelehrter in dem unter No. 8. beygefügten **rechtlichen Bedenken** dargethan hat; indeſſen erlauben doch alle Rechte der Welt gegen Gerichte zu excipiren, in welchen der Gegentheil präſidirt und die Anſetzung eines andern unpartheyiſchen Gerichts, welches die Reichsverfaſſung an die Hand giebt, oder die Entſcheidung der Reichsverſammlung ſelbſt zu

verlangen. Daß des Kayſers Maj. in der Bayeriſchen Succeßionsſache der wahre Gegentheil des Hauſes Pfalz ſind, ſolches weiß die ganze Welt und man will es nöthigen Falls auf dem Reichstage, oder wo es ſonſt verlanget wird, gar leicht erweiſen. Höchſtdieſelbe werden und können nicht verlangen in dieſer Sache zu richten. K. Sigismund hat nicht Niederbayern mit Gewalt in Beſitz genommen; er hat ſich nicht an die Spitze von Armeen geſetzt, um es zu behaupten; er hat Niederbayern den Herzogen von Oberbayern zugeſprochen und weder ſein noch das Oeſterreichiſche Haus vorgezogen; alſo iſt das von ihm herausgenommene Beyſpiel dem gegenwärtigen Falle gar nicht ähnlich. Der rechtlichen Ordnung nach muß nicht der H. Herzog von Zweybrück in dieſer Sache **Kläger** ſeyn, ſondern der Kayſerin-Königin Maj. müſſen den Beſitzſtand wieder herſtellen, und denn **Klägerin** werden. Man hat ihre Erklärung wegen eines unpartheyiſchen Gerichts aus Glimpf verlanget, übrigens aber die Entſcheidung darüber dem Reich anheimgeſtellet. Des H. Herzogs zu Zweybrück Durchl. brauchen keine rechtliche Behelfe; der Wiener Hof aber möchte wohl andere anſprechen, ihm damit an die Hand zu gehen.

Kön. Preuß. Erklärung. 14) Dasjenige — — angekündiget. S. 532-534.
Beantw. des Wiener Hofes. Nachdem man — — veranlaſſet wird. S. 534-536.
Beantw. des Kön. Preuß. Hofes.

Was

Was Se. Königl. Maj. von Preuſſen ſowohl vorhin gegen der Kayſerin Königin Maj. als in der hier angeführten Stelle Ihrer erſten Erklärung gegen des Kayſers Majeſt. nicht in Geſtalt von **Urtheil**, wie hier ungereimter Weiſe vorgegeben wird, ſondern in dem aller Welt erlaubten Wege von **Beſchwerden** angebracht, muß wohl ſo feſt gegründet ſeyn, daß der Wiener Schriftſteller es nicht anders als wieder durch eine nichts bedeutende Ironie zu beantworten weiß, die man alſo auch keiner Antwort würdiget.

Der Kayſerin-Königin Maj. haben ſich nicht mit allen Intereſſenten der Bayeriſchen Erbſchaft, ſondern dem Vorgeben nach nur mit einem, dem H. Churfürſten zu Pfalz, **verglichen**, und auch mit dieſem haben Sie ſich nicht **würklich verglichen**, ſondern ihn zu einem Vergleich gezwungen, welches nicht einerley iſt. Da nun ein Hauptintereſſent, der H. Herzog zu Zweybrück, ſich gegen einen ſolchen Vergleich meldet und ſetzet; ſo hätten des Kayſers Maj. allerdings nicht die hier angedeutete **ſonderbare Frage**, ſondern die **ganze ſtreitige Sache** der Reichsverſammlung vorlegen ſollen. In den hier angeführten beyden Fällen von Sachſen-Lauenburg und Bremen und Verden, wurde freylich weiter nichts als eine Anzeige an das Reich von dem richterlichen Ausſpruch und der geſchloſſenen Convention erfordert; der Wiener Hof muß hier aber ſelbſt

geſtehen, daß der Widerſpruch des H. Herzogs von Zweybrück in der gegenwärtigen Bayeriſchen Sache einen weſentlichen Unterſchied gegen obgedachte folglich ohne Urſach angeführte Fälle machen. Er geſtehet auch ſelbſt, daß bey einem ſolchem Widerſpruch nichts als der richterliche Ausſpruch übrig bleibe, welchem er ſich unterwerfen wolle. Eine ſolche Erklärung wird aber durch die That widerlegt; ſie bleibt allezeit nur bey Worten und eine proteſtatio facto contraria, wenn der Wiener Hof nicht die Bayeriſche Erbſchaft in den Stand, wie ſie bey Abſterben des Churfürſten von Bayern geweſen, ſetzet, und dem Hauſe Pfalz den bereits gehabten Beſitzſtand wiedergiebt. Dieſes iſt das andere und mehrere was das geſammte Reich über die Worterklärungen von der Kayſerin-Königin Maj. verlangen kann.

Daß die Abreiſſung des wichtigſten Theils von Bayern und deſſen Transferirung von den rechtmäßigen Erben auf einen ganz unbefugten Prätendenten, eine Sache von hohem Präjudiz und weitem Ausſehen für das Reich ſey, und daß von deſſen leicht zu überſehenden und natürlichen Folgen, die Erhaltung oder Zerſtörung der ganzen Reichsverfaſſung abhängt, ſolches wird wohl ein jeder Reichsſtand und ein jeder Hof, der unpartheyiſch denkt, auſſer dem Wiener Hofe erkennen. Es iſt nichts als ein blauer Dunſt, wenn man glauben machen will, daß es blos

auf

auf die Frage ankomme: ob Oeſterreich oder Pfalz ein Stück Landes im Werth von einer Million Gulden Einkünfte beſitzen ſollen. Auch dieſe Frage könnte dem Reiche nicht gleichgültig ſeyn. Es iſt ja aber auch in der Braunauer Negociation und hier ſo oft gezeiget worden, daß der Wiener Hof unter dem Vorwande der einen Million Einkünfte, zu denen er doch auch nicht das geringſte Recht hat, durch ſeine künſtliche Austauſchungen einen Theil von Bayern acquiriren wolle, woraus er ſich hiernächſt die Einkünfte von vier und mehr Millionen machen könnte. Die hier wieder angebrachte Vergleichung der beyden Fränkiſchen Marggrafſchaften, iſt allezeit unſchicklich und ungereimt; es wird allerdings alles in Ordnung bleiben und kein Präjudiz entſtehen, wenn das Churhaus Brandenburg nach ſeinen von ihm allein abhängenden und vom Kayſer zum voraus beſtätigten Hausverträgen, dieſe Marggrafſchaften mit der Primogenitur vereiniget; es wird ſich damit nicht unbefugt vergrößern, und die Vertauſchung derſelben kann niemals auf fremde Unkoſten und mit einigem Nachtheil anderer geſchehen, weil ſie jederzeit von der Willkühr des andern Theils abhänget und niemals mit den Waffen in der Hand gefordert worden, wie der Wiener Hof gegen das Haus Pfalz thut.

Da die Böhmiſche Lehen vom Paviſchen Vergleich vom J. 1329. an bis zu der im J.

1353. geſchehenen Böhmiſchen Incorporation unſtreitig, von 1353. bis zum Vergleich von 1465. in Streit, von der Zeit dieſes Vergleichs wieder bis 1648. unſtreitig dem Hauſe Pfalz, nachhero bis jetzo dem Hauſe Bayern und ſogar nach den oben (S. 145.) angeführten Werten des Böhmiſchen Incorporationsbriefes, unſtreitig zur Oberpfalz gehöret; da die Oberpfalz jederzeit den Churfürſten zu Pfalz zugehöret, und ſowohl in der That als dem Namen nach einen Theil des Churfürſtenthums Pfalz ausgemachet; ſo kommt es allerdings auf nichts weniger als auf die Erhaltung oder Trennung des Churfürſtenthums Pfalz an, wenn der Wiener Hof nicht allein die Böhmiſche Lehen in der Oberpfalz, ſondern andere Theile dieſes Landes, ſo viel man weiß, von der Oberpfalz zu trennen und an ſich zu reiſſen ſucht. Ob Bayern ein Churfürſtenthum geweſen oder nicht, darauf kommt es hier nicht an, wiewohl jeder Geſchichtkundiger weiß, daß im 13 Jahrhundert und in einem großen Theil des 14ten die Churſtimme ſo gut auf Bayern als auf der Pfalz gehaftet und die Herzoge von Bayern auch nachhero ihren Anſpruch darauf zu wahren gewußt haben. Ob in den Reichsanlagen, in der Creyßsverfaſſung, der Cammergerichtspräſentation und in allem was das Reich unmittelbar betrift, durch die Convention vom 3ten Jänner nicht die geringſte Veränderung veranlaſſet worden ſeyn würde, ſolches würde ſich nicht durch bloße Verſicherungen, ſondern erſt durch

die

die Folge gezeiget haben: allein auch derſelben Erfüllung kann keinen Grund abgeben, daß das Reich bey der unrechtmäßigen Trennung eines wichtigen Reichslandes gleichgültig ſeyn ſolte. Solches kann wohl bey einer Grafſchaft Hohenems, aber nicht bey einem Herzogthum, wie Niederbayern iſt, hingehen.

Königl. Preuß. Erklärung. Es ſcheinet aber — — geſchehen. S. 536.
Beantw. des Wiener Hofes. Nachdem — — nachtheilig ſeyn ſoll. S. 537.
Beantw. des Königl. Preuß. Hofes.

Die klaren Worte der hier angeführten und beſtrittenen Stelle der erſten K. Preußiſchen Erklärung zeigen, daß dieſer Hof die darin benannte Diſtricte weder für **unſtreitige Bayriſche Mannlehen**, noch für **gewiſſe Allodialſtücke** ausgegeben, ſondern ſolches der Reichsſatzungsmäßigen Entſcheidung anheimgeſtellt; er hat auch den Anſpruch des Herzogl. Mecklenburgiſchen Hauſes niemals als **unſtreitig** unterſtützet. Alſo iſt der Widerſpruch, der ihm hier vorgeworfen wird, wieder eine unerlaubte Erdichtung, die keine andere Widerlegung verdienet.

Ob alles hier angegebene in der That richtig iſt, und ob die benannte Diſtricte eröfnete Reichslehen ſind, oder nicht, ſolches kann niemand eher mit Ueberzeugung beurtheilen, als bis Se. Kayſerl. Maj. die Lehnbriefe, und was ſonſt dazu gehöret, der Reichsverſammlung vorgeleget, und gehörige Berathſchlagung über das Schickſal ſolcher angeblich eröfneten Lehen an-

angeſtellet haben werden. Nunmehro iſt ein völliges Jahr vergangen, daß der Kayſerl. Hof weder wegen dieſer Reichslehen, noch wegen der noch wichtigern Trennung von Bayern das geringſte an die Reichsverſammlung hat gelangen laſſen. Nimmermehr kann dieſes weder mit dem Art. 3. §. 3. noch mit dem Art. 11. §. 10. 11. und 21. der Wahlcapitulation vereinbart werden, ſondern es iſt vielmehr eine offenbare Contravention derſelben, und man kann nicht anders glauben, als daß der Wiener Hof von dieſen Lehen nur nach ſeiner Convenienz und zu Beförderung ſeiner Abſichten auf Niederbayern diſponiren wollen.

Königl. Preuß. Erklärung. Wenn der — — zu geſtatten. S. 538.

Beantw. des Wiener Hofes. Erſt kurz — — geleget werden. Eb. daſ.

Beantw. des Königl. Preuß. Hofes.

Es iſt dagegen oben (S. 145.) hinwiederum gezeiget worden, daß die Böhmiſche Lehen als zu der Ober-Pfalz gehörend, allerdings einen Gegenſtand des Weſtphäliſchen Friedensſchluſſes Art. 4. §. 9. gemacht, und da eben daſelbſt §. 10, alle Rechte der Rudolphiniſchen oder Pfälziſchen Linie, die dem Friedenſchluſſe, nemlich der darin verfügten Abtretung der Chur und der Oberpfalz an die Wilhelminiſche oder Bayeriſche Linie, nicht zuwider wären, verwahret und beſtätiget ſind, ſo iſt dieſes wohl eine genugſame Spur der darin verſicherten Pfälziſchen Erbfolge in ganz Bayern, welche

ſchon

ſchon auf ſo viele andere Gründe beruhete. Da nun der Kayſerin-Königin Majeſt. Bayern und die Oberpfalz trennen und dem Hauſe Pfalz entreiſſen wollen; ſo folget daraus nothwendig eine **Contravention** obgedachter Stellen des Weſtphäliſchen Friedensſchluſſes, wie auch des Art. 4. §. 13. der Wahlcapitulation.

Kön. Pr. Erklärung. Die Art und Weiſe — — ausführen wollen. S. 539.
Beantw. des Wiener Hofes. Der K. K. Hof — — unbegreiflich. Eb. daſ.
Beantw. des Kön. Preuſſ. Hofes.

Der Wiener Hof hat den Herrn Churfürſten zu Pfalz durch die härteſte Drohungen zu der Ratification der Convention vom 3. Jänner gezwungen; er iſt nicht durch dieſe Convention in den Beſitz des Straubingiſchen Antheils geſetzet worden, ſondern er hat ſich **vorhero** ſelbſt durch ſeine Truppen in Bayern, und alſo durch gewaltſame Mittel, in den Beſitz geſetzet, wie er deſſen allen oben (S. 7.) überführet worden. Da er nun damit den **Anfang gemacht**, ſich **mit Gewalt Recht zu verſchaffen**, und hernach dem Hauſe Zweybrück anbietet, ſeine **Anſprüche vor die ordentliche Gerichte zu gebürlichen Rechten zu ſtellen**; ſo hat er allerdings gerade gegen die Wahl-Capitulation Art. 21. §. 6. 7. 8. gehandelt, da Se. Kayſerl. Maj. darin verſprochen: **die Stände des Reichs nicht ſelbſt zu vergewaltigen, ſondern wenn Sie zu jemand Zuſpruch oder Forderung hätten, dieſelbe wollten Sie,**

Aufruhr, Zwietracht und andere Unthat zu verhüten, vor die ordentliche Gerichte zu Verhör und gebürlichen Rechten ſtellen und kommen, und nicht geſtatten, daß ſie, worin ſie ordentlich Recht leiden mögen und deſſen erbietig ſind, mit Krieg, Exactionen und Anlagen, oder anderer Geſtalt beſchädiget, angegriffen, überfallen und beſchweret werden.

Kön. Preuſſ. Erklärung. Man glaubt — — und behaupten. S. 539.

Beantw. des Wiener Hofes. Man glaubt vielmehr — — gelaſſen werden. S. 540.

Beantw. des Kön. Preuſſ. Hofes.

Der Wiener Hof muß glauben, die ganze Welt mit ſeinen ganz unrichtigen und zehnmal widerlegten Behauptungen blind machen zu können. Es iſt ihm ja nun durch Brief und Siegel, durch ſein eigenes und ſeines Mitcontrahenten Geſtändniß erwieſen worden, daß er ſeine angebliche Gerechtſame nicht durch freundſchaftlichen Vergleich, ſondern durch Drohungen und Gewalt berichtiget, und dieſes auch nur mit einem Intereſſenten und mit Widerſpruch der übrigen Hauptintereſſenten; daß, nachdem er ſich mit Gewalt Recht geſchaft, und der Gegenparthey den Beſitz entriſſen, er dieſer nun überlaſſen will, richterliche Hülfe zu ſuchen; daß er einen nach dem Urtheil der ganzen unpartheyiſchen Welt erdichteten, allenfalls auch nicht ihm, ſondern dem Churhauſe Brandenburg

burg zugehörigen Anſpruch, nicht durch den Weg Rechtens, oder durch einen freywilligen Vergleich mit allen Intereſſenten, als die einige den Geſetzen und der Reichsverfaſſung gemäße Mittel, ſondern durch Einmarſch von Truppen und durch eine, einem Intereſſenten abgezwungene Convention geltend gemacht; daß er nicht durch freywillige, ſondern durch abgedrungene Zulaſſung Sr. Churfürſtl. Durchl. zu Pfalz, dem Pfälziſchen Hauſe den Beſitz des Straubingſchen und alſo des beſten, wo nicht des gröſten Theils von Bayern entriſſen; daß er dadurch dem Pfälziſchen Hauſe ein Erbeigenthum, welches es ſeit 1180. ruhig und rechtlich beſeſſen, und dem Sächſiſchen Hofe die Möglichkeit, ſeine Allodialforderungen befriediget zu erhalten, entzogen, und daß des Kayſers Maj. dieſe Uſurpation autoriſiret, indem Sie wider die angeführte Stelle der Wahlcapitulation Art. 21. §. 6. 7. 8. eine weder erwieſene, noch rechtlich zuerkannte Forderung Ihres Hauſes, anſtatt ſie vorhero rechtlich auszuführen, vor Ergreifung des rechtlichen Weges durch den Einmarſch Ihrer Truppen in Bayern und durch einen dem Herrn Churfürſten zu Pfalz abgedrungenen Vergleich, geltend machen und in eigener hohen Perſon mit den Waffen behaupten.

Kön. Preuſſ. Erklärung. Wenn dieſe — — angekündiget. S. 541.

Be-

Beantw. des Wiener Hofes. In der Conv. — —
[illegible]ertheilen: S. 542.
Beantw. des Königl. Preuſſ. Hofes.

Die Beyſorge für das Wohl des Hauſes Pfalz und des ganzen Teutſchen Reichs, welche der Königl. Preußiſche Hof in ſeiner erſten Erklärung aus dem von dem Wiener Hofe verbereiteten Austauſch des ganzen Complexus, oder eines Theils von Bayern, hergeleitet, iſt durch die hier dagegen gemachte Diſſertation gar nicht widerlegt, ſondern bleibt in ſeiner ganzen Kraft beſtehen. Das Haus Pfalz kann niemals ſeine Convenienz und ſeine vollkommene Entſchädigung finden, wenn es das ſchöne, fruchtbare, zuſammenhängende und von ſo vielen Schiffreichen Flüſſen durchſtrömte, mit dem vortreflichen Salzwerk von Reichenhall geſegnete und durch eine gute Verwaltung der gröſten Verbeſſerung fähige Herzogthum Bayern, ganz oder zum Theil, gegen die abgelegene, zerſtreuete, gar nicht zuſammenhängende und durch die ſchon hoch getriebene Verwaltung keiner ſonderlichen Verbeſſerung fähigen Oeſterreichiſche Beſitzungen in Schwaben austauſchen ſollte. Könnte das Haus Pfalz ſich auch wohl in Anſehung der Einkünfte eine vollſtändige Entſchädigung verſprechen, wenn der Austauſch mit dem H. Churfürſten zu Pfalz allein wie bey der Convention vom 3. Jänner geſchehen, unter der Aufſicht von 30000. Oeſterreicher, oder allenfalls auch mit dem ſich ſelbſt überlaßenen und von dem Beyſtand ſeiner

Freun-

Freunde entblößtem ganzen Hauſe Pfalz, mit Grundlegung der bishero ſo ſchlecht verwalteten Bayeriſchen Einkünſte gegen die aufs höchſte getriebene Oeſterreichiſche, getroffen würde. Daß dieſes der von dem Wiener Hofe verabſichtete **Austauſchungs-Plan** ſey, ſolches hat er in ſeinen von dem **v. Thugut** den 13. Aug. zu Braunau gethanen Vorſchlägen ſelbſt offenbaret, und das Kön. Preußiſche Miniſterium hat ihm ſogleich die Ungerechtigkeit und die Unzuläßigkeit ſolcher Plans gezeiget, daher man ſich ſtatt eines weitläuftigen Beweiſes, nur auf die Druckſchriften der Braunauer Negociation, und zwar auf die 2. 3. 4. und 5te Beylage der fernerweiten **Königl. Preußiſchen Erklärung** beziehen darf. Man überläßt es dem Urtheil eines jeden einſehenden teutſchen Biedermanns, wie es um das Schickſal von Teutſchland in zwanzig Jahren ausſehen würde, wenn es dem ſchon ſo übermächtigen Hauſe Oeſterreich, das ſich kein Bedenken macht, einem mit ihm ſo nahe verwandten Hauſe ſein altväterliches Erbeigenthum, aus einer 350jährigen, ihn gar nicht angehenden und ihm nicht zu ſtatten kommenden Urkunde, zu nehmen, gelingen ſollte, ſeine Staaten, mit dem oben beſchriebenen vortreflichen Herzogthum Bayern zu arrondiren. Man muß ſich allein alle Einſicht zueignen, und ſie der ganzen übrigen Welt abſtreiten, wenn man derſelben einbilden will, daß der Kayſerl. Hof dadurch in den Reichsangelegenheiten eher eine Verminderung, als einen Zuwachs, er-

halten würde. Selbſt in Anſehung der Creyſverfaßung erhielte ja der Wiener Hof dadurch im Bayeriſchen Creyſe ein Creys-Directorium, das er im Schwäbiſchen nicht hat.

In dem Tractat von Pavia iſt den einzelnen Mitgliedern des Hauſes Pfalzbayern verboten, von ihren Herrſchaften nichts zu verwechſeln oder zu vertauſchen. Dieſes iſt im Badenſchen Frieden nicht nachgegeben, ſondern es ſtehet in deſſen 18. Artikel: Si domus Bavarica a ſua integra reſtitutione aliquam ſtatuum ſuorum cum aliis permutationem rebus ſuis convenire autumaret, Et tum Sacra Regia Majeſtas Chriſtianiſſima nihil obſtaculi injiciet. Hier iſt eigentlich nur die Einwilligung der Crone Frankreich ausbedungen und es folget nur aus dieſem Artikel, ſo wie es ſich von ſelbſt verſtehet, daß das ganze Haus Bayern, wenn es will, ſeine Staaten vertauſchen könne, nicht aber vertauſchen müſſe, noch auch, daß deſſelben einzelne Mitglieder ſolches thun könnten. Das Teutſche Reich kann aus dieſem Beyſpiel von neuem ſehen, auf was für Art der Wiener Hof die Verträge der Reichsſtände und die allgemeine Friedensſchlüſſe zu ſeinem Vortheil auszulegen weiß.

Der K. Preuß. Hof ſubmittiret ohne Bedenken dem Urtheil der unpartheyiſchen Welt die hier aufgeſtellte Frage: Ob der Wiener Hof einiges Recht habe, dem Churhauſe Brandenburg

burg die künftige Vereinigung der beyden Marggrafſchaften in Franken zu beſtreiten? Ob Se. K. Majeſtät nicht ein viel größeres Recht haben, Dero gegenwärtigen Oeſterreichiſchen Acquiſition in Bayern ſowohl für das Haus Pfalz als für ſich ſelbſt zu widerſprechen? und ob die Oeſterreichiſche Acquiſition nicht ungleich gröſſer ſeyn würde? wiewohl es im Grunde nicht auf die Größe, ſondern auf die Befugniß derſelben ankommt.

Kön. Preuſſ. Erklärung. Wenn man alles — — Schuld aufhöret. S. 544.
Beantw. des Wiener Hofes. Nachdem man — — erläutert worden. S. 545 - 548.
Beantw. des Königl. Preuſſ. Hofes.

Es iſt wahr, daß der K. Preuß. Hof, nachdem er den Zuſammenhang der Sache vorher geſchickt, ſich ad cauſam legitimirt, welches der Wiener Hof zu thun nicht nöthig gefunden, ſondern vielmehr, ohne allen Intereſſenten ſeinen Anſpruch bekannt zu machen, ſich einſtweilen mit Gewalt in den Beſitz ſetzet und ſodann nach angebohrner Mäßigung und Gerechtigkeitsliebe, die Eigenthümer zum Proceß vor den Richterſtuhl Sr. Kayſerl. Maj. fordert. Ob Sr. K. Maj. von Preuſſen der Hauptanſpruch des Wiener Hofes zu ſtatten komme, und ob Sie bey der Bayeriſchen Erbſchaftsangelegenheit intereſſiret ſind oder nicht, ſolches mag die unpartheyiſche Welt aus der Gegeneinanderhaltung beyderſeitiger Gründe (S. 135-141.) beurtheilen. Daß Sie als Mitcontrahent des Weſtphäliſchen

Frie-

Friedens, auch in der Eigenſchaft eines Garant dieſes Friedens, nach deſſen buchſtäblichen Inhalt Art. 17. §. 5. 6. ohne Nachtheil der Cronen Frankreich und Schweden auftreten können, ſolches iſt dem Wiener Hofe oben (S. 15.) begreiflich gemacht. Es iſt dieſem Hofe und der Sache ſelbſt gleichgültig, zu welcher Zeit der H. Churfürſt zu Sachſen und die Herren Herzoge zu Zweybrück und Mecklenburg den Beyſtand Sr. K. Majeſtät von Preuſſen nachgeſuchet haben. Daß es geſchehen ſey und daß der Widerſpruch, der hier aus argliſtiger Abſicht gerüget wird, wirklich nicht vorhanden ſey, wird man an Ort und Stelle, wo es erforderlich, jederzeit zeigen können. Da endlich der Wiener Hof wiſſen will, was die Bundsgenoſſenſchaft mit dieſen Fürſten, mit der Frage: Ob der Straubingiſche Antheil dem Erzhauſe gehöre oder nicht, für einen Zuſammenhang habe; ſo muß man ihm zu ſeiner Belehrung ſagen: daß da das Erzhaus Oeſterreich gut gefunden, dem Hauſe Pfalz den Straubingiſchen Theil von Bayern ohne einiges Recht und ohne den rechtlichen Weg zu gehen, mit eigenmächtiger Gewalt weggenommen, des H. Herzog zu Zweybrück und des H. Churfürſten zu Sachſen Durchl. als reſpective Lehn- und Allodialerben vermöge des ihnen aus dem Weſtphäliſchen Frieden zuſtehenden Rechts der Bündniſſe ſich mit des Königs von Preuſſen Maj. als ihrem Mitſtande verbunden, Ihre äußerſt verletzte Erbrechte durch die in den natürlichen

und teutſchen bürgerlichen Rechten erlaubte Mittel zu retten und zu behaupten.

Der Wiener Hof zwinget den H. Churfürſten zu Pfalz, ihm den beſten Theil von Bayern ohne einiges daran habendes Recht abzütreten; er nimmt dem H. Herzog zu Zweybrück ſeine Civilcompoſſeſſion, und nachdem er ſich ſelbſt eigenmächtig in den Beſitz geſetzet, ſo will er dieſen Fürſten zum Kläger machen und in das petitorium verweiſen, erbietet ſich aber dabey großmüthig, doch unbeſtimmt, die Sächſiſche Allodialforderungen theils zu befriedigen, theils zu vermitteln. Hierauf frägt er: ob dieſes nicht heiſſe, die Bayeriſche Succeßionsangelegenheit auf eine gerechte und den Rechten der Theilhaber gemäße Art abmachen? Zu Wien wird ſolches mit einem entſcheidenden Ja beantwortet, und mit dem Marſch von 30000 Mann nach Bayern unterſtützet. Zu Berlin ſagt man Nein dazu, und nun muß man erwarten, welchem Theile nach Erwegung der beyderſeitigen Gründe die unpartheyiſche Welt beyſtimmen wird. Wenn übrigens der Wiener Hof glaubt, dasjenige was hier in der erſten K. Preuß. Erklärung von den Vorſtellungen und Unterhandlungen erwähnet wird, an ſeinem Ort umſtändlich erläutert zu haben; ſo iſt K. Preuß. Seits auch an jedem Orte zureichend darauf geantwortet worden.

Kön. Preuß. Erklärung. Was bleibt — — zu vertheidigen. S. 548.

Beantw. d. Wien. Hofes. Man geſtehet — — geleiſtet worden. Eb. daſ.

Beantw. des Königl. Preuſſ. Hofes.

Man geſtehet hier freylich, daß die Ergreifung der Waffen nicht der **ordentliche Weg** in einem Staate, wie das Teutſche Reich iſt, ſey; man führet aber auch zugleich die Urſache an, warum man die Waffen ergriffen habe, weil nicht allein der Kayſerin-Königin Maj., ſondern auch des Kayſers Maj. zuerſt die Waffen ergriffen und Ihre Gewalt und Uebermacht angewendet, um das Haus Pfalz zu unterdrücken. Nun ſoll der K. Preuß. Hof erweiſen, wo dieſe Gewalt angewendet ſey? wer ſie angezeiget und erwieſen, und wer ſich darüber beſchweret? Die Antwort kann der Wiener Hof finden in dem Schreiben des Churfürſten zu Pfalz an den H. Herzog zu Zweybrücken vom 22. Jänner, darin Sie die Ihro angethane Gewalt geſtehen; ferner in den Vorſtellungs- und Beſchwerungsſchreiben, welche der Herr Herzog zu Zweybrück an Ihro Kayſerl. Majeſt. den 28. Februarii erlaſſen, und darin bey des Reichs Oberhaupt um rechtliche Hülfe gegen das angethane Unrecht gebeten, aber darauf mit einer kurzen und in der That ganz abſchlägigen Antwort ab- und auf die Convention vom 3. Jänner, über welche der H. Herzog ſich eigentlich beſchweret, verwieſen worden. (S. dieſe Schreiben in den Beylagen der Vorlegung der Pfälziſchen

ſchen Rechte p. 18. 19. 25. in der S. Th. IV. S. 199, 206.) Iſt alſo wohl einige Verfügung oder Hülfe von des Reichs oberſten Richter erfolgt? und iſt nicht der Straubingiſche Antheil durch Oeſterreichiſche Truppen, durch eine dem H. Churfürſten abgezwungene Convention, aber mit Widerſpruch der übrigen Bayeriſchen Erben, in Beſitz genommen worden? daß das Reich noch keine Vorſtellungen an des Kayſers Maj. in der Bayeriſchen Angelegenheit bringen können, ſolches hat der Kayſerl. Hof ſelbſt durch ſeinen überwiegenden Einfluß bishero zu verhindern gewußt, und es gereicht ihm zum beſtändigen Vorwurf, daß er eine ſo wichtige Angelegenheit ein ganzes Jahr lang wider die Wahlcapitulation Art. 3. §. 3. und Art. 11. §. 21. nicht an das Reich zu der gebührenden Berathſchlagung gebracht, ſondern dieſelbe vielmehr durch die Mittel, die er in Händen hat, die er aber mißbraucht, gänzlich zu entfernen gewußt.

Da der Wiener Hof überführet iſt, daß er das Herzogthum Niederbayern ohne einiges daran habendes Recht mit Gewalt der Waffen in Beſitz genommen und dadurch Se. Königl. Maj. von Preuſſen und Ihre Bundesgenoſſen gezwungen, gleiche Mittel dagegen zu ergreifen; ſo kann niemand zweifeln, daß er den ordentlichen Weg in einem Staate, der wie das Teutſche Reich iſt, keinesweges eingeſchlagen, ſondern vielmehr das ordentliche Unterſuchungs-

und Entſcheidungsrecht mit dem Schwerdt in der Hand verdrungen, und alſo der einige Urheber des gegenwärtigen Krieges iſt, mithin dieſer Vorwurf lediglich auf ihn, nicht auf den König von Preuſſen, fällt.

K. Preuß. Erklärung. Es würde — — ausgeſetzet. S. 549.

Beantwortung des Wiener Hofes. Eine unläugbare — — geleget worden. S. 550.

Beantwortung des K. Pr. Hofes.

Der angreifende Theil iſt nach allen vernünftigen und billigen Begriffen, derjenige, der mit Verlaſſung des rechtlichen Weges zuerſt den Gebrauch der bewaſneten Gewalt anwendet und ſeinen Nachbaren Unrecht thut. Dieſes iſt unwiderſprechlich der Wiener Hof, der den Beſitz des Straubingiſchen Antheils nicht mit freyer, ſondern mit erzwungener Einwilligung des Herrn Churfürſten zu Pfalz und mit Widerſpruch aller übrigen Lehn- und Allodial-Erben ergriffen und nun mit größter Gewalt der Waffen behauptet. Ein ſolches Verfahren verdienet wohl mit dem gröſten Rechte den Namen eines Angrifs, einer Entreißung und eines offenbaren Bruchs des Land- und Weſtphäliſchen Friedens.

Die-

Diejenige ſind wohl mit Grunde **unterdrückt** zu nennen, denen ein übermächtiger Hof den Beſitzſtand ihres altväterlichen Eigenthums mit Gewalt nimmt, und ſie hiernächſt dergeſtalt zu dem Wege Rechtens verweiſet, daß ſie von Beklagten Kläger werden, und von dem **Unterdrücker ſelbſt** Recht nehmen ſollen. **Blendwerke** gehören zur Staatskunſt des ſie aus dem Grunde verſtehenden Wiener Hofes, nicht Sr. K. Maj. von Preuſſen. Daß ihre Abſichten ſo rein und uneigennützig als Ihre Verſicherungen und Ihre Handlungen in der Bayeriſchen Angelegenheit eben ſo untadelhaft ſind, ſolches wird der Wiener Hof niemals widerlegen, und ein unumſtößlicher Beweiß davon, beruhet darin, daß Se. K. Maj. vom Anfang dieſer Händel bis jetzo niemals das geringſte für ſich weder von dem Wiener Hofe, noch von Ihren Bundesgenoſſen, worüber Sie dreiſt das Zeugniß eines jeden aufrufen können, verlangt noch ausbedungen, ohngeachtet Sie ſchon einen ſo unermeßlichen Koſten-Aufwand gehabt, und daß Sie ja lieber Ihre eigene und Ihrer nächſten Prinzen Perſonen und den ganzen Staat auf die Spitze eines gefährlichen Krieges mit einem übermächtigen Nachbar geſetzet, als der ungerechten Unterdrückung Ihrer Mitſtände zuſehen wollen, da Sie durch bloſſes Stilleſitzen und Zuſehen und ohne ſich einiger Gefahr auszuſetzen, ſich den ruhigen Beſitz Ihrer Erbfürſtenthümer in Franken, die Ihnen nunmehro aus Rache ſtreitig gemacht werden, hätten verſichern können.

Kön. Preuß. Erklärung. Se. Kön. M. —— nach-
zuſuchen. S. 551-553.
Beantwortung des Wiener Hofes. Eine ruhige —
— nachſuchen wollen. S. 553. bis zu Ende.
Beantwortung des Kön. Preuß. Hofes.

Der Königl. Preußiſche Hof ſtimmet dem Kayſerlich-Königl. Hofe hierin völlig bey, und läßt es auf die von demſelben hier vorgeſchlagene ruhige Vergleichung der unpartheyiſchen Welt, nach Erwägung der beyderſeits vorgelegten Gründe, ankommen.

Se Königl. Maj. von Preuſſen werfen ſich nicht zum Richter Ihrer Mitſtände auf; Sie verlangen nur, daß der Wiener Hof das Haus Pfalz bey dem gehabten Beſitze ſeines Erbeigenthums laße, und wenn er Anſprüche an die Bayeriſche Erbſchaft zu haben vermeynet, ſolche vorhero durch den Weg Rechtens ausführe. Der Wiener Hof hat das Gegentheil von beyden gethan, und ſich alſo zum unbefugten Richter ſeiner Mitſtände **aufgeworfen**. Se. Königl. Maj. von Preuſſen ſetzen ſich dagegen und **vertheidigen** alſo die Reichsverfaſſung und die Unterdrückten. Sie verdrängen alſo nicht die geſetzmäßige Entſcheidung ſtreitiger Gegenſtände durch die Gewalt der Waffen, ſondern ſolches thut der Wiener Hof, da er Bayern **zuerſt** mit Gewalt occupiret und noch behauptet. Se. Königl. Maj. bekriegen das Haus Oeſterreich, um es zu der ſchuldigen Wiederherſtellung von Bayern zu bringen; Sie thun es ohne einige Hofnung, noch

Ab-

Abſicht von Vergeltung; Sie verlangen für ſich nichts. Da der Wiener Hof, um ſeinen Endzweck in Bayern zu erhalten, Ihnen die Fränkiſche Erbfolge ſtreitig macht, doch ſie anerkennen will, wenn man ihn in Bayern nach Willkür handeln laſſen wolle; ſo thun Se. Königl. Maj. nichts, als daß Sie Ihr Recht einer entfernten Erbfolge in Franken behaupten und Sie beſtehen auf keinem Ihnen vorgeſpiegelten vortheilhaften Tauſche. Dieſes nennt der Wiener Hof dennoch ein eigennütziges Verfahren, da er ſelbſt ſeinen Beyfall und die Anerkennung der Fränkiſchen Succeßion verſpricht, wenn man ihm nur erlauben will, die ungerechteſte und unerhörteſte Prätenſion in Bayern geltend zu machen. An dieſen weſentlichen und unerwieſenen Grundzügen kann nun ein jeder erkennen, welcher Hof durch ſein Betragen auf den Ruhm von Gerechtigkeit und Großmuth Anſpruch machen kann.

Es iſt eine unerträgliche, in der Teutſchen Geſchichte unerhörte, und der Reichſtändiſchen Freyheit ganz widerſtreitende Forderung, daß Se. Königl. Maj. einen Hausvertrag, deſſen Daſeyn der Wiener Hof nicht einmahl wiſſen kann, und über welchen ſich niemand beſchweret, demſelben zu gefallen aufheben, der rechtmäßigen aber entfernten und ungewiſſen Erbfolge Ihres Churhauſes in Ihre Erblande und der allgemeinen Befugniß Ihres Hauſes durch einſtimmigen Schluß deſſelben Mitglieder, von ihrer Erbfolge zu diſponiren, lange Zeit vor dem Fall entſagen ſoll,

 und

und ſolches alles gegen die ohnedem ſchuldige Entſagung auf die damit nicht die geringſte Gemeinſchaft noch Gleichheit habende Bayeriſche Erbfolge, und damit der Wiener Hof nicht von derſelben wider alles Recht etwas an ſich reiße. Dieſer Hof thut auch dieſe Forderung gar nicht im Ernſt, weil er wohl weiß, daß Se. Königl. M. ſich nicht ſo erniedrigen können noch werden, Ihre Erbrechte und Hausverträge ihrem Willkür dergeſtalt aufzuopfern, ſondern er dadurch nur ſeinen Entzweck in Anſehung von Bayern zu erhalten gedenket. Die hohen Mitſtände des Reichs ſind zu erleuchtet, um nicht von ſelbſt einzuſehen, daß dieſer ganze Antrag in nichts als Blendwerken und Vorſpiegelungen beſtehet; daß er gar nicht im Ernſt gemeynet iſt; daß deſſen Durchſetzung die natürliche und geſetzliche Freyheit aller Reichsfürſtlichen Häuſer unter ſich Verträge zu machen und ſelbige zu ändern, aufhebet, und wenn ein ſolches Beyſpiel bey dem Hauſe Brandenburg gelingen ſollte, für alle mindermächtige Häuſer von den gefährlichſten Folgen ſeyn würde; daß bey der Churbrandenburgiſchen Erbfolge in den Fränkiſchen Fürſtenthümern keine wahre Vergrößerungs Abſicht, noch die geringſte Gefahr für das Gleichgewicht im Reich, noch für den Fränkiſchen und andere Creyſe, ſondern vielmehr ein weſentlicher Vortheil von Sicherheit entſtehen kann und muß; daß hingegen die Durchſetzung der Oeſterreichiſchen Anſprüche und Abſichten auf Bayern alles Recht, die ganze Reichsverfaſſung und das Gleichgewicht im ganzen

Reich

Reich über den Haufen werfen und den Weg bahnen würde, in ganz Ober-Teutſchland den Meiſter zu ſpielen; daß der Landfriedens-Bruch durch die erwieſenermaßen geſchehene Vergewaltigung des Herrn Churfürſten zu Pfalz offenbar von dem Wiener Hofe geſchehen und daß ſowohl die alten ganz unerfindlichen Anſprüche, als auch die neue erzwungene Convention, wodurch er die Beſitznehmung von Bayern zu beſchönigen ſucht, weder mit Recht noch mit Billigkeit, noch mit der Reichsverfaſſung im geringſten beſtehen könne.

Se. Königl. Maj. von Preuſſen ſind alſo gewiß mehr als der Kayſerin-Königin Maj. berechtiget, Ihre Hohe Reichsmitſtände auf das angelegentlichſte zu erſuchen und aufzufordern, wie hiermit geſchiehet, daß ſie gemeinſchaftliche nachdruckſame Vorſtellungen an des Kayſers und der Kayſerin-Königin Majeſtäten wegen unverzüglicher Einſtellung ihrer widerrechtlichen friedbrüchigen Handlungen gelangen laſſen; daß Sie mit Ihrer Majeſtät vereiniget auf die unverlezte Erhaltung und Beobachtung ſowohl der Pfalzbayeriſchen als Churbrandenburgiſchen Succeßionsrechte und Verträge beſtehen; daß Sie gegen die Kayſerlich-Königl. Stöhrung des Land- und Weſtphäliſchen Friedens mit Ihro Majeſtät gemeinſame Sache machen; Höchſtdieſelbe mit Hülfe unterſtützen, auch den Beyſtand der Hohen Mächte, welche leztere erwähnten Frieden garantiret haben, öffentlich reclamiren und nachſuchen wollen.

Nachtrag zu des Königlich-Preußiſchen Hofes Beantwortung der Gegenſchrift des Wiener Hofes.

Bey den ſogenannten **Gerechtſamen und Maaßregeln Ihrer Kayſerl. Königl. Maj. in Abſicht auf die Bayeriſche Erbfolge**, befinden ſich 20. Beylagen, welche hier abzudrucken überflüßig ſeyn würde, da ſie ſich zum Theil ſchon bey **der erſten K. Preußiſchen Erklärung**, oder dem Exposé des Motifs. &c. befinden; zur Erläuterung und Nachricht aber muß man folgendes hinzufügen:

Die **erſte** Beylage (S. Th. III. S. 5.) enthält die Vollmacht des Churpfälziſchen Geſandten, Freyh. v. Ritter; die **zweyte** (ſ. Eb. daſ. S. 8.) iſt die von demſelben über die Bayeriſche Erbfolge geſchloſſene Convention vom 3. Jänner 1778.

Die **dritte** (Eb. daſ. S. 12. u. ff.) Beylage iſt ein Auszug aus der von dem Wiener Hofe veranlaßten Druckſchrift: **Betrachtungen über die Succeßions-Ordnung in den Brandenburgiſchen Fürſtenthümern im Fränkiſchen Creyſe.** Man hat Königlich-Preußiſcher Seits darauf geantwortet durch die **wahre Vorſtellung der Erbfolge-Ordnung in dieſen Fürſtenthümern**, (S. Th. III. S. 420.) worauf man ſich jetzt beziehet, anſtatt jene Schrift hier zu widerlegen.

Die

Die Beylagen No. 4. 5. und 7. (Eb. daſ. S. 37, 40, u. 51.) beſtehen in den Noten des Fürſten von Kauniz von 20. Jänner, des Frh. v. Riedeſel vom 6. Hornung, und des Fürſten von Kauniz vom 16. Hornung, welche ſchon ſämmtlich ſich bey der erſten Köngl. Preußiſchen Erklärung befinden.

Die 6te Beylage (ſ. Th. III. S. 44.) enthält ein Königl. Preußiſches Memoire über die Nachfolge in die Königl. Böhmiſche Lehen in der Ober-Pfalz. Dieſes Memoire war nicht an, noch wider den Wieneriſchen Hof beſtimmt, und iſt demſelben nur durch einen ungefähren Zufall zugeſtellet worden. Gedachter Hof hat darauf durch die 8te Beylage (Eb. daſ S. 60.) umſtändlich geantwortet. Man würde Königl. Preußiſcher Seits ſolche Antwort genugſam widerlegen können; man will aber, um Weitläuftigkeit zu vermeiden, ſich theils auf dasjenige, was in der vorſtehenden Beantwortung (S. 142-147.) als auch in den Pfalz-Zweybrückiſchen Schriften ausgeführet iſt, beziehen. Man kann ſich aber nicht entbrechen, drey höchſt verfängliche, aber ganz falſche hiſtoriſche Sätze zu bemerken und zu widerlegen, die am Ende gedachter Kayſerl. Königl. Antwort (S. 43. in der Samml. S. 70. u. f. des III. Th.) in Anſehung der Mark Brandenburg gewaget ſind, nemlich 1) daß K. Sigismund den Grafen von Hohenzollern die Mark Brandenburg für eine Summe überlaſſen, die nicht als ein billiger Preiß be-

betrachtet werden könne; 2) daß er ſeiner Krone das ewige Wiederkaufsrecht vorbehalten, und 3) zu dieſer Veräußerung die Einwilligung der Böhmiſchen Stände nicht erhalten habe. Der erſte Satz iſt ganz irrig, indem Burggraf Friederich von Nürnberg den K. Sigismund für die Mark Brandenburg eine Summe von 400000. Goldgulden, oder Dukaten erleget, (da K. Sigismunds Vater nicht einmal halb ſo viel dafür gegeben) welche nach den damaligen Zeitumſtänden und den Einkünften, den Werth dieſes damals ganz zerſplitterten Landes weit überſtieg und ſie reichlich bezahlte, wie in **den Memoiren der K. Preußiſchen Akademie** im 10. B. vom J. 1754. gegen eine ungegründete Sage ausführlich gezeiget worden. Der zweyte Satz iſt grundfalſch, indem K. Sigismund nach dem Original-Kauf- und Lehn-Brief der Mark Brandenburg von 1415. das Wiederkaufsrecht, nicht der Krone Böhmen, ſondern blos für ſich und ſeine **männliche Erben**, die auch allein dieſes Churfürſtenthums fähig waren, vorbehalten, welcher Vorbehalt mit ihm und ſeinem Bruder, K. Wenzel, erloſchen, da ſie beyde ohne männliche Erben geſtorben, und K. Sigismund nur die einige Tochter Eliſabeth, Herzogin von Oeſterreich, hinterlaſſen, deren älteſte Tochter Anna bekanntermaßen eine Stammmutter des Hauſes Brandenburg, aber von der Oeſterreichiſchen Nachkommenſchaft ihrer jüngeren Schweſter von der Böhmiſchen Thronfolge verdungen worden iſt. Drittens hat K. Sigismund

die

die Einwilligung der Böhmiſchen Stände zur Veräußerung der Mark Brandenburg nicht nöthig gehabt. Wenn man mit Einwürfen von der Art, auf Anſprüche entfernte Anſpielungen machen wollte; ſo könnte die in dem Churhauſe Brandenburg allein beſtehende erſtgebohrne weibliche Nachkommenſchaft K. Sigismunds und des Hauſes Luxenburg, es ſehr weit treiben, und hätte man Kayſerl. Königl. Seits wohl gethan, wie man vorhero (S. 38. u. 63 der Samml.) ſelbſt rathſam gehalten, mit Anmerkungen zurück zu bleiben, die zu weit führen können.

Die ferneren Beylagen der Kayſerl. Königl. Gegenſchrift No. 9. 10. 11. u. 12. (S. Th. III. S. 72, 86, 89. u. 94.) enthalten die Noten des Freyh. v. Riedeſel vom 9. März, des Fürſten von Kauniz vom 1. April, des Freyh. von Riedeſel vom 22. April und des Fürſten von Kauniz vom 7den May, die alle ſchon bey der erſten K. Preuß. Erklärung befindlich ſind, ſo wie auch die unter Nro. 13. (Eb. daſ. S. 103.) ſich befindende ausführliche Beantwortung des Kayſerl. Königl. Hofes auf die K. Preußiſche Note vom 9ten März.

Hiernächſt folget in der 14ten Beylage (Eb. daſ. S. 132.) eine Wiederlegung der weſentlichſten Anmerkungen, womit der Berliner Hof die ausführliche Beantwortung des Kayſerl. Königl. Hofes beglei-

ret

ter hat. Dieſe Schrift enthält nichts neues, noch mehreres, als die ſogenannten Gerechtſame und **Maaßregeln des Kayſerl. Königl. Hofes.** Da nun dieſe in der vorſtehenden Schrift zur Gnüge beantwortet ſind, ſo kann man ſich Königl. Preuß. Seits darauf beziehen, und ſich die Mühe erſparen, die obgedachte Widerlegung zu beantworten, zumahl da ſelbige ſich vornehmlich bey Nebenſachen aufhält, und glauben machen will, daß er durch dieſelbe auch die Hauptgründe widerleget habe, welches, wie wenig geſchehen, ein aufmerkſamer Leſer leicht bemerken wird.

Die 15te Beylage (Eb. daſ. S. 155.) iſt das Memoire, welches von dem Königl. Preuß. Miniſterium dem Grafen von Cobenzl am 13. Junii 1778 iſt übergeben worden, und ſich unter den Beylagen der gegenwärtigen K. Preuß. Schrift Nr. 2. befindet.

Die 16te Beylage (Th. III. S. 160. u. f.) enthält den Auszug eines Schreibens, welchen der Freyherr v. Riedeſel in einer Conferenz am 13. Junius 1778. den Fürſten von Kauniß-Rietberg mitgetheilet hat.

Die 17te Beylage (Eb. daſ. S. 162.) iſt die ſchriftliche, ſogenannte **mündliche Antwort,** welche der Fürſt von Kauniß dem Freyh. von Riedeſel den 29ten Junii ertheilet, und

Die 18te Beylage (Eb. daſ. S. 170.) enthält die von dem Königl. Preußiſchen Miniſte-

rio

rio den 3ten Julii darauf gegebene **Antwort**, welche beyde Stücke ſich gleichfalls bey der erſten Königl. Preußiſchen Erklärung befinden.

Hierauf folget (Eb. daſ. S. 181.) eine ſogenannte **Zergliederung** der Königl. Preußiſchen Antwort vom 13. Julii. Es würde nichts leichter ſeyn, als dieſelben auf eben ſolche Art zu zergliedern, zu widerlegen, und zu zeigen, daß ſie aus nichts als Zirkelſchlüßen, ganz falſchen, oder unerwieſenen Sätzen und Angaben, ſchwachen Ausflüchten, und aus gehäßigen, aber ganz ungegründeten Beſchuldigungen beſtehe; es würde aber ſolche beſondere Widerlegung überflüßig ſeyn, indem ein jeder, der die **gegenwärtige Beantwortung** und die erſte **Königl. Preußiſche Erklärung** mit Aufmerkſamkeit und ohne Vorurtheil lieſet, und ſie mit den Kayſerl. Königl. Schriften zuſammen hält, darin ſchon genugſamen Stoff, um ſich von dem Ungrunde obgedachter angeblicher Zergliederung zu überzeugen, finden wird. Die Berufung auf rechtliche Unterſuchung und Entſcheidung, welche der Wiener Hof mit ſo großem Aufheben ſo oft wiederholet, wird von dem Königl. Preußiſchen Hofe, und von den Häuſern Pfalz-Zweybrück und Sachſen weder gehindert, noch vermieden, ſondern vielmehr gewünſcht, wenn ſie auf eine der Billigkeit, der Unpartheylichkeit und der Reichsverfaſſung gemäße Art geſchehen kann. Der Kayſerl. Hof aber, der ſolches theils als Kläger, theils nach der in Händen

den habenden Kayſerl. Autorität auf dem Reichstage, und wie es ſonſt die Umſtände mit ſich bringen, einleiten ſolte und könnte, hindert und vermeidet es ja augenſcheinlich, ſo lange er über dieſe wichtige Sache nichts an den Reichstag weder gelangen, noch zur Sprache kommen läßt, ſo lange er dem Hauſe Pfalz den gehabten und ihm eigenmächtig genommenen Beſitzſtand der in Anſpruch genommenen Länder nicht reſtituiret, und ſo lange er ſich nicht erkläret, und eine Veranlaſſung macht, daß dieſe wichtige Sache durch unpartheyiſche Richter auf eine reichsverfaſſungsmäßige Art unterſuchet und entſchieden werde; indem er ja unmöglich mit einiger Billigkeit verlangen kann, daß ſolches von Gerichten, die unmittelbar von des Kayſers Majeſtät abhangen, und wo Sie die Hauptparthey ausmachen, geſchehe.

Die 19te Beylage (Eb. daſ. S. 223.) iſt der Lehnbrief K. Sigismunds von 1426. und No. 20. (S. 224.) der Theidigungsbrief von eben dieſem Kayſer.

Vollſtändige

Sammlung von Staatsſchriften,

zum Behuf der Bayeriſchen Geſchichte nach Abſterben

Churfürſt Maximilian III.

und dadurch erloſchener

Wilhelminiſcher Linie

des Hauſes Bayern.

Fünften Theils 5tes Stück.

Frankfurth und Leipzig,
1779.

Beylagen.

No. 1. Schreiben des Fürſten von Kaunitz an den Grafen von Cobentzel, d. d. Wien, den 24ſten April 1778, welches dieſer Geſandter dem Königl. Preußiſchen Miniſterio vorgeleget.

Unterm 10ten dieſes ſind Ew. Hochgeb. bereits benachrichtiget worden, daß des Kayſers Majeſtät den Entſchluß gefaßt haben, in der gegenwärtigen kritiſchen Lage der Umſtände an den König unmittelbar ein eigenhändiges Schreiben zu erlaſſen.

Dieſes Schreiben ſammt der Beylage erhalten Ew. Hochgeb. in dem abſchriftl. Anſchluſſe.

Was für eine ganz unerwartete Antwort hierauf Seine Kayſerl. Majeſtät von dem König empfangen haben, zeiget die weitere Anlage.

Es würde ganz überflüßig ſeyn in eine umſtändliche Zergliederung dieſer Antwort einzugehen. Wer ſie in einer nur etwas ruhigen und unpartheyiſchen Faſſung ließt, wird einſehen und bekennen müſſen, daß darin der ganze eigentliche Status quæſtionis völlig verfehlet und überhaupt eine Sprache geführet wird, die offenbar nichts

anders als die Würkung des erſten Ausbruchs einer heftigen Erbitterung ſeyn kann.

Es iſt daher als ein beſonderes Glück für die Menſchheit anzuſehen, que S. M. Imperiale, wie man in voller Wahrheit ſagen kann, a opposé ſon flegme à ces vivacités, und daß Allerhöchſt Dieſelben ſolche auf die in der Anlage erhaltene eben ſo großmüthige und gelaßene als billige Art beantwortet haben.

In der hierauf erfolgten weiteren Rückäußerung des Königs zeigen ſich ganz untrügliche Merkmaale einer ruhigen Ueberlegung, worauf von des Kayſers Majeſtät das in der ferneren Anlage beykommende Schreiben erlaſſen worden iſt.

Dieſe zwey leztere Schreiben eröfnen die Ausſicht zu einem gütlichen Einverſtändniß, welches, wenn ſich beyderſeits mit dem erforderlichen billigen Conciliations-Geiſte benommen wird, nicht nur den Ausbruch eines neuen Krieges vermeiden, ſondern auch die Freundſchaft beyder Höfen für jezo und künftige Zeiten verſichern, und das gemeinſame gegenſeitige Staats-Intereſſe befördern kann.

Um aber beyderſeits mit dem erforderlichen wahren Conciliations-Geiſte zu Werke zu gehen, iſt vor allem die Feſtſetzung, Beangnehmung und Beobachtung folgender ganz ſimplen in der offenbaren reciproquen Gerechtigkeit und Billigkeit gegründeten Sätze unumgänglich nothwendig.

1.) Daß ſich jeder der beyden Höfe in des anderen Stelle unpartheyiſch ſetze.

2.) Daß er dasjenige, was er in des anderen Stelle mit ſeinem Anſehen und mit ſeiner Ehre ganz unvereinbarlich finden würde, von dem anderen gleichfalls nicht fordere.

3.) Daß ſich keiner der bekannten Rechts-Regel entziehe, das nämliche Recht auch für und gegen ſich ſelbſt zu erkennen und gelten zu laſſen, was er fordert, daß es der andere für und gegen ſich ſelbſt erkennen und gelten laſſen ſoll.

Um nun dieſe Grundſätze bona fide praktiſch anzuwenden, ſo ziehen Wir zuförderſt in Betrachtung, daß des Königs in Preußen Majeſtät ſich nun einmal öffentlich für Chur-Sachſen und für den Herrn Herzogen von Zweybrücken angenommen haben, daß folglich mit Dero Anſehen und Ehre keineswegs vereinbarlich iſt, die erwehnte öffentlichen Schritte ſo ſchlechterding zurück zu ziehen, und ſie ohne aller Wirkung zu laſſen.

Dahingegen haben nach der offenbaren reciproquen Billigkeit und Gerechtigkeit Seiner K. Preuß. Maj. zu gleicher Zeit in Betrachtung zu ziehen, daß Ihre Kayſerl. K. A. Maj. ganz unſtreitige Rechte auf einen Theil der Bayeriſchen Succeßion zu haben glauben, daß ſie mit dem Herrn Churfürſten eine förmliche Convention geſchloſſen haben, und ſchließen zu können ſich allerdings berechtiget vermeinen, daß ſie alles dieſes nicht nur öffentlich erkläret, ſondern auch die Ihnen

nen vermöge Ihrer Anſprüche und der Convention zugefallenen Landes-Diſtricte in förmlichen Beſitz genommen haben, daß folglich mit Dero Anſehen und Ehre keineswegs vereinbarlich iſt, die erwehnten öffentlichen Schritte ſo ſchlechterdings zurück zu ziehen, und ſie ohne aller Wirkung zu laſſen.

Wir ziehen in weitere Betrachtung, daß Sr. Königl. Preußiſchen Majeſtät Dero politiſchen Convenienz nicht gemäß finden, und finden können, daß ſich das Ertzhaus durch einen Zuwachs vergrößere, ohne daß Sr. Maj. gleichfalls für ſich einen Vortheil erhalte. In dieſer politiſchen Convenienz erkennen Wir den Urſprung, die Veranlaſſung und die Haupt-Triebfeder aller bisherigen Widerſprüche und Gegenbearbeitungen.

Die bekannte und bereits vorerwehnte Rechts-Regel wird und muß aber auch Sr. Königl. Pr. Maj. die Betrachtung nicht nur ganz unbefremdend machen, ſondern auch als ſehr natürlich darſtellen, daß Wir unſrer politiſchen Convenienz eben ſo wenig gemäß finden können, daß ſich Seiner Königl. Majeſtät durch einen neuen Zuwachs vergrößern, ohne daß Wir gleichfalls für uns einen Vortheil erhalten. Und dieſe politiſche Convenienz zeiget zum voraus den Urſprung, die Veranlaſſung und die Haupt-trieb-

triebfeder aller jener Widerſprüche und Gegenbearbeitungen, die Wir in der vorausgeſetzten Hypotheſi entweder exiſtente cauſa oder auch nöthigen Falls, von nun an gegen die Vereinigung der Anſpachiſch und Bayreuthiſchen Lande mit der Preußiſchen Primogenitur anwenden werden und müſſen. Der politiſche Grund dieſer Widerſpruchs-Nothwendigkeit iſt ohnehin für ſich klar: Ew. Hochgeb. ſind aber auch bereits die Juridical-Gründe dieſes Widerſpruchs aus einer weitläuftigen Deduction Auszugsweiſe mitgetheilet worden, von denen Dieſelben, falls es nöthig ſeyn ſollte, nunmehro gelegenheitlich gegen das dortige Miniſterium Erwehnung machen können.

Die Folge dieſer Widerſprüche und Gegenbearbeitungen in dem erwehnten Falle wird und kann nichts anders, als die nämliche Colliſion in dem gegenwärtigen Falle ſeyn, und aus dieſer Colliſion, wenn ſie nicht gehoben wird, kann abermals nichts anders entſtehen, als was gegenwärtig unvermeidlich zu ſeyn ſcheinet, wenn der bisherige Widerſpruchs-Geiſt nicht in einen billigen Eſprit de Conciliation verwandelt und der gewiß nicht durch unſere Schuld verlaſſene gerade und ſichere Weg wieder beyderſeits eingeſchlagen wird.

Wir haben hiezu bereits den Anfang gemacht, des Kayſers Majeſtät ſind desfalls zuerſt zur Sprache gekommen, Ew. Hochgeb. finden ſich al-

aiſchen mit Vollmacht und Anweiſung verſehen; des Königs Majeſtät ſcheinen gleichfalls die quæſtio an? daß nach dem dieſſeitigen Freundſchaftlichen Antrag in Berlin zu einer nähern Unterhandlung geſchritten werden ſoll, beangnehmet zu haben. Alles kömmt demnach darauf an, daß mit einer wahren beyderſeitigen Freymüthig- und Offenherzigkeit zu Werke gegangen werde. Um desfalls an Uns nichts ermangeln zu laſſen, wollen Ew. Hochgeb. ganz unbedenklich ſowohl meine vorhinnige erſte als die gegenwärtige Anweiſung dem dortigen Miniſterio per extenſum vorleſen, das Projet de Convention übergeben, und weiters verlangen, daß man nunmehro auch ohne Rückhaltung der jenſeitigen Gedanken und Anträge zu einer freundſchaftlichen Ausgleichung und Vereinbarung des beyderſeitigen Anſehens und Intereſſe vorlegen wolle. Ich kann unmöglich vermuthen, daß man Uns bey dieſem Verlangen irgend einer Feinheit, und verdeckten Abſicht beargwohnen ſollte. Wir haben den erſten Schritt gemacht, Wir erklären Uns zu allen jenen Conciliations-Mitteln bereit, die mit vorerwehnten auf die ſtrengſte reciproque Gerechtigkeit und Billigkeit gebauten Grundſätzen vereinbarlich ſeyn können. Es kommt alſo nunmehr die ganz natürliche Reihe auf den dortigen Hof, daß auch Er ſeine bishero nur generaliter geäußerten Deſideria gleichfalls nahmhaft mache, und ſich über das diesfällige Quomodo näher erkläre. Geſchiehet dieſes, und geſchiehet es, wie Wir hoffen, auf eine mehrbeſagten Grundſätzen gemäße Art, ſo

kann

kann und wird die Hauptſache zur beyderſeitigen billigen Zufriedenheit gar bald berichtiget ſeyn. Geſchiehet es nicht, ſo — Aber ſollte dann das Verhängniß unvermeidlich ſeyn, daß ſich zwey Höfe, die freundſchaftlich vereiniget, die erſte Rolle ſpielen könnten, einander aufreiben müſſen, um ſodann von der Dictatur eines dritten oder vierten lediglich abzuhangen?

Ich erwarte Dero ausführliche Einberichtung und werde nicht ermangeln Ew. Hochgeb. nach Beſchaffenheit derſelben mit weiteren Verhaltungs-Anweiſungen unverzüglich zu verſehen. Uebrigens empfehle mich höflichſt und verharre ohnausgeſetzt

Ew. Hochgeb.

ſchuldiger Diener

Kaunitz Rietberg.

Wien, den 24ſten April 1778.

An den Herrn Grafen v. Cobentzel.

No. 2. Mémoire que le Miniſtère de Pruſſe a remis au C. de Cobenzel le 7. Mai 1778.

Les ſouſſignés Miniſtres du Roi n'ont pas manqué de rendre compte à S. M. de la lecture, que Mr. le C. de Cobenzl leur a faite dans Conference du 1. de Mai d'une depêche de Mr. le Prince de Kaunitz du 24. Avril, en conſéquence de la quelle on a voulu établir pour baſe de la négociation à entamer ſur l'af-

faire de la Succeſſion de Bavière, trois principes, ſavoir: que chacune des deux Cours ſe mette à la place de l'autre avec impartialité; qu'elle en demande rien, qui ne ſoit compatible avec ſa gloire & ſa dignité, & qu'elle ne voudroit pas qu'on lui demandat à elle-méme; & enfin que chacune des deux Cours admette la maxime, de reconnoitre tant en ſa faveur qu'à ſon préjudice les mêmes droits, qu'elle prétend faire valoir à l'égard de l'autre.

S. M. Pruſſienne ne fera aucune difficulté d'admettre ces principes dans la généralité; mais elle croit, qu'ils ne ſont pas applicables au cas, dont il eſt queſtion, & elle reitère l'aſſurance ſincère, *que le juſte arrangement de la Succeſſion de Bavière a fait & fait encore le principal objet de toutes ſes démarches dans cette affaire.*

Le projet de Convention, que Mr. le C. de Cobenzl a remis aux ſouſſignés, regarde en partie des objets étrangers & ne contient aucun moyen de ſatisfaire les parties principalement intereſſées à la dite Succeſſion; c'eſt auſſi ce, qui a déjà engagé le Roi à le décliner dans ſa correſpondence avec S. M. Impériale, mais S. M. a fait connoître en même tems, que les articles capitaux, qui pourroient moyenner une conciliation, ſe reduiſoient aux droits de la maiſon Palatine & aux prétentiones de S. A. E. de Saxe & des autres parties intereſſées à cette Succeſſion. Comme la Cour de Vienne

eſt

eſt en poſſeſſion des Provinces litigieuſes, elle eſt auſſi le mieux & la ſeule en état, de propoſer les moyens de ſatisfaire le Duc de Deux-ponts, qui répreſente dans le cas préſent la maiſon Palatine, & la Cour de Saxe, qui ne peut être dedommagée par cette maiſon qu'entant que celle-ci ſera miſe elle même dans le cas de pouvoir la ſatisfaire. S. M. ſe promet donc de l'amitié & de l'équité de S. M. l'Impératrice-Reine, qu'elle voudra bien s'expliquer ſur ces deux objets & propoſer les tempéramens, qui peuvent conduire au but deſiré. Le Roi attend ces propoſitions avec empreſſement & ſe prêtera dès lors avec le plus grand zèle à tout ce qui pourra concilier les differents actuels & affermir la bonne intelligence entre les deux Cours. Berlin, le 7. Mai 1778.

de Finkenſtein. de Hertzberg.

No. 3. Verzicht der Pfalzgrafen auf Nieder-Bayern, nebſt eventuellem Succeßions-Vorbehalt. 1348.

Man ſehe dieſe Urkunde Th. IV. der Samml. S. 372

No. 4. Schreiben K. Siegmunds an die Herzoge von Bayern. 1425.

S. Eb. daſ. S. 390.

No. 5. K. Sigmunds-Lehnbrief über Nieder-Bayern an H. Albrecht von Oeſterreich 1426.

S. Th. III. S. 223.

No. 6.

No. 6. Teidigungs-Brief K. Sigmunds mit H. Albrecht von Oeſterreich 1426.

S. Eb. daſ. S. 224.

No. 7.

Wir Sigmund von Gottes Gnaden Römiſcher Kunig zu allen Zeiten Merer des reichs, zu Hungern, zu Behem, Dalmatien, Croatien ꝛc. Kunig, bekennen, vnd tun kunt offenbar mit dieſem Brief, allen den, die in ſehen oder horen leſen, daz für Vns kommen iſt der hochgeborne **Ludwig Pfalzgraff** bey Rein, Herzog in Beyern und Graf zu Mortey Vnſer lieber Oheim und Fürſt, do Wir als ein Römiſcher Kunig gekrönet ſaſſen in vnſer Majeſtät gezieret vnd angetan mit ſolicher Zierheit, als Vns angebürt, ſo wir ſoliche fürſtliche Lehen leyhen vnd bracht Vns für, wie er Vns in Jahrs Friſt offt durch ſich ſelber vnd auch durch ſeine Rete, vnd aber nächſt zu Wien gebetten hat, **nachdem vm das Fürſtentum vnd Land zu Nidern Beyern zu Fall kommen wäre, von Todes wegen, Herzog Hanſen ſäligen,** das wir Jn daſſelbige Fürſtenthum zu nidern Bayern Herrſchafft Lehen vnd was dazu gehört, **als den eldeſten Erbfürſten allein nach namen und wapen,** was er denn rechtes dazu hette, wolten leyhen, das in dieſelbe Zeit nicht hab mögen gedeyhen das im das unſchedlich ſei an ſeinem Lehen und Rechten, vnd bet vns aber demüticlich, das wir im das vorgenannt Fürſtenthum Herrſchafft Lehen, und was dartzu gehört, des Landes nie-

dern

dern Bayern noch als dem Eldeſten Erbfürſten alain, was er rechtes dartzu hett, zu verleyhen, vnd zu reichen gnediclich geruchten, das haben wir angeſehen des vorgenannten Hertzog Ludewigs redliche vnd diemütige Bete, vnd auch betracht ſoliche Liebe, treue vnd dienſte die er vns getan vnd beweyſet hat, vnd hiefür tun ſol vnd mag, dorum mit wolbedachten mute gutem rate vnſer Fürſten Grauen edlen vnd getreuen vnd rechten wiſſen erkennen wir das im das unſchedlich ſin ſol, das mir im inwendig des Jahres Friſt nicht geliehen haben; vnd haben im nun yezund mit ſolicher ſolempnität ſin recht, das er zu dem vorgenannten Fürſtentum Herrſchafft Lehen, vnd was dartzu gehört, des Landes nidern Baiern hat oder haben mag, was wir im dann von rechtes wegen daran leyhen ſollen oder mügen gnediglich gericht vnd verliehen, reichen vnd leyhen im vnd ſeinen Erben das das von Romiſcher kuniglicher Macht in Crafft diß Briefs daſſelbe ſein recht mit allen rechten Wirden vnd nutzen zu haben, zu halten vnd zu beſitzen, als ſolicher Fürſtlichen Lehen recht iſt, doch vns vnd dem riche an vnſern vnd ſuſt aller meniglich an iren recht unſchedlich. Vns hat ouch der vorgenannt Hertzog Ludwig gewonliche gelübde vnd eyde doruf getan, als ſolche fürſtliche Lehen recht iſt, mit Vrkund diß Briefs verſigelt mit vnſern anhangenden Inſigel, geben zu Ofen nach Criſts gepurt vierzehn hundert Jar vnd darnach in dem ſechs vnd zweintzigſten Jare, am neſten Donnerſtag vor

ſant

ſant Franciſci Tag, vnſer riche des Hungriſchen ꝛc. in dem vierzigſten, des Römiſchen in dem Siebenzehenden vnd des Beheimiſchen im Sibenden Jare.

(L. S.)

Daß dieſe Abſchrift mit dem wahren Original collationando gehalten, und von Wort zu Wort gleichlautend erfunden worden, wird unter vorgedruckt größerem Churfürſtl. geheimen Canzley-Secret und nachſtehender Unterſchrifft beurkundet. Actum München den 24ten Juny 1778.

Churfürſtl. geheime Canzley.

(L. S.)

Johann Nepomuk Elbinger
Churfürſtl. geheimer Raths-Regiſtrator.

No. 8. Rechtliches Bedenken über die Bayeriſche Erbfolge. Bey gründlicher Erwägung der Frage: Welchem Theil bey denen über die Bayeriſche Erbfolge entſtandenen Irrungen eigentlich der *ſtatus poſſeſſionis*, den Rechten nach, zu ſtatten komme? ſind, meines Erachtens, zu unterſcheiden

(I.) Die Güter, welche dem Allodialerben von Rechts wegen und nach Maßgabe der Kayſerl. und Reichsurthel von 1505 zuſtändig, und im I. P. W. Art. IV. §. 9. verſichert ſind.

(II.) Die Güter, welche Kayſer Otto IV. im Jahr 1208. Herzog Ludwig I. in Bayern und allen ſeinen von ihm abſtammenden Nachkommen (univerſis ſibi ſucceſſuris heredibus)

dibus) endlich verliehen hat, (ad cujus rei certam evidentiam & perpetuam in poſterum firmitudinem fide data promiſimus, & *jurare fecimus in animam noſtram*) beſage Lehenbriefs in Aettenkhovers Geſchichte der Herz. von Bayern Beyl. Num. I. S. 157.

(III.) Die Güter, deren Veräuſſerung dieſes Herzogs Ludewigs Nachkommen im 3ten und 4ten Glied, von denen die ſämmtlichen annoch lebenden Pfalzgrafen beym Rhein und Herzoge in Bayern abſtammen, zur Sicherſtellung ihrer wechſelſeitigen Erbfolge, im J. 1329. in dem Tractat von Pavia ausdrücklich verboten haben.

Daß unter dieſen Gütern **Niederbayern** mit zu verſtehen ſey, erweiſet der dieſer Lande wegen von der Rudolphiniſchen Linie im J. 1348. der Ludowigiſchen Linie mit ausdrücklichem **Vorbehalt der Erbfolge** ausgeſtellte Verzichtbrief in **Sr. K. Maj. von Preuſſen Erklärung an Ihre Hohe Mitſtände** ꝛc. ꝛc. Beylage N. 14. S. 68.

(IV.) Die Güter, bey denen es zweifelhaft iſt, ob ſie unerworbene oder Stammlehen ſeyn.

1) In Anſehung der Allodial-Erbſchaft kommt Chur-Sachſen das Remedium poſſeſſorium Interdicti quorum bonorum zu ſtatten.

§. 1. Daß quoad (1.) dem **Allodialerben**, Sr. Churf. Durchl. zu Sachſen, das remedium *poſſeſſorium* interdicti quorum bonorum nicht allein bey denen ohnſtreitigen, ſondern auch bey denen zweifelhaften Allodialgütern von Rechtswegen zuſtehe, iſt in II. F. §. 1. deutlich alſo enthalten.

Inter

Inter filiam defuncti & agnatos eius de quodam prædio mota eſt quæſtio, agnatis feudum, filia vero allodium eſſe afferentibus: *ſuper poſſeſſione, apud quem manere debeat*, quærebatur. Reſponſum eſt, apud filiam *poſſeſſionem* interim eſſe collocandam.

idque cum Proceſſu exſequutivo ex I. P. W.

§. 2. Es läſſet ſich um deſto weniger bezweifeln, da ſolches in dem I. P. W. Art. IV. §. 9. mit den ausdrücklichen Worten:

Ita Palatinatus ſuperior hoc caſu (ſcil. ſi contigerit, lineam Guiliel. maſculinam prorſus deficere, ſuperſtite Palatina) ad *Palatinos ſuperſtites* redeat, ut *heredibus allodialibus* Electoris Bavariæ *actiones & beneficia, quæ ipſis ibidem de iure competunt*, reſervata maneant &c.

vorbehalten und in I. P. W. Art. XVII. §. 3. verordnet iſt:

Nec vſpiam contra hanc transactionem in petitorio aut *poſſeſſorio* ſeu inhibitorii ſeu alii proceſſus vel commiſſiones umquam decernantur.

non attenta cavillatione verborum: quæ ipſis de jure competunt.

§. 3. Daß die Worte: *Actiones & beneficia, quæ ipſis ibidem de iure competunt*; nicht poſitive und nicht diſpoſitive, ſondern nur enunciative, indeterminate und conditionate, ſo zu erklären ſeyen: als ob es hieſſe: *SI* quæ actiones, *SI* qua beneficia ipſis ibidem de jure competunt; ſolches ſcheinet ein Wolmariſches

Fund-

Fündgen reſervationis mentalis zu ſeyn, welches mit der andern Hand aus den Händen winden will, was mit der einen gegeben iſt; dergleichen bey keinem Reichsfriedensſchluſſe weniger, als bey dem ſo lange behandelten und mit ſo vielem Blut erkauften und zum Reichsgrundgeſetz angenommenen Weſtphäliſchen Friedensſchluß zuzulaſſen, geſchweige zu begünſtigen iſt.

Meines Erachtens iſt es nach denen vorhergegangenen Handlungen unzweifelhaft, daß nach jener Stelle in dem jetzt eingetretenen Falle des erloſchenen Wilhelminſchen Mannsſtammes an die überlebenden Pfalzgrafen beym Rhein die Oberpfalz zwar zurückfallen, jedoch denen Allodialerben in dem Fall, wenn ihnen mit der Beſitzergreifung andere zuvorgekommen ſind, die ihnen de jure competirenden *Actiones* poſeſſoriæ, in dem Falle aber, wenn ſie zuerſt den Beſitz ergriffen haben, die ihnen de iure competirenden *Beneficia* retentionis &c. bevorbleiben ſollen.

II) In Anſehung der Pfalzbayeriſchen Stammlehen kommt dem auf ſeinem Recht beſtehenden mitbelehnten Stammvetter, dem reg. Herzog und Pfalzgrafen zu Zweybrücken, das remedium poſſeſſorium

§. 4. Quoad (II.) ſind vom Kayſer alle des Herz. Ludewigs I. in Bayern von ihm abſtammende Nachkommen endlich belehnet, folglich diejenigen von beſagten Nachkommen, welche ſich ihres Erbrechts nicht begeben, ſondern darauf beſtehen, vermöge derer Lehenrechte befugt, den Lehenherrn zu belangen, daß er ihnen den Beſitz derer dem Herz. Ludwig I. und allen ſeinen

 Nach-

ex I. F. 4. pr. & II. F. in fin. ac 26. §. 5. wie auch Nachkommen verliehenen Lehen, in ſofern er, der Lehensherr, dieſelben in ſeiner Gewalt hat, einräumen möge. Denn ſo iſt es in den Lehnrechten klar verordnet:

I. F. 4. pr.

Si inveſtitura facta fuerit coram paribus curtis aut in brevi teſtato: recte eum, qui inveſtitutus eſt, *cogitur Dominus mittere in feudi poſſeſſionem.*

II. F. 7. in f.

Inveſtitura vero facta & fidelitate ſubſecuta omni modo *cogatur Dominus* inveſtitum *in vacuam poſſeſſionem mittere.*

II. F. 26. §. 5.

Si facta de feudo inveſtitura pœniteat Dominum, antequam *poſſeſſionem* transferat; an præſtando intereſſe Vaſallo liberetur, quæſitum fuit? Reſponſum eſt, prætermiſſa illa condemnatione, dominum *poſſeſſionem* feudi, de quo inveſtituram fecit, tradere *compellendum.*

das von dem letztverſtorbenen Churf. in Bayern allen Agnaten ad effectum compoſſeſſionis contra quemcunque Tertium, eingeräumte, und vom Churf.

§. 5. Daß der regierende Herzog und Pfalzgraf zu Zweybrücken einer von denen Mitbelehnten ſucceſſoribus heredibus Ludovici I. Ducis Bavariæ ſey, iſt keinem Zweifel unterworfen, und ſeinen rechtlichen Beſitz-Geſuche ohnnachtheilig, wenn die übrigen Mitbelehnten ſucceſſores heredes Ludovici I. ſtillſchweigend,

oder

Carl Theodor bewilligte Conſtit. poſſeſſ. um deſto ſicherer zu ſtatten, da ſolches in dem I. P. W. Art. IV. §§. 9. & 10. in denen Worten, ad palatinos ſuperſtites und *totius* lineæ Rudolphinæ Beſtärkung findet.

oder werkthätig, oder ausdrücklich, ihrer Erbfolg-Gerechtſame ſich entäuſern, mithin ſeiner alleinigen Erbfolge Raum machen.

Bevorab da nicht allein in dem erſten Lehnbrief alle ſucceſſores heredes Ludovici I. ausdrücklich mitbeliehen ſind, ſondern auch von dem letztverſtorbenen Beſitzer in dem Inſtrument d. d. München 19. Junii 1774. das Conſtitutum poſſeſſorium allen darin eingeſchloſſenen Haus-Agnaten dergeſtalt, daß ſolches contra quemcunque tertium die volle Würkung einer Compoſſeſſion nach ſich ziehen ſolle, eingeräumet worden, wie die in **Sr. K. Maj. von Preuſſen Erklärung** Beyl. No. 19. S. 79. abgedruckte Urkunde beſaget:

> Omnibus datur actio revocatoria, qui de familia inſtitutoris ſunt, & in bonis alienatis ius quæſitum habent &c. eo quidem ordine, quo alias ad ſucceſſionem a lege vocantur &c. *niſi priores in gradu alienata revocare renuant.* L. 77. §. 27. D. de Legat. 2. *Stryk* de ſucceſſ. ab inteſt. Diſſ. 7. §. 17.

Auch das I. P. W. kommt hierinnen dem Agnato palatino vigilanti zu ſtatten, in denen Worten Art. IV. §. 9. „ad Palatinos ſuperſtites redeat; und §. 10. „*TOTIUS* lineæ Rudolphinæ.

Ein Agnatus alienator ſowohl als ein Agnatus potiori iuri ſuo non invigilans, dürften vielmehr pro civiliter mortuis, als für ſuperſtites, hingegen derjenige, der ſich vor dem Riß ſtellet, pro repræſentante totius Lineæ geachtet werden.

Aus K. Sigism. Belehnung Herzog Albrecht des Vten hat die K. Königin kein Remedium poſſeſſ. anſtellen können, wenn auch ſonſt gegen dieſen Anſpruch nichts einzuwenden wäre.

§. 6. Wenn man auch annehmen wollte, daß die vom K. Sigismund dem H. Albrecht V. zu Oeſterreich und ſeinen Erben im J. 1426. ertheilte Belehnung mit Niederbayern zu Rechtbeſtändig, auch durch die Kayſerl. und Reichsurthel vom nächſten Dienſtag nach St. Jörgenstag 1429. nicht entkräftet, auch durch den Verzichtbrief vom St. Andreastage 1429. nicht entſaget, auch auf die von der jüngern Tochter Herzogs Albrechts des Vten abſtammende Kayſerin Königin alleinig vererbet ſey: So würde dieſe dennoch daraus nicht auf den **Beſitz** rechtlich verfahren können, weil K. Sigismund dem Herz. Albrecht Niederbayern nicht als ein — ihm, dem Kayſer, oder ihm, dem Herzoge, **ohnſtreitig** angefallenes und zuſtändiges Land, ſondern folgendermaßen verliehen hat:

„dorumb, ꝛc. ꝛc. **ſin Recht**, das er
„zu dem vorgenannten Land in N.
„Bayern hat oder haben **ſoll** ꝛc. ꝛc.
„ſo viel wir Jm dann von Rechtwe-
„gen doran lihen ſollen oder mogen
„von Uns und dem Reiche, ꝛc. ꝛc.

§. 7.

weil dieſe Belehnung cum clauſula: in quantum de iure, geſchehen iſt.

§. 7. Daß aus einer ſolchen Belehnung der Belehnte nicht auf den Beſitz verfahren könne, hat D. Chriſt. Ludov. Stieglitz, in Diſſ. de Juribus & Actionibus feudi titulo conceſſis §. XLI. gründlich und ſcharfſinnig alſo gelehret:

Si poſſeſſio vacua præſtari nequeat, ſed adverſarius exſiſtat, *Vaſallus quidem vi dominii utilis, ad poſſeſſionem accipiendam, contra poſſeſſorem agere poteſt*; ſi vero contra dominum experiri malit, hic, qui gratis non inveſtivit, vaſallum indemnem præſtare, eamque ob cauſam ipſe *poſſeſſorem ad poſſeſſionem cedendam, convenire*, vel ſaltem ſumtus, ad actionem in iudicia deducendam neceſſorios, ſubminiſtrare, ut & fructus ante litem finitam percipiendos vaſallo poſſeſſione deſtituto, præſtare iure meritoque tenetur, *niſi forte de re, certos producente fructus, tradenda, ſed ab alio poſſeſſa, inveſtiverit vaſallum*, zu ſeinen Rechten, i. e. *in quantum de iure. Per hanc enim clauſulam vaſallus certior fit, dominum inveſtientem ipſum dubitare, an res ſua ſit, neque ipſe iure competente dominium utile per inveſtituram ad vaſallum transferre poſſit.* Vaſallus igitur talem accipiens inveſtituram, ſpem emit, & actionis ſumtus ſuſtinere debet. Adeoque etſi de re petenda *nominatim* inveſtiatur; æque ta-

men principaliter de actione incerti eventus inveſtitur & re infeliciter cadente damni dati actionem adverſus dominum non habet, quemadmodum *vaſallus inveſtituram & poſſeſſionem rei, quam alias ad ſe pertinere contendit, cum clauſula:* **zu ſeinen Rechten**, accipiens, & deinde, a vero domino vel ſucceſſore feudi conventus, ſuccumbens, caret actione ad præſtandam evictionem, adverſus dominum inveſtientem inſtituenda.

III) In Anſehung derer in dem Pfälz. Bayeriſchen Haus-Grund-Geſetze des Vertrags von Pavia im J. 1329. mit dem ausdrückl. Verbot der Veräußerung belegten Pfalzbayeriſchen Stammgüter iſt der auf ſeinem Recht beſtehende nächſte Stammvett. befugt, ohne des Fidei-Com. Verbringers Tod abzuwarten, ſogleich, wider denſelben ſowohl, als wider den, der das fremde F. C.

§. 8. Quoad (III.) iſt in Rechten unumſtößlich gegründet, daß ein Beſitzer eines mit dem **ausdrücklichen** Verbot der Veräußerung belegten Stammguts, durch deſſen Veräußerung (ſie mag nun durch Verkauf, oder Vergleich, oder Verſchenkung, oder ſonſt geſchehen) einem Fremden das **Beſitz**recht ſo wenig als das Eigenthumsrecht zuwenden könne, ſondern gegen ſothane offenbar nichtige Handlung, wider denjenigen ſowohl, **an den**, als wider denjenigen, **von dem** die Veräußerung geſchehen will, oder ſchon geſchehen iſt, der auf ſeinem Recht beſtehende nächſte Stammvetter, **ſogleich**, und, **ohne den Tod des Fideicommißverbringers abzuwarten**, ein

ſol-

Gut an ſich zie- het, ein R. Ger. Mand. S. C. inhibitorium, revocatorium, caſſatorium & reſtitutorium aus- zubringen nach der in Rechten gegründeten Lehre; G. A. Struvii indiſtincte;

ſolches *mandatum ſine clauſula* erbitten möge, daß ſie nicht nur von der im Werk ſeyenden Veräußerungs-Handlung abſtehen, ſondern auch, wenn ſie ſchon vollbracht worden, alles in vorigen Stand herſtellen ſollen.

§. 9. In præjudicium fideicommiſſarii heres bona alienare nequit. Unde licet fideicommiſſi familiæ dominium fideicommiſſarius conſequatur, — tamen hoc ita ex natura fideicommiſſi reſtrictum, ut alienare rem nequeat, unde — contra defuncti voluntatem alienans iure ſuo cadit, atque proximus in familia rem *STATIM* vindicare poteſt. L. 77. §. 27. D. de Legat 2. L. 67. §. 3. eod. L. 1. §. 2. Comm. C. de Legat. *Peregrinus* Art. 14. n. 8. G. A. *Struvius* in Syntagm. Jur. civ. Exerc. 36. §. 40.

Lynckeri et JCtorum Jenenſium univerſorum;

§. 10. So haben auch die JCti Jenenſes im May 1705. unter dem Vorſitz des nachherigen Kayſerl. Reichshofraths von Lyncker den Rechtsſpruch ertheilet:

„Sind die Intereſſenten, denen das Fideicommiß zugedacht, alſobald *a tempore alienationis* per L. 114. §. 15. de Legat. 1. L. 67. §. 3. de Legat. 2.

Petri Surdi I. Conſ. 116. n. 16. *a quocunque, etiam fraudis non conſcio*, vinceat. Faſar. de ſubſtit. & fideic. quæſt. 184.

das veräußerte und zwar mit denen von der Zeit an erhobenen Früchte zu vindiciren wohl befugt.„ *Lyncker* in Reſponſ. vol. 2. reſp. 118. n. 13.

J. B. Wernheri & JCtorum Wittenbergenſium univerſorum;

§. 11. So hat auch der vormaſige Wittenbergiſche Rechtslehrer und nachherige Kayſerl. R. H. R. von Wernher gelehret:

Enimvero ſicuti dominium eſſe poteſt ſine alienandi facultate, ut in fundo dotali — ita etiam dominium, in fideicommiſſo familiæ competens, ex ipſa eius indole atque natura, ita reſtrictum eſſe intelligitur; ut alienandi poteſtatem haud comprehendat. L. 69. §. pen. D. de Legat. 2.

Imo is, qui, ſpreta voluntate defuncti, alienationem ſine cauſa neceſſaria ſuſcipit, *iure ſuo excidit & proximus in familia ſtatim rem vindicare poteſt.* L. 77. §. 27. D. de Legat. 2. Ita ordo noſter menſe Decemb. 1719. *Wernher* in ſelect. obſ. for. Tom. 2. Part. 6. obſ. 484. p. m. 119.

In dem angefügten, unter ſeinem Vorſitz im Dec. 1719. ertheilten Reſponſo JCtorum Vitembergenſium iſt *NB.* gegen den *Interrogantem*, ſogar in caſu *tacitæ* prohibitionis, pro *femina*, deficientibus maſculis, in fideicommiſſum familiæ admittenda, alſo geſprochen:

„Die-

„Dieweil aber dennoch mit denen Fideicom-miſſis familiæ, dergleichen gegenwärtig vorhanden, es dieſe beſondere Bewandtniß hat, daß darunter eine *tacita* prohibitio alienationis verborgen; — hiernächſt recentioribus temporibus ex Conſtit. Juſtin. mit der Veräußerung bey denen Fideicommiſſis es überhaupt weit genauer, als vor dieſem, genommen wird; „abſurdum enim „& irrationibile viſum eſt, rem illam, „quam quis in ſuis bonis pure non poſſi-„det, ad alios poſſe transferre, & alie-„nam ſpem decipere“ ait Imperator in L. fin. §. 2. C. Com. de Legat.

Adeo, ut, licet fideicommiſſi familiæ dominum heres conſequatur, hoc tamen, ex natura fideicommiſſi, ita reſtrictum ſit, ut nequeat rem alienare. —

NB. Im übrigen **heutiges Tages eine ausgemachte Sache**, quod, ſi agnatus heres inſtitutus non paruerit voluntati, ſed bona extra familiam alienaverit, *hi ſtatim* admittantur ad fideicommiſſ. *qui alias, re non alienata, in fideicommiſſum demum proxima ſucceſſiſſent.* L. 69. §. 3. D. de Legat. 2. L. 77. §. 27. D. eod. &c. &c.

So iſt auch in Anſehung des darauf haftenden fideicommiſſi **die von Ew. ꝛc. alleinig beſchehene Veräußerung beſagter Güter für beſtändig nicht zu achten.**

Knipſchildtii deſſen Requiſitum expreſſæ Prohibitionis dahier vorhanden iſt.

§. 12. Der Auctor Claſſicus in dieſer Materie *Knipſchildt* de fideicommiſſ. famil. Cap. VI. n. 375 - 377. hat zwar jene Lehre auf den Fall expreſſæ prohibitionis eingeſchränket. Hier jedoch, wo die Veräußerung **ausdrücklich** verboten iſt, ſtehet dieſe Einſchränkung nicht im Wege, ſondern tritt in ſeiner Anwendung, was Knipſchild gelehret:

> Obſervandum hic venit, quod fortior ſit prohibitio alienationis *expreſſa* ab homine facta, quam *tacita* — & hi pluribus inter ſeſe differant, veluti (I.) quod ſi contra *expreſſam* alienationem prohibitionem alienatio fiat, ipſa *ſtatim* ipſo jure ſit nulla per L. 88. §. 15. D. de Legat. 2. &c. & vocatus ſive fideicommiſſi ſucceſſor *ſtatim* admittatur. Quod ſecus eſt in alienationis prohibitione *tacita*, quam interim ad mortem alienationis valere & eo mortuo demum in ſucceſſorem transferri tradit Rol. a Valle —. Atque ita, ſi *expreſſe* alienatio prohibita, *ſtatim ſecuta alienatione*, a ſucceſſore res alienata revocari poteſt, per L. 69. §. 3. D. de Legat. 2. &c. in *tacita* vero prohibitione exſpectanda ſit mors alienantis. L. fin. §. 3. C. commun. de Legat.

Die Exceptio prohibitionis, non per ultimam volunta-

§. 13. Eben dieſer Auctor Claſſicus in der Fideicommiß. Materie hat zwar dieſe Lehre in Cap XI. n. 13 - 17. noch

tem, nec per legem, ſed per pactum vel contractum factæ

17. noch eingeſchränkter alſo vorgetragen:

Adeo autem fideicommiſſi alienatio prohibita eſſe intelligitur, ut, ſi heres gravatus rem fideicommiſſo ſubjectum ſciens alienet, *dolo id feciſſe præſumatur* & invalida ſit alienatio, *ita quidem*, ut ſi alienationis prohibitio fuerit facta expreſſe *per ultimam voluntatem*, vel *a lege*; alienatio ipſo iure ſit nulla, nec dominium transferat, quia *voluntas teſtatoris pro lege habetur*, alienatione autem contra *legis* prohibitionem facta dominium non transfertur — &, ſi alienatio *in extraneum* ſit facta, proximus agnatus & fideicommiſſi ſucceſſor rem alienatam ab emtore *ſtatim revocare & vindicare poſſit, nec mortem alienationis exſpectare teneatur; ſi vero per modum contractus vel pacti* facta ſit prohibitio, alienatio dominii translationem non impediat, ſed actionem ad intereſſe, ſive rei æſtimationem vel ad pœnam, ſi quæ adjecta fuerit, pariat. — Cuius diverſitatis ratio hæc eſſe videtur, quod pactum non poſſit *rem* adficere, ſed tantum *perſonam* & *actionem tantum perſonalem* producat, & quod per pactum alienatio in perpetuum prohiberi nequeat. — Et facit, quod major effectus prohibitionis eius, quæ fit a teſtatore vel lege, quam quae fit per pactum vel contractum.

Da

Da nun in gegenwärtigem Falle der Paviſche Tractat von 1329. worin die Veräuſſerung ausdrücklich verboten iſt, keine **letzte Willensverordnung**, ſondern ein **Pact** oder **Contract** iſt; ſo ſcheinet jene Lehre von der Nichtigkeit der Veräußerung des Fideicommiſſi und deſſen gleichbaldiger Heimholung anhero nicht anwendbar.

iſt auf bloße pacta oder contractus abſque reſervatione juris in re zu verſtehen, und kann bey dem ausdrücklichen Vorbehalt der Erbfolge-Gerechtſame verſehenen,

§. 14. Allein es iſt in dem Theilungs-Tractat von Pavia bey dem ausdrücklichen Verbot der Veräußerung **das Recht wechſelſeitiger Erbfolge ausdrücklich vorbehalten**; der Unterſchied aber des per modum pacti vel contractus geſchehenen ausdrücklichen Veräußerungs-Verbots in Abſicht auf des nächſten Stamm-Vetters gleichbaldige Heimholung darin gegründet, wenn bey der bedungenen Nichtveräußerung kein jus in re bedungen iſt. **Knipſchild** ſelbſt l. c. n. 29. giebt dieſe Erklärung:

Nos de eo caſu loquimur, ubi paciſcens *nullum jus ſibi reſervavit.*

in vim ſtatuti gentilitii und als ein Haus-Grundgeſetz mit Kayſerl. u. Churf. Autorität errichteten Erbtheilungs- und Erbfolgs-[illegible]trag von

§. 15. Ueberdem iſt wohl kein Zweifel, daß der Erbtheilungs-Tractat von 1329. als ein pactum ſucceſſorium vim *ultimae voluntatis*, und, da er mit des Kayſers und ſämtlicher Churfürſten Bewilligung errichtet worden, als ein Pfalz-Bayeriſches

1329. nicht Statt finden. riſches Haus-Grundgeſetz vim *legis* habe, folglich das darin enthaltene ausdrückliche Verbot der Veräußerung nebſt dem, bey damaliger Geſchlechts-Theilung ausdrücklich bedungenen Vorbehalt der Erbfolge und ſelbſt der actioni revocatoriae in den Worten: **Und ob wir unſer teil oder unſer erbe das befaren, ſo ſoll vnſer Land vnd Leut vnſerm Vetter dem Kayſer vnd ſein Kind warten, gehorſam und beholfen ſeyn,** einer Veräußerung alle rechtliche Würkungen entzogen und der Erbfolge ihre rechtliche Würkungen gegen ſothane nichtige Veräußerungen verwahret habe.

Nach der Lehre Samuel Stryks kann in gegenwärtigem Falle auch das Remedium poſſeſſorium interdicti quorum bonorum Fideicommißerben angedeihen.

§. 16. Weil der Pfalz-Bayeriſche Erbvertrag von 1329. ohnſtreitig ein Fideicommiß enthält, ſo iſt der Fideicommiß-Erbe berechtiget, aus demſelben das *remedium poſſeſſorium* interdicti quorum bonorum anzuſtellen:

Viſis hactenus remediis petitoriis, quae pro Fideicommiſſorum perſequutione jure prodita ſunt, jam in ordine ſequuntur *Remedia poſſeſſoria*, inter quae (1.) *Interdictum quorum bonorum* eminet. Quod quoniam cuique vero in haereditate ſucceſſori competit: L. 1. C. quor. bonor. ſane Fideicommiſſario quoque univerſali utiliter conceditur. *Stryk* de ſucceſſ. ab inteſt. Diſſ. VII. §. 27.

§. 17.

ohne die Reſtitutionem fideicommiſſi abzuwarten,

§. 17. Er füget zwar hinzu: Reſtitutionem tamen hereditatis vel verbalem vel legalem prius interveniſſe neceſſum eſt, uti diſponitur in L. 2. C. quor. bonor. Er ſelbſt aber hat ſchon vorhin §. 4. die Ausnahme von dieſer Regel gelehret, daß es der Reſtitution nicht bedürfe, wenn der Erbe das Fideicommiß ganz oder zum Theil veräuſſert habe.

Aliquando ipſa lex, nullo interveniente facto hominis, reſtitutionem induit, veluti 4) *ſi heres alienaſſet bona quaedam. Fuſar.* de ſubſtitut. fideicomm. quaeſt. 603. n. 9.

6) *Si omnia bona, fideicommiſſo ſubjecta, alienata fuerint*, quia quum heres *per talem alienationem a ſe abdicavit reſtituendi facultatem*, reſtitutio facta fingitur, ut tradunt *Guido papae* Dec. 601. *Grivell.* Deciſ. Dolar. 52. n. 38. *Sande* in Deciſ. Friſic. L. 4. tit. 5. def. 13.

Contra tertium poſſeſſorem, titulo a jure improbato, poſſidentem.

§. 18. Wiewohl auch das Interdictum quorum bonorum ſo wenig, als die hereditatis petitio, contra *titulo poſſidentem* ſtatt findet. *Stryk* l. c. §. 28.

So mag dennoch derjenige Jnhaber für einen rechtlichen Beſitzer nicht geachtet werden, welcher durch eine in dem Haus-Grundgeſetze ausdrücklich verbotene Veräußerung unter dem Namen eines Vergleichs den Beſitz erlanget hat. Fideicommiſſarius non poteſt de re fideicommiſſaria

ria tranſigere per L. 3. pr. et §. 1. D. de transact. L. 5. §. 1. D. de Adpellat. De bonis alienari prohibitis non valet transactio, & qui prohibetur alienare; prohibetur etiam tranſigere. L. 4. C. de praed. & al. reb. min. Eſt enim transactio ſpecies alienationis L. 1. §. 1. D. de offic. Caeſ. *Knipſchildt* de fideicommiſſ. fam. Cap. XL. n. 90. 91.

Alienatio, quae fit per transactionem, non eſt neceſſaria, ſed voluntaria, quum nemo invitus tranſigere teneatur, ſed, ſi de re fideicommiſſaria lis moveatur, haec per judicem ſopiri & decidi poſſit. Ex quo etiam colligitur, eorum ſententiam non eſſe recipiendam, qui ſtatuunt, quod de rebus fideicommiſſariis et aliis alienari prohibitis non ſit licita transctio, quando certum eſt, bona eſſe fideicommiſſaria, vel poſſeſſori competere, ſecus vero, ſi dubium ſit, an bona iſta fideicommiſſo ſint ſubjecta et alienari prohibita, ita, ut hoc caſu transactio licita ſit, ſicuti ſtatuit Socin. Conſil. 27. n. 30. lib. 3. Ex hac enim ſententia ſequeretur, quod de rebus fideicommiſſariis et alienari prohibitis, ſemper tranſigere liceret, quum transactio fieri non poſſit, niſi de re dubia et incerta. *Knipſch.* l. c. n. 98. 99.

Valida quidem et licita cenſetur transactio de re fideicommiſſaria, ſi ea non diminuendi ſive alienandi cauſa, ſive ita fiat, ut fideicommiſſum vel *ejus pars aliqua* ad adverſarium transferatur, ſed ſi decidendi tantum cauſa, ſive ita tranſi-

gat

gat, ut tranſigens fideicommiſſi poſſeſſor rem fideicommiſſariam ſibi retineat, &, data aliqua pecunia, a lite ſe liberet per L. 33. C. *de transact.* Non enim alienat, qui ex cauſa transactionis rem apud poſſeſſorem relinquit. L. 33. C. *de transact.* *Knipſch.* L. c. n. 103. 105. Im gegenwärtigen Falle aber iſt in dem Vergleich ein groſſer Theil der Stammgüter veräuſert, und der Vergleich nichts als Veräußerung, und vielmehr Verſchenkung, als Vergleich; dergleichen zum offenbaren Nachtheil des Fideicommiß-Erben gereichende Handlung ohnſtreitig verboten iſt. Es trit alſo dahier in ſeine Anwendung, was *Strykius* de ſucceſſ. ab inteſt. Diſſ. VII. C. IV. §. XI. n. 2. lehret

Quoad poſſeſſorem tertium diſtinguitur, an ille *ſine* - an vero *cum titulo* poſſideat; et ſi *hoc*, an titulus *a jure* ſit *improbatus*, an adprobatus. Si poſſeſſor *ſine titulo* poſſideat, pro poſſeſſore, uti invaſor, poſſidet, convenienter hac actione tenebitur, veluti in petitione hereditatis directa juris eſt. L. 11. §. 1. et L. 13. pr. D. de hered. petit.

Cujus omnia quae habeat, huic obliquae adcommodantur. L. 2. D. de fideicommiſſ. heredit. petit.

Si cum titulo, ſed qui a jure ſit improbatus, adhuc pro poſſeſſore poſſidet, ne titulus ille ſufficit. L. nec ullam. 13. §. 1. D. de petit. heredit.

§. 19.

Womit auch die Lehre J. H. Böhmers übereinſtimmet.

§. 19. Womit auch *Boehmer* de actionibus Sect. 2. c. 3. §. 15. übereinſtimmet, indem er lehret:

> Ipſe autem poſſeſſor in quem translata eſt poſſeſſio, *per interdictum* compellendus eſt, ut poſſeſſione decedere cogatur. L. 1. §. 2. D. ſi ventr. nom. mul. *)
>
> et ita hodie *mandata poenalia* contra eum petenda ſunt.

Er hat nemlich bey den Worten:

> Quod ſine dubio eſt *quorum bonorum*. Nam in quam *doloſe* translata eſt poſſeſſio, pro poſſeſſore proſſidet, et ſucceſſor jure hereditario innititur.

Welches *Knipſch.* l. c. Cap. XI. n. 13. mit der Anmerkung auf den gegenwärtigen Fall anwendbar macht:

> Adeo autem fideicommiſſi alienatio prohibita eſſe intelligitur, ut, ſi heres gravatus

*) Die Worte Vlpiani in dieſem Geſetze ſind bey dem Falle, wovon hier die Frage iſt, ſehr beträchtlich: neceſſario praetor adjecit: *ut, qui per dolum venit in poſſeſſionem, cogatur decedere;* coget autem eum decedere, non praetoria poteſtate, vel manu miniſtrorum; ſed *melius* et *civilius* facit, ſi eum *per interdictum* ad jus ordinarium remiſerit. Hingegen *Brunnemannus* ad hanc legem. in Summar. n. 3. lehret: Poſſeſſor *manu militari* expelli poteſt.

tus rem fideicommiſſo ſubjectam ſciens alienet, *dolo id feciſſe praeſumatur.*

Nach dem Zeugniß Heringii erkennet das Reichs-C. Gericht in ſolchem Fall mandat. S. C. wider den, von dem- und wider den, an welchen die Veräuſſerung geſchehen iſt, dahin, daß alles in vorigen Stand hergeſtellet werde. Nach Moſers Bericht erkennet auch der Reichs-Hofr. mandata S. C. inhibitoria et caſſatoria gegen vorſeyende oder vollbrachte verbotene Veräuſſerungen eines Stamm- und Fideicommiß-Guts, auch wohl ſub poena amiſſionis Dominii

§. 20. Daß in ſolchem Falle bey denen Reichsgerichten *Mandata ſine Clauſula* erkannt worden, hat *Hering* de fidejuſſoribus Cap. 1. n. 95. p. 14.

Quod ſi fideicommiſſi poſſeſſor vel alius agnatus bona fideicommiſſo ſubjecta alienata tentaverit, *in Camera imperiali mandata ſine clauſula* de non alienando impetrari poſſunt.

Nicol. Betſius de pact. famil. illuſtr. Cap. 4. fol. 60. Unde etiam ante aliquot annos ad impetrationem Caroli et Marquardi von Freyberg zum Eyſenberg, fratrum, contra Ludovicum Ducem Wirtenbergenſem & Leonem von Freyberg 30. Aprilis an. 1590. in *Camera imperiali* emanavit *Mandatum inhibitorium ſine clauſula*, quo dicto Duci ac Leoni von Freyberg injungebatur, ne per attentatam alienationem arcis Neidlingen quidquam contra teſtamentum quondam Eberh. von Freyberg, patris ſui, molirentur, ſed *omnia in illo ſtatu relinquerent, quo teſtator ſemper illa eſſe et manere ordinaverat, et, ſi quid contra factum eſſet, ſtatim illud*

illud ipſum infectum redderent et annihilarent.

In *Gylmanni* Symphorem. Tom. 2. part. 3. tit. 12. p. 258-259. findet ſich ein vom Kayſer Rudolph II. am R. Cammergericht unterm 3ten Jänner 1592. in Sachen S. S. contra A. F. et Conſort. ergangenes Mandat ſine Clauſula, worin unter andern enthalten iſt:

Daß auf Supplicanten, als die nächſte Agnaten und Lehns-Erben, nach Abſterben weyl. O. S. S. ihres freundlichen lieben Vettern Patruelis, der adliche Sitz P. genannt, daſelbſt in H. S. gelegen, als ihr väterlich ungezweifelt Stammlehen — gefallen, daſelbſt auch, ſo viel das Dominium utile und Poſſeß betrift, jure proprie acquirirt und erlangt — daß ihr ſo viel erpractiſiret habet, daß ihr ohnlängſt H. von S. zu C. dahin gebracht, daß er durch einen unter euch getroffenen vermeinten Kauf das Guth P. an ſich zu bringen im Werk und Fürhabens ſeye, und, obwohl Supplicanten, alsbald ſie deſſen in Erfahrung kommen, ſowohl dem angemaßten Käufer, als auch, Verkäufern Conditionem iſtius praedii — durch Notarien und Zeugen gebürlich zu erkennen geben und dawider proteſtiren laßen; ſo thut ihr doch nichts deſtoweniger auf euern unbefugten Fürnehmen ſteif und feſt beharren, alles allein in der Meynung, durch

ſolche expractiſirte geſchwinde Alienanation den Suplicanten — alle Wege und Thüren zu ſolchem ihrem verfallenen Lehen zu verſperren und zu verſchließen, oder zum wenigſten *difficiliorem ejus recuperationem et inextricabiles lites* zu machen. Wenn aber — ſolches *exemplum perniciosum nullo jure* juſtificiret werden kann — in welchen Fällen vermöge der Rechten und Reichs-Ordnung lib. 2. tit. 23. a praecepto *executorio* wohl angefangen und *Mandat S. C.* erkennet werden kann: Solchemnach — wollen, daß ihr fürohin euch obberührter und allem andern des Guths P. bis zu rechtlichem Austrag und Erörterung der Sachen — gänzlich entäußert, abthut und enthaltet ꝛc.

In Moſers Einleitung zu dem R. H. R. Proceß Th. 1. Cap. 2. §. 79. S. 141. iſt ein in Sachen von Crailsheim contra von Crailsheim die verbotene Alienation des Stamms- und Fideicommiſſariſcher Eigenthums bey Thann ꝛc. betreffend, bey Kayſ. R. Hofrath unterm 12ten Julii 1714. erkanntes Mandatum inhibitorium et eventualiter *caſſatorium* de non alienando bona, pro conſervatione familiæ conſtituta, extra familiam — angeführet, und bezeuget, daß in Sachen von Künſperg contra von Künſperg am 31ſten Jan. 1713. beym R. H. Rath ein gleiches Mandatum S. C. und zwar *ſub poena amiſſionis Dominii* erkannt ſeye.

§. 21.

Von dem K. Böhmiſchen ohneingeſchränkten Erwerbungsvorrecht, kann vermöge eines beſondern von Carl IV. für ſich und ſeine Erben, nicht nur, ſondern auch für alle ſeine Nachfolger im Beſitz des Königreichs Böhmen, ertheilten Verſicherung gegen Pfalz-Bayeriſche Lande kein Gebrauch gemacht werden; wenn auch ſothanes Vorrecht den Mangel der Einwilligung von den Mitbelehnten und Fid. Comm. Erben ſo, wie von dem Reichslehenherrn, erſetzen könnte.

§. 21. In der güldenen Bulle Cap. X. §. 2. hat zwar Kayſer Karl VI. der zugleich König in Böhmen war, die Verordnung zu ſtande gebracht:

Statuimus praeterea — quod futuris perpetuo *Bohemiæ Regibus* hac noſtra imperiali Conſtitutione et gratia perpetuo valituris a *quibuscunque* Principibus, Magnatibus, Comitibus ac perſonis aliis, *quascunque* terras, caſtra, poſſeſſiones, praedia ſiva bona liceat emere, comparare, ſeu in donum vel in donationem, ex *quacunque* cauſa, aut in obligationem recipere, ſub talium terrarum, caſtrorum ſeu bonorum conditione conſueta, ut videlicet propria libera velut libera, ea, quae dependent in feudum, ſimiliter emantur in feudum, ſeu comporata taliter teneantur.

Wenn aber auch dieſes im J. 1356, — vorzüglich den Königen in Böhmen verliehene, und im §. 3. ſämtlichen Churfürſten mitgetheilte ohneingeſchränkte Vorrecht der Erwerbung ſich **auf alle Lehen- und Stamm-Güter ohne Ausnahme** ſo weit erſtrecken ließe, daß ein König in Böhmen und jeder anderer Churfürſt

ſelbige nicht allein ohne des Lehensherrn, ſondern auch ohne derer **Mitbelehnten Stammvettern und ohne derer Fideicommiß-Erben Einwilligung** auf alle nur erſinnliche Weiſe an ſich bringen dürfte: ſo würde dennoch dieſe ohneingeſchränkte Freyheit im gegenwärtigen Falle die Ausnahme finden, welche ſelbſt Kayſer Carl IV. als König in Böhmen für ſich und ſeine Leibeserben nicht allein, ſondern auch für alle ſeine **Nachfolger im Königreich Böhmen im J.** 1378. gemacht hat, indem er ſich und alle ſeine Nachfolger im K. Böhmen gegen ſämtliche Pfalzgrafen beym Rhein und Herzoge in Bayern verpflichtet hat, in Anſehung ihrer Fürſtenthümer und Landen das 9te Gebot ſo gewiſſenhaft und ſo genau zu beobachten, daß er und ſie nicht nur, nicht mehr darnach ſtehen und ſich darum bewerben — ſondern auch ſogar in dem Falle, wenn ihm, oder ſeinen Nachfolgern, ein Theil dieſer Lande und Leute freywillig und ungezwungen ſich ergeben würde, ſie ſelches nicht annehmen ſollten. Es iſt dieſer merkwürdige Vertrag jüngſthin zu München in Verlag Joh. Nep. Fritz, nächſt dem Schönenthurm, mit den **Anmerkungen über die unpartheyiſchen Gedanken eines Ungenannten wegen verſchiedener Fragen in der Baieriſchen Succeßions-Sache, beſonders über das 4te Hauptſtück die Bömiſche Lehen in der Ober-Pfalz betreffend,** zum Vorſchein gekommen. Die Worte der anhero gehörigen Stelle lauten alſo:

. . . . — für

— für Uns, und unſere Erben und Nachkommen die unſere Königreiche, Fürſtenthümer, Herrſchaften und Erbe beſitzen werden — daß ſie, ihre Erben und Nachkommen ymmer ewigklichen nach Iren Fürſtenthumen und Herrſchaften mit Namen der Pfalz bey Reyn Iren Landen zu Obern und NB. NB. Nieder-Bayern, zu Schwaben, zu Franken und zu Görze und auch nach Ir aller und Ir jegliches Fürſtenthumen, Herzogthum — die ſie jezund haben oder noch gewinnen, mehr ſtehen noch werben ſullen, noch die, zu uns ziehen oder uns unterwinden in keine Weis — Und were es Sache, daß jemant in künftigen Zeiten nach Iren Fürſtenthumen, Herrſchaften, Landen, Pfandſchaften, Leuten oder Gütern, die ſie haben und gewinnen, ſtund würde oder ſich der überwinde, dem oder den ſullen und wollen wir unſer Erben und Nachkommen, die unſer Königreiche, Fürſtenthumbe, Herrſchaften und Erbe beſitzen werden, darzu nicht beholfen ſeyn in keine Weiſe, und ob ſich Eine Ire Fürſtenthum Herrſchaft, Stette, Schloße, Lande, Pfandſchaften oder Leute — mit gutem Willen an Uns, Unſe Erben und Nachkommen — — — ergeben oder halten wollen, dieſelben — — — ſollen „Wir, unſer Er„ben und Nachkommen nicht innehmen,

 „noch

„noch zu Uns ziehen, oder Uns der under-
„winden.„

Das Privilegium Auſtriacum v. 1228. iſt nicht ſo ohn-eingeſchränkt, daß ſolches dem Einſpruch derer Mitbelehnten und Fideicommiß-Erben, zumal in poſſeſſorio, entgegen geſtellet werden könnte.

§. 22. Die — in den ſo betitelten Unpartheyiſchen Gedanken Hauptſtück IX. §. 6. S. 137. angezogene von dem Römiſchen König Heinrich im J. 1228. dem Herzoge Leopold zu Oeſterreich ertheilte Erwerbungs-Freyheit iſt nicht in einem Reichs-Grundgeſetze, wie vor angeführtes Königliches Böhmiſches und allgemeines Churfürſtl. Vorrecht, und nicht gleich demſelben ſo ohneingeſchränkt gefaſſet, daß jemand auf den Gedanken fallen könnte, als ob ſolches nicht allein des Lehen-Herrn, welcher dieſe Begnadigung ertheilet hat, ſondern auch derer Mitbelehnten und Fideicommiß-Erben Einwilligung zu suppliren vermöchte. Ohnehin würde die Frage: ob dieſes dem erloſchenen Babenbergiſchen Hauſe Oeſterreich ertheilte Privilegium auf das jetzige Habsburgiſche Lothringiſche erſtrecket werden möge? ins Petitorium ſo tief einſchlagen, daß es gegen die ohnzweifelhafte Rechte in poſſeſſorio interdicti quorum bonorum, contra tertium poſſeſſorem, titulo, legibus improbato, poſſidentem, nicht in Betracht kommen könnte.

Der Beſitz derer in Anſehung ihrer altväterlichen Stam̃-Lehens-

§. 23. (IV.) Der Beſitz derer — in Anſehung ihrer altväterlichen Stammlehen zweifelhaften Güter iſt, bis zu ausgemachter Sa-

che,

che, nicht dem **Lehens-Herrn**, ſondern den **Lehens-Vettern** zugebilliget in II. F. 26. pr.

Eigenſchaft zweifelhaften Güter bis zu ausgemachter Sache iſt nicht dem Lehens-Vetter, in denen Lehenrechten zugeeignet.

Si de feudo defuncti militis ſit contentio inter Dominum ex agnatos defuncti, Domino *novum* feudum, Agnatis vero *paternum* eſſe contendentibus, *agnati in poſſeſſione feudi*, de quo quaeritur conſtituendi *ſunt. Eo facto*, ſuper principali quaeſtione cognoſcendum eſt &c.

Wo aber zwiſchen dem **Stamm-Vetter** und dem **Allodial-Erben** der Streit iſt, und der Zweifel darin beruhet, ob es Lehen oder Erbe ſey; kommt dem Allodial-Erben der Status poſſeſſionis, denen Rechten nach, zu ſtatten; wie bereits oben §. 1. ad (I.) aus II. F. 26. §. 1. dargeleget iſt.

LXXX Nachtrag zur Seite 103. (ſ. Seite 265. ff. d. Th.) der Königl Preußiſchen Beantwortung der Maaßregeln des Kayſerl. Königl. Hofes. Berlin, im Jenner 1779. *)

Das Erb- und Lehnfolge-Recht der Pfalzgrafen und Herzoge in Bayern Rudolphiniſcher Linie auf die Bayeriſche Succeßion, iſt vermöge der, Herzogen Ludwig I. vom Kayſer

*) Auf dem Reichstage iſt dieſer Nachtrag den 16 Febr. d. J. diſtribuiret worden.

Otto Ao. 1208. ertheilten Belehnung, der Gemeinſchaft des Geblüts und Eigenthums und der Haus- Erb- Fideicommiß und Succeßions-Verträge und der darin Reichs-Geſezmäßig feſtgeſtellten Erbfolgs-Ordnung, auch der ſeit Ao. 1568 und 1578 in dem Pfalzbayeriſchen Geſamt-Hauſe eingeführten Fideicommiß-Primogenitur, ſo gegründet und ohnſtreitig, als die von dem Erzhauſe Oeſterreich darauf gemachte Anſprüche unbillig, ungerecht, unzegründet, und in ihren Abſichten und Folgen für das Wohl des Pfälziſchen Hauſes und die Freyheit des deutſchen Reichs gefährlich ſind. Um dieſe Gefahr der Aufmerkſamkeit der Reichs-Stände zu entziehen und der offenbahren Anmaſſung den Anſtrich einer gerechten Handlung zu geben, wurde eine veraltete, bey dem Ao. 1503. erfolgten Abgang der Nieder-Bayeriſchen Linie, bey dem doch K. Maximilian I. alle Anſprüche des Hauſes Oeſterreich geltend zu machen gewuſt, nicht zum Vorſchein gekommene, auf den Namen K. Sigismunds ausgeſtellte Belehnung vom 11ten Merz 1426. hervorgeſucht und in der, mit Uebergehung des nachfolgenden Herrn, mit dem Herrn Churfürſten zu Pfalz unterm 3ten Jenner 1778. errichteten, erwieſenermaaßen erzwungenen Convention zum Grund gelegt. Weil aber ſolche ihrer Natur nach ungültig und der Reichs-Verfaſſung damahliger Zeiten offenbar widerſprechend war; So hat man eine in der Convention nicht gedachte vom 21ſten März 1426. datirte Theidigung, vorzüglich aber die will-

willkührliche Behauptung, daß die, zwiſchen Ottens Nachkommen Herzogen Ludwig und Heinrich, Ao. 1255. geſchehene Vertheilung ihrer Lande, eine **Todtheilung** geweſen ſey, zu Hülfe gerufen, um vermöge künſtlich entlehnter Grundſätze und mit Zwang daraus gezogener irrigen Folgerungen, gedachte nichtige Belehnung zu unterſtützen. Daß die beyden gedachten Urkunden großen Zweifeln und Widerſprüchen unterworfen, wenigſtens den Geſetzen, der Reichsverfaſſung damahliger Zeiten, und aller Wahrſcheinlichkeit widerſprechend ſind, iſt bereits hinlänglich, *) aber noch überzeugender die Ungereimtheit der vorgemeldten willkührlichen Behauptung, daß die gedachte Theilung vom Jahr 1255 eine Todtheilung ſey, in der **Königl. Preußiſchen Beantwortung des Wiener Hofs** S. 103-107 (ſ. Th. V, S. 269. ff. erwieſen.

Man hat dieſelbe ſo dreiſt der Welt vorgeleget, weil man zu Wien wuſte, daß die Theilungs-Urkunde in dem Müncher-Archiv nicht vorhanden ſey. Es haben ſich aber aus den nach und nach vorgefundenen Urkunden, ſolche wichtige Beweiß-Gründe entdeckt, wodurch dieſe falſche Hypotheſe mit ihren irrigen Folgerungen gänzlich widerlegt worden. Auſſerdem hat ſich erſt kürzlich in dem Archiv zu München, die Ur-

*) S. Abfertigung der Beantwortung des Nachtrags p. 38-40. (ſ. Th. IV. S. 532 u. ff.)

Urſchrift eines ſolennen zwiſchen den Herzogen Ludwig und Heinrich unterm 20ten Nov. 1278. errichteten auf vorgedachte Theilung ſich beziehenden, eidlich beſchwornen und vom Kayſer Rudolph Ao. 1281. beſtätigten Vergleichs und brüderlicher Einigung vorgefunden, welche zwar vorhero ſchon in deutſcher Sprache bekannt in der lateiniſchen aber, worin ſie abgefaſt, durchgängig ſo klar und entſcheidend iſt, daß dadurch die gegen die beygebrachten unumſtößlichen Beweißgründe, auf eine verkehrte Art eingeſtreuten Behelfe und Einwendungen gänzlich entkräftet werden und der Grund-Pfeiler mit dem darauf gebauten Erwerbungs-Syſtem völlig über dem Haufen geworfen iſt.

Da es ein für allemal darauf angelegt iſt, den Chur- und Fürſten des Reichs ihre uralte Rechte zu beſchränken und nichts gelten zu laſſen, was eine Fürſtliche Familie unter Sich wegen des Beſitzes ihres unbezweifelten Stamm-Guts und Erbeigenthums vor Veranſtaltungen trift, es ſey dann, daß ſolches unter den Augen des Kayſers und mit deſſelbigen Genehmigung geſchähe; So ſieht man ſich um ſo mehr genöthigt, dieſe wichtige Urkunde den Höchſt und Hohen Reichs Mitſtänden und der unpartheyiſchen Welt am Ende dieſes Nachtrages, mittelſt der lateiniſchen Urſchrift, ganz vor Augen zu legen, als dieſelbe nicht bloß das erdichtete Syſtem der Todtheilung, ſondern auch die in den Wiener Schriften ſo häufig vorkommenden

gefähr-

gefährlichen Sätze widerlegt; wornach man aus der ganzen deutſchen Reichs-Verfaſſung ein bloſſes Lehn-Syſtem machen und durch daraus formirte irrige Folgerungen, die Rechte der Fürſten, die ſie ſowohl von Ihrer Geburt, als in Abſicht auf ihre Stamm-Güter haben, und welche älter, als die deutſche Lehnbarkeit ſind, unter dem Nahmen der lehenbaren Würden und Landen mitzubegreiffen, verfolglich unwirkſam zu machen und der Kayſerl. Hoheit und Willkühr unterwerfen will.

Es iſt aus der Geſchichte bekannt, daß nach Otten dem Erlauchten, deſſen beide Söhne von 1253-1255. ihre ſämtliche in der obgedachten Kayſerl. Belehnung von 1208. Ihnen und und Ihrer Nachkommenſchaft auf ewig verſicherte Erb- Lehn- und Stammgüter in Gemeinſchaft beſeſſen und regiert, im letztern Jahre aber, wegen des erſtern ſtrengen und des andern unruhig und zänkiſchen Charakters, dieſelbe unter ſich, (wahrſcheinlich unter Vermittelung der Landſtände) vertheilt. Hiedurch wurde zwar der Streit über die jedem Theil zukommende Nutzungen und Landes- Einkünfte, aber nicht die Zwietracht der Brüder gehoben. Im Jahr 1256. concurrirten beide Brüder bey der Wahl K. Richards, und durch den zu Freyſingen im Febr. 1262. errichteten Vertrag, ſuchten Sie die Theilung ihrer altväterlichen Güter näher zu beſtimmen; allein bey Gelegenheit der erfolgten Kayſer-Wahl, da H. Ludwig, Rudolphen

dolphen von Habspurg, H. Heinrich aber dem K. Ottocar von Böhmen anhieng, wurde die Verbitterung ſo vermehrt, daß letzterer, um erſtern zu kränken, verlangte, daß dieſer ſich nur Pfalzgraf bey Rhein ſchreiben, Er aber allein Herzog in Bayern heiſſen wolle, obgleich H. Ludwig in der Theilung von 1255. ganz Ober-Bayern zu ſeinem Antheil bekommen hatte. Nach einer dritthalbjährigen Fehde, muſte ſich endlich H. Heinrich zufrieden geben und es wurde im Dec. 1278. zu Vilshofen obgedachter Vergleichs-Tractat errichtet, Inhalts deſſen: „Titel, Nahmen und Wappen und das Eigen„thum der väterlichen Erb-Fürſtenthümer und „Stamm-Güter, ſo wie die wechſelſeitigen Anſprü„che und Gerechtſamen des einen auf des andern „Theil vorbehalten und alles 22 Jahre unausge„übt und in Ruhe ſo lange bleiben ſolle, bis „es ihnen durch gemeinſchaftliche Einwilligung „und Einverſtändniß, eine anderweite Auskunft „oder Abtheilung zu treffen belieben würde, bis „dahin aber keinem Theil oder deſſen Erben „durch den bisherigen (vermöge der Theilung „von Ao. 1255. regulirten) Beſitzſtand irgend „einiges Nachtheil zuwachſen, oder eine Ver„jährung dargegen angeführt werden könne.“ Dieſe Urkunde iſt vom K. Rudolph I. 1281. förmlich bekräftigt, *) und die Ausdrücke der

Kay-

*) Zweybr. Vorlegung Beyl. N. 40. p. 165. (Th. IV. der Samml. S. 362.)

Kayſerlichen Confirmation ſind ſo bedeutend, als diejenige des Vertrags ſelbſten, weshalb ſie beyde wegen ihres merkwürdigen Inhalts und ihrer Folgen einer beſondern Zergliederung bedürfen.

Die beiden Brüder nennen Sich Comites Palatini Rheni, Duces Bavariæ und K. Rudolph in ſeiner Confirmation nennt und behandelt ſie eben ſo: noverit poſteritas, quod Ludovicus & Henricus fratres *Duces Bavariæ, Comites Palatini Rheni* principes noſtri chariſſimi — Sigilla prædictorum Ludovici & Henrici *Ducum Bavariæ* ſunt appenſa. Dieſes iſt wohl der ſtärkſte Beweiß für die Beybehaltung des Nahmen, Titel, und Wappen, und ein Argument von der größeſten Stärke gegen die Todtheilung, deſſen ſich H. Albrecht IV. in ſeinem Receß zu Augsburg 1504. vorzüglich bedient. Aus dieſer Urſach hat K. Carl IV. den Heſſen und Sachſen, bey Beſtätigung ihrer Erbverbrüderung, zu Feſtſtellung ihres gemeinſchaftlichen Erb- und Eigenthums-Rechts erlaubt und aufgegeben, einerley Panier und Wappen zu führen; *) und aus gleichem Grunde, wurden die Landgrafen von Heſſen im XV. Sæc. durch Philipp den Guten zu Burgund, von der verlangten Erbfolge in Brabant ausgeſchloſſen; weil von der Stunde an, da Sie aufgehört das Wappen von Brabant zu führen, auch ihr Erbrecht erloſchen. **)

Wer

*) S. Lünig R. Archiv. T. V. part. II. p. 4.
**) S. Buchenbecker Ann. Haſſiae T. I. p. 51.

Wer nur einigermaſſen den Kayſerlichen Canzley-Stiel kennt, weiß ſchon, daß man auf die Art, wie in gegenwärtiger Urkunde geſchehen, nur gegen Fürſten die in einer Stamm-Belehnung ſtehen, alſo auszudrücken pflegt.

In der Urkunde wird die Gelegenheit dahin angegeben: *jam diu* nobis diſſenſionis materia extitiſſet. Hieraus folgt, daß durch die Theilung von 1255. nicht aller, aus der vorhergegangenen zweyjährig gemeinſchaftlichen Regierung ſich entſponnener Streit und Irrungen beygelegt, ſondern ſolche nur eine Abtheilung der Einkünfte geweſen seyn. Daß der Gegenſtand des Streits und hiernächſt des Vilshofer Vergleichs, in ihren ſämtlichen Bayeriſchen Landen, und **Erbfürſtenthümern** beſtanden, ſolches beſagen die klaren Worte dieſes Vergleichs: controverſia habita ſuper *hereditariis principatibus noſtris* — omnis actio *principatus noſtros* contingens — die ſo entſcheidenden Ausdrücke: lis de principatibus hereditariis mota, die in der Kayſerl. Beſtätigung von 1281. wiederholet worden, hätten unmöglich gebraucht werden können, wenn eine Todtheilung geſchehen und die erbliche Qualität der altväterlichen Lande darinn aufgehoben worden wäre.

Eben ſo bedeutend ſind die unmittelbar folgenden Worte: ut omnibus d. i. beiden Fürſten, ihren Erben und Nachkommen *omnis* actio ſive impetitio *principatus noſtros contingens, ſalvo in omnibus jure,* ſopita maneat & quieſcat.

Wann

Wann Ao. 1255. eine Todtheilung geſchehen, wie iſt es möglich, daß 23. Jahre nachher die nemlichen Gebrüder ſich alle Rechte und Anſprüche wechſelſeitig, ein jeder mit des andern Theils Eigenthum ohne Ausnahme vorbehalten können: zumahl auf ſolche Art und Weiſe: ita, quod *neutri* in poſſeſſione vel preſcriptione *prejudicium* aliquod generetur ſed *jus* ſuum *unicuique noſtrum* & noſtris heredibus *illibatum* remaneat & *illeſum*. Wer bey ſolchen klaren Verordnungen annoch eine Todtheilung behaupten will, der muß der Vernunft, der Geſchichte, und dem Sprach-Gebrauch damaliger und aller Zeiten Hohn ſprechen. Dann todgetheilt ſeyn und gleichwohl durch eine förmliche Urkunde erklären, daß durch die Theilung, keinem der theilenden irgend einiges Präjudiz erwachſen, ſondern jedem mit ſeiner Nachkommenſchaft ſeine Rechte und Gerechtſamen auf des andern Theil feyerlich vorbehalten und in ihrer Kraft beſtehen bleiben ſollen, ſind unvereinbarliche Widerſprüche. Wann H. Heinrich und Ludwig ihre Erbfürſtenthümer ohne Vorbehalt einer wechſelſeitigen Erbfolge, gänzlich abgetheilt gehabt hätten, was konnten ihnen alsdenn, einem auf des andern Theil vor Rechte und Gerechtſamen übrig und beſtehen bleiben?

Der gegenwärtige Vilshofer Vergleich hat die Natur einer wahren Erbeinigung und wahren Hausvertrags, denn es heißt darinn: Contra-

tracta *unio* firma conſiſtat. Den Nachkommen wird die Auflage gethan, dagegen nicht zu handeln: heredes contra predictam compoſitionem & *fraternam unionem* nullo modo venturos & jura noſtra ſervaturos juraverunt. K. Rudolph I. ſagt in ſeiner Beſtätigung von 1281. Predicti principes & eorum liberi contra ordinationem et conventionem apud Vilshofen confectam nunquam venient — ſub pena proſcriptionis. Wie nun der Streit zwiſchen den beyden Linien von Ober- und Nieder-Bayern durch den Vilshofer Vergleich von 1278 vors erſte nur auf 22. Jahre, hiernächſt aber bis auf anderweitige Vereinigung ſuſpendiret worden, eine andere Vereinigung aber nicht erfolget, ſo iſt ſolcher Streit in der That bis auf Abſterben der Niederbayeriſchen Linie im J. 1340. vorbehalten und unentſchieden geblieben, darauf aber von ſelbſt erloſchen, als Niederbayern der Oberbayeriſchen Linie **von rechter Erbſchaft wegen** zugefallen, und dieſe die Pfälziſche zwar 1348. mit Gelde abgefunden, ihr aber nach ihrem Abgange die Erbfolge eingeſtanden und vorbehalten iſt, welcher Fall erſt jetzo nach Abgang der Bayeriſchen Linie eingetreten. Nicht minder merkwürdig iſt die angehängte Clauſul: Poſſumus tamen, quandocunque placuerit & utraque pars expedire viderit a bona voluntate et voluntario conſenſu cauſam prefatam *in totum* amicabiliter terminare. Sie verwahrt unter Kayſerlicher Garantie, das edle Kleinod der deutſchen Reichsfürſten und die ihnen, ſowohl

von ihrer Geburt, als in Abſicht auf ihre Stammgüter, nach der Reichsgrundverfaſſung, zukommende Befugniß, in Ihrer Familie unter ſich, wegen des Beſitzers Ihrer Stammgüter ſich zu vergleichen und Erbeigenthums Verordnungen zu treffen, und widerlegt auf eine unwiderſprechliche Art, die in verſchiedenen Schriften aufgeſtellten gefährlichen Sätze, welche man nicht nur gegen das Pfalzgräfliche, ſondern auch gegen das Churfürſtlich Brandenburgiſche Haus geltend machen will.

Aus dieſer durch die Bayeriſche Hausgeſchichte erläuterten brüderlichen Erbeinigung folgt nunmehr unwiderſprechlich:

1) Daß, da die Herzoge Ludwig und Heinrich, nach einer zweyjährigen gemeinſchaftlichen Regierung ihre Lande abgetheilt, das Inſtrument aber abhanden gekommen, bey dieſer Ungewißheit des wahren Innhalts, die Vermuthung allemal für eine Nutztheilung ſey, indem eine Todtheilung eines Reichslehnbaren Erblandes, worauf Chur- und Fürſtenſtimme haften, nicht vermuthet, ſondern nach den Geſetzen, von demjenigen, der ſolche behauptet, erwieſen werden muß. Daß aber die Theilung von 1255. nur eine diviſio adminiſtrationis & fructuum, ſalva communione jurium regalium, dignitatum, condominii et compoſſeſſionis civilis geweſen, erhellet aus den in den Jah-

ren 1261. 1262. *) und 1276. **) errichteten Verträgen und des Kayſer Rudolph Diplom von 1275. vorzüglich aber aus dem oftgedachten Erbeinigungsvertrag vom J. 1278. indem nach ſolchem

2) Titel, Namen und Wappen, mithin auch Würde und Regalien in Gemeinſchaft geblieben.

3) Ausdrücklich hier gemeldet wird, daß die Brüder ſchon lange, und zwar über ihre **Erbfürſtenthümer** ſtreitig geweſen, mithin durch die Theilung von 1255. der Punkt des Eigenthums in keine Wege abgethan war. Gegentheils

4) Sie durch dieſe neue Verträge, jeder das Eigenthumsrecht, Gerechtſame und Anſprüche für ſich und ſeine Erben, auf des andern in Anſehung der Nutzung abgeſonderten Theil vorbehalten, alſo und dergeſtalt, daß

5) durch

*) S. Gewolds Antitheſ. Beyl. lit. C. in repræſent. Reip. Germ. p. 441. Köllners Erb- und Stammfolge S. 16. ſqq. Vertrag d. d. Friſungen vom J. 1262. Non. Cal. Febr. heißt es: Bona *ambobus nobis* jure hereditario competentia.

**) Köllner l. c. p. 27. Vertrag d. d. Regenſpurg 1276. IV. Cal. Jun. der ſich anfängt: Conditor humani generis, worinn eine Menge Stellen vorkommen, die die Gemeinſchaft andeuten, und mit der erdichteten Todtheilung unvereinbarlich, zu extrahiren aber zu weitläuftig ſind.

5) durch den vermöge der Abtheilung regulirten Beſitzſtand, keinem Theil an dieſen ſeinen Gerechtſamen ein Präjudiz erwachſen, und nicht einmal dagegen die Verjährung angeführet werden könne. Es folgt ferner aus dieſen Urkunden, daß die deutſchen Reichsfürſten ganz unſtreitig die Befugniß gehabt, und nach der güldenen Bulle und Vorſchrift der Wahlcapitulation, noch haben, über den Beſitzſtand ihres Erbeigenthums und der Stammgüter unter ſich, ohne Zuziehung des Kayſers, Verordnungen zu machen.

Wenn man nun alle dieſe entſcheidende Umſtände, und dabey ferner in Ueberlegung zieht, was gegen das Todtheilungs-Syſtem des Wiener Hofes S. 103.-107. der **Gegenbeantwortung der Oeſterreichiſchen Maaßregeln**, und in den vorhergehenden des Königl. Preußiſchen, und Herzogl. Zweybrückiſchen Hofes Schriften ausführlich erwieſen worden, daß

6) Kayſer Otto im J. 1208. den Herzog Ludwig I. für ihn und alle ſeine **Erben**, folglich auch die Herzoge von Ober- und Nieder-Bayern und Pfalzgrafen, die von ihm in gerader Linie abſtammen, mit dem ganzen Herzogthum Bayern und allen dazu gehörigen Landen und Beſitzungen, einfolglich auch mit **Nieder-Bayern**, auf ewige Zeiten **eydlich beliehen**, durch dieſen nie aufgehobenen Lehnbrief dem Hau-

ſe Pfalz die Succeßion in ganz Bayern für beſtändig verſichert. Hiernächſt

7) eben ſo wie der Paßiv-Lehns-Nexus, alſo auch, vermöge eines im J. 1261. errichteten Vertrags zwiſchen Herzog Heinrich und Ludwig, der Activ-Lehns-Nexus geblieben und ſtipuliret worden, daß wenn von den Vorfahren vergebene Lehen heimfällig werden würden, ſolche alsdenn gemeinſchaftlich wieder vergeben werden ſollen; woſern ſie nicht gut fänden, auch dieſelbe in Anſehung des nutzbaren Eigenthums unter ſich zu vertheilen. Es blieb alſo der Lehnhof in Gemeinſchaft, welches bekanntlich ein der ſtärkſten Beweiſe des Miteigenthums iſt.

8) Daß die beyden Herzoge bey der Wahl Richards 1256. ſo wie bey derjenigen K. Rudolphs 1272. gemeinſchaftlich gewirkt, mithin das Wahlrecht auf dem Herzogthum Bayern gemeinſchaftlich geblieben, welches Kayſer Rudolph in der Urkunde d. d. Auguſtæ Ao. 1275. id. Maji gar deutlich mit den Worten ausdrückt: Vocibus eorundem fratrum Ducum Bavarie et Comitum Palatinorum Rheni *ratione Ducatus* pro *una* computatis. Hier ſind nicht zwey Herzogthümer, noch zwey Stimmen, ſondern nur Ein Herzogthum und Eine Stimme. Eine Todtheilung und dabey ein jus indiviſum ſuffragandi, und zwar welches auf dem ganzen, mithin nicht

nicht vertheilten Herzogthum haften ſoll, können unmöglich zuſammen beſtehen.

9) Daß die Nachkommen Ludwig des ſtrengen, bey den zweyen ſich An. 1312. und 1329. ereigneten Fällen, die tutelam legitimam über die unmündigen Prinzen der Niederbayeriſchen Linie ohne Widerſpruch geführt.

10) Daß wenn gleich des Herzogs Heinrich Linie den Paviſchen Vertrag nicht mit geſchloſſen, ſolcher jedennoch von Kayſer Ludwigs und Pfalzgrafen Rudolphs Erben nicht blos auf ihre wirkliche Beſitzungen, ſondern auf alle ihre Herrſchaften und Rechte, mithin auch auf Niederbayern, für Sie und ihre Erben für und für in Ewigkeit abgeſchloſſen, und

11) Das darin feſtgeſtellte Fideicommiß, durch den vom Kayſer Ludwig ſelbſt, vermöge der Verordnung vom St. Vitusabend 1334. zu Ueberlingen, bey der bevorſtehenden Erlöſchung der Heinrichiſchen Linie mit deutlichen Worten auf beſitzend und gewinnende Lande, mithin auf Niederbayern, welches unſtreitig unter die Bayeriſchen Herrſchaften gehört, ausgedehnt, *) fort

12) bey dem 1340. erfolgten Ausgang gedachter Heinrichiſchen Linie, dieſe in der Haupt-

 be-

*) S. Abfertigung ꝛc. ꝛc. S. 25. (Th. IV. S. 489.)

belehnung von 1208. mitbegriffene, durch die im Jahr 1255. erfolgte Theilung in Anſehung der Nutzungen abgeſonderte, in Anſehung des Eigenthums und aller Gerechtſamen aber, vermöge des oberläuterten Wilshofer Vertrags von 1278. auch in Anſehung der Chur- und Fürſtenſtimme, in Gemeinſchaft gebliebene Niederbayeriſche Lande von **rechter Erbſchaft wegen** geerbt und eingezogen, folglich

13) durch die von Ludovico Bavaro als Herzog in Bayern und als Kayſer, gemachte Fideicommiß-Verordnung vom J. 1334. den übrigen Bayeriſchen Fideicommiß-Landen einverleibt, und mit ſolchen auf ewige Zeiten unzertrennlich conſolidirt;

14) Den dem Grade nach entfernten Pfalzgrafen zwar für ihr, vermöge der Abſtammung und der Gemeinſchaft des Eigenthums durch den Paviiſchen Vertrag auf Niederbayern zuſtehendes fideicommiſſariſches Erbrecht von Ludwigs Erben, vermöge des Ingolſtädtiſchen Vergleichs von 1348. eine Abfindung von 60000. Goldgulden und 6000. Mark Silbers, mittelſt Uebertragung in beſagter Urkunde benannten Herrſchaften gegeben, die Pfalzgrafen aber auf den Fall, daß die Bayeriſche Linie erlöſchen ſollte, ſich, mit deren Einwilligung, ihr bis dahin ruhendes Erbrecht ausdrücklich mit klaren und deutlichen

Wor-

ten, für ſich, ihre Erben und Nachkommen vorbehalten haben, welches ſie

15) um ſo zuverläßiger und geſetzlicher thun konnten, als die Reichsfürſten nach Innhalt des oftbeſagten Vilshofer, vom Kayſer Rudolph bekräftigten Vertrags zu damaliger Zeit über ihre Erbfürſtenthümer und Stammgüter Reichsgrundgeſetzmäßige Verordnung zu treffen eben ſo gut, als der verſtorbene Churfürſt von Bayern und der Herr Churfürſt zu Pfalz zu Errichtung der neuern Hausverträge und dadurch geſetzlich beſtimmten Erbfolge befugt und berechtigt waren.

Nach Erwägung aller dieſer Umſtände, kann niemanden der Gedanke der Möglichkeit, daß beſagte Theilung von 1255. eine Todtheilung geweſen, übrig bleiben.

Beylage.

Nos Ludovicus & Henricus Dei gratia Comites Palatini Rheni Duces Bavaire omnibus notum facimus preſentia inſpecturis, quod cum controverſia habita ſuper *hereditariis principatibus noſtris jam diu nobis diſſenſionis materia* extitiſſet, ad id propter bonum pacis & in id convenimus pari voto corporalibus ſuper hoc preſtitis juramentis, ut *omnis actio ſive impetitio principatus noſtros contingens, ſalvo in omni-*

 bus

bus jure per viginti & duos annos continue numerandos ſopita remaneat, & quieta, ita quod *neutri* predictorum annorum *in poſſeſſione vel preſcriptione prejudicium aliquod* generetur, ſed decurſu prefati temporis *jus ſuum unicuique noſtrum & noſtris heredibus illibatum remaneat & illeſum* tempore prefato deducto ex medio uterque juribus pro ſe faventibus gaudeat inconvulſe, nec aliter tenetur ſpatio medio temporis ad ſuſcitandam actionem aliquam ſine predictis auxilium juris civilis aut canonici invocare ſane ut *contractu unio firma conſiſtat*, & ſicut nos ſic etiam heredes noſtri *relegato omni rancore* ex dicta diſcordia proveuire valente in pacis pulchritudine conquieſcant, heredes utriusque *noſtra* majores annis ſimiliter juraverunt ſe contra *predictam compoſitionem & fraternam unionem* nullo modo venturos, *jura ſervaturos* fideliter pro decurſu temporis memorati, pro heredibus vero noſtris in annis minoribus conſtitutis tam nos quam heredes noſtri majores annis promiſimus & pependimus, quod ipſi ratificabunt compoſitionem prefatam imo *fraterniam unionem* per nos initam, cum ad annos pervenerint pubertatis & quamquam neuter alteri infra predictorum viginti duorum annorum ſpatium vel heredes noſtri ſibi invicem movere debeant aliquam actionem de principatibus antedictis *poſſumus tamen, quandocunque placuerit, & utraque pars expedire viderit, a bona voluntate & voluntario conſenſu cauſam prefatam in totum amicabiliter*

termi-

terminare, ut etiam in preſenti facto omnis amputetur calumniandi materia, decrevimus, mutuo expediri, quatenus preſentis unionis contractus & forma ad majorem rei geſte firmitatem & memoriam noſtrorum & Sereniſſimi Domini noſtri Rudolfi Rom. Regis & ſemper Auguſti nec non Reverendorum Patrum & Dominorum noſtrorum videlicet Domini Salzburgenſis Archi-Epiſcopi, Babenbergenſis, Friſingenſis, Ratisponenſis, Pataviensis, Eichſtettenſis, Auguſtenſis, & Brixinenſis Epiſcoporum, Sigillorum munimine muniretur. Datum & actum in Vilshofen anno Domini Milleſimo Duceenteſimo Septuageſimo octavo, D. K. Novembris.

LXXXI.

LXXXI.

Des Königl. Preußiſchen Hofes abgenöthigte Gegenantwort auf die zu Wien im Druck herausgekommene und hier gegen über ſtehende Beantwortung des weſentlichen Inhalts der fernerweitigen Vorſtellung und Erklärung Sr. Königl. Majeſtät von Preußen an Ihre Hohe Mitſtände des Deutſchen Reichs über die Bayeriſche Succeßions-Angelegenheit. Berlin, im Jenner 1779. *)

Königlich Preußiſche Gegenantwort.

K. K. Beantwortung der K. Preuß. fernerweitigen Vorſtellung. Se. Königl. Maj. — — gefolgert wird. *)

Th. V. S. 60.

Der K. K. Hof hat ſich vorgenommen, die K. Preuß. fernerweitige Vorſtellung zu beantworten, nicht ganz, weil er ſolches nicht leicht gefunden, ſondern nur einige Stellen, welche ihm am meiſten gedruckt, oder die ihm geſchickt geſchienen, Widerſprüche und Mißtrauen zu erregen und den K. Preuß. Hof mit unangenehmen Gegenvorwürfen zu beladen. Man

*) Man bezieht ſich hier auf die Anmerkung der 147ſten Seite dieſes Bandes. Uebrigens hat man für gut gehalten, die K. K. Beantwortung des weſentlichſten Innhalts der fernerweitigen Vorſtellung ꝛc. hier nicht zu wiederholen, da ſie bereits gleich zu Anfange dieſes fünften Bandes S. 60. u. ff. abgedruckt worden. Das unbequeme was daraus entſtehen könnte, glauben wir durch die der Berliner Widerlegung beygefügte Marginalien, gröߜtentheils gehoben zu haben.

Man muß alſo K. Preuß. Seits, ſo ungern man das Publicum mit weiterm Schriftwechſel ermüdet, dieſe Schrift noch eins beantworten und den Ungrund ſowohl als die wenig reine Abſicht derſelben zeigen. Obgedachte fernerweitige Vorſtellung enthält faſt nichts als **Thathandlungen**, die nicht zu läugnen ſind. Wenn Folgerungen daraus unmittelbar fließen, die dem Wiener Hofe zur Laſt fallen; ſo ſind es nicht **Anzüglichkeiten**, wie er ſie nennt, ſondern unangenehme Wahrheiten. Wenn er glaubt viele Einwürfe beantwortet zu haben; ſo hat man K. Preuß. Seits ſolche Beantwortungen noch öfter, und beſonders in der lezten Hauptbeantwortung widerlegt.

der wahre — — bringen ſeyn dürfte. Es iſt wahr, daß aus dem S. 61.
eigenhändigen Schreiben der Kayſerin Königin Majeſtät vom 12. Julii die ſehnlichſte Friedensliebe, mit der zärtlichſten Mütterlichen Sorgfalt vereiniget, hervorleuchtet. Se. Königl. Majeſtät haben ſolches in ihrem Schreiben vom 17. Jul. anerkannt und auf eine Art beantwortet, welche Ih-

re

*) Man wirft dem K. K. Hofe — — zu verbreiten. Der Kayſerin Königin Maje- S. 61.
ſtät verlangten in Ihrem eigenhändigen Schreiben vom 12. Julii 1778. Ihren Antrag geheim zu halten, mit dieſen Worten: Je fais ce pas, ſans en avoir prevenu l Empereur mon fils, et je demande à Votre Majeſté *pour tout le monde* le ſecret quelqu' en ſoit le ſuccès. Se. Königl.

Maj.

re gleichmäßige aufrichtige Friedensneigung bewähren konnte. Beyde Schreiben ſind Denkmahle der großmüthigen Denkungsart Ihrer beyderſeits Majeſtäten und verdienten der Welt vorgelegt und zur Nachfolge aufbehalten zu werden.

die weſentlichſten — — verlieren.*) Hier wird ein beſonderes Kunſtſtück angewendet. Gewiße mündliche Aeußerungen, welche der Königl. Geſandte Freyh. v. Riedeſel dem Fürſten von Kaunitz gethan, werden als die weſentlichſten Anſtände, welche bey dieſer Unterhandlung Königl. Preuß. Seits hauptſächlich erhoben worden, angegeben. Sie waren es aber keinesweges, ſondern Nebenanſtände, deren wahren und nicht gezwungenen Sinn man in der Antwort an den Freyh. v. Thugut (S. Beyl. der fernerweitigen Erklärung S. 5. 6. ſ. Th. III. S. 415.) und in der Beant-

S. 62.

Maj. haben ſich natürlich nicht vorſtellen können, daß das Wiener Miniſterium unter dem Ausdruck *pour tout le monde*, oder jedermann, ſeine Alliirten nicht verſtehen würde; Sie haben das Geheimniß Ihres Orts auch gegen Ihre Alliirten, bis nach dem Bruche der Braunauer Negociation, heilig beobachtet. Wenn Sie die vorher mit des Kayſers Majeſtät gehabte Correſpondenz den Höfen von Rußland und Frankreich mitgetheilet; ſo haben Sie geglaubt es thun zu können, weil Se. Kayſerl. Majeſt. kein Geheimniß darüber verlanget, und das gegründete Vertrauen auf die Geſinnungen dieſer beyden Höfe ſolche Mittheilung zu erfordern ſchiene.

antwortung der K. K. Hauptſchrift (S. 93.) und hier unter S. 19. dahin erkläret und erläutert: daß Se. Königl. Majeſt. von Preuſſen dem Wiener Hofe gewiße Diſtricte von Bayern gönnen wolten, wodurch derſelbe nach ſeiner Verwaltung, 1,300,000 Floren Einkünfte gewinnen könnte. Sie haben aber niemals die Anträge Ihres Miniſterii aufgehoben, durch welche dieſe Diſtricte beſtimmet wurden, oder beſtimmet werden ſolten. Die wahren und weſentlichen Anſtände der Unterhandlung liegen in den Memoires des Königl. Preußiſchen Miniſterii vom 13ten Junii und 3ten Julii, (S. die erſte Königl. Preuß. Erklärung S. 54. und 59. Th. I d. S. S. 364. u. 376.) nach welchen Königl. Preußiſcher Seits darauf beſtanden wurde: durch einen erträglichen Vergleich mit Zuziehung Sr. Königl. Majeſtät zu beſtimmen, welche Diſtricte dem Wiener Hofe verbleiben, welche dem Hauſe Pfalz zurückgegeben und welche ausgetauſchet werden ſollten, ferner wie das Haus Sachſen befriediget werden könne. Wolte das Wiener Miniſterium aufrichtig verfahren, ſo hätte es dieſe ſchriftliche von einem mit Vollmacht verſehenen Miniſterio herrührende Anſtände nicht unterdrücken, und die mündliche Aeußerungen eines Geſandten nicht als die alleinige Anſtände angeben ſollen. Dieſes aber war ihm nöthig, um das Publicum irre zu machen, Widerſprüche und Vorwürfe zu

erre-

erregen, und um den Uebergang zu einer Unterhandlung wahrſcheinlich zu machen, welche es nach ſeinen Grundſätzen zu leiten glaubte, die aber anders ausgefallen.

Ihre K. K. Apoſtol. Maj. — — zu bringen. **)

S. 63.

Man hat dieſe Vergleichsanträge auf gleiche Art wie hier, in der K. Preuß. fernerweitigen Vorſtellung (S. 7. Th. III, S. 357.) bekannt gemacht, und man kann ſich nicht entbrechen, daraus folgendes zu bemerken: Der Kayſerin-Königin Majeſtät verlangen darnach, nur Ihre dermalige Beſitzung von Bayern mit einem andern Bayeriſchen Landesbezirke zu vertauſchen, der nicht mehr als eine Million eintrage; der v. Thugut aber verlangte in ſeinen beyden Anträgen vom 13. und 15. Auguſt (S. die Beylagen der fernerweitigen Erklärung S. 2. und 4. Eb. daſ. S. 388. u. 392.) zwey viel größere Diſtricte von Bayern, durch welche der Kayſerin Königin Majeſtät erſtlich ein Voraus von einer Million Einkünfte und überdem noch andere anſehnliche Bezirke von Bayern erhalten hätte, welche leztere zwar dem Hauſe Pfalz durch Tauſch erſetzet werden ſolten, wobey aber nach denen von dem v. Thugut angetragenen Grundſätzen dieſes Haus noch viel verloren, und das Haus Oeſterreich noch ſehr viel über die zuerſtverlangte Million gewonnen haben würde, wie man zu Braunau nachgewieſen. Es war alſo ein weſentlicher Unterſcheid zwiſchen

den

den eigenhändigen Anträgen Ihro Kayſerl. Königl. Majeſtät und denjenigen, die nachher durch Ihren Miniſter geſchahen.

Ihre Maj. überlaſſen — — erwarten konnte.

S. 64.

Wenn die unparteyiſche Welt dieſe Vereinigungs-Vorſchläge mit den vorhin angezeigten **vollſtändigen und wahren Anſtänden** des K. Preuß. Hofes, wie er ſie in ſeinen Schriften genugſam ausgeführet hat, in Vergleichung bringt; ſo kann ſie unmöglich darinn ein Verlangen nach einer Friedensliebe, die zugleich auf die Gerechtigkeit gegründet ſey, finden.

Se. K. Maj. von Preuſſen — — wieder aufheben. *)

S. 64. u. 65.

Se. Königl. Majeſtät von Preußen haben dieſe Artikel dem Ihro von der Kayſerin-Königin Majeſtät zugekommenen Plan hinzugefüget, weil dieſelbe darinn ganz übergangen waren; Sie haben aber deshalb obgedachten Plan nicht völlig und unwiderruflich angenommen, ſondern meldeten vielmehr der Kayſerin-Königin Majeſt. in Ihrem Schreiben vom 17. Julii: **daß Sie Ihre Staatsminiſter kommen ließen, um die lezte Hand an dieſe Unterhandlung zu legen und Präliminarien zu zeichnen.** Zugleich haben Sie dem v. Thugut geſagt, daß man die Sache mit den Häuſern Pfalz und Sachſen auf eine billige und beſtimmte Art abmachen müßte, und zwar nach einer Landcharte, die man Ihnen mittheilen und hiernächſt ihre Einwilligung dar-

über einziehen könnte. Dieſes iſt auch ohne Zweifel die Urſache, aus welcher der Freyh. v. Thugut hiernächſt einige Landcharten von Bayern nach Braunau mitgebracht und nach denſelben bald eine kleinere Gränzlinie verlanget.

Mit dieſen Anfragen — — überſendet.

Aus den kurz vorhin ſtehenden Anfragen Sr. Königl. Majeſt. und aus demjenigen, was Höchſtdieſelbe zugleich angeführtermaßen dem von Thugut mündlich zu erkennen gegeben, erhellet doch wohl klar genug, daß auch Se. Königl. Majeſtät die von der Kayſerin-Königin Majeſtät gethane Anträge unbeſtimmt und nicht zureichend gefunden haben. Daß ſie dieſe Fehler und noch mehrere würklich gehabt, ſolches haben die Königl. Staatsminiſter dem Freyhrn. von Thugut in den ihm zu Braunau ertheilten Antworten, die in der fernerweitigen Erklärung abgedruckt ſind, hoffentlich zur Ueberzeugung der unparteyiſchen Welt gezeiget. Se. Königl. Majeſtät verwarfen nicht ſowohl die Anträge Jhro K. K. Maj., als daß Sie Höchſtdenſelben zu Gewinnung der Zeit, und um die Unterhandlung zu erleichtern und zu beſchleunigen, den hier bekannt gemachten neuen allgemeinen Vereinigungs-Plan unter dem Einſchluß des Rußiſch-Kayſerl. Geſandten zu Wien überſchickten.

S. 65. u. 66.

Der

Antrag zu einem — beſchränket werden.

Der Kayſ. Königl. Hof S. 66. ließ durch den Frhrn. von — 74. Thugut die erſte Propoſition zu Welsdorf und zu Braunau den 11. und 13. Auguſt 1778. dahin thun: daß er alles, was er in Bayern durch ſeine Truppen in Beſitz genommen, reſtituiren und den Churfürſten zu Pfalz von der Convention vom 3. Jänner entbinden wolle, wenn Se. Königliche Maj. ſich anheiſchig machen wolten, aller Vereinigung der Fränkiſchen Marggrafſchaften mit der Primogenitur Ihres Hauſes zu entſagen. Nachdem die Braunauer Negotiation abbrochen war, ließ eben dieſer Hof dem ganzen Reiche mit großem Aufheben ankündigen, daß er allen ſeinen Anſprüchen auf Bayern habe entſagen wollen, wenn Se. Königl. Maj. Sich auch Ihres Orts der Erbfolge in die Fränkiſche Fürſtenthümer begeben wolten, und da Se. Königl. Majeſtät ſolches verworfen, ſo ſuchte man daraus große Vorwürfe gegen Höchſtdieſelbe und allerhand Folgerungen von der jener Seits gerühmten Gerechtigkeits- und Friedensliebe zu ziehen und die Mächte Europens ſowohl als die Reichsſtände dadurch für ſich einzunehmen. Da aber der Wiener Hof ſeine Anträge zu Braunau nicht auf die lezrgedachte Art gethan; da er ſich bloß erkläret, Bayern zu reſtituiren und den Churfürſten zu Pfalz von der Convention vom 3. Jänner zu entbinden; da er aber gar nicht ausdrücklich erwehnete, daß er

ſich ſeiner andern alten Anſprüche, die er auch außer gedachter Convention zu haben vermeynet, begebenwolle, und folglich die von ihm zu Braunau gethane Propoſition, von der Sprache, die er auf dem Reichstage und vor ganz Europa führte, ſehr verſchieden war; indem dieſe Vorſpiegelungen bey dem Publico, welches von den wahren Umſtänden nicht genug unterrichtet ſeyn konnte, einen für Se. K. Majeſt. nachtheiligen Eindruck hätte machen können; ſo wurden Höchſtdieſelbe dadurch genöthiget, die ſämtliche von dem v. Thugut zu Braunau geſchehene Anträge und den ganzen Vorgang dieſer Unterhandlung der Welt vorzulegen. Dieſes iſt die wahre Urſache, warum man ſolches K. Preuß. Seits gethan, und keine andere, wie hier in der Anmerkung der Wiener Schrift zu verſtehen gegeben werden will. Man hatte keine Urſach den diesſeitigen Vergleichs-Plan zugleich zu publiciren, da derſelbe nicht angenommen worden. Da der Wiener Hof gut gefunden hat, eben dieſen Plan aus leicht zu errathenden argliſtigen Abſichten bekannt zu machen, ſo verläugnet man denſelben K. Preuß. Seits keinesweges, und man iſt nicht verlegen, ſolchen ſowohl gegen den Wiener Hof als gegen jedermänniglich zu rechtfertigen und zu erläutern, wie man es bereits in Anſehung des erſtern zu Berlin angetragenen Entwurfs in der Beantwortung der Hauptgegenſchrift des Wiener Hofes (S. 73-75.) gethan, welche Antwort größtentheils auch auf dieſen lezten Plan paßet. Da der Wiener Hof über-

überflüßig findet, in eine nähere Zergliederung dieſes Plans einzugehen, ſo folget man ſeinem Beyſpiel darunter um ſo lieber, als ein jeder, der die Wichtigkeit des angetragenen vortrefli- chen, ſo fruchtbaren, ſo volkreichen und ſowohl gelegen Diſtricts von Burghauſen anſiehet, und demſelben mit der verlangten baaren Abgabe einer **Million Thaler, nicht Gulden**, mit der Ent- ſagung eines an ſich nicht gegründeten Rechts auf Mindelheim, und gewißer theils ganz unerhebli- chen, nichts eintragenden und ſtreitigen, theils in Jahrhunderten nicht zur Würklichkeit zu brin- genden Lehnsgerechſamen, in eine billige Ver- gleichung bringet, ſich gar leicht überzeugen wird, daß der Kayſerin-Königin Majeſtät dadurch nicht verloren, ſondern in Anſehung Ihrer gar nicht gegründeten Anſprüche auf die Bayeriſche Erbfolge eine wichtige Vergrößerung und ein an- ſehnliches Arondiſſement Ihres Herzogthums Oeſterreich erhalten haben würden. Kein un- partheyiſcher wird an dieſem Plan etwas auszu- ſetzen haben, als daß viele denſelben für das Haus Oeſterreich zu vortheilhaft finden werden, welches freylich daher rühret, daß bey dieſer das ganze Reich intereßirenden Sache, niemand außer Sr. Königl. Maj. und Sr. Churfürſtl. Durchl. zu Sachſen ſich der Sache werkthätig an- nehmen wollen, und man ihnen die Laſt und Gefahr allein überlaſſen. Indeſſen haben Se. Königl. Majeſt. bey dem Schluß der Braunauer Nego- ciation, von dieſen nicht angenommenen Antrag ſich gänzlich loßgeſaget, ſo daß derſelbe zu kei-

ner

ner Folge noch Verbindlichkeit gereichen kann. Die Meynung Sr. Königl. Majeſt. iſt auch nicht geweſen, die Churſächſiſche Allodialforderungen dergeſtalt, wie hier zu Ende dieſer Stelle aus leicht zu ermeſſenden Abſichten vorgegeben wird, herabzuſetzen; man hat eigentlich nur dasjenige beſtimmen wollen, was der Wiener Hof zu derſelben Befriedigung beytragen ſollen, ohne deshalb eine beſondere Abkunft mit dem Hauſe Pfalz auszuſchließen.

Dieſen Plan erhielten —— geſchoben werden könnten.

Man hat Königl. Preuß. Seits gegen dieſe hiſtoriſche Umſtände nichts zu erinnern. Man will nur bemerken, daß der Kayſerin Königin Maj. in Ihrem Antwortſchreiben an des Königs Maj. vom 1. Auguſt den diſſeitigen Plan nicht ganz als unannehmlich verworfen, ſondern vielmehr ſich dahin geäuſſert: daß die Anträge, welche Se. Königl. Maj. Höchſtderoſelben gethan, den Stand der Sachen zu Ihrem Leidweſen dergeſtalt veränderten, daß Sie nicht gleich Ihre Meynung darüber ſagen könnten, welches ſie aber baldmöglichſt thun würden. Bey der zweyten Abſchickung des v. Thugut erklärten Ihro K. K. Maj. ſich in Ihrem Schreiben vom 6. Aug. dahin: daß Sie zu Folge des im vorigen Schreiben gethanen Verſprechens, ſich über den dieſſeitigen Vergleichs-Plan zu äußern, die dem v. Thugut den Auftrag gethan hätten, eine Gegen-Propoſition zu thun, durch welche dem verderblichen Kriege mit einem mahl ein Ende gemacht werden könn-

S. 74 u. 75.

te.

te. Es iſt zu bedauren, daß man Ihrer Kayſerl. Königl. Maj. ein ſolches Mittel vorgeſchlagen, welches zu dem Endzweck gar nicht führen konnte, ſondern vielmehr gänzlich davon ableiten mußte.

Die Erreichung — — vorgeſchlagen haben.

Da dieſe Propoſition blos eine deutſche Ueberſetzung von derjenigen iſt, welche der Freyh. v. Thugut zuerſt zu Welsdorf und zu Braunau gethan, und die man nach dem Franzöſiſchen Original in den **Beylagen der fernerweitigen Vorſtellung** No. 1. bekannt gemacht hat; ſo läßt man es dabey, und bey dieſer deutſchen Ueberſetzung bewenden, ohne das Franzöſiſche zum zweiten mahl hiebey zu fügen. Da man ſich in Anſehung der bey dieſer Propoſition Königl. Preuß. Seits gemachten Erinnerungen, auf gedachte **fernerweitige Vorſtellung** berufen kann, ſo verſpart man die Antwort auf die dagegen gemachte Einwendungen bis auf jeden Ort, wo ſie vorkommen. S. 75 — 77.

Dieſe Propoſition — — anbieten könnte.

Se. Königl. Majeſtät waren von der Unbilligkeit der erſten Propoſition des v. Thugut ſo gerührt, daß Sie ſolche vor der Hand verwarfen, ihm aber überließen, zu verſuchen, ob er mit Ihren Miniſters über ſeine anderweitige Vorſchläge eine Abkunft treffen könnte. Er kam nach Braunau und übergab ihnen den 13ten Auguſt alternative die zwey Propoſitiones, die S. 77 — 80.

in der 1ſten und 2ten Beylage der fernerweitigen Vorſtellung enthalten ſind, und begleitete die leztern mit einer Charte, auf welcher die Gränzlinie von Rufſtein in Tyrol längſt dem Inn über Waſſerburg, Landshut, Donauſtauff, Neuburg und Waldmünchen, folglich mitten durch Bayern gezogen war. Die Königl. Miniſter zeigten ihm in ihrer Antwort vom 15. Auguſt (Beylage No. 3. der fernerweitigen Vorſtellung) ſowohl die Ungerechtigkeit des in der erſten Propoſition enthaltenen Anmuthens, als die Härte und Unbilligkeit der zweyten Propoſition, nach welcher ſein Hof den gröſten und beſten Theil von Bayern theils umſonſt, theils Tauſchweiſe und nach Grundſätzen, die zu ſeinem einſeitigen Vortheil und zum gänzlichen Ruin des Hauſes Pfalz geführet hätten, verlangte. Der Freyh. v. Thugut wußte dagegen ſo wenig erhebliches damals anzuführen, als der Wiener Hof ſolches hier zu thun und ſeine erſte Gränzlinie zu rechtfertigen gutgefunden. Gedachter Miniſter aber fand ſich im Stande, noch am ſelbigen Tage eine andere Landcharte, mit der, in der hier nur allein ausführlich ſtehenden dritten Propoſition bezeichneten Gränzlinie hervorzubringen, welche freylich anſehnlich geringer als die erſte Gränzlinie war, zugleich aber die Unbilligkeit der erſtern noch mehr ins Licht ſtellete. Die Königl. Miniſter zeigten ihm in der Antwort von demſelben Tage (5te Beylage der fernerweitigen Vorſtellung) warum man auch dieſe Propoſition

und

und Gränzlinie, welche annoch den dritten und besten Theil von ganz Bayern dem Hauſe Oeſterreich zugeeignet haben würde, nicht annehmen könne. Sie glauben ſolche Gründe darin angeführt zu haben, welche die unparteyiſche Welt jederzeit überzeugen werden, und die ſchon zum voraus alles was in dieſer Schrift enthalten iſt, widerleget haben, ſo daß es zu bewundern iſt, warum der Wiener Hof damit zum Vorſchein gekommen iſt, wenn er nicht ein mehreres zu ſagen gehabt hat.

Aber auch — — abgewieſen. S. 80. Man hat die Gründe, warum man dieſen Plan verwerffen müßen, an dem ſo eben angezeigten Ort nachgewieſen, und wird ſie auch hier in der Folge ausführen, und auf der folgenden Seite wird man am gehörigen Orte zeigen, warum man das Anerbieten des v. Thugut, neue Verhaltungsbefehle einzuholen, abgewieſen.

Dieſen wahrhaften — — erläutert werden ſollen. Eb. daſ. Da der Wiener Hof ſich erlaubet, die Ablehnung der zu Braunau gethanen offenbar verfänglichen Propoſition von wechſelſeitiger Entſagung der Bayeriſchen und Anſpach-Bayreuthiſchen Erbfolge, in einer äuſſerſt verhaßten Geſtalt der ganzen Welt vorzuſtellen, und das ganze Reich gegen Se. Königl. Majeſtät zu Beſtreitung Ihres rechtmäßigen, aber ganz ungewißen und entfernten Erbfolgsrechts aufzufordern; ſo haben Höchſtdieſelbe ſich wohl nicht entbrechen können, den wahren Hergang der Braunauer Unterhandlung, in dem

daſelbſt zwiſchen den Bevollmächtigten geführten Schriftwechſel, der Welt vor Augen zu legen. Man überläßt derſelben, das Betragen und die Grundſätze der beyden Theile bloß nach dieſen authentiken Denkſchriften, die von keinem Theile geläugnet werden können, und nicht nach den einſeitigen Vorſtellungen, zu beurtheilen.

Zuerſt wird das — — zu entziehen.

Es iſt dieſes nicht eine bloſſe Beſchuldigung. Der K. Preuß. Hof glaubt ſolche ſowohl in den, dem v. Thugut ertheilten Antworten, als in der fernerweitigen Vorſtellung (S. 7. 8. Th. III, S. 363. u. ff.) mit ſehr ſtarken Gründen erwieſen zu haben. Ob das Wiener Miniſterium ſolche zureichend widerleget habe, ſolches wird ſich in der Folge zeigen. S. 80. u. 81.

Gewiß iſt — — geſuchet haben?

Das Wiener Miniſterium mag die mündliche Erklärung des Freyh. v. Riedeſel vortragen und auslegen, wie es will, ſo wird es doch daraus nicht ein mehreres als ein Blendwerk ziehen, welches verſchwinden muß, ſobald man folgende richtige Umſtände und Schlußfolgen in Betrachtung ziehet. Der Freyh. v. Riedeſel verſichert: „daß er bloß in der Unterredung vom 24. Junii „dem Fürſten von Kaunitz Geſprächsweiſe „zu erkennen gegeben habe, wie Sr. Königl. „Majeſtät dafür hielten, daß der Kayſerl. Hof „ein Stück von Bayern von zwey Millionen „Einkünfte in Beſitz genommen habe; Sie würden Friedenshalber nicht zuwider ſeyn, daß S. 81. u. 82.

der-

„derſelbe einen anſehnlichen Theil davon behal„te, wenn nur das Churhaus Sachſen billig be„friediget würde, und das Haus Pfalz nicht zu „ſehr verliere; der Fürſt von Kaunitz aber habe „feſt behauptet, daß die Einkünfte des in Bayern „occupirten Landes lange nicht ſo viel betrügen, „und daß die Erbfolge der Kayſerin-Königin in „Niederbayern mit der Königl. Preuß. Erbfol„ge in Anſpach und Bayreuth in gleichem Ver„hältniß ſtehen bleiben müße; die Unterredung „habe ſich auch damit geendiget, daß der Fürſt „von Kaunitz ihm die Reponſe verbale (S. erſte „Königl. Erklärung S. 56. in d. S. Th. I. „S. 368.) zugeſtellet, deren Endſchluß bekann„termaßen dahin gehet: daß wenn man Königl. „Preuß. Seits die Kayſerl. Königl. Vorſchläge „nicht annehmen wollte, alle gütliche Auskunft „zwiſchen beyden Höfen unmöglich, und alle „weitere Aufklärung überflüßig wäre.“ Man kann alſo K. Preuß. Seits folgende Sätze mit hoffentlich allgemein beyfälligem Grunde behaupten: daß, wie durch gedachte Reponſe verbale der Wiener Hof die Unterhandlung abgebrochen und alle diſſeitige Vorſchläge verworfſen, er aus denen vorher geſchehenen, von ihm nicht angenommenen, mündlichen Aeußerungen eines Geſandten, nicht Folgerungen, oder Verbindlichkeiten ziehen, noch ſie als abgeſchloßne Traktaten anführen könne, wie er in dieſem Fall und auf eine ähnliche Art durch Anführung einiger Geſpräche, die Se. Königl. Majeſtät mit den K. K. Geſandten von Nugent und von Swieten

ten geführet haben ſollen; zu thun ſich ein angelegenes Geſchäfte machet. 2) So haben Se. Königl. Majeſtät durch die **mündliche Aeuſſerung** des Freyh. v. Riedeſel die **ſchriftliche Anträge** ihrer zur Unterhandlung beſonders bevollmächtigten Staatsminiſter nicht aufgehoben. Leztere gingen beſtändig dahin, daß der Wiener Hof zwar ein **beſtimmtes** Stück von den Bayeriſchen Landen behalten, aber auch von ihnen **beſtimmte**, oder durch die Unterhandlung zu **beſtimmende** Aequivalente an Ländern dagegen geben ſolte. Dieſe **ſchriftliche Anträge** ſtehen auch in keinem wahren Widerſpruche mit mehrgedachten **mündlichen Aeuſſerungen**. Se. K. Majeſtät haben durch leztere dem Wiener Hofe kein **reines Voraus** von 1,300,000 Fl. Einkünften zugeſtanden, ſondern Sie haben dafür gehalten, daß der Wiener Hof durch den ihm angetragenen beſtimmten, wichtigen und künftig viel höher zu nutzenden Theil von Bayern gegen Abtretung der dißeits dagegen verlangten entfernten und viel geringeren Länder, einen Vortheil erhalten würde, der auf 1300 Flor. Einkünfte gehen konte. Dieſes hätte auch gewiß durch die erſte Propoſition des K. Preuß. Hofes, von der derſelbe aber ſich längſtens losgeſaget, geſchehen können, durch die beyde von dem Freyh. von Thugut geſchehene Propoſitiones aber, nach welchen er erſtlich mehr denn die beſte Hälfte von Bayern, hernach das beſte Drittel nach einer Ausgleichungsmethode, deren Ver-

fäng-

ſänglichkeit und einſeitigen Vortheil man ihm, und ſonſt ſo oft gezeiget, und man auch hier nachhero zeigen wird, verlangte, würde der Wiener Hof zwar dem Scheine nach ſeine Acquiſition auf gegenwärtige Einkünfte von einer Million eingeſchränket, in der That aber und in der Folge ſich viele Millionen, und alſo übertriebene Vortheile zugewandt haben, welches man alſo K. Preuß. Seits nicht mit Scheingründen, ſondern mit Wahrheit in der **fernerweitigen Vorſtellung** behauptet.

Was der nahmhaft — — zu entziehen? — S. 82.

Der Wiener Hof verſprach zwar, eine **genaue und getreue Erſezung**; daß aber ſolche nicht erfolget ſeyn, und daß das Churhaus Pfalz keine **wahre Entſchädigung** nach den Grundſätzen, nach welchen der Wiener Hof ſolche leiſten wolte, erhalten haben würde, ſolches iſt in denen dem von Thugut zu Braunau ertheilten, und in den Beylagen der **fernerweitigen Vorſtellung gedruckten Antworten** überflüßig gezeiget worden.

Die von Ihrer — — verworfen? — Eb. daſ.

Man verwarf K. Preuß. Seits die von Seiten des Wiener Hofes vorgeſchlagene Art der Entſchädigung, weil ſie **weder billig noch hinreichend** war!

War ſie nicht billig — — anbieten könnte. — S. 82. u. 83.

Der K. Preuß. Hof hätte zwar nicht nöthig ſich herauszulaßen, warum er eine mitten in der Campagne, nach ſo unbilligen Grundſätzen angefangene Unterhandlung nicht

fort-

fortſetzen, noch die neue Inſtrucktiones des v. Thugut abwarten wollen. Er trägt aber kein Bedenken zu erklären: daß es geſchehen, weil der Freyh. von Thugut auf der ganzen zweyten Gränzlinie beſtund, welche das beſte Ein Drittel von Bayern enthält, und die man ihm nicht zugeſtehen konnte; weil er nach dem Ende ſeiner Note vom 15. Auguſt, auf **Austauſchungen** und nach dem Grundſatze tractiren wollte, daß der Berliner Hof ſelbſt anerkannt habe, daß die Kayſerin-Königin einen **annehmlichen Vortheil** aus ihren **Rechten auf Bayern** haben müſte, welchen Grundſatz von einem **Rechte** der Kayſerin-Königin auf Bayern, man niemals anerkannt, noch jemals anerkennen kann, und weil man alſo aus allen dieſen Vorgängen genugſam ſehen konnte, daß eine bey ſolchen Geſinnungen angefangene Negociation keinen beſſern Ausgang als Anfang haben würde, und man ſich alſo nicht länger herum ziehen laßen wolte.

Allein warum ſolte —— erſetzet worden wäre.

Warum fordert der Wiener Hof ſich eine Antwort, die nicht anders als unangenehm ausfallen kann, und welche er ſchon aus der, die man dem Freyh. v. Thugut den 15. Aug. ertheilet, genug entnehmen konnte. S. 83. Wenn man ſie rein heraus ſagen ſoll, ſo beſtehet ſie in folgenden: die von dem Wiener Hofe angetragene Art, die wahre Entſchädigung des Hauſes Pfalz zu beſtimmen, hat dem K. Pr. Hofe nicht **billig** noch **hinlänglich** ſcheinen können 1) weil derſelbe mit dem H. Herzog v. Zweybrücken überhaupt nicht zugeſtehen

ſtehen konnte noch wolte, daß der Wiener Hof ohne einiges habendes Recht das beſte Ein Drittel von Bayern theils bis auf eine Million Gulden Einkünfte **umſonſt**, theils **tauſchweiſe** davon tragen ſolte, ſondern man wolte ihm nur, wie man ſagt, pro redimenda, nicht ein auszutauſchendes, ſondern ein durch die Unterhandlung zu **beſtimmendes** mäßiges Stück Landes zugeſtehen. 2.) Konnte und wolte man ſich nicht auf eine Tauſch- und Ausgleichungs-Commißion zwiſchen dem Wiener Hofe und dem ſich allein, ohne Beyſtand ſeiner Freunde, überlaßenen Hauſe Pfalz einlaſſen, weil man aus den ſchon bekannt gewordenen Grundſätzen des erſtern, und aus dem Beyſpiel der Convention vom 3. Jänner, durch welche der Wiener Hof ſich das Objectum litis und noch mehr, durch die nunmehro genug erwieſene Mittel der Drohung und Gewalt zugetheilet, urtheilen und vorherſehen mußte, daß bey einer ſo beſchaffenen Commißion das Ausgleichungs-Geſchäfte wieder auf eine für das Haus Pfalz höchſt nachtheilige Weiſe ausfallen würde.

Iſt iemals ein Austauſch — — unmöglich machen.

Dergleichen Austauſche von wichtigen Ländern, wie der Wiener Hof verlanget, und bey welchen eine Million Einkünfte umſonſt und zum voraus weggenommen werden ſoll, ſind ſelten. Man überläßt gedachtem Hofe, Beyſpiele davon beyzubringen. Die ſelbſt redende Billigkeit hätte den Wiener Hof bewegen ſollen, bey der beſondern Lage der Sache, eine dergleichen Ver- S. 83. u. 84.

gleichs-

gleichshandlung nicht mit dem mindermächtigen Hauſe Pfalz allein, ſondern allenfalls mit Zuziehung ſeiner Freunde abmachen zu wollen. Nach eben ſolchen Grundſätzen der Billigkeit hätte der Wiener Hof nicht verlangen ſollen, wie er durch den von Thugut gethan, daß ihm der beſte, fruchtbarſte und die unſchäzbare Salzwerke enthaltende Theil von Bayern dergeſtalt abgetreten würde, daß man den **Werth** deſſelben nach **den in den Archiven zu München vorhandenen Original-Rechnungen der General-Einnahme, und folglich, nach der bisherigen Verwaltung, welche reichskundigermaßen die ſchlechteſte von ganz Teutſchland geweſen, ſchätzte,** und dagegen der Wiener Hof dem Hauſe Pfalz ſeine in Schwaben belegene Lande, deren Finanzverwaltung bekanntermaßen auf das höchſte getrieben iſt, anrechnete. Auf die Art würde der Wiener Hof in kurzer Zeit die Einkünfte von dieſen einer ſo groſſen Verbeſſerung fähigen Bayeriſchen Landen ungemein haben vermehren und dadurch übertriebene Vortheile erhalten können, die das Haus Pfalz nach gleichem Verhältniß verloren und in Schwaben nicht wieder gefunden hätte. Dieſe Einwendung macht keinen Tauſchhandel unmöglich; Se. Königl. Maj. von Preuß. würden in ähnlichen Fällen dieſelbe allerdings gelten laſſen und eine billige Rückſicht darauf nehmen.

Die Fortſetzung folgt im künftigen Stück.

Vollſtändige

Sammlung

von

Staatsſchriften,

zum Behuf

der Bayeriſchen Geſchichte

nach Abſterben

Churfürſt Maximilian III.

und

dadurch erloſchener

Wilhelminiſcher Linie

des Hauſes Bayern.

Fünften Theils 6tes Stück.

Frankfurth und Leipzig,

1779.

Fortſetzung

der am Ende des 5ten Stücks abgebrochenen

Königl. Preußiſchen Hofes abgenöthigen Gegenantwort auf die zu Wien im Druck herausgekommene und hier gegen über ſtehende Beantwortung des weſentlichen Inhalts der fernerweitigen Vorſtellung und Erklärung Sr. Königl. Majeſtät von Preußen an Ihre Hohe Mitſtände des Deutſchen Reichs über die Bayeriſche Succeßions-Angelegenheit. Berlin, im Jenner 1779.

Geſetzt aber auch, — — verringert?

Es iſt eine ſonderbare Art, S. 84. ſeine Widerlegung vornehmlich durch Fragen anzuſtellen. Man kann indeßen auf die hier gethane Fragen ſo viel zuverläßig annehmen und antworten: daß der Unterſcheid zwiſchen den dermaligen ſchwachen, und den künftig ſehr zu erhöhenden Einkünften aus einem nicht mittelmäßigen Landes-Bezirke von 200 □ Meilen, ſehr groß ſeyn würde, beſonders in dem Erträgniß der Salzwerke, welches, da man durch ſolchen Tauſch den Alleinhandel davon in Oberdeutſchland erhalten

hä-

haben würde, drey und vierfach hätte erhöhet werden können, ſo daß die Berechnung der jetzigen Erträgniß gegen die künftige Erträgniß, zwar jetzo genau, für das künftige aber deſto ſchlechter für das Haus Pfalz hätte ausfallen würden. Auf die zweyte Frage dienet zur Antwort, was bereits vorhin ſo oft geſagt worden: daß S. K. Majeſt. von Preußen dem Wiener Hofe niemals ein Präciput an ſich und am wenigſten als **billig** zuerkannt, ſondern ihm bloß Friedens halber, eine Convenienz von den Bayeriſchen Landen in der durch die Unterhandlung zu beſtimmenden Größe zugeſtehen wollen, wodurch er das ſo ſehnlich verlangte Präciput erhalten haben würde.

Die zweyte Hauptbeſchuldigung — — ſchuldig ſind.

Die hier angeführte Stelle der **K. Preuß. fernerweitigen Vorſtellung** enthält ihre Rechtfertigung in ſich ſelbſt und bedarf derſelben nur in ſo weit, als in der Folge einige Einwürfe dagegen gemacht werden, auf welche man an jedem Ort antworten wird. Hier will man nur auf den zu Ende dieſer Stelle gemachten Vorwurf: **daß die darinn enthaltene Beſchuldigung, ſowohl nach ihrer Weſenheit, als nach den dabey gebrauchten Ausdrücken, allen Rückſichten, welche Souveraine einander ſchuldig ſind, zuwider ſtreite,** das nöthige antworten. Die Beſchuldigung, auf welche es nach der Wiener Schrift ankommt, betrift nicht die Perſon der

S. 84. — 86.

Sou-

Souverains, ſondern diejenige, welche dazu offenbar Anlaß gegeben, indem ſie von Sr. K. Majeſtät die völlige Entſagung der Fränkiſchen Erbfolge verlangt, dagegen von Seiten des Wiener Hofes blos eine Entſagung der mit dem H. Churfürſten zu Pfalz geſchloßenen Convention vom 3. Jan. anbieten, aber die dazu erforderliche und nachhero erſt angebothene Entſagung auf die alten Prätenſiones gänzlich übergehen. Das übrige Verfahren in der ganzen Bayeriſchen Succeßions-Sache und beſonders das Vorgeben von der Freywilligkeit der mit dem Hrn. Churfürſten zu Pfalz geſchloſſenen Convention vom 3. Jänner, wovon das Gegentheil nunmehro erwieſen iſt, beweiſet die Möglichkeit und Wahrſcheinlichkeit von ähnlichen Vorgängen, und zeiget, daß man in der geäußerten Beyſorge nicht zu weit gegangen ſey. Uebrigens kann der Wiener Hof ſich wohl nicht rühmen, daß er die, Souverainen ſchuldige Rückſicht im geringſten beobachtet. Seine ſogenannte Gerechtſame und Maaßregeln in Abſicht der Bayeriſchen Succeßions-Sache ſind voll von perſönlichen und unwahren Anzüglichkeiten, theils gegen Se. K. Majeſtät ſelbſt, theils gegen den K. Preuß. Hof überhaupt. Ein jeder aufmerkſamer Leſer kann daſelbſt auf den Seiten 54 — 57. (Th. II d. Samml. S. 434 — 444) verſchiedene Proben davon finden, und der ganze Vergrößerungsplan, den man Sr. K. Majeſtät dort andichtet, giebt einen überzeugenden Beweiß, wie wenig Achtung man zu Wien ſowohl

 für

für die Wahrheit, als für die Ehre der Souverains hat. Die Privatſchriften, die zu Wien unter der bekannten Direktion und ſcharfen Cenſur herauskommen, erſetzen dasjenige reichlich, was man in den Staatsſchriften ſelbſt nicht anbringen kann.

In der Vorſtellung — — deutlichſten Worte.

Indem der Wiener Hof S. 87. dem Königl. Preußiſchen hier eine Verdrehung ſeiner Worte vorwirft, wendet er ſelbſt eine künſtliche Verdrehung an, um das Publikum irre zu machen, welches aber ein aufmerkſamer Leſer durch folgende kurze Betrachtungen leicht entwickeln wird: Zuförderſt haben ja der Kayſerin-Königin Majeſtät die Erklärung, daß Sie Se. Churfürſtl. Durchl. zu Pfalz von allen Verbindlichkeiten der Convention vom 3. Jänner für ſich, Dero Erben und Nachfolger loßzählen wolten, nicht zu Braunau, ſondern erſt geraume Zeit nachhero, durch die Vorſtellung an die Mitſtände des teutſchen Reichs gethan. Da nun die in der K. Preuß. fernerweiten Erklärung enthaltene Behauptung: daß der Wiener Hof allen Anſprüchen auf Bayern keineswegs wirklich und ohne Ausnahme entſagt, ſondern ſich vielmehr einen künſtlichen Rückweg zu ſeinen alten Anſprüchen vorbehalten habe, nach den klaren Worten gedachter fernerweitigen Vorſtellung (S. 10. in d. S. Th. III. S. 369.) lediglich gegen die erſte Pro-

poſi-

poſition zu Braunau gerichtet iſt, ſo kann dasjenige, was der Kayſerl. Hof nachhero auf dem Reichstage erkläret, den Mangel, den die zu Braunau gethane Propoſition gehabt, nicht entſchuldigen, und die gedachte Behauptung des K. Preuß. Hofes bleibet doch in Anſehung der Braunauer Propoſition beſtehen, wenn ſchon der Wiener Hof ſolche nachhero erweitert und der K. Preuß. Hof ſolches auch zur Zeit der Bekanntmachung ſeiner fernerweitigen Vorſtellung gewußt. Das ſonderbarſte aber iſt, daß der Schluß, durch welchen man dem K. Preuß. Hofe hier einen Widerſpruch und eine Verdrehung aufbürden will, ganz offenbar unrichtig iſt, und von einer fortdauernden zweydeutigen Geſinnung des Wiener Hofes zeuget. Denn wenn der Kayſerl. Königl. Hof auch den Hrn. Churfürſten zu Pfalz von allen Verbindlichkeiten der Convention vom 3. Jänner nicht nur für ſich, ſondern auch für ſeine Erben und Nachfolger loßzählet, ſo entſagt er ja dadurch noch nicht ohne Ausnahme allen ſeinen Anſprüchen, die er auf die Bayeriſche Succeßion, beſonders aus dem Lehnbrief K. Siegismunds zu haben vermeint, indem er ja ſein Recht nicht ſowohl aus gedachter Churpfälziſchen Convention, als aus ſeinen alten Anſprüchen herleitet. Es bleibt auch zweydeutig, ob die Worte für ſich, oder Dero Erben und Nachfolger auf die Kayſerin-Königin oder den H. Churfürſten gehen ſollen. In beyden Fällen wird bloß der Convention vom 3. Jänner entſagt. Alſo hat er durch die nicht

geſchehene Entſagung ſeiner alten Anſprüche ſich gar wohl einen künſtlichen Rückgang zu denſelben vorbehalten mögen, und alſo fält der hier gemachte Vorwurf von Widerſpruch und Verdrehung von dem K. Preuß. Hofe gänzlich ab, und auf den Wiener Hof zurück.

Die Sr. K. Pr. M. durch — — konten und wollten.

Der Wiener Hof muß S. 87. u. 88. hier geſtehen, daß er durch die erſte Propoſition des v. Thugut ſich weiter nicht erkläret, als den **Churfürſten von der Pfalz von den Verbindlichkeiten der Convention vom 3. Jänner loßzuzählen.** Alſo hat er nicht verſprochen, ſeinen **Anſprüchen**, die er **unabhängig von dieſer Convention zu haben vermeinet, zu entſagen.** Dieſes war doch wohl weſentlich nöthig bey einer ſo wichtigen Sache, und deßen Auslaßung mußte ein billiges Nachdenken verurſachen. Es iſt zuviel gefordert, daß man eine ſo weſentliche Entſagung bloß auf eine weit hergeholte Induction und Schlußfolge aus dem Worte **andern** ankommen laßen ſollen. Man verſtehet zu Wien die Auslegungskunſt zu gut, nach Ausweiſung des Theidigungsbriefes K. Siegismunds, als daß man dem Worte **andern** zu ſeiner Zeit nicht eine Bedeutung hätte geben können, wodurch man mit den bey der Bayeriſchen Erbſchaft intereßirten Theilen für ſeinem eigenen Richterſtuhl hätte wieder kommen, und die alten Anſprüche geltend machen

kön-

können. Man äußerte K. Preuß. Seits dieſe Bedenklichkeit dem von Thugut mündlich, man that es auch ſchriftlich durch die Worte der Antwort vom 15. Auguſt: Cet arrangement eſt auſſi énoncé d'une maniere, que, s'il pourroit en être queſtion, il reſteroit encore douteux, ſi ſous le nom des parties intereſſées, la Cour de Vienne ne voudroit pas revenir à ſes pretentions et les faire valoir d'une autre maniere également préjudiciable. Der von Thugut konnte damals weder mündlich noch ſchriftlich auf dieſe Ausſetzung etwas antworten. Nachhero, da Se. K. Majeſtät den Antrag, Ihrer Fränkiſchen Erbfolge zu entſagen, verworfen; da Ihre Ehre nicht erlaubte, davon zurückzugehen, und der Wiener Hof ſich nunmehro davon, und daß er nicht Gefahr laufe, bey ſeinem Worte, gegen ſolche Bedingung der Bayeriſchen Erbſchaft zu entſagen, genommen zu werden, ſicher zu ſeyn glaubt, ſo behauptet er nunmehro ganz dreiſt, daß ſeine Abſicht keine andere geweſen, als ſich aller Anſprüche auf die Bayeriſche Erbfolge zu begeben. Wer aber die ganze Sache im Zuſammenhange unparteyiſch überſieht, wird ſich leicht überzeugen, daß es dem Wiener Hofe damit kein Ernſt geweſen; daß er durch Aufwerffung einer K. Preuß. Seits unzuläßigen Propoſition nur die Gelegenheit geſucht, ſich einen Schein der Nachgiebigkeit zu erwerben, und dem K. Preuß. Hofe den Vorwurf von Friedensabneigung machen zu können. Wer dieſe Beſchuldigung nicht zureichend bewieſen finden ſolte, der wird wenig-

ſtens geſtehen müßen, daß der Wiener Hof durch geflißentliche Auslaßung einer ſo weſentlichen und allgemein gewöhnlichen Entſagungs-Clauſul dazu genugſam Anlaß gegeben, und ſich darüber zu beſchweren nicht Urſach habe.

Mehr ſcheinbar — — von ſelbſt verſchwinden.

Der K. K. Hof glaubet, S. 89 — 91. dieſe dritte Beſchuldigung heben zu können, wenn er ſie auf die am Ende dieſes Abſatzes gefaßte Art gegen den K. Preuß. Hof umkehret. Eine ſolche Umwendung würde aber alsdenn erſt ſtatt haben können, wenn eine völlige Gleichheit zwiſchen der Oeſterreichiſchen Erbfolge in Niederbayern und der Churbrandenburgiſchen in den Fränkiſchen Fürſtenthümern ausgemacht wäre, und der Wiener Hof mit ſo guten Gründen erwieſen hätte, daß das Churhaus Brandenburg kein Recht habe, die Fränkiſchen Fürſtenthümer mit ſeiner Primogenitur zu vereinigen, als der K. Preuß. Hof gegen den Wiener Hof erwieſen, daß er nicht das geringſte Recht auf einen Theil der Bayeriſchen Erbſchaft habe. Nach denen Vorausſetzungen des Wiener Hofes in dieſer Schrift, würden beyde **Höfe die Einwilligung des Reichs und der intereßirenden Theile der beyderſeitigen Erbfolgen bewirken, und dadurch die angebliche Uſurpation in eine rechtmäßige Erwerbung verwandeln wollen, oder müßen.** Hier wird ſich nun der Unterſchied zeigen, wenn es darauf ankommt, durch welche

che Mittel und Gründe, ein jeder von beyden Höfen ſolches würde bewerkſtelligen können. Der K. Preuß. Hof würde in einem ſolchem Fall dem Hauſe Pfalz vorſtellen: daß er alle ſeine Kräfte angewandt habe, um eine Trennung von Bayern zu verhüten, da er aber ſo wenigen Beyſtand gefunden, ſo erfordere die Staats-Raiſon, einen mäßigen Theil davon der Uebermacht, und der, obwohl ungerechten Prätenſion des Hauſes Oeſterreich aufzuopfern, um die wichtigſten Theile der Bayeriſchen Erbſchaft zu retten. Das Haus Pfalz würde vermuthlich eine ſo triſtige Urſache gelten laſſen, und ſeine Einwilligung geben, da es geſehen, daß Sr. Königl. Majeſtät von Preußen aus gutem Willen ohne Schuldigkeit, alles mögliche gethan, und Ihre Perſon, Armee und Staat auf die Spitze geſetzet. Der K. K. Hof müßte dagegen zu der künftigen Vereinigung der Fränkiſchen Fürſtenthümer mit der Brandenburgiſchen Primogenitur, die Einwilligung des Reichs und der künftigen Churbrandenburgiſchen Deſcendenz, die noch nicht exiſtiret, die aber bey dieſer Sache der intereßirende Haupttheil ſeyn würde, da die jetzo vorhandene bereits eingewilliget hat, herbeyſchaffen. Dieſe kann er nun nach der Natur der Dinge nicht beybringen; es zeigt ſich alſo dadurch allein ſchon die Ungleichheit beyder Fälle und die Unmöglichkeit ſolche zu vergleichen. Wenn der Wiener Hof hiernächſt die Einwilligung des Reichs beybringen ſolte, durch welche Gründe könnte er daſ-

ſelbe

ſelbe bewegen, ohne es ihm über den Kopf zu nehmen? Es iſt weder der wirkliche Fall der Brandenburgiſchen Erbfolge in Franken, noch eine Klage von jemanden, noch alſo der Fall der Nothwendigkeit, das angebliche Recht und Intereſſe des Reichs aufzuopfern, vorhanden. Folglich tritt keine andere Urſache ein, die Einwilligung des Reichs zu verlangen, als dieſe, damit das Haus Oeſterreich eine Gelegenheit und Urſache habe, einen Theil von Bayern zu erwerben. Würde man wohl einen ſolchen Bewegungsgrund dem Reich zu ſeiner Einwilligung anführen können? da ſolches nicht iſt, ſo wird man zu der in der K. K. Hauptgegenſchrift geltend gemachten Nothwendigkeit, das Gleichgewicht zwiſchen den Häuſern Oeſterreich und Brandenburg, durch eine dem erſtern in Bayern zu verſchaffende Erwerbung zu erhalten, und zu dem ungereimten Satze; daß ſo oft das Haus Brandenburg auch nur in entfernten Zeiten eine Erbſchaft zu erwarten habe, daß Haus Oeſterreich aus kluger Vorſicht zum voraus, ſich eine gleich ſtarke Erwerbung mit Recht oder Unrecht zu verſchaffen habe, die Zuflucht nehmen müſſen; allein der bloße Gedanke einer ſolchen Nothwendigkeit und eines ſolchen Gleichgewichts iſt eine Verſpottung der vernünftigen Welt und widerlegt ſich von ſelbſt. Alle dieſe natürliche und nothwendige aber ganz ungereimte und alle rechtliche Ordnung umſtoßende Folgen der hier von dem Gegentheil angeſtellten Vergleichung zeigen, daß dieſelbe ganz unrichtig, und ungegrün-

gründet iſt; daß die von dem K. Preuß. Hofe gegen den Wiener Hof gemachte Beſchuldigung gegen ihn nicht umgewendet werden kann; daß ſie blos auf die Grundſätze des Wiener Hofes paßt, und alſo gegen denſelben beſtehen bleibet. Ueberhaupt wird ein jeder billig denkender leicht einſehen, daß hier der Fall vorhanden iſt, da, wie man zu ſagen pflegt, das Haus Oeſterreich de lucro captando, und das Haus Brandenburg de damno vitando certiret, indem jenes von einer ihm bequem ſcheinenden Gelegenheit profitiren will, ſich ohne Rückſicht des Rechts eine anſehnliche Vergrößerung zu verſchaffen; dieſes aber mit völligem Recht ſolches zu verhindern und eine rechtmäßige obwohl entfernte und mittelmäßige Erbſchaft zu erhalten ſucht. *)

Die lezte Hauptbeſchuldigung — — iſt unbegreiflich.

Außer dem Wiener Miniſterium wird wohl niemand glauben, daß der von demſelben zu Braunau gemachte Vorſchlag der Reſtitution von Bayern ernſtlich gemeinet geweſen, da er dort bloß von dieſer Reſtitution ge- S. 91. u. 92.

*) Man will hier nur im Vorbeigehen, da es zur Hauptſache wenig thut, anführen, daß man Königl. Preuß. Seits die Untheilbarkeit von Bayern in der Eigenſchaft eines Churfürſtenthums nach der Vorſchrift der güldenen Bulle, nirgends behauptet, ſondern damit eigentlich nur auf die Oberpfalz als einen Theil des Churfürſtenthums Pfalz gezielet, wiewohl es an Gründen in Anſehung von Bayern ſelbſt auch nicht fehlet.

geſprochen, ohne zugleich die erforderliche völlige Entſagung auf die alte Anſprüche ſeines Hofes mit welchen er hernach wieder hätte hervorkommen können, zu verſprechen. Dieſe Entſagung hat der Wiener Hof nicht Sr. Königl. Maj. angetragen; er hat ſie nicht wiederholet, ſon- er hat ſie zuerſt dem Deutſchen Reich bekannt gemacht, nachdem er vorhero erſt vergewißert war, daß Se. Königl. Maj. den Antrag der wechſelſeitigen Entſagung zu Braunau verworffen hatten. Der wahre Ernſt iſt alſo auf eine wenig überzeugende Art gezeiget worden.

Oberwehnte — — annehmen zu wollen

Es iſt ein ſehr kräftiges und ungezweifeltes Zeichen von Großmuth und Verläugnung des eigenen Intereſſe, wenn der Wiener Hof Se. Königl. Maj. hier aufruft und angelegentlichſt erſucht, ihn in die Verlegenheit zu ſetzen und den gemachten Vergleichs-Vorſchlag anzunehmen, nachdem Se. Königl. Maj. mehrgedachten Vergleich mit Gründen verworfen und öffentlich erkläret, daß Sie ohne den größten Nachtheil Ihrer Ehre und der Rechte Ihres Hauſes ihn nicht annehmen könnten. S. 92.

Allein die Verwerfung — — wagen.

Dieſe Behauptung wird ohngeachtet aller Einwürfe allezeit wahr bleiben, nachdem der Wiener Hof nicht gut gefunden und ſich nicht getrauet, ſeinen Vorſchlag ohne Zurückhaltung der weſentlichſten Bedingungen zu thun, eher S. 92 u. 93.

er von Sr. Königl. Majeſt. abſchlägigen Antwort verſichert war.

Iſt denn aber — — Widerſpiel.

Die einſeitige Befugniß S. 93. u. 94. des Königl. Preuß. Churhauſes Brandenburg, von der eröfneten Erbfolge der Anſpach-Bayreuthiſchen Lande nach eigenem Gutfinden zu diſponiren wird jederzeit ſo gegründet bleiben, als man es in der **wahren Vorſtellung** der Erbfolgeordnung behauptet. Wenn die ſogenannte **ausführliche Beantwortung** der unparteyiſchen Welt einige Zweifel darüber hätte erregen können, wie man zu glauben nicht Urſach hat, ſo werden ſolche durch die diſſeitige **Gegenantwort** gewiß völlig gehoben.

Hat man nicht — . — dargeſtellet wird.

Dieſer an ſich nichts bedeutende Einwurf iſt in der **Beantwortung der Hauptgegenſchrift** des Wiener Hofes (S. 63. u. 79.) genugſam widerleget worden. Se. Königl. Majeſtät haben doch nirgends eingeſtanden, daß Sie Ihr Recht zur Vereinigung der Brandenburgiſchen Fürſtenthümer mit ihrem Churfürſtenthum für ſtreitig und ausgemacht hielten.

Sollte man — — gegeben haben. *)

Das Churhaus Brandenburg hat nach allen natürlichen und bürgerlichen Rechten und ſelbſt nach den Anerkenntnißen der Kayſer, die freye Befugniß, ſeine Hauß-Ordnungen und Succeßionen unter

ſich

ſich nach Gutſinden einzurichten und zu ändern; es erkennet keine fremde allezeit überflüßige Miteinwilligung und kein fremdes Geſetz, was ſeinen Hausverträgen eine verbindliche Kraft geben könnte. Dieſes Recht wird es jederzeit gegen jedermänniglich behaupten und alle Unternehmungen dagegen als Beleidigungen und als Verletzungen der Wahlcapitulation und der Reichsgeſetze anſehen. Warum ſolten Se. Königl. Majeſtät ein ſo unſchäzbares Recht und ſelbſt die rechtmäßige Erbfolge in Ihro Fränkiſche Fürſtenthümer, welche nach jetziger Lage der Umſtände zur Erhaltung der Freyheit und der Wohlfarth des Fränkiſchen Creyſes und des ganzen Reichs, gegen die ihr ſo offenbar bevorſtehende Gefahr ſo äußerſt nötig iſt, aufgeben? Warum ſolten Sie ſolche der Eiferſucht und dem Wohlgefallen des Hauſes Oeſterreich aufopfern? Wie könnten Sie mit Ehren ihre eigene Hausverträge widerrufen? Könnte dieſes mit Großmuth und patriotiſcher Geſinnung beſtehen? Wenn der Wiener Hof von ſolchen rühmlichen Geſinnungen beſeelet iſt, ſo laſſe er die hohe Häuſer Brandenburg, Pfalz und Sachſen bey Ihren Erbrechten und bey Ihren Beſitzungen; ſo begnüge er ſich mit denenjenigen, die ihm die Vorſicht überflüßig gegeben hat, und wenn er glaubt in einer alten 350. jährigen Urkunde einen Anſpruch, welcher der ganzen Welt unrichtig und ihm ſelbſt zweifelhaft ſcheinen muß, gefunden zu haben; ſo thue er doch damit der Ruhe und dem Wohlſtande des deutſchen Reichs,

 ſei-

ſeiner Mitſtände und der ihm ſo nahe verwandten Hohen Häuſer, ein Opfer, welches ihm ſo wenig koſten kann, und die allgemeine Zufriedenheit wieder herſtellen würde.

Konnten Ihre K. K. Apoſt. M. — — vorhanden iſt.

Da die unpartheyiſche Welt nunmehro die beyderſeitige Gründe in dieſer Schrift ſowohl als in der Königl. Preuß. Beantwortung der K. K. ſogenannten Gerechtſamen und Maaßregeln in Abſicht auf die Bayeriſche Erbfolge, gegen einander leſen und abwägen kann; ſo mag dieſelbe nunmehro entſcheiden, auf welcher Seite Billigkeit, wahre Mäßigung, Nachgiebigkeit, Friedensliebe, Vorſorge für das Beſte des Reichs und offenbares Recht vorhanden ſind. Die Entſcheidung kann wohl nicht fehlen für denjenigen Theil der nichts verlangt, und wider den, der vieles haben will, auszufallen. S. 95.

Was auſſer — — gewohnt ſind.

Der Wiener Hof thut allerdings für ſich am beſten, den weiteren Inhalt der fernerweitigen Erklärung des Königl. Preuß. Hofes zu übergehen und die ihm darinn beſchwerlich fallende Wahrheiten, die ihm freylich ekelhaft ſeyn mögen, mit der unerwieſenen Benennung von Wiederholungen und gehäßigen Anzüglichkeiten abzufertigen. Wie viele Achtung er gegen ſeine Feinde zu beweiſen gewohnt ſey, ſolches Eb. daſ.

mögen die Leſer der obgedachten Oeſterreichiſchen Hauptſchrift beurtheilen.

Umſonſt ſucht man — — befugt iſt?

Wenn der Satz des Wiener S. 94. Hofes, daß die Hausverträge der Reichsfürſten, die von den Kayſern beſtätigt ſind, ohne derſelben Bewilligung nicht geändert werden, jetzo bey dem Churhauſe Brandenburg durchgeſetzet werden ſolte, ſo wäre es allerdings um die Freyheit und das Daſeyn der Reichsfürſten gethan, und Ihre Erbfolgen würden künftig von dem Gutfinden des Kayſerl. Hofes abhangen. Es iſt und bleibt ein grundfalſcher Satz: daß die beyde ältern Hausverträge des Churhauſes Brandenburg, davon der eine vom Kayſer beſtätiget, der andere aber nicht beſtätiget iſt, durch ſolche Beſtätigungen ein Reichsgeſetz geworden, und zu deren Aufhebung die Bewilligung des Kayſers und des Reichs nöthig ſey. Solche Verträge ſind bloß Geſetze, die das Haus Brandenburg unter und für ſich gemacht, und die es mit Bewilligung aller ſeiner Mitglieder jederzeit wieder aufheben kann; ſie enthalten aber auch kein wahres und beſtändiges Verboth gegen die Vereinigung der Fränkiſchen Fürſtenthümer mit der Brandenburgiſchen Primogenitur.

LXXXII. Behauptete wahre Vorſtellung der Erbfolgeordnung in dem Burggrafthum Nürnberg, oder in den Brandenburgiſchen Fürſtenthümern in Franken. Berlin im Monath Jenner 1779. *)

Ob man gleich auf eine einleuchtende Art gezeiget hat, daß die von dem Kayſerlich-Königlichen Hofe vorgeſpiegelte **Secundogenitur** und **Minoratsordnung** in dem Königlichen Churhauſe Brandenburg eine bloße Chimäre und Erdichtung iſt, und auf einer gefliſſentlichen Verkehrung der Hausgeſetze beruhet: und obgleich gedachter Hof von dem Ungrund ſeiner Behauptungen aus der Königlich-Preußiſchen Ausführung eine vollſtändige Ueberzeugung erhalten haben muß; ſo läßt er doch der Kraft der Wahrheit ſo wenig Eingang, daß er fortfähret, der Welt die erſonnene Blendwerke aufzudringen, und die Natur und Ordnung der Erbfolge in den Fürſtenthümern des Burggrafthums Nürnberg in einem ganz falſchen Lichte vorzuſtellen.

Seine Beantwortung der wahren Vorſtellung der Erbfolgeordnung in dem Burggrafthum Nürnberg ꝛc. *)

welche kürzlich zu Wien erſchienen iſt, beſtehet in

*) Man ſehe die Anmerkung auf der 147 Seite dieſes fünften Bandes.

*) Man ſehe dieſe Schrift S. 96. u. ff. dieſes Theiles der Sammlung. Zur Bequemlichkeit der Leſer fügen wir auch die Seitenzahlen dieſes Abdrucks hier bey.

in bloßen Widerholungen verkehrter Auslegungen der Brandenburgiſchen Haus- und Erbfolgegeſetze und Privilegien, und in unrichtigen Folgerungen. Man wird ſolches mit Bezug auf jede Seite beſagter Schriſt, ohne ſie hier ganz zu wiederholen, zeigen.

K. K. Beantwortung p. 3. (S. 96. dieſ. Th.) Worte: Secundogenitur.

Es iſt kein pragmatiſches Reichs- und Hausgeſetz erſindlich, wodurch in dem Königlichen Churhauſe Brandenburg eine Secundogenitur und Minorat eingeführet und feſtgeſetzet wäre. Man kann aus der väterlichen Diſpoſition des Churfürſten Albrechts, von 1473. weder ein Reichs noch ein ewiges nach der Erlöſchung der Nebenlinien noch fortdaurendes Hausgeſetz machen.

Das Erzhaus Oeſterreich hat weder Beruf noch Befugniß ſich zum Vollzieher der Brandenburgiſchen Hausordnungen aufzuwerfen und auf die Verewigung einer vermeyntlichen Secundogenitur in dem Königlichen Churhauſe zu dringen. Der Friede zu Hubertsburg iſt mit der Kayſerin-Königin Maj. nicht mit dem Kayſer und Reich unterhandelt worden. Von dieſen iſt wegen Wiedervereinigung der Fürſtenthümer des Burggrafthums Nürnberg mit dem Churfürſtenthum niemals eine Bedenklichkeit geäußert, niemals ein Zweifel erreget worden.

Der bey der Unterhandlung gedachten Friedens vom Erzhauſe gemachte Antrag, der Wieder-

derverknüpfung ſolcher Brandenburgiſchen Für‑ſtenthümer mit dem Hauptſtaate auf ewig zu entſagen, verdiente nicht allein eine unwillige Ablehnung, ſondern er konnte auch nicht anders, als eine Wirkung der Eiferſucht, Beneidung, und Mißgunſt über jeden Zuwachs des Brandenburgiſchen Hauſes an Macht und Einfluß betrachtet werden. Die Ruhe des Reichs wird durch den Anfall dieſer Fränkiſchen Fürſtenthümer an das Churhaus ſo wenig bedrohet, daß er den vordern Kreiſen vielmehr zum Schutze gegen die überwiegende Macht des Erzhauſes, und deſſen gefährliche Entwürfe und Unternehmungen dienen kann.

Die Abſonderung des Großherzogthums Toßcana von den Erzherzoglichen Erbländern, und deſſen Ueberlaſſung an den zweyten Erzherzog und deſſen Nachkommenſchaft, war ohne Zweifel eine Folge geheimer Verabredungen des Kayſerl. Königl. Hofes mit den Bourboniſchen Häuſern, und hatte die Erhaltung der Ruhe in Italien zur Abſicht, war auch zur Zeit der Hubertsburgiſchen Unterhandlung bereits eine beſchloßene Sache. Sie konnte alſo dem Königl. Churhauſe Brandenburg nicht als ein Aequivalent für die ewige Trennung des Burggrafthums Nürnberg angebothen werden, noch weniger aber daßelbe bewegen und beſtimmen, der Wieneriſchen Anmuthung Gehör zu geben. Dem Erzhauſe konnte es bey ſeiner Uebermacht, und der großen Erſtreckung ſeiner

Staaten wenig koſten, das neuerworbene und entlegene Großherzogthum einem nachgebornen Erzherzog einzuräumen. Aber dem Hauſe Brandenburg konnte unmöglich angemuthet werden, dem Rückfall ſeines urſprünglichen Stammlandes an den Churſtaat, von dem es nur zeitlich getrennet war, zu entſagen und ſich zur Verewigung ſolcher Abſonderung und zwar bloß dem Erzhauſe zu gefallen, zu verpflichten. Das Anſinnen war befremdlich und beleidigend. Wer Urheber des durch den Hubertsburger Frieden geendigten Krieges und der ſiebenjährigen Unruhen, die das Reich zerrütteten, geweſen ſey, und was es von der Oeſterreichiſchen Uebermacht zu befahren, von ſeiner Nachbarſchaft aber jeder Reichsſtand zu erdulden habe, ſolches bedarf keiner Belehrung, und wird durch die Erfahrungen des Schwäbiſchen Kreiſes in Anſehung der Dominicalſteuer-Bedrückungen ſehr fühlbar begreiflich gemacht.

P. 4. S. 97. **Vergrößerung eigener Macht.** Iſt es denn für eine Vergrößerungsbegierde zu achten, wenn man ſich eine rechtmäßige Erbfolge nicht vereiteln laſſen will, und wenn man die Stammländer des Hauſes nach ihrem rechtmäßigen Anfalle zu vereinigen entſchloſſen iſt? Verräth es einen Hang zu Unruhen, wenn man ſein altväterliches Erbe behalten, und den übrigen Beſitzungen des Hauſes einverleiben will?

Der

Der Wieneriſche Hof bekennet hier ſelbſt daß er die Burggräflich Nürnbergiſche Erbfolgeangelegenheit in die Unterhandlung über ſeine Bayeriſche Anſprüche, bloß aus Mißvergnügen, und Begierde der Rache und Wiedervergeltung eingemiſchet, und zu dem Ende eingeflochten habe, daß entweder Se. Königl. Maj. von Preußen gezwungen werden möchten die ungerechte Zertrümmerung des Herzogthums Bayern, und die Durchſetzung der Oeſterreichiſchen Titelloſen Anſprüche und gewaltſamen Anmaßungen in Bayern zuzugeben; oder daß, falls das Erzhaus dieſen zu entſagen genöthiget werden ſolte, das Königliche Churhaus Brandenburg dagegen ſeine rechtmäßige Erbfolge in dem Fürſtenthum des Burggrafthums einbüßen ſolte.

Se. Königl. Maj. von Preußen ſind als mitſchlieſſender Theil des Weſtphäliſchen Friedens, und in dieſer Eigenſchaft und als Churfürſt und eines der vorderſten Glieder des deutſchen Reichs hinlänglich ermächtiget, ſich der widerrechtlichen Zertrümmerung des Herzogthums Bayern, und der Vollſtreckung des dem Churfürſten von der Pfalz durch ein Kriegesheer, und die heftigſten Drohungen abgedrungenen, die Erbfolgerechte der Agnaten, und die Befugniſſe der Allodialerben vernichtenden, ungültigen Vergleichs entgegen zu ſetzen, und das Reichsſyſtem gegen dieſe gewaltſame und zerrüttende Erſchütterung zu unterſtützen.

Die rechtmäßige Erbfolge des Hauſes Brandenburg in ſeinen Stammländern erſchüttert und zerrüttet die Verhältniße im Reiche nicht. Aber wenn das Erzhaus ſich ohne allen rechtmäßigen Titul einen beträchtlichen Theil von Bayern mit Gewalt zueignet, und den alten Plan, Meiſter von ganz Bayern zu werden, auszuführen beginnet; ſo entſtehet daraus eine gänzliche Erſchütterung des Reichsſyſtems, und die Sicherheit und Freiheit des deutſchen Staats-Cörpers geräth in die gröſte Gefahr.

Das Erzhaus hat auf die Vereinigung der Bayerſchen Staaten mit ſeinen Erbländern ſchon längſt ein begieriges Auge geworfen. Man übergehet die dahin abzielende Entwürfe und Verſuche in den vorigen Zeiten, beſonders in dem Laufe des Spaniſchen Succeßionskrieges. Man begnüget ſich, dem Reiche und den Garants des Weſtphäliſchen Friedens in Erinnerung zu bringen, daß das Erzhaus im Jahr 1743. dem höchſtſeligen Kayſer Karl VII. den Vorſchlag gethan:

Ihm ganz Bayern abzutreten, wogegen es ihm Elſaß, Lothringen, und die Grafſchaft Burgund, die man von Frankreich erobern und in ein Königreich zuſammen ſchlagen wolle, abzutreten und zu überlaſſen ſich erboth. *)

Gerech-

*) Des Marſchalln Herzogs von Noailles Memoires politiques et militaires &c. Tom. 4. p. 169.

Gerechte Vergrößerungen des Erzhauſes werden Se. Königl. Maj. von Preußen demſelben niemals mißgönnen, und nie verhindern. Die Bayeriſche Anſprüche aber haben kein Recht zu dieſer Benennung. Der König erkläret ſie nicht als Richter, für ungerecht, ſondern verlanget als Mit-Contrahent der Reichsgeſetze, daß das Erzhaus Oeſterreich ſich nicht eigenmächtig Recht ſchaffen ſoll.

P. 5. (S. 98.) **Succeßions-Ordnung.** Die Brandenburg. Erbfolgeordnungen ſind Verträge und Verabredungen der Familie und des Hauſes, nicht aber Reichsgeſetze. Durch die Kayſ. Beſtätigung erwachſen ſie nicht in ſolche, und der Geraiſche Vertrag iſt nicht einmal vom Kayſer beſtätiget worden. Die Kanzleyformel, daß die Kayſerliche Beſtätigung mit Rath und Wißen der Churfürſten und Fürſten gegeben ſey, macht einen Hausvertrag zu keinem Reichsgeſetze, vielweniger einzelne Stände zu deßen Gewährsmännern und Vollziehern. Das Erzhaus Oeſterreich hat zur Errichtung der Brandenburgiſchen Erbfolgeordnung auf keine Art beygeſtimmt oder mitgewirket, folglich keine Befugniß, derſelben eine Deutung zu geben, oder ſich andern Anordnungen des Brandenburgiſchen Hauſes zu widerſetzen. Selbſt der Kayſer und das Reich erlangen aus der Beſtätigung eines Chur- und Fürſtlichen Geſchlechts- und Hausvertrages keine Befugniß, die Glieder des Hauſes zu verhindern, einmüthig davon abzugehen,

und andere davon abweichende Verfügungen zu verabreden. Vielmehr iſt der Kayſer nach dem Art. 1. §. 9. der Wahlcapitulation verpflichtet, alle ſolche Verträge, wie ſie die Chur- und Fürſtenhäuſer zu errichten gutfinden, für gültig zu erklären, und gutzuheißen.

Der Kayſerl. Königliche Hof hat ſich bey der Unterhandlung nicht erbothen, die Einwilligung des Reichs zu verſchaffen um die Fürſtenthümer des Burggrafthums mit dem Churlande verknüpfen zu dürfen; ſondern er hat ſeine Bewilligung dazu angebothen, fals der König die mit dem Churfürſten verabredete Zertrümmerung des Herzogthums Bayern verſtatten wolle. Die Rechtmäßigkeit des Oeſterreichiſchen Beſitzes hieng von der Gültigkeit eines Titels und Anſpruchs, von der Bewilligung der Lehensfolger, von dem Anerkenntniß des Reichs, und der Garants des Weſtphäliſchen Friedens ab, welcher die Erbfolge der Pfalzgrafen in ganz Bayern, und den Rückfall der obern Pfalz in ihrem völligen Umfange, wie auch die Befugniße der Allodialerben auf das beſtimmteſte feſtgeſetzet hat. Der Wienerſche Hof erklärt hingegen in dem Schreiben des Fürſten von Kaunitz an den Grafen v. Cobenzel vom 31. May 1778.

daß er ſich der Vereinigung der fränkiſchen Fürſtenthümer mit den Churlanden allezeit, und mit aller ſeiner Macht und zwar bloß aus dem Grunde des Gleichgewichts

widerſetzen, und ſie nicht anders als erwiederungsweiſe gegen die Verſtattung der Bayeriſchen Erwerbung zugeben werde.

Das heißt doch wohl, ſolche von ſeiner Bewilligung abhängig machen. Die Gegenſtände der verlangten Reciprocität waren zu verſchieden, als daß dieſe hätte Statt finden können. Der Wiener Hof hat gar keinen Titel zur Erwerbung eines Theils von Bayern, hatte ſich aber mit Gewalt ſchon in den Beſitz gedrungen, und dem Lehnsfolger einen einſeitigen Vergleich abgenöthiget. Die Erbfolge des Hauſes Brandenburg in ſeinen Stammfürſtenthümern in Franken iſt ganz rechtlich, unſtreitig, ausgemacht, ihr Fall noch entfernt und ungewiß, und die Einverleibung derſelben in den Hauptſtaat eine bloße innere Hausangelegenheit, worein ſich der Wieneriſche Hof gar nicht zu miſchen hat.

P. 6. (S. 100.) **Fünf Grundſätze.** Es iſt unbegreiflich, wie man dieſe allgemeine, und in der Natur der Reichsfürſtl. Lehens- und Erbfolge gegründete Sätze zum Theil bezweifeln mag, und beſtreiten kan. I. Daß in den Theilungs- und Erbfolge-Verträgen der deutſchen Fürſtenhäuſer gemeiniglich auf die Verhinderung weiterer Theilungen und Zerſplitterungen der Länder das weſentliche Augenmerk gerichtet worden, ſolches ergiebt ſich aus ihrer Einſicht, aus ihrem Zweck, und aus der Sorge aller hohen Geſchlechter im Reich, das Anſehen, den Flor, die Macht des Hauſes zu erhalten.

II. Daß

II. Daß den getheilten Linien und Zweigen des Hauſes, die wechſelſeitige Erb- Stamm- Geblüts- und Lehensfolge in den abgetheilten Ländern verblieben und vorbehalten worden, ſolches gründet ſich theils darinn, daß alle Erb- und Lehensfolge im Reich von der Abſtammung vom erſten Erwerber abhängt, theils aber iſt der ausdrückliche Vorbehalt derſelben in allen ſolchen Verträgen anzutreffen.

Es iſt eine die Aufmerkſamkeit aller Chur- und Fürſtenhäuſer nothwendig erregende Behauptung, daß es nicht in der Macht derſelben geſtanden haben ſolle, bey ihren Theilungen die Erb- und Lehensfolge den abgetheilten Linien vorzubehalten, ſondern daß zur Gültigkeit dieſes Vorbehalts die Kayſerliche Begnadigung und Genehmigung erforderlich geweſen. Der Grundſatz: **Theilung bricht Erbe**, kann unmöglich für ein allgemeines deutſches Lehensgeſetz, oder eine allgemeine deutſche Lehnsgewohnheit, am wenigſten in Anſehung der Reichslehen ausgegeben werden. Die Privatſammlungen deutſcher Lehensgebräuche, die zum Beweiſe angeführet werden, als:

das ſogenannte Kaiſerrecht, das Schwäbiſche Lehenrecht, das Bayeriſche Lehenrecht, der Auctor vetus de beneficiis, das Sächſiſche Lehenrecht ꝛc.

haben niemals ein geſetzliches und entſcheidendes Anſehen gehabt, und können in Lehenfolge-Angelegenheiten der deutſchen Chur- und Für-

ſtenhäu-

ſtenhäuſer nicht angezogen, vielweniger zum Grunde und zur Vorſchrift der Entſcheidung genommen werden. Es reden aber die Stellen von getheilten Lehen, worauf man ſich beruft, von Lehen, worinn die Lehenfolge lediglich in der Mitbelehnſchaft gegründet iſt, und denn von ſolchen Theilungen, wodurch die geſammte Hand ausdrücklich und gänzlich aufgehoben worden iſt. Sie haben alſo erſtlich keine Anwendung,

> wo die Lehensfolge auf der Abſtammung vom erſten Erwerber beruhet;

hernach können ſie auch auf ſolche Theilungen nicht gezogen werden,

> welche in bloßen Mutſchierungen beſtanden, und nur Verwaltung und Niesbrauch, nicht aber das Geſammteigenthum abgeſondert und getrennt haben.

Das Kaiſerrecht Cap. 12 §. 1. ſagt ausdrücklich,

> daß die Mutſchierung, d. i. die bloße Theilung der Verwaltung und Nuznießung den Ganerbinat, oder das Geſammteigenthum nicht aufhebe.

Es erforderte auch eine ſolche Theilung die Einwilligung und Genehmigung des Lehenherrn nicht, ſondern ſie war ohne ſeine Bewilligung und Beſtätigung der Lehensfolge unnachtheilig und auch in denjenigen Lehen, worinn eine Mitbelehnſchaft zur Lehensfolge nöthig war, wurde dieſe durch den bloßen Vorbehalt und die Verfolgung der geſammten Hand erhalten.

Schwä-

Schwäbiſches Lehenrecht C. 37. §. 1. 2. der Senckenbergiſchen Ausgabe S. 70.
Fränkiſches Lehn- oder Kayſerrecht, Buch 3. Cap. 12. im Senckenb. Corp. jur. Feud. §. 16.

„Eyn Herre mag viel Brüdern leihen eyn Le-„hen, daz ſy mit geſamter Hand empfa-„hent, und gleiche Gewer daran habent; „und wollen ſy ſich ſcheydent mit dem Gutt, „und teylen das unter ſich, das thun ſye „wol one des Herrn Urlob.

Die Theilungen werden allezeit für bloße Mutſchierungen und Theilungen der Nutznieſung im Zweifel ſo lange geachtet und gehalten, bis ganz beſtimmt dargethan iſt, daß die theilende Linien und Zweige nicht blos eine Abſönderung in der Verwaltung und Hebung der Einkünfte, ſondern eine Theilung von Grund aus, in Anſehung der Mitherrſchaft, des Sammteigenthums, der Gemeinſchaft, der Namens- und Wapengenoſſenſchaft vorzunehmen gemeynet geweſen.

S. Beleuchtung und Erörterung der Oeſterreichiſchen Anſprüche auf Niederbayern. 1. Sect. §. 3 — 7.

Der bloße Vorbehalt der Mitbelehnſchaft, des Sammteigenthums, und der Lehensfolge war bey den Theilungen zureichend, den Linien ihre wechſelſeitige Succeßions-Befugniſſe zu erhalten, und zu verſichern. Die erlauchten Häuſer bedurften zur Gültigkeit dieſes Vorbehalts keiner beſondern Kayſerlichen Begnadigung und Befrey-

Befreyung. In den ſämmtlichen Theilungen des Hauſes Brandenburg iſt ein ſolcher Vorbehalt der geſammten Hand, und wechſelſeitigen Lehensfolge enthalten, und es bedurfte daher keiner Kayſerlichen Befreyung und Erklärung,

> daß die Theilungen der Mitbelehnſchaft und wechſelſeitigen Lehensfolgen ſeiner Linien und Zweige unnachtheilig und unabbrüchig ſeyn ſollten.

Zum Ueberfluß ertheilte indeſſen dieſe Erklärung Kayſer Friederich der dritte in der

> Beſtätigungsbulle v. 1473,

und ſie iſt aus derſelben in der Folge den Kayſerlichen Lehenbriefen eingerücket worden.

Es iſt III. ein ungezweifelter Satz, daß die Trennung der Länder nur ſo lange dauren kann, und ſoll, als die theilende Linien vorhanden ſind.

Sie machen die Theilungen, und für ſich. Sie behalten ſich die wechſelſeitigen Lehens- und Erbfolge bevor, und ſie ſind es allein, die aus dem Theilungsvertrage ein Recht erlangen. Erlöſchen ſie bis auf eine; ſo fallen der übrigbleibenden die getheilten Länder zu, die Theilungsverträge hören auf, und es iſt zu neuen Theilungen unter den Gliedern der übrigbleibenden Linie gar keine Verbindlichkeit vorhanden.

Es laſſen ſich wohl Verfügungen und Verabredungen gedenken, vermittelſt welcher feſtgeſetzet werden kann:

> Daß gewiſſe Länder von dem Hauptſtaate

der

der erſtgebornen Linie abgeſondert bleiben, und immer wieder den nachgebornen Gliedern des Geſchlechts eingegeben werden müſſen.

Man nenne eine ſolche Einrichtung mit den Wieneriſchen Schriftſtellern eine **Secundogenitur**, oder mit dem verſtorbenen von Cramer ein **Minorat**: ſo kömmt es nicht blos darauf an, ob ſie möglich ſey, und Statt finden könne: ſondern es muß erwieſen werden: Daß ſie in einem Hauſe wirklich beliebet und angenommen ſey. Da ſie an ſich wider das Anſehen und Aufnahme der erlauchten Häuſer ſtreitet; da ſie das Erſtgeburthsrecht wider ſeinen Zweck einſchränket; da ſie bey Churhäuſern ſelbſt den Abſichten der güldenen Bulle zuwiederläuft: ſo kann ſie nicht vermuthet, und ſo muß, wie Cramer ſelbſt bemerket, die Erklärung der Haus- und Geſchlechts- und Erbfolgeordnungen der Regel nach wider dergleichen Einrichtung gemacht werden, und man kann ſie nicht annehmen, als wo die Verfügungen ganz wörtlich eine ſolche ewige und immer beyzubehaltende und zu wiederholende Trennung der Länder eines Hauſes vorſchreiben. In deutſchen Chur- und Fürſtenhäuſern ſind ſolche **Minorate** unbekannt, und man erinnert ſich keines Beyſpiels derſelben. Wenn in den vorigen Jahrhunderten die Theilungen der Länder ſo gewöhnlich waren: ſo war man eines Theils damals mit den Grundſäzen einer wahren Staatskunſt wenig bekannt, andern Theils hatte die väterliche

terliche und brüderliche Zärtlichkeit dabey blos den Zweck, die nachgeborne Prinzen mit Land und Leuten zu verſorgen, nicht aber auf ewig mehrere regierende Linien zu errichten, und der Wiedervereinigung der Länder auf alle Zeiten vorzubeugen.

Nicht nur IV. wenn nur ein einiger Prinz im ganzen Haus Brandenburg noch vorhanden iſt, hat die Wiedervereinigung des Burggrafthums Nürnberg mit der Chur Brandeburg ſtatt; ſondern auch alsdann, wann von den abgetheilten Linien nur noch eine vorhanden iſt, obgleich in derſelben mehrere Prinzen verhanden ſind. Die Verordnung des Churfürſten Albrecht Achilles, und der Geraiſche Vertrag reden nicht von dem Falle, wenn in dem ganzen Brandenburgiſchen Hauſe nur noch ein einiger Markgraf und Prinz vorhanden ſeyn würde. Dieſer Fall bedarf keiner Beſtimmung, indem dieſem einigen Markgrafen alle Länder nothwendig gehören müſſen. Von der Erlöſchung der ſämtlichen Linien bis auf eine einige ſind gedachte Zeit-Hausgeſetze zu verſtehen. Da in jeder Linie das Erſtgeburthsrecht eingeführet iſt: ſo fallen die erledigten Länder dem Erſtgebohrnen der übrigbleibenden Linie zu, und die nachgebohrnen dieſer Linie haben daran keinen Anſpruch. Der einige Margraf heiſſet der Erſtgebohrne der übrigbleibenden Linie, und ſeine Erben können nur vermöge des Erſtgeburthsrechts ſeine Land- und Lehensfolger bedeuten.

Pag. 8. (S. 104.) Wann daher — Dieſe Schlüſſe und Folgerungen ſind ſo einleuchtend und unumſtößlich, daß kein vernünftiger Einwurf dagegen ſtatt finden mag. Es iſt nicht davon die Rede, ob ſolche unweiſe Verfügungen möglich ſind. Die größeſte Ungereimtheiten ſind möglich. Aber vermuthen muß man keine ſinn- und zweckloſe Einrichtungen. Welche Abſichten ſollten ſolche Minorate und Secundogenituren auf ewige Zeiten haben? Nachgeborne Prinzen können ſich vermählen und das Haus fortpflanzen, ohne daß eine ewige Trennung ſeiner Staaten nöthig wäre, und ohne ſie zu regierenden Herren abgetheilter Länder zu machen.

P. 9. (S. 105.) Gleichwie aber — die Natur der Aßcaniſch. Theilungen entkräftet nicht den Brandenb. Erwerbungs-Titul des Hauſes Zollern, zumal die Vernachläßigung der geſammten Hand dazu kommt. Es iſt unbedachtſam und beleidigend, daß die Wieneriſche Schriftſteller dieſen Brandenburgiſchen Erwerbungstitul, um, wie ſie glauben, witzige und treffende Inſtanzen zu machen, ſo oft anfechten. Sie bedenken nicht, daß dieſer Titel gewiß unendlich rechtmäßiger und gültiger iſt, als derjenige, aus welchem Kayſer Rudolf der erſte ſeinem Habsburgiſchen Hauſe Oeſterreich, Steiermark und Krain, wider die Vorſchrift der alten Oeſterreichiſchen Freyheits-Briefe, auf die ſie ſich ſo oft beruffen, und wider die Rechte der Babenbergiſchen Nachkommenſchaft verliehen.

P. 9.

P. 9. (Eb. daſ.) **Daß nämlich — Dem** Erſtgebohrnen der übrigbleibenden Linie, nicht den nachgebohrnen Prinzen derſelben, fallen die erledigten getheilten Länder allein zu. Er iſt alſo Meiſter ſolche ſeinen Staaten einzuverleiben. Man beweiſe erſt das ewige Minorat, welches man aus obigen Hausgeſetzen erzwingen will. Man beweiſe das Succeßionsrecht der nachgebornen Prinzen, dann wird man zugeben, daß es nicht von der Willkühr des Erſtgebornen Regierers des Hauſes abhange, die Fränkiſche Fürſtenthümer mit dem Churſtaate zu verknüpfen. Wenn das Erbfolgerecht der nachgebornen Prinzen in dieſen Fürſtenthümern wirklich und erweislich, und in den Haus- und Geſchlechtsgeſetzen gegründet iſt, dann hängt es freylich nicht von der Güte und dem Willen des Erſtgebornen ab.

P. 9. (Eb. daſ.) **in dem Geraiſchen Vertrage.** Die Albrechtiſche Hausordnung, und der Geraiſche Vertrag, und die Kayſerliche Beſtätigung der erſten, ſind ſo lange, als die theilende Linie dauren, würkſam, expiriren aber ſobald, als dieſe bis auf eine erloſchen, mithin nur noch ein paciſcirender Theil vorhanden iſt. So lange dieſe theilende vorhanden ſind, ſo lange kann einſeitig, und ohne ihre Uebereinkunſt und Beſtimmung an jenen Hausgeſetzen nichts geändert werden, und was dagegen unternommen wird, iſt kraftlos.

P. 10. (S. 106.) **Veränderte.** Veränderte Zeitumſtände und eine hellere Staatskunſt be-

rechtigen nicht, die Hausgeſetze und Erbfolgeordnung zu verändern ohne Uebereinſtimmung des Geſchlechts, das ſagt niemand. Aber wenn die Linien, welche daraus ein Recht hatten, erlöſchen: ſo verſtattet eine aufgeklärtere Staatskunſt nicht, neue Nutztheilungen und Trennungen der heimgefallenen Länder vorzunehmen. Verknüpfte das Erzhaus nicht alle abgeſonderte Erbländer wieder mit den Hauptſtaaten? Nahme es denn neue Theilungen vor?

Der Lehenherr erlangt aus der Beſtätigung einer von der Lehentragenden Familie errichteten Erbfolgeordnung für ſich keine Befugniß, ihr Aenderungen darinn zu verwehren, oder andere, der Lehenherrlichkeit unabbrüchige Einrichtungen zu machen. Dies iſt ein Satz des Lehenrechts und nicht der Politik. Die vom Kayſer und Reiche über die Erbfolgeordnung eines Chur- und Fürſtenthums ertheilte Beſtätigung macht ſolche zu keinem Reichsgeſetz, wirket an ſich keine Gewährleiſtung, und berechtiget den Kayſer und das Reich nur, auf ihrer Vollziehung in ſo fern die Hand zu halten, als eine Linie wider den Willen der andern, ein Glied wider des andern Bewilligung dagegen etwas unternehmen will, und wenn alſo der beſchwerte Theil Klage führet. In Veränderungen aber, welche das geſammte Haus gut findet, und einmüthig macht, kann Kayſer und Reich ſich nicht miſchen. In den Brandenburgiſchen Haus- und Succeßionsordnungen wird gar keine Veränderung durch die

Ver-

Verknüpfung der Fürſtenthümer des Burggrafthums Nürnberg mit dem Churfürſtenthum gemacht. Die Trennung und Abſonderung dieſer Länder, die Albrechtiſche Verfügung, der Geraiſche Vertrag hören von ſelbſt mit Erlöſchung der fränkiſchen Aeſte und Linien auf.

Pag. 10. (Eb. daſ.) **Kein Patriot.** Die Wiedervereinigung eines der übrigbleibenden Hauptlinie anfallenden urſprünglichen Stammlandes iſt gewiß keine gefährliche Regierungs-Maxime. Die Staatskunſt des Berliner Hofes iſt gerecht, redlich, und vernünftig. Auf wohlgelegene Reichsländer ſich Anſprüche zu erdichten, dieſe mit Kriegesheeren ſofort durchzuſetzen, dem rechtmäßigen Lehensfolger deren Anerkennung mit Gewalt abzunöthigen, die Agnaten gänzlich davon zu verdrängen, die Allodialerben ihrer Forderungen willkührlich zu entſetzen, die vermeyntlich eröfnete Reichslehen für ſich einzuziehen und ſich eigenwillig zuzueignen, das ſind wohl geſündere Maximen des Wienerſchen Hofes, welche er in der Bayeriſchen Sache ausgeübet hat.

P. 10. (S. 107.) **Man hat gar nicht Urſache.** Die Freyheit der deutſchen Chur- und Fürſten-Häuſer, ihre Succeßionsordnung nach Gutfinden zu beſtimmen, zu ändern, zu beſſern, zu bezweifeln und zu beſtreiten iſt ein Beginnen des Wienerſchen Hofes, welches die Aufmerkſamkeit des geſammten Reichs erfordert, und erregen muß. Daß die Kayſerliche Einwilligung

dazu gar nicht erforderlich ſey, iſt eine ausgemachte Wahrheit *), und daß der Kayſer alle Vereinigungen der Chur- und Fürſtenhäuſer, die dieſe über ihre innere Verfaſſungen, Einrichtungen, Erbfolgearten zu treffen gut finden, nothwendig erkennen, guthieißen, handhaben, und auf Verlangen beſtätigen muß, ſolches beſaget ſeine beſchworne Wahlcapitulation Art. 1. S. 9.

P. 10. (Eb. daſ.) **Alles kommt auf.** Dieſes iſt ein Gewebe von unrichtigen Vorausſetzungen. Ein **Reichsgeſetz** iſt ein Vertrag, welcher von den verſchiedenen Theilen der geſetzgebenden Macht im Reiche zu deſſen Beſten errichtet wird; hergegen eine **Hausordnung**, die hiernächſt vom Kayſer und Reich, wenn das Haus ſolches verlanget, beſtätiget worden, iſt ein Vertrag, den die Mitglieder eines Fürſtlichen Hauſes zu ihrem eigenen und alleinigen Beſten unter ſich errichten, und worüber ſie, zu deſſen beſſern Feſthaltung die **Beſtätigung**, aber nicht die **Bewilligung**, des Kayſers und des Reichs, nachdem ſie es gutfinden, ſich geben oder nicht geben laſſen. Wenn ſie den Hausvertrag anders einrichten wollten, müßten Kayſer und Reich denſelben eben ſowohl beſtätigen. Hausverträge ſind alſo Geſetze eines Hauſes durch die in dem Hauſe geſetzgebende Macht errichtet, aber nicht Geſetze des Reichs. Sie können alſo ohne Bewilligung des Reichs errichtet, auch ohne

*) Moſer Familienſtaatsrecht p. 1. 8. 951. 1016. 1023. 1048. 1062.

ohne Bewilligung deſſelben wieder aufgehoben und geändert werden, wenn es nur mit einmüthiger Uebereinſtimmung der ſämmtlichen Mitglieder des Hauſes geſchiehet. Dieſe, wenn ſie ſolche Veränderung nicht zugeben wollen, können die Garantie und den Schutz der im Reich geſetzgebenden Macht gegen diejenigen, ſo ihnen wider ihren Willen eine Veränderung aufdringen wollen, ſuchen. Kayſer und Reich können ihnen aber eine Garantie, die ſie nicht verlangen, nicht aufdringen, und ſie nicht zwingen eine Succeßionsordnung zu beobachten, die ſie dem Beſten ihres Hauſes nicht länger angemeſſen finden. Dieſes ſind Grundſätze, die in der Vernunft und Billigkeit, in den natürlichen, bürgerlichen und Reichsgeſetzen unumſtößlich gegründet ſind, und welche alle von dem Wiener Hofe aufgeſtellte ſo willkührliche, als den Rechten des ganzen Fürſtenſtandes und eines jeden freyen Menſchen gerade entgegen ſtehende Sätze gänzlich über den Haufen werfen. Iſt denn die Beſtätigung des Kayſers nicht von dem Hauſe geſuchet? Iſt ſie nicht blos dem Hauſe und Geſchlechte zugefallen, nicht aber dem Kayſer zu gute ertheilet? Iſt denn der Kayſer miterrichtender und mitſchlieſſender Theil durch die Beſtätigung geworden? Iſt denn die Kayſerliche Beſtätigung einer verabredeten Succeßionsordnung vermögend, ſolche zu einem Reichsgeſetz zu machen, und das Haus wider den Willen ſeiner Glieder zu ihrer Beobachtung zu zwingen? Lieget denn in der Kayſerlich-oberſtrichterlichen Beſtätigung der von einem Ge-

ſchlechte vertragsweiſe feſtgeſetzten Erbfolgeordnung eine Bewilligung der geſetzgebenden Macht? Beſtünde ſie denn nicht ohne dieſelbe, und bedarf ein Geſchlecht der Bewilligung des Geſetzgebers, um Verträge über ſeine Succeßionsart zu ſchließen, zu ändern, zu beſſern.

P. 11. (S. 108.) **Wenn man nun.** — Dieſe Vergleichung iſt ganz ungereimt und gar nicht paßend. Man vergleicht Dinge die Himmelweit verſchieden ſind. Das Haus Brandenburg beſtimmt mit Einwillung ſeiner Glieder eine innere Einrichtung. Das Erzhaus dringt durch ſein Kriegesheer und die gewaltſamſten Drohungen dem Bayerſchen Lehensfolger einen einſeitigen Vergleich über die nichtigſte und titelloſeſte Anſprüche zum Nachtheil der ſchon im Miteigenthum und Mitbeſitze ſtehenden Pfalzgräflichen Agnaten ab, wodurch ein beträchtlicher Theil des Herzogthums ohne Titel einem fremden Hauſe abgetreten wird. Das Haus Brandenburg erhält durch eine rechtmäßige Erb-Lehns und Stammfolge ſein urſprüngliches, eigenthümliches Erbe, und dadurch einen mäßigen, aber ganz rechtmäßigen Zuwachs an Macht und Ländern. Das Erzhaus vergröſſert ſich auf Koſten eines deutſchen Chur- und Fürſtenhauſes, macht eine gewaltſame, ungerechte, landfriedensbrüchige Eroberung über ſeinen Mitſtand, reiſſet das beträchtlichſte Stück eines Herzogthums ohne Titel und mit Gewalt an ſich. Das Haus Brandenburg nimmt ſein durch Zeittheilungen abgeſonder-

ſondertes Stammland, nach Erlöſchung der damit verſorgt geweſenen Linien zurück, nachdem die Theilungsverträge mit dem Ausgange der theilenden Zweige aufhören. Das Haus Oeſterreich entreißet den Pfalzgräflichen Agnaten einen Theil der Bayerſchen Lande, worinnen ihnen die Lehensfolge vermöge der Abſtammung vom erſten Erwerber, nicht vermöge der ſpäteren Bayerſchen Primogenitur zukömmt. Das Haus Brandenburg macht im Herzen des Reichs keine Eroberung, und neue Erwerbung, und erlangt dadurch einen ganz unbeträchtlichen Zuwachs an Macht; es erhält eine rechtmäßige Erbſchaft und bekommt ſein Stammland nur zurück. Oeſterreich vermehret ſeine ungeheure Uebermacht durch eine mit Gewalt gemachte, durch einen abgedrungenen Vergleich beſchönigte, von allem rechtlichen Grunde entblößte Eroberung der Hälfte des Herzogthums Bayern, und erſchüttert allerdings nicht nur das ganze Reichsſyſtem durch dieſe Zertrümmerung eines der erſten Herzogthümer des Reichs, ſondern erlangt auch durch dieſe, nach ſo wichtigen in kurzer Zeit gemachten Erwerbungen, durchgeſetzte Eroberung, bey ſeinen ungeheuren vorherigen Beſitzungen eine ganz Deutſchland mit der Unterdrückung bedrohende Uebermacht. In die innern Einrichtungen des Hauſes Brandenburg hat ſich Kayſer und Reich unter dem Vorwande beſtätigter Hausverträge keineswegs einzumiſchen. Gegen die gewaltſame Zertrümmerung des Herzogthums Bayern, kann man mit Rechte und Grunde das

 ganze

ganze Reich auffordern, um dem Umſturz ſeines ganzen Syſtems zuvorzukommen.

P. 12. (S. 109.) Neben dieſen — Die Churfürſtliche Primogenitur wird allerdings ungebührlich gegen dieſe Verfügung der Kayſerlichen Wahlcapitulation eingeſchränket und beenget, wenn man einem Churhauſe verwehren will, ſein urſprüngliches, durch bloße willkührliche Zittheilung von dem Churlande abgeſondertes, nach Erlöſchung ſeiner Neben-Aeſte zurückfallendes Stammland mit dem Churfürſtenthum wieder zu verknüpfen. Dieſes iſt der eigentlichſte Fall, worauf das Wahlgeſetz zielet, und anwendbar iſt. Die Churfürſtliche Primogenitur erſtrecket ſich nach dem Belieben jedes Churhauſes auf alle ſeine urſprüngliche und erworbene Staaten ſowohl *); als auch, wie dieſer bewährte Schriftſteller darthut, auf alle Erwerbungen und neu erlangte Beſitzungen. Es kann gar nicht auf den kleinen Umfang von Land, worauf dem Wahne nach die Churſtimme haftet, eingeſchränket werden. Wer wollte z. E. die Churſächſiſche Primogenitur auf den Wittenbergiſchen Churkreis einſchränken, und Meiſſen und Thüringen davon ausnehmen? Als Friederich das Churfürſtenthum Brandenburg erwarb, ſo beſaß ſein Haus die Fürſtenthümer des Burggrafthums Nürnberg längſtens, und ſo wurden dieſe der Churfürſtlichen Primogeni-

*) Von Olenſchlager: in der Erläuterung der güldenen Bulle. P. 343.

genitur um ſo gewiſſer unterworfen, je weniger jemand behaupten wird, daß der Churprinz durch den Zuwachs der Churlande, ſeiner Stammländer verluſtig gehen müſſen. Dieſes laßt ſich um ſo weniger gedenken, da nach dem Geiſte der güldenen Bulle die Vergröſſerung der Churhäuſer möglichſt begünſtiget werden ſoll. Die Einverleibung der neuen Erwerbungen in das Churland und die Unterwerfung mag nun von ſelbſt, oder durch eine Erklärung des Erwerbers unter die Primogenitur geſchehen: ſo war das Burggrafthum Nürnberg ſchon vor der Chur Brandenburg erworben, und wurde folglich unter die Churprimogenitur geſetzet, in der Folge aber durch kleine Zeittheilungen in Anſehung der Verwaltung und Nutznießung davon und von dem Churlande abſondert.

P. 13. (S. 111.) **Uebrigens** — Gerechte Erwerbungen und Vergröſſerungen wird man dem Erzhauſe nie verwehren; aber die gülbene Bulle ſagt nicht, daß es ſich die Erweiterung ſeiner Beſitzungen durch ungegründete Anſprüche erwerben, andere Churfürſtenthümer durch gewaltſame Eroberungen zerſtückeln, andere Reichsländer ohne Titel an ſich reiſſen, andern Churhäuſern ihre rechtmäßige Erb- und Lehensfolgen vereiteln und ſchmälern, ſich Reichsmann-Lehen mit Verdrängung der wahren Lehensfolger zueignen ſolle und könne.

P. 14. (S. 112.) **Allein dieſer Satz** — Die Verfügung des Churfürſten Albrecht Achilles

les erloſch mit dem Ausgange der erſten Fränkiſchen Linien unſtreitig, und ſie wurde willkührlich nochmals bey der neuen freywilligen Theilung im Geraiſchen Vertrage zum Grunde genommen. Iſt dieſer Geraiſche Vertrag von dem Hauſe Brandenburg nicht ganz freywillig und aus bloſzem Willkür errichtet und eingegangen? Iſt er alſo nicht eben ſo, wie ähnliche Einrichtungen und Anordnungen den willkührlichen Aenderungen und Beſtimmungen des Hauſes, wenn dieſe nur einmüthig geſchehen, unterworfen, zumal da er nicht einmal vom Kayſer beſtätiget worden iſt? Iſt das Brandenburgiſche Haus nicht mehrmalen von den Beſtimmungen und Vorſchriften der Albrechtiſchen Diſpoſition abgegangen? *)

Die Reichslehenrechte und die Reichslehenherrlichkeit leiden durch ſolche Beſtimmungen und Aenderungen in der Succeßionsordnung nicht den mindeſten Abbruch. Warum ſollen denn die Succeßions- und Theilungs-Verträge des Hauſes Brandenburg und anderer Chur- und Fürſtenhäuſer unterſchieden ſeyn?

P. 14. (Eb. daſ.) **Die Auszeichnungen** — Die Theilungen des Erzhauſes ſollen keine **Theilungen**, ſondern nur **Auszeichnungen** der Länder geweſen ſeyn. Wieder ein ganz neuer Begriff. Es waren wahre Theilungen mit Vorbehalt

*) Königl. Preuſz. Deduction von der Succeßion in den Brandenb. Fürſtenthümern in Franken. Fol. 1718. II. Sect. §. VII—XI. S. 24. ſeq.

behalt der Mitbelehnſchaft und Lehensfolge, wie die Brandenburgiſche. Waren die Theilungen in dem Erzhauſe von 1379, 1395 und 1396, 1522, 1554. nicht wahre Theilungen? Wurde nicht Beſitz und Verwaltung der Länder abgeſondert? Blieb nicht jeder Länder Antheil erblich bey jeder Linie? führten die abgetheilte Linien nicht das Erſtgeburtsrecht in ihren Ländern ein? *) Wurden über dieſe Theilungen nicht auch zum Theil Kayſerliche Beſtätigungen ausgewirket? wurden ſie dadurch ewig und unveränderlich?

P. 14. (Eb. daſ.) **Wenn man nun** — In dieſen Häuſern waren ebenfalls beſtimmte Succeßionsordnungen zwiſchen den abgetheilten Linien vorhanden, vermöge welcher die Länder bey den abgetheilten Linien, ſo lange dieſe dauern würden, verbleiben ſollten. Niemand iſt aber darauf gefallen, aus ſolchen Verfügungen und Einrichtungen ewige und unveränderliche Minorate und Secundogenituren zu erzwingen. Noch weniger hat jemals bezweifelt werden wollen, daß auch die Erbfolge und Theilungs-Verträge anderer Häuſer von den Kayſern beſtätiget worden. Hat nicht Kayſer Wenzel A. 1380. den Oeſterreichiſchen Theilungs- und Erbfolgevertrag beſtätiget? **) Iſt nicht das Teſtament des Churfürſten Joh. Georgs des erſten von Sachſen vom Jahr 1652. vom Kayſer beſtätiget worden, und iſt

*) Moſer deutſch. Staatsrecht, 12 Th. 3 B. 61 Cap. II. Sect. p. 379. ſeq.

**) Ebend. a. a. O. §. 8. S. 586.

iſt nicht darinn die Stiftung der Merſeburgiſchen, Weiſſenfelſiſchen, Zeitziſchen Nebenlinien enthalten? *)

P. 15. (S. 113.) **So wenig kan** ꝛc. Daß ein Minorat und eine Secundogenitur möglich ſey, ſolches leugnet niemand. Daß aber die Erlauchten Häuſer des Reichs durch ihre Theilungen, und die dabey beliebte Beſtimmungen der Erbfolge dergleichen einzuführen gemeynet geweſen, das wird widerſprochen. Noch mehr aber leugnet man, daß welche in den alten Fürſtenhäuſern vorhanden ſind, und daß ſie zum Flor und zur Aufnahme Erlauchter Häuſer gereichen. Ein Geſchlecht hat mehr Anſehen, Macht, Einfluß, Wohlſtand, wenn ſeine Staaten vereiniget, als wenn ſie auf ewig zerrißen und zertrennt ſind. Die Fortpflanzung eines Hauſes erfordert nicht viele regierende Linien. Nachgeborne Prinzen können ein ſolches Einkommen ohne Land und Leute haben, daß ſie ſich vermählen, und eine Fürſtliche Familie ihrer hohen Geburt gemäß unterhalten können. Die Primogenitur läßt wohl zeitliche Theilungen zu, iſt aber mit ewigen Minoraten und Secundogenituren ſchlechterdings unvereinbarlich.

P. 16. (S. 115.) **Die Veränderungen** ꝛc. Genug, es waren Veränderungen, ſie mögen weſentliche oder unweſentliche geweſen ſeyn. Man kann ſie in der Beylage N. N. der Preußi-

*) Ebend. a. a. O. Sect. IV. §. 22. S. 445.

Preußiſchen Deduction v. 1718. p. 137. leſen. Sie betreffen die ganze Succeßions- und Theilungsart.

P. 16. (Eb. daſ.) Marckgraf Albrecht ꝛc. Die Abſicht der Kaiſerlichen Beſtätigungs-Auswirkung gieng überhaupt auf die Bekräftigung aller Brandenburgiſchen Beſitzungen, Freyheiten, Handveſten, Theilungen, Succeßionsanordnungen, beſonders der Theilung von 1437. und 1447, und aller noch in Zukunft gutfindenden Haus- und Geſchlechts-Anordnungen und Einrichtungen. Dahin iſt auch die Kaiſerliche Beſtätigung von 1453 ausdrücklich und wörtlich gerichtet. Die Worte, die man nicht wiederholen will, ſind klar, und laſſen keine Verdrehung zu. Es werden alle Theilungen, Abtretungen, Ein- und Uebergebungen von Land und Leuten, die noch in Zukunft vorgenommen werden ſollen und könnten, ausdrücklich zum voraus beſtätiget.

P. 17. (S. 117.) Jedermann ꝛc. Dazu, daß die Theilungen der Mitbelehnſchaft und Lehensfolge keinen Abbruch thun ſollten und möchten, war keine Kaiſerliche Begnadigung nothwendig, ſondern der Vorbehalt der geſamten Hand bey einer gänzlichen Theilung ſchon hinreichend; Bey Theilungen der Verwaltung und Nutznießung, oder bey Mutſchierungen aber, dergleichen die Brandenburgiſche damalige Theilungen waren, blieb die geſammte Hand ohnedies unverſehrt. Wenn Friederich der Erſte beſorgen müſſen, ſeine Theilung unter ſeinen vier

Söhnen

Söhnen werde ſie ihrer Lehensfolge berauben, und wenn, um ſolches zu verhindern, eine Kaiſerliche Beſtätigung erforderlich geweſen: ſo würde er dafür geſorget haben.

P. 17. (Eb. daſ.) **Warum übrigens ꝛc.** Da an der Aechtheit und Gültigkeit dieſer Kaiſerl. Beſtätigungsurkunde von 1453. nicht gezweifelt wird: ſo iſt es an ſich gleichgültig, ob ihre Ausfertigung unter und mit einer güldenen oder gelbwachſenen Bulle geſchehen. Sie iſt bisher in allen öffentlichen Schriften eine güldene Bulle genannt, die Abſchrift aber iſt von einer Urkunde gemacht worden, welche mit einer Bulle von gelbem Wachs behangen iſt. Der Gebrauch des gelben Wachſes war in Siegeln der Kaiſer dieſes Zeitraums ſehr gewöhnlich. *) Es war auch nichts ſeltenes, daß eine Ausfertigung einer Urkunde mit einer güldenen, die übrigen und mehrern aber mit wächſernen Bullen verſehen wurden.

P. 18. (S. 118.) **Derſelbe errichtete.** — Die Diſpoſition Albrechts Achilles dauert nur ſo lange, als die abgetheilten Linien dauren, expiriret aber mit deren Erlöſchung, und kan alſo in gegenwärtiger Frage den Ausſchlag nicht geben. Wäre ſie aber auch die Norm der Entſcheidung, ſo iſt ja darinn ausdrücklich verſehen, daß nach Erlöſchung aller Linien bis auf eine alle Länder dieſer, und zwar ihrem erſtgebornen Haupte, vermöge

*) Gatterer Elem. art. diplom. §. 335.

möge der Primogenitur anfallen müßen. Wäre die Abſicht geweſen, auf den Fall, da alle Länder an eine Linie kommen, in dieſer aber mehrere Markgrafen vorhanden ſeyn würden, zu beſtimmen, daß alsdenn die Fränkiſche Fürſtenthümer nicht dem Erſtgebornen dieſer Linie verbleiben, ſondern wieder an nachgeborne Markgrafen vergeben oder dieſen angeerbet werden ſollten: ſo würde ſolches ausdrücklich verfüget und verordnet worden ſeyn. Dieſes iſt aber nicht geſchehen. Wo iſt alſo das ewige Minorat?

P. 18. (Eb. daſ.) **In dieſer Hausordnung** ꝛc. Es iſt darinn verordnet: 1. Daß damals unter den drey weltlichen Söhnen Albrechts Achilles, und deren Nachkommenſchaft die Brandenburgiſche Länder ſolchergeſtalt getheilet worden, nicht daß ſie auch nach Erlöſchung aller von ſeinen Söhnen abſtammenden Linien in der übrig bleibenden ſo vertheilet werden, und ewig ſo vertheilet und abgeſondert bleiben ſollen. 2. Daß nicht mehr, als drey regierende Herrn, nicht, daß, wenn die Länder nach Erlöſchung der Linien bis auf eine, an dieſe fallen, nicht ein einiger regierender Herr ſeyn könne und ſolle.

P. 18. (Eb. daſ.) **Wenn man dieſen Innhalt** ꝛc. Zu Wien hat man ſolche unpartheyiſche Augen nicht. Die Abſicht des Churfürſten Albrechts leuchtet in die Augen. Er wollte ſeine weltliche Söhne nach den Sitten und der Denkungsart dieſer Zeit, wie es im Erzhauſe auch geſchahe, mit Land und Leuten verſorgen.

Es kam ihm nicht in Sinn, auf ewig der Vereinigung der Fränkiſchen Länder mit der Chur vorzubeugen, und eine immerwährende Trennung der Beſitzungen des Hauſes feſtzuſtellen. Einer ſo nachtheiligen Geſinnung gegen ſein Haus war das Gemüth dieſes weiſen Fürſten nicht fähig. Er wollte ſeine Söhne verſorgen, gleichwohl aber der Vervielfältigung der Theilungen und Zerſplitterung der Länder zuvorkommen, und ſetzte daher feſte: Es ſollten, ſo länge drey weltliche Söhne vorhanden ſeyn würden, nämlich von ſeinen Söhnen, drey Regierende Herrn, aber nicht mehrere ſeyn. Aber es fiel ihm der allerdings ſinnloſe Gedanke nicht ein, daß wenn auch alle ſeine Söhne und deren Nachkommenſchaften bis auf eine Linie erlöſchen und abgehen würden, und nur eine Linie übrig bliebe, auch alsdann die Fürſtenthümer des Burggrafthums von der Chur getrennt bleiben, und allezeit in derſelben wieder eine ſolche Abtheilung vorgenommen werden ſolle.

P. 18. (S. 119.) Churfürſt Albrecht. — Die Abſicht der geſuchten Kayſerlichen Beſtätigung über dieſe väterliche Verfügung und Theilung war ihre Handhabung unter den Söhnen und ihren Nachkommen. Sie war an ſich ein Hausgeſetz und eine pragmatiſche Sanction, zumal da ſie die Sache Vertragsweiſe beliebet und genehmiget hatten. Ihre Dauer aber ſchränket ſich nach der Natur auf die Dauer der Linien ein, die dadurch geſtiftet wurden.

P. 19.

P. 19. (S. 120.) **Der Kayſer.** — Dieſes iſt die gewöhnliche Kanzleyformel in allen Kayſerlichen Beſtätigungsurkunden. Die Reichsſtände waren zu der Zeit nicht verſammelt, am wenigſten zu Ausburg. Es konnte alſo dieſe Beſtätigung unmöglich mit ihrem Rathe, und ihrer Bewilligung geſchehen, und doch will man ſeltſamer Weiſe aus dieſer Formel eine Verwandelung der väterlichen Verfügung in ein unveränderliches Reichsgeſetz, und eine Reichsgewährleiſtung erzwingen. Wenn in dem Geraiſchen Vertrage aus der Kayſerlichen Beſtätigungsformel angenommen wird, die Beſtätigung der Albrechtiſchen Diſpoſition ſey auf einer Verſammlung aller Reichsſtände und mit deren Beyſtimmung gegeben und ertheilet worden: ſo rühret dieſes von der Unwißenheit der Concipienten, und dem Wahne her, daß jene Formel wirklich einen Reichstag anzeige und eine wirkliche Mitbeſtätigung der Reichsſtände andeute.

P. 19. (S. 120.) **Es kommt in der.** — Es iſt an ſich gleich viel, ob dieſer Brief geſiegelt oder verſiegelt dem Kayſer zur Beſtätigung vorgebracht worden iſt, und es ändert in der Beſtätigung nichts, ob der Kayſer von dem ganzen Inhalte der Diſpoſition Känntniß gehabt hat, oder nicht. Teſtamente werden verſchloßen übergeben, und eben daraus, daß in der Kayſerlichen Beſtätigung blos die Anfangs- und Schlußworte angeführet, und nicht der ganze Inhalt eingerückt worden iſt, kann man ſchließen, daß nur

jene

jene dem Kayſer eröfnet worden, dieſe aber nicht bekannt geweſen ſeyn müſſe.

P. 20. (S. 121.) **In dieſer Kayſerlichen Beſtätigungs-Urkunde.** — Dieſe Clauſul iſt gar keiner andern vernünftigen Auslegung fähig, als daß dadurch alle künftige Ordnungen und Einrichtungen des Hauſes Brandenburg zum voraus beſtätiget und gutgeheißen werden, und daß dieſem erlauchten Geſchlechte, vor allen andern die Freyheit zuſtehe, nach Gefallen, und Gutfinden beliebige Verfügungen, Ordnungen, Einrichtungen zu treffen.

P. 20. (S. 121.) **Da nun in der Preuß. Druckſchrift.** — Man braucht Königl. Preußiſcher Seits aus dieſer Clauſel gar nicht ſeine Hauptſchutzwehr zu machen, macht ſie auch nicht daraus. Einmal ſtehet dem Königlichen Churhauſe Brandenburg, ſo wie allen Chur- und Fürſtenhäuſern die willkürliche Freyheit zu, mit Bewilligung ſeiner ſämtlichen Glieder nach Gefallen Ordnungen und Einrichtungen zu machen, und von den allen abzugehen. Hernach expiriren die Albrechtiſche und Geraiſche Hausordnungen mit Erlöſchung der Linien bis auf eine von ſelbſt, und es bleibet daraus nichts, als die, in der güldenen Bulle ohnedies gegründete Primogenitur übrig; und drittens läßet ſich aus der Albrechtiſchen und Geraiſchen Hausordnung kein immerwährendes Minorat erzwingen, und die Fränkiſche Fürſtenthümer fallen nach Erlöſchung der Nebenlinien dem Erſtgebohrnen der Churlinie von Rechts

wegen zu, wenn auch dieſerhalb keine beſondern Verfügungen und Verabredungen getroffen wären.

P. 21. (S. 123.) **Wie kan man ſich** ꝛc. — Dieſe ernſtliche Sanctionen haben den Zweck, zu verhindern, daß keine Linie des Hauſes wider den Willen der andern, kein Glied deſſelben ohne die Bewilligung der übrigen Glieder etwas gegen dieſe Verordnungen unternehmen möge und könne. Aber ſie ſchließen andere davon abweichende Verfügungen und Verordnungen nicht aus, welche mit einmüthiger Uebereinſtimmung aller Glieder des Hauſes getroffen werden.

P. 21. (Eb. daſ.) **Ferners** — Die Erbfolge-Ordnung eines Hauſes hängt immer von deßen beliebiger und willkürlicher Beſtimmung, und Einrichtung ab. Nur müßen die erworbene Rechte der Intereßenten nicht wider ihren Willen verletzet werden. Alle dieſe Ausdrücke der Kayſerlichen Beſtätigung und Handhabung ſolcher Erbfolgeordnung, haben allein den Vortheil und das Recht der Intereßenten zum Augenmerk, und verwahren Unternehmungen und Eingriffe zu ihrem Nachtheile, aber ſie unterſagen ihnen ſelbſt nicht, nach Gutfinden andere Verabredungen, und Einrichtungen zu treffen.

P. 22. (Eb. daſ.) **Noch deutlicher** — Es iſt in der **wahren Vorſtellung der Erbfolgeordnung** im B. A. p. 14. 15. und in der K. Preuß. Deduction wegen der Succeßion in den Brandenburgiſchen Fürſtenthümern in Fran-

ken, 11. Sec. S. 7. bis 12. p. 24 - 29. durch mehrere Beyſpiele dargethan worden, daß das Brandenburgiſche Haus überhaupt, und deßen Zweige insbeſondere ſich viele Abweichungen der Albrechtiſchen Haus- und Succeßionsordnung erlaubet, und verſtattet haben, und daß die Fürſtenthümer in Franken öfters in einer Hand vereiniget geweſen, obgleich in anderen Linien mehrere regierungsfähige Marggrafen vorhanden waren, als z. E. da Marggraf Georg Friederich beyde Fürſtenthümer in Franken beſaß und regierte: ſo waren in den Fränkiſchen und in der Churlinie verſchiedene Marggrafen vorhanden. *)

N. 4. (S. 124.) **Was in der Preußiſchen Druckſchrift.** Der Wienerſche allzuſpizfindige Schriftſteller hätte nur die angezogene Urkunden aufſchlagen und leſen dürfen: ſo würde er gefunden haben, daß dieſe Vereinigung bey Lebzeiten des Marggrafen Friederich des älteren getrofen worden, und es würde von ihm bemerkt worden ſeyn, daß die Worte: nach Ableben nicht auf die Zeit der getroffenen Vereinigung, ſondern auf die dereinſt zu führende gemeinſchaftliche Regierung zu ziehen ſeyn. Ihre Stellung iſt etwas unrichtig, aber die Anmerkung höhniſch und unerheblich.

P. 23. (S. 125.) **Sondern auch** — Der Fall von 1767. kan gar nicht zum Beweiſe dieſer

*) Die angeführte Deduction Cap. 2. §. 11. §. 27. 28.

dieſer vermeintlichen Obſervanz angezogen werden. Er gründete ſich auf der Bewilligung des Churhauſes.

P. 23. (Eb. daſ.) Zu Jena. — Nicht zu Jena, ſondern zu Gera, iſt der Vertrag unterhandelt worden; die wahre und eigentliche Veranlaßung dieſes Vertrages iſt in der wahren Vorſtellung der Erbfolgeordnung im B. 2. p. 15. auf das richtigſte entwickelt worden, und aus derſelben muß der wahre Sinn der Verabredungen genommen werden.

P. 23. (S. 126.) In dieſem Vertrage. — Wenn die damaligen Glieder des Hauſes Brandenburg in dem Wahn geſtanden hätten, die Albrechtiſche Hausordnung ſeye von einer immerwährenden Verbindlichkeit; wenn dieſe Hausordnung nicht mit Erlöſchung der Fränkiſchen Linien ihrer Ueberzeugung nach, aufhören müßen: ſo wäre es eine ganz überflüßige Sache geweſen, ſolche auf das neue anzunehmen, und zu erneuren: ſo würde ſie ihr Anſehen und ihre Kraft von ſelbſt darin bewieſen haben, daß nach dem Tode des Marggrafen Georg Friederich die zwey nächſte Marggrafen nach dem Churfürſten, die Fürſtenthümer des Burggrafthums ſo gleich hätten erhalten müßen. Allein die beyde ältere Brüder des Churfürſten Joachim Friederichs Chriſtian und Joachim Ernſt machten ſo gar darauf, obgleich ihr Zurückfall noch bevorſtunde, keinen Anſpruch, daß ſie vielmehr ſolche nicht annehmen wollen, ſondern bloß aus dem väterli-

chen Teſtamente und andern Gründen die Uker-mark, die Neumark, den Sternberger Kreis, und die eingezogenen Stifter forderten, ohne ſich im mindeſten auf die Albrechtiſche Anordnung zu berufen. Der Churfürſt, welcher auf der Unzertrennlichkeit und Untheilbarkeit der Marken beſtunde, war es, der zu deren Erhaltung und Befeſtigung, die Erneuerung der Albrechtiſchen Verfügung veranlaßte, und um ſich der Forderungen ſeiner Brüder zu entledigen, die Fränkiſchen Fürſtenthümer, die ihm anfallen mußten, und die er hätte mit ſeinen Landen vereinigen können, großmüthiger Weiſe dahin ab. Er überließ ſie ihnen, nicht aus einem Wahne der Nothwendigkeit, oder eines ewigen Minorats, ſondern freywillig, um dem Zwiſte mit ihnen ein Ende zu machen, und um ſie von ihren ohnedies widerrechtlichen und ungegründeten Anſprüchen auf die Marken abzubringen.

P. 23. (Eb. daſ.) Ferner — Dieſes Anführen rühret bloß aus der Feder eines unkundigen Concipienten her, der ſie aus der gemeinen Kayſerlichen Beſtätigungsformel nahm. Es war An. 1473. kein Reichstag zu Augſpurg, ſondern An. 1474. Die Paciſcirende Marggrafen erklärten die nach des Marggrafen Georg Friedrichs Ableben, und nach der Erlöſchung der Fränkiſchen Linien aufhörende und expirirende Albrechtiſche Hausordnung aufs neue vertragsweiſe für eine Geſchlechtsordnung, eine Hausvereinigung, eine pragmatiſche Sanction, ein

Haus-

Haus- und Staatsgeſez, und verpflichteten ſich, ſolche ewig zu beobachten. Alles dieſes beweiſet weiter nichts, als daß ſo lange die Fränkiſche Linien dauren würden, dieſe Verfügungen als Hausgeſetze gelten, und daß auf ewige Zeiten die Untheilbarkeit der Marken unverbrüchlich beobachtet werden ſollte. Die ganze Tranſaction hatte die Vortheile des Churfürſten, und die Unzertrennlichkeit der Churlande zum vorzüglichſten Gegenſtande, und darauf zielet auch dasjenige allein, was von demjenigen, was die Churfürſten Joachim I. und II. dagegen mit Bewilligung der Söhne, durch Abreiſſung der Neumark ꝛc. unternommen und verfüget, und der Nachkommenſchaft nicht nachtheilig ſeyn kann, angeführet wird.

P. 24. (S. 127.) gleichwie — Der Churfürſt war gar nicht in dem irrigen Wahne, als ob er durch die Albrechtiſche Verordnung verbunden wäre, nach Erlöſchung der noch einigen Fränkiſchen Linie, die Fürſtenthümer des Burggrafthums ſeinen Brüdern zu überlaſſen. Vielmehr äußerte er bey der Unterhandlung, wie die davon vorhandenen Acten beweiſen, daß ihm dieſe Fürſtenthümer an- und zurückfallen müſſen, und daß er ſie nach dem Beyſpiel und Vorgang der Albrechtiſchen Diſpoſition zur Verſorgung ſeiner Brüder dahin geben wolle.

P. 24. (S. 128.) Und zufolge — Um die weitere Theilungen der Fränkiſchen Fürſtenthümer zu verhüten, iſt verabredet und aufs neue

feſtgeſetzet worden: es ſollten darinn jedesmal mehr nicht denn zwey regierende Herren ſeyn. Wie will man daraus ein ewiges Minorat erkünſteln, und eine Nothwendigkeit erzwingen, auch nach Abgang der Nachkommenſchaft dieſer Brüder des Churfürſten, dieſe Fürſtenthümer nachgebornen Prinzen des Churhauſes einzugeben?

P. 25. (Eb. daſ.) **Schließlich** — Die Aufſtellung eines Reverſes, wie ſie im Geraiſchen Vertrage verabredet worden, hat wieder ihren vornehmſten Bezug auf die Untheilbarkeit der Churlande, und hat nur ſo lange an ſich ſtatt in Abſicht auf die Fränkiſche Fürſtenthümer, als die Fränkiſche Linien dauren und währen. Seine Kraft erſtrecket ſich nicht weiter als die Albrechtiſche Verordnung ſelbſt.

P. 27. (S. 131.) **Als der Prinz Chriſtian** — Die Söhne des Markgrafen Chriſtians von Brandenburg-Culmbach, Georg Friederich Carl, und Albrecht Wolfgang, wurden von dem Kaiſerlichen Miniſterio, und einigen geiſtlichen Fürſten des Fränkiſchen Kreiſes aufgehetzet, den widerholt von ihnen beſchwornen Ceßionsvertrag gerichtlich anzufechten. Alles, was ſie in ihren Schriften zu deſſen Entkräftung anführen, kann gegen das Königliche Churhaus nichts beweiſen, und iſt in der angeführten Königlich Preußiſchen Deduction des Succeßionsrechts in den Brandenburgiſchen Fürſtenthümern, 1718. Fol. Berlin, ſo umſtändlich, als gründlich abgefertiget, und widerleget worden. Es iſt ganz ungereimt

und

und vergeblich, daß man in der Wienerſchen Schrift ſich nur darauf berufen mag. Man beſtritt dieſen Prinzen ihr Erbfolgerecht nicht, ſonſten ſie es nicht hätten dem Könige abtreten können. Es war von der Reſcißion des Ceßionsvertrages die Rede, und es war ungereimt, daß dieſer unter dem Vorwande der Albrechtiſchen Verordnung und des Geraiſchen Vertrages angefochten wurde, indem dadurch den Prinzen, ihr daraus habendes Succeßionsrecht abzutreten, und dahinzugeben nicht verwehret war. Die Unerheblichkeit und Nichtigkeit aller der von gedachten Prinzen angeführten Scheingründe leuchtet in die Augen.

P. 29. (S. 135.) **in dem reichsgerichtlichen Wege** — Der Reichshofrath nimmt niemals Anſtand, ſeine richterliche und rechtliche Entſcheidungen und Verfügungen nach den Staatsabſichten des Kaiſerlichen Hofes genau einzurichten. Der Kayſerliche Hof ſahe die Vergröſſerung des Preußiſchen Hauſes mit Eiferſucht an, und wollte die Vereinigung der Fränkiſchen Fürſtenthümer mit den Preußiſchen Staaten hintertreiben. Der Reichshofrath trug alſo kein Bedenken, die Prinzen von dem widerholten, feyerlichen, wohl überlegten, ungezwungenen Eide, womit ſie die Abtretung ihrer Succeßionsrechte beſtärket hatten, ohne einigen rechtlichen Grund, zum äußerſten Aergerniß aller rechtſchaffenen, loszuzählen. Es iſt auch kein Zweifel, daß er mit gleicher Gewiſſenhaftigkeit den

den Ceßionsvertrag würde für nichtig und unverbindlich erkläret haben. Aber was beweiſet dieſes? Nichts, als daß der Kaiſerliche Hof ſchon damals auf eine ſo eiferſüchtige, als ungerechte Art die Wiedervereinigung der Fränkiſchen Fürſtenthümer mit dem Brandenburgiſchen Hauptſtaate hintertreiben, und ſich der richterlichen Gewalt dazu mißbrauchen wollen.

P. 30. (S. 136.) Allein erſtens — Von dem Succeßionsrecht der Culmbachiſchen Prinzen war die Frage nicht. Dies erkannte der König, und er behauptete nur die Gültigkeit ihrer Verzicht und Abtretung. Die Loszählung von dem Eide enthält noch kein Erkenntniß über die Rechtmäßigkeit und Gültigkeit des Verzichts- und Abtretungs-Tractats. Hätte der Reichshofrath ungerechter Weiſe darauf, daß ſolcher nicht beſtehen könne, ſprechen ſollen: ſo würde ſich das Königliche Churhaus gegen eine ſolche Beſchwerde an das verſammelte Reich gewendet, und Rath zu ſchaffen gewußt haben.

P. 30. (Eb. daſ.) Und ſchlüßlichen ꝛc. Beweiſet denn das, was die Culmbachiſche Prinzen damals ſagten und vorſpiegeln mußten, und was ihnen von dem Kayſerlichen Miniſterio, beſonders dem Grafen von Schönborn eingegeben war, das mindeſte? Kommt es denn darauf an, wie dieſe Prinzen dieſe Veränderung im Fränkiſchen Kreiſe nach den Schönborniſchen Eingebungen betrachteten? Wie kann man daraus mit Grunde folgern, es ſey Bedacht und Rückſicht

auf

auf den Fränkiſchen Kreis genommen worden? Intereßirte er bey der Erörterung, und hätte er einen Vorwand zu interveniren und ſich einzumiſchen gehabt?

P. 30. (Eb. daſ.) **Man will endlich** ꝛc. Der Kayſer verlangte nur die Vorlegung des Geraiſchen Vertrages, und Kenntniß von ſeinem Inhalte. Er erkannte ſeine Gültigkeit ohne ſeine Kayſerliche Beſtätigung. Er geſtund zu, daß alle Einigungen, Theilungen, Verträge des Hauſes Brandenburg zum voraus von den Kayſern beſtätiget, und an ſich gültig ſeyen; er wollte aber nur legale Kenntniß von dem Geraiſchen Vertrage, nicht zum Behufe darüber zu ertheilender Beſtätigung, ſondern der Belehnung, nehmen. Von der Beſtätigung war gar die Frage nicht; ſie wurde gar nicht verlangt. Die Vorlegung erfolgte nicht. Man begnügte ſich mit Uebergebung der Abſchriften. Es kömmt auf dieſen ganzen Umſtand nicht an. Man beſtreitet Wieneriſcher Seits den Geraiſchen Vertrag nicht, läugnet auch nicht, daß er unbeſtätiget geblieben, weil man die Beſtätigung weder verlangt, noch ihrer bedurft habe; man erkennet dadurch die unabhängige und uneingeſchränkte Freyheit des Brandenburgiſchen Hauſes, nach Gutfinden Ordnungen und Einrichtungen zu machen.

P. 33. (S. 141.) **Und alſo auch der Geraiſche Vertrag** ꝛc. Vorlegung zu bloßer Einſicht und Beſtätigung ſind ſehr verſchieden. Iſt

der

der Geraiſche Vertrag ohne Kayſerliche Beſtätigung ungültig: ſo fällt alles weg; ſo kann der Kayſerliche Hof ſeine Widerſetzung gegen die Verknüpfung der Fränkiſchen Fürſtenthümer mit der Chur nicht darinn gründen, und ſo kann für die nachgebohrnen Prinzen des Churhauſes daraus kein Recht auf dieſe Fürſtenthümer hergeleitet werden. Alle die hier angeführte Stellen zeigen, daß die Markgrafen keine Beſtätigung des Geraiſchen Vergleiches geſucht, der Kayſer ſie auch nicht ertheilet, alſo müſſen beyde Theile ſie nicht für nöthig gehalten haben.

P. 33. (Eb. daſ.) **Wenn man demnach** — Alle dieſe Folgerungen und Sätze ſind offenbar falſch und unrichtig, und ihre Nichtigkeit und verdrehende Argliſtigkeit iſt ſchon überzeugend und einleuchtend aufgedeckt.

I. Die Albrechtiſche Succeßionsordnung iſt für die Söhne des Churfürſten, und deren Nachkommenſchaft gemacht, und expirirte mit Erlöſchung der in Franken etablirten Linien.

II. Die darinn errichtete drey Majorate oder Primogenitur in Franken, konnten nicht länger als die Linien dauren, für die ſie geſtiftet waren.

III. Die Kayſerliche Beſtätigungsbulle ſaget ausdrücklich, daß alle für und für zu machende Ordnungen des Hauſes Brandenburg zum voraus gutgeheißen, und bekräftiget ſeyn ſollen.

ſollen. Sie erklärt das für nichtig und kraftlos, was gegen die feſtgeſetzte Succeßionsordnung wider den Willen, und zum Nachtheile der Intereßenten unternommen werden würde.

IV. Nicht die Kayſerliche Beſtätigung, ſondern die Uebereinkunft und Vereinigung der Glieder des Brandenburgiſchen Hauſes machte die Albrechtiſche Verordnung zu einem ſo lange daurenden Hausgeſetz, als die Linien in Franken dauren würden. Wäre ſie mit Erlöſchung der erſten Fränkiſchen Linien nicht erloſchen: ſo wäre ihre Erneuerung durch den Geraiſchen Vertrag nicht nöthig geweſen.

V. Die Kayſerliche Beſtätigungsbulle bekräftiget alle künftige Verordnungen des Hauſes, alle Theilungen, Abtretungen, Einräumungen an Ländern, Schlößern, mithin nicht nur neben- und lebenslängliche Einräumungen und Abtretungen. Man kann dieſe allen Fürſtenhäuſern, ja allen Privatgeſchlechtern zuſtehende Freyheit mit der Handhabung der beſtätigten Succeßionsordnung ſehr wohl vereinbaren, in dem ſolche Beſtätigung ſo viel würket, daß keine Unternehmung gegen den Willen der Intereßenden verſtattet wird.

VI. Das Verlangen des Kayſers, legale Känntniß von dem Geraiſchen Vertrage zu erhalten, hatte keinen Bezug auf deßen Gültigkeit und Beſtätigung. Jene wurde von ihm erkannt und dieſe nicht von ihm verlangt.

VII.

VII. Vermöge der Albrechtiſchen Verordnung und des Geraiſchen Vertrages wurden die Brandenburgiſchen Lande in drey Theile getheilet, und dieſe Theilung ſolle ſo lange dauren, als die drey Linien dauern werden. Nach Erlöſchung der Fränkiſchen Linien ſollen die Fürſtenthümer an die übrigbleibende Churlinie fallen.

P. 35. (S. 143.) VIII. Nach der Erlöſchung der erſten Fränkiſchen Linien räumte Churfürſt Joachim Friederich vermittelſt des Geraiſchen Vertrages die Fürſtenthümer des Burggrafthums Nürnberg ſeinen Brüdern, gar nicht aus einem Wahne der Nothwendigkeit, oder eines ewigen Minorats ſondern aus freyem Willen ein.

IX. Dieſer Revers beweiſet die ewige und unveränderliche Dauer der Albrechtiſchen Verordnung keinesweges. Er enthält eine Zuſage, ſie, ſo lange ſie beſtehet, zu beobachten, und wider den Willen der übrigen Glieder des Hauſes nichts dagegen zu unternehmen.

X. Die Kaiſerliche Beſtätigungs-Bullen geſtehen dem Haus Brandenburg die Freyheit zu, und ſie gebühren ihm, wie allen Fürſtenhäuſern, mit einmüthiger Einwilligung ſeiner Glieder von alten Einrichtungen abzugehen. Aus den alten Ordnungen und Verträgen haben nur die Linien und Aeſte unter ſich ein Recht erworben,

ben, denen zu gut ſie errichtet worden ſind. Sie ſind keinesweges unter kaiſerlicher Mitwirkung aufgerichtet. Die Beſtätigung der Albrechtiſchen Verordnung hörte ſogar mit ihr auf; der Geraiſche Vertrag wurde gar nicht beſtätiget, und die Beſtätigung iſt keine Concurrenz zur Errichtung eines Vertrages, gibt alſo auch kein Recht, die von den Intereßenten beliebte Veränderung deßelben zu verwehren.

P. 36. (S. 145.) **Wenn alſo.** Wenn der Kaiſer einem Churhauſe verwehren will, ein unter ſeiner urſprünglichen Primogenitur ſtehendes und begriffenes, durch zeitliche Theilungen abgeſondertes, nach Erlöſchung der Nebenlinien an daßelbe zurückfallende Stammland mit dem Churfürſtenthum zu vereinigen: ſo iſt dieſes gewiß die widerrechtlichſte Art der Einſchränkung der Churfürſtlichen Primogenitur. Das Haus Brandenburg beſaß das Burggrafthum Nürnberg lange vor Erwerbung der Mark und es iſt alſo urſprünglich unter ſeiner Churfürſtlichen Primogenitur begriffen. Es hängt von jedem Churhauſe unſtreitig ab, die Erſtreckung ſeiner Primogenitur zu beſtimmen und zu erweitern. Selbſt die Brandenburgiſche Hausgeſetze, worauf man ſich beruft, unterwerfen die Fürſtenthümer des Burggrafthums, auf den Fall der Erlöſchung der Brandenburgiſchen Linien in Franken, der Churprimogenitur.

P. 36. (Eb. daſ.) **Vielmehr.** Der Kaiſer muß alle Einrichtungen und Ordnungen der

Chur- und Fürſtenhäuſer als gültig anerkennen, mithin auch die von dem Churhauſe Brandenburg beliebte Einverleibung der Fränkiſchen Fürſtenthümer in dem Churſtaat, wenn die Fränkiſche Linien erlöſchen werden.

S. 146. Bey dieſer. Der Fränkiſche Kreis hat dabey nichts zu ſagen, ſich auch noch nie gerühret. Was lieget an den Aeußerungen der Culmbachiſchen Prinzen über die Folgen jener Einverleibung?

P. 37. (Eb. daſ.) Wann aber. Will dann das Haus Brandenburg die Verfaſſung des Fränkiſchen Kreiſes ändern und ſtören? Wird der Baierſche Kreis dadurch nicht zerrüttet, daß das Erz-Haus ein ſo beträchtliches Stück deßelben ohne Recht an ſich reißet, und mit Oeſterreich verknüpfet? die davon abhängenden Stimmen und Würden kann es alsdenn leicht dem Hauſe Pfalz überlaßen.

S. 147. Oeſterr. Deduction. Dieſelbe hat nunmehro durch eine Königl. Preußiſche Beantwortung ihre völlige Gegenabfertigung erhalten.

Man muß dieſe Schrift mit der allgemeinen Anmerkung beſchließen, daß, geſetzt, aber nicht zugegeben, daß alles dasjenige, was der Wiener Hof gegen eine künftig mögliche Vereinigung der Brandenburgſchen Fürſtenthümer in

Fran-

Franken, mit der Primogenitur anitzo behauptet, gegründet wäre, wie es nicht iſt, ſo könte ſolches doch nicht eher ſtatt noch einige Wirkung haben, als biß der Fall der Erbfolge und der würklichen Erledigung dieſer Fürſtenthümer vorhanden; bis es ſich zeiget, ob eine dergleichen Vereinigung wird vorgenommen werden, ob ein Brandenburgſcher Fürſt, und ob Kayſer und Reich dagegen ſprechen. Vor Ereignung dieſes Falles, kan darüber von niemand mit einigem Schein Rechtens dem Churhauſe Brandenburg ein Streit erreget werden. Da der Wiener Hof ſolches thut, da er Seine Königliche Majeſtät zwingen will ſich zum Voraus auf viele künftige Zeiten, über Dero in Anſehung dieſer Erbfolge habenden Abſichten zu erklähren, und ſich derſelben zu begeben, ſo iſt dieſes eine Ungerechtigkeit, die in der Geſchichte noch kein Beyſpiel hat. Wenn er dagegen Seiner Königl. Majeſtät beſtändig ſeine Einwilligung gegen und im Wechſel von Dero Einwilligung in die Trennung von Bayern anbiethet, wenn er ſie in ſolchem Fall von der ſonſt behaupteten Wiederrechtlichkeit mehr gedachter Vereinigung, im Nahmen des Kayſers, des Reichs und der noch nicht vorhandenen Brandenburgiſchen Nachkommenſchaft, die doch eigentlich nur ein Intereße dabey haben können, loßſprechen will; ſo zeiget er dadurch der ganzen Welt ja offenbahr, daß er dieſen Streit nur, wie man ſagt, vom Zaun gebrochen, und Seiner Königlichen Majeſtät erreget, um Ihren Wiederſpruch gegen die ver-

abſichtete Trennung von Bayern zu rächen, und deßelben Aufhebung zu erzwingen. Wenn ganz Europa und das ganze deutſche Reich dieſes nicht einſehen wolten, wenn ein ſolches Verfahren und ein ſolches Beginnen gebilliget werden und ſolchergeſtallt hingehen ſollte, ſo müßte keine Billigkeit, und keine Gerechtigkeit mehr ſtatt haben; alsdenn muß alles durchgehen, was das Hauß Oeſterreich zu ſeiner Vergrößerung nur erdenken, und nur vornehmen will, und es bleibt den Deutſchen Reichsſtänden nichts mehr übrig, als ſich ſeinen willkührlichen Entſchlieſſungen zu unterwerfen, und zu ſagen: ſtat pro ratione voluntas: Veteres migrate Coloni!

N. LXXXIII.

N. LXXXIII. Churpfälziſche Verordnung d. d. München, den 4ten Januar, 1779. die von der K. K. Geſandtſchaft zu München verlangte Extradirung, der zum K. K. Antheil Bayerns gehörigen Akten, betreffend. *)

Sereniſſimus Elector,

Demnach die allhier accreditirte Kaiſerlich Königliche Geſandſchaft um Extradirung der zum Kaiſerlich=Königlichen Antheil Bayerns gehörigen Acten das wiederholte Anſuchen geſtellet: So hat der Churfürſtliche Hofrath über das, was ſich alldort hievon bezeigt und noch auf der Reſolution oder Verabſcheidung beruhet, doch mit Ausnahm der bereits reclamirten Gerichte und Ortſchaften, nemlich des Gerichts Riedenburg

Ll 3 und

*) Aus dieſem ganz neuen Befehl erhellet, wie man Churpfälziſcher Seits zwar bey der mit dem Wiener Hof untern 3 Januar 1778. errichteten Convention zu beharren, hingegen den Umfang der dermaligen Kaiſerl. Königl. Beſizzungen in Bayern ſo wenig anzuerkennen geſonnen ſey, daß man vielmehr auf der Zurükgabe der von Oeſterreich über die Convention weggenommenen Ortſchafften, unabwendig beſtehet.

Die erſte und namentliche Reclamirung der in der gegenwärtigen Verordnung vorkommenden 21 Aemter und Orte, (nämlich von Riedenburg an, bis mit Griesbach) iſt von Churpfalz, unter ausdrücklicher Beziehung auf den hierunter klares Maas und Ziel gebenden, und bey gedachter

und dahin gehörigen Mautamt Regensburg, Altmanſtein, Stadt am Hof, Weichs, Wetterfeld, Schwarzach, Zwieſel, Weißenſtein, Regen, Dieſenſtein, Bernſtein, Podenmais, Abensberg, Rotenburg, Eckmiehl, Teisbach, Reisbach, Leonsberg, Oſterhofen, Griesbach, Winzer, Viehhauſen, Scharding, Cham, Eſchelkam, Furt, Neukirchen, Kötzting, Retz, Waldmünchen, Schwarzenberg, Hilkersberg, und Hengersberg, ſamt der Vogtey über Niederaltaich, eine Conſcription zu verfaſſen, ſofort ad Intimum herein zu geben. München, den 4ten Januar, 1779.

Carl Theodor.

vid. Bar. von Kreittmayr.
ad mand. Sereniſſ. Elect. propr.
Schreybauer.

ter Convention zum Grunde gelegten Straubingiſchen Theilungsbrief vom Jahr 1353, bereits am 22 Merz, 1778. geſchehen. (ſ. T. 1 dieſer Samml. S. 85.) Wenige Wochen darauf forderte daſſelbe einen beträchtlichen Theil des von Oeſterreich occupirten Pfleggerichts Uttendorf und des Landgerichts Ried zurück. (ſ. eb. daſ. S. 128) Ein gleiches geſchah nachher wegen der Gerichte Cham, Eſchelkam, Furt, Neukirchen, und Kötzting, (ſ. eb. daſ. S. 182.) ferner wegen der Stadt und des Gerichts Schärding mit allen Zugehörungen, ſammt dem Schloß Neuhaus; (ſ eb. daſ. S. 189.) und endlich wegen der Gerichte Waldmünchen, Retz, Hilkersberg und Hengersberg, nebſt der Vogtey des Kloſters Niederaltaich. (ſ. eb. daſ. S. 498 und 502.)

Verzeichniß

derer

in dieſem fünften Bande enthaltenen Staatsſchriften.

No. LXXIII. Abgenöthigte Anzeige einiger neuen und wichtigen Umſtände, welche die Angelegenheit der Bayeriſchen Erbfolge, beſonders den Urſprung der Convention vom 3. Jänner 1778. und die Verhandlungen Sr. Königl. Maj. von Preußen mit des Herrn Herz. zu Pfalz-Zweybrück Durchl erläutern. Mit Beylagen . S. 1. u. ff.

No. LXXIV. Reſcript des Churpfälziſchen Hofes an ſeinen Miniſter in Wien, den Freyhern von Ritter d. d. München den 17. Nov. 1778. die Comitialbehandlung der Bayeriſchen Erbfolgsſache betreffend . . S. 42.

No. LXXV. Des K. K. Hofes Beantwortung der, von dem Fürſten Galliczin am 20. Oct. 1778. ihm übergebenen Deklaration des Petersburger Hofes. . . . S. 44.

No. LXXVI. Note welche von des Rußiſch-Kaiſerl. Miniſters Fürſten von Repnin Durchl. am 19. Dec. 1778. zu Breslau übergeben worden. S. 54.

No. LXXVII. Beantwortung des weſentlichen Inhalts der fernerweitigen Vorſtellung und Erklärung Sr. Königl. Maj. von Preuſſen an Ihre Hohe Mitſtände des deutſchen Reichs . S. 60.

No. LXXVIII. Beantwortung der zu Berlin kund gemachten wahren Vorſtellung der Erbfolgeordnung in dem Burggrafthum Nürnberg oder in den Brandenburgiſchen Fürſtenthümern in Franken. . S. 96.

No. LXXIX.

Inhalt.

No. LXXIX. Des Königl. Preußiſchen Hofes Beantwortung der zu Wien im Druck herausgekommenen und hier gegen über ſtehenden Hauptſchrift, welche den Titel führet: Ihrer Kayſerl. Königl. Apoſt. Maj. Gerechtſame und Maaßregeln in Abſicht auf die Baieriſche Erbfolge in der wahren Geſtalt vorgeleget, und gegen die Widerſprüche des Berliner Hofes vertheidiget. . . S. 147.

No. LXXX. Nachtrag zur Seite 103 der Königl. Preuß. Beantwortung der Maaßregeln des Kayſerl. Königl. Hofes. . S. 421.

No. LXXXI. Des Königl. Preuß. Hofes abgenöthigte Gegenantwort auf die zu Wien im Druck herausgekommene und hier gegen über ſtehende Beantwortung des weſentlichen Inhalts der fernerweitigen Vorſtellung und Erklärung Sr. Königl. Maj. von Preuſſen an Ihre Hohe Mitſtände des deutſchen Reichs über die Bayeriſche Succeßionsangelegenheit. . . S. 440.

No. LXXXII. Behauptete wahre Vorſtellung der Erbfolgeordnung in dem Burggrafthum Nürnberg, oder in den Brandenburgiſchen Fürſtenthümern in Franken. . . S. 479.

No. LXXXIII. Churpfälziſche Verordnung d. d. München, den 4ten Jan. 1779. die von der K. K. Geſandſchaft zu München verlangte Extradirung der zum K. K. Antheil Bayerns gehörigen Acten betreffend. . . S. 529.

Wegen Kürze der Zeit ſollen die Druckfehler dieſes und des vorhergehenden Theiles der Sammlung in dem folgenden angezeigt werden.

Bayerische Staatsbibliothek München

BSB Bayerische StaatsBibliothek
MDZ Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Arndt, Gottfried August, 1748-1819

Vollständige Sammlung von Staatsschriften, zum Behuf der Bayerischen Geschichte nach Absterben Churfürst Maximilian III. und dadurch erloschener Wilhelminischer Linie des Hauses Bayern
Bd.: Fünfter Theil

Frankfurt ; Leipzig 1779

Bavar. 2321-5
urn:nbn:de:bvb:12-bsb10377991-4
VD18 8026073